

DISSERTATION

Titel der Dissertation

„Die Beziehungen der Habsburgermonarchie zu
den Vereinigten Staaten von Amerika von 1838
bis 1867“

VerfasserIn

Mag. Renate Goger

angestrebter akademischer Grad

Doktor der Philosophie (Dr. phil.)

Wien, 2010

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 092 312

Dissertationsgebiet lt. Studienblatt: Geschichte

Betreuer: Univ. Prof. Dr. Lothar Höbelt

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT	1
I. EINLEITUNG	5
I. 1. Entwicklungsgeschichtliche Unterschiede.....	5
II. FRÜHE KONTAKTE	20
II. 1. Identitätsfindung und Selbstverständnis einer Nation	24
II. 2. „The Era of the Common Man“.....	34
III. DIE AUFNAHME OFFIZIELLER BEZIEHUNGEN	58
III. 1. „Der „Fürst von Mitternacht“	69
III. 2. Demokratie zwischen Wahrheit und Lüge.....	127
III. 3. Expansion als politisches Instrument des <i>Manifest Destiny</i>	147
IV. DAS KABINETT SCHWARZENBERG oder die Macht, die an der eigenen Größe scheitert	187
IV. 1. Die Causa Dudley Mann.....	263
IV. 2. Lajos Kossuth.....	288
IV. 3. „Causus belli“ - Hülsemann contra Webster	314
V. KAMPF UM DIE UNION UND NEOABSOLUTISMUS ...	337
VI. EPILOG: MONARCHIE IN MEXIKO	375
ÜBERBLICK	383
OVERVIEW	385
QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS	387
LEBENS LAUF	395

VORWORT

Es ist nicht allein die geografische Distanz, auch nicht nur fehlendes Interesse an intensiveren Handelsbeziehungen infolge mangelnder austauschbarer Güter, sondern vor allem unüberbrückbare Gegensätze in der Auffassung von staats- und gesellschaftspolitischen Ordnungen, die ein besseres gegenseitiges Verständnis der beiden Staaten im neunzehnten und bis ins zwanzigste Jahrhundert hinein andauernd verhinderte. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern waren jedenfalls bis zum Ende der Monarchie immer geprägt von einer höflichen Distanz, die man trotz mehrmaliger ernsthaften Differenzen auf beiden Seiten bestrebt war, doch wieder herzustellen.

Das zwiespältige Verhältnis Österreich-Ungarns zu den Vereinigten Staaten von Amerika diente schon mehrfach als Grundlage wissenschaftlicher Studien. Einige von ihnen befassen sich mit einzelnen Konfliktpunkten, andere analysieren die Ähnlichkeiten des Sezessionskrieges mit dem Aufstand in Ungarn. Die vorliegende Arbeit setzt den Schwerpunkt auf den Zeitraum vor dem Ausbruch des amerikanischen Bürgerkrieges, will jedoch auch die Hintergründe vor den ersten Kontakten und dem offiziellen Gesandtenaustausch im Jahre 1838 beleuchten. Aufgrund der Tatsache, dass die Errichtung einer Monarchie in Mexiko mit dazu beitrug, Amerikas Abneigung gegen die Habsburgermonarchie noch zu vertiefen, ist auch eine kurze Beschreibung der Ereignisse notwendig, die zum Tod Kaiser Maximilians im Jahre 1867 führten. Wie weit man trotz des Bestehens der mehr als zwanzigjährigen Beziehungen von einem gegenseitigen Verstehen entfernt war, veranschaulicht wohl am besten die Tragödie um Erzherzog Maximilian. Die feste Überzeugung, dass die USA der Errichtung eines Kaiserthrones in Mexiko tatenlos zusehen würden und niemals die Hinrichtung eines Mitgliedes einer jahrhundertealten Monarchie zulassen

würden macht doch deutlich, wie sehr man in Österreich noch immer das Wesen der Vereinigten Staaten verkannte.

Einerseits soll in dieser Arbeit versucht werden, die Perspektive der Habsburgermonarchie zu der jungen, auf den Prinzipien der Freiheit und Demokratie aufgebauten Republik in der Neuen Welt zu erfassen, andererseits muss aber auch die Einstellung der USA berücksichtigt werden. Da die beiden herausragendsten aber auch umstrittensten Persönlichkeiten der Monarchie während dieser Zeit für die auswärtige Politik Österreichs verantwortlich waren, können sie zweifellos als Exponenten der Denkungsweise des Wiener Hofes gelten. Eine ausführliche Auseinandersetzung sowohl mit Staatskanzler Metternich als auch mit seinem Nachfolger, Ministerpräsident Schwarzenberg, ist dabei unumgänglich. Die Frage und die Schwierigkeit, die sich dabei stellen, ist: lässt sich aus dem weitschweifig umständlichen Stil, den Metternich in seinen Weisungen an die österreichischen Gesandten verwendete, aus verschiedenen Äußerungen, die er in anderen Zusammenhängen machte, ein annähernd zutreffendes Bild seiner tatsächlichen Sichtweise über Amerika zeichnen? Kann man aus Schwarzenbergs berühmt berüchtigter „doppelter Geschäftsführung“ auch seine geheimen Gedanken über diesen neuen revolutionären Staat erkennen? Sein undurchsichtiger Charakter und die extrem spärliche Quellenlage stellen eine Herausforderung dar, da ein Abgleiten ins rein Spekulative nicht die Aufgabe des Historikers sein kann. Während ein Verständnis für den Diplomaten und Regierungschef möglich ist, entzieht sich der Mensch Schwarzenberg jedoch einer Annäherung. Beide Staatsmänner zeichnete unzweifelhaft, trotz ihrer oft unterschiedlichen Zugangsweise, eine unverbrüchliche Treue zur Habsburgerdynastie, ein überzeugter Glaube an das monarchische Prinzip aus. Für beide war die Revolution ein durch nichts zu rechtfertigender Angriff auf das *Gottesgnadentum* des Kaisers und auf die Heiligkeit des Thrones, und beide haben sie daher auch

vehement bekämpft. Man kann davon ausgehen, dass Metternich gewisse staatspolitische Prinzipien hatte, an die er sein ganzes Leben unabänderlich geglaubt hat und an denen er offen und unerschütterlich festhielt, auch noch zu einem Zeitpunkt, als er der Gewalt der Straße weichen und ins Exil gehen musste. Während aber Metternich bis heute, oft zu unrecht, als Inbegriff des verhassten Despotismus gilt, kann Schwarzenberg für sich den *Ruhm* des Wegbereiters des Neoabsolutismus in Österreich-Ungarn beanspruchen, obwohl er sich offenbar hier mehr äußeren Zwängen fügte als seinem eigentlichen Willen gehorchte.

Das tatsächliche Verhältnis Österreichs zu Amerika zum Zeitpunkt der ersten offiziellen Kontaktaufnahme 1838 kann aber nur im Kontext der vorangegangenen Ereignisse verstanden werden. Platzgründe erfordern dabei eine Beschränkung auf einen bloß kurzen historischen Rückblick über die allgemeine politische Situation in Europa in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts, die unterschiedlichen Hegemonialansprüche, Machtkonstellationen und Bündnisse. Auf eine genaue Darstellung der Beziehungen Österreich-Ungarns zu den anderen europäischen Großmächten in dieser Zeit muss verzichtet werden, da diese Themen den Rahmen dieser Arbeit bei weitem übersteigen. Eine mehr aufzählende als detaillierte Schilderung der verschiedenen revolutionären Erhebungen nach dem *Wiener Kongress* ist jedoch zum besseren Verständnis der unterschiedlichen Positionierungen unerlässlich.

In der Epoche vor der amerikanischen Sezession und im Bürgerkrieg selbst soll nicht das Kriegsgeschehen an sich, sondern die Krise der Union und die Bemühungen um ihre Überwindung im Vordergrund stehen. Obwohl die politischen Konstellationen dies- und jenseits des Atlantiks natürlich völlig unterschiedlich waren, lassen sich in der eher rückgewärtsgewandten Politik der USA zu dieser Zeit einige Parallelen zum Neoabsolutismus in Österreich erkennen. Die Beziehungen während

des Bürgerkrieges zu den USA wurden schon mehrfach ausführlich behandelt - vor allem im Hinblick auf die Reaktion in österreichischen Tageszeitungen - und werden daher nur gestreift; mehrere kleine Konflikte in dieser Zeit sorgen aber für eine ständige Belastungsprobe im österreich-amerikanischen Verhältnis. Ohne näher auf alle amerikanischen Präsidenten eingehen zu können, bedürfen doch auch einige der Anfangszeit einen genauen Profils ihrer Persönlichkeit, da gerade sie wesentlich das amerikanische Verhältnis zur europäischen Politik und damit zu Österreich mitgestalteten. Auf die genauen Einzelheiten der *Monroe-Doktrin* selbst kann hier nicht eingegangen werden, obwohl ein direkter Zusammenhang mit Österreich gegeben ist. Immerhin richtete sie sich auch gegen vermeintliche Interventionsabsichten der *Heiligen Allianz* in Lateinamerika und unterstrich die wesentlichen Unterschiede zum politischen System in Europa. Die wiederholte Berufung der Amerikaner auf die Grundsätze der berühmten Kongressbotschaft, ihre immer wieder unterschiedliche Interpretation – sei es nun als Warnung an Europa oder als Rechtfertigung zur Intervention in Lateinamerika - würde jedoch ausreichend Stoff für eine ausschließlich diesem Thema gewidmete Arbeit liefern. Fest steht, dass damit die naturgegebenen Gegensätze zwischen der Habsburgermonarchie und den Vereinigten Staaten von Amerika noch verschärft und damit ein wirklich freundschaftliches Verhältnis unmöglich gemacht wurden.

Am deutlichsten werden die unüberwindlichen ideologischen Standpunkte in der Hülsemann-Webster Kontroverse und der Cass Resolution, auf die im IV. Kapitel ausführlich eingegangen wird. Die Vorgänge rund um die Revolution von 1848, besonders der Aufstand in Ungarn, werden nur insoweit erwähnt, als dies zur Illustration des indirekt daraus resultierenden Konflikts zwischen den beiden Ländern erforderlich ist. Ein eigener Abschnitt ist jedoch dem eigentlichen Hauptakteur,

nämlich Lajos Kossuth, gewidmet. Die autobiografische Schilderung aus seiner Sicht mag dazu beitragen, die Ereignisse in den USA unter einem dritten Blickwinkel zu betrachten. Die Monarchie in Wien war vor allem daran interessiert, die Integrität ihres historisch gewachsenen Reiches zu bewahren und – wie das so genannte *Metternichsche System* deutlich macht – die geschaffene Ordnung in Europa mit Habsburg in der Führungsrolle aufrecht zu erhalten. Für den Wiener Hof waren die amerikanischen Staaten ein Faktor, der dieses Gleichgewicht empfindlich zu stören vermag. Nach der Niederschlagung der Revolution von 1848 war man daher bestrebt, alle schwelenden nationalistischen Herde im Keim zu ersticken, noch dazu wenn sie drohten, durch den naiven Enthusiasmus für einen des Hochverrats angeklagten Mann wie Kossuth neue Nahrung zu finden.

I. EINLEITUNG

I. 1. Entwicklungsgeschichtliche Unterschiede

Johann Georg Ritter von Hülsemann, der spätere langjährige Vertreter der Habsburgermonarchie und als Metternichs Protegé selbstverständlich ein bekennender Monarchist, schreibt 1823 in seiner kritischen Betrachtung über Amerika, dass „alles dasjenige, was auf dieser transatlantischen Basis beruht“ der Grundlage der europäischen Zivilisation „entschieden feindselig“, ja geradezu „verderblich“ gegenüber steht. Hülsemanns Schlussfolgerung, Amerikas Demokratie einfach „nur als fremd [zu] betrachten“, solange sie nicht auf Europa übergreift, kann man tatsächlich, wie Loidolt meint, als einen „vorgeschlagene[n] modus

vivendi“ auffassen. Sein eigenes Verhalten viele Jahre später in seiner Auseinandersetzung mit dem amerikanischen Außenminister Webster sollte allerdings zeigen, dass er sich selbst, geleitet von sturer Rechthaberei und voll von Verachtung für auf revolutionärem Wege entstandene und daher illegitime Regierungen zu dieser von ihm angeratenen Objektivität nicht durchringen konnte.

Hülsemanns Vorgänger, Österreichs erster Vertreter Baron von Lederer, zeigt schon 1831 erstaunlichen Weitblick, wenn er der jungen Republik trotz aller Vorbehalte gegen ihre „ganz unbeschränkte Press-Freyheit“ und vor allem gegen das Wahlrecht, das „beynahe in allen Staaten allen mündig gewordenen Einwohnern zugestanden ist“, eine lange Zukunft voraussagt: Es sei, „[a]llein die Vorliebe der Nation für ihre Verfassung“, glaubt er, dass „dieses sonderbare Phänomen eines von so zerstöhrenden Prinzipien [...] zusammengesetzten Staatskörpers wahrscheinlich noch lange bestehen wird“.

Ob man die Entstehung der Vereinigten Staaten nun als Unabhängigkeitskrieg wie die amerikanische Geschichtsschreibung oder als „Rebellion irregeleiteter Kolonisten“,¹ wie das britische Zeitgenossen taten, bezeichnet, die Unterschiede zu anderen revolutionären Erhebungen sind offensichtlich. In Amerika kämpften nicht irgendwelche unterdrückte, ausgebeutete Minderheiten um mehr Rechte, sondern emigrierte Europäer, die mit der nicht unwesentlichen Hilfe anderer Europäer schließlich die politische und wirtschaftliche Souveränität vom Mutterland erreichten. Viele von ihnen bestanden beim Ausbruch des Konflikts mit Großbritannien auf dem Grundsatz, dass das Gesetz des *Stamp Act* von 1765 ohne ihre Vertretung zustande gekommen sei und dass es daher für sie als britische Bürger eine *taxation without representation* nicht gebe.

¹ Hülsemann, *Geschichte der Demokratie in den Vereinigten Staaten von Nord-America*, Einleitung VIII f., in: Loidolt, S. 4; Bericht v. 10.4.1831 an Metternich, in: Friebel, S. 273; Fischer *Weltgeschichte, Die Vereinigten Staaten von Amerika*, S. 24.

Was die europäischen Siedlerkolonien jenseits des Ozeans vorfanden, war ein riesiger Kontinent, dessen Grenzen man um die Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts noch nicht einmal genau kannte. Fest umrissene Staatsgrenzen und die klassische Großmachtpolitik des Kontinents existierten nicht. Nach dem Krieg gegen Mexiko werden den USA im Frieden von Guadalupe-Hidalgo 1848 alle Gebiete nördlich des Rio Grande zugesprochen. Abgesehen vom *Gadsden Purchase* 1853 in Süd-Arizona, der im Zusammenhang mit dem Eisenbahnbau zum Pazifik steht, war damit die besitzrechtliche Expansion der Vereinigten Staaten um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts abgeschlossen. Eine rasant wachsende Bevölkerung im achtzehnten Jahrhundert haben die Besiedlung in so kurzer Zeit überhaupt erst möglich gemacht: Hatte man 1770 ungefähr zwei Millionen Einwohner, ergab die erste Volkszählung in den USA 1790 bereits vier Millionen Menschen.

Es ist naheliegend, dass eine Nation, gegründet auf naturrechtlichen Prinzipien wie Leben, Freiheit und Streben nach Glück, überzeugt davon, die ultimative Regierungsform in der legendär gewordenen *Jeffersonian Formel* gefunden zu haben, „that government is best which governs least, because its people discipline themselves“, erfüllt von einem unbeirrbareren Fortschrittsglauben, keinerlei Verständnis für eine dynastisch orientierte Politik oder ein Kaisertum von Gottes Gnaden hat, sondern den Mythos vom angestammten Herrscherhaus bestenfalls als despotische Regierungsform belächelt, die zwangsläufig mit einem *Ablaufdatum* versehen ist. Gerade Thomas Jefferson (1801-1809) hat als dritter Präsident der USA wesentlich zur amerikanischen Einstellung gegenüber Europa beigetragen. Seine politische Weltanschauung, stark beeinflusst vom Physiokratismus, lehnt den Staat als solchen ab, da dieser immer irgendwelchen Partikularinteressen gehorcht. Europas Sozialgefüge, erwachsen aus dem mittelalterlichen Feudalismus, mit seiner Einteilung in Stände, mit seiner politischen und gesellschaftlichen Privilegierung des

Adels, kann dem Ideal des *pursuit of happiness* wohl nicht gerecht werden. In Europa vertritt man im achtzehnten Jahrhundert eine im Sinne der Aufklärung auf den rationalen Nutzen gerichtete Staatsauffassung und verfolgt, wie zum Beispiel Österreich unter Joseph II., eine zum Teil wenig durchdachte Zentralisierungspolitik. Die politisch tonangebende Pflanzaristokratie in Amerika versucht einen Staat zu gründen, der besser und *moderner* ist als das alte Europa, mit einer auf Selbstverwaltung basierenden Exekutive und Jurisdiktion. Die zunehmende Konzentration der korrumpierenden Lohnarbeit in den wachsenden urbanen Zentren gefährdet das Ideal der demokratischen Selbstregierung und stößt daher auf scharfe Ablehnung. Die kolonialen Eliten von Virginia und Massachusetts träumen im Grunde genommen von einem modifizierten feudalen Staatsmodell des siebzehnten Jahrhunderts, dem sie mit ihren Ideen von agrarischer Selbstversorgung, Bejahung des Freihandels neue Impulse geben möchten. Es dauert jedoch noch bis 1787/88, bis ein Gefühl der nationalen Identität über Einzelinteressen siegt und man sich zu einer Bundesverfassung durchringt.

Der Amerikaner des frühen neunzehnten Jahrhunderts verfolgte mit der Betonung auf Landwirtschaft nicht nur seine eigenen wirtschaftlichen Interessen, sondern definierte damit auch den damals vorherrschenden *American way of life*, den niemand so überzeugend vermitteln konnte wie Thomas Jefferson. Seine Zukunftsvision war ein Amerika, auf dem unzählige kleine, größtenteils autarke Farmen ihren Eigentümern ein großes Maß an Unabhängigkeit sicherte. Selbst die auf das notwendigste beschränkte Industrie in den wenigen Städten würde der Agrarwirtschaft dienen. Jeffersons Vorstellung des sich selbst genügenden Pioniers, der mit seiner Familie ein Stück Land bewirtschaftet, deren Ertrag in erster Linie den Eigenbedarf deckt und nur mit Waren handelt, die nicht selbst produziert werden können, war natürlich schon damals ein unrealistisches Ideal und wurde später zum *Jeffersonschen Mythos* stilisiert. Es hatte

bestenfalls für den ärmlichen kleinen, irgendwo in der Abgeschiedenheit der Berge lebenden Farmer seine Gültigkeit, der dafür schon von seinen Zeitgenossen geringschätzig *Hillbilly* (Hinterwäldler) genannt wurde. Denn nicht alle seiner Landsleute teilten Jeffersons Meinung vom vollkommenen Amerikaner. Für etliche von ihnen bestand die Jagd nach dem Glück in risikoreichen Landspekulationen oder sie glaubten, mit anderen Geschäften reich zu werden. In schroffem Gegensatz zu Jeffersons Amerikabild stand der wohlhabende Pflanzer des Südens, der seinen Erfolg durch umfangreiche Ländereien und zahlreichen Sklaven gewährleistete. Von der farbigen Bevölkerung in dieser Zeit einmal abgesehen, waren die damit einhergehenden gesellschaftlichen und sozialen Differenzierungen beträchtlich; was jedoch ihre Einstellung gegenüber dem Ausland anlangt – und hier natürlich in erster Linie Europa – verband sie alle ein Nationalgefühl, das keine Schranken kannte: „The Revolution had kindled a sense of nationhood, and the ratification of the Constitution deepened it.“ Dass die Alte Welt die *Französische Revolution* und die nachfolgende Schrecken der Napoleonischen Kriege letztlich „as bitter fruits of the American Revolution“ ansahen, war für die meisten von ihnen nur eine Bestätigung ihrer eigenen Erfolgsgeschichte. Die Dekadenz der Alten Welt zeige sich allein schon in ihren obsoleten Regierungsformen, die die europäischen Völker an ein politisches System bindet, das ihnen jede Möglichkeit der Selbstbestimmung nimmt.

Die staatliche Verselbständigung, die weitere Ausdehnung und Entwicklung der Vereinigten Staaten bedingt ein völlig anderes staatspolitisches Denken. Die Amerikaner „were proud of their experiment in self-government“² und sie waren erfüllt von dem Glauben, dass die Vorsehung sie dazu ausersehen hätte, diesen Kontinent zu erforschen, das unbegrenzte Potential an Land und Bodenschätzen zu nützen. Es war

² *American Presidency Series*, The Presidency of Franklin Pierce by Larry Gara, S. 17, (die einzelnen Präsidentschaften werden in der Folge mit APS und dem Autor angegeben).

das, was das amerikanische Volk - besonders unter einigen Präsidenten - als sein *manifest destiny* ansah. Sicherlich spielten bei diesem Sendungsbewusstsein, diesem unerschütterlichen Glauben an das *offenkundige Schicksal* der Amerikaner auch konfessionelle Momente eine Rolle. Dass religiöse Unterschiede von beiden Seiten zur Rechtfertigung der gegenseitigen Vorurteile benutzt wurden, zeigen einerseits die antikatholische Bewegung in den Vereinigten Staaten Anfang der 1830er Jahre, die sich besonders gegen die Leopoldinenstiftung in Österreich³ richtete und zwanzig Jahre später die erfolgreiche Instrumentalisierung des katholischen Klerus in Amerika gegen Lajos Kossuth.

Obwohl man annehmen könnte, dass besonders um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts die Vereinigten Staaten ausschließlich mit ihren inneren Problemen, die sich aus dem ständig wachsendem Territorium und der damit einhergehenden Sklavenfrage ergaben, beschäftigt waren, hatten sie keineswegs ihr Interesse an der Alten Welt verloren. Besonders an den verschiedenen revolutionären Erhebungen in Europa, an denen sie durch ihre Gründung nicht unwesentlich beteiligt waren, nahmen sie großen Anteil. Eine Art von Hurratriotismus führte zur Überzeugung, dass für die Vereinigten Staaten die Zeit gekommen war, ihre Stimme gegen die autokratische Herrschaft in der Alten Welt zu erheben. Ausdruck findet diese Emanzipation nicht nur in der Unabhängigkeitserklärung, sondern auch in dem manifesten Wunsch, der Alten Welt amerikanische Unabhängigkeit und Eigenständigkeit zu demonstrieren. Ein Volk, das bewusst seine europäischen Wurzeln abstreift, ein Volk, das nun auch versucht, sich sprachlich abzugrenzen, fühlt sich durch ein gemeinsames Bekenntnis zu diesem neuen Staat

³ Dass es sich dabei aber um eine „völlig private und unpolitische“ Institution handelte, widerspricht die Tatsache, dass diese Stiftung am 13.4.1829 unter habsburgischer Patronanz ins Leben gerufen wurde, um in Zusammenarbeit mit amerikanischen Bischöfen „für den Fortschritt der katholischen Religion in den Vereinigten Staaten zu wirken“, vgl. Loidolt, S.3.

geradezu verpflichtet, an seinen Errungenschaften auch andere unterdrückte Völker teilhaben zu lassen.⁴

Die Beziehungen zu Europa, die die Vereinigten Staaten für lange Zeit prägen sollten, wurde bereits vom ersten amerikanischen Präsidenten George Washington in seiner berühmten *Farewell-Address* vom 17. September 1796 explizit dargelegt: Amerikas Politik sei es „to steer clear of permanent alliances with any portion of the foreign world“. Europa ist infolge mancher seiner „primary interests“ häufig in Konflikte involviert, die für Amerika keinen Bezug haben. Es sei Aufgabe des amerikanischen Volkes, seine Handelsbeziehungen auszudehnen, allenfalls zur Gewährleistung eines stabilen Handels mit europäischen Mächten „temporary“ Bündnisse einzugehen, ansonsten aber „to have with them as little political connection as possible“.⁵ Eine Haltung, die an die isolationistische Politik der USA nach dem 1. Weltkrieg erinnert.

Allerdings waren die Vereinigten Staaten von Anfang an bestrebt, Handelsbeziehungen zu den verschiedensten Ländern in Europa aufzunehmen. Wie gering allerdings die Berührungspunkte mit der Habsburgermonarchie waren, zeigt, dass Jefferson 1784⁶ als Außenminister die Staaten Russland, Preußen und Dänemark nennt, aber Österreich als „Court of Vienna“ bezeichnet. Während man 1861 deklarierte Italiener und Ungarn in den USA findet, erklären sich kaum welche als Österreicher. Für Amerika war Österreich bis zu seiner Niederlage 1866 nur einer der deutschen Staaten. Das erklärt auch, dass Außenminister Seward 1861 schreibt, dass Österreich „largely [...]“

4 Webster Noah (1758-1843), amerikanischer Lexikograph und Grammatiker, trug 1828 durch seinen *American Dictionary of the English Language* wesentlich zur Bildung des amerikanischen Englisch bei.

5 [Http://earlyamerica.com/earlyamerica/milestones/farewell/text.html](http://earlyamerica.com/earlyamerica/milestones/farewell/text.html), 31.5.2006.

6 Zit. nach *American-German Review*, Apr. 1947, p.34, in: Spaulding, S. 3. Da Jefferson aber erst 1790 Außenminister wurde, müssen diese Instruktionen für seine Minister zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt sein. Nach den vorliegenden Quellen wurde Thomas Jefferson 1784 als Sonderbotschafter nach Paris entsandt, wo er 1785 Benjamin Franklin als Gesandten ablöste. Vgl. *Die amerikanischen Präsidenten*, S. 77.

destitute of the element of nationality” ist. Es ist daher auch nicht verwunderlich, dass die Habsburger heute noch in den Vereinigten Staaten „almost unknown, by comparison with, for instance, the ruling family of Monaco“ sind.⁷

Anfang des neunzehnten Jahrhunderts wird die geschichtliche Entwicklung Europas von zwei völlig gegensätzlichen Faktoren bestimmt: Einerseits durch Napoleons Hegemonialstreben und andererseits durch nicht übersehbare sozialgeschichtliche Veränderungen, die sich erst durch den Erfolg des amerikanischen Experiments und der *Französischen Revolution* bemerkbar machen. Auf den ersten Blick präsentiert sich die politische Landkarte Europas nach dem Sturz Napoleons als ein fest gefügtes Staatensystem, in dem man bemüht ist, die vorrevolutionäre Ordnung wiederherzustellen, um so ein Übergreifen der gefährlichen demokratischen Ideen zu verhindern.

Nach dem Sieg über Napoleon kommt es unter Österreichs Initiative auf dem *Wiener Kongress* 1814/15 zu einer Neuordnung Europas. Alle europäischen Staaten - auch das besiegte Frankreich – nehmen daran teil. Wesentliche Ziele sind dabei ein Gleichgewicht der Mächte durch eine Wiederherstellung des Zustandes von 1792, Talleyrands Idee der Legitimität zur Rechtfertigung dynastischer Ansprüche des *ancien régime* und ein solidarisches Übereinkommen, nationale und liberale Bestrebungen abzuwehren. Trotz verschiedener Differenzen einigt sich das Gremium der Pentarchie (Österreich, Großbritannien, Russland, Preußen und Frankreich), vor allem wegen der Rückkehr Napoleons von Elba, schließlich nach Monaten im Juni 1815 mit der „Wiener Kongressakte“ auf einen Kompromiss: Österreich verzichtet auf die südlichen Niederlande (heute Belgien) und Vorderösterreich, erhält jedoch unter anderem die Lombardei und Venetien zurück und beansprucht die Leitung im Deutschen Bund. Das oft und meistens unvollständig zitierte

⁷ Spaulding, S. 3.

Bonmot „Le Congrès ne marche pas; il danse“ wird der tatsächlichen Leistung dieser fast modern wirkenden Friedenskonferenz allerdings nicht ganz gerecht, da manche der damals gefällten Entscheidungen selbst die Habsburgermonarchie überlebten. Zur Gewährleistung eines dauerhaften Friedens werden regelmäßige Konferenzen unter den Großmächten vereinbart. In diesem Zusammenhang steht ein für heutige europäische Begriffe und für amerikanische Zeitgenossen von damals kurios anmutendes Schriftstück: Die Gründungsurkunde der sogenannten *Heiligen Allianz*, die am 26. September 1815 in Paris von Österreich, Russland und Preußen unterzeichnet wird. Dieses Dokument wird in der Literatur mit Vorliebe als das alleinige Werk Metternichs, das damit begründete Bündnis als ein Mittel zur Durchsetzung seiner Politik angesehen – was insofern unvollständig ist - als die Idee und der Entwurf selbst von Zar Alexander I. stammten, der ihn Österreich und Preußen zukommen ließ. Der österreichische Staatskanzler ist allerdings für seine Endfassung verantwortlich. Er hat den Text in seinem Sinn überarbeitet und die von Russland vorgesehenen rein religiösen Aussagen durch restaurative ersetzt.

Fast alle Monarchen Europas, mit Ausnahme des Sultans, des englischen Königs und des Papstes folgen der Aufforderung, sich diesem heiligen Bündnis anzuschließen. Der osmanische Herrscher wurde aus naheliegenden Gründen nicht eingeladen. Für die Nichtteilnahme des Papstes waren einerseits konfessionelle Vorurteile, aber sicher auch vergangene politische Hegemonialansprüche zwischen Frankreich und dem Papsttum ausschlaggebend. Durch die Mitgliedschaft von Russland und Preußen handelte es sich um eine ökumenische Stiftung: Von den drei Gründungsmonarchen gehörte nur der österreichische Kaiser Franz I. dem römisch-katholischen Glauben an; der russisch-orthodoxe Zar Alexander I. und der protestantische König Friedrich Wilhelm III. „galten in Rom offiziell als Ketzer“. Möglicherweise hätte Pius VII. (1800-23), „ein

von Amts wegen heiliges Staatsoberhaupt, der Stellvertreter Christi auf Erden, im gottgefälligen Bund für sich mit Recht eine Führungsrolle beanspruchen könn[en]“. Wichtiger ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass es Pius VII. war, der Napoleon Bonaparte (1769-1821) vor dessen Selbstkrönung zum Kaiser der Franzosen 1804 salbte. Der Papst hat allerdings sein anfängliches Bündnis mit Napoleon I. bald bereut. Nachdem er 1809 die Reste des Kirchenstaates an ihn verliert, spricht er über ihn den Bann aus, was der *Kleine General* prompt mit seiner Gefangennahme beantwortet. Nach dem Sturz Napoleons kann der Papst 1814 wieder in den vom *Wiener Kongress* restituierten Kirchenstaat einziehen, schließt in der Folge mit einer Reihe von Ländern Übereinkommen zur Anpassung an die neue politische Situation ab und kann seine Position im Vatikan mit Hilfe des wiederhergestellten Jesuitenordens ausbauen. Es gab daher keine Veranlassung, das heilige Bündnis zusätzlich durch das Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche absegnen zu lassen.

Politische Konsequenzen dagegen hatten die Einwände von Großbritannien, das zwar durch den Prinzen von Wales vertreten ist, einen Beitritt aber kategorisch ablehnt. Georg III. litt seit 1810 an einer unheilbaren Geisteskrankheit, aber man hatte auch unüberwindbare Vorbehalte gegen das geforderte Interventionsrecht. Aber gerade dazu fühlen sich die anderen christlichen Herrscher berufen. Die Besorgnis über eine Wiederbelebung revolutionärer Bewegungen, die Alarmierung über die *Französische Revolution*, die ihre wesentlichen Impulse zweifellos von der amerikanischen erhalten hatte, zeigt die Definition dieses Prinzips: Staaten können notfalls auch mit Gewalt wieder auf den *rechten* Weg zurückgeführt werden. Den Anspruch dazu leitet man aus der alleinigen Verantwortung Gott gegenüber ab. Der englische König kann sich jedoch nicht hinter einem *Gottesgnadentum* verstecken, er ist in erster Linie dem Parlament verpflichtet – und das lehnt jedes Interventionsrecht ab.

Weitere Ziele lassen sich für die *Heilige Allianz* aus der nicht näher definierten Formulierung „Bund von Thron und Altar“ nicht erkennen. Das feierliche Gelöbnis der heiligen Vereinigung klingt allerdings eher wie die Verschwörungsformel einer geheimen Sekte als das politische Manifest christlich verantwortlicher Monarchen:

Gemäß den Worten der Heiligen Schrift, welche allen Menschen befiehlt, werden sie einander als Brüder betrachten, durch die Bande einer wahren und unauflöslchen Bruderschaft vereinigt bleiben und einander wie Landsleute bei allen Gelegenheiten und in allen Fällen Beistand leisten.⁸

Frankreich erweitert das heilige Bündnis durch seine Teilnahme am Kongress von Aachen 1818 und spielt in diesem Konzert der Mächte ebenfalls wieder mit. Wie fragil diese solidarische Balance ist, zeigt sich allerdings schon 1820 beim Kongress von Troppau, wo sich vor dem Hintergrund verschiedener nationaler Strömungen auf politisch-ideologischer Ebene zwei Blöcke bilden. Die drei konservativen Ostmächte Österreich, Preußen und Russland bekennen sich weiter zum Absolutismus und setzen gegen den Widerstand des liberalen Westblocks das Interventionsprinzip durch. England und Frankreich dagegen haben trotz ihrer vergangenen Hegemonialansprüche in Amerika eines gemeinsam: Sie sind offen für neue Strömungen. Großbritannien reagiert mit Reformbereitschaft: Drei Wahlrechtsänderungen (1832, 1867, 1884/5) bringen stufenweise politisches Mitspracherecht, die dramatische Entwicklung auf dem Gebiet des Eisenbahnbaus sorgt für eine Ankurbelung der Wirtschaft. Damit ist England neben Russland die einzige

⁸ Unter anderem wurde auch eine Regelung über den „Status der Diplomaten [...] und die Rangordnung der Staaten bei internationalen Anlässen nach dem französischen Alphabet“ getroffen. Die rechtliche Basis „für die freie Schifffahrt auf den europäischen Flüssen“ wurde geschaffen und ein Verbot für den Sklavenhandel ausgesprochen. Der Ausspruch: „Der Kongreß kommt nicht vom Fleck; er tanzt“ stammt vom Fürsten Ligne. Vgl. Vajda, SS. 444, 451.

europäische Großmacht, die von Revolutionen verschont bleibt. Zusätzlich zieht es sich allmählich aus der europäischen Bündnispolitik zurück und kultiviert bis Ende des neunzehnten Jahrhunderts aufgrund seines weltumspannenden Imperiums und seiner Vormachtstellung auf dem Finanzsektor eine Außenpolitik der *splendid isolation*. Mit Ausnahme des Krimkrieges (1853-56) wegen der russischen Expansion im Donauraum ist Großbritannien in keine militärische Auseinandersetzung involviert, fühlt sich jedoch besonders unter Außenminister Canning (1822-27) dazu berufen, die liberalen Bestrebungen der kleineren Nationen zu unterstützen. Ganz so uneigennützig, wie der berühmte Ausspruch Cannings: „Ich rief die neue Welt ins Leben, um das Gleichgewicht wiederherzustellen“ auf den ersten Blick scheint, ist die britische Parteinahme für die *Monroe-Doktrin* 1823 jedoch nicht: Die sofortige Anerkennung der instabilen Republiken in Lateinamerika nach dem Ende der spanisch-portugiesischen Kolonialherrschaft erfolgt aus rein handelspolitischen Interessen, da sich dadurch für England ein riesiger neuer Absatzmarkt eröffnet.

Ein unbestreitbares Verdienst dieser europäischen Allianzen mit den konferenztechnischen Neuerungen von regelmäßigen Absprachen zur Vermeidung von Krisensituationen ist zweifellos eine für Jahrzehnte andauernde Friedensperiode. Auch die in fast allen Ländern auftretenden nationalen Erhebungen, die Einigungsbemühungen in Italien und Deutschland konnten letztlich die bestehende Ordnung bis zum Ausbruch des ersten Weltkriegs nicht gefährden. Allerdings spielten dabei auch andere Faktoren eine Rolle. Wie nach allen großen bewaffneten Auseinandersetzungen sind auch nach den langen Napoleonischen Kriegen für einige Zeit die Ressourcen erschöpft – vor allem die menschlichen, aber auch die finanziellen. Landschaften wurden verwüstet, Wirtschaft und Handel müssen wieder belebt werden. Außerdem darf der lange internationale Friede nicht über die lokalen Aufstände und Proteste

auf nationaler Ebene hinwegtäuschen. Republikanische und demokratische Ideen hatten durch den Erfolg der amerikanischen Unabhängigkeit und der Revolution in Frankreich auf ganz Europa übergegriffen und eine allgemeine Veränderung der Regierungssysteme in den autoritär regierten Staaten war nur hinausgeschoben.

Für die Völker Europas entwickelt sich nationalpolitisches Bewusstsein unter gänzlich anderen Voraussetzungen als für das amerikanische Volk. Es definiert sich nicht durch ein einigendes Band gegen die Herrschaft einer Kolonialmacht. Es gibt keine Vorsehung, die sie dazu auserkoren hat, einen Kontinent zu erforschen und ihn sich untertan zu machen. Die Völker der *Alten Welt* können auf staatliche Unterdrückung nicht mit Auswanderung oder einer siedlungsmäßigen Veränderung reagieren - sei es in die *Neue Welt* oder einfach weiter nach Westen ziehen. Sie haben auch nicht die Möglichkeit, bestehenden Regierungssystemen durch die Erschließung neuer Gebiete auszuweichen. Man denke in diesem Zusammenhang nur an den Versuch des amerikanischen Südens, sein feudales System durch territoriale Expansion nach Kuba aufrecht zu erhalten und damit einen Ausgleich mit dem sich emanzipierenden Norden zu schaffen. Änderungen der bestehenden alten Ordnung konnten also nur durch Revolutionen im eigenen Land bewirkt werden. Das amerikanische Experiment zeigte erst in den Jahren nach Napoleon seine volle Wirkung. Die Großmächte kämpften nicht mehr gegeneinander, sondern im Grunde miteinander gegen einen gemeinsamen Feind – und der heißt fortan Demokratie.

Man kämpfte nicht mehr um Grund und Boden, um Häfen und Handelswege, um wirtschaftliche und strategische Schlüsselpositionen, sondern um die Regierungsform, um die Durchsetzung bürgerlich-demokratischer Ideale, um mehr Rechte für die Bevölkerung, um die Befreiung von der repressiven

Herrschaft [...], beziehungsweise man kämpfte als Hüter und Verwalter der alten Ordnung unnachgiebig dagegen. Der in Europa immer wieder aufflackernde Krieg wurde nun zwischen dem seit Jahrhunderten etablierten Machtapparat der Fürstenhöfe und der kunterbunten Schar der neuen national-revolutionären Bewegungen, die im Kampf um die Unabhängigkeit oder um eine zeitgemäße Regierung vereinzelt auch schon soziale Forderungen erhoben hatten, ausgetragen.

Im Jänner 1820 bricht ein Aufstand gegen den spanischen König aus. Ferdinand VII. hatte nach seiner Rückkehr auf den Thron die Verfassung aufgehoben und nicht nur den Jesuitenorden, sondern auch die Inquisition wieder eingesetzt. Doch die zu Hilfe gerufene *Heilige Allianz* unterstützt den König tatkräftig bei der Restituierung des Absolutismus. Sie entsendet ein französisches Heer („Die Hunderttausend Söhne des Heiligen Ludwig“) zur Niederwerfung des Aufstandes und Ferdinand VII. braucht sich mit sakrosankter Zustimmung seiner Vergeltung an den Unruhestiftern keine Schranken auferlegen.

Auch in Italien funktioniert die Allianz bestens, um die 1820 nach spanischem Vorbild entstandene Revolution in Neapel niederzuwerfen. Im Frühjahr 1821 eilen österreichische Truppen dem König zu Hilfe und Ferdinand I. kann seinen mit Waffengewalt zurück eroberten Thron wieder einnehmen. 1831 ist wieder Österreich zur Stelle, als es gilt, Aufstände im Kirchenstaat zu bekämpfen. Schon am Beginn seines Pontifikates hatte Gregor XVI. (1831-1846) durch seine extrem konservative Haltung wesentlich zum beginnenden Kulturkampf zwischen Kirche und Staat beigetragen. 1832 gründet der des Landes verwiesene Advokat Giuseppe Mazzini in Marseille den Geheimbund *La giovine Italia*, in dem das italienische Volk zum Aufstand gegen das alte monarchische Europa aufgefordert wird. Dieses junge Italien repräsentiert den radikalen Teil der Bewegung, für deren schließliche Namensgebung die 1847 gegründete

Zeitschrift *Il Risorgimento* Pate stand.

Dem „erstaunlichen Expansionswillen“ Frankreichs um die Wende zum neunzehnten Jahrhundert sollte nach Waterloo nicht lange die „Erschlaffung und der glühende Wunsch nach Frieden“ folgen. Im Juli 1830 führen schlechte Ernten und eine liberale Opposition gegen die Auflösung der Kammer und Pressezensur zu den so genannten Barrikadenkämpfen zwischen dem Bürgertum von Paris und der königlichen Armee. Karl X. dankt ab und geht nach England ins Exil. Am 9. August 1830 wird Louis Philippe von Orléans zum König proklamiert. Der vom Volk gewählte Monarch findet allerdings als „Bürger- oder Barrikadenkönig“ vor den Augen der *Heiligen Allianz* vorerst keine Gnade. Österreich, und hier natürlich Metternich, tröstet sich mit dem Gedanken, Frankreich bleibe mit dieser *morganatischen Ehe* zwar der gewohnte Krisenherd in Europa aber immerhin dem monarchischen Prinzip erhalten. Im Februar 1848 muss Louis Philippe unter dem Druck von radikalen Demonstranten vor dem königlichen Palais abdanken und in Frankreich wird die Zweite Republik ausgerufen. Damit ist der Weg frei für Louis Napoléon Bonaparte, der im Dezember 1851 durch einen Staatsstreich eine neue Verfassung mit einem auf zehn Jahre zu wählenden Präsidenten einführt. Ein Jahr später genehmigt ein Plebiszit den Staatsstreich des Prinz-Präsidenten und der Neffe Napoleons I. kann als Napoleon III. den französischen Thron besteigen. Nach dem Vorbild der Juli-Revolution in Frankreich kommt es im August 1830 auch in Brüssel zu einem Aufstand, der 1839 in einer konstitutionellen Monarchie und der endgültigen Lostrennung Belgiens von den Niederlanden endet.

Der Freiheitskampf der Griechen gegen die türkische Fremdherrschaft von 1821-1829 stellt in mehrfacher Hinsicht eine Besonderheit dar. Zum einen findet er in ganz Europa – und auch in Amerika – begeisterte Sympathisanten, die sich in den Dienst der griechischen Unabhängigkeit stellen. Der bedeutendste unter ihnen ist

zweifellos der englische Dichter Lord George Gordon Byron (1788-1824), der mit beträchtlichen finanziellen Mitteln sogar eine eigene Armee (Byron-Brigade) aufstellte. Zum anderen scheitert letztlich auch die *Heilige Allianz* wegen des österreichisch-russischen Interessenkonflikts in der *orientalischen Frage*. Österreich sieht die Erhebung der Griechen als Revolution, Zar Nikolaus I. aufgrund der Feindschaft gegenüber den Türken naturgemäß anders. Er schließt sich England und Frankreich an und in der Londoner Konferenz am 3. Februar 1830 wird Griechenland als souveräner Staat anerkannt. Für eine Befreiung der Griechen von türkischer Herrschaft sprach sich auch schon Thomas Jefferson im Zusammenhang mit österreichisch-türkischen Differenzen im Jahre 1785 aus. Gewinnen würden die Griechen dabei nichts, da es bloß ein Austausch von „one set of barbarians for another only“⁹ wäre. Der Analogieschluss ist für einen aufgeklärten Herrscher wie Joseph II. nicht sehr schmeichelhaft.¹⁰

II. FRÜHE KONTAKTE

Die europäischen Großmächte sahen sich mit der Souveränität der dreizehn amerikanischen Kolonien mit einem bis dahin unbekanntem Problem konfrontiert – die „Anerkennung eines auf revolutionärem Weg

9 Vajda, SS. 451, 453; Vallotton, S. 307, die Schlacht bei Waterloo oder Belle-Alliance am 18.6.1815 führt zum endgültigen Sturz Napoleons; Boyd, *The Papers of Thomas Jefferson*, vol. VIII, S. 287, in: Friebel, S. 100.

10 Ergänzend dazu muss man festhalten, dass Jeffersons negatives Europabild während seines Aufenthaltes in Paris von 1784-1789 geformt wurde. Seine Freundschaft mit dem Marquis de Lafayette, der mit einem Freiwilligenkorps wesentlich zur britischen Kapitulation am 19.10.1781 bei Yorktown beigetragen und unter Jeffersons Mitwirkung die Menschenrechtserklärung aufgestellt hatte, hat ihn in seinen Ansichten sicher nur bestärkt. Für Jefferson waren daher alle absolutistischen Monarchen am „Elend in den Großstädten und der sozialen Ungleichheit und Hierarchie“ verantwortlich, ob sie sich nun Joseph II., osmanischer Sultan oder Ludwig XVI. nannten. Vgl. *Am. Präsidenten*, S. 77.

ins Leben gerufenen Staates“. Österreich mit seinem auf Legitimität beruhenden Staatsprinzip konnte sich zu einer Anerkennung der neuen Vereinigten Staaten nicht durchringen. Man hätte damit nicht nur England unnötig brüskiert, sondern man war auch von der Unrechtmäßigkeit des Aufstandes gegen einen legitimen Herrscher überzeugt. Andere Länder waren hier weniger voreingenommen. Wenig überraschend ist, dass gerade Frankreich als erstes Land bereits 1778 den USA „vertraglich die Souveränität, Freiheit und Unabhängigkeit“ zuerkennt. Aber ebenfalls schon vor dem Frieden von Versailles 1783, in dem Großbritannien die amerikanische Unabhängigkeit anerkennt, wurden diplomatische Beziehungen zu Spanien, Russland, den Niederlanden und Schweden aufgenommen, „was die Anerkennung zur Grundlage hatte“ - ein Schritt, zu dem sich Österreich offenbar nicht überwinden konnte, da es Matsch zufolge „zu einer ordentlichen Anerkennung der Vereinigten Staaten durch die österreichische Monarchie nicht gekommen ist“.

Es ist daher wenig überraschend, dass die Habsburger mehr noch als andere konservative europäische Staaten ablehnend, „ja sogar unfreundlich“ auf den neuen, aus einer Rebellion hervorgegangenen Staat reagierten. Dass Maria Theresia den Abfall vom Mutterland verurteilte, ist beim monarchistischen Legitimitätsprinzip des Wiener Hofes verständlich. Dass aber selbst Joseph II., obzwar den Reformen der Aufklärung verschrieben, seine anfänglich gemäßigtere Einstellung gegenüber den Vereinigten Staaten aufgab und den Aufstand seiner belgischen Untertanen als „Analogie zur Undankbarkeit der amerikanischen Kolonien gegenüber der britischen Krone“ bezeichnet, beweist letzten Endes nur, wie sehr auch er noch von einem absoluten Herrschertum erfüllt war.

Trotz der politischen Unterschiede gab es bereits vor der amerikanischen Staatsgründung einen nicht sehr umfangreichen, aber regelmäßigen Warenaustausch zwischen Österreich und den britischen Kolonien in Übersee. Der Ausbruch des Unabhängigkeitskrieges brachte

vorerst eine Unterbrechung, da der gesamte Handel im Namen der Britischen Krone auf englischen Schiffen ablief. Aber schon bald nach dem 4. Juli 1776 waren die nunmehr Vereinigten Staaten von Amerika bemüht, ihre Kontakte mit der Alten Welt wieder aufzunehmen. Bereits am 30. Dezember 1776 beschloss der Kongress „[t]hat Commissioners be forthwith sent to the Courts of V i e n n a, Spain, Prussia und the grand Duke of Tuscany“, um Handels- und Freundschaftsverträge mit verschiedenen Ländern abzuschließen.¹¹ Mit der Aufgabe in Wien und Berlin wurde am 9. Mai 1777 William Lee betraut. Ein Jahr später traf Lee in Wien ein, reiste jedoch schon nach wenigen Wochen unverrichteter Dinge wieder ab. Wien zeigte sich ja besonders feindselig und Kaiserin Maria Theresia folgte dem Rat ihres Staatskanzlers Kaunitz und lehnte einen Empfang des amerikanischen Agenten ab.¹²

Trotz aller ideologisch bedingten Zurückhaltung gegen die junge Republik war Österreich aber durchaus an Handelsbeziehungen interessiert. Die Österreichischen Niederlande exportierten Textilien, Stickereien, Eisenwaren, Weine, Bücher und Spielkarten und importierten Holz, Pottasche; Reis und Tabak waren ebenfalls äußerst begehrt. Mit der Anerkennung durch Großbritannien 1783 ändert sich auch in Österreich die Bezeichnung für die Vereinigten Staaten. Hatte man vorher von „English settlements in America“ gesprochen, die als „British insurgents“ sich gegen ihren Souverän erhoben hatten, wurden sie nun zu den „Thirteen United Cantons of North America“ oder „United American Estates“.¹³ Aber selbst jetzt konnte sich die Habsburgermonarchie lediglich

11 Matsch, *Wiener Hof*, SS. 121-2; Edmund C. Burnett, Note on American Negotiations for Commercial Treaties, 1776-1786, Zit. nach *American Historical Review*, S. 579f, in: Friebel, S. 18.

12 Matsch, *Wr. Hof*, S. 121. Spaulding (S. 40) dagegen behauptet, dass Joseph II., „who had no love for American rebels and saw no reason for antagonizing Britain, refused to receive [Lee]“. Die Zeit von 1800-1870 zwischen Österreich und den USA seien „Years of Misunderstanding“: Jefferson hatte ja schon 1810 gemeint, „the 'king of Austria' was an idiot like so many of Europe's rulers“.

13 Benna, *Cont. Views*, SS. 8, 48.

zur Entsendung eines inoffiziellen Beobachters durchringen. Österreichs erster Vertreter in der jungen Republik war ein gewisser Freiherr Baron de Beelen-Bertholff. Er durfte sich „k.k. Commerzienrath“ nennen und kam im September 1783 nach Philadelphia, um vorort „das Terrain kennen [zu] lernen“. Eine offizielle Kontaktaufnahme mit der US-Regierung zum Zwecke eines Vertragsabschlusses sollte jedoch erst nach der Anerkennung durch Österreich erfolgen. Beelen-Bertholff blieb drei Jahre in seinem „Amt“ auf seinem Posten, ohne dass es zu einem Handelsvertrag mit Wien gekommen wäre.¹⁴ Der Wiener Hof verschanzte sich hinter Prestigedenken und erwartete, dass die Vereinigten Staaten ein Ansuchen um Anerkennung stellen würden, was allerdings nicht geschah. Trotzdem war Beelen-Bertholff als Repräsentant von Österreichs Wirtschaftsinteressen nützlich, da seine umfangreichen Berichte wertvolle Informationen über Amerika lieferten.¹⁵

Erst dreißig Jahre nach Beelen-Bertholff entsandte der Wiener Hof wieder einen Vertreter, den k.k. Generalkonsul Aloys Freiherr von Lederer in die Vereinigten Staaten. Zwischenzeitlich gab es im Jahre 1817 zwar eine halbherzige Initiative in der Ernennung des Bartolomäus Freiherr von Stürmer, der allerdings seinen Posten gar nicht erst antrat.¹⁶ Lederer blieb bis 1838 und sein größter Erfolg war sicher 1829 der Abschluss eines Handels- und Schifffahrtsvertrages mit den Vereinigten Staaten.

14 Die Diplomatie unterscheidet vier hierarchisch gegliederte Rangstufen: Botschafter, Gesandte, Ministerresidenten und Geschäftsträger. Im 19. Jahrhundert gab es nur in den europäischen Großmächten österreichische Botschaften, in den USA erst ab 1903. Vgl. Matsch, *Wr. Hof*, S. 124, und Schmetterer, S. 16.

15 Spaulding, S. 41.

16 Aufstellungsverzeichnis Nordamerika des Staatsarchivs, handschriftliche, ungenaue Eintragung bzgl. Dienstantritt und Rang Lederers im Archivbehelf 187. Nach Schlitter, vgl. ausführlich dazu Friebel, S. 166, 171.

II. 1. Identitätsfindung und Selbstverständnis einer Nation

Von den Männern, die die Geschichte der Vereinigten Staaten und ihre Beziehungen zu Europa in den Zwanzigerjahren des neunzehnten Jahrhunderts prägten, ist gewiss der fünfte Präsident James Monroe (1817-1825) der bekannteste. Mit seinem Freund Thomas Jefferson verband ihn sowohl die Ablehnung einer Bundesverfassung als auch die Haltung zur *Französischen Revolution*. Für Monroe wie für Jefferson hatten die Rechte der Einzelstaaten absoluten Vorrang und der Umsturz in Frankreich war nur eine logische Konsequenz der amerikanischen Staatsgründung. Im frühen Parteiensystem der Vereinigten Staaten sind beide den Republikanern zuzurechnen. Auch ein tiefes Misstrauen gegenüber Europa verband ihn konzeptionell mit Jefferson, was erklärt, dass sein Außenminister John Quincy Adams nach langen Verhandlungen 1819 den „*Transcontinental Treaty*“ zuwege brachte, mit dem die USA von Spanien für fünf Millionen Dollar Florida erwarben. In diesem Vertrag wird den Vereinigten Staaten aber nicht nur Florida zugestanden, „sondern auch erstmals in völkerrechtlich verbindlicher Form de[r] Zugang zum Pazifik in einem breiten Gürtel südlich des Columbia River“ zugesichert. Monroes Vorgänger im Präsidentenamt, der „Vater der Verfassung“ James Madison (1809-1817) hatte ihn 1811 zu seinem Außenminister gemacht und ihn auch als seinen Nachfolger durchsetzen können.

James Monroe war der letzte Präsident, der für sich noch den Ruhm beanspruchen konnte, aktiv an der Entstehung der Vereingten Staaten mitgewirkt zu haben. Als junger Offizier hatte er in der Armee Washingtons gekämpft und war 1776 schwer verwundet worden. Seine politische Karriere begann 1782 in der Virginia assembly und erreichte am 4. März 1817 mit der Wahl zum Präsidenten ihren Höhepunkt - nur knapp zwei Jahre nach dem Ende des Krieges mit Großbritannien. Ein Krieg, der die

Nation geteilt, sie total verschuldet und nahezu alle Regierungsgebäude zerstört hatte. Bis heute bekannt ist Monroe vor allem durch seine Kongressbotschaft vom 2. Dezember 1823, die dann allerdings mit einigen *amendments* als sogenannte *Monroe-Doktrin* in die Geschichte einging. Dabei sind die darin ausgesprochenen Prinzipien im wesentlichen die Gedanken seines Außenministers John Quincy Adams, der ihm als Präsident (1825-1829) nachfolgte.

Adams wurde durch seine Jugendjahre, die er größtenteils in Europa verbrachte, entscheidend beeinflusst. Seine profunde Kenntnis in außenpolitischen Belangen machten ihn zwar zu einem scharfsinnigen, intellektuellen Taktiker, seine persönliche Unnahbarkeit und Egozentrik aber auch zu einem vielleicht oft missverstandenen, sicher aber wenig beliebten Politiker seiner Zeit. Seine Unfähigkeit, sich rechtzeitig eine politische Gefolgschaft aufzubauen – was damals schon durchaus üblich war –, taten ein übriges, um seine Wiederwahl zu verhindern. Was er mit Monroe teilte, war vor allem die Betonung der USA auf nationaler Selbständigkeit und außenpolitischer Unabhängigkeit. Wesentlich weniger zurückhaltend gegenüber den europäischen Großmächten als Monroe, konnte Adams dieses nationale Selbstbewusstsein geschickt mit der Problematik in den neuen lateinamerikanischen Staaten verknüpfen. Schon vor der Monroe Administration hatten sich die ehemaligen spanischen Kolonien zwar für unabhängig erklärt, sich aber vergeblich um eine politische Anerkennung durch Europa und die USA bemüht. Monroe war eher besorgt, wie sich ein solcher Schritt auf die *Heilige Allianz* auswirken könnte; Adams dagegen dachte mehr an den richtigen Zeitpunkt. Er war sich aber auch der russischen Bedrohung an der nördlichen Pazifikküste und eventueller englischer Ansprüche an der kanadischen Grenze bewusst. Schon im November 1819 hatte er in einer Kabinettsitzung unmissverständlich klargemacht, „that the world should be familiarized with the idea of considering our proper dominion to be the

continent of North America.“ Und 1821 erklärte er dem englischen Außenminister in den USA, Stratford Canning, dass Amerika die Grenze zum britischen Territorium nur unter der Bedingung respektieren würden, wenn das Recht der Amerikaner auf das übrige Nordamerika nicht in Frage gestellt wird. Zwei Jahre später, im Juli 1823, schlägt Adams dem russischen Minister in den USA gegenüber einen noch schärferen Ton an: Die Vereinigten Staaten würden jedwede Gebietsansprüche Russlands in Nordamerika bestreiten; sie würden ganz klar zum Ausdruck bringen „that the American continents are no longer subjects for *any* new European colonial establishments.“

Am schließlichen Zustandekommen der berühmten Botschaft war neben der Furcht vor einer Intervention der *Heiligen Allianz* aber auch Großbritannien nicht unwesentlich beteiligt. Englands Außenminister George Canning hatte den USA über den britischen Vertreter Richard Rush vertraulich eine gemeinsame Resolution der Anerkennung vorgeschlagen, da „England considered the recovery of the colonies by Spain to be hopeless and British recognition of their independence to be only a matter of time and circumstances“. Monroe wollte aber vor allem nicht den Anschein erwecken, Amerika würde sich irgendwelchem britischem Druck zu beugen und reagierte schon allein aus diesem Grund sehr zurückhaltend. Secretary of War, John C. Calhoun tat ein übriges und schürte mit seinen Angstparolen in den Kabinettsdebatten noch die Unentschlossenheit des Präsidenten. Monroe äußerte sich zwar in einem Schreiben an Madison, dass es das beste wäre, dem Vorschlag Cannings zu folgen, da seiner Meinung nach einer erfolgreichen Restauration der spanischen Kolonien durch die *Heilige Allianz* unweigerlich auch eine Invasion in Amerika folgen würde, konnte sich aber trotzdem wochenlang zu keiner definitiven Antwort durchringen. Adams bezeichnet in seinen Tagebuchaufzeichnungen die Ängste des Präsidenten, ganz Südamerika würde von der Allianz den Spaniern zugesprochen werden, als „far

beyond anything that I could have conceived possible“. Und seinen Amtskollegen Calhoun nennt Adams respektlos „moon-struck“, weil der Kriegsminister dafür sogar die Entsendung von zehntausend Mann von der *Heiligen Allianz* für wahrscheinlich hält: „I no more believe that the Holy Allies will restore Spanish dominion upon the American continent, [...] that that the Chimborazo [a mountain peak in Ecuador] will sink beneath the ocean.“¹⁷ Die panische Furcht der Vereinigten Staaten vor einer europäischen Intervention und die teilweise Hetzkampagne gegen die Allianz konzentrierte sich im Wesentlichen auf eine Person – den österreichischen Staatskanzler. Metternich war für Amerika natürlich nicht der in Europa anerkannte „genius of conservatism“ oder „the most important diplomat of modern times,“ sondern nur ein Werkzeug des Papstes und darüber hinaus auch eines der anderen konservativen Mächte, die aus amerikanischer Perspektive nichts Anderes im Sinn hatten als die Demokratie und Freiheit in der Neuen Welt zu zerschlagen. Er war „the author of the Holy Alliance“ und daher verantwortlich für die Unterdrückung von Revolution und er war der Unterstützung von Legitimität verpflichtet. Dass Metternich um der Legitimität willen bereit war zu intervenieren, war für Amerika in dem Moment klar, als mit Österreichs Hilfe die demokratischen Erhebungen in Italien niedergeschlagen wurden. Für die Vereinigten Staaten war das ein eindeutiger Hinweis dafür, dass Metternich auch nicht zögern würde, Spanien aktive Hilfe bei der Rückeroberung seiner aufrührerischen Kolonien zukommen zu lassen.

Ebenfalls im November 1823 wurde der amerikanische Außenminister vom Präsidenten beauftragt, ein Memorandum über die auswärtigen Angelegenheiten für Monroes jährliche Kongressbotschaft zu erstellen. Obwohl Adams offenbar eine weitaus realistischere Einstellung

¹⁷ *Am. Präsidenten*, S. 101; Adams, *Diary*, 16.11.1819, 4:438; 27.1.1821, 5:252-53; 17.7.1823, 6:163; Monroe an Madison, Oct.17, 1823; Adams, *Diary*, 13.11.1823, S. 185; 15.11.1823, 6:186, in: APS, Cunningham Jr., S. 151-55.

zu den vermeintlichen Interventionsabsichten der Allianz hatte, scheint er doch Bedenken wegen der endgültigen Formulierung gehabt zu haben. Er bestand zwar auf der Aufnahme des Prinzips, wonach die Rechte und Interessen des amerikanischen Volkes - für die es sich frei und unabhängig ausgesprochen hatte - gewahrt bleiben müssten und daher der amerikanische Kontinent von keiner europäischen Macht zum Gegenstand künftiger Kolonisierung gemacht werden dürfe. Andererseits drängte er Monroe ein paar Tage später in einem privaten Gespräch „to abstain from everything in his message which the Holy Allies could make a pretext for construing into aggression upon them“. Vor der tatsächlichen Veröffentlichung der Kongressbotschaft suchte Monroe aber auch noch das Gespräch mit seinem Freund Jefferson und dessen Meinung dazu ist kaum überraschend: Für Jefferson ist es *die* Gelegenheit, endlich der alten Welt kundzutun, was die neue von ihren ungehörigen Verletzungen am Recht anderer Völker und von der Einmischung in fremde Angelegenheiten hält. Napoleon hätte mit diesen Schandtaten begonnen und nun setze die Allianz, die genauso gesetzlos ist, sie fort und nennt sich dabei noch *Heilig*:

Nor is the occasion to be lighted which this proposition offers, of declaring our protest against the atrocious violations of the rights of nations, by the interference of anyone in the internal affairs of another, so flagitiously begun by Bonaparte, and now continued by the equally lawless Alliance, calling itself Holy.¹⁸

Dass Adams wesentlich zum Inhalt der amerikanischen Deklaration beigetragen hat, ist unbestritten. Jedoch war es letztlich der Präsident, der

¹⁸ Memorandum to Monroe 13.11.1823, Monroe Papers, Adams *Diary*, 22.11.1823, pp. 196-8, APS, Cunningham Jr., SS. 152, 156; Spaulding, S. 42.

den Entwurf verfasste, ihn mehrfach umschrieb, bis er eine Form gefunden hatte, die er und sein Kabinett vor dem Kongress zu vertreten bereit waren und damit der ganzen Welt zu verkünden.

Erst gegen Ende seiner Erklärung wendet sich Monroe in seiner Botschaft der auswärtigen Politik zu. Er gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass das griechische Volk „in their heroic struggle“ um eine unabhängige Nation erfolgreich sein würde. Geht man vom folgenden Auszug der ursprünglichen Fassung aus, so wird darin eine deutliche Warnung an die europäischen Großmächte einschließlich Russlands ausgesprochen, dass eine Rekolonisierung oder die Gründung neuer Kolonien in Lateinamerika ein Angriff auf die Sicherheit der Vereinigten Staaten bedeute. Im nachhinein betrachtet, kann man aber schon eine a priori Rechtfertigung für die Entsendung von Dudley Mann nach Ungarn ein Vierteljahrhundert später und die nachfolgende Begeisterung für Kossuth finden:

The political system of the allied powers is essentially different in this respect from that of America. [...] We owe it therefore to candor and to the amicable relations existing between the United States and those powers to declare that we should consider any attempt on their part to extend their system to any portion of this hemisphere as dangerous to our peace and safety. [...] With the existing colonies or dependencies of any European power we have not interfered and shall not interfere. But with the Governments who have declared their independence and maintained it, and whose independence we have, on great consideration and on just principles, acknowledged, we could not view any interposition for the purpose of oppressing them, or controlling in any other manner their destiny, by any European power in any other light than as the manifestation of an unfriendly disposition toward the United States.

Die unmittelbare Wirkung im Ausland war allerdings eher unbedeutend.¹⁹ Metternich reagierte zwar nicht offiziell auf Monroes Kundgebung, jedoch „privately denounced“ die amerikanische Doktrin in seiner diplomatischen Korrespondenz. Ein paar Wochen nach der Verlautbarung nimmt er dazu Stellung und verurteilt sie in einem Brief an den russischen Außenminister Karl Robert Graf von Nesselrode²⁰ auf das Schärfste: Der Plural *Wir* - normalerweise einem Monarchen vorbehalten - ist auch für Metternich das adäquate Personalpronomen, denn er meint natürlich sich selbst, der diese Entwicklung zwar vorausgesehen hat, aber dennoch enttäuscht über das tatsächliche Eintreten ist. *Wir* haben das Wachstum dieser abtrünnigen Kolonien mitangesehen und nun bereiten sie uns mit ihren unprovokierten Angriff eine neuerliche Enttäuschung. Sie zögern damit nicht nur, ihre Macht der unsrigen entgegensetzen, sondern geben revolutionären Verschwörungen neuen Nährboden:

These United States of America, which we have seen arise and grow, and which during their too short youth already meditated projects which they dared not then avow, have suddenly left a sphere too narrow for their ambition, and have astonished Europe by a new act of revolt, more unprovoked, fully as audacious, and no less dangerous than the former. They have distinctly and clearly announced their intention to set not only power against power, but, to express it more exactly, altar against altar. [...] In permitting themselves to these unprovoked attacks, in fostering revolutions wherever they show themselves, in regretting those which have failed, in

19 Monroe, Message to Congress, Dec. 2., 1823, APS, Cunningham Jr., SS. 160, 163; Dexter Perkins, *A History of the Monroe-Doctrine*, S. 30, schreibt über die Reaktionen: „In Austria and Prussia they were hardly commented upon at all, by statesmen or in the press.“ - „So far as I am aware, quoted only in the Berlin allgemeine Staats-Zeitung“, in: Friebel, S. 299.

20 Der als erzkonservativ geltende Nesselrode war ein enger Verbündeter und langjähriger Brieffreund Metternichs. Beim Ungarnaufstand unter Lajos Kossuth trat Nesselrode massiv für eine russische Intervention ein.

extending a helping hand to those which seem to prosper, they lend new strength to the apostles of sedition, and reanimate the courage of every conspirator.

Ebenfalls im Jänner 1824 schreibt er an den kaiserlichen Vertreter in Russland, Baron Lebzelter, dass Amerika sich mit dieser Erklärung nun für immer von Europa losgesagt habe. In der für ihn typischen, fast philosophischen Charaktereigenschaft, zieht er einen Vergleich mit der Vielzahl der Arten in der Natur, wo eben aufgrund der Heterogenität der Spezien eine Kompatibilität nicht gegeben sei:

Die Neue Welt hat kundgetan, daß sie mit der Alten gebrochen hat. Der Bruch beruht nicht auf einer Wahl unter mehreren Möglichkeiten, noch ist er vorübergehend oder an bestimmte Bedingungen geknüpft, vielmehr ist er grundsätzlicher Art. Er trennt die Staaten Europas von der amerikanischen Republik, wie im Naturreich bestimmte unvereinbare Eigenschaften Körper von andersgearteten trennen.

Das fehlende politische Echo in Europa auf die amerikanische Verlautbarung sollte die Vereinigten Staaten eigentlich überzeugt haben, dass ihre Ängste unbegründet gewesen waren. Dennoch scheint der „erschreckende“ Mangel an Verständnis zwischen Wien und der Neuen Welt bis heute nicht ganz behoben zu sein, da die Amerikaner noch immer glauben, dass es allein die *Monroe-Doktrin* war, die sie vor einer europäischen Unterjochung bewahrte, obwohl amerikanische Historiker erst vor kurzem betont haben, „that these continents were never actually threatened by the Holy Alliance“ und der österreichische Staatskanzler überzeugt war, „that Spain would gain nothing by trying to recover her lost

colonies“. Dass Metternich tatsächlich dieser Meinung war, wird durch ein Gespräch mit dem englischen Botschafter Wellesly bekräftigt, dem er im Sommer 1823 sagt, dass „alle Projekte auf Wiedereroberung“ keinen Sinn hätten; und „Spanien solle seine Anstrengungen auf die Besitzerhaltung Cubas beschränken“. Metternich scheint also tatsächlich von der Aussichtslosigkeit einer Rekolonisierung der ehemaligen spanischen Besitzungen ausgegangen zu sein. Friebel meint, dass eine Restitution für Österreich sogar eher nachteilig gewesen wäre, da sie eine Gefährdung der „restlichen noch königstreuen Gebiete und das monarchische Prinzip“ bedeutet hätte. Eine interessante Antwort gibt Perkins auch auf die Frage, warum Metternich „jenes Problem gerade zu diesem Zeitpunkt“ dem britischen Botschafter gegenüber erwähnt: Metternich hätte damit ein „isolierte[s] Vorgehen“ Großbritanniens verhindern wollen. Es spricht für den diplomatischen Spürsinn Metternichs, dass er einen englischen Alleingang in Erwägung zog, obwohl er vermutlich über die geheimen Pläne Cannings nicht informiert war. Es ist wahrscheinlich, dass „Metternich glaubte, mit Hilfe der *Monroe-Doktrin*, England zur Zusammenarbeit mit den Kontinentalmächten in dieser Frage zu gewinnen“. Allerdings hatte Canning ja beschlossen, hier seinen eigenen Weg zu gehen. Srbik bezeichnet ihn als „kühne[n] Politiker“, der nicht, „wie die Opposition in England, Metternich und Chateaubriand, Alexander und Friedrich Wilhelm III.“ glaubten, „Hand in Hand mit den Vereinigten Staaten an der Schöpfung der Monroe-Doktrin“ den europäischen Interessen entgegenwirkte. Canning wollte mit der Anerkennung der südamerikanischen Staaten die *Heilige Allianz* „vom moralisch-politischen Druckmittel eines Kongresses“ abhalten und Frankreich an „einem tatsächlichen Eingreifen in den spanischen Kolonien“ hindern. Cannings Versuch am Zustandekommen der Doktrin war den Worten Srbiks zufolge in mehrfacher Hinsicht von Erfolg gekrönt: Erstens wurden damit die konservativen Staaten Europas von der Einflussnahme jenseits des

Atlantiks endgültig ausgeschlossen. Zweitens durchkreuzte der englische Außenminister damit die Pläne Monroes, Europa gänzlich von der „Mitbestimmung in Dingen des andern Kontinents“ auszuschalten. Und drittens diene er damit vor allem den partikularistischen englischen Wirtschaftsinteressen und sicherte England somit auch weiterhin die Möglichkeit einer politischen Einflussphäre in Amerika. Canning konnte folglich die beharrliche Weigerung Großbritanniens, das Interventionsrecht der *Heiligen Allianz* anzuerkennen, als geschickten Schachzug nutzen. Es „wurde zum Schirm der neuen Staaten sowohl gegen die Union wie gegen Frankreich und Spanien“, verhinderte aber auch, dass England in Übersee ausgeschaltet wird.

Ist Monroes nachhaltigstes Erbe also nur ein Missverständnis? Entstanden aus Gründen der Intoleranz auf europäischer und Hetzkampagnen auf amerikanischer Seite? Ganz sicher nicht! Denn wann immer die USA seither ein tatsächliches oder auch nur vermeintliches Einmischen in ihre Angelegenheiten annehmen, erinnert man sich – und die übrige Welt – an seine berühmte Botschaft, obwohl Monroe sicher nicht gewollt hätte, dass die Nachwelt seiner nur in politischen Konfliktsituationen gedenkt. Amerikas Zugeständnis, sich nicht in europäische Angelegenheiten einzumischen und darauf zu verzichten, das eigene politische System, das sich eben wesentlich von dem europäischen unterscheidet, anderen Mächten aufzuzwingen, mag vor dem Hintergrund der heutigen weltpolitischen Situation für Amerika in der Form nicht mehr zeitgemäß sein, hat aber sicher für das gesamte neunzehnte Jahrhundert ihre Berechtigung gehabt. Monroes Botschaft hat aber vor allem einen großen Schritt in der Entwicklung eines gemeinsamen nationalen Bewusstseins des amerikanischen Volkes und damit zu einer deutlichen Abgrenzung gegenüber Europa bedeutet.

James Monroe war der letzte der sogenannten Virginia-Dynastie Präsidenten – eine Linie, die mit Thomas Jefferson 1801 begonnen hatte

und mit James Madison 1809 fortgesetzt wurde. Mit Monroe endete aber auch eine Ära, in der der amerikanische Süden auch die Führung der Nation stellte. Er konnte zwar keine so großen Erfolge vorweisen wie Jeffersons „Louisiana purchase“ - an dem er allerdings auch seinen Anteil hatte -, musste aber auch nicht dessen herbe Enttäuschungen hinnehmen wie das Scheitern von Jeffersons Embargopolitik. Sein vielleicht größter persönlicher Triumph waren seine zwei ausgiebigen Amerikareisen, auf denen er eine enge Verbindung zu seinen Landsleuten herstellen konnte und damit den Grundstein für ein nationales Einheitsdenken legte und dass gerade seine Präsidentschaft unter der Bezeichnung „era of good feeling“ heute noch bei den Amerikanern bekannt ist. Das Datum seines Todes am 4. Juli 1831 ist vielleicht nicht so markant wie der Todestag von Thomas Jefferson und John Adams, die beide innerhalb weniger Stunden am fünfzigsten Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung 1826 gestorben waren. Trotzdem ist es doch ein erstaunlicher Zufall, dass der letzte Präsident der Vereinigten Staaten, der in der amerikanischen Revolution gekämpft hatte, ebenfalls an diesem denkwürdigen Datum sterben sollte.²¹

II. 2. „The Era of the Common Man“²²

Die entscheidende Annäherung und der Weg zu nationalem Bewusstsein

Eines der größten Verdienste des österreichischen Vertreters Lederers war es, einen Handels- und Schifffahrtsvertrag mit den Vereinigten Staaten von Amerika zustande zu bringen. Obwohl der

²¹ Spaulding, SS. 42-3, vgl. auch Perkins, *Monroe Doctrine*, S. 56 f., in: Moltmann, S. 36 und S. 140, in: Friebel, S. 295-6; Seward, S. 188; nach Friebel (S. 309) erfolgte die Depesche an Lebzelttern am 19.1.1824; Loidolt, S. 2; Srbik I., *Metternich*, S. 622; APS, Cunningham Jr., SS. 190-2.

²² *Am. Präsidenten*, S. 121.

eigentliche Abschluss erst in der Jackson Administration zustande kam, wurde der Weg schon unter der Regierung seines Vorgängers geebnet. Adams' Außenminister Henry Clay schreibt am 20. Dezember 1825 an Lederer, dass er zwar noch nähere Informationen über den amerikanischen Konsul in Triest und mit Kaufleuten, die mit dem Handel zu den österreichischen Häfen vertraut wären, einholen wolle, er aber überzeugt sei, dass die kommerziellen Beziehungen „between the Dominions of His Majesty the Emperor of Austria and this country“ nach denselben Grundsätzen festgelegt werden können, „which characterize all the measures of this Government“.²³

Getreu dem Motto des ersten Präsidenten, Handel mit möglichst vielen Staaten zu betreiben, ohne sich „permanent alliances“ politisch zu verpflichten, äußert sich Adams trotz seines tiefen Misstrauens gegenüber den europäischen Großmächten ausgesprochen wohlwollend zu dem bevorstehenden Abschluss mit einer der „bedeutendsten und mächtigsten Nation der Welt“:

A treaty of Amity, Navigation and Commerce between the United States and His Majesty the Emperor of Austria, King of Hungary and Bohemia, has been prepared for signature by the Secretary of State, and by the Baron de Lederer, intrusted with full powers of the Austrian government. Independently of the new and friendly relation which may be thus commenced with one of the most eminent and powerful nations of the Earth, the occasion has been taken in it, as in other recent Treaties concluded by the United States, to extend those principles of liberal intercourse and of fair reciprocity, [...] and the feeling of mutual benevolence.²⁴

²³ Beilage an Metternich v. 27. Dezember 1825, HHStA, Karton 1, Berichte 1819-1829.

²⁴ Botschaft des Präsidenten, Beilage zu Lederers Bericht an Metternich vom 2.12.1828, HHStA, Karton 1, Berichte 1819-1828; Lederer an Metternich v. 3.12.1828, HHStA, in:

Erwähnenswert daran ist das Wort „amity“, das von Adams ohne Rücksprache mit dem österreichischen Vertreter eingefügt worden war und Lederer beeilte sich beflissen, seinem Kanzler nach Wien mitzuteilen, dass in seinem Vertragsentwurf von „Freundschaft“ nicht die Rede war, man möge aber doch dem amerikanischen Wunsche nachkommen, „im Falle diese Regierung auf der Einschaltung dieses Wortes bestehen sollte“. Lederer war aller Wahrscheinlichkeit nach für die deutsche Fassung verantwortlich und der Wiener Hof wollte den Abschluss seiner rein wirtschaftlichen Interessen nicht als „Freundschaftsvertrag“ verstanden wissen.²⁵

Am 27. August 1829 konnte endlich der lang vorbereitete Handels- und Schifffahrtsvertrag in Washington „zwischen Seiner k.k. apostolischen Majestät und den vereinigten Staaten von Amerika“ von den beiden Bevollmächtigten Lederer und Van Buren unterzeichnet werden.²⁶ Die Ratifizierung erfolgte von beiden Seiten allerdings erst Monate später - am 11. Februar 1830 im Senat und Repräsentantenhaus und in Österreich am 26. Mai 1830. Schuld daran war die Säumigkeit der Regierung in Wien, wie der Präsident in seiner Kongressbotschaft vom 8. Dezember 1829 vorwurfsvoll feststellt. Obwohl der steigende Handel mit Österreich für Amerika nur „of secondary importance“ ist, verdient er nun doch „the fostering care of the Government“. Die diesbezüglichen Verhandlungen, „commenced and nearly completed [...] by the last Administration“ wurden durch den Vertragsabschluss erfüllt, aber „[t]he exchange of ratifications of the treaty concluded last year with Austria has not yet taken place. The delay has been occasioned by the non-arrival of the ratification of that

Efroymsen, S. 133.

²⁵ Wie ein Blick in Websters *Encyclopedia* deutlich macht, bedeutet aber „amity“, besonders im amerikanischen Englisch, vor allem „a mutual understanding and a peaceful relationship, especially between nations“ und das war sicher das, was die Amerikaner zum Ausdruck bringen wollten.

²⁶ HHStA, Karton 11, Varia 1808-1859; Bittner, *Verzeichnis Österreichischer Staatsverträge*, in: Lympius, S. 20.

Government within the time prescribed by the treaty“.²⁷

Der Vertrag wurde vorerst auf zehn Jahre abgeschlossen und sollte dann auf unbestimmte Zeit verlängert werden, sofern er nicht zwölf Monate vorher gekündigt wurde. Er regelte vor allem eine Gleichstellung der bilateralen Handelsunternehmungen, Fahrzeuggebühren, Abgaben und Zölle und sah die Errichtung von Konsolaten vor und wurde sowohl in Deutsch als auch in Englisch unterschrieben. Im Zweifelsfall der Auslegung sollte jedoch „der englische Text zur Richtschnur dienen“, da er „ursprünglich in der englischen Sprache verfaßt wurde.“ Interessant an diesem Zwölf-Punkte Abkommen ist besonders Artikel XI, der in der Folge von Österreich mehrfach verletzt und daher immer wieder Anlass zu amerikanischen Beschwerden gab. Er sichert den Bürgern jedes der beiden Staaten den Zugang und die Verfügungsgewalt über ihr bewegliches Vermögen zu, „whether by testament, or *ab intestato*, [...] either by themselves, or by others acting for them, and dispose of the same, at their will“ und sie sollten dafür derselben Besteuerung unterliegen wie eigene Staatsbürger. Dass durch diesen Punkt bereits gültige oder zukünftige österreichische Auswanderungsgesetze unberührt bleiben, kommt klar zum Ausdruck: „But this Article shall not derogate in any manner from the force of the laws already published, or hereafter to be published, by His Majesty the Emperor of Austria, to prevent the emigration of his subjects.“²⁸ Im Vorfeld war es eben wegen dieses Artikels zu verschiedenen Meinungsverschiedenheiten gekommen. Der österreichische Kaiser Franz I. konnte einer Exemption des Erbgutes von

27 Message from the President of the United States to both Houses of Congress [...] at the commencement of the Second Session of the Twenty-First Congress, HHStA, Karton 2, Amerika Berichte 1829-1833.

28 Von 1852-1855 finden sich eine Anzahl von diesbezgl. Briefen an den damaligen österreichischen Außenminister Graf Karl Ferdinand von Buol-Schauenstein, in denen Henry Jackson, Chargé d'Affairs of the United States of America, Aufklärung über ungerechtfertigte Verhaftungen oder Behinderung amerikanischer Bürger bei ihren Erbsprüchen verlangt, HHStA, Karton 10, Notes 1851-60; Karton 11, Varia 1808-1859.

Abgaben nicht zustimmen, „da die Abnahme solcher Gebühren“ eine Entschädigung der dafür zuständigen Gemeinde- oder Privatrechte involvieren würde. Lederer schlug eine Weglassung des umstrittenen Punktes vor, aber Van Buren bestand auf der „Garantie der Nichteinziehung des Eigentums in Todesfällen“.²⁹ Schließlich einigte man sich darauf, die Befreiung auf bewegliche Güter einzuschränken. Dieser erste Handelsvertrag zwischen der Habsburgermonarchie und den Vereinigten Staaten von Amerika bestand mit einem Zusatz vom 8. Mai 1848, der auch Immobilien mit einbezog, bis zum Jahre 1917. Lederer wurde für seine Bemühungen mit dem Titel eines Generalkonsuls belohnt und der österreichische Staatsbürger Johann Georg Schwarz, „Rauchwarenhändler und Hofkirschnermeister“, wurde von den Vereinigten Staaten zum amerikanischen Konsul in Wien ernannt. Derselbe Schwarz sollte zwanzig Jahre später eine bis heute nicht restlos geklärte Rolle in der Auseinandersetzung zwischen Schwarzenberg und Webster spielen, auf die im IV. Kapitel noch eingegangen wird.

Der Vertrag, der doch in erster Linie kommerziellen Interessen diente, wurde während der Amtszeit von Andrew Jackson (1829-1837) abgeschlossen. Von ihm gingen auch in den kommenden Jahren die maßgeblichen Impulse für die endgültige Aufnahme der offiziellen Beziehungen mit der Habsburgermonarchie aus, und Jackson ist die Personifizierung dessen, was man vielfach bis heute unter dem typischen Amerikaner versteht. Die jüngere Forschung verbindet mit Jackson eine Zeit „des demokratischen Umbruchs“ und sieht in ihm den Prototyp des erfolgreichen amerikanischen *self-made man*.³⁰ Dieser oft strapazierte Terminus wirft allerdings die Frage auf, was denn nun *den* Amerikaner in den Dreißigerjahren des neunzehnten Jahrhunderts ausmachte? Ein

29 Metternich an Lederer v. 15.2.1829, 30.5.1830, in: Efroymson, SS. 134-35, 138; Beilage zum Bericht Hülsemanns an Schwarzenberg v. 1.3.1850, HHStA, Karton 8, Admin. Berichte 1849-1863.

30 Zu Andrew Jackson vgl. *Am. Präsidenten*, S. 117-129; APS, Smith, S. 18.

Zugang zu dieser Frage lässt sich aber nur über die Spitzenpolitiker dieser Zeit finden, da eine *Alltagsgeschichte* über die Sorgen und Nöte des *kleinen Mannes von der Straße* noch nicht im Mittelpunkt der Historiografie stand. Neben Jackson war es aber auch Daniel Webster, der in den Fünfzigerjahren als Außenminister zum großen Antagonisten Hülsemanns in der Auseinandersetzung zwischen Österreich und den USA werden sollte. Sowohl Jackson als auch Webster haben - vielleicht mehr noch als die Gründungsväter – die Entwicklung des typischen Amerikaners geprägt. Folgt man der Definition, die uns der Biograf von Zachary Taylor gibt, so war das amerikanische Volk selbst 1848 noch – also die Zeit unmittelbar vor der Krise in den Beziehungen zu Österreich – noch immer „an aggressive, competitive, acquisitive, and quarrelsome breed“. Und gerade Jacksons Privatleben bestätigt diese Behauptung. Dabei spielte es für die Amerikaner überhaupt keine Rolle, ob man gegen die Indianer vorging, sich gegenseitig Land streitig machte oder für oder gegen die Sklaverei eintrat. Die Erforschung von noch immer weißen Flecken auf der Landkarte wurde genauso emsig vorangetrieben wie der Bau von Fabriken, Städten oder Eisenbahnen. Für die Gründung einer eigenen Farm waren noch nicht endgültig festgelegte *frontiers* natürlich besonders begehrt – vorausgesetzt, man war schneller oder gerissener als die anderen. Ob es um die Erfindung von neuen Maschinen oder die Einsetzung von nutzbarer anderer Energiequellen ging, der frühe Pioniergeist umfasste offenbar alle Bereiche und das ganze Volk. Zweifel an ihrer eigenen Anschauung kannten die Amerikaner auch damals nicht - höchstens an der ihrer Konkurrenten und Gegner.

Man nimmt heute an, dass die wenigsten Amerikaner glaubten, mit der Unabhängigkeit von dreizehn Staaten tatsächlich eine Nation gegründet zu haben. Zumindest hat die Wissenschaft bis jetzt keinen gegenteiligen Beweis gefunden und die äußerst zögernde Entwicklung des amerikanischen Parteiensystems rechtfertigt diese Theorie. Die ersten

Präsidenten der Vereinigten Staaten kamen alle von einer wohlhabenderen und auch besser gebildeten Schicht. Gemeinsam war ihnen aber auch, dass sie ein großes Verantwortungsbewusstsein für diese junge Republik über eigene Vorteile stellten und daher beim Volk für Gleichheit und Demokratie standen. Sie teilen zwar im Großen und Ganzen dieselben politischen Überzeugungen und wirtschaftliche Interessen, lehnten aber Parteien per se ab, da sie das Volk nur polarisieren und die Stabilität des Staates gefährden und die Nation brauche verbindende und keine trennenden Elemente. Wenn es in den frühen Jahren Differenzen gab, dann ging es entweder um den Aufbau einer persönlichen Anhängerschaft oder unterschiedliche Regionalinteressen. Erst unter den Nachfolgern von Monroe bildeten sich Parteien im eigentlichen Sinn, deren politische Ansichten zum Teil weit auseinanderklafften. Die neu entstandenen *Nationalen Republikaner* unter John Quincy Adams befürworteten mehr Befugnisse auf Bundesebene, wogegen Andrew Jackson mit den *Demokratischen Republikanern* für eine Stärkung der Volkssouveränität eintrat. Der zunehmende Gegensatz zwischen dem auf Industrialisierung ausgerichteten Norden und dem Feudalsystem des Südens verschärfte die Spannungen. Jahrelange Konflikte um hohe Schutzzölle eskalieren in ersten Sezessionsdrohungen des Südens und das diesbezügliche Gesetz wird für null und nichtig erklärt. Erst 1832 kann die Auseinandersetzung durch einen Kompromiss unter Jackson beigelegt werden. Er schien für das Volk der geeignete Mann, um „aus dem noch nicht erprobten Stoff von Demokratie“ auch eine mächtige Nation werden zu lassen.

Mit Jackson wird zum ersten Mal in der jungen amerikanischen Geschichte nicht ein Mann „der bis dahin tonangebenden Ostküstenelite“ zum Präsidenten gewählt, sondern jemand, der vor allem bei seinen Gegnern „den ebenso ungebildeten wie ungehobelten und draufgängerischen Menschenschlag des Westens jenseits der

Appalachen verkörperte“. Jacksons Ruf begründet sich vor allem auf seine militärischen Erfolge. Schon als ungebildeter *frontier boy* hatte er für die Revolution gekämpft. Im März 1814 machte er sich in der Schlacht am Horseshoe Bend gegen die Creek-Indianer einen Namen und die erfolgreiche Verteidigung New Orleans gegen britische Truppen im Jänner 1815 lässt ihn dann endgültig zum „Retter des Vaterlandes“ werden. Schon seine Zeitgenossen nannten ihn „Old Hickory“ - ein Beinamen, den man heute noch in sämtlichen Geschichtsbüchern findet. Mit Jackson beginnt in den USA aber auch jene Epoche, die man oft „das Zeitalter des kleinen Mannes“ nennt. Die politische Führung geht an die Demokraten über. Er selbst beurteilte seine Erfolge bei seinen *campaign tours* „als einen Sieg der Demokratie und des Volkes“. Tatsächlich ist es in erster Linie dem New Yorker Senator Martin van Buren, der Jacksons Politik als Präsident fortsetzt, zu verdanken, „eine Koalition von Nord- und Südstaatenrepublikanern [...] als demokratische Republikaner oder Demokraten mit Andrew Jackson an ihrer Spitze“ zuwege zu bringen. Die sogenannte *Jacksonian Democracy* leitet eine Reihe von Reformen ein, die die bis dahin vorherrschende soziale Hierarchie mit ersten Gewerkschaften und Arbeitervertretungen zu verändern beginnt. Diese daher oft als „the Era of the Common Man“ bezeichnete Zeit darf aber nicht über die alles Andere als demokratischen Maßnahmen seiner Regierung hinwegtäuschen: Jackson war „der erste amerikanische Präsident, der Truppen gegen streikende Arbeiter einsetzte“. Weder er selbst noch die Männer seines Kabinetts während seiner zweimaligen Amtsperiode stammten aus unteren sozialen Schichten. Aber selbst die unzweifelhaft tragische Geschichte der Indianer, deren Umsiedlung Jackson energisch betrieben hatte und die dann später durch den Namen *Trail of Tears* noch romantisiert wurde, kann dem Mythos seiner Persönlichkeit etwas anhaben.

Jackson war im Grunde genommen alles andere als ein Politiker. Diplomatische Täuschung, wie sie zum Beispiel Metternich auszeichnete, war nicht seine Sache. Er lehnte die Monopolstellung der amerikanischen Nationalbank ab und konnte durch sein kompromissloses Veto ihren Fortbestand verhindern. Privat ging er genauso entschlossen vor, wenn es zum Beispiel darum ging, die Ehre seiner Frau Rachel in mehreren Duellen zu verteidigen (wovon eines für seinen Widersacher tödlich endete). Aber einer Sache konnte er immer gewiss sein - „he always knew that his power lay with the people“. Worin bestand aber die Faszination dieses Mannes, der schon zu Lebzeiten eine Legende war?

Zu Jacksons größten zeitgenössischen Kritikern gehörte zweifelsfrei Daniel Webster. Er sprach ihm ausgerechnet die Eigenschaften ab, die von den Amerikanern so bewundert wurden. Er hielt ihn für orientierungslos und unentschlossen – ein Werkzeug, das andere für ihre politischen Ziele vereinnahmt hatten. Bartlett glaubt, dass Webster Jackson vollkommen verkannte, weil er ihn überhaupt nicht verstand – selbst jenseits parteipolitischer Grenzen nicht. Webster hielt die tiefe Volksverehrung für Jackson für bloße Idolatrie und erkannte nicht, dass Jackson für viele Amerikaner die Verkörperung dessen war, „was sie über sich selbst glauben wollten“: Es war Jackson, der für die Revolution sein Leben aufs Spiel gesetzt hatte; er hatte als Farmer und später als Anwalt und Politiker allen Hindernissen getrotzt und unbeirrbar seinen Weg als der erste *common man* bis ganz oben ins Weiße Haus geschafft. Damit wurde Andrew Jackson für das Volk zum Synonym für den amerikanischen Nationalstolz. Sein Leben war ja der Beweis dafür, wie der amerikanische Traum der Vergangenheit auch in der Realität bestehen konnte.

Jacksons parteipolitische Gegner formierten sich zu einem großen Teil in der 1834 entstehenden konservativen Whig Partei, die nicht nur die verbliebenen *Nationalen Republikaner* aufnimmt, sondern auch ehemalige

Jacksonians, die mit der Regierung unzufrieden waren – sei es wegen der Nationalbank oder der Schutzzollgesetzgebung. Die Whigs versuchten sowohl den Interessen südlicher Pflanzler, als auch denen nördlicher Industrieller gerecht zu werden. Ihre Parteistrategie war aber fast ausschließlich auf einen Sieg bei den nächsten Präsidentenwahlen ausgerichtet, die 1836 anstanden. Dazu bedurfte es einer starken Persönlichkeit und einer ebenso überzeugenden Identifikationsfigur wie Jackson. Kein Amerikaner dieser Zeit mit dem entsprechendem Ehrgeiz und politischen Ambitionen war dafür geeigneter als Daniel Webster. Vier Jahrzehnte lang, bis zu seinem Tod am 24. Oktober 1852, sollte er das politische Leben in den Vereinigten Staaten dominieren, ohne je das höchste Amt zu erreichen. Er war Anwalt, Kongressabgeordneter, Parteivorsitzender, Außenminister und mehrmals erfolgloser Kandidat für die Präsidentschaft. Seine Popularität verdankt er aber in erster Linie seiner außergewöhnlichen rhetorischen Begabung. Websters politische Überzeugung kann als konservativ bezeichnet werden. Bartlett spricht von einer „sonderbaren amerikanischen Art des Konservatismus, der sich aber deutlich von dem eines Calhoun abhebt, der ja auch für die *nullification crisis* verantwortlich gewesen war. Er vergleicht Calhouns Denkweise mit der von reaktionären „europäischen Intellektuellen“, die mit allen Mitteln versuchten, die unaufhaltsamen Veränderungen des neunzehnten Jahrhunderts in Europa zu verhindern. Der Name, der sich im Zusammenhang mit einem reaktionären Europäer dieser Zeit aufdrängt, ist natürlich Metternich, der die alte Ordnung um jeden Preis erhalten wollte. Calhoun dagegen ging es im wesentlichen immer nur um die Erhaltung der Sklaverei im Süden und für Webster standen wie für viele andere Amerikaner „konstitutionelle Selbstregierung und privates Eigentum“ im Vordergrund. Als Redner war Webster in erster Linie deshalb so erfolgreich, weil er sich nationale Symbole bewusst zunutze machte. Er war nicht der Mann, der seine Zuhörer mit langatmigen

staatsphilosophischen Hypothesen langweilte, aber er konnte im praktisch veranlagten Amerikaner das zum Leben erwecken, was ohnedies in ihm schlummerte und woran Webster selbst glaubte - Patriotismus.

Liest man seine flammende Rede vom 19. Jänner 1824, dann wird sein Eintreten für die Sache der Ungarn und sein arrogantes Verhalten gegenüber Österreich viele Jahre später erst so richtig glaubwürdig, obwohl er unzweifelhaft sowohl aus dem einen wie auch aus dem anderen politischen Kapital schlagen wollte. Seine minutiös geplanten öffentlich wirksamen Auftritte dienten im Grunde genommen immer seinem Eigennutz. Was bot sich dazu besser an als eine überparteiliche Sache, – ob nun eine Revolution der Griechen oder Ungarn - aber etwas, das beim amerikanischen Volk Erinnerungen an seinen eigenen Kampf wachrief? Webster nahm Monroes Sympathiekundgebung für die Unabhängigkeit der Griechen in seiner letzten Kongressbotschaft zum Anlass, um mit einer Resolution im Kongress auch materielle Unterstützung durchzusetzen. Schon damals sprach er von der „moralisch auferlegten Verpflichtung“, von einem noch nie dagewesenen Fortschritt der USA als „der führenden Republik auf der Welt“ gegenüber unterdrückten Völkern. Durch den territorialen Zuwachs im nächsten Vierteljahrhundert kann er dann 1850 auch die Größe der Vereinigten Staaten gegenüber der Habsburgermonarchie hervorheben. Sowohl seine Kampagne für die Griechen wie auch die für Ungarn war trotz einiger Unterstützung letzten Endes zum Scheitern verurteilt.

What do we not owe to the cause of civil and religious liberty? to the principle of lawful resistance? to the principle that society has a right to partake in its own government? As the leading republic of the world, living and breathing in these principles, and advanced, by their operation with unequalled rapidity in our career, shall we give *our* consent to bring them

into disrepute and disgrace? [...] Does it not become us, then, is it not a duty imposed on us, to give our weight to the side of liberty and justice, to let mankind know that we are not tired of our own institutions, and to protest against the asserted power of altering at pleasure the law of the civilized world?

Der amerikanische Literaturhistoriker George Ticknor, dessen Schriften auch eine wertvolle Quelle zu seinen staatsrechtlichen Dialogen mit Metternich liefern, hat 1831 den ersten Band von Websters Reden revidiert und versucht, deren charismatische Überzeugungskraft zu erklären. Er glaubte, erst anschließend das Phänomen Webster richtig verstanden zu haben. Die Ursache von Websters Ausstrahlung liege in der bedingungslosen Selbstverständlichkeit, mit der das amerikanische Volk sich selbst erkannt hat und nun neu definieren kann. Es ist die Erkenntnis, dass Amerika seine gegenwärtige Freiheit den moralischen Prinzipien der Vergangenheit verdankt und es ist das Bewusstsein, dass die Zukunft dieser Nation nur durch eine „verfassungsmäßige Ordnung“ gewährleistet ist.³¹

Daniel Webster (1782-1852), wurde bereits 1822 in das Repräsentantenhaus gewählt und fünf Jahre später zog er in den Senat ein. In Washington musste Webster allerdings bald die Erfahrung machen, dass man mit Verfassungstreue und Unionsvertrauen ohne parteiliche Unterstützung keine Politik betreiben konnte. Sein Entschluss im Frühjahr 1834, die „partielle Führung“ der Whigs zu übernehmen, scheint also in erster Linie ein pragmatischer zu sein, obwohl ihre Zielsetzungen in den ersten Jahren keineswegs seinen inneren Überzeugungen entsprach. Ein Anschluss an die Demokraten kam für ihn nicht in Frage; erstens hat er

³¹ APS, Major L. Wilson, S. 31; William Ward, *Andrew Jackson, Symbol for an Age*, in: Bartlett, SS. 113-14, 165-67, 101-3, George Ticknor, „Webster's Speeches“, *American Quarterly Review* (June, 1831), in: Ebd, S. 120.

immer versucht, der dominanten Strömung unter Jackson Einhalt zu gebieten und zweitens – für einen Mann wie Webster ausschlaggebend – eine Partei, die an der Macht war, würde vor allem ihren eigenen Interessen, aber kaum einem ehrgeizigen Außenseiter als Sprungbrett für seine politische Karriere dienen. Trotz seiner zweifelsfrei egoistischen Ziele kann man Websters Einfluss auf die Stärkung des amerikanischen Nationalbewusstseins nicht hoch genug einschätzen.

Durch die einzigartige Erfolgsgeschichte einer auf dem demokratischen Prinzip aufgebauten Nation entstand in Amerika ein Gefühl der staatspolitischen Überlegenheit gegenüber Europa; gerade in den 1830er Jahren mischten sich dazu aber immer öfter auch Zweifel an der kommerziellen Konkurrenzfähigkeit. Man darf nicht vergessen, dass man in Europa speziell auf diesem Gebiet – und hier in erster Linie in Großbritannien – den Amerikanern einen Schritt voraus war, denn „im Unterschied zu Europa ging dort eine erfolgreiche demokratische Revolution der industriellen voraus“. An hehre Prinzipien wie Freiheit und Gleichheit zu glauben, ist eine Sache; sie gegenüber allen Menschen zu verwirklichen, eine andere. Es ist naheliegend, dass mit dem Zuwachs an neuen Staaten sich auch die regionalen Gegensätze immer schärfer ausbildeten – insbesondere unter den heterogenen wirtschaftlichen Voraussetzungen. Der Süden fühlte sich von dieser Union, die scheinbar nur für die Interessen des Nordens eintrat, verraten und im Stich gelassen. Politische Gruppierungen, wie die radikalen Abolitionisten, berühren daher in den 1830er Jahren bei vielen Amerikanern einen wunden Punkt, wenn sie die bedingungslose Abschaffung der Sklaverei fordern. Eine Gesellschaft, so sind sie überzeugt, die ihre so hoch gepriesenen Ideale nicht auch lebt, führt das ganze Rechtssystem dieses Volkes ad absurdum. Wenn die Majorität der Bevölkerung ein *summum ius* für sich beanspruchen kann, rechtfertigt das nicht die *summa iniuria* für eine Minderheit. Selbst wenn der Fanatismus der Abolitionisten an der politischen Realität völlig

vorbeigeht, wie wirkungslos er auch auf die Plantagengesellschaft des Südens sein mochte, verfehlt er doch nicht seine Wirkung. Gerade die Religionsgemeinschaften, die ein spezifisches Bindeglied zwischen Nord und Süd darstellten, wurden sich dadurch plötzlich ihrer ethischen Verantwortung bewusst. Wie dramatisch der Riss in der Union bereits fortgeschritten war, erkennt man daran, dass zwei Jahrzehnte vor dem Ausbruch des Sezessionskrieges bereits „die organisatorischen Verbindungen zwischen den nördlichen und südlichen Sektionen fast aller Kirchen abgebrochen“ waren.

Aber auch andere religiös orientierte Bewegungen wie die „intellektuellen Erben des Puritanismus in Neuengland“ - versuchen den Amerikanern einzureden, dass das ursprüngliche *pursuit of happiness* in der Zwischenzeit einem ausschließlichen *pursuit of money* Platz gemacht hätte. „Anstatt ihre Ideale zum Maßstab ihrer Leistungen zu machen, [...] hätten sie sich zu oft mit dem zufriedengegeben, was nützlich oder durchführbar schien“ und die Gesellschaft hätte sich konträr zu dem amerikanischen Wertesystem und dem unermesslichen Reichtum des Landes entwickelt.

Die Lösung all dieser Probleme lag für Daniel Webster einzig und allein in der Souveränität der Verfassung und Loyalität gegenüber der Union. Für ihn bedeutete die amerikanische Konstitution kein Lippenbekenntnis, sondern ein Mahnmal der Revolution, „das Siegel und das Symbol von Freiheit mit der Union“³² in einer sich zwar aus unterschiedlichen Staaten zusammengesetzten, aber letztlich gemeinsamen Nation. Schon für den jungen Dartmouth Studenten Webster stellt sie „the greatest approximation towards human perfection the political world ever yet experienced“ dar, die dem Individuum Vorteile einräumt, die „utterly incalculable“ waren. Das amerikanische Volk hätte

³² Fischer, S. 70; *The Writings and Speeches of Daniel Webster*, vol.15, p. 480, in: Bartlett, S. 166.

durch die Annahme der Verfassung „eine Konföderation von souveränen Staaten“ abgelehnt und sich stattdessen zugunsten eines „föderativen Regierungssystems“ mit einer Kompetenzaufteilung zwischen den Staaten und der Regierung entschieden. Die Ratifizierung der Verfassung aber wäre *der* Vertrag, mit dem die neue Nation erst ins Leben gerufen worden war.³³

Websters patriotische Argumente mögen viele Amerikaner überzeugt haben; geht man der Sache allerdings auf den Grund, stößt man auf juristische Spitzfindigkeiten, die eine andere Auslegung zulassen. Die Präambel, in der es heißt: „Wir, das Volk der Vereinigten Staaten, von der Absicht geleitet, unseren Bund zu vervollkommen“, bestätigt auf den ersten Blick Websters Interpretation. Die Frage war allerdings, ob die Verfassung für die amerikanischen Bürger auch bindend war, da

das amerikanische Volk *als Ganzes* nie dazu aufgerufen worden war, die Verfassung zu billigen. Die Zustimmung zur Verfassung war von den einzelnen Staaten gegeben worden, und zwar entweder durch ihre Legislativen oder – in den meisten Fällen – durch eigens zu diesem Zweck gewählte Ratifizierungskonvente.³⁴

Versucht man einen Gesamteindruck von Websters Persönlichkeit zu gewinnen, so kann man sich seinem Biografen anschließen und sagen, dass Daniel Webster unzweifelhaft ein „großer Mann mit Fehlern“, der „aboriginal patriot“ schlechthin war, der mit seiner Überzeugung an die Souveränität dieser Nation auch der breiten Masse das Gefühl einer

³³ Die Entstehung der Vereinigten Staaten gibt Webster recht, denn die Siedler aus Großbritannien pochten ja auf ihre Rechte als englische Bürger: „Die Nation war nicht die Mutter, sondern das Kind der amerikanischen Revolution“, zit. nach Fischer, S. 68.

³⁴ Charles C. Tansill, Hg., *Documents Illustrative of the Formation of the Union of the American States*, in: Fischer, S. 72.

amerikanischen Identität gab. Geht man nun von der anthropologischen Konstanten aus, dass jeder Mensch mit Fehlern behaftet ist, so könnte man einem „großen Mann“ wie Webster auch große Fehler verzeihen. Seine Schwächen sind die von vielen seiner Landsleute. Er war rechthaberisch und nur von sich selbst überzeugt; er liebte das Geld, den Einfluss und die Macht, die damit einhergehen, und er übersah dabei allzu gerne die Kehrseite des *American way of life*. Er war Zeit seines Lebens davon überzeugt, dass „power naturally and necessarily follows property“. Der bekannteste Vertreter des Transzendentalismus, Ralph Waldo Emerson (1803-1882), sieht in Webster jedoch nur einen Mann, der mit seinem blindem Chauvinismus einerseits „die Abolitionisten im Zaum hält“, andererseits aber gleichzeitig „die Sklaven an die Kandare“ nimmt. Websters späteres Engagement für Kossuth, seine gefeierte Bankettrede für die ungarische Freiheit hört sich für Emerson wie das Wort „Liebe aus dem Munde einer Prostituierten“ an, denn „he would dragoon the Hungarians for all his fine words“. Bedenkt man, dass die einzige Gemeinsamkeit der beiden eine Emanzipation der Vereinigten Staaten von den überkommenen europäischen Traditionen war, dann wird die tiefe Verachtung des amerikanischen Philosophen für den politisch ambitionierten Egozentriker Webster eher nachvollziehbar.³⁵

Allerdings hat Webster 1841 sicherlich verdient das Amt des Außenministers in Harrisons Regierung übernommen. Seine lange politische Erfahrung im Kongress haben ihn dafür ohne Zweifel ausreichend qualifiziert. Trotzdem fällt es nicht leicht, seinen plötzlichen Gesinnungswandel mit seiner früheren Frustration über die Whigs in Einklang zu bringen. Was veranlasst einen Mann, der sich zu einer tiefen Verehrung für George Washington bekennt, der seine Authentizität gerade durch seine Prinzipien von Verfassung und Union gewonnen hat, nun im ganzen Land Wahlreden hält und mit seiner Eloquenz dazu beiträgt,

³⁵ A.W.Plumstead & William H.Gilman, *Journals of R.W.Emerson*, in: Bartlett, S. 268.

„einen nonleader wie Harrison ins Weiße Haus zu bringen“? Die Antwort ist, wie uns Bartlett überzeugt, einfach. Webster erkannte, dass Van Burens Popularität, insbesondere durch die katastrophale Wirtschaftssituation, stark gelitten hatte. Die Whigs sahen ihre Chance gekommen, nun endlich den Präsidenten zu stellen. Diejenigen, die zur richtigen Zeit und am richtigen Ort dazu beigetragen hatten, konnten einer bedeutenden politischen Position gewiss sein - und Webster wollte immer auf der Gewinnerseite stehen. Nun würde er endlich in der Lage sein, „to march to the people's music“. Trotzdem wird man Websters beeindruckender Persönlichkeit nicht ganz gerecht, wenn man in ihm bloß „an intellectual fake“ sieht, wie das die Anhänger der Gruppe *movement* taten. Geprägt von einer idealistischen Vergangenheit, traten sie für radikale Reformen ein, um ein Amerika zu verwirklichen, „in which everyone lives together in freedom, justice, and equality“. *Black Dan* - wie sie Webster verächtlich nannten – war eine verreinnahmte Marionette des Establishment und seine Demagogie hatte nur den Zweck, von den wachsenden sozialen Diskriminierungen und Ungerechtigkeiten im Land abzulenken. Für die Befürworter des Establishments andererseits stand weniger der Verfall dieses Systems im Vordergrund, sondern vielmehr die Realisierung der wesentlichsten Ziele der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung. Die Annäherung dieser unterschiedlichen Auffassungen beider Gruppen und ihre gemeinsame Orientierung im Bürgerkrieg bedeutete letztlich einen Sieg für die Union. Einen kleinen Beitrag dazu geleistet zu haben, kann man sicher Websters bleibenden Verdiensten anrechnen. Seine Reden mögen oft pure Effekthascherei, seine politischen Ziele eindeutig selbstüchtig motiviert gewesen sein; genuin dagegen waren sein Patriotismus und sein Glaube an die Zukunft der Vereinigten Staaten. Damit vermochte Webster seinen Landsleuten ein Gefühl der nationalen Solidarität zu vermitteln, ein „*consciousness of belonging together*“.

Auch die amerikanische Geschichtsschreibung war schon sehr früh um eine Überbrückung der sich abzeichnenden Konflikte bemüht, indem „sie die Revolution als die große, konsensbildende Erfahrung des amerikanischen Volkes“ unterstrich. Zum 4. Juli 1776 gesellte sich schon bald der 22. Februar 1732, der Geburtstag George Washingtons, als weiterer Nationalfeiertag und „der gleichzeitige Tod Jeffersons und Adams' am fünfzigsten Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung schickte einen frommen patriotischen Schauer durch das Land.“³⁶

Dass die trennenden Kräfte trotzdem nicht aufzuhalten waren, zeigt sich besonders deutlich am Schicksal der Whig-Party. Die Elemente unterschiedlichster regionaler Provenienz, die sich bei den Whigs zusammengefunden hatten, mussten fast zwangsläufig zu ihrer Zersplitterung führen. So konnten sie sich weder auf ein einheitliches Parteiprogramm noch einstimmig auf Websters Nomination für das Präsidentenamt einigen. Außerdem erleichterten die ideologisch bedingten Interessen im Land die Unterstützung von mehreren in Frage kommenden Anwärtern. Außer Daniel Webster kandidierten daher 1836 noch William Henry Harrison aus Ohio und Hugh Lawson White aus Tennessee. Die Whig-Strategie, damit die nötige Majorität für einen der Kandidaten im Wahlmännerkollegium zu verhindern, ging nicht auf. In diesem Fall hätte die Wahl (wie schon zwölf Jahre zuvor bei John Quincy Adams) vom Repräsentantenhaus durchgeführt werden müssen. Es war jedoch gerade die Aufsplitterung der Stimmen, die dem Demokraten Van Buren - wenn auch mit knapper Mehrheit - den Wahlsieg ermöglichte.

Seine politische Affinität zu Jackson ist unübersehbar, denn schon nach seiner Nomination als Jackson-Nachfolger bezeichnete sich Martin Van Buren als „the honored instrument“ der *Democratic Party* und versprach „to tread generally in the footsteps of President Jackson“. Seine Antrittsrede war im Grunde genommen ein Bekenntnis der „inactivity“; er

³⁶ Bartlett, SS. 293-5, 167; Vgl. Fischer, S. 69.

hoffe für die Nation „that all her paths be peace“. Ganz im Sinne von Monroe kündigt er energischen Widerstand an, wenn es sich um „any invasion of our rights“ handelt. Außenpolitisch wird Amerika sich weiterhin nicht in fremde Konflikte einmischen und „a strict neutrality in all their controversies“ einhalten – ein Kurs, den Van Buren während seiner ganzen Amtsperiode konsequent und unbeirrt verfolgte. Er wollte sich seiner neuen Verantwortung jedoch als würdig erweisen und war überzeugt, die Politik seines Vorgängers am besten fortzusetzen „to do nothing more than run the shop“. Eine gewissenhafte Erfüllung dieser Aufgaben verlangte aber auch eine Konsolidierung des Staatshaushaltes. Van Buren war daher auch zu Sparmaßnahmen und Kürzungen gezwungen, die ganz gewiss nicht zu seiner Popularität beitrugen. Sein feierliches Versprechen, jeder Ausweitung der Sklaverei entgegenzutreten und die Gründung einer neuen Nationalbank mit einem Veto zu boykottieren, weisen darauf hin, dass Van Buren die Absicht hatte, die von Jackson verstärkten Machtbefugnisse des Präsidenten voll auszuschöpfen.

Martin Van Buren konnte im Gegensatz zu vielen seiner Vorgänger nicht auf eine ruhmreiche Karriere in der Armee zurückblicken, eine Tatsache, die ihn von vornherein etwas außerhalb der Reihe der amerikanischen Heroen stellt. Das bedeutete einerseits, dass Revolution und Unabhängigkeit für ihn ein Erbe der Vergangenheit war, das man achten und bewahren muss; andererseits beeinflusste diese unvoreingenommene Sichtweise der Geschichte sicherlich auch seine außenpolitische Einstellung. Sie erlaubte Van Buren als erstem amerikanischen Präsidenten Großbritannien gegenüber eine wesentlich konziliantere Haltung als seinen Amtsvorgängern. Obwohl viele seiner politischen Gegner in ihm bloß einen farblosen Epigonen sahen und behaupteten, mit seiner Präsidentschaft „habe die dritte Amtsperiode

Jacksons begonnen“, muss man zu seiner Rechtfertigung feststellen, dass Van Buren gegen das übermächtige Image eines Jackson wahrscheinlich wenig Chancen hatte – ein Image, das für Jacksons politische Gegner ohnedies negativ besetzt war: Van Burens Äußeres und auch sein Charakter entsprachen alles andere als der „Caesarian menace“, die Jackson für die Whigs verkörperte. Im Vergleich zu Jacksons Einschüchterungspolitik wird daher Van Burens Präsidentschaft oft als eine Periode unverbindlicher Stagnationspolitik gesehen. Dabei wird seine eigentliche Leistung als ein „Praktiker des Parteienstaates“ oft zu gering eingeschätzt oder total übersehen. Van Buren war der erste Präsident, der die Bedeutsamkeit eines geordneten Parteienwettstreits erkannte und damit eine „neuartige Einschätzung von politischen Parteien als Grundlage einer demokratischen Ordnung“ ermöglichte.³⁷ Die weitreichenden Konsequenzen sollten sich erst etliche Jahre nach seiner Amtszeit zeigen. Bei all seinen politischen Entscheidungen hatte für Van Buren immer die Erhaltung der Union Priorität vor allen anderen. Ihr Fortbestand wurde nicht zuletzt durch die politische Neuorientierung bestimmt, die die Demokraten unter Van Buren annehmen. Die „ältere Jeffersonian Ideologie“ wird von neueren Idealen abgelöst, die aber letzten Endes ausschlaggebend sind, eine Nation von völlig unterschiedlichen Komponenten zusammenzuhalten. Die 1848 entstehende *Free Soil Party* will vor allem die Aufnahme neuer Sklavenstaaten in die Union verhindern; sie geht schließlich 1854 auf in einer neuen *Republican Party*, in der sich die Gegner der *peculiar institution* aus allen politischen Lagern treffen: Whigs, Free Soilers genauso wie Demokraten bestimmen fortan das Schicksal der Union, in der Abraham Lincoln dann ab 1856 seinen kometenhaften Aufstieg beginnt. Damit kommt aber auch etwas von dem so charakteristischen Unternehmergeist der Whigs in diese Partei, der in so scharfem

³⁷ APS, Wilson, preface, xi-xii, SS. 147, 39; *Am. Präsidenten*, S. 130-2.

Gegensatz zu Van Burens Politik während seiner Präsidentschaft stand. Die Gründungsväter hatten die Union zu einer Zeit geschaffen, in der es vorrangig noch um die militärische Verteidigung der Unabhängigkeit und nicht um wirtschaftliche Stabilität ging. Bereits unter Jackson und dann verstärkt unter Van Buren war sie den unterschiedlichsten Belastungen ausgesetzt. Nicht nur die Depression und der zunehmende Gegensatz zwischen Nord und Süd gefährdete ihren Fortbestand, sondern vor allem die Zuspitzung der Sklavereifrage in den neu erworbenen Gebieten.

Der gravierendste Unterschied zwischen Jackson und Van Buren wird in ihrer Politik gegenüber Texas und damit auch zu Mexiko verdeutlicht. Jackson wollte Texas, das seit 1821 zu Mexiko gehörte, um jeden Preis in die Union aufnehmen. Als seine frühen Bemühungen eines friedlichen Erwerbs scheiterten, schlug er einen weniger diplomatischen Kurs ein. Offiziell gab man sich zwar von amerikanischer Seite beim Ausbruch des Texasaufstandes 1836 neutral; tatsächlich tat man aber überhaupt nichts, um die zahlreichen Emigranten nach Texas zu stoppen. Und diese amerikanischen Siedler waren schließlich auch ausschlaggebend für die erfolgreiche Schlacht am 21.4.1836 am Río San Jacinto. Damit war der Weg frei für die Anerkennung der texanischen Unabhängigkeit. Jackson nutzte jedenfalls noch den Sieg gegen Mexiko für einen strategisch äußerst klugen Schachzug. Er warf noch einmal sein ganzes politisches Gewicht und seine charismatische Überzeugungskraft in die Waagschale, um die Anerkennung von Texas als unabhängige Nation noch durchzubringen. Am 1. März 1837, nur drei Tage bevor er aus dem Amt schied, konnte er vom Senat die Zustimmung für eine diesbezügliche Resolution erreichen; darüber hinaus wurden vom Repräsentantenhaus auch finanzielle Mittel für eine diplomatische Mission nach Texas bewilligt. Van Buren vertrat hier eine gänzlich andere Auffassung – was Jackson vermutlich wusste. Er wurde am Beginn seiner Präsidentschaft mit dieser vollendeten Tatsache konfrontiert, die gegen

seinen Willen beschlossen worden war. Van Buren, so wie etliche andere Gegner der Sklaverei, erkannte die Ziele hinter der Anerkennung von Texas und lehnte die daraus resultierende unausweichliche Folge ab. Er wusste, dass die Vereinigten Staaten früher oder später Texas annektieren würden und das natürlich gleichzeitig den Sonderinteressen des Südens entgegen käme. Ähnlich argumentierte Webster, als er sich am 15. März 1837 in New York in einer Rede offen gegen die Aufnahme von Texas in die Union aussprach, da eine Stärkung der Sklavenstaaten unweigerlich auch eine Ausweitung der Sklaverei nach sich ziehen würde. Ändern daran konnten weder Van Burens Zurückhaltung noch Websters deutliche Warnung; auch nicht die zahlreichen Unruhen und Kampagnen der Abolitionisten, die hinter all dem eine „slaveholding conspiracy to acquire Texas“ des Südens vermuten. Zehn Jahre darauf jedenfalls sollten die Gegner mit ihren Vorbehalten recht behalten: Die Aufnahme von Texas in die Union hatte tatsächlich ein militärische Nachspiel, auf das zu einem späteren Zeitpunkt noch eingegangen wird.

Über die tatsächlichen oder auch nur im nachhinein glorifizierten Qualitäten von Jacksons Präsidentschaft sind sich Historiker heute noch nicht einig. Eine Tatsache ist jedoch unbestritten: Jackson war der Mann an der Spitze der Vereinigten Staaten, der durch seine brillante Rhetorik – eine der wenigen Eigenschaften, die er mit Webster teilte – zum Symbol für einen allumfassenden Nationalstolz wurde. Dieses innere Bewusstsein, nun ein für allemal *Amerikaner* zu sein, hat einige Jahre später Abraham Lincoln für das Weiterbestehen der amerikanischen Union nützen können. Die Überzeugung, nicht nur für die Einheit der Union kämpfen zu müssen und die Bereitschaft, wenn notwendig auch für sie zu sterben, versammelt die Amerikaner der Nordstaaten scharenweise unter Lincolns Banner und lässt sie so ihre größte Herausforderung bestehen. Webster nahm dieses Bewusstsein schon 1825 vorweg, indem er die Vereinigten Staaten trotz all ihrer Schwächen als „the last hopes of mankind“ bezeichnete; Abraham

Lincoln hat es 1862 dann noch eindringlicher als „the last best hope of earth“ definiert.³⁸

Jackson verstand es wie kein anderer Präsident vor und nach ihm das republikanische Ideal der amerikanischen Unabhängigkeit radikal-demokratisch umzusetzen, indem er es zu einem ethischen Postulat der Regierung gegenüber den Interessen des Individuums erhob. Seine Politik war allerdings nicht immer von rationalen Überlegungen geleitet; durch seine oft impulsiven Entscheidungen und vor allem durch seinen rigorosen Bankkrieg schlitterten die Vereinigten Staaten 1837 schließlich in die schwerste Wirtschaftskrise des neunzehnten Jahrhunderts. Unzählige neue Banken mit ihren oft fragwürdigen Geschäftspraktiken und einer zweifelhaften Kreditpolitik begünstigten Wirtschafts- und Finanzspekulationen von ungeheurem Ausmaß - die allerdings auch einigen Leuten in der Folge nicht nur zu großem Reichtum sondern auch zu einer außergewöhnlichen Karriere verhalfen. Ein Paradebeispiel dafür ist der aus Deutschland stammende August Belmont, der es später sogar zum österreichischen Generalkonsul in den USA brachte. Eigentlich hätte er ja im Auftrag der Rothschilds nach Havanna reisen sollen, aber die Situation, die er am 14. Mai 1837 bei seiner Ankunft in New York vorfand, veranlasste ihn jedoch, seine Pläne kurzfristig zu ändern: Allein in New York waren mehr als zweihundert Firmen bankrott gegangen und eine davon „was the Rothschilds' American agent, the New York Stock Exchange firm of J.L. and S.I. Joseph & Co“. Um die Interessen der Rothschilds wahren zu können, mietete er „a small room at 78 Wall Street, where he established August Belmont & Company“. Belmont war offensichtlich mit einem untrüglichen finanziellem Gespür ausgestattet, denn das Unternehmen sollte sich in den kommenden Jahren als äußerst erfolgreich erweisen: Ob als „disbursing agent, dividend collector“, als

³⁸ William Ellery Channing in einem veröffentlichten Brief an Henry Clay, in: APS, Wilson, SS. 148-9; Bartlett, SS. 162, 165.

Verleiher von Firmen- oder Privatkrediten, Belmont verstand es „throughout the disturbed years between 1837 und 1842 [to] straighten out the complicated Rothschild interests in the United States“. Besonders zugute kamen ihm dabei natürlich seine Verbindungen mit dem europäischen Kapitalmarkt, der für „private corporations, railroads, and state and local governments“ in dieser Zeit besonders attraktiv war. Die Rothschilds in Deutschland, allen voran Amschel von Rothschild, „head of the Frankfurt branch of the House of Rothschild“, wussten offenbar, dass sie Belmonts Fähigkeiten voll und ganz vertrauen durften, war er doch - wie Black feststellt - „as cautious and ruthless as the Rothschilds themselves were“. Belmont hatte daher völlig freie Hand und „could buy at severely depressed rates these wildcat, banknotes and property, as long as the Rothschilds supported his enterprise“. Sein Aufstieg zu New Yorks oberster Gesellschaftsschicht und auch ein künftiger Einfluss auf die amerikanische Politik waren damit im Grunde schon vorgegeben. Von Belmonts Rolle als potentieller Geldgeber im Krieg gegen Mexiko oder seiner Tätigkeit als geschickter Wahlhelfer für einige Präsidenten - wie Polk, Pierce oder Buchanan - wird später noch die Rede sein.³⁹

Die breite Masse der Bevölkerung konnte aus der Wirtschaftskrise jedoch kein Kapital schlagen. Ganz im Gegenteil: Die steigende Arbeitslosigkeit und der Preisverfall bei Lebensmitteln führten in vielen amerikanischen Städten zu Massenkundgebungen. Eine Belebung der schwer angeschlagenen amerikanischen Konjunktur war also in den Dreißigerjahren des neunzehnten Jahrhunderts für die Vereinigten Staaten dringend notwendig. Es war an der Zeit, sich nach neuen

³⁹ August, am 8.12.1813 als Aaron in Alzey geboren, entstammte einer jüdischen Familie, die eng mit den Rothschilds verbunden war; und die Rothschilds waren es auch, die Belmont schon früh in einer ihrer Niederlassungen in Frankfurt förderten – obwohl er 1828 die Schule ohne Abschluss verlassen hatte. Bereits 1832 August „was made a confidential clerk“, ein Jahr später war er in einer Mission für die Rothschilds in Neapel unterwegs und 1834 schließlich wurde er „promoted to private secretary“. Vgl. dazu Black, SS. 6,11,16,18,20,22,53 und Katz, SS. 6-7.

Exportmöglichkeiten für amerikanischen Tabak umzusehen und oberflächlichen wirtschaftlichen Verbindungen endlich einen formalen Charakter zu geben.

III. DIE AUFNAHME OFFIZIELLER BEZIEHUNGEN

Für Amerika mag Österreich unter den beschriebenen Umständen zu dieser Zeit mehr „eine europäische als eine Weltmacht“ und für Jackson im besonderen „Europa wirklich eine andere und eine entfernte Welt“ gewesen sein. Der Wunsch, den amerikanischen Tabakhandel auch auf die Habsburgermonarchie auszudehnen, hat sicher dazu beigetragen, sich dieser Welt wieder mehr anzunähern. So verkündet Jackson in seiner Botschaft vom 1. Dezember 1834, dass die Vereinigten Staaten im besten Einvernehmen mit den „governments of Austria, Russia, Prussia, Holland, Sweden and Denmark“ stehen. Das Interesse von amerikanischer Seite aus ist unverkennbar, wenn er Österreich an erster Stelle nennt - Jahre bevor man diplomatische Vertreter austauschte. Handel mit allen, lautet seine Maxime, gefördert durch gegenseitigen guten Willen „under the sanction of liberal conventional or legal provisions“.

In Wien glaubte man, dass mit der Wahl Jacksons die USA sich mehr auf ihre Gebietserweiterungen als auf Europa konzentrieren würden. Lederer war zwar schon längere Zeit von Amerikas Bereitschaft überzeugt, riet aber schon im August 1828 seiner Regierung, die Beziehungen mit „grösste[r] Behutsamkeit“ anzubahnen, da Österreich-Ungarn „bey den Zeitungen dieses Landes [...] stets als der gefährlichste Feind ihrer Verfassung und Einrichtungen geschildert wird“.⁴⁰ Seine

⁴⁰ Coolidge, *Die Vereinigten Staaten als Weltmacht*, S. 7, *Cambridge History of the United States*, S. 408, in: Efrogmson, SS. 4, 139; President's message in *The Sun*,

Berichte nach Wien haben sicher einiges zur Verzögerung und zur Vertiefung des gegenseitigen Misstrauens beigetragen. Gewissenhaft schreibt er über den enthusiastischen Empfang, der Lafayette in Amerika 1831 zuteil wird, der in seinen Augen nur den Zweck hat, „den in Europa einschlummernden Geist der Unruhe“ neu zu beleben. Lederer war überzeugt, dass die Vereinigten Staaten gar nicht sosehr ihre demokratischen Ideen verbreiten als vielmehr „Kriege und Revolutionen aller Art“ auslösen wollten, die ihrer eigenen Macht und auch Prosperität dienlich wären. In Europa, meinte er, wären die Leute möglicherweise versucht, den wachsenden Wohlstand und raschen Fortschritt der Vereinigten Staaten ihren republikanischen Institutionen zuzuschreiben, aber unter „günstigen Verhältnissen“ hätte man denselben Fortschritt „unter dem gegenwärtigen Pascha von Ägypten in kürzerer Zeit“ erreichen können.

Auch von amerikanischer Seite wurden Bedenken laut, dass offizielle Beziehungen mit der Habsburgermonarchie das allgemeine „Volksgeschrey“ über eine „Verbindung mit der hier so gefürchteten Holy Alliance“ noch verstärken würde. Eine Sorge, die sich als unbegründet herausstellen sollte, da man Anfang 1837 im Kongress der Entsendung des diplomatischen Vertreters Nathaniel Niles nach Österreich mit der Begründung, dadurch bessere Bedingungen für den Tabakhandel zu erreichen, ohne weiteres zustimmen konnte. Er sollte aber den Österreichern nicht nur amerikanischen Tabak schmackhaft machen, sondern auch eine Senkung der Zölle auf Importe aus Übersee erreichen. Man darf davon ausgehen, dass Martin Van Buren seiner politischen Einstellung entsprechend Lederer dieselbe Höflichkeit wie den anderen Diplomaten auch zukommen ließ, aber ein Hinweis, dass er „immer freundschaftliche Gesinnungen für Oesterreich geäußert hatte“, kann in

Dec 4, 1834, Beilage zu Lederers Bericht an Metternich, HHStA, Karton 3, Berichte 1834-1838; Lederer an Metternich, 18.8.1828, in: Efrogmson, 162.

seiner Biografie nicht gefunden werden.

Der amerikanische Außenminister John Forsyth (1836-41) schreibt im Jänner 1837 an Lederer, dass der Präsident gerne alles dazu beitragen würde, „within the sphere of his authority und consistent with his duty“, um die kommerziellen und freundlichen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Österreich zu stärken und am 3. März 1837 kann Lederer Metternich mitteilen, dass Amerika die Entsendung eines diplomatischen Vertreters nach Wien beschlossen hat.⁴¹ Der Tabakexport scheint für die USA doch wichtig genug gewesen zu sein und da man noch keine geeignete Vertretung gefunden hatte, wollte Forsyth offenbar sogar selbst nach Österreich kommen, wie aus einer amerikanischen Zeitung hervorgeht:

The proposition to undertake the new mission to Austria, originated with Mr. Forsyth himself, and not with the President. Austria, in national rank, holds, and has held, for many centuries, the precedence in diplomatic etiquette among all the countries of Europe, and the honor of representing the Republic of the United States at such a court, as well as of opening and establishing, in the person of the first minister, official and permanent national relations with it, was rightly deemed by Mr. Forsyth and employment of the highest honor and dignity for an American statesman: while it would have been not less complimentary and gratifying to the court of Austria to have perceived in the new ambassador, a cabinet minister, and a gentleman who was known throughout Europe as the able head of the State Department, during the administration of General Jackson.⁴²

41 Lederer an Metternich, 30.11.1831, 29.12.1831, 23.1.1837, 3.3.1837, in: Efrogmson, SS. 140-41, 162-3; Beilage zu Lederers Bericht v. 23.1.1837, HHStA, Karton 3, Berichte 1834-1838.

42 *Georgetown Metropolitan*, Datum nicht eruierbar, Beilage zu Lederers Bericht v. 31.3.1837, HHStA, Karton 3, Berichte 1834-1838.

Ob Forsyth sein Vorhaben selbst aufgab oder von seinem Präsidenten davon abgehalten wurde oder auch der *Georgetown Metropolitan* etwas voreilig mit seinem Bericht war, lässt sich heute nicht mehr sagen. Man setzte in den USA weiter auf Verhandlungen, stieß dabei aber auf erbitterten Widerstand. Österreich war unter keinen Umständen bereit, den ersten Schritt zu tun, wie Lederer dem Außenminister im August mitteilte.⁴³ Schließlich konnte man sich in Amerika auf Henry A. Muhlenberg von Pennsylvania einigen, der im Februar 1838 ernannt wurde. Und erst jetzt, als der Wiener Hof von der tatsächlichen Bestellung eines amerikanischen Agenten für Österreich erfuhr, wurde Mareschall⁴⁴ im April zum diplomatischen Vertreter in den USA bestimmt.

Selbstverständlich musste auch damals schon jeder diplomatischer Vertreter bei seiner Antrittsaudienz dem Staatsoberhaupt des jeweiligen Staates ein offizielles Beglaubigungsschreiben überreichen. Amerikas erster Gesandter in Wien hatte seine „credentials“ von Präsident Van Buren erhalten, gerichtet an „His Imperial and Royal Majesty, Ferdinand 1st, Emperor of Austria“. Da diese Akkreditive immer nach dem gleichen Muster verfasst wurden, wird das erste hier vollständig wiedergegeben:

Great and Good Friend. I have made choice of Henry A. Muhlenberg, one of our distinguished citizens, to reside near your Majesty in the quality of Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary of the United States of America. He is well informed of the

43 Beilage zu Lederers Bericht v. 31.8.1837, HHStA, Karton 3, Berichte 1834-1838.

44 Der Einfachheit halber werden an dieser Stelle die wichtigsten diplomatischen Vertreter Österreichs und Amerikas für die Zeitspanne dieser Arbeit angeführt: Wenzel Philipp Leopold Baron von Mareschall 1838-1841, Johann Georg Ritter von Hülsemann 1841-1863, Nikolaus Graf Giorgi 1863-1864, Ferdinand Freiherr von Wydenbuck ab 1865. Vertreter der USA in Wien: Henry A. Muhlenberg 1838-1840, Daniel Jenifer 1841-1845, William H. Stiles 1845-1849, John Lothrop Motley 1858-1867. Vgl. Moltmann, S. 43, Spaulding, S. 41, Schmetterer, S. 18.

relative interests of the two countries, and our sincere desire to cultivate and strengthen the friendship and good correspondence between us; and from a knowledge of his fidelity, and good conduct, I have entire confidence that he will render himself acceptable to your Majesty by his constant endeavors to preserve and advance the interest and happiness of both nations. I, therefore, request Your Majesty to receive him favorably, and to give full credence to whatever he shall say on the part of the United States, and most of all when he shall assure you of their friendship, and wishes for your prosperity; and, I pray God to have you in His safe and holy keeping. Written at the City of Washington, the eleventh day of April in the Year of our Lord, one thousand eight hundred and thirty eight. Your good friend M. Van Buren.

Was jedoch das Beglaubigungsschreiben des ersten österreichischen Gesandten Baron Mareschall anlangt, ergeben sich Abweichungen, nicht nur hinsichtlich der Übergabe an den amerikanischen Präsidenten, sondern auch inhaltlicher Art. Laut Friebel war er „im August 1838“ in Washington eingetroffen und überreichte seine Vollmacht „am 18. Oktober“. Matsch⁴⁵ hingegen gibt als Übergabedatum den „13. Oktober 1838“ an. Dabei scheint es sich jedoch nicht um das übliche offizielle Dokument gehandelt zu haben, denn er „wurde von Präsident van Buren am 13. November 1838 empfangen“, konnte allerdings „keine offizielle Kopie ('office copy') seines Beglaubigungsschreibens zur Uebergabe an den Staatssekretär“ vorweisen. Der österreichische Vertreter zeigte sich jedoch der peinlichen Situation bei seinem Antrittsbesuch durchaus *diplomatisch* gewachsen. Er erklärte Van Buren gegenüber diese „Unterlassung als unbeabsichtigt [...]“,

45 HHStA, Karton 10, Noten 1838-1860. Der Bericht Mareschalls an Metternich ist mit dem 18.10.1838 datiert. Man kann daher davon ausgehen, dass die Übergabe schon vorher stattgefunden hat. HHStA, Karton 3, Berichte 1834-1838. Vgl. auch Friebel, S. 323 und Matsch, *Wr.Hof*, S. 123.

die gutgemacht werden würde“.⁴⁶ Es entsprach aber der Praxis in Österreich, ihren Diplomaten „nur Monarchien gegenüber“ offizielle Schreiben auszustellen, während andere Länder dies auch „den Vereinigten Staaten gegenüber taten“.

Man könnte nun erwarten, dass es mit dem Austausch von Gesandten zu einer dauerhaften „Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten“⁴⁷ gekommen war, noch dazu, wenn man bedenkt, dass 1838 schon zwanzig! Länder in den USA diplomatische Vertretungen errichtet hatten. „Doch sollte auch dies nur von kurzer Dauer sein: Gesandter Mareschall blieb nämlich eine vorübergehende Erscheinung.“ Als sich 1841 die Möglichkeit einer österreichischen Vertretung in Lissabon ergab, bat er um seine Versetzung, der auch stattgegeben wurde. Es ist sicher kein Zufall, dass er von Johann Georg Hülsemann als Nachfolger abgelöst wurde, da er Metternich aufgrund „seiner Moralität und politischen Grundsätze auf das vorteilhafteste bekannt“ war. Hülsemann war schon 1838 Mareschall als Legationssekretär gefolgt und genoss daher das vollste Vertrauen der Habsburgermonarchie. Dies nicht zuletzt deswegen, weil er schon 1823 mit seiner *Geschichte der Democratie in den Vereinigten Staaten von Nord-America* aufhorchen hatte lassen. Mit Hülsemanns Amtsantritt wurde der Status des diplomatischen Vertreters in Washington allerdings zu dem eines Geschäftsträgers abgewertet und es sollte bis zum Jahre 1865⁴⁸ dauern, bis sich die österreichische Monarchie entschließen

46 Österreich hat das Versprechen der „Wiedergutmachung“ offensichtlich den USA gegenüber erfüllt, „obwohl [es] den 'früheren grossen Republiken' (Venedig, Genua) gegenüber diese Form nicht beobachtet“ hat. Mareschal an Metternich, Nr. 1A-14.9.1838, Nr. 20B-10.6.1839; in: Efrogmson, S. 163-164.

47 „Zu diesem Zeitpunkt waren von Europa (in chronologischer Reihenfolge) Frankreich, Spanien, Rußland, die Niederlande, Schweden, Großbritannien, Portugal, Preußen, Dänemark, beide Sizilien, das Osmanische Reich und Belgien, und von den außereuropäischen Staaten Argentinien, Chile, Kolumbien, Mexiko, Brasilien, Peru, Venezuela und Texas diplomatisch in Washington vertreten“. Matsch, *Wr.Hof*, S. 124.

48 Nach Loidolt, S. 4, ohne Anmerkung, im folgenden o.A.; Moltmann, S. 36 (Anmerkung 18), verweist auch auf Franz, *Amerikabild*, [Johann Georg Hülsemann] *An Austrian Diplomat in America*, in: *American Historical Review*, 42 (1935/36), SS. 503-514

konnte, wieder eine Gesandtschaft in Amerika einzurichten. Man kann dafür natürlich verschiedene Gründe finden, denn auch die Vereinigten Staaten begnügten sich von 1845 bis 1854 mit niedrigeren Chargen in Österreich, sogenannten „chargés d'affaires“. Für Spaulding ist dies ein Beweis, dass die Amerikaner in dieser Zeit eben „with the non-German nationalities of the old monarchy“ sympathisierten, die schon sehr erfolgreich „upon America's inclination to side with any revolutionary cause“ arbeiteten. Für William Stiles, auf dessen unglückliche Rolle beim Ungarnaufstand später noch hingewiesen wird, mag das seine Berechtigung haben. Wahrscheinlich waren die USA auch verärgert über die Behandlung ihres ersten Repräsentanten: Muhlenberg⁴⁹ musste schon bald nach seiner Ankunft die Bekanntschaft mit österreichischen Vorurteilen gegen die USA machen. Eine plausible Erklärung wird auch von Matsch angeführt: Es waren „vor allem finanzielle Schwierigkeiten“ die Österreich zu der Herabsetzung veranlassten; trotzdem „kann auf Grund einer solchen Untervertretung eine Geringschätzung Wiens seiner Beziehungen mit Washington nicht von der Hand gewiesen werden“. Es spricht für die diplomatische Gewandtheit des österreichischen Staatskanzlers, dass er später behauptete, „Oesterreich habe nicht beabsichtigt, den Rang seiner Gesandtschaft zu verringern; Hülsemann sei Vertreter ad interim“.⁵⁰

Für Österreich war die Zeit vor der offiziellen Kontaktaufnahme weniger einfach als für die Vereinigten Staaten. Kaum niedergeworfene Aufstände, die die Gefahr von weiteren Revolutionen bereits in sich

Hülsemann wurde 1855 zwar zum Ministerresidenten ernannt, aber erst Wydenbruck ging als Gesandter in die USA.

49 Spaulding, S. 41; Muhlenberg spricht von „prejudices evidently existing against us as Republicans, I will not say with the Imperial Family or Prince Metternich, but with the diplomatic corpse generally and the great mass of those connected with and dependent upon the Court and whose influence is overpowering“. Zit. nach *Papers of the Michigan Academy of Science, Arts and Letters*, 47 (1962), 282, in: Moltmann, S. 36 (Anmerkung 18).

50 Matsch, S. 124; Stiles an Buchanan, 15.12.1845, Gesandtsch.Archiv, in: Efrogmson, S. 168.

trugen, bündnispolitische Rücksichten auf die anderen Großmächte bedingten, dass sich die Habsburgermonarchie bei den aufkeimenden Beziehungen zu einer „revolutionären“ Republik daher eher abwartend verhielt. Dazu kam die besonders schwierige innenpolitische Situation vor 1838. Der größte Hemmschuh dabei war der Thronwechsel von 1835 gewesen. Die Jackson Administration war davon ausgegangen, dass der neue österreichische Kaiser „keine andere Haltung gegenüber den Vereinigten Staaten einnehmen werde als sein Vorgänger.“ Aber trotz amerikanischer Anfragen ruhte die Angelegenheit bis Anfang 1837. Die Habsburgermonarchie war zusehr mit internen Querelen, Intrigen und Komplotten beschäftigt; das Ergebnis war das, was der gelehrte Österreicher als *Fortwurstelei* bezeichnet. Schon unter der Regierung Kaiser Franz I. hatte die „von Anbeginn mangelhafte Staatsmaschine“ immer langsamer gearbeitet. Nun, unter Ferdinand, kam es faktisch zu einer vorübergehenden Lahmlegung der Wiener Regierung: „die Hofstellen degradiert, der Staatsrat zersplittert, die Konferenzen paralyisiert, der ganze Regierungsorganismus in der Anarchie begriffen“. Adolf Schmidt hat dafür die passenden Worte gefunden:

Die Staatsmaschine keuchte in dem alten Geleise fort, durch niemand gelenkt, durch keine Kraft behindert und durch nichts getrieben als durch sich selbst, nach dem Gesetz der Trägheit.⁵¹

Kaiser Franz I. hinterlässt bei seinem Tod am 2. März 1835 ein schweres Erbe, das in der Folge den Charakter einer politischen Posse annimmt, die aus der Feder des großen österreichischen Volksdichters Nestroys stammen könnte. Im Testament hatte Franz Erzherzog Ludwig

⁵¹ Benna, *MÖStA*, S. 229; Schmidt, *Zeitgenössische Geschichten* S. 524, in: Srbik, *Metternich*, II. SS. 1, 21.

und Staatskanzler Metternich zur Regentschaft für seinen Sohn Ferdinand bestimmt. Strikt am Primogeniturrecht festhaltend, wollte er nicht wahrhaben, dass sein ältester Sohn „der körperlichen und geistigen Fähigkeiten zur Selbstregierung vollkommen entbehrte“. Mit einer Staatskonferenz unter Metternichs Vorsitz, die die „Hofstellen“ mit dem „Staatsrat“ verbindet, glaubte er, die Behinderung seines Sohnes kompensieren zu können. Ferdinand, in der englisch-sprachigen Literatur häufig als *dim-witted* bezeichnet, von den Habsburgern jedoch vornehm mit *gütig* umschrieben, war entgegen aller zeitgenössischen Überlieferungen absolut nicht schwachsinnig, sondern litt an epileptischen Anfällen. Nun ist ein regierungsunfähiger Monarch, für den andere die Geschäfte führen, an sich in der Historie nicht unbedingt eine Seltenheit. Das Problem in Österreich war aber, dass Ferdinand eben nur „ein gemütlicher Langsamdenker“ war, der Interesse an „neue[n] Methoden der Pflanzenzucht“ oder „schwierige[n] Fragen der Heraldik“ hatte, aber absolut keines an der Politik seines Reiches. „Allerdings sprach er mehrere Sprachen fließend, [...] und besaß den Charme eines schlichten Menschen, der Zuneigung weckte“, was die Wiener wahrscheinlich nicht wussten, sie jedenfalls nicht davon abhielt, ihn „Nanderl der Trottel“ zu nennen. Metternich bezeichnete ihn als einen „Fideikommißsukzessor“ und sein großer Gegenspieler Kolowrat „eine Fahne des Reichs“, die getragen werden muss, „während Franz die Fahne [...] selbst getragen, aber so viel Lappen an sie gehängt hatte, daß er unter ihrer Schwere erlag und sie schließlich nicht mehr fortschleppen konnte“. Österreich war zwar nach wie vor eine absolutistische Monarchie, aber an ihrer Spitze stand kein Monarch, sondern ein freundlicher gütiger Mann, dem Zeremonien so gefielen, dass er sich am „liebsten jeden Tag krönen ließe“. Seine Minister mussten ihre Vorträge mit „Taschenspielerkünste[n]“ oder „Puppenspiel[en]“ veranschaulichen, da Ferdinand sie sonst nicht verstanden hätte „und bereit war, alles zu unterschreiben, was ihm

vorgelegt wurde“.⁵²

In Amerika war man über Ferdinands Gesundheitszustand - wenn überhaupt – vermutlich nur ungenügend informiert. Die gerade angelaufenen Beziehungen geboten es jedoch, ihm eine freundliche Erwähnung in einer amerikanischen Zeitung zu widmen. So berichtet der *National Intelligencer* in Washington am 16. Oktober 1838, dass der Kaiser von Österreich mit seiner Amnestie in Mailand für alle politischen Vergehen der Vergangenheit „a royal act, right royally done“ gesetzt hätte – Worte, die Lederer wert fand, zu unterstreichen. Die Krönung Ferdinands „mit der eisernen Lombardenkrone“ am 6. September 1838 brachte die italienischen Fürsten nicht nur in Mailand, sondern auch in Metternichs Salon zusammen und der österreichische Staatskanzler, bestärkt durch den „Jubel des leichtentzündlichen Volks in Mailand und in Venedig“, konnte sich dem Glauben hingeben, „daß Lombardo-Venetien die Zeit der Unzufriedenheit und Verschwörungslust überwunden habe“ und „daß der moralische Anblick der Halbinsel 1815-1816 schwarz, 1825 grau war und 1838 weiß sei“.⁵³

Die Realität sieht zu diesem Zeitpunkt nicht so hell aus. Tatsächlich besteht die Regierung aus einem regierungsunfähigen Monarchen, rivalisierenden oder auch zeitweilig untereinander verschworenen Erzherzögen gegen die beiden miteinander tödlich verfeindeten höchsten Beamten des Staates und letzten Endes einer handlungsunfähigen Regierung – ein „Patt, [...] das sich auf den unteren Ebenen fortsetzte“ und zur „dauernden Selbstblockade“ wurde. Die eigentliche *Macht* wurde von einem Triumvirat ausgeübt, das sich aus Erzherzog Ludwig, Graf Franz Anton Kolowrat und Fürst Metternich zusammensetzte. Dem ersteren billigt die Geschichtsforschung zwar guten Willen zu, spricht ihm aber

⁵² Schröder, S. 777; Vajda, S. 458; Seward, S. 249; Srbik II, *Metternich*, S. 2.

⁵³ Beilage zu Lederers Bericht an Metternich v. 18.10.1838, HHStA, Karton 3, Berichte 1834-1838; *Aus Metternichs nachgelassenen Papieren* VI. 270 (in der Folge N. P.), in: Srbik II, *Metternich*, SS. 29-30.

jedes Talent ab, wirft ihm Unentschlossenheit oder weniger euphemistisch „schiere Inertia“ vor. Jedenfalls kümmerte sich Ludwig sehr wenig um die Staatsgeschäfte und schon gar nicht um den *Stellungskrieg* zwischen Metternich und Kolowrat.⁵⁴ Kolowrat, noch immer für die inneren Angelegenheiten zuständig und „wie Metternich ein Meister der Selbstinszenierung“, verbringt seine Zeit mit Demissionsdrohungen und zeitweiligen Rückzug in den Schmollwinkel auf seinen böhmischen Gütern. Sein krankhafter Ehrgeiz treibt ihn jedoch immer wieder nach Wien, um von dem ihm weit überlegenen Staatskanzler nicht völlig ausgestochen zu werden, um rechtzeitig die „Schachzüge seines Konkurrenten zu konterkarieren“ und endlich der eigentliche Protagonist dieses Ränkespiels, Metternich selbst:

Sein Schicksal gestaltet sich zur Tragik, seine Tatkraft wird zermürbt und gelähmt und seine eigene Tragödie wird zugleich die des Staates: des Staates, dem er nach seiner subjektiven Überzeugung das Beste schaffen wollte, und der nun von einer in sich zerspaltenen Oligarchie geleitet und von oben und von unten her zersetzt wird.⁵⁵

⁵⁴ In Wien kursierte damals der Witz, dass Österreich von dreißig Männern regiert wird: Ludwig, Metternich und Kolowrat ergeben drei und Ferdinand zählt null; zit. nach Schröder, S. 777.

⁵⁵ Höbelt, SS. 33-34; Srbik II, *Metternich*, S. 3.

III. 1. „Der „Fürst von Mitternacht“⁵⁶

Die Nachwelt wird über mich richten. Es ist das einzige Urteil, das ich anstrebe, das einzige, das mich nicht gleichgültig lässt, und das einzige, das ich niemals vernehmen werde.

Metternich

Glauben Sie doch nicht, was der Augenblick über Fürst Metternich urteilt. Bedeutende Menschen, die so gewaltig wie er in die Zeit eingegriffen haben, können unmöglich leidenschaftslos betrachtet werden. Metternich ist ein Prinzip gewesen, ein Panier, dem ein Teil des Jahrhunderts gefolgt ist, während ein anderer dawider gestanden und es zuletzt gestürzt hat.⁵⁷

Mehr als eineinhalb Jahrhunderte sind seit dieser Aussage vergangen und doch hat sie nichts von ihrer Gültigkeit verloren. Kaum eine der reichhaltigen Quellen zu Staatskanzler Fürst Metternich bietet eine neutrale Beurteilung des Mannes, der für Jahrzehnte Österreichs und darüber hinaus Europas Politik bestimmte. Möchte man Metternichs politisches Denken und Handeln erklären und - vielleicht - verstehen, ist aber nicht nur eine kritische Auseinandersetzung mit der wichtigsten Literatur zu Metternich, sondern auch eine skizzenhafte Biografie Metternichs unerlässlich. Schließt man sich darüber hinaus der vielfach vorherrschenden Meinung an, dass Metternich der erste *wirkliche* Europäer war, muss man ihn im Kontext der österreichischen und europäischen Situation von damals sehen. Bedient man sich der Diktion seines schärfsten Kritikers Bibl, kann man bei einer Gegenüberstellung von Metternichs „politischem Testament“ mit den fundamentalen

⁵⁶ Einer der unzähligen Spottnamen für Metternich, Schmidt-Weißenfels, *Fürst Metternich I.* S 266, in: Srbik II, *Metternich*, S. 102.

⁵⁷ Vallotton, S. 307; Gustav von Usedom, *Politische Briefe und Charakteristiken aus der deutschen Gegenwart* (1849), S. 57, in: Srbik I., S. 2.

Grundsätzen der Vereinigten Staaten von Amerika tatsächlich so etwas wie eine „doppelte Wahrheit“ erkennen - allerdings ohne Bibls pejorativen Beigeschmack. Das „Urteil der Nachwelt“ das dem österreichischen Staatskanzler so wichtig war zeigt jedenfalls, dass die Zeit offenbar wirklich jede Perspektive relativiert. Metternichs unzählige zeitgenössische Gegner erinnerten sich nostalgisch an den *Josephinismus* als eine Ära „der geistigen Freiheit, der Humanität, des bürgerlichen Staates“ - die mangelnde Akzeptanz vieler Maßnahmen in weiten Kreisen der Bevölkerung, ihre nachträglichen Korrekturen waren in Vergessenheit geraten; aber Metternich galt als „das Symbol des Knechtens, der Finsternis, des religiösen Zwangs und des despotischen Absolutismus“.

Klemens Wenzel Lothar Nepomuk von Metternich-Winneburg-Beilstein wurde am 15. Mai 1773 in Koblenz als erster Sohn des Reichsgrafen und „Erbkämmerer[s] des Erzstiftes Mainz“ Franz Georg Karl geboren. Seine Familie, die eine adelige Abstammung schon seit der Zeit der Karolinger behauptete, gehörte zum reichsunmittelbaren, nur dem König unterstehenden Adel; nachweisbar ist der Metternichsche adelige Stammbaum jedenfalls seit dem dreizehnten Jahrhundert.⁵⁸

Um aber Metternich besser verstehen zu können, ist es notwendig, sich die gravierenden Veränderungen in Europas Politik in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts ins Gedächtnis zu rufen. Schröder vermeidet in diesem Zusammenhang bewusst die immer mit Revolution assoziierte „excess baggage of emotion“ und verwendet stattdessen den neutralen Begriff „Transformation“, da mit diesem terminus dieser Übergang tatsächlich wesentlich präziser und auch sinnvoller beschrieben werden kann. Eine signifikante Veränderung stellt man zum Beispiel bei einem Vergleich der militärischen Auseinandersetzungen des achtzehnten Jahrhunderts mit denen des neunzehnten fest: Kriege waren nicht nur

⁵⁸ Bibl, *Metternich in neuer Beleuchtung* (im folgenden *Metternich*), S. 42; Srbik II, S. 46; Seward, S. 15.

seltener, sie dauerten auch nicht mehr so lange, wurden mit weniger Brutalität geführt und hatten deshalb nicht mehr so verheerende Auswirkungen. Große politische Umwälzungen, wie zum Beispiel die *Französische Revolution*, waren ja immer auch verbunden mit einem „gewaltsamen Umsturz einer existierenden politischen und sozialen Ordnung“; die gerade an der Macht befindliche Klasse wurde gewaltsam vertrieben und an ihre Stelle traten - wieder gewaltsam - die Auferlegung von völlig „neuen politischen Prinzipien“. Diese Begleiterscheinungen fehlten in der Tat bei der europäischen Transformation. Dass die Mittel dazu keineswegs frei von Gewalt waren, zeigt die Niederschlagung der verschiedenen revolutionären Aufstände der 1830er Jahre in Europa.

Ein bedeutender Schritt in Richtung dieses Umdenkungsprozesses war unzweifelhaft der *Wiener Kongress*, also die Zeit, wo Metternich entscheidend in die internationale Politik eingriff. Es ist daher naheliegend, dass gerade er diese auf seine Initiative zustandekommene neue Ordnung als Basis einer auf den „Prinzipien der Legitimität, der Autorität und der Stabilität ausgerichteten Politik“ ansah - Grundlagen, die allesamt auf Amerika ohnedies nicht anwendbar waren. Einmal von Frankreich abgesehen, gab es wohl kaum eine europäische Regierung, die nicht an der Rechtmäßigkeit der Entstehung und damit auch an der Autorität der eingesetzten Regierung der Vereinigten Staaten zweifelte; und an ihre Dauerhaftigkeit glaubte zu diesem Zeitpunkt auch niemand ernsthaft.

Dass sich der *Wiener Kongress* daher nur mit europäischen Problemen beschäftigte, hatte aber noch andere Gründe. Zum Einen hatten die Napoleonischen Kriege gezeigt, dass die ständigen Konflikte und das Konkurrenzdenken der europäischen Mächte des achtzehnten Jahrhunderts kein politisches Gleichgewicht für Europa gebracht hatten. Nun hatte man erstmals in der Geschichte die Gelegenheit, „die Existenz einer internationalen Ordnung, die Möglichkeit einer friedlichen Koexistenz der europäischen Staaten überhaupt zu schaffen“. Die Erkenntnis, dass

nur ein Miteinander statt des bis dahin vorherrschenden Gegeneinanders einen dauerhaften Frieden bedeuten könnte, spielte dabei sicherlich eine große Rolle. Zum Anderen konnte man Europa von transatlantischen Problemen vollkommen abschirmen, und die nächsten Jahrzehnte zeigten ja, dass dieser europäische Sonderweg erfolgreich funktionierte - selbst über die Revolution von 1848 hinaus. Die europäischen Staaten betrieben selbstverständlich weiter internationalen Handel, expandierten, „bis der sogenannte neue Imperialismus zirka um 1875 herum“ auch Europa wieder in die internationale Politik mit einbezog: Der Fashoda-Konflikt von 1898 zwang Großbritannien, seine *splendid isolation* aufzugeben und damit war der Weg für ein vereintes Europa dann endgültig zu Ende. Jedes internationale System, wenn es dauerhaft sein soll, muss bestimmte allgemeine Anforderungen nach „Ordnung, Legitimität und Wohlfahrt“ erfüllen - Prinzipien, die, wie Kolodziej demonstriert, auch für die jüngere Geschichte Gültigkeit haben. Unter Ordnung versteht man in diesem Zusammenhang genau definierte Regeln für zwischenstaatliche funktionierende Kontakte, „um so den reinen Krieg von allen gegen alle zu verhindern“. Voraussetzung ist aber, dass die dafür notwendigen Kriterien auch von den einzelnen Staaten legitimisiert werden. Das bedeutet für die internationale Politik eine handlungsfähige und für die nationale eine regierungsfähige Regierung; und die hat schließlich dafür zu sorgen, dass die notwendigsten Bedürfnisse zumindest für die Mehrheit der Bevölkerung erfüllt werden, damit diese existierende Ordnung nicht als „ungerecht oder als illegitim“ angesehen wird. Metternichs Angst vor der Revolution, die in kritischen Phasen geradezu pathologische Ausmaße annahm, war auch die Furcht eines Umsturzes der sozialen Ordnung, obwohl er damit hauptsächlich die internationale Ordnung meinte. Da ein soziales Gesellschaftssystem für ihn gleichbedeutend mit einem aristokratischen war, konnte er es durchaus als ein legitimes Unterdrückungsmittel einsetzen. Auf diese Weise machte er eine

Anpassung dieses Systems an die sich verändernden gesellschaftspolitischen Verhältnisse unmöglich. 1848 zeigte diese Organisation aber bereits deutliche Auflösungstendenzen, obgleich sie nicht „obsolet *per se* war“. Die Frage, die seither immer wieder die Historiografie beschäftigt, ist, warum dieses über Jahrzehnte gut eingespielte System gerade 1848 dann nicht mehr so gut funktionierte? Geht man dabei von den erwähnten Erfordernissen aus, stellt man fest, dass es interessanterweise nicht das Ordnungsprinzip war, das versagte: über die Regeln, wie man zwischenstaatliche Konflikte bereinigt oder überhaupt nicht entstehen lässt, war man sich nach wie vor einig und sie wurden auch allgemein eingehalten. Es waren die Vorstellungen von Legitimität und Wohlfahrt, die vor dem Hintergrund von „Nationalismus, Liberalismus und einer beschleunigten wirtschaftlichen Veränderung“ in der Realität keinen Bestand mehr hatten; dieses künstliche Gebäude mit seinen drei fundamentalen Pfeilern, auf denen man glaubte, einen permanenten, aufgeklärten Absolutismus errichtet zu haben, war daher „bound to the same ultimate fate as the Metternich system which had accompanied and burdened it“.

Bevor man sich den Ereignissen von 1848 und Metternichs ambivalentem Demokratieverständnis zuwendet, ist es zweckmäßig, auch auf seine Vorstellung von Nation und Legitimität einzugehen, da gerade das Legitimitätsprinzip immer wieder und ausschließlich nur mit Metternich in Verbindung gebracht wird. Während der österreichische Kanzler den mit der Revolution verbundenen Liberalismus Zeit seines Lebens kategorisch ablehnte, unterschied er immer zwischen Nation und dem zugespitzten Nationalismus und er trennte Legitimität vom eng gefassten Legitimus. Srbik geht allerdings davon aus, dass das *Metternichsche System* nur fälschlicherweise mit Legitimität, autoritärem Regime und Mächtegleichgewicht assoziiert wird. Das wären bestenfalls „Teil- und Zweckgedanken“ Metternichs gewesen, die über das eigentliche

„sozialkonservative“ Credo hinwegtäuschen. Srbik beruft sich dabei auf eine Aussage des alten Kanzlers, der seine Hauptaufgabe darin gesehen hätte, „das soziale Feld im größeren Umkreis, als die Grenzen eines Staates hiezu Raum bieten, aufzufassen“. Metternichs Politik war zweifellos immer eine „übernationale und überstaatliche“, sie war in erster Linie mehr eine europäische und weniger eine österreichische, aber sie war nicht nur auf die Erhaltung sozialer Strukturen ausgerichtet.

Metternichs Diskussionen mit George Ticknor machen deutlich, dass Metternich unter Legitimität „nicht Legitimus um jeden Preis“ verstand: Österreichs Kanzler „war zu Einschränkungen bereit, wenn die Verhältnisse eine Durchbrechung legitimistischer Kontinuität nötig machten“. Auch Englands konstitutionelle Monarchie erfüllt seiner Meinung nach durchaus die Bedingungen für das mit der Legitimität üblicherweise untrennbar verbundene *Metternichsche System*. Der Gedanke, dass davon zwar alle mit Großbritanniens politischen Prinzipien, jedoch manche davon überhaupt nicht mit den praktizierten in Österreich vereinbar waren, kam ihm scheinbar nicht: Metternich war überzeugt, dass allein das monarchische Ordnungsprinzip ein Garant für Freiheit ist, er glaubte fest an die „Achtung vor allem geschichtlich und gesetzlich Bestehenden“ als staatliche Grundvoraussetzungen; wenn er aber auch die „naturgemäße, schrittweise Bewegung“ dazu zählt, entbehrt das auf den ersten Blick für einen Staatsmann, der bereit war, für einen Stillstand alles in *Bewegung* zu setzen, nicht einer gewissen Ironie. Allerdings verstand Metternich darunter die von der Natur vorgegebene Evolution und verurteilte den vom Menschen initiierten Fortschritt, den er immer mit Revolution gleichsetzte. Aus diesem Grund lehnte er auch das Bewusstsein einer nationalen Sonderart ab. Nationalismus bedeutete für Metternich „eine Formel, [...] hinter dem als Wahrheit die Revolution steht“. Sein Grenzen überschreitendes Denken braucht für eine Staatlichkeit weder Patriotismus noch Nationalbewusstsein, sondern erkennt darin bloß

das nationale Interesse vor dem internationalen, das in seiner schärfsten Erscheinungsform, dem Nationalismus den politischen Frieden in Europa gefährdet. Auch eine Nation ist seiner Meinung nach nicht durch das Bewusstsein von nationaler oder kultureller Eigenständigkeit gekennzeichnet und überhaupt ist der Ausdruck Nation nur eine „Phantasmagorie ohne praktischen Wert“; solche Wahngelüste können nur dann Bestand haben, wenn die „Völker, deren Teile geschichtlich den Willen und die Kraft bewiesen haben, die trennenden Momente zugunsten politischer Einheit zu überwinden“.

Die relativ modernen Begriffe von Nation oder Nationalismus, die sich in der amerikanischen und französischen Revolution erstmals manifestierten, in Europa aber erst im neunzehnten Jahrhundert an Bedeutung gewannen, konnten bei Metternich selbstverständlich nur Unverständnis hervorrufen. Er war zu tief verwurzelt in den überkommenen Traditionen und Werten des *ancien régime*, um zu verstehen, wieso aus dem *L'état c'est moi* von Ludwig XIV. (1643-1715) nun plötzlich ein *Der Staat sind wir* werden sollte und er machte allein die *Französische Revolution* für die trennenden Elemente unter den Nationalitäten verantwortlich. Wenn er aber darin gleichzeitig die Ursache für eine „Fraternität aller Völker“ sieht, die allein durch den Willen zur Zusammengehörigkeit imstande war und ist, alle nationalen, kulturellen und konfessionellen Unterschiede einer politischen Souveränität unterzuordnen, dann ist es wohl das amerikanische Volk, das seinen Anforderungen für eine Nation gerecht wird.

Sieht man von der kurzen chauvinistischen Zuspitzung in der *Young America* Bewegung einmal ab, ist Nationalgefühl im historischen Bewusstsein vieler Amerikaner untrennbar mit dem 26. US-Präsidenten Theodore Roosevelt (1901-1909) verbunden, der 1910 in einer Rede die Phrase *New Nationalism* prägte und wie kein anderer den Aufstieg der USA zur Weltmacht verkörpert. Metternich hätte zwar Roosevelts

Präventivpolitik von staatlichen Reformen und Intervention gegen soziale Ungerechtigkeiten und revolutionäre Unruheherde kaum etwas abgewinnen können, aber Franz Joseph hatte die Zeichen schon längst erkannt und er hatte im Alter auch die Größe, diese Erkenntnis einzugestehen: Als Roosevelt 1910 während einer Europareise auch am Wiener Hof vorspricht, ist der österreichische Kaiser überzeugt, einer der „letzten Vertreter des alten Systems“ zu sein und er weiß auch, dass mit dem amerikanischen Expräsidenten auch für Europa nun endgültig eine „neue Bewegung“ eingeläutet wurde, eine „Bewegung der Gegenwart und der Zukunft“. Die Vereinigten Staaten waren in der Zwischenzeit zur zweitstärksten Seemacht aufgestiegen und im europäischen Konzert der Mächte spielte Österreich schon längst nicht mehr die erste Geige. Im neuen Zeitalter des Imperialismus war den Habsburgern eher eine Statistenrolle bestimmt - einen *Platz an der Sonne* gab es für sie daher nicht.

Metternich verdankt die Entwicklung seines Systems nicht zuletzt der tatkräftigen Unterstützung seines langjährigen Vertrauten Friedrich von Gentz (1764-1832), sodass man in Srbiks Worten „gelegentlich mehr von einem „System Gentz“ als von einem „System Metternich“ sprechen möchte“. Gentz war Diplomat und Publizist, kam 1803 nach Wien und wurde in der Folge zum engsten und unentbehrlichsten Mitarbeiter Metternichs. Die breite Öffentlichkeit kannte den Mann im Schatten des Kanzlers aber nicht durch seine unermüdliche Tätigkeit im Dienste Metternichs sondern vielmehr durch seine Liaison mit der blutjungen Tänzerin Fanny Elßler. Mit Gentz, der in seinen Ansichten noch konservativer als Metternich war, verband den Kanzler eine Art Seelenverwandtschaft. Beide Männer räumten dem Staat unbedingte Priorität vor dem Volk ein, das ohnedies nur aus „blinden und rohen Massen“ bestand und von denen ging ja alles „Formlose, Unfertige und Laute“ aus; sie bargen auch den Keim der Zerstörung traditioneller Werte

in sich und mussten daher durch einen autoritären Führungsstil im Zaum gehalten werden und der konnte nur ein monarchischer „im Sinne von *auctoritas* und *potestas*“ sein. Da Metternich behauptet, unter Legitimität nicht unbedingt eine „im Sinn fürstlichen Erbrechts“ zu verstehen, war es für ihn auch völlig ohne Belang, ob es sich dabei um ein monarchisches oder sonstiges Oberhaupt handelt, solange dieser uneingeschränkte Machtinhaber „die Geschäfte zugleich überwacht und ihre Ausführung regelt“.

Konkret waren auch Metternichs außenpolitische Vorstellungen nach dem *Wiener Kongress* vom künftigen Europa: Die Stabilität der internationalen Ordnung würde durch ausgewogene Machtverhältnisse garantiert werden, von denen „die Kleinen profitieren“ konnten. Was in Europa durch ein Gleichgewicht der Pentarchiemächte gewährleistet wäre, sollte in Deutschland durch die gleichberechtigten Staaten Österreich und Preußen sichergestellt sein. Deutschland und auch Frankreich hatten für Metternich durchaus ihre Daseinsberechtigung - als ausgleichende Zünglein an der Waage sozusagen - aber beide durften nicht zu mächtig werden. Wenn es nach ihm ging, sollten die deutschen Staaten ja einig sein, allerdings stellte er sich eine „*Einigkeit ohne Einheit*“ vor. Immer dann, wenn Metternich für sich selbst oder für seine Pläne irgendwelche Vorteile erkannte, konnte er wirklich seine diplomatischen Fähigkeiten unter Beweis stellen; er reagierte darauf mit einer „unglaublichen Flexibilität“ - jedoch hinkte er den Ereignissen immer hinterher, statt sich rechtzeitig auf sie einzustellen. Daraus erklären sich für Schröder auch Metternichs „häufig obskure Manöver“. Es ist bekannt, dass sich der österreichische Kanzler in dem Gedanken gefiel, der *Kutscher Euopas* zu sein. Wenn seine Bemühungen aber nur darauf ausgerichtet waren,

to keeping the horses under control, the coach upright, the passengers reasonably peaceable, and himself at the reins rather than bringing the coach to his choice of destination,⁵⁹

dann hatte er schon Mitte der 40er Jahre die Kontrolle über seine Pferde verloren. Auch die Passagiere begannen immer mehr zu murren und das Ziel seines Weges hatte er aufgrund seiner Engstirnigkeit auch bereits lange aus den Augen verloren. Hatte er vielleicht die Zügel zu sehr schleifen lassen? Wohl nicht, denn die Ursachen der kommenden Aufstände waren vielschichtig, die Umwälzungen betrafen fast ganz Europa und überrollten schließlich auch Österreich.

Metternich hat in seinen späteren Jahren immer wieder beteuert, dass er als junger Mann von der Begeisterung, die die *Französische Revolution* als „Völkerfrühling“ im übrigen Europa hervorrief, nie erfasst worden wäre; tatsächlich war und blieb er immer ein Staatsmann in der Tradition des achtzehnten Jahrhunderts, sein ganzes soziales Umfeld und sein persönliches Leben waren auf diese Tradition ausgerichtet und seine Überzeugungen waren unverrückbar - geformt nach „den geschichtlichen Überlieferungen“. Die Gegensätze, aber auch die Unterschiede zu der nun neuen, *modernen* Generation an der Spitze der Regierung werden nirgendwo deutlicher als 1851 nach seiner Rückkehr aus dem Exil. Franz Joseph ging immer den geraden Weg, unbeirrt und ohne Umwege, (auch wenn dieser Weg in die Irre führte) und er konnte daher wenig Sinn haben für die weitschweifige, barocke Art des Altkanzlers, für den Staatspolitik im

⁵⁹ Metternich war seit 1809 Außenminister, am 25.5.1821 erfolgte seine Ernennung zum Haus-, Hof- und Staatskanzler, „ein Rang, den unter seinen Vorgängern nur Kaunitz innehabt hatte“. Vgl. Palmer, S. 267; Schröder, preface vii-viii, SS. 542, 575; Der Begriff: Ordnung, Legitimität und Wohlfahrt stammt von Edward Kolodziej, „The Cold War as Cooperation“, in: Schröder, SS. 802-3; Rumpler, S. 11; Seward, S. 95; *Am.Präsidenten*, S. 254; Srbik I, SS. 344, 350; N.P. VII, 205f, 317, in: Ebd, SS. 388-90; N.P. VII, 348f, in: Ebd, SS. 363-4; Srbik II, S. 306. Für eine umfassende Darstellung von Metternichs System und seiner im einzelnen kommentierten Punkte wird auf Srbik I und II verwiesen.

Grunde ein Spiel war, das er jedoch virtuos beherrschte. Metternich bevorzugte den komplexen Weg, stellte den Nutzen von Verbündeten gegen die Nachteile von politischen Gegnern, um sie gegebenenfalls gegeneinander ausspielen zu können. Wenn daher Franz Joseph und Schwarzenberg ihn häufig am Rennweg besuchten, seinen Rat einholten, geschah dies größtenteils aus Höflichkeit - befolgt haben sie ihn kaum. Für den jungen Kaiser, der seinen Thron nicht zuletzt der Armee verdankte, war Schwarzenberg wohl eher der Mann, der seinem Bild eines schneidigen, dynamischen Offiziers gerecht wurde; und der hintergründige Ministerpräsident sah in Metternich wohl eher ein Relikt aus vergangener Zeit, das man nachsichtig in dem Glauben ließ, dass seine Stimme in der Monarchie nach wie vor gehört wird.

Die Ereignisse in Paris im Juli 1830 haben Metternich vermutlich wenig überrascht, sah er doch in den Franzosen nie etwas anderes als Unruhestifter und revolutionäre Aufwiegler. Frankreich war für ihn seit 1789 das Land, von dem „das Verderben der Welt ihren Ausgang“ genommen hatte. Eine Mischung zwischen einer „fürstlichen“ und einer „Volkssouveränität“ ist für Metternich eine Kunstform, die 1830 in Frankreich dazu führte, dass das Symbol der Herrscherwürde „ein Holzstuhl“ ist, „den nicht einmal ein Stück Samt bedeckt“. Wenn mit dem *Bürgerkönig* Louis Philippe das monarchische System auch nach 1830 bestehen blieb, so war für Metternich ein Monarch, der sich mit den unterschiedlichsten, untereinander uneinigen Oppositionsbewegungen konfrontiert sieht, der seine Entscheidungen mit republikanischen Vertretungen akkordieren muss, um seiner Wahl durch das Volk gerecht zu werden, nicht nur unhaltbar, sondern auch völlig sinnlos. In seinen späten Jahren äußerte er sich dazu noch verächtlicher: Es wäre „hirnlos“, meinte er, von einem „konstitutionelle[n] Kaiser“ zu sprechen und eine Monarchie, in der die Staatsgewalt zwischen Repräsentanten des Volkes und dem Monarchen geteilt wird, ist „ein lebensunfähiges, abstraktes

Gedankending“. So wenig politische Bedeutung er jedoch der Regentschaft des *Barrikadenkönigs* beimaß - seiner Meinung nach konnte die Herrschaft des Abkömmlings der Orléans ohnedies nur vorübergehend sein - war er dennoch überzeugt, dass sie unweigerlich „in eine totalitäre Schreckensherrschaft entarten“ und schließlich „in das revolutionäre Chaos“ führen müsse.

Die Juli-Revolution in Frankreich aber auch die Entwicklung in Großbritannien, wurden in Österreich im allgemeinen mit ungewöhnlicher Gelassenheit aufgenommen. Man sah scheinbar das Habsburgerreich weder durch Aufstände in Polen noch durch den französischen Herrscherwechsel gefährdet; und der Kabinettswechsel in England berührte den Wiener Hof schon gar nicht. Der österreichische Staatskanzler nahm die Dinge allerdings weit weniger gleichmütig auf. Er ahnte, dass mit den Whigs an der Regierung nun in England eine liberale Periode anbrechen würde. Wie recht er damit hatte, beweist die erste Wahlrechtsreform zwei Jahre später. Dazu gesellte sich eine Sorge, die wesentlich größer war, da sie unmittelbar vor der österreichischen Haustüre lag. Bis dahin war sein Verhältnis zu der Schweiz ein durchaus freundschaftliches und wohlwollendes gewesen, und war nicht einmal durch die Schweizer Parteinahme für den griechischen Unabhängigkeitskampf getrübt worden. Vor ein paar Jahren hatte er die dortige Regierung noch wegen „ihrer Weisheit und Sanftmut ihres väterlichen Regiments“ gelobt und plötzlich werden im Nachbarland Stimmen laut, die nach einer Verfassungsreform schreien, ein „allgemeines Wahlrecht und verbesserten öffentlichen Unterricht“ verlangen. Die Entwicklung in der Schweiz beunruhigt den Kanzler aus mehreren Gründen: Erstens könnte sich der lockere Staatenbund zu „einer und unteilbaren Schweiz“ zusammenschließen, sich damit noch näher an Frankreich - diesen „Herd der Revolutionen“ anlehnen und würde damit unweigerlich zum „Feind des konservativen Österreichs“.

Zweitens empörte ihn, dass sich die Schweiz nun als Refugium für politische Flüchtlinge aus ganz Europa präsentierte und drittens waren es auch Prestigegründe, die Metternich dazu bewegten, die konservativen Schweizer Katholiken gegen die Protestanten zu unterstützen. Die immerwährende Neutralität, die der Schweiz in einer Deklaration der Pentarchiemächte am 20. November 1815 im Zweiten Frieden von Paris zugesichert worden war, entpuppte sich nun als Bedrohung, die Metternich als „eine Art politischen Monstrums, das es bis in unsere Tage noch nicht gegeben hat“ bezeichnet und die er „von seiten eines zweitrangigen Staates“ keinesfalls hinzunehmen bereit war. Der Übergang in zehn Kantonen von aristokratischen zu demokratisch-liberalen Verfassungen kann dennoch nicht verhindert werden - weder durch den erbitterten Widerstand einiger Kantone noch durch den österreichischen Staatskanzler.

Bestürzung, aber vor allem tiefe Resignation klingen aus seinem Schreiben vom 1. September 1830 an seinen russischen Freund Nesselrode, wenn Metternich plötzlich weiss, dass das „alte Europa“ jetzt endgültig „am Anfang des Endes“ angekommen sei. Metternich zeigt hier einen ungewöhnlich seltenen Weitblick, eine für ihn vollkommen uncharakteristische Objektivität. Es ist einer jenen raren Momente, wo der Kanzler sich selbst gegenüber und auch nach außen hin die Aussichtslosigkeit erkennt, die konservative absolutistische Ordnung festzuhalten; wo er eingesteht, dass sein „System“ keinen Bestand haben kann und dass seine Person - oder das wofür sie steht - in einem anderen Europa keinen Platz mehr finden wird:

Und da ich entschlossen bin, mit ihm unterzugehen, werde ich meine Pflicht zu tun wissen. [...] Das neue Europa ist jedoch bis jetzt noch nicht ins Leben getreten und zwischen dem Ende und dem Anfang wird das Chaos sein.

Damit erhebt sich natürlich die Frage, warum Metternich sich nicht dem neuen Zeitgeist anpasste, wenn er doch erkannte, dass seine Welt und seine Zeit unwiederbringlich verloren waren? Sicher zu einem großen Teil aus sturer Prinzipientreue, aber auch, weil er ja damit seine politischen Fähigkeiten in Frage gestellt hätte - und das ließ wiederum seine Eitelkeit nicht zu. Er klammerte sich an die Vision des Europa vom *Wiener Kongress*, wo das Volk für ihn noch - in Srbiks Worten - „eine von Natur inaktive, wesentlich von materiellen Interessen geleitete Masse darstellt, die nur durch Demagogen verführt wird“. Die wachsende Unzufriedenheit, die Forderung nach einem Mitspracherecht stellt für Metternich den „Ursprung allen Übels“ dar. Verantwortlich dafür macht er die um sich greifenden Veränderungen in der Gesellschaft, aber hauptsächlich schwache unfähige Regierungen. Auch die Revolution von 1848, sein erzwungener Rücktritt und sein Exil haben an dieser Meinung nichts geändert: Als er im Jänner 1853 die Nachricht von der Thronbesteigung Napoleon III. erhält, bestärkt ihn dies nur in seiner Auffassung: „*Revolten* finden in den unteren Schichten der Gesellschaften statt. *Revolutionen* fallen stets den Regierungen zur Schuld.“ Ist nicht Frankreich Beispiel genug, dass es für die breite Masse des Volkes völlig unerheblich sei, ob sie von einem Monarchen „von Gottes oder von Volkes Gnaden“ regiert wird, ob sie gut oder - zur Not auch schlecht - geführt wird, solange sie nur die Knute von oben spürt? Aus dem Ratschlag, den er 1831 dem bayrischen Staatsminister Wrede gibt, spricht wieder der *allwissende* Staatskanzler von einst. Es ist die feste Überzeugung eines Mannes, der im Angesicht der europäischen Bedrohung seine Autorität gegenüber den anderen Mächten nun wieder auf festen Fundamenten weiß:

Jedes Volk hat vor allem das Bedürfnis regiert zu werden; dieß fühlen sie und sie sind demnach stets bereit sich gut, und faute de mieux, sich sogar

schlecht regieren zu lassen. Das Einzige, wozu die Massen nie bereit sind, ist, Niemand an ihrer Spitze zu wissen.⁶⁰

Regiert wird das österreichische Volk zu dieser Zeit noch vom guten Kaiser Franz, auch wenn Metternich vielleicht sich selbst und der übrigen Welt vormachte, dass er es tat. Über die etwas eigenartige Symbiose zwischen Franz I. und Metternich kann man natürlich die unterschiedlichsten Mutmaßungen anstellen, aber sicher keine umfassende Erklärung finden. Unbestritten ist in der Literatur dagegen, dass es in erster Linie Angst war, die die beiden zusammenschmiedete; nicht „Angst vor einem Krieg, der vielleicht eine Revolution auslösen könnte“ - darauf war man immer vorbereitet; in der Zwischenzeit hatte sich das revolutionäre Virus jedoch als ausgesprochen ansteckend herausgestellt, damit wurde jeder einzelner Freiheitskampf oder jede nationalistische Bewegung in Europa zum Synonym für eine allgemeine Revolution. Metternich und auch Franz kämpften daher gegen ein gemeinsames Feindbild und sie wussten auch, wie anfällig alle Schichten einer bestehenden Gesellschaftsordnung für einen Umsturz geworden waren; beide erkannten, dass die absolutistischen Strukturen nur mehr künstlich - das heißt gewaltsam - aufrecht erhalten werden konnten. Nutzen aus dieser engen Verbindung hatten sowohl Franz wie auch Metternich. Der Kaiser wusste zweifellos von der Ausbildung einer Hofkamarilla um und gegen Metternich, war aber überzeugt davon, dass sein loyaler Staatskanzler „als einer der wenigen über dem Streit der Parteien stand“.

Auch Srbik geht der Frage nach, was denn die Ursache für „eines jener historisch so bedeutsamen, viele Jahre währenden und schließlich geradezu untrennbaren Verhältnisse[s]“ war und tatsächlich drängt sich in

⁶⁰ Srbik I, SS. 54, 68; N.P. III, 592, V, 165f, VIII, 465, in: Ebd, SS. 366-7; Srbik II, S. 127; Palmer, SS. 324, 43; Seward, S. 219; Vallotton, SS. 258-9; Geheimes Schreiben, 24.10.1831, in: Bibl, *Metternich*, SS. 256-7.

dieser Beziehung ein Vergleich mit jener zwischen Maria Theresia und Kaunitz oder auch Wilhelm I. und Bismarck auf. „[D]em Kaiser immer wieder das Gespenst der Revolution vor Augen“ zu halten, diente aber einmal ausnahmsweise nicht Metternichs Ehrgeiz, sondern stellte eine gemeinsame Basis her, auf der sich diese beiden doch sehr unterschiedlichen Charaktere wirklich verstehen konnten - „so verschieden auch das geistige Niveau des Monarchen und des Ministers war“. Für den Kaiser standen zwar immer die dynastischen Interessen des Hauses Habsburg im Vordergrund, aber seine „politisch-historische“ Denkweise verband ihn mit Metternich. Das ermöglichte eine Synthese zwischen dem „fast bewegungslosen engbegrifflichen Absolutismus des Kaisers und den immerhin bewegungsreicheren Hochkonservatismus Metternichs“. Für den österreichischen Kanzler war der Kaiser jemand, der niemals seine Kompetenzen in Frage stellte, immer ein offenes Ohr für seine Klagen hatte und sich mit seinen Sorgen solidarisch zeigte. Das fast freundschaftliche Verhältnis zwischen den beiden zeigt sich auch in folgender Anekdote: Als Metternich wieder einmal beim Kaiser vorstellig war, beschwerte er sich über Gerüchte, die nicht und nicht verstummen wollten. Ständig sei die Rede von wachsender Unzufriedenheit im Volk, von Forderungen nach mehr Mitspracherecht. Die lakonische Antwort des Kaisers zeigt, dass Franz die Aussichtslosigkeit, den neuen Trend aufhalten zu wollen, erkannt hatte: „Mein lieber Metternich, heutzutage' san die Völker a' wer.“ Und selbst Metternich hat ja, wie man gesehen hat, irgendwo im hintersten Winkel seines Denkens den Untergang der Habsburgermonarchie lange vorhergesehen - die Tür dazu hat er aber bis zu seinem Tod fest verbarrikadiert.

Bei Bibl dagegen wird Franz zum „willfährige[n] Werkzeug seiner Berater“ - hier vor allem Metternichs -, da der Kaiser seinen Aufgaben als Staatsoberhaupt nicht nachgekommen wäre. Dem Kanzler andererseits wirft er vor, sich nicht um die inneren Angelegenheiten gekümmert zu

haben - ein Bereich, für den allerdings Kolowrat zuständig war und der hätte kaum einen Übergriff auf seine Kompetenzen von seinem großen Widersacher geduldet - weder während der Regierungszeit von Franz und schon gar nicht nach dessen Tod. Die Frage stellt sich natürlich bei dieser Gelegenheit, wer denn nun wirklich in Österreich regierte? Bibls Annahme impliziert die damals wie auch heute noch gängige Meinung, dass nicht der Kaiser, sondern tatsächlich Metternich die entscheidende Instanz in der Habsburgermonarchie war.⁶¹ In krassem Widerspruch dazu steht allerdings die Behauptung, dass Metternichs langatmiger Katalog von politischen Eckpunkten, der unter dem Namen *Metternichsches System* Eingang in die Geschichte gefunden hat und seiner Meinung nach „nur als System der Polizeiherrschaft und Entmündigung der Völker“ aufgefasst werden kann, im Grunde genommen das Werk von Franz I. war, für das Metternich sich nur aus „pekuniären Gründen“ herabließ, den „Prügelknabe[n]“ des Monarchen zu spielen. Dieser Auffassung tritt Rumpler jedoch ganz entschieden entgegen. Franz I. war sich bewusst, was er und damit Österreich dem Staatskanzler schuldeten, er hatte nicht nur unbegrenztes Vertrauen in Metternichs staatsmännisches Talent, sondern er wusste auch um seine Bedeutung im Ausland. Österreichs Kanzler war es zu verdanken, dass die Habsburgermonarchie seit Jahrzehnten eine führende Rolle bei den europäischen Mächten spielte, seine erfahrene Stimme hatte überall Gewicht, sein Rat wurde angenommen, auf ihn war es zurückzuführen, dass Österreich bis dahin von Revolutionen verschont geblieben war. Und dafür zollte der Kaiser seinem Staatskanzler die ihm zustehende Achtung; trotzdem blieb er „immer der Herr im eigenen Haus“. Wie der „Hausvater“ einer Familie hatte ein Kaiser der Habsburgermonarchie gegenüber seinen Untertanen gewissenhaft und unermüdlich seine Pflichten zu erfüllen - eine

⁶¹ Bibl, *Der Zerfall Österreichs 1. Kaiser Franz und sein Erbe. Von Revolution zu Revolution!* S. 191 ff, in: *Srbik I*, SS. 44-5.

Einstellung, die ihm in der Geschichtsschreibung keine Lorbeeren einbrachte: Gerade wegen seiner mangelnden Flexibilität wird Franz I. oft als „hölzerner Amtsverwalter und Aktenstudierer“ abgestempelt. Metternich andererseits konnte sich sicherlich in der „Gunst des Monarchen“, er genoss ganz bestimmt die „pekuniären“ Vorteile, die ihm seine eminente Position brachte, da er ohnedies ständig über seine Verhältnisse lebte. Aber er war nicht der Mann, der allein um seiner Eitelkeit willen „seine innerste Gesinnung verleugnete“, seine Begabung und Fähigkeiten vergeudete - von denen er selbst ja am meisten überzeugt war. Metternich war unzweifelhaft dem Kaiser „geistig überlegen“, er musste „in seiner leichten und milden Art über die Schwächen des Charakters und des Intellekts des Monarchen hinwegsehen“, er musste „das leere Laufen der Maschine im letzten Jahrzehnt des Monarchen“ akzeptieren - auch wenn dies seiner inneren Überzeugung zuwiderlief. Warum aber tolerierte er die „Durchkreuzung seiner persönlichen Macht“ durch seinen persönlichen Widersacher Kolowrat und anderen Unzufriedenen am Hof, die sich um den Innenminister scharten? Waren der finanzielle Nutzen und sein ihm liebgewordenes Image als *allmächtiger* Staatskanzler Österreichs Kompensation genug? Metternich war auch an der Ausarbeitung des kaiserlichen Testaments beteiligt; er wusste also, dass er weiterhin eine Spitzenposition in der Regierung einnehmen würde und - er war sich natürlich auch über die geistigen und körperlichen Schwächen von dessen ältestem Sohn im Klaren. Es liegt daher auf der Hand, dass Metternich nach dem Tod des Kaisers keinesfalls gewillt war, weiterhin eine Beschränkung seiner Macht hinzunehmen.

Ferdinand hat das Vermächtnis seines Vaters nur unzureichend erfüllt. Er hat sicher nichts verändert, er hat auch selbst keine wichtigen Entscheidungen getroffen, er hat sich in allem vertrauensvoll an Metternich gewandt - aber regieren konnte er nicht.

Verrücke nichts an den Grundlagen des Staatsgebäudes; regiere; und verändere nicht; stelle dich fest und unerschütterlich auf die Grundsätze, mittels deren stetten Beachtung Ich die Monarchie nicht nur durch die Stürme harter Zeiten geführt, sondern derselben den ihr gebührenden hohen Standpunkt gesichert habe, den sie in der Welt einnimmt. Übertrage auf den Fürsten Metternich, Meinen treuesten Diener und Freund, das Vertrauen, welches Ich ihm während einer so langen Reihe von Jahren gewidmet habe. Fasse über öffentliche Angelegenheiten, wie über Personen, keine Entschlüsse, ohne ihn darüber gehört zu haben.⁶²

Schon zu Lebzeiten von Franz hatte Metternich verschiedene Reformen der Verwaltung vorgeschlagen, die jedoch immer am Widerstand des Kaisers gescheitert waren. Die Gelegenheit, seine Machtbefugnisse nun zu erweitern, ja unangefochten an der Regierungsspitze zu stehen, sah Metternich 1836 gekommen. Seine Rechnung ging allerdings nicht auf, denn sein Vorhaben wurde letztlich von einer Seite vereitelt, mit der er zu dieser Zeit sicher nicht gerechnet hatte. Die Abwesenheit Kolowrats, der sich nach einem neuerlichen Zerwürfnis mit ihm wieder einmal krankheitsbedingt nach Böhmen abgemeldet hatte, begünstigte seine Pläne. Metternich wusste, dass die Erzherzöge ohne Kolowrat keine wirklichen Gegner waren. Sie waren entweder zu träge, um offen gegen den Staatskanzler vorzugehen, „unzuverlässig“ wie Joseph, „unfähig“ wie Rainer, oder alles zusammen wie Ludwig. Ein ernstzunehmender Feind war allerdings Johann, der 1848 von der Frankfurter Nationalversammlung zum Reichsverweser gewählt werden sollte. Der eher volkstümliche Erzherzog, der nicht viel auf kaiserliche Autorität gab und wenig vom

⁶² Ernst Wangermann, *Von Joseph II. zu den Jakobinerprozessen*, S. 289; Politisches Testament Franz' II., 28.2.1835, N.P. V, S. 651, vgl. auch Srbik I, S. 772f, in: Rumpler, SS. 29, 34; Bibl, a.a.O. I, S. 191ff; Kübecks Tagebücher I./2., SS. 536, 621, in: Srbik I, SS. 450-51; Schröder, S. 802; Vajda, S. 458.

Hofprotokoll hielt, hasste Metternich und war allein schon deshalb ein Verbündeter Kolowrats. Er sah im österreichischen Staatskanzler immer einen „Fremden“, jemanden, der daher aus diesem Grunde „niemals den besonderen Charakter des Habsburgerreiches verstehen könne“, stattdessen nur „antiquierten Ideen“ nachhing und von den Jesuiten für ihre Zwecke instrumentalisiert war. Metternich währte ihn weiterhin sicher aufgehoben in der Steiermark, wo Johann trotz habsburgischer Missbilligung glücklich mit der Postmeisterstochter Anna Plochl verheiratet war und sich beim Volk großer Beliebtheit erfreute - nicht zuletzt wegen der Förderung von zahlreichen kulturellen und wirtschaftlichen Projekten. Als Johann jedoch von den ehrgeizigen Plänen Metternichs erfuhr, gab er sein abgeschiedenes Dasein auf und eilte nach Wien, um den plötzlich vorzeitig genesenen Kolowrat in seinem Kampf gegen den übermächtigen Staatskanzler kräftig zu unterstützen.

Metternichs Umstrukturierung in der Regierung sah die Bildung von zwei vollkommen neuen Institutionen vor - selbstverständlich beide unter seinem Vorsitz oder - genauer gesagt - unter seiner Präsidentschaft: eine Staatskonferenz und einen Reichsrat, der sich aus diversen Ministern konstituieren und „eine rein beratende Funktion haben sollte“. Durchsetzen konnte er jedoch wegen des zähen Widerstandes von Johann und Kolowrat nur die Idee der Ministerkonferenz, die offiziell zwar dem Kaiser unterstand, in der Praxis jedoch von Ludwig, Franz Karl, Metternich und Kolowrat geführt wurde. Metternichs Macht war also nach 1836 noch mehr eingeschränkt als unter Franz. Natürlich konnte er weiterhin Vorschläge machen, aber die Abstimmung darüber erfolgte durch die Konferenz. Metternichs geplanter Reichsrat wurde hingegen ebensowenig realisiert wie sein erhoffter „Präsidentenstatus“. Wäre Metternichs Plan aufgegangen, wären Legislative und Exekutive ja in einer Hand gewesen. An der Spitze der Habsburgermonarchie hätte kein Monarch gestanden, sondern ein Präsident - Metternich „wäre praktisch

Staatsoberhaupt gewesen, solange der Kaiser eine Null war“. Das schon einmal erwähnte Triumvirat ersetzte den Souverän nach außen hin und man kann annehmen, dass diese Regierung, die bis 1848 in Kraft blieb, mehr damit beschäftigt war, einander Prügel vor die Füße zu werfen als den Habsburgerstaat zu regieren. Obwohl man Metternichs außenpolitische Fähigkeiten nach wie vor nicht anzweifelte, wurde er in innenpolitischen Fragen zunehmend ins Abseits gedrängt. Johann konnte auch Karl für sich gewinnen und dieses zweite *Triumvirat* sorgte dafür, dass Metternich immer mehr isoliert war. Die Chance, auch Österreich einmal „in Händen zu halten“, war damit verwirkt und Metternichs wenige verbliebene Verbündete waren erstaunt, dass der Kanzler dennoch nicht seinen Rücktritt einreichte. Drei Beweggründe mögen dafür ausschlaggebend gewesen sein, dass Metternich sich weiter den Querelen und Intrigen am Hof aussetzte und sich wohl oder übel mit seinem eingeschworenen Widersacher arrangierte: Erstens seine nicht sehr rosige finanzielle Situation. Im Unterschied zu Kolowrat war der Staatskanzler kein reicher Mann und sein gewohnter aufwendiger Lebensstil erlaubte ihm weder, auf seine Einkünfte noch auf die Gunst der Familie Rothschild zu verzichten - die übrigens auch noch nach seinem Sturz für ein adäquates Leben im Exil der Metternichs sorgen sollte. Zweitens eine gewisse Würde aber auch Stehvermögen, die den Kanzler unbestritten auszeichneten. Wenn jemand im Kaiserstaat in den Jahren vor der Revolution das Prinzip einer *Noblesse oblige* verkörperte und auch lebte, dann war es Metternich; einen Rücktritt hätte er als persönliche Niederlage, als eine Verletzung seines Pflichtgefühls empfunden - auch gegenüber der Monarchie, aber in erster Linie sich selbst und seiner Überzeugung gegenüber. Um aber das Vertrauen und den Glauben an sich selber nicht zu verlieren, musste dieses Image des allmächtigen Staatskanzlers um jeden Preis aufrecht erhalten werden.

Metternich bekannte sich Zeit seines Lebens zur *reinen*, das heißt absoluten Monarchie. Einwände, dass dieses System die Gefahr „des Despotismus und der Willkür“ in sich berge, wies er stets mit den Worten zurück, dass allein schon „die göttlichen und natürlichen Gesetze“ für eine Beschränkung der Macht sorgen, wobei er die beiden Begriffe synonym meint. Da Metternich ja zutiefst von einem *Gottesgnadentum* überzeugt war, glaubte er auch daran, dass sich die von Gott gewollte Ordnung auch in der „historisch-naturhaft abgestuften weltlichen Gesellschaft“ wiederfindet, mit dem Adel als „unentbehrliches Bindeglied zwischen Souverän und breiter Masse“ und dieser Glaube bestimmte auch seine Einstellung zur Kirche.

Joseph II. hatte in der Kirche ein notwendiges Übel gesehen, das er für die wachsende Bürokratisierung zu instrumentalisieren versuchte. Auch Metternich bediente sich der Kirche - allerdings zu einem ganz anderen Zweck: eine Kirche im Dienste des Staates und doch kein *Staatskirchentum* im gebräuchlichen Sinn; kein „Hilfsmittel bürokratischer Verwaltung“, sondern ein wirksames Werkzeug „im Dienst des Autoritäts- und Erhaltungsprinzips“. Kein Wunder also, dass Metternich über den Abschluss des Konkordats vom 18. August 1855 zwischen dem *Heiligen Stuhl* und Österreich „[u]ngetrübte Befriedigung“ fühlte; daraus, dass er dieses Gefühl „nur an einem Akt des persönlichen innern Regiments Franz Josephs empfand“, kann man zwei Schlussfolgerungen ziehen, wovon bei einem Mann wie Metternich die erste gleichzeitig auch die zweite ist: Die innenpolitischen Entscheidungen des jungen Monarchen haben ansonsten nie seine Zustimmung gefunden und zwischen den Worten steht - wenn auch ungeschrieben - Metternichs verletzter Stolz und gekränkte Eitelkeit: darüber, dass man seine Ratschläge in der Regierung scheinbar nicht mehr ernstnahm und ihn samt seiner ganzen Erfahrung auf das politische Abstellgleis verbannt hatte.

Metternich gab nie vor, anders als konservativ absolutistisch zu denken. Das unwissende Volk musste seiner Meinung nach zum *wahren* Denken erzogen werden, damit es nicht irgendwelchen liberalen Theorien von Fantasten zum Opfer fällt und das Bündnis zwischen Staat und Kirche bildet in der Erziehung und Bildung der Menschen eine unentbehrliche Zweckgemeinschaft. Da der Staat seiner Aufgabe ohne die Hilfe der Kirche aber nicht nachkommen kann, bedarf es einer zweiten „autoritäre[n] Macht“, die allein schon durch ihren „hierarchisch gegliederten, pyramidenförmigen“ Aufbau prädestiniert ist, „der natürliche Verbündete“ an der Seite des Staates zu sein. Obwohl Metternich eigentlich immer die Emanzipation der Kirche vom Staat befürwortete, hatte er erwartungsgemäß keinerlei Verständnis für die Bewegung von 1848, die nun auch für die Kirche „Menschen- und Bürgerrechte“ forderte; noch dazu, wenn sie sich vor allem an Vorbildern in „der modern-katholischen Bewegung Frankreichs“ orientierte.

Srbik glaubt zu „wissen“, dass der Kanzler nur aus Prinzip den Jesuitenorden befürwortete, da er sich vom autoritären Unterrichtsstil einen positiven Effekt auf die staatspolitische Bildung versprach - „trotz persönlicher Abneigung gegen die Gesellschaft Jesu“; Kolowrat dagegen „als persönlich freisinniger Mann“ und Anhänger des Josefinismus musste ein Gegner des Ordens sein. War Anton Graf Kolowrat-Liebsteinsky, früher Oberstburggraf von Böhmen, in Wahrheit wirklich dieser „freisinnige“ Mann, der er gerne vorgab zu sein? Die Literatur liefert ein eher widersprüchliches Porträt des Mannes, der von 1828 bis 1848 sowohl das Innen- wie auch das Finanzministerium leitete. Durch „eine Liste böhmischer Freimaurer [...], an deren Spitze der Name seines Vaters stand“ hatte er schon das Vertrauen von Franz I. erworben; als ihm dann mit einer Kürzung der Militärausgaben auch die Sanierung der habsburgischen Finanzen gelang, hatte er sich endgültig am Hof einen Namen gemacht. Politisch scheint Kolowrat jedoch eher ein Wendehals

gewesen zu sein. Wenn es die Situation erforderte, vertrat er die gleiche Linie wie der Kaiser und Metternich, sodass der Eindruck entstehen musste, er wäre genauso erzkonservativ. Als „verhinderter“ Reformler hatte er aber auch bei den Liberalen viele Anhänger, die er in dem Glauben ließ, er könne seine Ideen wegen der starren Haltung des Staatskanzlers nicht durchsetzen. Kolowrat war im Grunde genommen

ein inkonsequenter Konservativer; einer, der es nicht so genau nahm; ein Mann, der über persönliche Beziehungen vieles möglich machte, auch nichts dabei fand, dem Zeitgeist nach dem Mund zu reden, wenn das seine Gesprächspartner glücklich machte. Vielleicht war Kolowrat damit sogar der eigentliche Konservative, der Pragmatiker, der an keine Schablone, an kein universell anwendbares System und an keinen Kampf der Prinzipien glaubte, [...]. Vor allem die Zensur war ein beliebtes Feld für individuelle Gnadenerweise.

Wenn aber einmal etwas doch nicht ermöglicht werden konnte und Recht vor Gnade ergehen musste, war es bequem und praktisch, seine Hände in Unschuld zu waschen, sich hinter dem allmächtigen Staatskanzler zu verschanzen und ihm die Ursachen dafür anzukreiden. Eine Politik, die ein wenig an die Figur des Rumpelstilzchens im gleichnamigen Märchen erinnert. Und Metternich? Obwohl er zweifellos Kolowrats Opportunismus durchschaute und erkannte, dass der tatsächliche Leiter der Verwaltung sich auf diese Weise nur Parteigänger schuf, die er sonst wahrscheinlich gar nicht gehabt hätte, beließ es bei diesem Missverständnis - sicher größtenteils aus Eitelkeit. Er hegte und pflegte ja dieses Image, dass in Österreich er allein die Fäden zog und alle wie Marionetten in diesem seltsamen politischen Theater nur nach seiner Regie spielen durften. Ein Bild, an dem sich bis heute nicht sehr

viel geändert hat. Auch der historisch nicht vorbelastete Österreicher, ja auch Europäer wird den Namen Metternich mit der Habsburgermonarchie, auf jeden Fall mit seinem Sturz anlässlich der Revolution von 1848 in Verbindung bringen. Wer aber war Kolowrat? Bei einer diesbezüglichen Frage wird man teilweise auf Ratlosigkeit stoßen.

Die zwei Bereiche, die Metternich innenpolitisch tatsächlich unterstanden, waren die Geheimpolizei mit dem berüchtigten Grafen Sedlnitzky an ihrer Spitze und die Überwachung der Zensur. Ignoranz war wohl kaum die Ursache, dass Metternich dem Chef des Polizeiwesens freie Hand ließ und so seinem „staatsverderblichen Wirken und dem Mißtrauen und der Kleinlichkeit des Monarchen“ Vorschub leistete. Der Kanzler hatte zweifellos die Grundzüge des Spitzelwesens vorgegeben, die Ausführung der Details aber vermutlich Sedlnitzky überlassen; er wurde auch sicher über fallweise Übergriffe von Spitzel informiert und - er hat sie offenbar toleriert. Er war kaum der Mann, der aus „Lässigkeit und Geringschätzung des Kleindienstes [...] die beispiellose Mangelhaftigkeit der Ausübung seiner Prinzipien“ duldete - selbst wenn man ihm zubilligt, dass er „[g]rotesk-lächerliche Ausschreitungen“ nie beabsichtigt, dass er dem „unpolitische[n]“ Denken der Menschen keine Schranken auferlegen hatte wollen. Eine Unzahl von Schimpfnamen ranken sich um den Chef der österreichischen Geheimpolizei, wobei Tiernamen besonders beliebt waren. Sedlnitzky mutiert zum „Affen“ oder auch „Pudel Metternichs“, er ist „der polizeiliche Lakai des Figaros der europäischen Politik“. So amüsant diese Bezeichnungen auch sind, so täuschen sie doch ein wenig über das tatsächliche Verhältnis zwischen Metternich und Sedlnitzky hinweg. Der österreichische Kanzler wusste, dass sein Polizeiminister ihm - wenn schon nicht hündisch - so doch treu ergeben war. Damit sein System funktionierte, brauchte er Leute wie Sedlnitzky, die loyal und ohne Wenn-und-Aber zu ihm standen, die akribisch genau ihren Pflichten nachkamen, die seine Aufträge gewissenhaft und ohne zu hinterfragen ausführten und

die aus Bequemlichkeit oder aus blindem Gehorsam auch niemals dazu verführt werden könnten, ihn politisch zu hintergehen - wie das Joseph Fouché, der jahrelang nahezu unumschränkt die Polizeigewalt Frankreichs verkörperte, mit Napoleon getan hatte. Aus dem gleichen Grund bedurfte es auch der Ausübung einer strengen Zensur und Metternich war sein ganzes Leben lang von der Notwendigkeit einer staatlichen Überwachung der Publizistik überzeugt. Natürlich bestand für manche Leute wie in jedem anderen autoritären Regime immer die Möglichkeit, dieses Verbot zu umgehen. Im Unterschied zu Kolowrat aber und anderen war die Zensur für Metternich nicht bloß ein toter Buchstabe, den man bedarfsweise so oder auch anders lesen konnte, sondern sie entsprach seiner Überzeugung und er war auch hier nie zu Kompromissen bereit. Es wäre ihm nie in den Sinn gekommen, sich „achselzuckend und augenzwinkernd [hinter der] Borniertheit untergeordneter Instanzen“ zu verstecken.⁶³

Die breite Masse der Bevölkerung hatte allerdings in den Jahren vor der Revolution ganz andere Wünsche als verbotene Bücher zu lesen. Die Tatsache, dass der Staat eben nicht mehr in der Lage war, für die Befriedigung der minimalsten Bedürfnisse zu sorgen, ergibt sich einerseits schon durch ein absolutistisches Regime, das den Wohlfahrtsstaat in erster Linie als einen Verwaltungsstaat verstand. Die langsam einsetzenden Umwälzungen betrafen aber nicht nur wirtschaftliche Bereiche, sondern waren vor allem auch gesellschaftlicher Natur - wo der bereits angesprochene Liberalismus entscheidend mitspielte. Mit einer

63 Max v.Löwenthals Tagebuch, Histor. Blätter I. S. 497. Der Spitzname „Metternichs Pudel“ stammt vom Oberstkanzler Graf Saurau. Sedlnitzky behielt diesen Namen „auch noch in den letzten Jahren des Systems; vgl. Schlitter, *Aus Österreichs Vormärz* II., S. 72, oder der 'Staub an den Fußsohlen des Fürsten', wie Hammer-Purgstall meinte. 1838 nennt Hammer-Purgstall Sedlnitzky auch 'ein wie auf den Sargüberzügen der ägyptischen Mumien den Sohlen des Fürsten Metternichs angemaltes Bild', Briefe an Wolfgang Menzel, hgg. v. H.Meisner und E. Schmidt, 1908, S. 103, in: Srbik I, SS. 383, 493-4, 763, Anmerkungen 6-7; Srbik II, SS. 8, 454-5; Palmer, SS. 360-363; Seward, S. 246; Rumpler, SS. 262-3; Vallotton, S. 319 o.A.; Höbelt, SS. 22, 27.

wachsenden Bedeutung einer bestimmten Gesellschaftsschichte sind zwangsläufig auch mehr Forderungen und Rechte involviert; die steigenden sozialen Ansprüche des Einzelnen können aber nie voll befriedigt werden - auch nicht im Versorgungsstaat des zwanzigsten Jahrhunderts.

Wenn frühere Historiker vom sogenannten „langen 19. Jahrhundert“ in der österreichischen Geschichte sprachen, meinten sie in erster Linie die beiden Jahrzehnte vor 1848. Das, was man wahrnahm - oder besser wahrnehmen wollte - waren die in fast ganz Europa trügerische Ruhe und Ordnung ohne tiefgreifende Veränderungen: der angeblich vorherrschende Friede, von keinen weltbewegenden politischen Ereignissen gestört, in der Realität aber nur „Stagnation und Frustration“ vertuschten. Die moderne Geschichtsforschung versucht heute aber auch, die „politischen, sozialen und kulturellen Leistungen“ der Habsburgermonarchie „als eigenständige und bedeutende Alternative zur europäischen Entwicklung“ hervorzuheben.

Dass die Biedermeierzeit, die lange Zeit nostalgisch als Ideal der Beschaulichkeit romantisiert war, tatsächlich aber auch in Österreich ein politisches Spannungsfeld darstellte, wird heute wohl kaum jemand bestreiten. Die Zurückgezogenheit auf *die eigenen vier Wände* täuschte in Wahrheit eine scheinbare Harmonie vor einem konfliktreichen historischen Hintergrund vor, oder in Schröders Worten: „looks like a prologue to the main revolutionary drama“. Daran konnten auch die verschiedenen Investitionen der Habsburger nichts ändern, die in den 1830er und 1840er Jahren auch Österreich einen wirtschaftlichen Aufschwung brachten - in erster Linie auf dem Transportsektor. Obwohl die Wirtschaftsgeschichte diese Epoche als die Grundsteinlegung für die in Österreich erst sehr spät einsetzende Industrialisierung betrachtet, konnte man mit der internationalen Entwicklung nicht Schritt halten. Statt seine Kräfte durch jahrelange Machtkämpfe mit Preußen um die führende politische Rolle in

Europa zu erschöpfen, hätte man sich bemühen sollen, „to be integrated into the wider German economy“.⁶⁴

Folgt man der weitverbreiteten Auffassung in der einschlägigen Literatur, dann kennt man bis heute nicht die genauen Gründe, „warum die Revolution von 1848 ausbrach, am wenigsten, warum gerade in Wien“; trotzdem scheint sie interessanterweise „eigentlich für niemanden überraschend“ gewesen zu sein. Auf die Fragen, warum die Revolution dann doch - und gerade dann - in Österreich ausbrach und „warum Metternich stürzte“, kann man natürlich unterschiedliche Antworten finden.

Spricht man von der Revolution von 1848, dann meint man gemeinhin, dass es sich dabei um eine bürgerlich-liberale Revolution gehandelt hat. Obwohl die Ideen des bürgerlichen Liberalismus sicherlich im Vordergrund standen, sollte dabei nicht außer Acht gelassen werden, dass eigentlich alle Schichten der Bevölkerung daran beteiligt waren. Das Scheitern der Revolution ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass es eben aufgrund dieser Zersplitterung ganz unterschiedliche Gruppierungen mit voneinander stark abweichenden Ansprüchen gab und dass die revolutionären Aufstände daher auch nicht zentral gesteuert waren. Die Bauern sind nicht mehr bereit, die wachsende Armut fraglos hinzunehmen, die Arbeiterschaft revoltiert gegen die sozialen Ungerechtigkeiten des Vormärz, und die immer stärker anwachsende Schichte des Bürgertums fordert ein Mitspracherecht bei der politischen Machtverteilung. Ein steigender Widerstand hatte sich aber auch in den

64 Schröder, SS. 712, 764; Rumpler, S. 11. Nennenswerte Modernisierungsmaßnahmen sind z. B. die 1833 eröffnete Vöslauer Kammgarnspinnerei, die Papierfabriken der Neusiedler Aktiengesellschaft von 1837 und die Großziegeleien am Wienerberg von 1840. „Das erste Hochseeschiff“ Österreichs, die 'Ludovico Arciduca d'Austria', vom „Österreichischen Lloyd“ finanziert und in England gebaut, beschleunigte zwar ab 1837 erheblich den habsburgischen Güterexport, beim Eisenbahnbau hinkte Österreich jedoch im weltweiten Vergleich weit hinterher: Die 128,8 km lange Pferdeeisenbahn, die 1832 ihren Betrieb aufnahm, benötigte die Kraft von 800 Pferden, um ihre Fahrgäste in vierzehn Stunden von Linz nach Budweis zu befördern - „zu einer Zeit, als in England, Frankreich und in den Vereinigten Staaten die Zugsgarnituren bereits von Dampflokomotiven gezogen wurden“. Vgl. Vajda, SS. 465-6.

Landständen ausgebildet, „die eine nachhaltige Schwächung der Wiener Zentralgewalt erstrebte[n]“.

Die stärkste Aufspaltung mit den damit verbundenen antagonistischen Zielsetzungen zeigt jedoch die bürgerliche Opposition. Der liberale Flügel wollte eigentlich am bestehenden sozialen Gefüge keine Veränderungen, nur sollte die absolute Monarchie durch eine konstitutionelle ersetzt werden - eine Forderung, mit der sich auch der liberale Adel hätte anfreunden können. Denn auch die Aristokratie bildete schon längst keine homogene Kaste mehr. Eine Unterscheidung, *wer wo stand* wurde allerdings zunehmend schwieriger - eine Erfahrung, die dann auch Schwarzenberg machen musste und die ihm letzten Endes auch zum Verhängnis wurde. Schon 1842 hatten sich kritische Adelige in Wien mit gleichgesinnten Bürgerlichen im juridisch-politischen Leseverein zusammengefunden, ein Beispiel, das dann auch in Prag seine Nachahmer fand. Der radikal-demokratische Teil der bürgerlichen Opposition jedoch strebte nicht nur eine totale Abkehrung vom geltenden Regierungssystem an, sondern darüber hinaus auch drastische gesellschaftspolitische Veränderungen, die einerseits „republikanisch-laizistisch-antiaristokratisch[...]“ waren, aber auch bereits „sozialistische[...] Vorstellungen“ beinhalteten - ein Programm, das vor allem „von der antiklerikalen Intelligenz und vom unteren Mittelstand“ vertreten wurde. Die bürgerlich-liberale Revolution von 1848, mit ihrer im Vordergrund stehenden Forderung nach einer Konstitution, konfrontiert einerseits mit einem demokratischen Radikalismus, andererseits mit den Partikularinteressen verschiedener Dynastien, der Bürokratie und Armee muss unter diesen Umständen kapitulieren und fehlschlagen - auch ohne russische Intervention. Trotz der verschiedenen Gesellschaftsschichten mit ihren noch so trennenden Beweggründen, gegen das bestehende System zu revoltieren, kann man doch eine gemeinsame Richtung erkennen: „Es war keine Revolution mehr gegen die alteuropäische

Ordnung und noch keine gegen die 'bürgerliche Klassenherrschaft', sondern in erster Linie eine „Revolution gegen die politische Klasse des Obrigkeitsstaates, gegen das staatlich legitimierte Establishment“. Es ist daher naheliegend, dass sie sich hauptsächlich gegen den Träger dieses staatlichen Herrschaftsapparates richtete - und wer verkörperte den nach außen hin effizienter als der österreichische Staatskanzler? Metternich wurde damit eigentlich ein Opfer seiner eigenen Eitelkeit, denn niemand wäre beispielsweise auf die Idee gekommen, die Demission Kolowrats zu verlangen. Die Teilnehmer der Demonstration, die sich am Montag, dem 13. März 1848 auf dem Ballhausplatz versammelten, rekrutierten sich aus Schichten ganz unterschiedlicher sozialer Provenienz, aber über das Ziel war man sich einig: „Wiener Studenten, Bürger, Handwerker und Arbeiter“ gleichermaßen forderten vor allem die Entlassung des verhassten Staatskanzlers. Innerhalb der Staatskonferenz oder von der Hofopposition rund um Erzherzog Johann und Kolowrat konnte Metternich natürlich keine Unterstützung erwarten und am Abend gab Metternich schließlich dem allgemeinen Druck nach. Ein würdevoller Abgang von der politischen Bühne hatte für den Ausnahmediplomaten Priorität vor allen Emotionen:

Er machte einen gelassenen Eindruck, wie er im grünen Frack und mit schwarzer Krawatte, den goldverzierten Stock in der Hand, daherkam. Nur sein Lächeln schien sardonischer als sonst.

Der einzige offizielle Freund, der ihn begleitete und auch jetzt loyal zu ihm stand, war Fürst Windischgrätz, Kommandant der Truppen in Prag. Mit einer schauspielerischen Glanzleistung schaffte Metternich es sogar, der übrigen Regierung den *Schwarzen Peter* für seinen Verzicht zuzuschieben: Er wolle nicht an weiterem Blutvergießen schuld sein, erklärte er ruhig. Da er sein ganzes Leben lang immer nur „das Wohl der Monarchie“ im Auge gehabt hätte und dieses nun auf dem Spiel steht,

wäre er bereit, dafür jedes Opfer zu bringen, auch sein Amt aufzugeben.

Als die Wiener von Metternichs Sturz erfuhren, „begann ein Freudenfest. [...] Die Revolution hatte, vorläufig zumindest, gesiegt“. Aber hätte der Staatskanzler „den Sturm sicherlich überstanden“, wenn der Hof hinter ihm gestanden wäre, wie Seward behauptet? Möglich, aber eher unwahrscheinlich. Denn ob es sich nun um ganz wesentliche Anliegen der Revolution wie Grundrechte oder Verfassung oder gesellschaftliche Emanzipation handelte, auch in der folgenden Ära der Reaktion gab es kein absolutes Zurück zu den Verhältnissen des Vormärz.

Eine mögliche Ursache, warum die Unruhen dann verspätet doch auch in Wien ausbrachen, ist eine typisch österreichische. Wie so oft, „bedurfte [es] des Anstoßes von außen, um die politischen Verhältnisse in Österreich ins Wanken zu bringen.“ Als man in Wien am 29. Februar 1848 von den französischen Ereignissen erfuhr, reagierten der Hof und auch Metternich vorerst noch gelassen. Die ganze Tragweite erkannte man erst zwei Tage später, als die Abdankung von Louis Philippe bekannt wurde. Metternich wusste, dass Europa mit der Ausrufung einer Republik in Frankreich neuerlich mit „einem zweiten 1793“ konfrontiert war und er wusste auch, dass Europa in der Zwischenzeit viel anfälliger geworden war „für die Krankheit, die Frankreich niederstreckte“. Die Gründe, warum es dann erst zehn Tage später in Wien zu ernsthaften Ausschreitungen kam, bei denen auch Tote zu beklagen waren, führt Palmer sowohl auf den Ablauf des damaligen Kirchenjahres als auch auf klimatisch bedingte Ursachen zurück.

1848 begann die Fastenzeit ungewöhnlich spät - Aschermittwoch fiel auf den 8. März -, und die Woche, in der Wien von der französischen Revolution erfuhr, fiel mit dem Fasching zusammen, der in diesem außergewöhnlich milden Winter besonders fröhlich gefeiert wurde.⁶⁵

⁶⁵ Seward, SS. 285, 287, 303; Palmer, SS. 394-5, 400; Höbelt, S. 36; Walter, Österreichische Zentralverwaltung, Bd. 3/1, S. 1, in: Lippert, SS. 117-8.

Anders als bei der *Französischen Revolution*, anders als bei der Revolution von 1830, hatte die Februarrevolution in Frankreich von 1848 eine Bewegung ins Rollen gebracht, die auch in Österreich das schon lange gärende Fass der Unzufriedenheit zum Überlaufen brachte. Der Kaiserhof brauchte ein *Opfer* - beileibe kein Bauernopfer, sondern gleich die *Königin* - um hier den Vergleich mit dem königlichen Spiel fortzusetzen. Damit würde man der Forderung des Pöbels Genüge tun, die Wiener würden dann vielleicht wieder tanzen statt revoltieren und die drohende Katastrophe wäre von der Monarchie abgewendet. Die Rechnung ging nicht auf, wie man weiß: Weder die habsburgische Strategie noch die selbstlose Entsagung Metternichs konnten die Revolution niederschlagen, sondern erst russische Truppen.

Für Metternich war die österreichische Revolution nur die „Teilerscheinung einer europäischen Erschütterung der konservativ-geschichtlichen Staats- und Gesellschaftsordnung“. Im Grunde wusste er ja schon seit langem, dass die „inneren Zustände“ der Monarchie untragbar geworden waren und daher „den vordrängenden Zeittendenzen“ nicht Stand halten würden. Aber der allmächtige Staatskanzler konnte oder besser wollte daran nichts ändern. Metternich war viel zu engstirnig, um in der Revolution etwas Anderes als nur die Zerstörung zu sehen, politisch zu kurzfristig, um „die Kräfte, die wirklich schöpferisch waren und Ermutigung verdienten“ für die Habsburgermonarchie nutzbar zu machen. Auch Metternichs überzeugteste Befürworter sind sich einig, dass er, abgesehen einmal von seinem außenpolitischen Engagement, zu Österreichs sozialpolitischer Weiterentwicklung absolut keinen Beitrag leistete. Die Reformation war für ihn der Anfang von Europas politischem Desaster, das sich „über den Theismus, die Philanthropie und falsche Philosophie des achtzehnten Jahrhunderts zur französischen Revolution, zum Liberalismus und Radikalismus“ fortsetzte. Auffallend daran ist, dass Metternich von seinem Schreckensszenario die amerikanische Revolution

ausklammert, obwohl er wusste, dass die französische erst dadurch die wesentlichen Impulse erhielt. Selbst Srbik räumt ein, dass sich Metternichs politisch objektive Fähigkeiten auf eine „freie außenpolitische Urteilskraft und außenpolitische Technik“ konzentrierten. Er spricht von einem „staatsmännische[n] Grundgefühl“, das Metternich aber nur für „die spezifische Natur der kontinentalen Völker“ entwickelt habe. Meint man damit eine ethische Verantwortung - die hat der Staatskanzler sicher nur gegenüber Europa verspürt; meint man hingegen das Verständnis oder Toleranz gegenüber anderen Völkern, würde das voraussetzen, dass Metternich vollkommen falsche Vorstellungen von den Vereinigten Staaten und seinem Volk hatte und daher auch unfähig war, sie zu verstehen. Das würde jedoch bedeuten, Metternichs staatsmännisches Talent überhaupt anzuzweifeln. Er hat auch, wie man gesehen hat, sehr wohl die unaufhaltsamen Veränderungen in Österreich erfasst, allerdings wollte er die Ausmaße nicht wahrnehmen und hat sie daher verdrängt: „Während Metternich in der Außenpolitik die Grenzen des Möglichen sicher erkannte, hoffte er in innenpolitischen Angelegenheiten als Ultrakonservativer stets auf das Unmögliche.“ Die Diskussionen mit George Ticknor werden zeigen, dass der Kanzler in seine Grenzziehung erstens ganz Europa mit einbezog und zweitens, dass er seinem Gesprächspartner nicht bloß aus Höflichkeit nach dem Mund redete, sondern begriff, dass man das amerikanische und europäische Volk mit zweierlei Maß messen musste.

Die Liberalen, die ja in erster Linie für eine Verfassung gekämpft hatten, sind vom Scheitern der Revolution natürlich besonders enttäuscht. Metternichs Einstellung zum Liberalismus ist insofern interessant, als er im Grunde genommen eigentlich nicht zwischen liberalen und radikalen Ideen unterscheidet; für ihn umgibt sich der Radikalismus nur mit einem liberalen Deckmantel, um seine wahren Ziele zu tarnen. Da ihm jegliche Toleranz für die Meinung anderer fehlte, machte er sich gar nicht die Mühe, den

Liberalismus in seinen Grundzügen zu verstehen; und politische Programme, die nicht in sein Konzept passten, nahm er einfach nicht zur Kenntnis. Allerdings wird Metternich die Geister, die andere riefen, mit dieser Selbsttäuschung nicht mehr los und sie verfolgen ihn wie „Gespenster“, wie zum Beispiel „die Sprachenfrage in Ungarn“. Anfangs ist er der Meinung, er könne sie einfach ignorieren, man brauche sie auch nicht zu bekämpfen, sondern „man müßte sie bannen“. Im Laufe der Zeit nehmen sie jedoch selbst für den österreichischen Staatskanzler immer realere Formen an und er muss sich eingestehen, dass ihm „der Radikale“ lieber ist als „der zahme Liberale“, der deshalb für ihn „ein gefährlicherer Feind“ ist, weil er offenbar nicht weiss, woran er mit ihm ist:

Einzig die Radikalen sind würdige Gegner; die Liberalen verdienen nichts als Verachtung. Sie stellen die erste Phase dieses furchtbaren Zyklus dar: Liberalismus - Radikalismus - Sozialismus - Anarchie-Militärdiktatur.

Bei Rumpler dagegen existiert ein Liberalismus für Metternich überhaupt nicht, da der Kanzler von Anfang an niemals eine Aufspaltung in „liberale Westmächte“ und „konservative Ostmächte“ gelten ließ; es gab „keinen Gegensatz und daher auch keine Auseinandersetzung zwischen Liberalismus und Konservatismus“. Metternich hätte diese „ideologische Blockbildung“ immer nur als Vorwand „der internationalen Politik“ angesehen, um „handfeste territoriale oder wirtschaftliche Vorteile“ untereinander zu rechtfertigen. Aber auch mit anderen Begriffen hatte Metternich offenbar seine Schwierigkeiten: Das Wort Patriotismus interpretierte er auf seine etwas eigenwillige Art: Vaterlandsliebe kann er sich nämlich nur in Verbindung mit einer absoluten Vaterfigur an der Spitze vorstellen, denn „Patrioten, die keine Monarchisten sind, sind

Revolutionäre!“ „*Freiheit* und *Gleichheit*“, zum Beispiel, entbehren jeden „praktischen Sinnes“, reichen aber, „um das Böse hervorzurufen“, da sie „die Träumer im Leeren verzaubern“. Bibls Schlussfolgerung ist daher naheliegend, dass Metternich Revolutionen als „das Werk von Geheimgesellschaften, Träumern und politischen Wirtköpfen“ ansah - „wirtschaftliche Not oder Unzufriedenheit mit vorhandenen politischen Strukturen“ waren für den Kanzler als eigentliche Ursachen tatsächlich undenkbar - schon gar nicht in Österreich, das für ihn in jenen „das glücklichste Land in Europa“ war. Wenn es um staatsphilosophische Grundsätze geht, ist Metternich ja immer gerne bereit, seinen Zeitgenossen politischen Nachhilfeunterricht zu erteilen und seine Kategorisierung von Revolutionen in drei Arten bildet da keine Ausnahme, allerdings übersieht er dabei oft seine eigenen Widersprüche: „Palastrevolutionen“ haben den Umsturz einzelner Personen zum Ziel, „politische“ dagegen „bestimmte Staatsformen“ und „die sozialen Revolutionen“ schließlich wollen die bestehende Gesellschaftsstruktur überhaupt verändern. Sie alle aber „entstehen immer durch Fehler der Regierungen und haben ihren Ausgangspunkt in den untersten Schichten der Bevölkerung“. Die österreichische Revolution von 1848, die wohl etwas von allen dreien als Ursache hatte, sollte den Kanzler eines besseren belehren. Sie war absolut nicht das Hirngespinnst von „Träumern“ oder politischen Querdenkern aus den Reihen des Pöbels, sondern sie wurde doch vornehmlich von einem Stand getragen, dessen Existenz und wachsende Bedeutung Metternich bis dahin überhaupt nicht in sein Staatskonzept mit einbezogen hatte. Durch seine Unfähigkeit, den Aufstieg des Bürgertums als neuen ernstzunehmenden politischen Faktor wahrzunehmen, konnte er auch nicht „die sozialen Bewegungen der Zeit in ihrer innersten Begründung“ verstehen.

Die Wurzeln des Liberalismus reichen bis zu den Konfessionskriegen zurück. Die Staatssouveränität und das alleinige Machtmonopol der

Aristokratie wurden damit erstmals in Frage gestellt. In der Folge kann man im Wesentlichen zwei Richtungen erkennen: Die eine verfolgt mehr eine politische Linie, verlangt eine verfassungsmäßige Beschränkung der Regierungssysteme, Staatsgewalt sollte hauptsächlich auf den Schutz persönlicher Freiheitsrechte ausgerichtet sein; die andere sieht ihre Aufgabe in erster Linie als eine Art Lebensphilosophie - eine eher geistige Strömung, die für eine Emanzipation von absolutistisch-staatlicher Bevormundung kämpft und eine persönliche Entfaltung des Individuums fordert. Ihre Namensgebung verdankt die Bewegung den *los liberales* - den Verfechtern der spanischen Verfassung von 1812; ihr steigendes Selbstbewusstsein letzten Endes jedoch der im neunzehnten Jahrhundert überall einsetzenden, aber unterschiedlich greifenden Industrialisierung, die in Industrie, Handel und Finanz hauptsächlich vom Bürgertum getragen wird. Endes. In England konnte diese bürgerliche Oberschicht durch die erste Wahlrechtsreform rechtzeitig in das politische System integriert werden, in Frankreich sorgt sie mit der Julirevolution sogar für die Schaffung einer *bürgerlichen Monarchie*; in Österreich und Deutschland dagegen bleibt die so entstandene Mittelklasse nach wie vor von jeder politischen Partizipation ausgeschlossen. Eines hatten beide Strömungen jedoch gemeinsam: die Forderung nach einer Beschneidung der staatlichen Autorität, da Machtkonzentration immer zu Missbrauch einlädt und damit den einzelnen daran hindert, sein persönliches Potential zu erkennen und auszuschöpfen.

Es ist naheliegend, dass die Entwicklung des Liberalismus je nach den historischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten nicht überall gleich verlief. Ausschlaggebend waren einerseits die Stärke der monarchischen Regierung und die des Adels, der Stand der Industrialisierung und damit die Position der bürgerlichen Gesellschaft und nationale Einigungs- und Unabhängigkeitsbestrebungen. Die wesentlichen Impulse für alle Bewegungen dieser Art in ganz Europa und auch in

Südamerika lieferte jedenfalls der Liberalismus; die ihm zugrundeliegenden Theorien gaben dem Kampf um vereinigte, unabhängige und verfassungsrechtlich kontrollierte Staaten mit eigenen Parlamenten und gewählten Regierungen die entscheidende Antriebskraft. Herausragend in diesem Zusammenhang waren schon die Gründungsväter der Vereinigten Staaten, ein paar Jahrzehnte später General Simón Bolívar im Unabhängigkeitskampf des nördlichen Südamerika gegen die spanische Herrschaft, schließlich die Träger des Risorgimento und nicht zuletzt Lajos Kossuth, der im Grunde sein ganzes Leben dem ungarischen Freiheitskampf widmete. Die gescheiterte Revolution von 1848 machte aber auch die Schwächen des europäischen Liberalismus deutlich: Eine Vereinigung der deutschen Staaten misslang - nicht zuletzt wegen des Militarismus in Preußen und des reaktionären Widerstandes der Habsburgermonarchie.

In wirtschaftlicher Hinsicht geht der Liberalismus auf den britischen Moralphilosophen und Volkswirtschaftler Adam Smith (1723-1790) zurück, der die Mechanismen einer sich selbst überlassenen und damit selbst regulierenden Marktwirtschaft beschreibt. Als Grundvoraussetzungen dafür postuliert er Gewerbe-, Handels-, Unternehmer- und Wettbewerbsfreiheit und einen vollständigen Rückzug des Staates aus allen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen. Dieses *laissez-faire* Prinzip zusammen mit dem Egoismus des Individuums würden dem Staat selbst Wohlstand garantieren und so der Gesamtheit seiner Bevölkerung nützen, da in einer wechselseitigen Wirtschaft der einzelne nicht nur seinem Eigennutz, sondern zugleich auch allen anderen dient. Es liegt daher im Selbstinteresse des Individuums, wirtschaftliche Probleme aus eigener Triebkraft zu lösen und so dem Wohl aller einen Nutzen zu bringen. Diametral entgegengesetzt dazu entwickelten sich die Ansichten des Sozialismus, der von einer Problemlösung von der Allgemeinheit ausgeht.

Zeitgenössischer Liberalismus ist in Europa sowohl politisch als auch wirtschaftlich konservativer als in Amerika. In den Vereinigten Staaten fehlte dem Liberalismus von Anfang an die entsprechende Basis, auf der er aufbauen hätte können. Es gab keine Monarchie, keine Aristokratie und auch keine etablierte Kirche, gegen die man opponieren hätte müssen. Sowohl in der amerikanischen Verfassung als auch in der Jurisprudenz ist liberales Gedankengut so explizit ausgesprochen (ob immer umgesetzt, ist eine andere Sache), dass sich eine „liberale Partei“ im eigentlichen Sinne nicht ausbilden konnte. Eine enge Affinität zum Liberalismus findet sich allerdings in der später besprochenen *Young-America* Bewegung, die im Unterschied zum eher europäischen Defensivliberalismus auch eine aggressive Variante ausbildet. Ähnlich wie bei der amerikanischen Spielart bekannte man auch in Europa seine Zugehörigkeit nicht durch den formalen Beitritt zu einer dementsprechenden Partei, sondern sie ergab sich aus den jeweiligen sozialen und gesellschaftlichen Voraussetzungen. Heute verbindet man in Amerika mit Liberalismus üblicherweise die Wohlfahrtspolitik des demokratischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt, der in den Dreißigerjahren des zwanzigsten Jahrhundert mit umfassenden wirtschaftlich-sozialen Reformen sein Wahlversprechen „a new deal for the American people“ einlöste, das die USA aus der großen Depression nach 1829 herausbringen sollte.

Das ursprünglich tiefe Misstrauen in die Staatsgewalt hat in der Zwischenzeit vielfach der Erkenntnis Platz gemacht, Regierungsmacht könnte auch für eine gerechtere Verteilung der Reichtümer sorgen, könnte dazu dienen, die sozialen Ungerechtigkeiten auszugleichen, die sich aus einer freien Marktwirtschaft ergeben. Allerdings gibt es heute auch viele Skeptiker unter den Liberalen selbst. Der anfängliche Glaube, dass die *ratio* des Menschen alles vermag, dass ihm ein unablässiger Fortschritt vorgegeben ist, dass es für alle gesellschaftlichen und politischen Probleme eine wissenschaftliche Lösung gibt, ist der Erkenntnis gewichen,

dass die menschliche Natur eben immer fehlerhaft sein wird. Aber auch Kritik am Ausmaß der persönlichen Freiheiten wurde laut: Zumindest in der westlichen Welt sind traditionelle Werte, wie Familie, vielfach verloren gegangen und ethische Grenzen, die früher von der Kirche gesetzt und auch eingehalten wurden, werden größtenteils belächelt und ignoriert. Trotz der vielleicht manchmal in der Zwischenzeit etwas verwässerten Prinzipien bekennt sich der Liberalismus nach wie vor zu einem optimistischen Glauben an ein kontrollierbares Schicksal, an die Verbesserungsfähigkeit des Menschen und zu einer permanenten Modernisierungsbereitschaft.

Es ist diese Verpflichtung und Überzeugung, soziale Reformen sollten neuen Zeit- und Gesellschaftsverhältnissen schrittweise angepasst werden, was den Liberalismus doch wesentlich vom Konservatismus unterscheidet; allerdings lehnt er abrupte, fundamentale Umwälzungen ab, was ihn wiederum vom Extremismus des Radikalismus deutlich abgrenzt - eine Differenzierung, die dem österreichischen Staatskanzler verborgen blieb. Metternichs *Politisches Testament* bringt diesbezüglich seinen enggefassten politischen Doktrinizismus besonders deutlich zum Ausdruck. Lernbereitschaft zählte ja nie zu Metternichs Stärken und auch in seinen letzten Jahren war er „stolz“ darauf, „seit dem Umsturz Nichts vergessen und Nichts gelernt zu haben“; er ging immer davon aus, dass die Zeit seiner „Wahrheit“ zum „Sieg“ verhelfen würde. Alles, was er nicht verstehen konnte oder vielmehr wollte, verbannte er in die Welt der Sinnestäuschungen und Wahnvorstellungen. Liberalismus ist für ihn nur ein „Ausbund von Phrasen“, dessen hervorstechendstes Merkmal „die Lüge“ ist; diejenigen, die sich aufrichtig dazu bekennen, „spinnen sich in Worte ein“, die eine kritische Einschätzung der politischen Wirklichkeit unmöglich machen. Schlüpft der Liberalismus jedoch einmal aus seinem ideologischen Kokon, stellt sich das Ganze als eine bloße „Phantasmagorie“ heraus. Allerdings räumt der Kanzler auch die

Möglichkeit einer „Subversion“ ein, denn der „Liberalismus ist der Schein, die Wahrheit ist der Radikalismus“. Er erinnert sich wehmütig an die „vernünftige monarchische Form von 1814“ in Frankreich, die in der Folge dem „schalen Liberalismus Ludwig XVIII.“ Platz machen musste. Die Gespenster haben für Metternich offenbar nichts von ihrem Schrecken eingebüßt, denn in der weiteren Entwicklung sah er sich und seine Prognosen nur bestätigt. Wenn der Liberalismus Erfolg hat, führt er demnach seiner Meinung nach unausweichlich zum Umsturz, der aber wiederum nur eine Zwischenstation auf dem Weg zur totalen Herrschafts- und Gesetzlosigkeit darstellt. Mit dem *Bürgerkönig* Louis Philippe

im Jahre 1830 hat dieser Popanz seinen Triumph gefeiert, im Jahre 1848 ist der Radikalismus in sein logisches Erbrecht eingetreten, im Jahre 1850 steht er im Kampf mit seinem nicht minder ab intestato berufenen Erben, mit dem Sozialismus, hinter dem Sozialismus steht die materielle Anarchie, welche das Chaos ist – d. h. das reine Nichts.

Metternichs Trugschluss, Demokratie als hereditäres Synonym für Liberalismus einzusetzen, ist zwar auf den ersten Blick verführerisch, aber unzureichend. Demokratie geht immer von der festen Überzeugung aus, dass jede Regierung ihre Autorität nur durch Wahl vom Volk als eigentlichem Träger der Staatsgewalt bezieht; der Liberalismus sieht jedoch in erster Linie eine Gefahr im Ausmaß der Regierungsbefugnisse, befürchtet hinter der Volkssouveränität auch eine mögliche Volkstyrannie. Selbst wenn man *grosso modo* sagen könnte, dass sich Demokratieverständnis im wesentlichen mehr auf Majoritäten konzentriert, liberales hingegen auf Minoritäten, ist diese Pauschalierung nur bedingt richtig. Interessant ist nämlich gerade in diesem Zusammenhang der

Vergleich des Liberalismus des neunzehnten Jahrhunderts mit dem des zwanzigsten. So haben sich beispielsweise liberale Interessen früher aufgrund der extremen wirtschaftlichen Betonung kaum von denen einer Unternehmergeellschaft unterschieden, im zwanzigsten dagegen bewirken soziales Engagement und Reformeifer eine deutliche Entfremdung. Es liegt auf der Hand, dass der Liberalismus anfangs vor allem eine Befreiung aller handelspolitischen Zwänge im Auge hatte (Czeike spricht hier von einer Art "wirtschaftlicher Interessensvertretung") und sich damit aber mehr und mehr auf eine Oberschicht des Bürgertums konzentrierte. Parallel dazu entwickelte sich aber zwangsläufig eine Abgrenzung gegenüber der Arbeiterschaft. Einzig in Großbritannien unter dem Einfluss von John Stuart Mill (1806-1873), Vertreter eines liberalen Sozialismus, kommt es schließlich zu einem Zusammenschluss mit der Arbeiterbewegung. Während sich die bürgerlichen Schichten in der Frühphase mit den Zielsetzungen der unteren sozialen Schichten politisch identifizierten, distanzieren sie sich später zunehmend von den Problemen des „vierten Standes“. Sie hatten zwar auch 1848 noch einen gemeinsamen Feind, nämlich die Aristokratie, wurden sich aber auch der zerstörerischen Elemente eines totalen Umsturzes bewusst.

Die Revolution von 1848 brauchte einen *Schuldigen* - dessen Rücktritt sie einforderte der ihren Ausbruch aber nicht verhindern konnte. Metternich die alleinige Verantwortung sowohl „für die Passivität des Volkes gegenüber dem öffentlichen Leben, die Gleichgültigkeit gegenüber dem Staat, die politische Unreife“ als auch für den ersten Zusammenbruch der Monarchie zuzuschreiben ist möglicherweise aus diesen Gründen naheliegend, aber zu simpel. Sein Sturz hat wahrscheinlich die erhitzten Gemüter aller Schichten kurzfristig etwas beruhigt, aber zur politischen Emanzipation des österreichischen Volkes sicher nichts beigetragen. Der ehemalige Staatskanzler verbrachte drei Jahre im Ausland, die erste Hälfte davon in Großbritannien und anschließend vom Oktober 1849 bis

Juni 1851 in Belgien und seine Rückkehr im Herbst 1851 verlief völlig unspektakulär. Es war im Großen und Ganzen ein doch recht luxuröses Exil, wenn man die Umstände bedenkt, unter welchen er und seine Familie Österreich fluchtartig verlassen mussten; denn dafür, dass es Metternich zumindest finanziell an nichts mangelte, sorgten schon der Zar und natürlich die Rothschilds. Er genoss es zweifellos, im Mittelpunkt des Interesses der Londoner Gesellschaft zu stehen - die Aufmerksamkeit, die Metternich vor allem in England zuteil wurde, muss Balsam für sein angeschlagenes Ego gewesen sein. Dass es unter den zahlreichen Besuchern auch vielleicht solche gab, die dem bedeutendsten Staatsmann der vergangenen Jahrzehnte nicht ihre Referenz erweisen wollten, sondern dem *Kutscher Europas* seinen tiefen Fall tatsächlich vergönnten, - diese Möglichkeit schloss Metternich sicher aus. Seine politische Denkweise und Einstellung haben sich nach seinem erzwungenen Rücktritt in keinster Weise verändert. Ganz im Gegenteil: Der ehemalige Staatskanzler musste sich als „Beobachter in der Loge“ täglich in sämtlichen Zeitungen selbstverständlich über das aktuelle Geschehen in Europa informieren, um vielleicht doch weiter die politischen Fäden ziehen zu können oder sie zumindest zu beeinflussen. Er fühlte sich geradezu verpflichtet, der *kranken* Habsburgermonarchie unzählige präskriptive Ratschläge zukommen zu lassen, die allerdings wenig therapeutischen Effekt zeigten, vor allem nicht bei seinem Nachfolger. Man darf annehmen, dass Metternichs wohlmeinende Briefe aus seinem Exil den Wiener Hof eher in Ratlosigkeit und Verlegenheit versetzten und der Ministerpräsident selbst war, wie das kontroverielle Verhältnis zwischen den beiden Staatsmännern im nächsten Kapitel zeigen wird, über die ständige beherrschende Besserwisserei des abgedankten Kanzlers sicher wenig erfreut. Wie sollte man einem Mann antworten, dem die Habsburgermonarchie so unendlich viel verdankte? Was sollte man einem Mann sagen, der nach wie vor von der „unerschütterlichen Überzeugung

von der überragenden und unfehlbaren Treffsicherheit seines Urteils“ geleitet wurde, der sich als einen „alten Arzt im großen Weltspital“ bezeichnet, jetzt zwar bedauerlicherweise im Ausland ordinieren, aber dennoch „als Konsultierender in geheimen und in inkurabeln Fällen beigezogen“ werden musste? Als ein probates Mittel erwies sich, seine wohlwollenden Ermahnungen aus dem Exil und auch nach seiner Rückkehr einfach höflich zur Kenntnis zu nehmen aber weiter nicht zu beachten. Den verschiedenen Äußerungen Wessenbergs ist zu entnehmen, dass die Regierung in Wien Metternich als jemanden ansah, dem jeglicher Kontakt zur Realität abhanden gekommen war, und er selbst hat als interimistischer Außenminister Österreichs manche Schreiben Metternichs einfach ignoriert. Wessenberg hatte dem Kanzler viel zu verdanken, allerdings gehört gerade Dankbarkeit zu den ephemeren menschlichen Tugenden und Wessenberg war in seinem Urteil zweifellos sowohl von persönlichen wie auch politischen Motiven beeinflusst (s. Anmerkungen).

Seine Zeit ist vergangen und kehrt nicht wieder; wenn die öffentliche Meinung, wenn das Bedürfnis der Regierungen sowie das der Völker gewechselt hat, so müssen wohl auch die Formen der Regierung sich ändern, denn die früheren können nicht mehr genügen.

Zu jenen, die sich auch noch Jahre nach ihrer Bekanntschaft mit „tiefer Verehrung und Dankbarkeit“ an Metternich erinnern, gehört Freiherr von Koller, der ihn während seines Exil kennengelernt hatte. Für ihn ist Metternichs Tod „ein Weltereignis“, obwohl die Politik des ehemaligen österreichischen Kanzlers zehn Jahre lang doch nur „auf weise Beobachtung“ der europäischen Politik beschränkt war. Metternichs Ratschläge waren sicher „weise“, denn niemand in der österreichischen

Regierung hatte soviel außenpolitische Erfahrung wie er, aber nur auf „Beobachtung“ ausgerichtet waren sie ganz bestimmt nicht - das hätte allein schon seiner Überzeugung von seinem eigenen unfehlbaren Urteil widersprochen.

Trotz seines recht angenehmen Lebens hatte Metternich aber immer Heimweh nach Wien verspürt. Die Revolution war niedergeschlagen, in der Habsburgermonarchie waren wieder Ruhe und Ordnung eingekehrt, man war offenbar nach einigen konstitutionellen Versuchen wieder reumütig auf dem Weg zum Absolutismus (eine Entwicklung, über die Metternich ganz sicher informiert war), also gab es seiner Meinung nach nichts, was seiner Heimreise im Wege gestanden hätte. Im Frühjahr 1851 entschloss er sich, bei Schwarzenberg anzufragen, ob „[s]eine Rückkehr nach Österreich die kaiserliche Regierung in irgendeiner Form genieren [würde]“. Franz Joseph beauftragte Schwarzenberg, seinem ehemaligen Mentor mitzuteilen, „der Kaiser würde sich glücklich schätzen, ihn in der Hauptstadt wiederzusehen“ - eine Antwort, die dem Ministerpräsidenten nicht leicht gefallen sein dürfte - zu einem Zeitpunkt, wo sein Kampf um das weiter uneingeschränkte Vertrauen des Kaisers eher dem eines gegen Windmühlen glich.

Am 24. September 1851 war Metternich wieder in Wien und konnte seine letzten Lebensjahre so verbringen, wie er sich das wohl immer gewünscht hatte. Alles, was in Politik und Gesellschaft Rang und Namen hatte (darunter sein einzig loyaler Freund von 1848, Fürst Windischgrätz), traf sich bei glanzvollen Empfängen in seinem Haus am Rennweg, das zu einem „Stelldichein für die diplomatische Welt wie auch für die ganze Wiener Gesellschaft“ wurde. Auch der österreichische Botschafter in Paris, Joseph Alexander von Hübner, gehörte zu den Stammgästen; und obwohl Hübner zu den engsten Verbündeten Schwarzenbergs zählte, ist er voll von unverhohlener Bewunderung für Metternich. Das mag teilweise daran liegen, dass er dem ehemaligen Staatskanzler seine

außergewöhnliche diplomatische Karriere verdankte, aber auch daran, dass er Gerüchten zufolge „ein unehelicher Sohn Metternichs“ war. Hübner, anlässlich des Italienkrieges wieder nach Wien zurückgekehrt, erinnert sich nostalgisch an seine letzte Begegnung mit dem Kanzler:

Wir machten einen kurzen Spaziergang im Garten, wobei er sich auf meinen Arm stützte. [...] Beim Abschiede sagte er mir zu wiederholten Malen mit Nachdruck: *Ich war ein Fels der Ordnung*. Ich hatte bereits die Türe hinter mir geschlossen, als ich sie wieder leise öffnete, um den großen Staatsmann noch einmal zu betrachten. Da saß er an seinem Schreibtische, die Feder in der Hand, [...] in aufrechter Haltung, kalt, stolz, vornehm, wie ich ihn einst so oft in der Staatskanzlei gesehen hatte im vollen Glanze der Macht. [...] Nach einiger Zeit gewährte er mich unter der Türe, heftete lange einen Blick des innigen Wohlwollens auf mich, wandte sich dann ab und sagte halblaut vor sich hin: *un rocher d'ordre*.

Ungewöhnlich unkritisch äußert sich auch der deutsche Dichter Friedrich Hebbel (1813-1863) zu Metternichs Tod: Für ihn ist damit nun endgültig „die Uhr von Europa zerschlagen“. Hebbel, dem es in Anlehnung an Hegels Dialektik immer um den Prozess von historischen Veränderungen ging und der daher auch häufig den Untergang seiner Protagonisten als Bedingung für den Beginn einer neuen Geschichtsepoche voraussetzt, übersieht hier geflissentlich sein eigenes dramatisches Postulat und vor allem, dass diese „Uhr“ schon lange hinter der aktuellen Zeit zurückgeblieben war.

Metternichs Tod am 11. Juni 1859 markiert für Österreich die Halbzeit zwischen zwei militärischen Niederlagen (Magenta und Solferino) im sardinisch-französischen Krieg. Selbst wenn man bedenkt, dass dadurch das Hauptaugenmerk außenpolitischen Interessen galt, war

Metternich für viele Österreicher zu diesem Zeitpunkt schon „seit langem zum Schemen geworden“ - ein „Symbol“, wie Srbik bemerkt, für „die Zeit des alten Österreich“ und vermutlich haben etliche unter den Trauergästen am 15. Juni 1859 nicht nur den Altkanzler Österreichs „mit großem Gepränge in der Karlskirche eingeseget und dann in der Familiengruft zu Plauß“ begraben, sondern auch „das Ende einer geschichtlichen Epoche Europas“. Gerade im Vergleich zu Schwarzenberg nehmen sich die Andenken an Metternich eher bescheiden aus. Eine kleine Gasse in Wien trägt allerdings seinen Namen, aber es gibt keinen Garten und kein Palais, die an ihn erinnern. Das Haus am Rennweg existiert heute noch, ist jedoch schon lange kein Privatbesitz mehr:

Denn durch eine Ironie der Geschichte wurde das Haus des Mannes, für den Italien nicht mehr als ein geographischer Begriff gewesen war, im Jahr 1908 der Sitz des italienischen Botschafters, und das ist es mit zwei Unterbrechungen während der Weltkriege seither geblieben.⁶⁶

Überraschend ist, dass sich Metternichs langjährige Feindbilder von Liberalismus und Revolutionen nicht unbedingt auch auf den Konstitutionalismus als solchen erstreckten. Allerdings muss man bei

⁶⁶ Srbik I, S. 254; II, SS. 247, 337, 343-4, 421, 445; N.P. VII, SS. 401 ff, 130; N.P. VI, S. 675, in: Bibl, *Der Zerfall Österreichs* 1. Kaiser Franz und sein Erbe. Von Revolution zu Revolution! SS. 45-6, 191 ff, in: Srbik I, SS. 44-5; zu Metternichs Überlegungen zur Entwicklung des Liberalismus vgl. N.P. III, 432, 434; IV, 10; VII, 324, 402 und aus dem Nachlass Prokesch-Ostens II, 371, alle in: Srbik I, SS. 387-8; Seward, SS. 164, 286 (ohne Anmerkung), 307, 317-8; August Freiherr von Koller, lettre part. an Buol, Berlin 12.7.1859, St.-A., Varia Preußen, Friedrich Hebbel an Prinzessin Wittgenstein a.a.O., beide in: Srbik II, S. 515; Felix Czeike in: Rohrbach, S. 341; Rumpler, S. 267, Hübners Herkunft S. 306; Vallotton, SS. 314, 317, Hübners letzter Besuch bei Metternich im Mai 1859 SS. 356-7; Palmer, S. 440, zu Wessenbergs Laufbahn vgl. S. 411: Wessenberg, obwohl „ein echter Zeitgenosse Metternichs“, distanzierte sich später aufgrund seiner liberalen Ansichten vom österreichischen Kanzler und hatte deshalb auch keine offizielle Funktion in der Monarchie innegehabt; im Juli 1848 völlig überraschend zum österreichischen Außenminister ernannt, trat Wessenberg jedoch im November 1848 „zu Gunsten Schwarzenbergs zurück.“

dieser Verallgemeinerung wieder seine Fähigkeit einkalkulieren, dass er immer zwischen den historischen Voraussetzungen für einen Verfassungsstaat differenzierte. Wenn er nichts gegen „etablierte Konstitutionen wie zum Beispiel die englische“ einzuwenden hatte, sondern nur „neue Verfassungen“ ablehnte, die nur in der Anarchie enden konnten, dann hat allerdings dabei auch „der sechsmonatige Aufenthalt“ in Großbritannien eine Rolle gespielt, eine Zeit, die man berechtigt in Srbiks Worten als „unvergleichliche Lehrzeit“ für den jungen Metternich bezeichnen kann. Der knapp zwanzigjährige Metternich hatte nicht nur Kontakte zu Pitt d.J., sondern auch zu den bedeutendsten Repräsentanten der Whigs, wie Fox und Burke; er lernte den Dichter Sheridan, den wohl „beredtesten Ankläger“ von Warren Hastings kennen, und er konnte sich im Zuge dieses Prozesses auch ein Bild von den Vor- und Nachteilen des anglikanischen Rechtssystems machen. Darüber hinaus hatte er aber auch Beziehungen zur königlichen Familie, billigte vermutlich die starre Haltung des Königs hinsichtlich der amerikanischen rebellischen Kolonien und hatte sicher auch Verständnis dafür, dass Georg III. mit seinen Getreuen, den „King's friends“ die Macht des englischen Parlaments einzuschränken versuchte.⁶⁷ Metternichs

⁶⁷ Richard Brinsley Sheridan (1751-1816) war mit den politischen Rednern der Whig-Opposition Charles James Fox und Edmund Burke befreundet. Er unterstützte 1788 Burkes Initiative, ein Verfahren gegen den berüchtigten Generalkonsul von British India, Warren Hastings einzuleiten, dem man diverse Greuelthaten und Korruption während seiner Administration vorwarf; die Anklage musste jedoch nach einem Prozess, der sich bis 1795 hinzog, fallen gelassen werden und Hastings wurde freigesprochen. Burke wurde vor allem durch seine brillanten Reden zur *East India Bill* bekannt; sein Leben wurde von fünf großen Zielen dominiert: König Georg III. und seine „Königsfreunde“ sollten keinen Einfluss auf die Politik im House of Commons haben; Burke trat aber auch vehement für die Unabhängigkeit der amerikanischen Kolonien ein, verlangte die Emanzipation von Irland, forderte ein Ende der Misswirtschaft der *East India Company* und er prangerte den Atheismus der Jakobiner der *Französischen Revolution* an. Unter William Pitt d.J. kann Großbritannien trotz Kontinental Sperre seine See- und Kolonialherrschaft ausbauen, und Irland wird mit Großbritannien vereint; Pitts größte Leistung war die Bildung einer europäischen Koalition gegen Frankreich und Napoleon; Seward, S. 218; N.P. I., 18ff; die Dauer von Metternichs Aufenthalt in Großbritannien nach „Lettres à la comtesse de Lieven“, S. 179, in: Srbik I, S. 78.

Nachgelassenen Papieren kann man entnehmen, dass er als junger Mann tief beeindruckt war von der Besichtigung von Portsmouth, als er „von der Insel Wight aus [das] Auslaufen der nach Ost- und Westindien bestimmten Kauffahrer und ihrer Convoyschiffe“ beobachtete und sich bewusst wurde, dass die Flotte „das größte Machtinstrument Englands“ repräsentierte.

Misst man Metternich an seiner eigenen Aussage, ein „Mann der Wahrheit“ zu sein, kann man in seinem Sinneswandel, gerade was England anlangt, dem Kanzler anlasten, sich „in den entscheidenden Fragen verrechnet“ zu haben. Allerdings ist dabei zu bedenken, dass zwischen den beiden Äußerungen, die Bibl heranzieht, etliche Jahre liegen - Jahre, die nicht nur Metternichs persönliches Leben, sondern auch die politischen Konstellationen in Europa gravierend verändert hatten. Dafür, dass Metternich 1832, wo er tatsächlich Europa noch „in [s]einen Händen gehalten“ hat, Großbritannien „den sicheren 'Tod'“ prophezeit, da er zu dieser Zeit überzeugt war, die erste *Reform Bill* könne nur in Anarchie enden, dass er dagegen sechzehn Jahre später England als „das freieste Land [und] auch das geordnetste“ bezeichnete, lassen sich mehrer Gründe anführen, die jedoch nichts mit Metternichs zweifelhafter Wahrheitsliebe zu tun haben. Die Wahlrechtsreform nährte seine pathologische Angst vor der Revolution, da er doch fest daran glaubte, dass man einen Umsturz nur durch ein gewaltsames Festhalten an der herrschenden Ordnung verhindern könnte. Sechzehn Jahre später genoss er die Gastfreundschaft dieses Landes und Metternich wusste zweifellos, dass weder Palmerston noch Viktoria besonders begeistert über sein Asyl waren. Die Beziehungen zur Königin wurden außerdem noch durch eine persönliche Abneigung getrübt, die allerdings von Viktoria erwidert wurde. Wahrscheinlich hatte sie nicht vergessen, dass der Kanzler einmal überzeugt gewesen war, dass nur „[e]in starker, wahrhaft großer Fürst England vielleicht noch retten“ würde.⁶⁸

⁶⁸ Weisungen Metternichs an Graf Trautmannsdorff v. 25.6., 26. und 28.6.1832; Wiener

Erst nach dem Ersten Weltkrieg – und sicher beeinflusst durch die vorangegangenen Ereignisse - verfasste der bedeutende Historiker Heinrich von Srbik seine große Metternich-Biografie, die sich – trotz einer unverkennbar apologetischen Tendenz - erstmals durch den Versuch ernsthafter Objektivität auszeichnet. Srbik selbst verweist in diesem Zusammenhang allerdings auf Adolf Schmidt, der schon im Todesjahr des österreichischen Kanzlers 1859 mit seinen *Zeitgenössischen Geschichten* eine „Würdigung des Menschen und des Politikers“ Metternichs verfasst hatte. Zweifellos war Schmidt noch nicht in der Lage, „die geistige Persönlichkeit des Politikers in ihrer Totalität“ völlig zu verstehen - dazu fehlte ihm die nötige zeitliche Distanz; aber dass Metternich im Grunde genommen immer nicht nur Österreich, sondern ganz Europa in sein Denken mit einbezog, dass seinem Handeln durch Rücksichten auf „überindividuelle Mächte“ Schranken auferlegt waren, das hat Schmidt wahrscheinlich sehr wohl erkannt - darauf hatte vor ihm bereits Napoleons Polizeiminister Fouché als „einer der besten Menschenkenner der Zeit“ hingewiesen. Er hatte hinter der „liebenswürdigen, galanten und vergnügungssüchtigen“ Fassade des Staatskanzlers zu Recht einen vor allem „europäische[n] und monarchische[n] Geist“ vermutet. Für Schmidt war Metternich zwar „der größte Feind der deutschen nationalstaatlichen und freiheitlichen Tendenz“, jedoch nicht der „teufliche[...] Intrigant, Despot und Tyrann“, als den ihn die Nachwelt dann Jahrzehnte lang in Erinnerung behielt. Srbik teilt zwar die Meinung Schmidts, dass Metternich „der Monarchie mehr geschadet“ hat als irgendjemand sonst, glaubt aber,

St-A., Staatskanzlei, Preußen S 144a, in: Bibl, S. 66; da Metternich der „maiden queen“ diese Fähigkeiten abspricht, muss er diese Äußerung zwischen 1837 und 1840 gemacht haben. Als Viktoria 1837 Königin von England wurde, war sie 18 Jahre alt; 1840 heiratete sie Albert von Sachsen-Coburg-Gotha. Ihr Onkel und Vorgänger, Wilhelm IV., obwohl oft abwertend „Silly Billy“ genannt, hatte die politische Gefahr sehr wohl erkannt und war 1832 auf der Seite der Reformen gestanden und konnte dadurch wahrscheinlich als einer der wenigen Monarchen Europas Großbritannien vor der Revolution bewahren; vgl. Hasenclever, „Die orientalische Frage 1833-1841“, S. 24f., in: Srbik II, S. 142.

dass der Kanzler es als seine Lebensaufgabe ansah, „das schwanke Gebäude dieser Monarchie“ vor der Revolution retten zu müssen. Sowohl für Schmidt als auch für Srbik war Metternich durchaus nicht der Verfechter des Absolutismus *par excellence*, er war auch nicht grundsätzlich gegen Neuerungen, er war aber ganz entschieden gegen alle „gewaltsamen und ungesetzlichen“. Srbik sieht Metternich in erster Linie als einen „konservativen Anwalt aller geschichtlich überlieferten, gesetzlich bestehenden Verhältnisse“, der als solcher auch für die Wahrung „legitimer verfassungsmäßiger Rechte“ eintrat. Geschichtlich überliefert ist zwar auch die demokratische Staatsform, aber für Metternich war - zumindest was Europa anlangt - nur die monarchische denkbar; welche Rechte der Kanzler als „legitim verfassungsmäßig“ ansah, bleibt allerdings offen. Vorbehaltlos kann Srbik sich jedoch Schmidts wichtigster Schlussfolgerung anschließen: Die Aufgabe der Historiografie kann nicht darin bestehen, über Metternich einen „Schuldspruch oder Freispruch“ zu fällen; oder anders gesagt: Wenn sich Historiker schon zu einem „moralischen Urteil“ berufen fühlen, sollten sie wenigstens versuchen „[to] disguise it discreetly when they do“.

Einer, der Metternich überhaupt nicht verstanden hat und auch kein Hehl daraus machte, ist Viktor Bibl. Auch er zitiert Schmidt - interpretiert ihn jedoch völlig anders. Bibl spricht Metternich nicht nur den Glauben an die Monarchie *per se* ab, sondern bezweifelt auch seine angebliche „Mission“, die Monarchie retten zu müssen. Metternich konnte nämlich im Grunde seines Herzens gar „kein Monarchist, kein Anhänger, kein Träger, kein Verteidiger der Monarchie“ sein, da er weder an die „Lebensfähigkeit und Dauer des monarchischen Prinzips“ noch an seine „Notwendigkeit“ glaubte und ohne diese Überzeugung wäre jede „monarchische Gesinnung“ im besten Fall nur „eine künstliche Selbsttäuschung“. Bedenkt man, mit welcher Energie sich Metternich jahrzehntelang für den Erhalt des Kräftegleichgewichts zwischen den Großmächten in Europa einsetzte,

mit welchem fanatischem Eifer er jedem Aufkeimen von revolutionären Bewegungen entgegentrat, darf man wohl annehmen, dass er dies nicht nur um seiner Stellung willen tat, sondern doch auch an seine Prinzipien glaubte - wobei der Glaube, nur er allein könne die Monarchie vor dem Ende bewahren, zweifellos seiner Eitelkeit schmeichelte; so hatte er noch 1848 knapp vor dem Ausbruch der revolutionären Unruhen in Österreich im Brustton der Überzeugung erklärt: „Meine Entlassung würde die Revolution bedeuten.“ Das eindringlichste pro-Metternich Plädoyer geht ebenfalls schon auf Schmidt zurück - eines, das von Metternichs *Richtern* oft vergessen wird:

[E]in österreichischer Staatsmann hatte die Pflicht, für Österreich zu wirken. Macht und Interesse Österreichs, Notwendigkeit oder Vorteil des Kaiserstaats, [...] standen Metternich über allen Maximen, um Österreichs willen sollte die Welt ringsum regungslos und stumm in die Zukunft starren. Der Donaustaat [...] mußte [...] die sich regenden Nationalitäten niederhalten, er mußte aus diesem Grund auch konstitutionsfeindlich sein, selbst die Ohnmacht, wenn sie nur ungestört blieb, war gleichsam Österreichs Schutz.

Was für Srbik eine schützende Ohnmacht ist, die offenbar schon damals Österreich als *Insel der Seligen* teilnahmslos der Zukunft entgegenblicken lässt, ist bei Bibl ein „völlig faul gewordene[s] Österreich im Jahre 1848“. Von Pflichtbewusstsein gegenüber der Monarchie kann hier nicht die Rede sein, da es Österreichs Kanzler vielmehr um persönliche Animositäten ging und er praktisch bis an sein Lebensende ohnedies nur seiner Lieblingsbeschäftigung, dem Intrigieren frönte. So ziemlich alle, die Metternich bei seiner Karriere im Weg standen oder die - wie etwa Schwarzenberg - einen anderen politischen Kurs einschlugen -

wurden von dem Kanzler gnadenlos mit seinen Intrigen verfolgt und so diskreditiert. „Intrige ist“ für Metternich, wenn man Bibl Glauben schenkt, „sein erstes Lebenszeichen als Diplomat und sein letzter Atemzug als Kanzler a.D“. Schon bevor Metternich der Regierung vorstand, ja selbst „im hohen Alter noch, als er schon der Zuschauer in der Loge war, lässt die Katze das Mäusen nicht“. Keiner war scheinbar von Metternichs Ränkespiel ausgenommen, weder seine Förderer, wie Graf Colloredo oder Cobenzl, denen der junge Diplomat viel zu verdanken hatte, noch die Mitglieder der Regierung Schwarzenberg. Colloredo war für ihn ein „Esel“ und Cobenzl nur ein „leerer Salonmensch“. Aber auch noch nach seinem Rücktritt „intrigiert [er] gegen die Minister Kaiser Franz Josephs I., gegen Schwarzenberg und Bach, gegen Stadion und Bruck, lustig darauf los“. Bibl spart nicht mit negativen Attributen für den österreichischen Kanzler. „[G]leistreich und scharfsinnig“ sind so ziemlich die einzigen Positiva, die er für Metternich gelten lässt; auf der negativen Seite finden sich dagegen Größenwahn, Verblendung, Frivolität und grenzenlose Eitelkeit. Er wirft Metternich nicht nur seinen Hang zur Unwahrheit vor, sondern auch, dass er sich selbst als einen „Apostel“ sah, der eine „vom Himmel inspirierte moralische Macht“ auszuüben hatte.⁶⁹

Auch die englischsprachige Literatur liefert ein vorwiegend negatives Metternichbild, obwohl auch hier nachträgliche Einsicht eine Wendung zu einer umfassenderen und toleranteren Perspektive erkennen lässt.⁷⁰ Bald nach Srbik findet sich auch von dieser Seite ein Autor, der die

69 Schmidt, *Zeitgenössische Geschichten*, S.431, in: Srbik I, SS. 11-12, 35, 50; Schröder, S. 439; Bibl, *Metternich*, SS. 45-6, 84, zum Verhältnis Metternich - Schwarzenberg vgl. Kapitel IV; Palmer, S. 395; Bibl, *Der Zerfall Österreichs 1. Kaiser Franz und sein Erbe. Von Revolution zu Revolution!* S. 247, N.P. VI, S. 675, in: Srbik I, SS. 44-5.

70 Sapper vergleicht in seiner Dissertation *Metternich und das System aus anglo-amerikanischer Sicht* die zahlreichen Darstellungen in Form von kurzen Rezensionen und stellt bei der chronologischen Aufstellung im Laufe der Jahre eine positivere Einstellung fest. Eine der wenigen Ausnahmen ist der amerikanische Außenminister Henry Kissinger, der mit seinem Werk *Großmacht Diplomatie* wesentlich „zur Ehrenrettung Metternichs“ beigetragen hat; vgl. dazu Höbelt, S. 16.

Hintergründe für das nachhaltig schlechte Image von Metternich zu ergründen versucht und hier bei Perkins begegnet uns ein völlig anderer Metternich. Nicht der grenzenlos eitle und frivole wie bei Bibl, der mit seiner „doppelten Wahrheit“ nicht nur die ganze Welt, sondern auch sich selber täuschte; auch nicht der gewandte, aber verweichlichte Höfling wie bei Srbik, der als „Meister der Auswege“ die „Täuschung und Unwahrheit“ als ein legitimes Mittel der Diplomatie betrachtet, sondern ein vor allem praktisch denkender, realistischer Staatsmann, der schon von seinen Zeitgenossen oft missverstanden und deshalb verkannt wurde, dessen Depeschen man auch im nachhinein falsch interpretiert hätte, einer, der weder etwas von Theorien noch von Ideologien hält, aber - und hier ist Perkins mit Srbik und Schmidt einer Meinung - als österreichischer Kanzler konnte Metternich gar nicht anders als reaktionär sein:

Metternich has frequently been regarded as the most doctrinaire and extreme of reactionaries. He has served to typify the spirit of resistance to change, [...]. But the more one examines his character, the more one reads his diplomatic dispatches, the less of an ideologue he appears. [...] Austria needed tranquillity, and Austrian interests required that revolutionary movements in Germany and Italy should be promptly suppressed; how, then, could an Austrian minister be other than reactionary, and interventionist? But Metternich never cared much for the generalization of his principles of action; he was by no means enthusiastic about the French intervention in Spain, and his formula, when the Greeks revolted against the Turk [sic!], was hardly that of an ardent champion of legitimacy. The Austrian Chancellor was no theorist, no idealist, but a very practical statesman, and the question of South America he viewed, as he viewed most others, with a sober judgement far removed from the vagaries of the doctrinaire.

Sämtliche Bildnisse Metternichs zeigen ein etwas effeminiertes Äußeres - etwas, das in Schmidts Augen die „moralische Schwäche“ des Kanzlers offenbart, das nach Srbiks Meinung jedoch einen Mann repräsentiert, der „den Kampf scheute“ und der „alles eher denn eine Gewaltnatur“ war, dessen Fehler aber hauptsächlich darin bestand, „daß er Gesichtspunkte der äußern Politik auf die inneren Verhältnisse Österreich übertrug“. Vielleicht am treffendsten nachempfunden hat Metternichs Charakter Franz Grillparzer mit seiner Studie „Fürst Metternich“ (1849), selbst wenn seine persönlichen Erfahrungen mit der Zensur dazu beigetragen haben mögen, dass sie möglicherweise „maßlos einseitig“ ausfiel; auch Srbik muss zugeben, darin „viel Wahres“ zu erkennen, wenn der österreichische Dichter behauptet, der Kanzler

war von Hause aus ein Mann von Ehre und Gefühl, entschlossen und mutig, der Verstand aber, in den diplomatischen Salons unter Weibern und Höflingen ausgebildet, mehr poliert als gestählt, mit der Spitze ritzend statt mit der Schneide trennend und, durch eine glückliche Auffassungsgabe verführt, das Resultat der Untersuchung vor der Operation des Untersuchens antizipierend.

Will man aus Metternichs Physiognomie auch auf seine charakterlichen Eigenschaften schließen, drängen sich jene auf, die von der Literatur mit Vorliebe immer wieder aufgegriffen, aber unterschiedlich ausgelegt werden: Seine geradezu sprichwörtliche Eitelkeit und die etwas sonderbare Auffassung, die er von Wahrheitsliebe hatte. Der österreichische Staatskanzler war zweifellos überheblich und einen Mangel an Standesdünkel und Bescheidenheit konnte man ihm sicher nicht vorwerfen. Seine unglaubliche Selbstüberschätzung wird etwa besonders deutlich, wenn er bei einer persönlichen Unterredung mit Lajos

Kossuth im Mai 1844 sagt: „Man mag mich hassen, man mag mich lieben, aber kennen muss mich jeder denkende Mensch.“ Für den ungarischen Freiheitskämpfer war es bloß die Bestätigung seiner Einschätzung von der Überheblichkeit des Hauses Habsburg, für die Nachwelt hat Metternichs Selbstportrait teilweise bis heute noch seine Gültigkeit.

Aus seinen Briefen an den bayrischen Feldmarschall Wrede in den 1830er Jahren lassen sich etliche Beispiele herauslesen, wie sehr Metternich von der alleinigen Gültigkeit seiner eigenen Meinung überzeugt war; Bibl glaubt jedoch auch, dass der Kanzler in manchen dieser Briefe „unbewußt die schonungslose Selbstkritik“ übte und sich als „echtes Kind des Ancien régime“ über sich selbst lustig machte. „Kann man sich treffender charakterisieren?“, stellt Bibl an seine Leser die rhetorische Frage, als am 8. Juni 1832 an Wrede zu schreiben, dass der „bedeutende Mangel an denkenden Köpfen“ in der bayrischen Regierung darauf zurückzuführen ist, weil die verantwortlichen Politiker zu viel schreiben und zu wenig denken und dadurch „für Handeln und besonders für Regieren“ keine Zeit hätten; wo doch jeder wusste, dass von kaum einem anderen „Staatsmann so viel Papier verschwendet worden [ist] wie von Metternich und seinen Mitarbeitern“. Ein vielleicht noch besseres Selbstportrait kann man aus Metternichs Liebe zu Spinnen ableiten, das tatsächlich mehr über ihn aussagt als wenn er „das Bild seiner geschmeidigen und zähen Natur in der Richtung aufs Monumentale stilisierte“. Er war unzweifelhaft voreingenommen, wenn er sich selbst als „einen Mann der Wahrheit“ bezeichnete, dem man ungerechterweise diplomatische Raffinesse nachsagt; aber dass er „Spinnen“ zu seinen „Freundinnen“, zählt, „weil er sie so oft bewundert [hat]“, die sich ja wie er nur „in der Mitte eines Netzes“ richtig wohlfühlen, lässt erahnen, welche Vorstellung der österreichische Staatskanzler von der hohen Kunst der Diplomatie hatte. Metternich war nie der Mann, der „den geraden Weg“, die offensive Taktik bevorzugte; er spann um seine Gegner ein

feinmaschiges Kunstwerk von äußerer Liebenswürdigkeit und Höflichkeit und wartete geduldig, bis sie sich in seinem Netz hoffnungslos verfangen. Diese Strategie bestimmte auch zu einem großen Teil seine Erfolge auf den verschiedenen Kongressen, von denen die „zwischen 1818 und 1821 einen „diplomatische[n] Kraftakt“ darstellten, „der dem Sieg über Napoleon“ gleichkam.

Metternich umgarnte jeden der Hauptakteure und spannte sie für seine Zwecke ein. Er bestimmte die Außenpolitik Rußlands und Preußens, deren Staatsoberhäupter ihm mehr vertrauten als ihren eigenen Ministern. [...] Ein Jahrhundert lang sollte Europa nicht mehr solch eine Einigkeit erleben. Die treibende Kraft hinter dieser Einigkeit aber war Metternich.

Selbstironie und Eigenkritik zählten jedoch sicher nicht zu seinen charakterlichen Vorzügen. Wenn er seine Schwächen öffentlich zugab, dann bestimmt nicht in seinen essayistischen Ratschlägen an einen politisch gleichgesinnten Feldmarschall in Bayern, sondern bewusst vor Zuhörern, die sich ein pflichtschuldiges Lächeln abrangen, um sich gemeinsam mit dem Kanzler über seine *lässlichen Sünden* zu amüsieren. Dass er nicht nur in seinen Briefen an Wrede, sondern auch in seinen Depeschen an sämtliche österreichischen Diplomaten „zu beängstigender Weitschweifigkeit“ tendierte, war seinen Gesandten zur Genüge bekannt und ihm selbst „durchaus bewußt“. So soll Metternich freimütig zugegeben haben, „er verstehe sich darauf, Menschen zu Tode zu langweilen“. Über seinen Einfluss und seine Position lässt Metternich nie Zweifel aufkommen, weder bei sich selbst, noch bei seinen Befürwortern und Gegnern; sein Schreiben an Wrede im April 1833 ruft dem bayrischen Staatskanzler ins Gedächtnis, wer in Österreich das Sagen hat und ist eine Botschaft an seine Kritiker, dass es über seine Person keine

Kompromisse geben kann, erinnert aber darüber hinaus auch ein wenig an zeitgenössische Amerikapolitik: „An Tagen der Gefahr ist jeder, der nicht für mich ist, gegen mich“. Kritik an seiner Politik war allein schon mit Metternichs Narzissmus nicht vereinbar und Gefahr bedeutete für ihn immer und überall die allgegenwärtige Angst vor einer eventuellen Revolution, von Bibl zu recht als eine „bis ins Sinnlose gehende Bekämpfung“ bezeichnet, lässt ihn „hinter jeder Unmutsäußerung den Umsturz“ vermuten und damit tatsächlich zu Grillparzers „Don Quijote der Legitimität“ werden. Es ist wenig überraschend, dass dem Staatskanzler daher „die gegenwärtige Gefahr immer über die künftige geht“, da man sich mit der ersten „unverzüglich beschäftigen“ muss, während „künftige“ warten können, wie er Kübeck in einer persönlichen Unterhaltung erklärte. Der damalige Staatsrat und spätere Hofkammerpräsident scheint allerdings von der Argumentation des Kanzlers nicht ganz überzeugt gewesen zu sein, denn Metternich muss ihn beruhigen: „[W]ir haben recht und die Zeit hilft jenen, die recht haben und schadet denen, die im Unrechte sind“. In seinem Tagebuch interpretiert Kübeck diese Worte allerdings etwas anders: „Das ist wahr, ebenso wahr aber kann man auch sagen: Die Zeit heiligt das Unrecht und adelt das Schlechte.“

Dass Metternich eitel und frivol war, bestreitet auch Srbik nicht, unterscheidet aber zwischen der Person Metternich und „seiner Staats- und Gesellschaftspolitik“. Wenn Metternich jedoch („nach einer recht gehässigen Erzählung Kolowrats“) tatsächlich der „Überzeugung“ war, er regiere in Österreich - wie er das Ausland glauben machte -, wenn er überzeugt davon war, „daß er das Ausland in der Tasche habe und daß ohne ihn Österreich eine Beute der europäischen Mächte würde“ - wie er den Kaiser glauben machte, dann muss man doch annehmen, dass Metternichs übersteigertes Selbstverständnis sich auch auf seine Politik erstreckte. Wenn der Kanzler noch dazu einmal „hochgeschmeichelt seufzte“ - wie bei seinem Erzkritiker Bibl: „Warum muß gerade ich [...]

unter so vielen Millionen der sein, der da denken soll, wo andere nicht denken, handeln, wo andere nicht handeln, schreiben, weil es andere nicht tun“, dann ergibt sich allein durch die Wortwahl des Autors ein besonders beeindruckendes Beispiel Metternichscher Eitelkeit.

Ob man nun euphemistisch „Unwahrheit“ dazu sagt - wie etwa Srbik oder schlicht und einfach „Lüge“ - wie Bibl das tut - Tatsache ist, dass Metternich es mit der Wahrheit nicht ganz so genau nahm. Das blieb natürlich auch seinen politischen Zeitgenossen nicht verborgen und einige diesbezügliche markante Aussagen halten sich hartnäckig in der Historiografie: So etwa die von Napoleon, der dem jungen Metternich „eine große Zukunft“ vorausgesagt hatte, weil er gerade das Lügen so gut beherrschte; am bekanntesten ist jedoch der Ausspruch Talleyrands, der als Außenminister beim *Wiener Kongress* den österreichischen Staatskanzler vermutlich ziemlich gut kannte. Etliche Jahre später - als Metternich auf dem Höhepunkt seiner Macht stand und man ihn gerne mit Kardinal Jules Mazarin verglich, dessen raffinierte Diplomatie im *Westfälischen Frieden* zum Sieg über Österreich beigetragen hatte - glaubt der französische Staatsmann jedoch einen wesentlichen Unterschied erkennen zu können, wenn er 1831 sagt: „Der Kardinal täuschte, aber er log nicht. Metternich lügt immer und täuscht niemals“, eine Aussage, die für Srbik trotz „aller Übersteigerung einen richtigen Kern“ hat. Wenn aber Metternich „die Täuschung, die Unwahrheit und listige Schlaueit als taktisches Mittel in seinem politischen Wirken niemals verschmäht“ hat, dann täuschte er und er log auch. Das Ergebnis ist letztlich dasselbe, die Frage ist nur, *wie* man seine Mitmenschen

hinters Licht führt: Mazarin tat das offenbar wie Grillparzers Leon in *Weh dem der lügt* durch die Wahrheit; Metternich hingegen, indem er bewußt die Unwahrheit sagte.

Palmer hingegen sieht die Ursache für „die zahllosen Seiten voller Haß und Verachtung“ weniger in Metternichs „persönlichen Schwächen“ als vielmehr im Unverständnis von „europäischen Radikalen“. Für diese Extremisten bedeutete Metternich selbst Jahrzehnte noch nach seinem Tod ein Synonym sowohl für die politische und persönliche Entmündigung der Gesellschaft als auch für Österreichs lange Stagnation in einer unbeweglichen autoritären Regierung und der Autor zieht daraus die einzig mögliche Schlussfolgerung, dass „[e]ine Generation“, verbunden durch nationale Begeisterung und einem romantisch verklärten Bekenntnis zur Revolution daher „Metternichs konservativem Klassizismus weder Sympathie noch Verständnis entgegenbringen“ konnte.⁷¹

III. 2. Demokratie zwischen Wahrheit und Lüge

Versucht man der Frage auf den Grund zu gehen, worin denn nun die „doppelte Wahrheit“ Metternichs bestand, lassen sich tatsächlich etliche Beispiele finden, die Bibls Vorwurf auf den ersten Blick rechtfertigen. In seinen Dialogen mit George Ticknor kommen Wahrheit und Lüge zwar häufig vor, scheinen aber bloss Vokabeln zu sein, deren sich Metternich bediente, um sein Bild vor dem amerikanischen Gast - und vor sich selbst - zurechtzurücken. Die Frage, die sich dabei stellt: Glaubte

⁷¹ Dexter Perkins, *The History of the Monroe Doctrine*, S. 135, in: Friebel, S. 292; Cseres, S. 111; Palmer, S. 10; Seward, SS. 161, 245; Höbelt, S. 25; Schmidt, S. 431, in: Srbik I, SS. 11-12; Bibl, *Der Zerfall Österreichs. Kaiser Franz und sein Erbe. Von Revolution zur Revolution!* In: Srbik I, SS. 44-5; Bibl, *Metternich*, S. 45, Metternich an Wrede, 29.4.1833, in: Ebd, SS. 326, 369; K. Groos, *Fürst Metternich*, S. 87f; N.P. III, S. 444, beide in: Srbik I, SS. 257-8, Grillparzers sämtl. Werke hgg.v.A. Sauer, 5. Aufl., XIV. 161, in: Ebd: S. 259; Max Freiherr v. Kübeck, *Tagebücher 1./2.*, S. 536, in: Srbik I, S. 451 und 1, Eintrag v. 25.2.1839, S. 808, in: Bibl, *Metternich*, S. 44.

Metternich wirklich an das, was er von sich selbst behauptete? Es ist tatsächlich schwer vorstellbar, dass ein Mann von Metternichs Intellekt noch zwölf Jahre vor der Revolution davon überzeugt war, keine Feinde auf der Welt zu haben. Ein Mann, der sich in dem Gefühl sonnte, für *allmächtig* gehalten zu werden, dessen Eitelkeit es genoss, dass alle Welt nur ihn allein für die Unterdrückung der Völker in der Habsburgermonarchie verantwortlich machte? Die einzig logische Antwort darauf ist, dass Metternich hier bewusst nur wieder einmal eine seiner meisterlichen Selbstdarstellungen zum Besten gab, mit denen er ganz sicher sich selbst und möglicherweise auch Ticknor täuschte:

Ich liebe die Wahrheit und suche sie, ich hasse die Lüge. Ich bin immer derselbe geblieben. Ich habe Niemanden getäuscht und deshalb habe ich keinen persönlichen Feind auf der Welt. Ich bin oft von Parteihäuptern verschiedener Länder um Rat gefragt worden, die große Veränderungen oder Revolutionen zu machen wünschten. Ich habe immer mit ihnen gesprochen, direkt, freimütig, wahrhaft. Oft habe ich sie vernichtet, aber niemals betrogen^{.72}

Metternichs differenzierte Haltung zum Verfassungsstaat im allgemeinen wurde schon einmal erwähnt. Wenn der Kanzler die „Konstitution“ als eine „Revolution, in legislative Form gebracht“ betrachtet, die man auf „legale“ Art wieder abschaffen müsse, und wenn er darunter „illegale Gewaltmittel“ verstand, könnte man nur im weitesten Sinn von einer „doppelten Wahrheit“ sprechen. Die Geschichte beweist, dass alle Regierungen - immer und überall und zu jeder Zeit - Mittel und Wege gefunden haben, Gewaltanwendung auch zu legalisieren. Dass

⁷² The life and letters of Lord Macaulay by G.O. Trevelyan I.276; *Life, Letters and Journals of George Ticknor* II, 2. Aufl., S. 13f, in: Srbik I, S. 258; vgl.auch Bibl, S. 48.

Metternich bewusst „legal“ durch „illegal“ substituiert, ist daher nicht so ohne weiteres einsichtig.

So fließend und verwässert der Übergang zwischen Wahrheit und Lüge bei Metternich auch sonst gewesen sein mag, in seinem Demokratieverständnis zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika bezieht der österreichische Staatskanzler eine ganz eindeutige Position. Seine *Nachgelassenen Papiere* geben zwar keinen direkten Hinweis auf seine politische Einstellung zu den USA selbst, lassen aber aber „eine gewisse Sympathie“ für ihren Präsidenten erkennen, wobei er, wie Srbik erkennt, wieder zwischen Amerika und Europa relativierte. Metternich gesteht 1837 dem amerikanischen Staatsoberhaupt eine „viel größere reale Macht“ zu als etwa dem französischen König; der US-Präsident ist in seinen Augen ein Mann, der „selbst für seine Handlungen direkt verantwortlich sei und wirklich regiere“ und kommt zu dem Schluss, dass „nicht der Titel des Staatsoberhauptes“ ausschlaggebend für seine Befugnisse sei. Ein Vergleich, der Metternich zu dieser Zeit mit dem *Bürgerkönig* auf der einen Seite und Jackson auf der anderen nicht schwer gefallen sein dürfte. In seinem System führt der Kanzler unter Punkt 29 die seiner Meinung nach zwingenden Gründe an, warum es in Europa kein „Übereinanderstellen von Parlamenten“ nach amerikanischen Vorbild geben könnte. Er spricht von „den engräumigen europäischen Verhältnissen“, wo „ein deutsches Nationalparlament“ dazu führen würde, dass die „einzelstaatlichen Parlamente“ in ihrer Bedeutung bloß zu „Provinzialständen“ herabsinken.

Metternich sah seine Aufgabe als Wortführer im europäischen Konzert der Mächte vor allem darin, allen Regierungen klarzumachen, dass sie mit dem Beginn der revolutionären Bewegungen in den 1830er Jahren „einem Feinde gegenüber stehen, der ihr Aller Feind ist“. Und diesen Kampf könne Europa nur durch „das Aufstellen der Regierungen in ebenso geschlossener Reihe“ gewinnen. Zu Metternichs Leidwesen gab

es aber immer irgendein Land, das seinen Regeln nicht gehorchen wollte; dazu gehörte vor allem Großbritannien, das sich ja schon früher als besonders eigensinnig erwiesen hatte. England verfolgte im Unterschied zu Österreich nicht den von Metternich vorgeschlagenen Konfrontationskurs, entschied sich auch innenpolitisch für einen britischen Sonderweg und entging damit dem Umsturz, auf den die Habsburgermonarchie geradewegs zusteuerte.

Wenn in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts die habsburgische Gesellschaftsordnung teilweise fortschrittlicher war als in England, „wo ein Peer sich nur vor dem Oberhaus zu verantworten hatte und Juden und Katholiken keinen Sitz in dieser Kammer haben konnten“, liegt das an der völlig anderen parlamentarischen Struktur; und wenn Franz I. von Österreich „und seine Minister in den Straßen nie so ausgepiffen und verhöhnt [wurden], wie es Georg IV. und sein Kabinett erleben mußten“, mag das mit der österreichischen Mentalität, aber auch mit den unterschiedlichen Charakteren der beiden Regenten zusammenhängen. Während in Großbritannien Georg IV. (1820-1830) sein anfänglich vorhandenes Herrscherpotential durch seinen exzessiven Lebenswandel verspielte, der ihn letzten Endes auch die Sympathien des Volkes kostete, war der gute Kaiser Franz solchen Unmutskundgebungen sicherlich nicht ausgesetzt. Friedliebend von Natur aus, erfüllt von einer strengen sittlichen Gesinnung, machte Franz fleißig aber engstirnig seine *Hausaufgaben* als Herrscher und beriet sich in allen politischen Problemen mit seinem Staatskanzler, der wie er überzeugt war, dass „[u]nter allen Herrschaftsformen“ die österreichische die beste war. Metternich geriet richtig ins Schwärmen, wenn es darum ging, die Vorzüge des österreichischen Regimes ins rechte Licht zu rücken. So schrieb er enthusiastisch an seine langjährige Vertraute Dorothea von Lieven:

Die Freiheit des einzelnen könnte größer nicht sein,

die Gleichheit aller Stände vor dem Gesetz ist unbeschränkt, es gibt Rechte, aber keine Privilegien.

Die Rechte und die persönliche Freiheit, auf die Metternich so stolz pocht, hinderten ihn und seinen Beamtenapparat jedoch nicht daran, den Staatsbürgern der Monarchie eine Reise in die USA häufig zu verleiden - die Gefahr, sich dort mit dem Virus der „demokratischen Seuche“ zu infizieren, war wohl zu groß. Man kann davon ausgehen, dass das nicht als offizielle Begründung für die Verweigerung eines Reisepasses diente, sondern das Ansuchen eben auf *österreichische* Art erledigt wurde - das heißt eine Verzögerung *ad infinitum*. Eine ebenso widersprüchliche Antwort ergibt sich auf die Frage, wie Metternich zur Presse stand. Aus seiner Forderung nach einer „gediegene[n] Zeitung“, der „der Charakter der Independenz gelassen werden muß“ könnte man schließen, dass ein objektiver, unabhängiger Journalismus in der Monarchie ohnedies gewährleistet war. Mit der Unabhängigkeit war es allerdings nicht so weit her, wie eine Ergänzung des Kanzlers deutlich macht: Da die „Freiheit der Presse grundsätzlich ausgesprochen“ war, solle man sie aber auch „für die gerechte Sache“ nützen, „wie deren Gegner sie für die ihrige zu benützen wissen“. Gerecht bedeutete in diesem Zusammenhang für Metternich *richtig* - in anderen Worten, jede Art von Publizistik, die nicht seine Ansicht verkündet, kann nur der Verbreitung von Falschmeldungen dienen. Für die „Verteidigung des Rechts“ sollte man besser einen deutschen Journalisten nehmen statt eines dieser „Subjekte [...] aus der Literatenkaste und Juden“. Seine Meinung über Österreichs Journalisten ist genauso verächtlich wie über seine Beamten. Er verurteilt die „tiefe Stufe der Intelligenz des Wiener Zeitungswesens“ - kein Wunder also, dass der österreichische Journalismus „zu den elendesten“ überhaupt zählt und die Staatsdiener der Habsburgermonarchie samt und sonders

„weder zu reden noch zu handeln“ wissen. Selbst Metternichs größter Befürworter Srbik muss zugeben, dass der Kanzler in seinen Pauschalurteilen hier etwas ganz Wesentliches übersieht: Dass es eben gerade seine Überzeugung von der Notwendigkeit einer strengen Zensur war, die in Österreich die „Entwicklung einer höheren politischen Journalistik“ und damit eine politische Emanzipation von der staatlichen Bevormundung verhinderte. Metternichs Geringschätzung des Journalismus war aber, wie ein Beispiel von Seward demonstriert, absolut nicht nur auf Österreich beschränkt. Der Aufstieg eines ehemaligen französischen Journalisten zum Rechtsanwalt erinnert ihn an die Entstehung der Liebesgöttin in der griechischen Mythologie: „Man könnte sagen, er sei aus dem Mist geboren, wie Aphrodite aus dem Schaum des Meeres geboren wurde.“ Offenbar hatte die Göttin aber auch Metternich dazu verführt, sich in dem schmutzigen Geschäft der Presse selbst zu versuchen. Von den Tagesblättern in der Monarchie galt vor allem der *Österreichische Beobachter* als besonders regierungsnahe; Metternich „regte viele dieser Artikel an und schrieb bisweilen auch selbst einige“, in denen er zum aktuellen politischen Geschehen Stellung bezog. Kaum überraschend ist, dass daneben auch andere Blätter, wie zum Beispiel die *Wiener Zeitung*, „für diskrete Subventionen“ durchaus beeinflussbar waren; noch weniger überraschend ist, dass die Zeitungen, die nicht bereit waren, das wiederzugeben, was ihnen der kaiserliche Hof vorbetete, von Metternich besonders scharf attackiert wurden. Möglicherweise erhielten sie keine oder eine zu geringe Unterstützung, oder aber, was wahrscheinlicher ist, manche Verleger hatten auch damals erkannt, dass die Herausgabe einer Zeitung ein Geschäft wie jedes andere auch ist - unter Umständen ein sehr lukratives, wenn die Auflagezahl dementsprechend erhöht werden kann. Zu diesen Blättern gehörten beispielsweise die *Presse*, deren Eigentümer Zang vom Kanzler vorgeworfen wird, „Publizität“ wie Ware in einem „Kramladen“ anzubieten

und *Der Österreichische Lloyd*, dessen Berichte in seinen Augen an „Charakterlosigkeit“ nicht zu übertreffen seien, dessen „Juden-Redaktion“ ohnedies nur „Klopffechtere“ betreibe und „in seinen Angriffen auf Preußen voransteht“. Aus diesem Grund ist Riedlingers Behauptung, dass Metternich, „der das Protektorat des Lloyd übernommen hatte“ bis zum Revolutionsjahr 1848 „der treueste und eifrigste Förderer des Unternehmens“, zunächst schwer nachvollziehbar. Allerdings fielen diese abfälligen Worte offensichtlich entweder während Metternichs Exils oder erst nach seiner Rückkehr nach Wien, da er im gleichen Atemzug auch das Kabinett Schwarzenberg kritisierte, „der öffentlichen Meinung unzureichende Aufmerksamkeit“ zu widmen; auch die *Metamorphose* der Zeitung selbst und nicht zuletzt die beispiellose Karriere ihres Chefredakteurs Eduard Warrens wäre eine Erklärung für Metternichs Gesinnungswandel. Begonnen als „analoge Gründung zum Londoner Lloyd in England“, sah das *Journal des Österreichischen Lloyd* anfänglich seine Hauptaufgabe in der Sicherstellung von Wirtschafts- und Verkehrsinformationen für den Abschluss von Versicherungsverträgen. Von dieser Vermittlerfunktion war im Revolutionsjahr 1848 jedoch nicht mehr die Rede. *Der Lloyd* mauserte sich zu einem der führenden Boulevardblätter Österreichs und Warrens wusste die Gunst der Stunde auch für seine Person zu nutzen.

Das stürmische Jahr 1848 brachte der Habsburgermonarchie nicht nur einen sehr nachhaltigen Wechsel an der Regierungsspitze, sondern veränderte natürlich auch das Bewusstsein ihrer Staatsbürger. Kritische Gedanken - so lange nicht gedacht, Informationen - so lange zensiert, verbunden mit der dem Menschen eigenen Sensationsgier verlangten nach den neuesten Nachrichten jeder Art und einige Blätter erkannten das rechtzeitig und konnten den neu erwachten Wissensdurst als blühendes Geschäft lukrieren: „Nichts konnte so schlecht, geschmacklos und widerwärtig sein, dass es nicht seine Käufer gefunden hätte.“ Der

Österreichische Lloyd war einer der ersten, der dem Zeitumschwung und dem damit verbundenen steigenden Lesehunger Rechnung trug. Man verlegte schleunigst die Redaktion von Triest nach Wien, um im Zentrum des Geschehens zu sein und auch ein neuer Name sollte die Umwandlung zu einer von nun an rein politischen Zeitung signalisieren: Vom 26. Dezember 1848 an hieß das Blatt nur mehr *Der Lloyd*.

Eduard Warrens, schon vor dem Ausbruch der Revolution einige Jahre für den *Lloyd* tätig, aber von 1848 bis zu seinem Tod 1872 hauptverantwortlich für die Berichterstattung, war zweifellos eine schillernde Persönlichkeit. Er war das, was man heute wohl als Quereinsteiger bezeichnen würde: Gerissen, wenn nötig auch skrupellos, aber ein brillanter Journalist, schaffte er den Aufstieg in die allerhöchsten Kreise der Gesellschaft. Er war ein Mann von zweifelhafter Herkunft und ebensolchem Ruf. Von seinen persönlichen Daten lässt sich nur sein Geburtsort Stockholm eindeutig verifizieren; man nimmt im Allgemeinen als Geburtsjahr 1820 an, kann aber anderen Quellen zufolge auch das Jahr 1818 nicht ausschließen. Ähnlichen Widersprüchen begegnete Weidinger bei der Nachforschung nach Eduard Warrens wirklichem Namen: Geboren wurde der Chefredakteur des *Lloyd* nämlich als „Wolf Arens, möglicherweise auch Ahrens oder Arons“, aus dem in den Vereinigten Staaten dann Eduard Warrens wurde - wann er jedoch dorthin kam, ist ebenfalls unklar. Gesichert ist nur, dass er in Amerika „1839 zum ersten Mal journalistisch in Erscheinung getreten ist“ und 1845 nach Europa kam, wo er in Triest das Amt eines Konsuls bekleidete. Tatsache ist aber auch, dass Warrens von Amerika das nach Österreich importierte, was man in der modernen Publizistik Enthüllungsjournalismus nennt. Warrens große Zeit in Österreich hatte schon unter Schwarzenberg begonnen. Das Wohlwollen des österreichischen Ministerpräsident für den unkonventionellen Journalisten wird verständlich wenn man bedenkt, dass der Gründer und ab 1851 dann auch Direktor des *Lloyd* niemand

geringerer als Handelsminister Karl Ludwig Bruck war, der als einer der fähigsten Köpfe in seinem neuen Kabinett galt. Warrens bedankte sich auf seine Weise: So soll er Schwarzenberg als „Anwalt für die Beseitigung der Verfassung“ beraten haben und seine politischen Kommentare richten sich fast immer getreu der Auffassung des neuen österreichischen Regierungschefs gegen Preußen, was wiederum Metternich natürlich nicht gefiel. Warrens' eigene Einstellung war die eines geschäftstüchtigen Opportunisten. Mit einem untrüglichen Gespür für das, was sich gerade gut verkaufte oder für das, was ihm selbst zugute kam, brachte er es 1866 zum Hofrat, und vier Jahre später wurde er sogar „in Anerkennung seiner stets gewährten patriotischen Gesinnung und seiner hervorragenden Leistungen auf dem Gebiete der Publizistik mit dem Ritterkreuz des Leopold-Ordens ausgezeichnet“. Mit dem Patriotismus für seine Wahlheimat nahm Warrens es allerdings nicht immer so genau. Ultrapatriotisch verteidigte er während des Krimkrieges die österreichische Haltung gegenüber Russland; im amerikanischen Sezessionskrieg hingegen schien er mit seiner Parteinahme für die Südstaaten von Österreichs erklärter Neutralität nicht viel zu halten, und im Laufe der Zeit zum überzeugten Bonapartisten konvertiert, konnte er sich daher auch für die napoleonische Idee eines Kaisers in Mexiko aussprechen. Verdient machte sich Eduard Warrens zweifellos „um die österreichische Wirtschaftsjournalistik“, da er es wie kein anderer verstand, wirtschaftliche Probleme einem breiten Publikum nahe zu bringen. Damit muss man ihm aber auch einen Anteil an der allgemeinen Aufbruchstimmung und einem Umdenkungsprozess zurechnen.

Wenn es um die Pressepolitik der österreichischen Zeitungen oder um die Rechtfertigung seiner Prinzipien ging, war Metternich immer kompromisslos. In seiner eigentlichen Domäne jedoch, der Außenpolitik, erwies er sich oft erstaunlich anpassungsfähig, ohne - und hier zeigt sich erneut seine geschmeidige Diplomatie - je von seinen Ansichten wirklich

abzuweichen. Die Revolution von 1848 sollte in weiterer Folge für die Habsburgermonarchie eine merkliche Abkühlung in den Beziehungen zu Großbritannien bringen, einem Land, das lange als Österreichs sicherer Verbündeter gegolten hatte. Obwohl Königin Viktoria und auch der damalige Außenminister Lord Palmerston nicht gerade begeistert über den Aufenthalt des österreichischen Kanzlers waren, war man doch noch weit entfernt von den kaum verhüllten Feindseligkeiten, die man einander während der Ära Schwarzenberg an den Kopf warf. Obwohl Viktoria hauptsächlich Metternich für „Deutschlands Unglück“ verantwortlich machte, da „fast alle deutschen Fürsten“ der unnachgiebigen Haltung des österreichischen Kanzlers gefolgt waren statt „rechtzeitig die Bewegung zu beruhigen“, tat das seiner Popularität in England keinen Abbruch, und auch nach seiner Rückkehr nach Österreich bemühte sich Metternich, die politischen Wogen zwischen den beiden Ländern zu glätten. Die britische Königin spielt mit ihren Worten auf die mangelnde Reformbereitschaft Metternichs an und zeigt hier eine seltene Einigkeit mit ihrem oft eigenwilligen Außenminister, der sich immer für „Konzessionen zum richtigen Zeitpunkt“ ausgesprochen hatte. Auch Palmerston war immer für notwendige Kompromisse eingetreten, obwohl er wie Metternich jede Art von Revolution aus Überzeugung verabscheute und später als Premier demokratische Reformen im Innern ablehnte. Aber Palmerston hatte im Unterschied zu Metternich den Zeitgeist erfasst, er hatte erkannt, dass sich Metternichs politische Denkweise als ein Hemmschuh „des menschlichen Fortschritts“, als „ein Verhindern aller Verbesserung“ herausgestellt hatte. Er wirft Metternich „ein Ersticken alles Lebens der Nationen und Erzwingen der Todesruhe“ vor, die nach außen hin „die Zufriedenheit und das Glück der Völker“ demonstrieren sollen. Auch für den Vielvölkerstaat Österreich hatte der reformfreudige britische Außenminister eine Patentlösung parat: Graf Moritz Dietrichstein, Österreichs Botschafter in Großbritannien, sieht in der Heterogenität des

Habsburgerreiches ein unüberwindbares Hindernis für die Einführung dieser „modernen konstitutionellen Utopien“, Palmerston hingegen konnte sich für die unterschiedlichen Annexen der Monarchie eben auch „verschiedene gesonderte Verfassungen“ vorstellen; in der Zukunft kann allein die konstitutionelle Monarchie Bestand haben, „das Heil der Völker wie der Throne nur im repräsentativen Regime“ liegen. Die Meinung des österreichischen Staatskanzlers zu dieser Art von Regierung ist - wie nicht anders zu erwarten - eine ganz andere. Schon 1831 schreibt er an seinen bayrischen Freund Wrede, dass gerade „das moderne Repräsentativ-System“ die Ursache allen politischen Übels im „Bild der heutigen Welt“ ist; die Fürsten würden nicht mehr regieren „und an ihre Stelle hat sich die Mittel-Classe eingeschlichen“. Für Metternich ist dieses System daher bloß „eine Carrikatur der englischen Constitution“, etwas, das gar nicht sein kann - „ein Non ens“ -, da ja die wesentlichen Voraussetzungen für „das Original“ nicht vorhanden sind; zwischen der auf dem Aristokratismus ruhenden englischen Monarchie und den demokratischen amerikanischen Freistaaten dasteht“.

Sein außergewöhnliches Talent, aber auch seine Inkonsequenz stellt der Kanzler unter Beweis, wenn es darum geht, seine jeweiligen staatsphilosophischen Theorien zu untermauern. Kreuz und quer durch die Geschichte, wählt er gerade das aus, was seinen Thesen dienlich ist, negiert das, was sie widerlegt und übersieht wie so oft seine eigenen Widersprüche. In seinen *Nachgelassenen Papieren* erklärt Metternich beispielsweise ernsthaft, dass eine Verfassung nur dann eine ist, wenn sie das „Produkt des Volksinns“ ist, da „kein Souverän und überhaupt kein Mensch“ imstande ist, sie zu „geben“; denn, argumentiert er weiter, man kann „eine bereits bestehende Körperfassung [nicht] durch eine andere ersetzen“. Am Anfang jeder Konstitution könne nur das Programm einer Regierung stehen, das bestimmte grundlegende Richtlinien festlegt, eine Verfassung kann daraus nur mit der Zeit entstehen - falls die

„Lebensbedingungen des Staates“ dementsprechend sind. Was der Kanzler darunter versteht, bleibt allerdings sein Geheimnis, für Österreich sah er diese Voraussetzungen jedenfalls nicht gegeben. Für Metternich ist eine „Charte“ allein noch lange „keine Verfassung, so wenig wie der Ehekontrakt die Ehe ist“, offenbar in der Annahme, dass auch hier die Zeit aus einem Pakt über güterrechtliche Verhältnisse eine Ehe werden lässt. Er beruft sich dabei unter Punkt 14 seines Systems auf die *Magna Carta* als Paradigma einer historisch entstandenen und gewachsenen Erklärung, „aus der die Verfassung unter Strömen vergossenen Blutes und unter Anarchien aller Art in Jahrhunderten erwachsen“. Dass er an anderer Stelle diese Konstitution als eine bloße „Chimäre“ bezeichnet, stört ihn ebenso wenig, wie die Tatsache, dass hier ein König, nämlich John of England am 15. Juni 1215 in Runnymede nur unter dem massiven Druck von fünfundzwanzig Baronen und dem von Papst Innozenz III. seine Zugeständnisse machte, obwohl Metternich davon überzeugt ist, dass Gott „die Regenten nicht zum gehorchen bestimmt“ hat. Auslösendes Moment für seinen Brief an Wrede am 27. Mai 1832 war selbstverständlich der *Reform Act*, für den er den englischen Whig-Premier, Charles Grey, verantwortlich macht, mit dem England nun endgültig „dem Untergang preisgegeben“ ist. Für Metternich war es allein der Nobilität zu verdanken, dass die Revolution von 1688 nicht den totalen Umsturz von 1789 bereits vorweggenommen hat, denn eine Revolution von der Aristokratie getragen würde eben alle „demokratischen Elemente“ im Zaum halten. Damit Hand in Hand entstand in Großbritannien eine parlamentarische Struktur, die „Montesquieu als den höchsten Grad der menschlichen Staatsklugheit verherrlichte“! Aber Montesquieus Forderung nach einer Trennung der drei Staatsgewalten muss, wenn es nach Metternich geht, dasselbe Schicksal ereilen, „wie allem Klugsein“: das „zu fein Gesponnene zerreißt“ und genauso wird es der englischen Verfassung „nach anderthalb Jahrhunderten“ ergehen, die

sich seiner Meinung nach ohnedies nur auf einer Insel so lange halten konnte. Der Umstand, dass Charles-Louis de Secondât Montesquieu grundsätzlich ein Gegner des Absolutismus war und sein Hauptwerk „L'esprit des lois“ (1748), das diesen „volkstümlich gewordene[n] Köder“ hervorbrachte, auch einen ganz erheblichen Beitrag zur Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika leistete, hat Metternichs Ablehnung eines repräsentativen Regimes sicher nur verstärkt. Will er den Amerikaner Ticknor mit politischem Wissen beeindrucken, ist Österreichs Kanzler schon immer der gleichen Meinung wie Charles Alexis de Tocqueville (1805-1859) gewesen. Der französische Historiker hatte in seiner kritischen Analyse *Democracy in America* nicht nur auf die zukünftige Bedeutung eines steigenden Verwaltungsapparates in modernen Staaten hingewiesen, er war auch einer der wenigen gewesen, der schon in der zweiten Hälfte der 1830er Jahre das Wettrüsten zwischen den Vereingten Staaten von Amerika und Russland als kommende Weltmächte prognostizierte; und er prophezeite, dass es keinem politischen Regime auf Dauer gelingen wird „the condition of men from becoming equal“ zu verhindern; ob aber dieser Grundsatz „to servitude or freedom, to knowledge of barbarism, to prosperity or wretchedness“ führt, liegt an den Menschen selbst. Mit Tocqueville über das *Alter* der Demokratie als Staatsform gegenüber Ticknor übereinzustimmen, ist für Metternich eine Sache, sich mit seinem Gleichheitsprinzip zu identifizieren, jedoch eine ganz andere.

In seinen Briefen an den gleichgesinnten Wrede in Deutschland zeigt sich Metternich wesentlich weniger zurückhaltend als in seinen Gesprächen mit Ticknor. Wenn der Kanzler beispielsweise davon spricht, dass von allen Regierungen „jede kleinliche Rücksicht beseitigt werde[n]“ müsse, um den „Kampf [...] zwischen dem Erhaltenden monarchischen Prinzip und dem zerstörenden radicalen“ zu gewinnen, ist ein Anklang an den Florentiner Niccolò Machiavelli (1469-1527) unüberhörbar. Was Srbik

jedoch euphemistisch als „Pessimismus gegenüber dem Menschheitsdurchschnitt“ bezeichnet, der angeblich auch den politischen Schriftsteller zu seinem Traktat *Il Principe* veranlasste, ist in Wahrheit eine ethische Rechtfertigung für politische Skrupellosigkeit. Machiavelli hatte erkannt, dass für manche, vor allem solche „zu selbständiger Erneuerung unfähige Freistaaten“ nur das absolute monarchische System eine Möglichkeit darstellt, die breite Masse überhaupt zu regieren - „wenigstens für ganz verderbte“. Metternich dachte ähnlich abfällig. Auch er hielt die Menschen im Allgemeinen für nur mittelmäßig begabt, wankelmütig, feige und hauptsächlich für undankbar, da das Verlangen der Menschen unersättlich ist - „nature prompting them to desire all things and fortune permitting them to enjoy but few“. Auch er glaubte daran, dass die Aufrechterhaltung von Macht bedingt, „to learn how not to be good, and to use this knowledge and not use it, according to the necessities of the case“. Trotz dieser gemeinsamen nüchternen Einschätzung von Staatsgewalt und Volk unterscheidet Metternich etwas ganz Wesentliches von dem berühmten Italiener. Bei der nachträglichen Beurteilung seiner politischen Lehre und Verurteilung als zynischen Atheisten wird nämlich oft übersehen, dass Machiavelli eigentlich ein Ideal wieder auferstehen lassen wollte: Italien sollte wieder zur Republik werden - so großartig und beherrschend wie die im alten Rom - aber dieses Ideal könne nur durch eine Revolution erreicht werden. Metternich wollte ein bestehendes System aufrecht erhalten, nicht zuletzt deshalb, weil er überzeugt war, dass es kein besseres als seines gab. Metternichs großer Fehler bestand darin, dass er die *Französische Revolution* für ein einmaliges und die *Juli-Revolution* für ein vorübergehendes Ereignis gehalten hatte. Und was dachte er über die amerikanische, den eigentlichen Auslöser für die französische? 1850, nachdem er die ganze Tragweite der Auswirkungen am eigenen Leib erfahren hatte, war sie für ihn „das größte Unglück, [...] welches die Welt treffen konnte“. Metternich spricht von der Anfälligkeit

besonders „für die oberflächlichen Geister in den alten Reichen“, die Entstehung neuer Staaten „als ein leichtes Unternehmen“ zu betrachten, die naturgemäß ihre Nachahmer finden muss - eine realistische Einschätzung, wie die aktuelle Entwicklung auf dem Balkan zeigt. Trotz seiner pessimistischen Haltung gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika war der österreichische Staatskanzler aber ein Vollblutdiplomate und als solcher zu klug, um nicht „das Bestehen freundschaftlicher Beziehungen zwischen Ländern mit verschiedener innerer Struktur und verschiedenen Prinzipien für möglich“ zu halten.

Die einzigen Quellen zu den schon mehrfach angesprochenen Unterhaltungen zwischen Metternich und dem Literaturprofessor George Ticknor (1791-1871) aus Boston sind offenbar die hinterlassenen Briefe des Amerikaners. Da selbst Srbik auf sie Bezug nimmt, kann man annehmen, dass sich in Metternichs *Nachgelassenen Papieren* keine Aufzeichnungen darüber finden. Ticknor studierte von 1815 bis 1819 in Europa und kehrte anschließend wieder in die Vereinigten Staaten zurück, wo er sich vor allem durch seine lange Lehrtätigkeit in Harvard einen Namen machte. Ticknors *History of Spanish Literature* gilt als das erste umfassende Werk der spanischen Literatur, außerdem setzte er sich 1848 erfolgreich für die Gründung einer öffentlichen Bibliothek in Boston ein. Seine ausgedehnte Europareise in den Jahren von 1835 bis 1838 führte ihn 1836 auch nach Wien, wo es ihm aufgrund einer Empfehlung des Naturforschers und Geographen Alexander von Humboldts ein Leichtes war, vom österreichischen Staatskanzler empfangen zu werden. Metternich fand offenbar Gefallen an seinem amerikanischen Besucher, denn es folgten weitere Diskussionen. Auch Ticknor scheint von seinem Gastgeber beeindruckt gewesen zu sein, da er Metternichs Äußerungen „klar und koncis in den Gedanken und der Form“ beschreibt. Die Unterhaltungen dürften in Französisch stattgefunden haben, in der Sprache, in der der Kanzler Kritikern zufolge sich weniger umständlich ausdrückte. Er vergaß

auch nicht zu erwähnen, dass man in Österreich gerade bemüht sei, „reguläre diplomatische Beziehungen mit Amerika aufzunehmen“, denn man sei sich bewusst, dass die Vereinigten Staaten in der Zwischenzeit „zu großer Bedeutung herangewachsen“ waren, aber auch die Habsburgermonarchie hätte sich der Zeit angepasst: Mit einer Modernisierung der böhmischen Wirtschaft oder mit weniger Zollbeschränkungen und nicht zuletzt im Bildungswesen, wo das Vorbild „der Wiener Technischen Hochschule“ beispielgebend ist.

Selbstverständlich ist Metternich als verantwortlicher Minister für auswärtige Angelegenheiten auch an den innenpolitischen Entwicklungen eines Landes interessiert, mit dem man in offizielle Beziehungen treten will, obwohl man gesehen hat, dass die Bemühungen dazu weniger von Österreich als von Amerika ausgingen. Der voraussichtliche Ausgang der nächsten Präsidentschaftswahl in den USA hatte zu dieser Zeit natürlich nicht die weltweite Bedeutung wie heute; trotzdem ist es für Metternich als Repräsentant eines absolutistischen Regimes nicht unerheblich, welche Haltung man von der neuen amerikanischen Regierung erwarten darf. Ticknor glaubt an die Wahl des Demokraten Martin van Buren - eine Prognose, die er als Anhänger der Whig-party sicherlich nur ungern machte, die sich aber aufgrund der damaligen internen Zwistigkeiten seiner Partei als richtig herausstellen sollte. Auch der österreichische Staatskanzler war darüber nicht erfreut, denn mit der „Partei des Herrn van Buren“ könne er sich, selbst wenn er „in Amerika lebte“, nicht identifizieren, aber mit der „alten Partei [...], die ursprünglich Washington angeführt hatte“ schon eher, was an sich gar nicht so überraschend ist, wenn man bedenkt, dass Metternich mit ihm doch einiges gemeinsam hatte: Auch George Washington war in seinen politischen Ansichten konservativ, wich nie von seinen Prinzipien ab, zeichnete sich durch unermüdliches Pflichtbewußtsein und Selbstdisziplin aus und liebte große Gesellschaften und glanzvolle Empfänge, die ihm vielerorts die Kritik

einbrachten, mit seinem „präsidientlichen Pomp“ die Grundsätze der Republik zu verletzen. Der erste Präsident der Vereinigten Staaten versuchte seinem neuen ungewohnten Status durch würdevolles Auftreten und entsprechender Kleidung gerecht zu werden und aus diesem Grund bediente er sich auch einer an klassischen Vorbildern (zum Beispiel Cato, d.J.) geschulten Sprache. Mit seiner oft gekünstelt wirkenden Rede versuchte er über seine mangelhafte Bildung hinwegzutäuschen, sein daraus resultierendes Minderwertigkeitsgefühl äußerte sich in „einem zuweilen übersteigerten Drang nach gesellschaftlicher Anerkennung“. Metternich hingegen kann man vieles vorwerfen außer einem Inferioritätskomplex. Die Wurzeln seiner bekannt manieristischen Ausdrucksweise sind im Barock zu suchen, von dem der österreichische Kanzler sich selbst und viele seiner Ansichten nie ganz lösen konnte. Auch Washington war letzten Endes von einer naturgegebenen Hierarchie in der Gesellschaft überzeugt, selbst wenn seine Sklaven es besser hatten als die meisten anderen. Nur die „Elite“ seiner Landsleute könnte den Kampf gegen die englische Unterdrückung gewinnen, denn nur sie war imstande, „sich zum Wohle des Ganzen über ihre privaten, materiellen Interessen zu erheben“ und dafür hatte ihr „das Volk mit gebührender Achtung und Respekt zu begegnen“. Metternich und auch Washington setzten ihre ganzen Hoffnungen auf eine starke zentralistische Regierung, wenn auch aus anderen Motiven. Der erste wollte eine fragil gewordene Monarchie, der zweite eine noch fragilere Union aufrecht erhalten. Wenn man George Washington heute noch gedenkt als einen „first in war, first in peace, and first in the hearts of his countrymen“, dann muss man allerdings feststellen, dass Metternich wohl nicht zu denen gehört, der in den Herzen seiner Landsleute an erster Stelle steht.

Metternichs zweites Gespräch mit Ticknor ist besonders aufschlussreich, da es eine Seite des Kanzlers offenbart, die manchmal

übersehen wird. Metternich weiß ganz genau, dass Ticknor seine panische Revolutionsangst nicht teilen kann, obwohl der politisch interessierte Amerikaner durch seine Europareisen von der herrschenden Lage in den jeweiligen Staaten sicher bestens informiert war. Metternich spricht sein Lieblingsthema auch gar nicht an; statt dessen entwickelt sich zwischen den beiden eine äußerst interessante Diskussion unter Abwägung aller Vor- und Nachteile über das monarchische System auf der einen Seite und das demokratische auf der anderen. Metternichs Lob der amerikanischen Außenpolitik ist möglicherweise auf bloße Höflichkeit im Hinblick auf die gerade angelaufenden transatlantischen Beziehungen zurückzuführen, aber die Bewunderung, die Anerkennung für den ungeheuren Fortschritt der Vereinigten Staaten in den vergangenen Jahrzehnten sind aufrichtig. Er weiß sehr wohl, dass diese Entwicklung in Amerika nur unter einem demokratischen System möglich gewesen war; die Vereinigten Staaten hatten sich von Anfang an zu diesem System bekannt, und deshalb ist es für Amerika auch richtig und wahr; das heißt nicht, dass er die Art ihrer Entstehung nicht verurteilt hätte. Metternich bedient sich hier nicht wie gewohnt seiner alten abgedroschenen Phrasen von Revolution, Chaos und totaler Anarchie, sondern einer völlig objektiven Einschätzung von den unvermeidlichen Folgen und Gefahren einer Überdemokratisierung. Der Kanzler, ganz im Sinne des Machiavellismus, hält die Menschen als Einzelwesen für bedeutungslos; nur in einer Monarchie werden sie zu einem effizienten Ganzen und können damit einen Beitrag zum kulturellen Fortschritt für die Gesamtheit leisten. Er teilt Ticknors Meinung, dass der Wettbewerb untereinander „mehr markante und charakteristische Individuen hervorbringe als das monarchische System“, denn er gibt dem einzelnen die Möglichkeit der Selbstverwirklichung und des individuellen Erfolges; der ständige Konkurrenzkampf in einer Demokratie mag zwar kurzfristig eine rasche Entwicklung für den Staat bringen, muss aber letzten Endes zur

„Auflösung“ und „Zerstörung“ seiner gesellschaftlichen Strukturen führen. Eine langfristige Evolution und ein Fortschritt der kleinen Schritte, von denen der Kanzler ja immer gerne spricht und in Europa nicht zuläßt, die kann jedoch nur eine leistungsfähige Masse in einer Monarchie zustande bringen. Die europäischen Staaten waren historisch aus dem monarchischen Prinzip hervorgegangen und gewachsen und für ihre Völker hatte Metternich sowieso nur Geringschätzung über; sie konnten nur durch das „älteste und einfachste“ System vor Anarchie bewahrt werden. Für die jungen aufstrebenden Vereinigten Staaten von Amerika aber war wohl die Demokratie, die schon Tocqueville „die jüngste und komplizierteste Regierungsform“ genannt hatte, wohl die einzige Möglichkeit gewesen, „solche Fortschritte in so kurzer Zeit“ zu machen. Aber - meint Metternich pessimistisch - auch das junge dynamische amerikanische Volk wird letzten Endes an diesem System scheitern.

In Europa ist sie eine Lüge, und ich hasse Lügen...Allerdings bin ich stets der gleichen Ansicht wie Tocqueville gewesen, der einmal gesagt hat, daß die Demokratie, weit davon entfernt, die älteste und einfachste Regierungsform zu sein, wie oft behauptet wird, vielmehr die jüngste und von allen die schwierigste Form ist. Eure Demokratie in Amerika scheint ein ständiger Kraftakt zu sein. Deshalb befindet ihr euch oft in gefährlichen Lagen, und euer System wird sich rasch erschöpfen...Ihr werdet die Demokratie noch viel weiter treiben; ihr werdet immer demokratischer werden. Ich weiß weder, wo ihr einmal enden werdet, noch wie dieses Ende aussehen wird. Aber es kann kein Ende in reifer Gelassenheit sein.⁷³

⁷³ Vallotton, SS. 315-6, 318-9 o.A.; Seward, SS. 164 o.A., 243-4; Hanak, SS. 539-40; zur Geschichte des *Österreichischen Lloyd* vgl. Riedlinger, S. 34; zum Leben und Werdegang von Eduard Warrens vgl. Weidinger, SS. 9, 21, 26, 43, 230; Srbik I, SS. 364-5; N.P. VI, 187; N.P. III, 322, VI, 358f, VII, 232f, 635-7, VIII, 525-6, in: Ebd, S. 369; N.P. VIII, 505, in: Ebd, S. 408; Metternich an Wrede 24.10.1831, 10.1.1832, 21.5.1832, 27.5.1832, 29.4.1833, in: Ebd, SS. 257, 356-7, 314, 317-8, 369; Srbik II, SS. 303, 305, 379; Bibl, *Der Zerfall Österreichs* 2. Kaiser Franz und sein Erbe. Von

Wenn die Vereinigten Staaten anfangs der Habsburgermonarchie eher gleichgültig gegenüberstanden, so haben die Jahrzehnte vom *Wiener Kongress* bis nach der Revolution sicherlich zu einem wachsenden Misstrauen gegenüber Österreich geführt. Einen bedeutenden Anteil wird in den USA heute noch der Dominanz Metternichs in der europäischen Politik während dieser Zeit zugeschrieben. Metternich verkörpert für Amerika immer noch das österreichische Symbol der Reaktion, einen bloßen Handlanger des Papstes, die Inkarnation eines europäischen Despotismus, dessen vornehmliches Ziel darin bestand, „to crush democracy and liberty in the New World“. Umso erstaunlicher ist in diesem Zusammenhang das völlig wertfreie Urteil eines amerikanischen Autors, der seinen Landsleuten vorwirft, in ihrem vernichtenden Urteil über den österreichischen Staatskanzler etwas ganz Wichtiges zu übersehen: Metternich versuchte mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln und aus tiefster Überzeugung heraus, die revolutionären Stürme, die seit 1776 über Europa hinweggefegt waren, von der Habsburgermonarchie fernzuhalten. Das machte ihn zu dem, was viele seiner Zeitgenossen in ihm erkannten - „a genius of conservatism“. Wahrscheinlich sah Metternich in der amerikanischen Revolution noch keine imminente Gefahr für Europa, aber spätestens seit 1789 konnte er sie nicht mehr ignorieren. Dass seine Bemühungen um den *status quo* in Europa letzten Endes scheiterten, schmälert aber nicht sein alleiniges Verdienst, dass Österreich für Jahrzehnte zur Drehscheibe der europäischen Friedenspolitik wurde. Und das - fügt Spaulding hinzu - macht Metternich in jedem Fall zum „most

Revolution zu Revolution! S. 92f, in: Ebd, S. 248; Bibl, *Metternich*, S. 54; George Barany, The Interest of the United States in Central Europe, Appointment of the First American Consul to Hungary, *Papers of the Michigan Academy of Science, Arts, and Letters*, 47 (1962), 282f., in: Moltmann, S. 36, Anmerkung 18.

important diplomat of modern times".⁷⁴ Vielleicht zum wichtigsten, aber doch nicht zum größten, denn dazu bedarf es, wie François Guizot, einer der bedeutendsten französischen Minister Frankreichs dieser Zeit über Metternich sagt, „politische Leidenschaft, eiserne Energie, neugestaltende Schöpferkraft“.

III. 3. Expansion als politisches Instrument des *Manifest Destiny*

Wenn man bedenkt, dass schon seit dem Ende des ersten Weltkrieges jede internationale Politik ohne die Vereinigten Staaten unmöglich geworden ist, und selbst nationale amerikanische Interessen berücksichtigt werden müssen, könnte man annehmen, dass Amerika um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts für Europa noch keine politische Größe war, die man in Entscheidungsfindungsprozesse miteinbeziehen musste. Das würde jedoch bedeuten, dass man sich in Europa der wachsenden Bedeutung der jungen Republik überhaupt nicht bewusst war. Was insofern unrichtig ist, als gerade die Informationen der ausländischen Diplomaten wesentlich - wenn auch nicht immer zum besseren Verständnis - so doch zum Wissen über die Neue Welt beigetragen haben. Man wird sich an Österreichs ersten Vertreter Beelen-Berthoff erinnern, der mit seinen Berichten dem Wiener Hof hier sehr nützlich war. Es ist wenig überraschend, dass dabei Kenntnis oder Unkenntnis vom Grad der Bildung bestimmt wurde und dass daher nur „[g]ebildete Europäer schon im frühen neunzehnten Jahrhundert die künftige Bedeutung“ der USA vorausgesagt haben; es gab auch zu dieser Zeit bereits Prognosen, dass Amerika eines Tages der Alten Welt Konkurrenz machen könnte, ja sogar Europa in den Schatten stellen

⁷⁴ Benna, *MÖStA*, SS. 224-5; Burckhardt, S. 139; Vallo-ton, S. 319; Seward, SS. 265-6; *Life, Letters and Journals of George Ticknor*, 2. Aufl., II, S. 3f, 13, in: Srbik I, SS. 262, 367; Guizot, *Mémoires pour servir à l'histoire de mon temps*, IV., S. 20f, in: Ebd: S. 316; Spaulding, S. 42; *Am. Präsidenten*, SS. 50, 56.

würde. Europäische Bündnispolitik im neunzehnten Jahrhundert wurde unter anderen Voraussetzungen gemacht als im zwanzigsten, denn trotz dieses Wissens „or precisely for this reason, separating the New World (and the rest of the world generally) from European politics added importantly to Europe's stability“. Sieht man aber von einer kleinen Schichte von besonders gebildeten und weitsichtigen Leuten ab und möchte man erfahren, was die breite europäische Masse zu dieser Zeit von Amerikanern im Allgemeinen dachte, so erhält man eine Karikatur, in der „Überheblichkeit“, „schlechte Manieren“ und „rücksichtslose Expansion ohne moralische Skrupel“ besonders hervorstechen:

Americans were generally regarded in Europe as a bumptious and absurdly self-confident folk, aggressively preaching their national faith of democracy without much regard for good manners, and expanding where they chose to expand at the expense of others with little regard for moral scruple.

Es liegt auf der Hand, dass auch dieses „aggressive Demokratieverständnis“, das immer stärker werdende Bewusstsein eines *Manifest Destiny*, sowohl was die eigenen Grenzen als auch die Rolle als künftige Weltmacht betraf, Auswirkungen auf die Verhältnisse in Europa haben musste. Die Unterdrückung fremder Völker musste Sympathien erwecken, musste Erinnerungen an den eigenen Unabhängigkeitskampf wachrufen und damit den amerikanischen Patriotismus noch weiter stärken. Europas Kampf gegen das „Schreckgespenst der Revolution“ war sozusagen das Signal „that the time had come for the United States to lift its voice against the autocracy and privilege of the Old World“. Hanak spricht in diesem Zusammenhang von einer „Wiederbelebung der Alten Welt“; die Voraussetzungen zu der „Atmosphäre der Zuversicht, des Optimismus und des Selbstbewußtseins“, in der sich Amerika befand,

entstanden in der ersten Hälfte der 1840er Jahre, die für die USA eine Periode des unglaublichen Fortschritts und Erfolgs bedeuteten.⁷⁵

Die Habsburgermonarchie nahm in diesen Jahren gegenüber den Vereinigten Staaten die Rolle eines eher unbeteiligten Zuschauers ein - wobei sich ein Vergleich mit Metternich während seines Exils als *Zuschauer in der Loge* aufdrängt. Die Zurückhaltung Österreichs hatte mehrere Gründe. An den Kontakten zu den USA hatte der offizielle Gesandtenaustausch wenig geändert - sie beschränkten sich nach wie vor hauptsächlich auf wirtschaftlichen Interessen. Österreichs politische Rücksichten galten noch immer den Beziehungen zu den anderen europäischen Großmächten; eine Einmischung in die amerikanische Territorialpolitik hätte außerdem die noch jungen freundschaftlichen Beziehungen unnötig belastet - einer Politik, die ohnedies keine unmittelbare Auswirkung auf die Monarchie hatte. Das bedeutete natürlich nicht, dass man in Österreich die Expansionstendenzen nicht wahrnahm oder sie nicht kommentierte. Gerade aber in den 1840er Jahren ist Österreichs Reaktion hier vorwiegend neutral - sieht man von den vorsichtigen Sympathien gegenüber Mexiko einmal ab.

Im Zusammenhang mit Amerikas imperialistischer Politik in den 1850er Jahren wird immer wieder der Begriff *spread-eagleism* genannt - den man am besten umgangssprachlich mit *Hurrapatriotismus* übersetzt; und tatsächlich könnte das Emblem eines Adlers, der seine Schwinge immer weiter ausbreitet, für die Vereinigten Staaten nicht treffender sein. Für diese Zeit fällt auf, dass die Kritik Österreichs an Amerikas Außenpolitik wesentlich offener und pointierter wird. Auch dafür lassen sich wieder mehrere Ursachen finden. Das gespannte Verhältnis zwischen Österreich und den USA zur Zeit der Taylor-, Fillmore- und Pierce-Regierung kann man sicher zum Teil dem österreichischen Vertreter

⁷⁵ Schröder, SS. 574-5; Perkins, *Monroe Doctrine*, in: Eimers, S. 286; Curti, S. 142; Hanak, S. 546.

zuschreiben. Curti betont zwar die Fähigkeit Hülsemanns, „more political and personal friends“ gemacht zu haben, „than was customary or possible for most diplomats“, billigt ihm Gewissenhaftigkeit zu, macht aber letzten Endes Hülsemanns Berichte für die wachsende Besorgnis in Österreich über die imperialistische Amerikapolitik verantwortlich. Hülsemann war unzweifelhaft empfindlich was seine und die Würde seines Heimatlandes anlangt, er hatte nicht das geringste Verständnis für die in Amerika vorherrschende „democratic license“, aber seine Nachrichten waren ganz bestimmt nicht allein ausschlaggebend, dass Österreich in der großen Krise nach dem Kossuth-Besuch „became convinced that it was better to disregard 'American impertinences' for the moment that she might profit from the turn future developments might take“. Curti zieht daraus die etwas ambivalente Schlussfolgerung, dass einerseits die Möglichkeit eines Konflikts zwischen den USA und England Hülsemanns unnachgiebige Ansicht gegenüber den Vereinigten Staaten nur bestärkt habe, dass aber andererseits die „Angst“ der Habsburgermonarchie vor einer allgemeinen aggressiven Politik der Pierce-Regierung, aber auch „Respekt vor der jungen Republik“ verantwortlich dafür waren, dass sie ihre berechtigten Proteste „against the defiant young republic“ nicht bis zur letzten Konsequenz verfolgte, denn Österreich erkannte sehr wohl die wachsende Bedeutung der Vereinigten Staaten - „an importance which assured them an influence on the destiny of Europe“.⁷⁶

Man wird aber der Person Hülsemanns auch nicht gerecht, wenn man die Verschlechterung des politischen Klimas zwischen den beiden Ländern auf sein schon einmal erwähntes Buch zurückführt. Es ist höchst

⁷⁶ Curti, SS. 143-4, 149; Buol an Hülsemann, 11.5.1852, in: Curti, S. 150. Ergänzend dazu muss man schon an dieser Stelle festhalten, dass Österreich mit Schwarzenberg an der Spitze seinen außenpolitischen Kurs bestimmt nicht von den Berichten seiner Diplomaten abhängig gemacht hätte. Buol war zu diesem Zeitpunkt erst einen Monat lang Außenminister und hat hier noch sehr vorsichtig agiert. Später fiel er jedoch vor allem durch seine Unbesonnenheit auf und der Nachfolger Schwarzenbergs wird auch in der Literatur - worauf später noch eingegangen wird - eher als mittelmäßig eingestuft.

unwahrscheinlich, dass um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts viele Amerikaner mit Hülsemanns amerikanischer *Geschichte der Democratie* vertraut waren, und selbst die wenigen hegten nicht deshalb „feindselige“ Gefühle gegenüber Österreich, weil sie „anti-monarchistisch“ und aus diesem Grunde „irreligious“ waren. Hülsemann war insoweit „ein unglücklicher Proponent Österreichs“, als für ihn jede nicht monarchische Staatsform ein Unding war; er hatte nicht den Weitblick und die politische Toleranz eines Metternich, der sehr wohl dann zwischen „Wahrheit“ und „Lüge“ zu trennen wusste, wenn Österreich und damit Europa nicht direkt betroffen waren. Geht man jedoch davon aus, dass Österreichs Vertreter dazu beitragen sollte, „to interpret monarchical Austria to democratic America“, dann ist Hülsemann dieser Aufgabe sicherlich nicht gerecht geworden. Hülsemanns Bedenken hinsichtlich Amerikas Expansionsgeist kamen ja nicht von ungefähr: die Pläne hinsichtlich Kanada und Kuba waren keineswegs „alleged“, sondern - zumindest was Kuba anlangt - durchaus real. Was jedoch Informationen über die allgemeine Lage in den Vereinigten Staaten anlangte, konnte man sich in Wien auf die umfassenden Berichte des vorort informierten Hülsemann verlassen; er hatte schon 1843 „[e]ine große politische Intimität“ mit den USA bezweifelt und sich auch zur einer „Zunahme der commerziellen Verbindungen zwischen beiden Ländern“ skeptisch geäußert. Hülsemann scheint in den fünf Jahren seiner Tätigkeit schon einschlägige Erfahrungen gemacht zu haben, wenn er dem amerikanischen Volk die Unfähigkeit vorwirft, Kritik hinzunehmen und zur lakonischen Feststellung gelangt,

daß uns Fremden die inneren Angelegenheiten dieses Landes nichts angehen, daß jeder im eigenen Hause Herr ist, und daß man eben so wenig die Einführung einer monarchisch-aristokratischen Verfassung in den Vereinigten Staaten im Auge habe, als in Europa die Existenz einer demokratischen Republik denkbar wäre. Directe

politische Collisionen zwischen Oesterreich und den Vereinigten Staaten liegen nicht in dem gewöhnlichen Gange der Dinge; es existirt deßhalb hier zu Lande keine feindliche Gesinnung wider uns, wie z. B. gegen England; andererseits aber auch nicht die Hoffnung auf eine vertrauliche Allianz in einem Kriege mit letzterer Macht, wie dieß hinsichtlich Frankreichs allgemein, und Rußland theilweise der Fall ist.

Der österreichische Vertreter hat inzwischen gelernt, dass Texas und Mexiko zu den besonders brisanten Themen gehören, da damit unweigerlich „Abolition und Negersclaverey“ assoziiert werden; er weiß, dass man „Religionsfragen“ übelnimmt, da sie bei vielen Amerikanern „Schreckbilder einer sogenannten Allianz zwischen dem despotischen Oesterreich und dem Obscurantismus der Katholischen Kirche“ hervorrufen und er weiß auch, dass solch ein Österreichbild in Amerika „der katholischen Religion eben so sehr, wie dem Namen Oesterreichs, nachtheilig seyn würde.“⁷⁷

In den Monaten rund um den Kossuth-Besuch war Hülsemann besonders hellhörig für Amerikas territoriale Expansionswünsche und diesbezügliche Hinweise erregten naturgemäß seine Aufmerksamkeit. So berichtet er nach Wien von einem „somewhat ambiguous“ Zeitungsartikel, erschienen im *National Intelligencer* am 4. Dezember 1853, in dem von einer angeblichen Annexion der Hawaii-Inseln die Rede ist, und Hülsemann hielt dies aus mehreren Gründen für durchaus möglich. Erstens waren die Hawaiianer selbst an einer Angliederung an Amerika interessiert, zweitens waren Großbritannien und Frankreich gerade in den Krimkrieg involviert und drittens war Hawaii für die Vereinigten Staaten aufgrund der erst seit kurzem bestehenden Handelsbeziehungen zu

⁷⁷ Spaulding, S. 45; Bericht aus Washington No. 29 A-B v. 30.11.1843, Hülsemann an Metternich, HHStA, StA Amerika, Karton 6, in: Matsch, *Wien-Washington*, SS. 55-6.

Japan durchaus bedeutsam.⁷⁸

Während in Europa trotz der eher statischen Restaurationspolitik die Revolution schon ihre langen Schatten vorauswarf, waren die Vereinigten Staaten in den zwei Jahrzehnten vor dem Sezessionskrieg von einer einzigartigen Dynamik gekennzeichnet. Im Vordergrund scheint für Europäer - damals und auch heute - oft der nicht nachvollziehbare Kult des *pursuit of money* zu stehen; abgesehen von glaubensbedingten Erfolgsprinzipien lassen sich dafür aber auch nicht so offenkundige Erklärungen finden: Die meisten Amerikaner - zumindest die erste Generation - entstammten einem monarchisch regierten Land, in dem sich der Status des Staatsbürgers schon durch seine Herkunft definierte. Da die Vereinigten Staaten „eine erbliche Aristokratie nicht hatten“, fanden sie bald einen wesentlich effizienteren Ersatz dafür, nämlich den, der vor allem „auf Reichtum basiert“. Bemerkenswert an dieser Periode ist die Einigkeit, mit der das amerikanische Volk von seiner *Bestimmung* einer territorialen Vergrößerung überzeugt war. „[A] people in motion“ war unterwegs nach Westen und weder politische Gegensätze noch der sich immer mehr zuspitzende Konflikt zwischen Nord und Süd erwiesen sich als trennend genug, um es von seinem Weg abzubringen. Eine Analogie mit dem Auszug der Israeliten aus Ägypten ist hier tatsächlich angebracht: „It also was the cloud by day and the pillar of fire by night that guided the westward thrust of the nation.“⁷⁹ Es ist naheliegend, dass ein Volk, dem offenbar von der Natur keine physischen Grenzen gesetzt sind, oder die man durch einen Sieg gegen Mexiko nicht zu akzeptieren braucht, sich

78 Curti (SS. 148-9) führt dazu zwei Berichte an: Hülsemann an Schwarzenberg v. 3.6.1851!!!, No. 16 und Hülsemann an Buol v. 5.12.1853!!!, No. 37. Man kann davon ausgehen, dass es sich um den *National Intelligencer* v. 4.12.1853 handelt, da Hülsemann seine Regierung nicht erst zwei Jahre nach Erscheinen der Zeitung informiert haben wird und auch der Hinweis auf den Krimkrieg unterstützt diese Annahme. Was die Hawaii-Inseln (Sandwich-Islands) betrifft, so werden sie im Spanisch-Amerikanischen Krieg von 1898 von den USA annektiert.

79 APS, Bergeron, SS. 1-2, 65; vgl. *Die Heilige Schrift*, Buch Exodus (40,38); Hanak, SS. 545-6.

langsam seiner Macht bewusst wird und gerade die 1840er Jahre waren für diese Entwicklung äußerst bedeutsam. Die Angliederung von Texas und Oregon an die Union überzeugte viele Amerikaner davon, dass „die Vereinigten Staaten in Zukunft den gesamten Erdteil umfassen“ würden.

Die beiden demokratischen Präsidenten, unter denen die USA eine besonders auffallend imperialistische Politik betrieben, waren James K. Polk (1845-1849) und - nach einem kurzen Gastspiel der Whigs - Franklin Pierce (1853-1857). Da die beiden Männer dazwischen (Zachary Taylor und Millard Fillmore) in dieser Frage eine eher moderate Position einnahmen und während der Kossuth-Affäre an der Spitze der Vereinigten Staaten standen, wird von ihnen im nächsten Abschnitt ausführlicher die Rede sein. Der Wunsch nach einer territorialen Vergrößerung war allerdings nicht unbedingt etwas Neues. Man denke in diesem Zusammenhang an den Eifer, mit dem Jackson in seinen letzten Tagen im Amt noch die Anerkennung der Unabhängigkeit von Texas im Kongress durchgeboxt hatte und sowohl die Befürworter wie auch die Gegner wussten, dass es auf eine Annexion hinauslaufen würde; oder im selben Jahr die unverhohlene Aufforderung des Journalisten Grund⁸⁰ an die Vereinigten Staaten, sich sowohl Kubas als auch der Herrschaft im Pazifik zu bemächtigen.

Eine markante Veränderung in dieser Zeit erfuhr aber auch das parteipolitische Gefüge. Obwohl man im Allgemeinen die 1840er Jahre als die Phase eines gut funktionierenden Zweiparteiensystems im Konkurrenzkampf um die Präsidentschaft ansieht, zeigen sich hinter den

⁸⁰ Francis J. Grund stammte aus Böhmen, kam 1826 in die USA und wurde Journalist. In seinem 1837 erschienenen Werk *The Americans and their Moral, Social and Political Relations* drängte er die Vereinigten Staaten, eine größere Flotte und den Isthmus Kanal zu bauen. Zit. nach Curti, S. 155, Anmerkung 24. Grund's abgrundtiefer Hass auf den europäischen Absolutismus war viele Jahre später verantwortlich für seine teilweise verfälschten und beleidigenden Berichte in verschiedenen Zeitungen und hatten einen wesentlichen Anteil an der Diskreditierung des österreichischen Vertreters Hülsemann (Weiter Hinweise zu Grund's subversiver Tätigkeit finden sich im Kapitel IV.3.).

politischen Kulissen bereits Anzeichen von unüberbrückbaren regionalen Differenzen, und es wird immer schwieriger für beide Parteien, sich zu einem einheitlichen Parteiprogramm durchzuringen. Verantwortlich dafür waren nicht die früheren Diskrepanzen wegen wirtschaftlicher Belange, sondern hauptsächlich das Problem um Texas, die damit implizierte Ausbreitung der Sklaverei und die territoriale Ausdehnung der USA.

Bei der Wahl von 1844 entscheiden sich die Demokraten für Polk, der dem vorherrschenden Expansionsstreben viel eher gerecht wurde als der zögernde, vorsichtige Van Buren und Polks Wahlprogramm lässt keinen Zweifel daran, dass er sich als Repräsentant des amerikanischen Sendungsbewusstseins sah. Zu seinen engeren Freunden zählte Andrew Jackson, für den Polk eine tiefe Bewunderung hegte. Jackson war es auch, der ihn in die Politik einführte und durch seinen noch immer großen Einfluss Polks Aufstieg in der Partei vorbereitete. Polk konnte durch eine geschickte Strategie der Nichtfestlegung in allen Regionen das mögliche Wählerpotential für sich gewinnen. Den Demokraten des Nordens signalisierte er „Kompromißbereitschaft im Hinblick auf mögliche Schutzzölle“; aber auch den Befürwortern des Expansionismus und den immer mehr werdenden Immigranten kam er durch „den territorialen Anspruch auf ganz Oregon, nicht lediglich das Gebiet südlich des 49. Breitengrades“ entgegen. Die Wahl von 1848 geht an die Whigs, die Demokraten hatten die Wahlen verloren, weil sie ihre internen Differenzen nicht beilegen und sich nicht auf eine gemeinsame Linie einigen konnten (Polk stand aufgrund seiner unverhohlenen südlichen Präferenzen für eine Wiederwahl nicht mehr zur Diskussion). Vier Jahre später jedoch hatte man offenbar die Lektion daraus gelernt. Die Demokraten überzeugten mit ihrer konservativ neutralen Haltung in der Sklavereifrage ihre Anhänger in allen Gebieten und gewannen deshalb auch die nächsten beiden Präsidentenwahlen. Die Nominierung von Pierce 1852 erfolgte aus simplen, taktisch aber sehr klugen Überlegungen. Pierce konnte eine

militärische Karriere aufweisen, war im Krieg gegen Mexiko mehrfach durch besondere Tapferkeit aufgefallen - etwas, das ihn a priori für das Amt prädestinierte; er hatte die unterschiedlichsten Ämter im Repräsentantenhaus und im Senat bekleidet, sein politisches Programm antizipierte schon die allgemeine öffentliche Meinung und sprach daher große Teile der Bevölkerung an und *last but not least* - Pierce hatte sich bereitwillig zur Verfügung gestellt und beim politischen Poker „according to the rules“ mitgespielt. Nominiert wurde Pierce allerdings eher *zufällig* (von diesem *Zufall* wird im Kapitel IV.1. noch die Rede sein). Bei den Wahlen war Pierce dann jedoch mit 254 zu 42 Wahlmännerstimmen gegen den Whig-Kandidaten Winfield Scott äußerst erfolgreich.⁸¹ Während der 1850er Jahre konnten sich die Demokraten dann zwar noch halten, aber wie die Whigs wurden auch sie ein Opfer von partei-internen Zwistigkeiten und Konflikten, die letztlich in im Zerfall von 1860 gipfelten.

Die Whig party, die sich ja vor allem formiert hatte, um die Hegemonie der *Jacksonians* zu durchbrechen, verlor aufgrund ihrer sektionalen Konflikte und Aufsplitterung ihren ersten Auftritt bei den Präsidentenwahlen von 1836, konnte aber vier Jahre später mit William Henry Harrison ihren ersten Wahlsieg erringen. Die Bürde des Amtes scheint für den 1773 geborenen „alternden und heruntergekommenen Volkshelden“ Harrison aber zuviel gewesen zu sein, sodass er bereits einen Monat nach seiner Inaugural Address verstarb und die Geschäfte ohne Wahl auf den Vizepräsidenten John Tyler übergingen. Tylers Präsidentschaft war daher von Anfang an mit dem Makel der „Illegitimität“ behaftet, was ihm von seinen Gegnern auch den verächtlichen Beinamen „His Accidency“ einbrachte. Seine Amtszeit gehört nach Harrison zu den wohl enttäuschendsten, woran sein erbitterter Kampf gegen den maßlos ehrgeizigen Henry Clay um die Vormachtstellung in der Partei einen erheblichen Anteil hatte. Tyler wurde schließlich „als Verräter formell aus

⁸¹ *Am.Präsidenten*, S. 164.

der Whig-Partei ausgeschlossen“ und ging damit als *Präsident ohne Partei* in die amerikanische Geschichte ein. Auch bei der nächsten Präsidentenwahl von 1844 bewiesen die Whigs offenbar wenig Geschick mit der Nominierung ihres Kandidaten. Ausschlaggebend für den Ausgang war sicher die Position gegenüber einer Ausdehnung nach Westen, die aber auch die Frage der Texasannexion miteinschloss. Die Whigs, allen voran Henry Clay, versuchten in dieser Frage eine Art Gratwanderung, da sie die Gegner der Texasaufnahme nicht verärgern wollten. Im Verlaufe der Wahlkampagne sprach Clay in der Hoffnung auf Stimmengewinne im Süden und Westen sich jedoch immer mehr für eine Eingliederung in die Union aus. Doch gerade mit dieser opportunistischen Haltung verspielte er letzten Endes seine Chancen im Nordosten und half damit den Demokraten zum Sieg. Auch der Whigsche Slogan, den mangelnden Bekanntheitsgrad Polks mit der rhetorischen Frage: „Who is James K. Polk?“ öffentlich hervorzuheben, war ein eher plumper Versuch, den demokratischen Kandidaten lächerlich zu machen. Polk machte dies allerdings schon bald wett; seine Eloquenz bei seiner Wahlpropaganda überzeugte selbst seine Konkurrenten und brachte ihm den Namen „Napoleon of the stump“ ein.⁸² Erst nach fast zwanzig Jahren im Rennen um die Präsidentschaft gelang den Whigs mit Zachary Taylor (1849-1850) ein weiteres Mal, einen ihrer Kandidaten ins Weiße Haus zu bringen.

Polk macht von Anfang an kein Hehl aus seiner Expansionspolitik und schon in seiner Inaugural Address am 4. März 1845 lässt er seine politischen Gegner wissen, „seine Regierung werde sich nicht um jene Ängste kümmern, die in der amerikanischen Expansion ein Übel sähen“. Polk lässt aber auch durchblicken, dass er Widerstand außerhalb Amerikas erwartet, indem er die Aufnahme von Texas in die Union als alleinige „Angelegenheit zweier autonomer Staaten“ bezeichnet, „nämlich

⁸² APS, Bergeron, SS. 2, 260f; APS, Gara, S. 183; *Am. Präsidenten*, SS. 139-141, S. 147-9, 166.

der USA und Texas, nicht aber Mexikos“. Ein paar Monate später wird er noch deutlicher. Seine erste Jahresbotschaft am 2. Dezember 1845 ist auch an Europa adressiert. Unter Hinweis auf die *Monroe-Doktrin* warnt er die europäischen Großmächte davor, das „Prinzip des Mächtegleichgewichts auf Nordamerika zu übertragen“. Die in diesem Zusammenhang auch als *Polk-Doktrin* bezeichnete Mahnung war in erster Linie an Großbritannien gerichtet und Polk hatte dafür zwei Gründe: Oregon und Texas. Das in Frage stehende riesige Oregon-Gebiet umfasste „die heutigen Einzelstaaten Oregon, Washington, Idaho, Teile von Montana und Wyoming sowie etwa die Hälfte des kanadischen British Columbia“. Eine offizielle Teilung zwischen den USA und Großbritannien war nie erfolgt; man hatte sich mit einem Kompromiss beholfen, mit dem sowohl „Amerikanern und Engländern [...] der Zugang zu diesem Gebiet vorerst gleichermaßen offen“ geblieben war. Dass die Briten schließlich nach zähen Verhandlungen das Gebiet „südlich des 49. Breitengrades, den weitaus fruchtbareren und größeren Teil“ den Vereinigten Staaten im *Oregon Treaty* überließen, ist als ein großer Erfolg für Polk und seine Regierung zu werten.

Wesentlich größere Chancen für die Vereinigten Staaten sah Polk in einer territorialen Ausdehnung nach Süden und Südwesten hin. Als Folge der Aufnahme von Texas in die Union im Dezember 1845 (die vom Kongress am 1. März 1845, also drei Tage vor Polks Antrittsrede gebilligt worden war) und zahlreicher militärischer Scharmützel wegen der unklaren Grenzziehung sehen sich die Mexikaner bedroht und brechen die diplomatischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten ab. Die als Schlichtungsversuch gedachte Entsendung General Taylors an die neue Südgrenze am Rio Grande scheitert und wird von Mexiko bloß als weitere Provokation empfunden. Durch die Neuformulierung der Monroe-Grundsätze scheint Polk aber auch im Hinblick auf Texas mit internationalem Widerstand gerechnet zu haben, denn Großbritannien und

auch Frankreich konnten sich auf keine eindeutige Rolle einigen, die sie im „Drama um Texas“ spielen sollten. Offiziell glaubte man zwar in beiden Ländern, dass es durch die Anerkennung der Unabhängigkeit von Texas zu einer friedlichen Verständigung zwischen den USA und Mexiko kommen würde und man war auch keineswegs bereit, für ein souveränes Texas eine bewaffnete Auseinandersetzung mit den USA zu riskieren. Inoffiziell ließ man es dabei aber nicht bewenden. Dass in England etliche Stimmen dafür plädierten, Texas möge sich doch einer Angliederung widersetzen, ist bei der traditionellen Feindschaft zu den USA wenig überraschend. Interessanter ist im Hinblick auf die späteren Ereignisse jedoch die Haltung der Franzosen. So ist beispielsweise aus einem Zeitungsartikel und einem abgefangenen Brief klar ersichtlich, dass Frankreich schon damals mit der Errichtung einer Monarchie in Mexiko liebäugelte. Im Mai 1846 kann Polk im Kongress den geplanten Krieg gegen Mexiko mit überwältigender Mehrheit durchsetzen - trotz unterschiedlicher Interessen innerhalb seiner Partei. Am 23. Juli veröffentlicht der *Evening Express* eine Proklamation General Taylors an das mexikanische Volk, in der er die militärischen Machthaber für die Not und das Leid des mexikanischen Volkes verantwortlich macht. Taylor beschuldigt diese „Tyrannen“ der Machtgier und Korruption, wirft ihnen eine Bereicherung auf Kosten des Volkes vor, beschuldigt sie, dass einige unter ihnen sogar „boldly advocated a monarchical Government, and would place a European Prince upon the throne of Mexico“. Und auch Polk selbst nimmt in seiner Jahresbotschaft vom 8. Dezember 1846 zu den Gerüchten um eine geplante mexikanische Monarchie Stellung. Er bezichtigt gezielt den Revolutionsführer Paredes, „upon the most solemn pledges“, die Macht ergriffen und einen Krieg gegen die Vereinigten Staaten angezettelt zu haben, um Texas, das er als eine aufrührerische Provinz von Mexiko ansieht, zurück zu erobern. Diejenigen aber, die die Unrechtmäßigkeit dieses Krieges erkennen und für eine friedliche

Verständigung mit den USA eintreten, machen sich des Hochverrats schuldig. Außerdem, fährt Polk fort

there was good reason to believe, from all his [Paredes] conduct, that it was his intention to convert the republic of Mexico into a monarchy, and to call a foreign European prince to the throne. Preparatory to his end, he had, during his short rule, destroyed the liberty of the press, tolerating that portion of it only which openly advocated the establishment of a monarchy.

Polk hatte berechtigten Grund zur Annahme, dass der mexikanische Diktator General Antonio López de Santa Anna selbst in dem Komplott involviert war. Außenminister Buchanan war in den Besitz einer Mitteilung von Santa Anna gekommen, „addressed to a friend in Mexico“, die die politische Umgestaltung der mexikanischen Regierung betraf. Buchanan erfuhr von seinem Mittelsmann, einem gewissen John Black, dass der überwiegende Teil der Bevölkerung in Mexiko mit der gegenwärtigen Situation unzufrieden ist und bereit wäre, „by any means in their power to lend their aid to destroy the present government“. Diese Leute sind überzeugt davon, dass die Regierung

are working for the establishment of a monarchy, and intend to call in foreign intervention to secure and maintain the same. It is the opinion of many of the liberals, that if the Congress meet [...] they will establish a monarchical form of government, and call in foreign aid.⁸³

⁸³ Beilage Hülsemann an Metternich, 30.7.1846, HHStA, Karton 7, Berichte 1846-1848. *The Daily Union*, 11.12.1846. Public Documents. Papers from the Department of State accompanying the President's message. Consulate of the United States of America, Mexico, April 26, 1846, Beilage Hülsemann an Metternich, 12.12.1846, HHStA, Karton 7, Berichte 1846-1848. Man kann annehmen, dass es sich beim „europäischen

Liest man einen der ersten Berichte Mareschalls kurz nach Aufnahme der offiziellen Beziehungen, so waren die USA 1838 „an der Regierungsform in ihren Nachbarstaaten nicht interessiert“ und auch nicht „an der Auswahl jener Herrscherfamilie, die sich dort etablieren könnte“. Mareschall erkannte jedoch völlig richtig, dass die USA ihre indifferente Einstellung sehr rasch ändern würden, falls ihre Nachbarn sich „mit einer europäischen Macht, welche über eine große Flotte verfügt“ verbinden.

Buchanan hatte also allen Grund zur Sorge, dass sich England und Frankreich an der Seite Mexikos am Krieg beteiligen könnten, noch dazu, weil die wahren Absichten für Europa unverkennbar waren. Polk jedoch, unbeirrt an seinem Kurs festhaltend, verstand es, die Bedenken seines Außenministers zu zerstreuen, wobei man ihm ein gewisses Talent zu melodramatischen Formulierungen nicht absprechen kann: Eher würde er

meet the war which either England or France or all the Powers of Christendom might wage, and that [he] would stand and fight until the last man [...] fell in the conflict

bevor seinen „territorialen Ambitionen abzuschwören“.

Gemäß den diplomatischen Gepflogenheiten wurde auch Österreich vom Krieg der Vereinigten Staaten gegen Mexiko offiziell vom

Prinzen“ zu dieser Zeit um Louis Napoléon Bonaparte handelt. Santa Anna erhoffte sich durch die Errichtung einer Monarchie eine stärkere Position gegenüber den Liberalen. Dabei hat er Louis Napoléon sicher weit unterschätzt, denn der spätere Napoleon III. war nicht der Mann, der sich mit einer bloß repräsentativen Schattenregierung zufriedengegeben hätte, und es ist zu bezweifeln, ob Santa Anna vor seinem Sturz 1855 einen absolut regierenden Monarchen neben sich geduldet hätte. Napoleon III. andererseits wollte immer in Amerika einen politisch und wirtschaftlich starken Verbündeten haben, konnte seine Pläne aber erst in die Tat umsetzen (mit bekanntem Ergebnis), als die Vereinigten Staaten im Civil War um ihren eigenen Bestand oder Untergang kämpften. Ende der 1840er Jahre war er in Frankreich vor allem mit der Inszenierung mehrerer erfolgloser Aufstände gegen das Regime des *Bürgerkönigs* Louis Philippe, der Konsolidierung seiner Macht und der Vorbereitung für seinen Staatsstreich beschäftigt. Der in den 30er Jahren entstehende Napoleon-Kult, der sich unter den Bonapartisten dann immer stärker ausprägt, rechtfertigt die o.a. Hypothese, obwohl die dieser Arbeit zugrundeliegenden Quellen keinen schlüssigen Beweis dafür liefern.

amerikanischen Außenministerium informiert. Buchanan weist in einem Schreiben vom 14. Mai 1846 darauf hin, dass der Präsident infolge des Krieges beabsichtigte, eine Blockade der mexikanischen Häfen zu veranlassen; in den Instruktionen an seinen Vertreter in den Vereinigten Staaten über die Ziele und Ursachen des Krieges möge sich Österreich „by the sentiments contained in the President’s message, and this dispatch“ leiten lassen.⁸⁴

Es hätte der eindringlichen Mahnung des Vertreters der Habsburgermonarchie sicher nicht bedurft, um Österreich selbst von einer Interventionspolitik abzuhalten. Aber Hülsemann versuchte mit seinen Warnungen auch indirekt, den einzigen Unsicherheitsfaktor - nämlich Großbritannien - zu beeinflussen. Österreich sollte die anderen Mächte auf die Bedrohung für Europa hinweisen, die eine Intervention in die Angelegenheiten der USA mit sich brächte. Man würde damit den Vereinigten Staaten nur eine Rechtfertigung zuspiesen, sich ihrerseits „in europäische revolutionäre Bewegungen“ einzumischen. Ein paar Monate später bemüht Hülsemann sogar Kants *Kategorischen Imperativ*, um auf die sittliche Verpflichtung hinzuweisen, die die USA gegenüber einem neutralen Österreich dann für immer hätten: „Der Augenblick kann eines Tages kommen, da es nützlich sein wird, der hiesigen Regierung und ihren Vertretern sagen zu können ‘Handelt so, wie wir während eures mexikanischen Krieges gehandelt haben, mischt euch nicht in unsere Angelegenheiten.’“⁸⁵

Im gleichen Maß jedoch, wie die Ablehnung einer bevorstehenden Texasannexion in Europa wuchs, so stieg auch die Unterstützung in den

84 Bericht No. 5C v.18.10.1838, Mareschall an Metternich, HHStA, StA Amerika, Karton 3, Matsch, *Wien-Washington*, S. 12; Polk, *Diary*, 1:396-400, in: APS, Bergeron, S. 82; Polks Botschaft an die Nation v. 11.5.1846, Beilage *The Sun*, Tuesday Morning, 12.5.1846, in: HHStA, Karton 11, Varia 1808-1859.

85 Bericht Hülsemann an Metternich v.1.1.1847, in: Curti, S. 144; der Autor weist darauf hin, dass „Hülsemann nevertheless expressed sympathy for Mexico“, lässt aber offen, welcher Art diese Sympathie war. Hülsemann an Metternich Nr. 11, v. 1.6.1847, in: Loidolt, S. 5.

Vereinigten Staaten und machte einer „Welle nationaler Begeisterung“ Platz, die gegen Ende des Krieges aber immer mehr abebbte. Mexiko gab sich nämlich nicht so schnell geschlagen wie man gehofft hatte und der Krieg zog sich unerwartet in die Länge - ein Umstand, der sich auf Polks Popularität letztlich negativ auswirkte. Österreichs Vertreter glaubt jedoch schon bald nach Beginn eine gewisse Kriegsmüdigkeit zu bemerken: „Viele in den Kriegsdienst tretende Freiwillige“, die anfangs scheinbar bloß an „einen Spaziergang 'to the halls of Montezuma'“ glaubten, sind „[k]rank und unzufrieden [...] zurückgekehrt“.⁸⁶ Die Mexikaner waren vor allem nicht bereit, die Gebiete New Mexico und Kalifornien kampflos abzutreten; auch der Versuch, sie ihnen abzukaufen, war gescheitert. Polk erkannte die strategisch besonders günstige Lage von Kalifornien für die Vereinigten Staaten, die den Amerikanern den ungehinderten Zugang zum Pazifik ermöglichen würde; und über die kalifornischen Hafenstädte, in erster Linie hier San Francisco, war dann der Weg frei für den Orient- und Asienhandel. An der Haltung der Whigs, vornehmlich aus dem Nordosten der USA, hatte sich seit dem Texasaufstand nichts geändert - sie sahen sich in ihrer damaligen Prognose eines Krieges nur bestätigt. In einem Punkt jedoch irrten sie. Während die Whigs in Texas nur einen weiteren „Zankapfel“ in der Sklavereidiskussion und Verschärfung des Nord-Süd-Konflikts sahen, bedeutete der neue Staat für Polk eher eine Art amerikanischer „Militärgrenze“ Richtung Süden und Südwesten. Polks neutrale Haltung zur Sklavereidebatte um Zulassung oder Verbot in den neu erworbenen Gebieten erklärt sich einerseits durch die Tatsache, dass er selbst Sklaven besaß und andererseits durch seinen Mangel an „politische[m] Weitblick“ in dieser Frage: Er glaubte fest daran, dass sich dieses Problem früher oder später von selbst lösen würde. Die territoriale Ausdehnung der USA war für Polk eine unumgänglich notwendige

⁸⁶ *Am. Präsidenten*, S. 150; Bericht No. 30 v. 28.12.1846, Hülsemann an Metternich, HHStA, StA Amerika, Karton 7, Matsch, *Wien-Washington*, SS. 76-7.

Voraussetzung im Hinblick auf eine rasant wachsenden Bevölkerung. In Anlehnung an die Prinzipien der *Jacksonian Democracy* wollte er vor allem Jacksons Agrarpolitik fortsetzen und einen Kompetenzzuwachs der Bundesregierung verhindern. In seiner vierten Jahresbotschaft an den Kongress im Dezember 1848 betonte Polk, dass der Krieg gegen Mexiko

fully developed the capacity of republican governments to prosecute successfully a just and necessary foreign war with all the vigor usually attributed to more arbitrary forms of government.

Auf den ersten Blick eine Art Rechtfertigung für einen „gerechten und notwendigen“ Krieg, lässt Polks Botschaft jedoch auch einen unüberhörbaren Tadel an Europa durchblicken. Polk konnte ja zu Recht mit Stolz auf seine Amtszeit zurückblicken, denn was konnte Europa tatsächlich zu dieser Zeit den amerikanischen Erfolgen entgegensetzen? Während Polk für die künftige Historie ein Kapitel geschrieben hatte, das man mit der Überschrift „Heldenepos“ versehen könnte, während der Präsident des *Manifest Destiny* mit seiner Politik „bereits die Prosperitätsphase des kommenden Jahrzehnts“ vorweggenommen hatte, war Europa durch die „Willkür seiner Regierungsformen“ nur mit dem Kampf gegen Revolutionen beschäftigt gewesen.⁸⁷ Kein Präsident vor ihm hatte zur Erschließung und Vergrößerung des Territoriums der Vereinigten Staaten mehr beigetragen als James Polk. Er konnte nicht nur die künftigen Staaten von Arizona, New Mexico und Utah den Vereinigten Staaten angliedern, sondern auch Texas und Californien - „the land of giants and the golden paradise“.⁸⁸ Angesichts solch einer Erfolgsstory verblassten in der Öffentlichkeit selbst die Zahlen der Opfer, die auf amerikanischer Seite eher gering waren und Mexiko wollte man ja

⁸⁷ *Am. Präsidenten*, SS. 147-50, APS, Bergeron, SS. 53, 110.

⁸⁸ Die Mormonen in Utah mussten allerdings 1858 von Präsident James Buchanan erst gewaltsam von den *Vorteilen* überzeugt werden, die ihnen als „bona fide Americans“ zuteil werden, vgl. dazu: APS, Smith, S. 1.

ohnedies dementsprechend entschädigen. Das Problem war nur, dass die amerikanische Regierung zu diesem Zeitpunkt offenbar nicht über die nötigen Mittel verfügte, ihrem Versprechen auch nachzukommen. Die Lösung dafür bot sich in Form der August Belmont & Company an, die die Summe von drei Millionen Dollar an die mexikanische Regierung überweisen sollte - „the payment on the indemnity that the United States had agreed to pay Mexico in exchange for the land seized during the recent Mexican War“. August Belmont, seit 1844 amerikanischer Staatsbürger und in der Zwischenzeit zu einem der reichsten Bürger New Yorks aufgestiegen, „handled the transaction without taking any commission“. Auch die österreichische Regierung war auf Belmonts „growing international reputation“ aufmerksam geworden und „appointed him the provisional Austrian consul general for New York“. Belmonts provisorisches Generalkonsulat - aus dem vier Jahre später ein permanentes wurde - brachte für beide Seiten nur Vorteile: Belmont selbst sah in dem Amt „a measure of independence from the Rothschilds“; und für Österreich war der Generalkonsul eine wertvolle Informationsquelle über die letzten politischen Entwicklungen in den USA und dazu gehörten beispielsweise „the conflict with Britain over territory in Oregon, the conflict with Mexico over territory in Texas“.⁸⁹ Politisch fühlte sich August Belmont von Beginn an von den Demokraten angezogen - allein schon wegen seiner „liberal tendencies“. Genau wie Polk war auch Belmont „an expansionist“. Es ist daher nicht verwunderlich, dass er sich auch für die Wahl Polks einsetzte. Was er jedoch nicht mit Polk teilte, war die Einstellung zur Sklaverei. Belmont betrachtete grundsätzlich alle Dinge vom geschäftlichen Standpunkt aus. Während Polk - wie schon gesagt - sich in dieser Frage eher zurückhielt, lehnte Belmont die Sklaverei rundweg ab; nicht etwa aus moralischen Gründen, sondern aus rein

⁸⁹ Belmonts konsularische Tätigkeit erstreckte sich neben New York auch auf „New Jersey, Pennsylvania, Delaware, Maryland, Virginia, and the District of Columbia“. Black, SS. 50-2, 77.

wirtschaftlichen - „because he thought it was a bad business“. Im Jahr 1844 aber war die Politik *per se* für Belmont jedoch noch ein sehr unsicheres Terrain, auf dem ihm sowohl die nötige Erfahrung als auch die notwendigen Kontakte fehlten, um sich einen Namen als geschickter Wahlkampfstrategie zu machen. Bis zu den nächsten beiden demokratischen Präsidenten sollte sich das gründlich geändert haben.

Untrennbar verbunden mit Polks forciertes Expansionspolitik ist der Begriff des *Manifest Destiny*, der auf den Publizisten John L. O'Sullivan zurückgeht. Der Herausgeber des *United States Magazine* und *Democratic Review* hätte Mitte der 1840er Jahre keine passenderen Worte für die Mission wählen können, die allmählich alle Bereiche des amerikanischen Lebens erfassen sollte. Selbst zeitgenössische Anhänger sprechen von einer „endemic practise“, charakteristisch für Amerika; und tatsächlich hatte sich dieses Verständnis von *Vorsehung* nur in den USA entwickeln können. Ihrer Ansicht nach war es „an undeniable part of the providential plan that this nation should expand to its „natural“ borders, wherever they might be“. Ruft man sich das Prinzip des *pursuit of happiness* in Verbindung mit Calvins *Prädestinationslehre* ins Gedächtnis, so ist es nicht verwunderlich, dass die Wurzeln in einer eigenartigen „Mischung von anglo-protestantischem Nationalismus und Fortschrittsoptimismus“ zu finden sind. Eine endgültige Gewissheit, auf welcher Seite man im Endeffekt stehen wird, wird zwar vom Calvinismus verneint, das Streben nach individuellem Glück und Erfolg ist aber der einzige Weg, möglicherweise doch zu den *Auserwählten* zu gehören. In seiner konfessionellen Ausprägung bedeutete *Manifest Destiny*, dass Gott den nordamerikanischen Kontinent den Amerikanern zugeteilt hatte, aber

[a]ls säkularisierte Form der protestantischen Heilserwartung durchdrang *Manifest Destiny* die gesamte Kultur der Epoche, verlieh den Erfahrungen von Demokratisierung, Westwanderung und

Bevölkerungswachstum einen tieferen Sinn und prägte sich dauerhaft in das kollektive Geschichtsbewußtsein der Amerikaner ein. Für viele Zeitgenossen war Präsident Polk das Instrument, mit dessen Hilfe die Vorsehung diese 'offenbare Bestimmung' verwirklichte.

Dafür hätten die Amerikaner wohl keinen besseren Repräsentanten als Polk finden können. Man muss allerdings einräumen, dass diese Strömung schon vor Polk vorhanden war. Polk hat diesen Trend nur rechtzeitig wahrgenommen und, da dies auch seiner eigenen Geisteshaltung entsprach, geschickt in seiner Politik umgesetzt. Die Ideologie des *Manifest Destiny* vertiefte sich im Laufe der Zeit nur noch, nahm immer militantere Formen an und diente als Rechtfertigung für eine rücksichtslose Durchsetzung sowohl politischer als auch wirtschaftlicher Konzepte. Da das amerikanische Volk ganz offenkundig dazu ausersehen war, den ganzen Kontinent für seine „freie Entfaltung“ zu erobern und zu nutzen, waren Hindernisse auf diesem Weg dazu da, überwunden zu werden. Dabei machte es wenig Unterschied, ob es sich um „mutige Abenteuer“ gegen Indianer oder einen Krieg gegen Mexikaner handelte. Dass der Westen scheinbar ohne nennenswerten Widerstand nur darauf wartete, in Besitz genommen zu werden, hat die Amerikaner sicher in ihrem Glauben an den „schicksalhaften Plan der Vorsehung“ bestärkt. Dazu kamen Zeitungsartikel, in denen man an die altruistische Seite des amerikanischen Gewissens appellierte, die Früchte ihrer Freiheit auch anderen zuteil werden zu lassen.

Für den nächsten Präsidenten aus den Reihen der Demokraten waren die Möglichkeiten, an Polks Erfolge anzuschließen, naturgemäß beschränkt. Franklin Pierce richtete daher seine außenpolitische Aufmerksamkeit auf das einzig noch verbleibende, allerdings vielversprechende Potential - den Süden. Auf einer Skala nach Beliebtheit oder auch Bekanntheit der amerikanischen Präsidenten im neunzehnten

Jahrhundert würde sich Pierce sicher auf den hinteren Rängen finden. Man muss jedoch zu seiner Rechtfertigung zugeben, dass seine Amtszeit in eine äußerst kritische Periode fiel. Innenpolitisch war die Gefährdung für das Weiterbestehen der Union nicht mehr wegzuleugnen; außenpolitisch brachte vor allem die Öffnung Japans für den Westen Vorteile für die amerikanische Handelspolitik, aber damit auch eine Beeinträchtigung der französischen und britischen Interessenssphäre. Amerika hielt allerdings an seinem militanten Expansionskurs unbeirrt fest und die fixe Idee, auch Kuba den Vereinigten Staaten anzugliedern, wurde nachgerade zu einer *Obsession*, obwohl man damit fast einen Krieg mit Spanien heraufbeschwor. Aber auch andere Länder standen zur Diskussion - Alaska, Nicaragua, die Hawaii- und Guano Inseln, auch Kanada war plötzlich wieder ein Thema.⁹⁰ Die meisten dieser Projekte verliefen allerdings im Sande. Für einige von ihnen war die Zeit einfach noch nicht reif genug, nicht für Alaska, nicht für Hawaii, und die Debatte um Kanada kann nur - wie schon so oft in der Vergangenheit - eine rein akademische gewesen sein.

Ein Krieg mit Großbritannien wurde zu dieser Zeit nämlich bestimmt nicht mehr ernsthaft in Erwägung gezogen, obwohl gerade Nicaragua dafür sorgte, dass sich das politische Klima zwischen beiden Ländern erneut verschlechterte. Der zentralamerikanische Staat bot für manche Amerikaner die ideale Gelegenheit, durch Landspekulationen das große Geld zu machen. Henry L. Kinney und William Walker, beides Abenteurer von zweifelhaftem Ruf, brachten mit ihren dubiosen Geschäften die Regierung und den Präsidenten selbst in arge Bedrängnis, da angeblich auch Pierce selbst an diesen Transaktionen mitpartizipierte. Kinney hatte in Nicaragua Land von einem Mann gekauft, der sich als „König der Moskitoin Indianer“ ausgab und anschließend Anteile „an mehrere

⁹⁰ *Am. Präsidenten*, S. 145-6; APS, Bergeron, S. 65 und SS. 3-4; in Klammern findet man vom Autor den ironischen Hinweis, dass es sich bei dieser Freiheit um „the American kind, of course“ handelt; APS, Gara, preface, xii.

amerikanische Magnaten sowie an Mitglieder der Regierung Pierce“ lukrativ weiterverkauft. Selbstverständlich konnten solche Aktivitäten weder in den Vereinigten Staaten noch in Europa auf Dauer geheimgehalten werden und Großbritannien, das ohnedies an der Integrität von Pierce zweifelte, argwöhnte, dass Männer wie Kinney von den Vereinigten Staaten nur „als Vorreiter für eine Expansion nach Süden“ angeheuert waren. Beim zweiten Zwischenfall sorgte das eigenmächtige Vorgehen des Präsidenten für noch mehr Ärger in der Regierung. William Walker, ein radikaler Expansionist, konnte 1855 mit der Unterstützung revolutionärer Gruppen in Nicaragua „eine Marionettenregierung“ ausrufen „und die Wiedereinführung der Sklaverei“ verkünden. Pierce schlug alle Mahnungen seines Kabinetts in den Wind und proklamierte die offizielle Anerkennung des „illegal an die Macht gelangten Walker und dessen Regierung“. Es ist daher wenig überraschend, dass viele Südstaatler in Nicaragua schon „einen zukünftigen Bundesstaat der USA“ sahen.⁹¹

Im Vergleich zu Polk, der seiner Politik des *Manifest Destiny* mit einem erheblichen Gebietszuwachs für die Vereinigten Staaten durchaus gerecht wurde, nehmen sich die beiden Landgewinne unter Pierce eher bescheiden aus - allerdings stießen seine Pläne auch in der amerikanischen Öffentlichkeit oft auf wenig Gegenliebe, wie zum Beispiel „[d]er Wunsch, den Mexikanern ein weiteres Stück Land abzurufen“ oder der schon einmal erwähnte *Gadsden Purchase*, der sich außerdem im Endeffekt als wesentlich kleiner herausstellte, als man gehofft hatte. Das Gebiet gehört heute zu Arizona und New Mexiko und Pierce erhoffte sich durch den Bau einer „transkontinentale[n] Eisenbahntrasse“ vor allem eine Belebung der Wirtschaft des Südens, und weder seine politischen Gegner

⁹¹ Dass Walkers politischer Bravourakt letztendlich doch fehlschlug, ist einer „Koalition mittelamerikanischer Staaten“ zu verdanken, die „den politischen Desperado“ zum Aufgeben zwang. Pierce entsandte „eine Mission zur Rettung Walkers“ - möglicherweise hatte er in der Zwischenzeit doch seine Voreiligkeit bedauert. Dem unbelehrbaren Walker half das wenig, denn er „verstrickte sich [...] in neue Abenteuer und wurde 1860 in Honduras erschossen“. In: *Am. Präsidenten*, SS. 167-8.

noch Kritiker aus den eigenen Reihen konnten ihn von seinem Vorhaben abbringen - auch nicht „ein „Kongreßabgeordneter aus Ohio“, der ironisch meinte, das Land wäre selbst einem Wolf zu schlecht. Pierce sollte jedoch sein Ziel nicht mehr verwirklicht sehen, denn der Bau der Südtrasse erfolgte erst in den 1880er Jahren. Der einzig wirkliche Gebietszuwachs resultierte aus einem 1856 erlassenen Gesetz, das jedem Amerikaner erlaubte, „eine nicht beanspruchte Insel mit Guano-Ablagerungen“ stellvertretend für die Vereinigten Staaten in Besitz zu nehmen. „Auf einer zweifelhaften Rechtsgrundlage wurden den USA nicht weniger als 70 Inseln (unter ihnen Midway und die Christmas Islands) angegliedert. Somit spielte der Dünger Guano, der Mist von Seevögeln, eine nicht unerhebliche Rolle bei der Ausbreitung des *American Empire*.“

Die Bereicherung „der Geschichte des amerikanischen Imperialismus [um] ein weiteres, wichtiges Kapitel“ war also mehr abstrakter denn konkreter Natur, denn trotz der konsequenten Verfolgung seiner Interventionspolitik waren die Guano Inseln einer der wenigen außenpolitischen Gewinne, die Pierce tatsächlich für sich verbuchen konnte. Auch die weitverbreitete Ansicht, dass die Vereinigten Staaten um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts im Großen und Ganzen ihre heutige territoriale Form erreicht hatten, stellt sich „angesichts der gescheiterten großen Expansionsziele der Präsidenten Pierce und Buchanan“ als „ein später gefälltes Urteil“ heraus. Allerdings wurden sich die USA unter Pierce mehr und mehr ihrer wachsenden politischen Bedeutung auf internationaler Ebene bewusst.

Bei der „Smaragdinsel in der Karibik“ - dem begehrtesten Objekt der Begierde seit Jeffersons Amtszeit - blieb Pierce der Erfolg versagt. Viele Amerikaner waren überzeugt, dass Kubas ausgesprochen strategisch günstige Lage die Insel doch keinesfalls als einen Teil des monarchischen Spanien, sondern ganz offenkundig als Besitz der Vereinigten Staaten bestimmte. Die Situation zeigt auffallende Ähnlichkeiten mit der von Texas

einige Jahre vorher - mit einem signifikanten Unterschied: Der Gegner war diesmal ein anderer. Kuba war sicher um einiges attraktiver als das karge Texas und man hätte dort mindestens einen oder vielleicht auch zwei Sklavenstaaten errichten können. Obwohl die dadurch wachsende Opposition der *Free-Soilers* zu einer weiteren Verschärfung in der Sklavereidebatte führte, hätte man sie vielleicht in Kauf genommen. Mit Spanien jedoch wollte selbst die expansionshungrige Pierce-Administration es auf keine militärische Konfrontation ankommen lassen - selbst ohne den Rückhalt der gefürchteten *Heiligen Allianz*.

Allein die geografische Position der Antilleninsel war für die USA immer Grund genug, sie in ihre Außenpolitik mit einzubeziehen; und auch die jüngere Vergangenheit erinnert daran, dass Kuba im zwanzigsten Jahrhundert wieder zum internationalen Krisenherd avancierte. Man denke in diesem Zusammenhang nur an den *Kalten Krieg*, verbunden mit der Schweinebucht-Krise vom April 1961, oder an das legendäre Treffen von Kennedy mit Chruschtschow in Wien und die darauffolgende Kuba-Krise von 1962. Um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts beschäftigte der mögliche Erwerb Kubas über ein Jahrzehnt lang mehrere US-Regierungen. In den 1840er Jahren gab man diesen Wunsch allerdings noch nicht offen zu. Ganz im Gegenteil: So hat Webster in seiner ersten Amtszeit als Tylers Außenminister Spanien gegenüber versichert, Amerika würde alles tun, um Kuba als spanische Kolonie zu erhalten. Dahinter stand natürlich die Sorge, dass sich eine andere europäische Großmacht der Insel bemächtigen könnte - allen voran England. Die Stimmen für eine territoriale Ausdehnung nach Süden waren jedoch nie verstummt und die lautesten kamen aus dem Süden. Ausschlaggebend dafür waren in erster Linie die geopolitischen Konstellationen innerhalb der Union, die eine Aufrechterhaltung der *Peculiar Institution* immer schwieriger machten. Könnte man jedoch das fruchtbare Kuba in Besitz nehmen - auf welchem Weg auch immer - würde das die Position der Sklavenhalterfraktion im

Kongress gegenüber dem Norden deutlich stärken. Für Pierce und sein Kabinett bestand kein Zweifel, dass man Kuba an die Vereinigten Staaten angliedern wollte; Etwaige Meinungsunterschiede - hinsichtlich der Wege, nicht über das Ziel - erwiesen sich aber letzten Endes als „profound and divisive“.

Konkretere Formen hatte das Projekt schon am Ende von Polks Amtszeit angenommen. John L. O'Sullivan, der „Schöpfer“ des *Manifest Destiny*, versuchte 1847 in einem persönlichen Gespräch, Polks Aufmerksamkeit auf die ungeheure Bedeutung Kubas zu lenken. Der Präsident zeigte sich höflich interessiert, aber unverbindlich. O'Sullivans Worte scheinen jedoch auf fruchtbaren Boden gefallen zu sein, denn Polk reagierte mit einem diesbezüglichen Memorandum an sein State Department, das jedoch zu einer Zeit, in der sich die USA gerade im Krieg gegen Mexiko befanden, an Priorität verlor. Nur den Seiten seines Tagebuches vertraute er seine geheimen Pläne an, Kuba 1848 zu kaufen und später dann zu annektieren.⁹² Polks Versuch scheiterte; ebenso drei Versuche einer gewaltsamen Invasion einer Gruppe von kubanischen Revolutionären rund um Narciso López. Bei den beiden ersten kamen López und seine Verbündeten noch ungeschoren davon, da sich die Richter in New Orleans weigerten, sie zu verurteilen. Allerdings meinte es das Schicksal mit dem „kubanischen Kossuth“ nicht so gut wie mit seinem ungarischen Pendant, denn auch das dritte Experiment vom August 1851 war ein Fehlschlag, und López und etliche amerikanische Abenteurer wurden hingerichtet. Die daraufhin ausbrechenden Tumulte in New Orleans richteten sich vor allem gegen das spanische Konsulat, das massiv beschädigt wurde, machten aber auch vor persönlichem Eigentum von spanischen Bürgern nicht Halt. Spanien reagiert natürlich mit einer offiziellen Protestnote, zu der Webster, nun erneut an der Spitze des State Department, Stellung nehmen muss. Österreichs Hülsemann wird über

⁹² Eimers, S. 286; APS, Gara, S. 149; Polk, *Diary*, 3:446, in: APS, Bergeron, S. 108.

die beschwichtigenden Töne in Websters Antwort sicher erstaunt gewesen sein, da sie ganz im Gegensatz zu der „aufhetzenden Rhetorik“, die der amerikanische Außenminister zur gleichen Zeit gegenüber Österreich gebrauchte, eine „meisterhafte Demonstration rationaler Versöhnung“ repräsentiert.⁹³

Durch die Exekution von López und seinen amerikanischen Bundesgenossen aber trat genau das ein, was man eigentlich in den USA um jeden Preis vermeiden wollte. Der Fall erregte genügend internationale Aufmerksamkeit, sodass Frankreich und Großbritannien sich zu einer gemeinsamen Aktion entschlossen und „eine Flotte in die Karibik entsendeten, um Kuba gegen eine mögliche Invasion zu verteidigen“. Hülsemann hatte schon ein Jahr zuvor „ein Erscheinen britischer und französischer Kriegsschiffe in diesen Gegenden [als] sehr heilsam“ empfohlen; auch im Falle eines tatsächlichen Konflikts zwischen den USA und Europa wäre dies seiner Meinung nach ein strategisch wirksames Mittel, „der unruhigen mexikanischen Bevölkerung ein Betätigungsfeld in der Nachbarschaft zu bieten“. Obwohl nicht unmittelbar betroffen, war Österreich über das gemeinsame Projekt der Engländer und Franzosen beunruhigt. Die Verhandlungen über einen möglichen amerikanischen Flottenstützpunkt in Lissabon führten dazu, dass Österreich jede diesbezügliche Verschiebung im Mittelmeer argwöhnisch beobachtete. Schwarzenberg schrieb am 20. September 1851 an Hülsemann, dass man in Österreich keinen Zweifel mehr an den Absichten der Vereinigten Staaten an „prospective operations in the two seas which border Europe“ haben könne. Ein neuer Stützpunkt wäre für die USA im Falle eines Krieges mit Großbritannien tatsächlich von großem Interesse gewesen.

⁹³ Bartlett, SS. 278-9. Allerdings muss man bedenken, dass Webster sowohl aus innen- wie auch aus außenpolitischen Gründen zum Einlenken gezwungen war. Die USA wollten einerseits Proteste von Sklavereieignern im Norden und andererseits eine Provokation einer europäischen Großmacht vermeiden - alles Konsequenzen, die man bei einem eher persönlichen Machtkampf mit einem Vertreter Österreichs wohl kaum zu befürchten hatte.

Erwartungsgemäß finden die beiden Whig-Präsidenten Taylor und Fillmore aufgrund ihrer eher konservativen Einstellung und gemäßigten Außenpolitik Österreichs Zustimmung. Auch die Auswahl der Männer, die Taylor in seine Regierung holt, ist in Hülsemanns Augen eine Bestätigung der „friedlichen und konservativen Ideen, welche man General Taylor zubilligt“, und er vermutet daher, dass sich das Kabinett Taylor, trotz etlicher Anhänger im Süden, allen Vorschlägen, Kuba zu annektieren, vehement widersetzen wird; falls jedoch andere Staaten oder englische Sklavereigeegner zu einer Revolte in Kuba aufriefen, könne man nicht mehr mit dieser unbeteiligten Haltung der USA rechnen.⁹⁴ Allerdings rechnet Hülsemann nur mit einem Aufschub in den „filibustering expeditions against Cuba“. Spanien müsse daher Kuba vor der nächsten demokratischen Präsidentschaft verkaufen, „before it was snatched from her“. Madrid solle nicht voreilig ein amerikanisches Kaufangebot ablehnen, ehe man sich nicht auch eines tatkräftigen Verbündeten in Europa sicher ist. Es wäre für Spanien wesentlich vernünftiger, seinen Staatshaushalt durch einen rechtzeitigen Verkauf einigermaßen zu sanieren „than „lose Cuba in three or four years without any indemnity“. Ähnliche Bedenken äußert Hülsemann auch im Hinblick auf Kanada, obwohl er einräumt, dass „[t]he wisest men in the United States wish neither Canada nor Cuba, for they realize the larger the country the quicker it will crumble; but this class dares not speak, and when it speaks, it is not heard.“ Österreichs Ministerpräsident Schwarzenberg vertritt ebenfalls die Auffassung, dass eine Annexion Kubas für die Vereinigten Staaten eine Belastung darstellen würde, der die Einheit der Union nicht standhalten würde. Hülsemann wurde angewiesen - allerdings „with due consideration for the delicate position of the president“ - seinen spanischen Diplomaten-

⁹⁴ Bericht No. 11 A-G v.17.3.1849, Hülsemann an Schwarzenberg, HHStA, PA XXXIII, Karton 11, in: Matsch, *Wien-Washington*, S. 95; Bericht No. 45, v. 2.10.1850, Hülsemann an Schwarzenberg, HHStA, PA XXXIII, Karton 11, in: Ebd, S. 109; *Dépêches à Washington 1851*, in: Curti, SS. 144-5.

Kollegen in den USA zu versichern, dass Spanien in seinen Schwierigkeiten mit den Vereinigten Staaten „on the moral support of Austria“ zählen könnte. Dass Schwarzenberg nur von moralischer Unterstützung spricht - die Spanien im Falle einer tatsächlichen Invasion Kubas wohl kaum geholfen hätte - erklärt sich in der Tat aus der heiklen Situation, in der Österreich sich im Herbst 1851 befand. Einerseits wollte man die anti-österreichische Stimmung in den Vereinigten Staaten durch eine offene Parteinahme für Spanien nicht noch mehr anheizen, andererseits könnte Österreichs schärfster Kritiker Webster der nächste Präsident werden. Curtis Schlussfolgerung, dass, weil Österreich eine Annexion Kubas wegen der Gefährdung für die Union ausschloss und deshalb „[i]n its difficulties with the United States, [...] counted on this factor“ ist aus verschiedenen Gründen nicht stichhaltig: Die im nächsten Jahr anstehenden Präsidentenwahlen könnten auch einen Sieg für die Demokraten bringen - eine Möglichkeit, die eine radikale Änderung in der amerikanischen Expansionspolitik bedeuten würde, wie Hülsemann ja richtig in Betracht gezogen hatte; und - wie das nächste Kapitel zeigen wird - hatte zu diesem Zeitpunkt niemand vorausahnen können, dass letzten Endes eine *höhere Macht* dem Konflikt zwischen der Habsburgermonarchie und den Vereinigten Staaten ein Ende bereiten werde.⁹⁵

Taylor's Nachfolger Fillmore und sein Kabinett hatten sich immer energisch gegen jede Intervention ausgesprochen - ein Kurs, der von Hülsemann natürlich wohlwollend zur Kenntnis genommen wird; er findet selbst für Secretary of State Webster zu dieser Zeit nur freundliche Worte: Da „beide aus dem Norden stammen, begünstigen [sie] eine solche Politik

95 Berichte No. 1 B v. 18.1.1849 und No. 30 v. 2.6.1850, Hülsemann an Schwarzenberg, Rapports d'États Unis 1850, Bericht No. 22 v. 20.9.1849, Hülsemann an Buol [sic!] - der Bericht erging an Schwarzenberg!; Berichte v. 20.9.1851 und 4.11.1851, Schwarzenberg an Hülsemann, Dépêches à Washington 1851, in: Curti, SS. 145,147. Korrekte Quellenangabe vgl. Matsch, *Wien-Washington*, S. 97.

in keiner Weise“; allerdings traut er der neuen Regierung offenbar keine große Kompetenz zu, da sie nicht imstande ist, eine diesbezügliche „einschlägige Propaganda“ zu verhindern. Ein Jahr später wird sein Urteil weniger günstig ausfallen. Fillmore wirft er dann auch außenpolitische Inkompetenz vor - statt den Konflikt mit Österreich durch die Absetzung Websters zu bereinigen, stellt der Präsident sich schützend vor seinen Außenminister.⁹⁶

In seiner letzten Jahresbotschaft an den Kongress vom Dezember 1852 wiederholte Fillmore noch einmal, dass Kuba nur mit der Zustimmung Spaniens „a most desirable annexation“ wäre; unter den gegebenen Umständen aber wäre seine Angliederung „a most hazardous measure.“ Das kubanische Volk unterscheidet sich vom amerikanischen sowohl durch seine Sprache als auch durch eine andere Menschenrasse und eine gewaltsame Angliederung an die Vereinigten Staaten könnte „revive those conflicts of opinion between the different sections of the country, which lately shook the Union to its center“.⁹⁷

Die Wahl von Pierce kommt für Hülsemann nicht überraschend. Er hält ihn für einen „northern man with southern principles“ - die besten Voraussetzungen, um ihm Anfang der Fünfzigerjahre den Sieg zu sichern. Das bedeutet, schreibt Hülsemann, eine vollkommen kompromisslose Haltung gegenüber jeglicher Abolitionspolitik, da sowohl innen- als auch außenpolitisch die Interessen des Südens Priorität haben werden. Hülsemann ist überzeugt, dass infolgedessen auch für das Amt des künftigen Außenministers am ehesten James Buchanan in Frage kommt. Er „stammt zwar aus Pennsylvania, seine Macht gründet sich aber auf jenes Vertrauen, welches ihm die Süd-Staaten entgegenbringen“. Mit seinem umfassenden Bericht unmittelbar nach der Wahl von Pierce stellt

96 Bericht No. 45, v. 2.10.1850, Hülsemann an Schwarzenberg, HHStA, PA XXXIII, Karton 11, Matsch, *Wien-Washington*, S. 109.

97 Richardson, *Messages and Papers of the Presidents*, 5:165-6, in: APS, Smith, SS. 229-30.

Hülsemann erneut seine profunde Kenntnis der amerikanischen Verhältnisse unter Beweis. Er unterrichtet Österreich nicht nur über die künftige Regierungsbildung, sondern auch über die außenpolitischen Ziele der neuen Administration. Für die Habsburgermonarchie werde sich in ihren Beziehungen zu den Vereinigten Staaten kaum etwas ändern, da nur Großbritannien und Spanien wegen möglicher Interessenskonflikte in eine bewaffnete Auseinandersetzung mit den USA geraten könnten. „Es ist jedoch unwahrscheinlich“, folgert Österreichs gut informierter Vertreter, „daß sich die Bundesregierung in die gegenwärtigen Komplikationen zwischen den europäischen Mächten hineinziehen lassen werde“. Hülsemann ist überzeugt, dass die neue Regierung unter Pierce nun alles dransetzen wird, die Pläne um Kuba zu realisieren. Aber selbst jetzt wird er nicht müde, Europa Ratschläge zu erteilen, wie man doch noch das amerikanische Vorhaben vereiteln könnte: England und Frankreich könnten durch ihre Intervention außerdem die Entwicklung amerikanischer Innenpolitik beeinflussen, wenn sie die politische Opposition schürten, da die Whigs auf jeden Fall „politisch profitieren würden von der Furcht“, die das neuerliche Aufkreuzen englischer und französischer Flotten in der Karibik hervorruft. Großbritannien hat seiner Meinung nach in dieser Situation die wesentlich schlechteren Karten als Frankreich. Man wolle zwar in England, dass Kuba im spanischen Besitz bleibt, müsse aber sehr vorsichtig agieren, „lest the elements of disorder in the United States, frustrated in the Caribbean, should turn to Canada“. Frankreich, andererseits, habe jedoch nichts zu verlieren und könne Spanien viel effizienter unterstützen. Es ist nicht nur der Süden, der einstimmig hinter Pierce steht, resümiert Hülsemann, es sind auch die prosperierenden Industriestädte im Nordosten der Vereinigten Staaten, die eine territoriale Ausdehnung nach Süden befürworten: „New York and all the commercial cities desire annexation, and in spite of the opposition of New England to the admission of another slave state, rich merchants and

manufakturers of Boston, Lowell, and Providence are in favor of annexation“. Hülsemann hatte schon zur Zeit Polks die wachsende Bedeutung dieser Städte erkannt und vorausgesagt, dass eines Tages „die schwerreichen Leute in Boston auf die Idee kommen, in Amerika jene unabhängige Rolle spielen zu wollen, die wegen seines Kapitals, der kommerziellen und industriellen Tätigkeit seiner Bevölkerung und seiner Handelsmarine, Holland vor zwei oder drei Jahrhunderten spielte“. ⁹⁸

Ein paar Wochen nach der Inauguration von Pierce am 4. März 1853 stellt Hülsemann im Vergleich zur vorigen Regierung einen signifikanten außenpolitischen Kurswechsel fest: Nunmehr vertritt Außenminister Marcy eine gemäßigte Parteilinie, während Pierce mehr und mehr der Meinung seines Kriegsministers und Freundes Jefferson Davis vertraut. Tatsächlich hatte der spätere Südstaatenpräsident auf Pierce großen Einfluss, der Präsident vermied jedoch einen allzu engen Kontakt in der Öffentlichkeit, da Davis ganz offen für die Interessen des Südens eintrat. Hülsemann weiß auch, dass Davis ein Anhänger der *Young America* Bewegung ist und als „Günstling[...] von General Pierce“ gilt. Österreichs Vertreter zeigt sich aber nicht nur gut informiert sondern noch immer verletzt. Obwohl er gegenüber Pierce-Vorgänger Fillmore jetzt wieder versöhnliche Töne anschlägt, macht Hülsemann deutlich, dass er seine Auseinandersetzung mit Webster noch nicht vergessen hat: „Während zur Zeit der früheren Administration der Staats-Sekretär oft in bedenklicher Weise handelte, war Präsident Fillmore konservativen Ideen und friedlicher Politik aufgeschlossen“. ⁹⁹

⁹⁸ Bericht aus Wien v. 21.11.1852, No. 42, Hülsemann an Buol, [Hülsemann befand sich zu dieser Zeit in Wien]; bei Curti, SS. 145-6: Hülsemann an Schwarzenberg [sic!], États Unis de l'Amérique 1852; korrekte Quellenangabe vgl. Matsch, *Wien-Washington*, S. 137, HHStA, PA XXXIII, Karton 13; Bericht No. 30 v. 28.12.1846, Hülsemann an Metternich, HHStA, StA Amerika, Karton 7, in: Matsch, *Wien-Washington*, SS, 76-7.

⁹⁹ Bericht aus Washington v. 14.4.1853, No. 9, Hülsemann an Buol, HHStA, PA XXXIII, Karton 14, in: Matsch, *Wien-Washington*, S. 142; APS, Gara, S. 151.

Wie groß in Amerika noch immer der Respekt für die ehemals so mächtige Kolonialmacht Spanien war, wird schon durch Polks geheime Kuba-Pläne deutlich; der Zwischenfall um die *Black Warrior* sechs Jahre danach zeigt darüber hinaus die dramatische Verschlechterung in den politischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien. Am 7. März 1854 wurde das amerikanische Schiff *Black Warrior* von kubanischen Beamten beschlagnahmt und ihr Kapitän wegen angeblicher Nichteinhaltung von Hafenregeln verhaftet. Die Öffentlichkeit reagierte entrüstet auf eine ihrer Meinung nach weitere Repressalie für die amerikanischen Schifffahrtsinteressen, die von Spanien aber offenbar als berechtigter Gegenschlag für die permanente Bedrohung durch amerikanische „freibeuterische Aktivitäten“ angesehen wurde. Pierce versuchte wie immer, sich alle Optionen offen zu lassen. Einerseits war diese Provokation für ihn eine willkommene Gelegenheit, um den Spaniern mit einer militärischen Vergeltung zu drohen und die sofortige Lostrennung Kubas von Spanien zu verlangen. Andererseits brachte er explizit zum Ausdruck, man hoffe auf eine friedliche Beilegung des Konflikts. Amerikas diplomatischer Vertreter in Madrid, Soulé, - von Natur aus ein Sanguiniker - wählte auch hier den provokativen, jedoch eigenmächtigen Weg. Er stellte der spanischen Regierung, ohne die dafür nötige Befugnis, „ein kurzfristiges Ultimatum, in dem er die Absetzung führender kubanischer Beamter forderte“. Spanien zeigte sich allerdings wenig beeindruckt - weder von der Kriegsrute im Fenster noch vom Ultimatum. Es ließ die Frist unbeantwortet verstreichen, entschädigte allerdings die Eigentümer der *Black Warrior* mit \$ 53,000.¹⁰⁰ Die sich verschärfenden Gegensätze zwischen Nord und Süd im Hinblick auf eine mögliche Ausweitung der Sklaverei nach Kuba erfuhren eine weitere Polarisierung durch eine Art „Back-to-the-Roots“ Bewegung, die sich in

¹⁰⁰Pierre Soulé hatte kurz vorher „seinen französischen Amtskollegen in einem Duell erschossen“, in: *Am. Präsid*, SS.166-7; APS, Bergeron, S. 26; APS, Gara, SS. 27, 149.

den 1840er Jahren unter dem Eindruck der Unruhen in Europa gebildet hatte und sich *Young America* nannte.

Die tiefe Überzeugung, man müsse an den revolutionär gewonnenen Idealen der Neuen Welt auch die Alte partizipieren lassen, war schon seit der Regierung Jefferson ein - „zumindest impliziertes Ziel“ - der amerikanischen Außenpolitik gewesen. Später entwickelte sich daraus ein „neuer Nationalismus“, der in erster Linie vom „Stolz auf die politischen Institutionen“ getragen wurde - Errungenschaften, die als Paradigmen politischer Emanzipation angesehen wurden. Während die Verwirklichung des *Manifest Destiny* aber in der Anfangsphase im Großen und Ganzen auf den amerikanischen Kontinent beschränkt war und erst allmählich auch jenes Land darunter verstand, das „not necessarily contiguous to the United States“ war, machte der Enthusiasmus der *Young Americans* weder vor geografischen noch vor politischen Grenzen Halt. Innenpolitisch hieß das Ziel ihres Programms Expansion, außenpolitisch Intervention - bei beiden heiligte der Zweck auch die Mittel; und es war gerade das, was ihnen den „special flavor“ verlieh, obwohl eine Konzentration auf aggressive Politik keineswegs nur dieser Bewegung vorbehalten war. Kuba hatte für die Gruppe aus zwei Gründen besondere Priorität: „Der spanischen Herrschaft ein Ende zu setzen, wäre nicht nur ein Schlag gegen eine monarchische Macht in der Neuen Welt, sondern auch ein Beitrag zur Abschaffung der Monarchie in der Alten.“

Folgt man der Definition des amerikanischen Historikers Spencer, so erhält man von *Young America* ein fast romantisch verklärtes Bild, das zwar die wirklichkeitsfremde Ideologie erkennen lässt, über den militanten Hintergrund der Gruppe aber hinwegtäuscht:

Das Young America symbolisierte nichts anderes als eine gefühlsbetonte Wiederbestätigung des amerikanischen Gesellschaftsgefüges und Regierungssystems und die blinde Bereitschaft,

diese Gefühle auch auf ihre Außenpolitik einwirken zu lassen.¹⁰¹

Eine wesentlich konkretere Vorstellung von den Anliegen der *Young Americans* findet man bei Moltmann. Ihm zufolge waren sie hauptsächlich, aber nicht ausschließlich im Lager der Demokraten angesiedelt, bestanden aus den verschiedensten „Grüppchen und Einzelpersonen“ und waren deshalb auch „niemals organisiert“. Obwohl ihre Heterogenität ein einheitliches Programm verhinderte, teilten sie doch „ein gemeinsames Bewußtsein“. Den Demokraten warfen sie eine „no policy“ Linie vor, für die ihrer Meinung nach die Dominanz der „old fogeys“ innerhalb der Partei verantwortlich war. Die Hauptthesen der *Young America* Gruppe mit einer Fokussierung auf den Einzelnen vor dem Allgemeinwohl sind zweifellos den Grundsätzen des Liberalismus entnommen: Nur eine möglichst umfassende Emanzipation des Menschen garantiert auch die Freiheit, die er zur Erreichung seiner persönlichen Ziele benötigt. Damit ist er aber auch in der Lage, wirtschaftliche Probleme ohne staatliche Bevormundung selbst zu lösen. Durch die starke Betonung auf Selbstverwirklichung ergibt sich fast zwangsläufig eine aktive Unterstützung für ähnliche Bewegungen.

Die Forderung nach konsequenter Durchsetzung demokratischer Institutionen und freier Entfaltungsmöglichkeiten des Individuums verband sich mit sozialistischen und agrarischen Reformbestrebungen. Die Forderung nach einer Expansion des amerikanischen politischen Systems durch die Westbewegung verband sich mit Annexionswünschen im Süden (Kuba) und Norden (Kanada). Die Forderung nach universaler Verbreitung des Republikanismus und nach Solidarität mit liberalen Bewegungen in anderen

¹⁰¹Donald S. Spencer, *Louis Kossuth and Young America. A study of sectionalism in foreign policy, 1848-1852*, in: Hanak, S. 546.

Erdteilen verband sich [...] mit militanten Interventionsideen.¹⁰²

Für Soulé und andere Anhänger der *Young-Americans* (unter ihnen auch Pierce-Nachfolger James Buchanan) konnte daher die Schadensabfindung für die *Black Warrior* nur eine Interimslösung bedeuten. In einer ursprünglich geheimen Erklärung im August 1854, dem sogenannten *Ostend Manifesto*, sprachen sie sich für eine militärische Intervention auf der Insel aus, falls Spanien den Verkauf ablehnen sollte. Als die Öffentlichkeit schließlich von diesen Plänen erfuhr, war Pierce infolge von heftigem Widerstand in- und außerhalb der Vereinigten Staaten gezwungen einzulenken. Die Spanier wurden in ihrem Entschluss, Kuba zu behalten „rather than sell or surrender it for any price“ nur bestärkt. Für die Vereinigten Staaten hätte ein offener Konflikt mit Spanien aber sicher die anderen europäischen Großmächte alarmiert und unter Umständen auch involviert und dieses Risiko war ihnen denn doch zu groß. Die Wissenschaft ist sich heute einig, dass die *Young America* Bewegung der Regierung Pierce letzten Endes mehr Schaden als Nutzen brachte. „Das selbstherrliche Vorgehen“ einzelner ihrer Anhänger, aber auch „sektionale Rivalität“ innerhalb der Gruppen haben das Projekt Kuba, das unter anderen Vorzeichen möglicherweise „nationale Unterstützung

¹⁰²Moltmann, SS. 346-7. Für eine ausführliche Darstellung verweist Moltmann auf die Dissertation des Historikers Siert F. Riepma, *Young America, A Study in American Nationalism before the Civil War*, der die Gruppe als „hauptsächlich idealistisch, doch mit einem kräftigen Element Materialismus“ charakterisiert, in ihren Grundsätzen zwar progressiv, „aber konservativ in der ökonomischen Theorie“. Die materialistische Tendenz wird durch die Tatsache erhärtet, dass sich viele Unterstützer der Bewegung in die Diplomatenriege um Pierce einreihen oder eine Förderung ihrer unzähligen Wirtschaftsprojekte bei der Regierung durchsetzen konnten. Welche verwegenen Ausmaße die „Solidarität mit liberalen Bewegungen“ annehmen konnte, wird durch das selbstherrliche Vorgehen eines ihrer Mitglieder deutlich. Ein gewisser V. Fronde war von den *Young Americans* beauftragt, die Interessen der Gruppe im republikanischen Komitee in London wahrzunehmen. Es gelang ihm, sich einen illegalen amerikanischen Pass zu besorgen, mit dessen Hilfe er Nachrichten zu den unterschiedlichsten revolutionären Gruppen in Portugal und Spanien schmuggelte; allerdings plante er damit auch nach Frankreich zu gehen, um die Ermordung Napoleons III. vorzubereiten - ein Vorhaben, das über die Absicht nie hinaus kam. Vgl. dazu APS, Gara, SS. 27, 152.

gefunden hätte“ zum Scheitern verurteilt.¹⁰³ Gerade die *Young-America* Bewegung war es aber, die die eklatanten Schwächen der Pierce-Regierung aufzeigte.

Beim Vergleich der Strukturen und des Aufbaus der *Young Americans* findet man eine weitere interessante Parallele zum Liberalismus, die sich durch die Zurückdrängung staatlicher Autorität zugunsten persönlicher Freiheit erklären lässt: Bei beiden kam es nie zur Ausbildung einer geschlossener politischen Organisation, hingegen mehrmals zu Umstrukturierungen - bei der amerikanischen Variante zu einem Wechsel an der Spitze aus vornehmlich propagandistischen Gründen. Außerdem wollte die Gruppe schließlich ihrem Namen gerecht werden und sich selbst von den „old fogeys“ befreien, zu denen auch der anfangs führende Senator Lewis Cass aus Michigan zählte. Erwähnenswert ist Cass vor allem deshalb, weil seine Resolution im Kossuth-Konflikt die Beziehungen zwischen Österreich und den Vereinigten Staaten tatsächlich einer Zerreissprobe aussetzt. Cass konnte auf eine lange militärische Karriere zurückblicken, war unter anderem Kriegsminister unter Jackson und Gesandter in Frankreich gewesen und zeichnete sich für die Bewegung allein schon durch seine Abneigung „gegen Indianer, Engländer und europäische Tyrannei“ aus. Für die Niederlage der Demokraten bei der Präsidentschaftswahl von 1848 war nicht zuletzt Cass' vehementes Eintreten für das Prinzip der *popular sovereignty* (die Entscheidung über Zulassung oder Verbot der Sklaverei den einzelnen Territorien zu überlassen) verantwortlich.

Für die sich immer stärker ausprägende Radikalisierung brauchte die *Young America* Gruppe auch einen geeigneten Repräsentanten, und den fand man im erst neununddreißigjährigen Stephen A. Douglas, Senator

¹⁰³ *Am. Präsidenten*, S. 167; Elbert Smith, der Biograf Fillmores, macht unter anderem die *Eskapaden* Soulés für das Scheitern des Kuba-Projekts verantwortlich. Richardson, *Messages and Papers of the Presidents*, 5:165-6, in: APS, Smith, SS. 229-30.

aus Illinois. Douglas verdankte seinen raschen Aufstieg vor allem der Förderung von George Sanders, jenem Mann, der als U.S. Konsul in London die verschiedensten revolutionären Bewegungen aktiv unterstützte, darüber hinaus aber auch als Herausgeber der *Democratic Review* ein wirksames Propagandamittel zur Verbreitung der *Young America* Ideologie in Händen hatte. Douglas verlangte den Ausbau von Eisenbahnen, machte sich für die Zuteilung von „government land for homesteaders“ stark, propagierte eine kompromisslose Expansion nach Westen und - was ihn als *Führer* für die *Young Americans* besonders auszeichnete - eine aggressive Außenpolitik. Wenn es einen potentiellen Gegner der Vereinigten Staaten zu dieser Zeit gab, dann hieß er noch immer Großbritannien, und Douglas sprach sich ganz entschieden gegen eine amerikanische „Tauwetterpolitik“ aus, indem er beispielsweise auch die „Selbstbestimmung für Irland“ forderte. Bekannt geworden ist der redegewaltige „Little Giant“ vor allem durch seine späteren verbalen Duelle, die er sich 1858 mit Abraham Lincoln lieferte; populär geworden ist er schon früher - allen voran bei deutschen Immigranten, die sich mit seinem „Hass für den Despotismus in der Alten Welt“ durchaus identifizieren konnten. Douglas verlangte wiederholt - wobei er in der Wahl seiner Worte nicht gerade zurückhaltend war - eine aktive amerikanische Beteiligung an diversen europäischen Freiheitsbewegungen und hier vor allem an der ungarischen. Anlässlich des Kossuth-Besuches in den Vereinigten Staaten übertraf er in seinen Angriffen gegen die Habsburgermonarchie selbst den amerikanischen Außenminister. Während sich Daniel Webster doch in erster Linie durch verletzten Stolz und Patriotismus zu seinen unüberlegten Äußerungen hinreißen ließ - zu denen auch Hülsemanns Überheblichkeit beigetragen hatte - ging Douglas noch einen Schritt weiter. Seine lautstarken Pro-Kossuth Reden implizierten sogar eine „vage Drohung“, den ungarischen Kampf durch „militärische Hilfe zu unterstützen“; hätten die *Young Americans* sich

durchsetzen können, wären Douglas' Appelle möglicherweise nicht ungehört verhallt.¹⁰⁴ Wie gegensätzlich die Standpunkte und politischen Positionierungen innerhalb dieser umstrittenen Bewegung waren, zeigt sich erneut bei einem Konflikt, der üblicherweise mit den Vereinigten Staaten überhaupt nicht in Verbindung gebracht wird - dem Krimkrieg. Wie bei jedem anderen Krieg auch, dachten einige nur daran, wie man am besten daran verdienen könnte. Die Idealisten unter ihnen jedoch sahen in ihm *die* Chance, Europa zu demonstrieren - nicht wie man erwarten würde, *wie* man einen Krieg führt - sondern *wie* man internationale Friedenspolitik betreibt. Der Krimkrieg ist aber auch ein weiteres Beispiel für Pierces favorisierte Politik der Doppelgleisigkeit. Es gab noch immer etliche Amerikaner mit England-Sympathien, aber viele der Pierce-Diplomaten teilten die anti-britische Meinung des Präsidenten und man war „mehr als nur einmal bereit, offen die russische Sache zu unterstützen“. Russland wollte angeblich sogar der amerikanischen Unentschlossenheit etwas nachzuhelfen. Die Pläne, militärische Ausrüstungen für Privatleute bereitzustellen, wurden jedoch nicht umgesetzt. Hülsemann war überzeugt, dass die USA die Situation in

104 Vgl. APS, Gara, S. 23, 27 und 137. Die Frage, ob Afrika-Amerikaner in der *Declaration of Independence* miteingeschlossen waren, erhitzte die Gemüter und teilte die ganze Nation. Lincoln bezweifelte zwar aufgrund von „naturegegebenen Unterschieden ein dauerhaftes gleichberechtigtes Zusammenleben“, sah jedoch keinen Grund, den Schwarzen die Grundsatzrechte der Unabhängigkeitserklärung vorzuenthalten, nämlich „the right of life, liberty, and pursuit of happiness“. Douglas empfand diese Äußerung als Häresie, erinnerte sich und alle Amerikaner plötzlich wieder daran, dass die *Declaration* allein für Menschen weißer Hautfarbe geschrieben worden war, „men of European birth and European descent“; diejenigen aber, die die Schwarze Rasse mit einbeziehen, würden damit die Gründungsväter der Heuchelei bezichtigen. Denn, so fragt er seine Zuhörer rhetorisch, „do you believe that every man who signed the *Declaration of Independence* declared the negro his equal, and then was hypocrite enough to continue to hold him as a slave?“ In Anlehnung an das *Neue Testament* (Matthäus 12,25) hält Lincoln am 16.6.1858 seine wohl berühmteste Rede, die Zehntausende in ihren Bann zieht: „A House Divided against itself Cannot Stand“. Lincoln drückte damit seine feste Überzeugung aus, dass sich das amerikanische Volk entweder für oder gegen die Sklaverei entscheiden müsse, denn die Union „cannot endure permanently half slave and half free“. Eine ausführliche Analyse der öffentlichen Debatten zwischen Lincoln und Douglas zwischen August und Oktober 1858 findet sich bei Nevins, *The Life and Writings of Abraham Lincoln*.

Europa für ihre expansionistische Politik nützen würden. Am 5. Dezember 1853 schreibt er an Buol „that the actual administration of the United States will gladly profit from the embarassment which the Turk-Russian war will cause England, to seize Canada and the Sandwich Islands“. Die USA entschieden sich jedoch für die Neutralität.

Auch Österreich nahm im Krimkrieg eine nicht ganz eindeutige Haltung ein - a posteriori eine nicht sehr kluge Entscheidung, da man die Freundschaft Russlands verlor und sich damit in die politische Isolation manövrierte. Offiziell war auch Österreich neutral. Das war aber offenbar kein Hindernis, im Juni 1854 ein Bündnis mit der Türkei und im Dezember 1854 eines mit den Westmächten zu schließen, was zweifellos zu einer gewissen Blockade für die Russen führte. Österreichische Truppen wurden jedoch - sehr zum Verdruss Englands und Frankreich - nicht entsandt. Franz Joseph selbst hatte sich in der Krimfrage lange Zeit unentschlossen verhalten - in Hamanns Worten „schwankte (er) in seinem Urteil hilflos hin und her“. Schließlich folgt er im Dezember dem Rat Buols und stellt an Russland das Ultimatum, „Moldauen und die Wallachei [zu] räumen“. Vielleicht hätte der Kaiser in dieser heiklen Situation doch besser vorher die Meinung Metternichs einholen sollen, der das Verhalten des österreichischen Außenministers so kommentiert: „Graf Buol bleiben die fatalen Folgen aller seiner Handlungen verborgen. Er sieht nur, was gerade vor ihm liegt, was später daraus folgen wird, sieht er nicht.“¹⁰⁵

105 APS, Gara, SS. 36, 136-7; ein Ausschnitt der *Detroit Free Press*, der sich für die Annexion Kanadas ausspricht, unterstützt Hülsemanns Verdacht. Es ist nicht nur bemerkenswert „that Hülsemann appreciated the frontier character of the sentiment for the annexation of Canada“, sondern auch im Hinblick auf Kuba erkannte er die wahren Motive von Pierce. Ein Artikel in der regierungsnahen Zeitung, *Washington Union* am 10.5.1853, der die Wichtigkeit guter Beziehungen zu Russland betont, „confirmed Hülsemann's suspicions that Pierce, foreseeing difficulties with his neighbors, aimed to make sure of Russia's friendly support or at least her neutrality“, führte allerdings „to an outcry on the part of Young America, the extreme anti-absolutistic wing of the Democratic party“. Hülsemann an Buol, No. 37 v. 5.12.1853, No. 42 v. 21.11.1852, No. 12 v. 27.5.1853, in: Curti, SS. 147-8; Hamann, S. 49; Seward, S. 321 o.n.A.

IV. DAS KABINETT SCHWARZENBERG oder die Macht, die an der eigenen Größe scheitert

*Was den Menschen auszeichnet, ist nicht,
daß er Geschichte hat, sondern daß er
etwas von seiner Geschichte begreift.*

Carl Friedrich von Weizsäcker

Geht man von der Tatsache aus, dass Metternichs erzwungener Rücktritt die Revolution nicht verhindert hat, ja dass er selbst sogar bei einiger Unterstützung „den Sturm überlebt hätte“, stellt sich unwillkürlich die Frage, worin denn *eigentlich* der Sinn seiner Demission bestanden hatte. Nur um den Kanzler dann - wenn schon nicht reumütig so doch wohlwollend - wieder in Wien aufzunehmen, wo man doch drei Jahre vorher nichts so sehr gewünscht hatte als ihn loszuwerden? Verfolgt man die weitere geschichtliche Entwicklung Österreichs von 1848 bis 1851, drängt sich eine ähnliche Frage auf. Ein junger unerfahrener, aber ungemein pflichtbewusster Monarch und ein ehrgeiziger, dynamischer Ministerpräsident erklären gemeinsam ihren Willen, den geänderten Verhältnissen Rechnung tragen zu wollen, nur um dann doch wieder einen Schritt in Richtung Vergangenheit zu machen. So betrachtet, hat Gerhard Roth *eigentlich* recht, wenn er sagt, „daß Geschichte eine Entwicklung von einem Irrtum zum nächsten Irrtum ist“. Unbestritten ist einerseits, dass Sinn und Zweck der Historiografie nicht darin bestehen kann, diese tatsächlichen oder vermeintlichen Irrtümer bloß chronologisch aufzulisten; andererseits sind ihr aber immer auch Grenzen gesetzt. Dies wird

nirgendwo deutlicher als bei der Einschätzung von Schwarzenbergs politischen Fähigkeiten. Der österreichische Ministerpräsident war und bleibt eine zwiespältige Figur; vieles was er tat, war nicht nur den meisten seiner Zeitgenossen unbegreiflich, sondern gibt auch der heutigen Literatur immer noch viele Rätsel auf. Ein Mann, der zweifellos genügend Einsicht besaß, um zu wissen, dass es ein totales Zurück zum Vormärz für Österreich nicht geben konnte, aber wiederum zuwenig davon, um seine eigenen Ziele auch genau zu erkennen; der zwar neue Wege gehen wollte, aber von absolutistischen Konventionen noch zusehr geprägt war, um erstarrte Politstrukturen tatsächlich aufbrechen zu können. Es ist daher kaum überraschend, dass gerade seine umstrittene Politik zu rein subjektiven Schlussfolgerungen führen muss, die eine positive Beurteilung seines Charakters kaum zulassen. Vollkommen objektive Erklärungen lassen sich aber auch nicht mit der rhetorischen Frage beantworten „was [er] denn 'eigentlich' gewollt habe“, denn - wie sein bedeutendster Biograf Lippert so treffend bemerkt -

ist das 'eigentlich' Gewollte der Geschichtsforschung letztlich unzugänglich. Was ihr bleibt, sind tradierte Äußerungen und Handlungen, die dem tatsächlichen Willen entsprechen können, aber nicht müssen.

Eine bedeutende Rolle kommt hier Metternichs ehemaligem Schützling Alexander Hübner zu. Seinen Aufzeichnungen verdankt die Geschichtsforschung ein ungefähres Bild des Mannes, der Österreichs Politik für knapp dreieinhalb Jahre entscheidend mitbestimmte. Einem Brief Metternichs vom 21. Dezember 1852 an Buol zufolge hat der Staatskanzler Hübner „durch einen Zufall entdeckt“, und „ein Zufall“ war es auch, der „ihn dem F. Felix nahe gebracht“ hat. Hübner - in Metternichs Worten - „von der unteren Schichte der diplomatischen Laufbahn, wie mit einem Zauberschlage in deren oberste Regionen übersetzt“, verdankte

diesen Zufällen anfangs eine Stelle in der Staatskanzlei, später den Posten eines Legationsrates in Leipzig, Generalkonsuls für Sachsen und im März 1848 eine diplomatische Mission im Auftrag Metternichs in Mailand, wo er vermutlich Schwarzenberg kennen- und auch schätzen lernte.

Felix Ludwig Johann Nepomuk Friedrich Schwarzenberg wurde am 2. Oktober 1800 als zweitgeborener Sohn von Joseph und Pauline in Krumau in Südböhmen geboren. Seit 1670 gehörten die Schwarzenbergs zu den reichsunmittelbaren Fürsten - ein Rang, den ab 1746 dann alle Mitglieder des Hauses für sich beanspruchen konnten. Schwarzenberg begann seine politische Karriere im diplomatischen Dienst: St. Petersburg (1824-1826), Rio de Janeiro (1826/27), London (1828/29), Paris (1829-1831), Turin (1838-1844) und zuletzt Neapel (1844-1848). Die Eigenwilligkeit des zukünftigen österreichischen Regierungschefs zeigt sich schon Ende März 1848, als er „aus eigenem Antrieb, ohne Urlaub des Kriegsministers, jedoch auf Wunsch und mit Ermächtigung Radetzky“ seinen Posten in Neapel verläßt und sich der Armee von Feldmarschall Joseph Wenzel Graf Radetzky (1766-1858) anschließt, unter dem Österreich die Italiener am 25. Juli 1848 bei Custoza entscheidend schlagen kann. Mailand wird im August zurückerobert, Venedig kapituliert und Sardinien-Piemont schließt vorerst einen Waffenstillstand. König Karl Albert, der mit seiner Kriegserklärung an Österreich am 24. März 1848 wesentlich zu einer Verschärfung der verschiedenen nationalen Bestrebungen beigetragen hatte, dankt jedoch nach einer neuerlichen Niederlage durch Radetzky bei Novara im März 1849 schließlich zugunsten seines Sohnes Viktor Emanuel II. ab. Die diesbezüglichen Verhandlungen, die dann endgültig im August 1849 mit einem Friedensschluss endeten, wurden von Schwarzenberg im Auftrag Radetzky „als politischer Mittelsmann zwischen der Italien-Armee, der Wiener Regierung und dem Hof“ geführt. Der kaiserliche Hof hatte sich am

6. Oktober 1848 nach einem neuerlichen Aufstand in Wien nach Olmütz zurückgezogen, um über eine künftige österreichische Regierung zu beraten. Unter den gegebenen Umständen ist es kaum überraschend, dass man sich bereits ein paar Tage später darauf geeinigt hatte, wer nun an der Spitze dieser neuen Regierung stehen sollte: „Die definitive Entscheidung, Schwarzenberg mit der Leitung einer neuen, gegenrevolutionären Regierung zu betrauen, dürfte [...] im Familienrat des 12. Oktober gefallen sein“. Der Beschluss scheint auch ziemlich einstimmig gewesen sein. Kaiser Ferdinand hat sich wohl eher gefügt als ein Veto einzulegen, Erzherzog Franz Joseph hat sich ausdrücklich für Schwarzenbergs Ernennung ausgesprochen und auch Radetzky hat sich für ihn eingesetzt. Der greise Feldmarschall galt immer als Befürworter Schwarzenbergs und daran hat sich auch später nie etwas geändert - selbst dann nicht als sich herausstellte, dass ein schneidiger Truppenkommandant nicht unbedingt auch einen guten Politiker abgeben muss; es ist auch nicht verwunderlich, dass Franz Joseph von der zweifellos charismatischen Erscheinung und imponierenden Persönlichkeit Schwarzenbergs beeindruckt war und dass er ihn grenzenlos bewunderte. Erzogen in soldatischer Tradition in einer Zeit, wo Tugenden wie Mut, Tapferkeit und Ehre symbolhaft für die Armee standen, mussten sie für einen jungen Mann von achtzehn Jahren geradezu Vorbildwirkung haben. Die gewichtigste Stimme für Schwarzenberg aber kam zweifellos von seinem Schwager Fürst Alfred Windischgrätz (1787-1862) - allerdings aus völlig anderen Motiven. Er erwartete vor allem einen folgsamen, dankbaren noch dazu durch Familienbande verschwägerten Verbündeten, der seinen eigenen Machtansprüchen nicht gefährlich werden würde. Ein folgenschwerer Irrtum, wie sich noch herausstellte, denn dass Schwarzenberg von Gehorsam im Allgemeinen und von Dankbarkeit im Besonderen nicht viel hielt, sollte er bald unter Beweis stellen. Der Hof dagegen wusste, was er der Armee und damit Windischgrätz schuldete.

Immerhin hatte man ihm die Niederschlagung des *Pfingstaufstandes* vom 16. Juni in Prag zu verdanken und damit einen entscheidenden Schritt in Richtung Gegenrevolution getan. Am 16. Oktober wird er vom Kaiser zum Feldmarschall ernannt und erhält den Oberbefehl über „alle[...] außeritalienischen Streitkräfte der Monarchie“. Windischgrätz wurde seiner Beförderung durchaus gerecht: Am 31. Oktober wird Wien von den kaiserlichen Truppen unter seiner Führung eingenommen und die Anführer des Aufstandes, unter ihnen auch Robert Blum, standrechtlich erschossen.¹⁰⁶ Wesentliche Unterstützung fand Windischgrätz' Vorschlag auch bei Kübeck. Der Hofkammerpräsident, schon länger *geläutert* von seinen einst liberalen Ideen, gehört zu Windischgrätz' treuesten Anhängern; Kübeck hatte nicht vergessen, dass der Feldmarschall der einzige in der Regierung gewesen war, der sieben Monate vorher gegen den Rücktritt Metternichs gestimmt hatte. Dies erklärt zu einem Großteil auch seine blinde Gefolgschaft für Windischgrätz: Um den Absolutismus in der Monarchie in seiner alten Form wiederherzustellen, schlägt er vor, „das ganze Reich in Belagerungszustand zu versetzen, den Reichstag aufzulösen, Windischgrätz zum Diktator mit unbegrenzten Vollmachten zu ernennen“. Der Feldmarschall ist jedoch zu klug, um diese *Beförderung* anzunehmen - schon allein „um das Ansehen des Monarchen nicht zu beeinträchtigen“. Auch Kübecks Vorschlag, den Reichstag aufzulösen, wird nicht angenommen: Schwarzenberg übernimmt am 21. November 1848 offiziell das Amt des Ministerpräsidenten und Außenministers von Österreich und einen Tag später wird der nach Kremsier verlegte Reichstag wieder eröffnet.

War Felix Schwarzenberg nur der Mann, der sozusagen zur rechten

¹⁰⁶ Gerhard Roth, *Das doppelköpfige Österreich*, S. 9, in: Rumpler, S. 11; Robert Blum (1807-9.11.1848), politischer Schriftsteller, schloss sich 1845 der deutsch-katholischen Bewegung an. 1848 war er Führer der demokratischen Linken in der Frankfurter Nationalversammlung. Ausführliche Angaben zu den politischen Konstellationen in Italien von 1848 finden sich bei Lippert, SS. 94-5.

Zeit am rechten Ort war, oder wie Vajda das ausdrückt, jemand, der „rein zufällig Staatsmann wurde“? War er vorher nur ein Diplomat von vielen, der „sich in Rußland, Portugal, Brasilien, England und Frankreich abwechselnd amüsiert und gelangweilt hatte“? Wenn dem so war, dann wusste er bei seiner Ankunft am 14. Oktober in Olmütz, dass die kommenden Aufgaben ihm weder Zeit für Amusement noch Muße für Langeweile lassen würden. Österreich brauchte eine stabile Regierung und *der eiserne Fürst Felix*, wie er bald genannt wurde, schien der geeignetste Mann, sie auch mit fester Hand zu führen und die Autorität der Monarchie im Inland und das Ansehen Österreichs im Ausland wieder herzustellen. Für seine Unerschrockenheit im italienischen Feldzug wurde er mit dem Maria-Theresienkreuz ausgezeichnet; er galt als unbeugsam in seinen Ansichten, war bekannt für seine bedingungslose Loyalität zum Haus Habsburg und für seine Kompromisslosigkeit in der Bekämpfung der Revolution. Auf Windischgrätz' Angebot reagiert Schwarzenberg jedoch vorerst zurückhaltend: „[E]r sei zu wenig bekannt mit der Lage und Wien wäre für ihn ja nie Lebensmittelpunkt gewesen.“ Trotz seines - scheinbar *beabsichtigten* - Zögerns hat er aber wahrscheinlich keinen Moment daran gedacht, dieses Angebot abzulehnen. Schwarzenberg wusste, welche Verantwortung er mit diesem Amt übernahm, er wusste was von ihm erwartet wurde und hatte sicher vor, diese Erwartungen zu erfüllen. Die Möglichkeit, als Retter der Monarchie in die Geschichte einzugehen, hat ihn zweifellos gereizt, aber - und hier hat Vajda recht - „das faszinierende Spiel mit der Macht“ tat es zweifellos noch mehr. Seine Rückkehr nach Wien im September 1848 findet in der Öffentlichkeit wenig Beachtung. Das ist insofern nicht überraschend, als er sich aufgrund seiner jahrelangen Abwesenheit nie mit den innenpolitischen Fragen der Habsburgermonarchie auseinandergesetzt hatte und daher der breiten Masse kaum bekannt war. Einem politisch interessierterem Publikum aber war er spätestens seit dem 9. April 1848 kein Unbekannter mehr.

Schwarzenberg befand sich zu diesem Zeitpunkt zur Berichterstattung über die Lage in Italien in Wien und es besteht offenbar kein Zweifel, dass er für den Artikel in der *Wiener Zeitung* verantwortlich ist. Die Ziele der Aristokratie - erklärt der anonyme Verfasser - der sich „Ein Adelige“ nennt - wären nicht in der Revolution, sondern im „wahren Fortschritt“ gelegen und dafür würde man auch in „echter Vaterlandsliebe“ eintreten. Das würde auch erklären, warum die meisten höheren Beamten - mit Ausnahme von Bach, der ähnlich wie Hübner in ihm „einen Deus ex machina“ sieht - Schwarzenbergs plötzliches Eintreffen mit gemischten Gefühlen zur Kenntnis nehmen. Wessenbergs Unbehagen ist unübersehbar, Krauß verschanzt sich hinter „dem unschuldigen Lächeln eines Heiligen“ und „die andern Collegen, [...] lesen bereits auf den Wänden ihrer ministeriellen Paläste die verhängnißvollen Worte: Mene, Tekel, Phare.“ Viele von Schwarzenbergs adeligen Standesgenossen wussten offenbar nicht, was von ihm tatsächlich zu erwarten war und befürchteten, dass er ihnen aufgrund seiner fortschrittlichen Ideen ihr Amt *wegnehmen oder als zu leicht befinden würde*.¹⁰⁷ Lippert führt Wessenbergs Unbehagen auf die Tatsache zurück, dass „hinter Schwarzenberg das Machtpotential Radetzky und seiner siegreichen Armee stand“; die Gewissheit, dass mit Schwarzenberg auch seine Tage als Außenminister gezählt waren, müsste ihm aber sein Unbehagen genommen haben, denn Hübners Angaben zufolge war sein Amt ein „Schmerzenslager“, das er nach der Kabinettsbildung „mit ungekünstelter und unverhüllter Freude“ aufgeben konnte. Obwohl sich in Hübners Aufzeichnungen keine dezidierten Angaben dazu finden, scheint Schwarzenberg im September 1848 an der Gerüchtebörse schon als der

¹⁰⁷ Hübner spielt hier auf das AT an, wo es im Original heißt: 'Mene mene tek el upharsin.' Daniel deutet die Worte folgendermaßen: „Mene: gezählt hat Gott dein Königtum und es weggegeben. Tekel: gewogen bist du auf der Waage und zu leicht befunden. Peres: geteilt wird dein Reich [...]“, vgl. *Die Bibel*, Daniel 5,25-28, Hübner, *Ein Jahr meines Lebens* (in der Folge abgekürzt: *Ein Jahr...*), S. 219; zu Wessenberg vgl. auch Anmerkung 65 in dieser Arbeit.

kommende Mann an der Spitze Österreichs gehandelt worden zu sein; anders lässt sich die „Freude des Seemanns, der, im Augenblicke des Sinkens, das herannahende Rettungsboot gewahrt“ beim Wiedersehen Ende September wohl kaum deuten. Seine Eindrücke bei Schwarzenbergs Ankunft hält Hübner in *Ein Jahr meines Lebens* fest:

Eine hohe hagere Gestalt von militärischer Haltung. [...] Das blasse Antlitz mit den edlen Zügen, mit der hohen engen Stirne, dem glatt rasierten Kinne scheint in Marmor gemeißelt. Es würde den Eindruck der Unbeweglichkeit hervorbringen ohne die sprechenden Augen, [...]. Sie verraten das unter der Eisdecke glühende Feuer der Leidenschaften, zurückgehalten, wo es sein muß, durch einen eisernen Willen. [...] Es war Fürst Felix Schwarzenberg. [...] Er trat langsam näher mit ausgestreckter Hand und sagte: - Da bin ich.

Auf den ersten Blick könnte man nun annehmen, dass *ein treuer Diener zweier Herren* sich nur rechtzeitig zu einem bekannte: Sein ehemaliger Förderer befand sich zu diesem Zeitpunkt im Exil, der neue Mann an der Macht hieß nun Felix Schwarzenberg. Damit würde man aber Hübner nicht gerecht, obwohl es für ihn nicht immer leicht gewesen sein mag - gerade im Gegensatz zwischen Metternich und Schwarzenberg - beiden gegenüber loyal zu bleiben. Noch im Sommer 1848 glaubt er, dass es das alleinige Verdienst von Kaiser Franz und vor allem von Metternich sei, dass „die zuweilen schwanken Throne des Papstes und der italienischen Fürsten“ über Jahrzehnte erhalten blieben. Mit einer Aussage des preußischen Ministerpräsidenten und späteren Kanzlers Otto von Bismarck (1815-1898) veranschaulicht Hübner das große Unrecht, das seiner Meinung nach dem ehemaligen Staatskanzler widerfahren ist:

„Fürst Bismarck hat sich in einer seiner parlamentarischen Reden den best gehaßten Mann genannt. Fürst Metternich war der bestverleumdete.“ Metternich spricht in seinem Brief an Buol vom 21. Dezember 1852 von „unbedingten Geistes- und Charakter-Gaben [...], welche Hübner auszeichnen“ und Metternich war es auch, der mit diesem Schreiben Hübners Kontroverse mit Buol schließlich ein Ende setzte. Auch Schwarzenberg hatte offenbar von Anfang an unbegrenztes Vertrauen zu ihm. Er machte ihn zu seinem Sekretär und Vertreter in Olmütz, wo Hübner auch die „Ausarbeitung der Thronwechselakten“ vorbereitete. Hübner hat das ihm entgegengebrachte Vertrauen nie enttäuscht, selbst wenn er mit der Politik des Ministerpräsidenten nicht immer einverstanden war.¹⁰⁸ Seine Missbilligung über die oktroyierte Verfassung vom 4. März 1849 wird schon knapp zwei Wochen früher aus seinem Tagebuch ersichtlich, wo er am 19. Februar schreibt: „Konstitutionen lassen sich

108 Alexander Hübner wurde als „nehelicher Sohn der Glasermeisterstochter Elisabeth Hatzenbredl“ aus Böhmen geboren. Ob er nun seine Existenz tatsächlich dem Staatskanzler verdankte (vgl. Anmerkung 65) oder „dem Hauptmann Joseph Hübner im ungarischen Infanterie-Regiment Duca, der sich aber nicht in den militärischen Akten finden lässt“, bleibt unbeantwortet. Fest steht, dass er seine Karriere offensichtlich tatsächlich allein seiner Intelligenz und Charakterstärke verdankt, die sowohl Metternich als auch Schwarzenberg erkannten. Im Zuge des Mailänder Aufstandes wird er für ein paar Wochen in Geiselhaft genommen, am 4.7.48 jedoch „gegen angesehene Lombarden ausgewechselt“ und kann anschließend wieder nach Wien zurückkehren. Im März 1849 geht er im Auftrag Schwarzenbergs nach Paris, wo er bis zum Ausbruch des Sardinisch-Französischen Krieges bleibt. Im selben Jahr noch wird er zum Gesandten befördert, 1853 wird er Wirklicher Geheimer Rat, 1854 Freiherr und schließlich ab 1856 Botschafter. Nach dem Tod Schwarzenbergs ist es in erster Linie die „Frage der Anerkennung Napoleons III.“, die für Hübners Schwierigkeiten mit Buol verantwortlich ist. Am 10.12.1852 schreibt Hübner resigniert in sein Tagebuch, dass er zu dem neuen Außenminister im Unterschied zu Schwarzenberg nicht „mit offenem Herzen sprechen“ kann; außerdem hätten ihm „Neider, deren Zahl Legion ist, [...] einen geheimen, aber erbitterten Krieg erklärt“. Die ständigen Gerüchte und Zeitungsmeldungen über seine bevorstehende Absetzung haben seine Situation noch verschlimmert, sodass Hübner sich schließlich an Metternich wendet. Die Wirkung lässt nicht lange auf sich warten. Österreichs Ex-Kanzler weiss auch 1852 noch, wie man mit milden, aber doch tadelnden Worten die Unbesonnenheit des Außenministers zumindest auf diesem Gebiet korrigieren kann. Schon am 29.12.1852 erhält Hübner von Buol „einen sehr lebenswürdigen Brief“, der ihn „sehr angenehm überraschte“. Metternich an Buol v. 21.12.1852, in: Hübner, *Ein Jahr ...*, SS. 192, 216f, 218ff, 336ff; Hübner Tagebuch I. 49, 51-53ff,55; Srbik, II.467-8, in: Burckhardt, SS. 45-7.

nicht erfinden“. Österreich habe vorerst wichtigeres zu tun als an Verfassungen zu denken. Es ginge in erster Linie darum, die Verwaltung und die Finanzen wieder zu ordnen und den Aufstand in Ungarn zu bekämpfen, um den Erhalt der Monarchie zu sichern.

Das Haus brennt. Ist dies die Zeit um es zu möbliren? Löschen wir vielmehr zuerst das Feuer. Aber dies paßt nicht in das Programm der liberalen Elemente, welche Fürst Felix in sein Cabinet aufgenommen hat. Jetzt ist er unter ihren Einfluß gerathen. Ich meine hier Stadion, Bach und Bruck. Diese drei Minister verlangen daß der Kaiser, gleich bei seinem Regierungsantritte, eine liberale und einheitliche Verfassung proclamire.

Hübner scheut aber auch nicht davor zurück, offen die Politik Schwarzenbergs zu kritisieren. Am 7. März während einer nächtlichen Kutschenfahrt nach Wien, das „zu Ehren der neuen Constitution festlich erleuchtet“ war, meint er zu diesem Thema beiläufig - „das Kind ist nicht lebensfähig geboren“. Über die ihm von Metternich attestierten Eigenschaften hinaus verfügt Hübner offensichtlich auch über eine gute Menschenkenntnis. Er versteht es, aufgrund kleinster, an sich banaler Anzeichen, hinter die gewöhnlich undurchschaubare, äußere Fassade des Ministerpräsidenten zu sehen. Das eisige Schweigen Schwarzenbergs, das laute Schließen seiner Tabakdose, ist für Hübner ein deutliches Zeichen, „daß ihn die Vaterschaft des Kindes bereits zu drücken beginnt“. Auch den von Schwarzenberg vertretenen Zentralismus für Österreich hält Hübner schlicht für „unmöglich“ und „[d]er Gedanke in das neue Deutschland unsere Magyaren, Czechen, Polen, Südslawen, Rumänen, Italiener“ einzugliedern, kann nur „Bruck's Kopf entsprungen“ sein. Schwarzenberg hat sich zweifellos von den Ideen seiner Minister

beeinflussen lassen, aber er hätte sie niemals angenommen, wenn sie nicht auch seiner eigenen Überzeugung - zumindest zu diesem Zeitpunkt - entsprochen hätten. Gerade, weil er erkannt hatte, dass Österreich nach dem Muster des absolutistischen Vormärz nicht mehr regiert werden konnte, war er reformerischen Vorschlägen jeder Art gegenüber aufgeschlossen.

Als Schwarzenberg am 27. November 1848 seine Regierungserklärung verliest, herrscht bei den Abgeordneten des Reichstages anfangs „erwartungsvolle Stille“. Das sollte sich im Verlauf der Rede jedoch rasch ändern. Hübner hatte am Vortag seinem Konzept noch einen wesentlichen Zusatz hinzugefügt - „[a]d captivandam benevolentiam der liberalen Fraction des Cabinets“ - wie er sagt. Die Worte: „Wir stellen uns an die Spitze der Bewegung“ sind aber auch bei den übrigen Ministern auf „Wohllollen“ gestoßen, denn „bei der Stelle von den an der Spitze der Bewegung marschierenden Ministern [...] brach das ganze Haus in enthusiastischen Beifall aus“. Schwarzenberg wusste natürlich, dass „diese nichtssagenden abgetretenen Phrasen“ keinerlei tatsächliche Aussagekraft haben. Schon am Vorabend hatte er bei einer Ministerratsbesprechung Hübners Konzept mit „eine[m] spöttischen Ausdruck auf seinem regungslosen Antlitz“ zur Kenntnis genommen. Das beredete Mienenspiel des Ministerpräsidenten einen Tag später ist für den aufmerksamen Hübner ein deutliches Zeichen, dass sich Schwarzenberg genau wie er der Ironie dieser Worte wohl bewusst war: „Als er zu gewissen Phrasen kam deren Hohlheit ihm aufgefallen war, [...], wendete er sich langsam gegen mich, setzte seine Brille zurecht, und sah mich mit einem feinen Lächeln an“. Trotzdem glaubt Hübner, seine eigenen anfänglichen „Gewissenbisse“ darüber beruhigen zu können: „Wie könnten sie?“ stellt er die rhetorische Frage, „[d]ie Bewegung würde sie zum 6. October zurückführen“.¹⁰⁹

¹⁰⁹ Mit dem sogenannten *Silvesterpatent* von 1851 wurde diese Verfassung wieder

Schwarzenbergs Regierungserklärung lässt sich im Wesentlichen auf drei Schwerpunkte reduzieren: Erstens, eine konstitutionelle Monarchie mit der Legislative beim Kaiser, allerdings sollen auch „die Repräsentantenkörper Österreichs“ mit einbezogen werden; eine Definition, wen oder was er hier genau meinte, lässt er offen; es kann jedenfalls „nicht nur der Reichstag“ sein - wie auch Lippert feststellt -, da Schwarzenberg hier ausdrücklich vom „Plural“ ausgeht. Zweitens betont er das Gleichheitsprinzip aller Bürger vor dem Gesetz und drittens geht es ihm um die „ungeschmälerte Erhaltung der den Völkern Österreichs zugesicherten Freiheit“. Er würde „mit Ernst und Nachdruck“ dafür sorgen, fährt der Ministerpräsident fort, dass die „Bedingungen, ohne welche die Freiheit nicht bestehen kann“ auch erfüllt - und damit „zur lebendigen Wahrheit“ werden. Auch in seinen Schlusssätzen will Schwarzenberg also nicht auf diese hohlen Phrasen verzichten, ohne die vermutlich kein politisches Programm auskommen kann. Ob Schwarzenberg schon damals plante, sein Programm überhaupt nicht zu realisieren, lässt sich daraus jedoch nicht ablesen. Für Geißler ist jedoch klar, dass Schwarzenberg „solche Absichten von vornherein hatte oder doch mit dieser Möglichkeit fest rechnete“:

Wir wollen die konstitutionelle Monarchie aufrichtig und ohne Rückhalt. Wir wollen diese Staatsform, deren Wesen und gesicherten Bestand wir in der gemeinschaftlichen Ausübung der gesetzgebenden Gewalt durch den Monarchen und die Repräsentantenkörper Österreichs erkennen, - wir wollen sie begründet auf der gleichen Berechtigung

aufgehoben, ohne jemals in Kraft getreten zu sein. „Gegengezeichnet ist das Patent von Fürst Felix Schwarzenberg (!).“ Das von Hübner in Klammer hinzugefügte Rufzeichen verdeutlicht einerseits, dass er Schwarzenbergs Vorgehen in der Verfassungsfrage unverständlich findet, andererseits aber auch, dass er über die veränderten Machtkonstellationen in Österreich Ende 1851 nicht ganz im Bilde war. Hüber, *Ein Jahr ...*, SS. 356-7.

und unbehinderten Entwicklung alle Nationalitäten sowie auf der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze, gewährleistet durch Öffentlichkeit in allen Zweigen des Staatslebens; getragen von der freien Gemeinde und der freien Gestaltung der Länderteile in allen inneren Angelegenheiten, umschlungen von dem gemeinsamen Bande einer kräftigen Zentralgewalt.

Gemessen am Beifall, hätte Schwarzenberg ja keinerlei Opposition erwarten müssen - noch dazu wenn sich „[n]ur wenige Einsichtige [...] durch die liberale Fassade der Schwarzenbergschen Regierungserklärung nicht blenden [ließen]“. Die Annahme, dass er damit aber nicht rechnete, würde heißen, Schwarzenbergs Intelligenz zu unterschätzen. Ausgestattet mit nahezu grenzenlosen Kompetenzen konnte er sein Kabinett jederzeit umbilden und auch Minister waren austauschbar. Dass Medien politischen Veränderungen ein besonderes Interesse entgegenbringen, ist an sich nichts Neues; dass sie ihre Kommentare in Lyrik fassen, ist heutzutage schon obsolet geworden. Damals dagegen fand sich ein anonymes Journalist, der in Schwarzenbergs Regierungserklärung bereits „den wahren Charakter des neuen Regimes“ erkannt haben will.

*Wir sind etwas liberal zwar,
Doch besonnen und
verständlich, Konstitutionell von
außen, Aber absolut inwendig.
[...] Dies Programm zu halten,
geben Wir einmütig das
Versprechen, Sollt es sich nicht
ganz bewähren, Werden wir es
ehrlich brechen.*

Geißler glaubt, dass Franz Joseph diese Politik [...] „des ehrlichen Brechens der gegebenen Versprechungen“ nicht ganz bewusst war. Das

würde aber bedeuten, auch den jungen Monarchen zu unterschätzen. Er war zwar nicht von Beginn seines Lebens, aber doch seit einiger Zeit auf die Möglichkeit eines Thronwechsels vorbereitet worden. Man mag Franz Joseph zugute halten, dass er die Revolution - obwohl bewusst miterlebt -, ihre „Tragweite und Wirkung“ jedoch aufgrund seiner Jugend nicht ganz erfasste. Auch der beträchtliche „Einfluß seiner Mutter und der Ratgeber bei Hof, die ihn freilich nur lückenhaft und einseitig informierten“, haben zu seiner Unkenntnis zweifellos beigetragen. Am Beginn seiner Regentschaft hatte er ein *Viribus unitis* - eine „Zusammenarbeit aller politischen Kräfte“ - angekündigt und sich damit voll und ganz hinter Schwarzenbergs Programm gestellt, wobei sein uneingeschränktes Vertrauen in die Fähigkeiten des Ministerpräsidenten sicher eine Rolle gespielt hat. Wenn Franz Joseph sich im Laufe der Zeit von Schwarzenberg immer mehr emanzipierte, wenn er sich von einem konstitutionellen Absolutismus immer mehr distanzierte, so hat das einerseits mit der zunehmenden Erkenntnis zu tun - die, wie Srbik sagt, auf Metternich zurückgeht - „daß Österreich zum konstitutionellen Einheitsstaat von Natur nicht geschaffen und daß diesem Staat eine starke Krongewalt, ein kraftvolles Regieren unentbehrlicher noch sei als andern Staaten“; andererseits dürfte ihm durch Schwarzenbergs Beharren auf einer Verantwortlichkeit einzig dem Ministerium und nicht dem Monarchen gegenüber klar geworden sein, dass sein absolutes Herrschertum neben dem allmächtigen Ministerpräsidenten im Grunde genommen auf eine rein repräsentative Funktion beschränkt wäre. Diese Überlegungen machten es möglich, dass er den Vorschlägen einer ultrakonservativen Gruppe um Windischgrätz und Kübeck zugänglich wurde und schließlich einer Entmachtung Schwarzenbergs zustimmte.

Der Konflikt mit Windischgrätz zeichnete sich schon unmittelbar nach Schwarzenbergs Regierungsantritt ab und er entzündete sich - wie nicht anders zu erwarten - zuerst einmal an den Kompetenzansprüchen des

mächtigen Feldmarschalls. Folgt man Hübners Tagebuch, so wollte Windischgrätz „nicht die Ausübung sondern nur die Kontrolle der obersten Geschäftsverwaltung“. Bereits am 21. November 1848 - offenbar als Gegenleistung für seine Ernennung - hat Schwarzenberg ihm „das Recht der Prüfung und Billigung oder Verwerfung aller die künftige Verfassung betreffenden Vorarbeiten“ zugestanden. Windischgrätz forderte übrigens auch von Franz Joseph gleich nach dem Thronwechsel, „in solchen Angelegenheiten keine endgültigen Entschlüsse zu fassen ohne ihn vorher gehört zu haben“. Hübner führt Windischgrätz' doch etwas ungewöhnliche Forderungen auf das stark liberal eingefärbte neue Kabinett zurück. Schwarzenberg hatte für das Ressort des Inneren Alexander Bach vorgesehen, Karl Ludwig Bruck sollte das Handelsministerium und Philipp Krauß die Finanzen übernehmen. Nach erbittertem Widerstand von Windischgrätz lenkt Schwarzenberg teilweise ein. Bei Krauß bleibt er unnachgiebig, bei Bach ist er zu Konzessionen bereit. Krauß hatte als „einziger Minister“ Wien nicht verlassen und „behielt sein Ministerium auch in der heißesten Phase der Revolution im Griff, was ihm Bewunderung und Anerkennung einbrachte“. Innenminister wird nunmehr Franz Stadion, während Bach sein bisheriges Amt (Justiz) behält, das er schon unter Wessenberg von Juli bis zum 6. Oktober 1848 geleitet hatte. Aber selbst jetzt akzeptiert Windischgrätz die Regierung nur „unter der Bedingung, daß ihm gestattet werde den Gang des Ministeriums zu überwachen und eventuell zum Stillstande zu bringen“. Zu Hübners großer Überraschung geht Schwarzenberg sofort darauf ein. Am 21. November - dem Tag seiner Amtsübernahme - war der neu ernannte Ministerpräsident wahrscheinlich noch überzeugt davon, dass er und sein Schwager „dasselbe Ziel verfolgen“, nämlich „die Monarchie und den Thron retten“. Er erkannte allerdings damals schon, dass sie beide „dies vielleicht auf verschiedenen Wegen erreichen“ wollten. Wenn er allerdings tatsächlich glaubte, sich mit seinem Schwager „am Ende [...] immer wieder

[zu] verstehen“, so irrte er gewaltig; wahrscheinlicher ist es vielmehr die Gewissheit, dass „[s]ein Schwager in Wien und Ungarn genug zu thun finden wird“.

Stadion, Bach, Bruck und Krauß hatten eines gemeinsam: Sie qualifizierten sich für ihr Amt durch eine hohe fachliche Kompetenz und man könnte sie im weitesten Sinn als konservative Liberale bezeichnen. Stadion orientiert sich mit seiner Verwaltungsreform für die Gemeinden im wesentlichen an der „angelsächsischen Tradition des 'self government'“ zurückzuführen. Bruck war nicht nur geschäftstüchtig, wie die erfolgreiche Gründung des *Österreichischen Lloyd* zeigt, er verfügte auch über den dafür notwendigen Weitblick. Er war derjenige, der „als erster die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Donaustaates erkannte und ihm den Weg nach dem Südosten, nach dem Balkan und zum Schwarzen Meer zu erschließen [ver]sucht“. Windischgrätz hatte natürlich gegen jeden dieser Männer Vorbehalte, aber sein größtes Misstrauen - aus seiner Sicht nicht ganz unbegründet - richtete sich gegen Bach. Der gewiefte und scheinbar recht anpassungsfähige Rechtsanwalt, „der sich im Laufe der vergangenen sechs Monate vom Revolutionär zum Reformier, schließlich wohl schon zu diesem Zeitpunkt zum Liberalen mit konservativen Tendenzen gewandelt hatte“, musste naturgemäß bei Windischgrätz auf Ablehnung stoßen. Dem Aufstand in Wien am 6. Oktober entzieht sich Bach wie so viele andere auch durch rechtzeitige Flucht, um aber doch wieder am 5. November in Olmütz - „unerwartet“ und rechtzeitig vor der Regierungsbildung - zu erscheinen. Windischgrätz' Abneigung war aber auch persönlich motiviert. Er hatte nicht vergessen, dass der frühere Revolutionär Bach sich lautstark für den Sturz Metternichs eingesetzt hatte; Geißler zufolge hatte Bach „dem Staatskanzler mit der Pistole in der Hand fünf Minuten Bedenkzeit bewilligt“, was den wendigen Anwalt offenbar nicht daran hinderte, nach Metternichs Rückkehr zu „den zahlreichen ihm huldigenden Besuchern“ am Rennweg zu zählen. Man

kann annehmen, dass „Pistole“ hier als Metapher für das Ultimatum steht, andernfalls hätte Metternich diese Huldigungen wohl kaum entgegengenommen. Schwarzenberg wollte jedoch auf den kompetenten Bach keinesfalls verzichten; dass er sich mit seinem ursprünglichen Vorschlag für Bach als Innenminister schließlich am 28. Juli 1849 dennoch durchsetzte, ist allerdings eher dem krankheitsbedingten Rücktritt Stadions zu *verdanken*, zu dem Hübner in lapidarer Kürze anmerkt: „verfiel in Irrsinn April 1849“; das Justizressort geht an Anton Ritter von Schmerling (1805-1893), der damit „die liberale Seite des Kabinetts“ verstärkte. Schwarzenberg hatte gute Gründe, sich dermaßen für Bach einzusetzen. Um seinen eigenen Aufgaben als Ministerpräsident und Minister des Äußeren nachkommen zu können, brauchte er Leute seines Vertrauens. Um die Monarchie aus der Krise zu führen, brauchte er ein Kabinett von hochqualifizierten Fachleuten - Anforderungen, die Bach ebenso wie Stadion und Krauß zweifellos erfüllten; auf Einwände seiner Standesgenossen, von denen er sowieso keine allzugroße Meinung hatte, nahm er dabei sicher keine Rücksicht.

Schwarzenberg hat sein Versprechen gegenüber Windischgrätz zweifellos bald bereut, denn der nächste Konflikt war mit der für Österreich geplanten Verfassung schon vorgezeichnet. Windischgrätz lehnt den von Stadion, Bach und Krauß mitgetragenen Entwurf kategorisch ab; besonders „die Stellen welche zu sehr an die Lehrsätze und Phraseologien von 1789 erinnerten“ stoßen bei ihm auf massive Kritik. Sein eigenes Konzept sieht eine Einteilung in Provinzialstände und einen Senat mit der jeweiligen Vertretung in Wien vor, das wiederum von der Regierung in Olmütz als „unausführbar“ zurückgewiesen wird. Die drei besagten Minister kündigen ihren Rücktritt an und Windischgrätz droht seinerseits mit einer Niederlegung des Kommandos als Befehlshaber der kaiserlichen Truppen in Ungarn. Hübner reist im Auftrag Schwarzenbergs ins Hauptquartier des Feldmarschalls nach Ungarn und in einer zähen

zweistündigen Verhandlung am 26. Februar gelingt es ihm tatsächlich, Windischgrätz umzustimmen. Auch wenn Hübner schreibt, dass seine Mission Schwarzenbergs „letzter Versuch [war] den Bruch zu verhindern“, ist es im Grunde nur seinem eigenem diplomatischem Geschick zu verdanken, dass die Krise noch einmal beigelegt werden kann. Anfangs zeigt sich Windischgrätz jedoch Hübners Argumenten wenig zugänglich, selbst wenn die strittigen Punkte, an denen er besonders Anstoß genommen hatte, „[d]ank der Anstrengungen des Ministerpräsidenten“ weggelassen wurden. Vermutlich war es Hübners zweite hinzugefügte Bemerkung, die ihn dann doch veranlasste, dem Entwurf zuzustimmen. Er erinnert den Feldmarschall an „die Wichtigkeit seiner Aufgabe“, um einen Bruch mit seinem Schwager zu vermeiden. Auch „[i]n Olmütz, schmeichelt man sich ein lebensfähiges und dauerhaftes Werk zu Stande gebracht zu haben“, aber in diesen Zeiten könne jede Verfassung nur „ein Provisorium“ und „kein Definitivum“ sein. In Windischgrätz' Augen war sie dennoch „ein schlechtes Machwerk“ und über den Wortlaut der kaiserlichen Kundmachung geraten er und Schwarzenberg wieder aneinander. Windischgrätz „hatte seine Vorstellungen über den Proklamations-text brieflich genau auseinandergesetzt“, die allerdings nicht denen des Ministerpräsidenten entsprachen. „In Olmütz findet man, daß sich der Feldmarschall zu viel mit Politik befasse“, notiert Hübner schon vor seiner Reise am 22. Februar in seinem Tagebuch. Windischgrätz und die Generalität dagegen waren der Meinung, dass Schwarzenberg „ihm nicht genug Einflußnahme auf die Geschäfte gestatte“. Als Oberbefehlshaber der kaiserlichen Truppen in Ungarn habe der Feldmarschall nicht nur eine militärische, sondern auch eine politische Aufgabe zu erfüllen. Die militärische sei die Niederschlagung des Aufstandes; die politische bestehe darin, „den Theil der magyarischen Nation, welcher an der Rebellion keinen Theil nahm, durch Unterhandlungen zu beruhigen und zu versöhnen“, argumentiert man.

Auch Hübner wundert sich, „wie weit diese politische Thätigkeit des Oberbefehlshabers in Ungarn zu gehen habe“. Tatsache ist allerdings, dass Windischgrätz in seinem Kampf gegen Schwarzenberg auf verlorenem Posten stand. Lippert zufolge konnte er nur auf die „absolutistischen Föderalisten“ zählen - „in der Regierung besaß er keine, in der Armee nur wenige Freunde“. Radetzky gehörte offenbar nicht dazu. Er war über Windischgrätz' selbstherrliches Vorgehen in personellen Fragen schon längere Zeit verstimmt. Dass Windischgrätz glaubte, aufgrund seiner eminenten Position auch Franz Joseph Vorschriften in Verfassungsfragen machen zu können, hat sicher am Hof für einigen Unmut gesorgt; seine permanenten politischen Einmischungen haben die Arbeit des Kabinetts immer wieder blockiert und waren daher nicht nur Schwarzenberg ein Dorn im Auge. Windischgrätz wird jedenfalls auf Befehl des Kaisers mit 12. April 1849 von seinem Posten abberufen; eine Entscheidung, die unzweifelhaft auf eine Forderung Schwarzenbergs zurückging und die Geißler mit den Worten kommentiert: „[S]o erntete der Bezwingen Prags und Wiens, der eigentliche Retter der kaiserlichen Macht, den berüchtigten Dank vom Hause Habsburg“. Eine Äußerung, der man vielleicht hinzufügen könnte, dass Schwarzenberg selbst zwei Jahre später diesen Undank ähnlich empfinden musste. Wann der Ministerpräsident den Plan fasste, seinen unbequemen Schwager ein für allemal loszuwerden, lässt sich nicht mit Bestimmtheit sagen. Die möglichen Hintergründe, die zum Sturz des Feldmarschalls führten, sind in jedem Fall im Verlauf der ungarischen Revolution und der damit verbundenen Intervention des Zaren suchen, auf die in diesem Zusammenhang noch zurückgekommen wird.¹¹⁰

Den Machtkampf mit Windischgrätz hatte Schwarzenberg vorerst

110 Geißler, S. 65; Das Gedicht des deutschen Journalisten, das hier nur auszugsweise wiedergegeben wird, trägt den Titel „Ein Programm“; vgl. dazu Ebd, S. 40 (o.n.A); Lippert, SS. 160-3, 172-3; Srbik I, SS. 45-6; Vajda, S. 506; Rumpler, S. 306-7; Hübner, *Ein Jahr ...*, SS. 145, 169, 300-1, 312, 339, 375, Lippert, SS. 181-2, 217-8.

gewonnen; ein weiterer spielt sich auf internationaler Ebene ab und ist mit der eigenwilligen Russlandpolitik des Ministerpräsidenten eng verknüpft. Die Auseinandersetzung mit dem damaligen Außenminister Lord Palmerston¹¹¹ zeigt, wie empfindlich der Ministerpräsident auf Bevormundungen jeder Art reagierte und wie unerbittlich er diesen Kampf auch dann fortsetzte, wenn es keinen politischen Sieg, sondern nur mehr einen persönlichen in einem „Krieg der Unhöflichkeiten“ mit einem ebenbürtigen Gegner zu gewinnen gab. Charakterlich teilten die beiden Staatsmänner viele, politisch einige wenige Gemeinsamkeiten. So urteilt zum Beispiel Hübner: „Niemand, Fürst Felix ausgenommen, versteht es wie Lord Palmerston liebenswürdig oder unartig zu sein.“ Der russische Zar bezeichnet Schwarzenberg „einen Palmerston in weißer Uniform“ und auch Königin Viktoria ist der Meinung, „dass mit Schwarzenberg, 'diesem Palmerston Österreichs' nicht mehr auszukommen sei“. Palmerston, der zum „symbol of British nationalism“ wurde, war ein liberal-konservativer Whig; Schwarzenberg - zumindest am Beginn seiner Amtszeit - konservativ-liberal. Beide hegten ein tiefes Misstrauen gegen demokratische oder republikanische Staatsformen, beide traten für eine Anerkennung von Louis Napoléon ein und beide versuchten ihn für sich zu gewinnen - wenn auch aus völlig anderen Motiven und - für den britischen Außenminister mit fatalen Folgen. Palmerston wusste, dass im Hinblick auf Indien von den Großmächten nur Russland und Frankreich eine direkte Bedrohung für England darstellten und wollte daher eine französisch-russische Allianz um jeden Preis verhindern, Schwarzenberg

111 Henry John Temple, 3rd Viscount, Baron Temple of Mount Temple (1784-1865), britischer Außenminister (1830-34, 1835-41, 1846-51), Premierminister (1855-58, 1859-65); Julius (Jacob) Freiherr von Haynau (1786-1853) besuchte 1850 London und 1852 Brüssel, was in beiden Städten zu gewaltsamen Ausschreitungen gegen ihn führte; Viktorias Ausspruch über Schwarzenberg stammt aus „einem Brief an eine deutsche Verwandte“ der Königin, den Metternich nach seiner Rückkehr Schwarzenberg gezeigt haben *soll*. Die Authentizität dieser Aussage ist allerdings nicht belegt, denn dass ein Privatschreiben Viktorias in Metternichs Hände gelangt sein *soll*, ist eher unwahrscheinlich; vgl. dazu Seward, SS. 318-19.

wollte Louis Napoléon als Bündnispartner mit Russland haben, um Großbritannien zu isolieren, um sich ganz seiner Deutschlandpolitik widmen zu können. Palmerstons Politik einer „restraint by cooperation“ gegenüber Louis Napoléon ging auf, innenpolitisch kostete ihn die voreilige Anerkennung des *coup d'état* im Dezember 1851 sein Amt als britischer Außenminister. Palmerston wollte ganz Europa zum britischen System einer verantwortlichen Regierung bekehren, was ihm von seinen Gegnern als „missionary diplomacy“ vorgeworfen wurde. Palmerston vertrat immer die Auffassung, dass selbst „ineffective protest [...] better than tacit acquiescence in wrong“ sei. Als Außenminister eines Landes, das selbst von der Revolution verschont geblieben war, fühlt er sich daher offenbar verpflichtet, an die betroffenen Staaten moralische Denkmäler zu verteilen: „Europe should have their minor revolutions lest worse befall them“. Diese etwas zynische Äußerung zusammen mit der Tatsache, dass Palmerston trotz der aufgebrachtten britischen Öffentlichkeit einen Besuch Haynaus in London durchaus befürwortete und auch Kossuths aufhetzende Reden gegen Österreich und Russland duldete, brachte Palmerston den Ruf „[of] disturbing the peace of Europe by giving encouragement to every revolutionary and anarchical set of men“ ein. Weidinger zieht daraus die Schlussfolgerung, dass Palmerstons „Politik auf eine Stützung der revolutionären Elemente in Österreich, namentlich in Ungarn, gerichtet war“; eine naheliegende Vermutung, die jedoch durch Palmerstons Parlamentsrede vom 21. Juli 1849 widerlegt wird und zu einer völlig anderen Interpretation führen muss. Großbritannien hatte nicht wegen seiner nach wie vor „traditionellen Politik“ die Absicht, die Habsburgermonarchie als „mächtigen Staatenverband in Mitteleuropa“ durch eine Unterstützung der ungarischen Revolution zu zerschlagen - sondern genau das Gegenteil war der Fall. Für die parlamentserprobten Engländer waren zwar ähnliche Bestrebungen in anderen Ländern genau wie für die Amerikaner durchaus verständlich, aber für Palmerston und die

britische Regierung standen dabei politische Interessen in Europa im Vordergrund und die verlangten, „die Freiheitsliebe mit der gebührenden Achtung vor dem Bestand des Kräftegleichgewichts“ in Einklang zu bringen. Auf Österreich konnte man dabei nicht verzichten. Es wäre daher ausgesprochen kontraproduktiv gewesen, dass die britische Regierung „irgendeinen Plan fördern würde, der eine Schwächung Österreichs und eine Stärkung der russischen Positionen zum Ziel gehabt hätte“. Im Unterschied zu den Vereinigten Staaten wurde in England auch dem ungarischen Ersuchen um Anerkennung der Revolutionsregierung von vornherein eine klare Absage erteilt: „Die britische Regierung kennt Ungarn einzig und allein nur als Bestandteil des österreichischen Kaiserreiches“; es ist daher naheliegend, dass sich Palmerston offen für die Erhaltung Österreichs als Voraussetzung für den Fortbestand eines europäischen Gleichgewichts ausspricht:

Austria is the most important element in the balance of European powers. Austria stands in the center of Europe, a barrier against encroachment on the one side and against invasion on the other. The political independence and liberties of Europe are bound in my opinion with the maintenance and integrity of Austria as a great European power.

Für den britischen Außenminister muss Österreich aus diesem Krieg in jedem Fall „geschwächt“ hervorgehen. Mit einem ungarischen Sieg und der daraus folgenden „Zerstückelung“ würde die Habsburgermonarchie ihre „bedeutende Position [...] unter den europäischen Mächten“ verlieren; aber auch mit einer Niederlage der Ungarn „hat Österreich im Kampf seine eigene rechte Hand abgeschlagen“. In einem Schreiben vom 22. August

1849 erklärt Palmerston seinen drastischen Vergleich mit den Worten: „Jeder brachliegende Acker bedeutet den Ausfall einer Nahrungsmittelquelle für Österreich; jeder ungarische Soldat, der auf den Schlachtfeldern zugrunde geht, ist ein österreichischer Soldat, der den Verteidigungskräften des Kaiserreiches fehlt“.

Getreu seiner Devise, dass „opinions mightier than armies“ sind, hat Palmerston aber schon vor seiner Parlamentsansprache versucht, sich in die Auseinandersetzung zwischen Österreich und Ungarn einzumischen, ja er bot sich sogar selbst an, „zwischen dem Kaiser und seinen ungarischen Untertanen zu vermitteln“; Österreich und Ungarn sollten zwar nach außen eine Union bilden, aber „mit getrennten Parlamenten“, die „auf der Basis von Besitz und Bildung gewählt werden sollten und nicht aufgrund des allgemeinen Wahlrechts“ - eine Ansicht, die - zumindest was den Besitz anlangt - beim österreichischen Ministerpräsidenten eigentlich auf Zustimmung hätte stoßen müssen. Schwarzenberg war allerdings schon vor seiner Amtsübernahme auf den britischen Außenminister nicht gut zu sprechen, denn Palmerstons *Missionstätigkeit* in Österreich erstreckte sich auch auf politische Verhaltensvorschriften, die er der Habsburgermonarchie für ihr Vorgehen in Italien erteilte, was zwingenderweise zu einer heftigen Kontroverse mit dem österreichischen Ministerpräsidenten führen musste. Palmerston vertrat die Ansicht, dass Österreichs Präsenz in Norditalien gemäß dem *Wiener Kongress* ja vor allem als Abschreckung gegen Frankreich gedacht war; in der Zwischenzeit hätte Österreich aber durch sein „mismanagement“ für einen derartigen Hass bei den Lombarden gesorgt, sodass man von einer Gefährdung für den allgemeinen Frieden in ganz Italien ausgehen müsste. Schon im August 1848 ließ Palmerston der Regierung in Wien ausrichten, Österreich solle die Lombardei trotz Wiedereroberung „gegen pecuniäre Entschädigung“ abtreten und seine Truppen aus Parma und Modena zurückziehen. Palmerston nimmt sich Baron Koller gegenüber,

Österreichs Vertreter in London, kein Blatt vor den Mund, was er von den dort regierenden Fürsten hält: Der Herzog von Parma ist in seinen Augen „ein kopfloser Mensch“ und der Herzog von Modena „noch weniger werth als sein Vater“. Den Hass der Lombarden hatte sich Österreich mit der Auferlegung einer Zusatzsteuer zugezogen, die vor allem den Anführern des Aufstandes die finanziellen Mittel für weitere Unruhen entziehen sollte; für Palmerston Grund genug, Österreich „gehässige Oppression“ und „Communismus“ vorzuwerfen, für Schwarzenberg jedoch eine unumgängliche Maßnahme, um den „Schuldigen welche, ohne von der Gnade des Souveräns Gebrauch zu machen, fortfahren mit ihren Einkünften die Störung der Ruhe im Lombardo-venezianischen Königreich zu fördern“.

Mit seinen abfälligen Äußerungen über die italienischen Herzöge war Palmerston wohl etwas zu weit gegangen. Die erfolgreiche Bekämpfung der Italienunruhen und Schwarzenbergs fast uneingeschränkte Machtposition geben dem Ministerpräsidenten nun endlich die Gelegenheit, neuerwachtes österreichisches Selbstbewußtsein zu demonstrieren und „Palmerston in der entschiedensten und wirksamsten Weise internationalen Anstand [zu lehren]“, was Hübner im März 1849, als die Regierung wieder nach Wien übersiedelte, veranlaßte in sein Tagebuch zu schreiben: „Unsere Beziehungen zu England sind so gespannt als es überhaupt zwischen zwei nicht im Kriege miteinander befindlichen Mächten möglich ist.“

In seinem Antwortschreiben vom 4. Dezember 1848 weist Schwarzenberg mit aller Entschiedenheit jede Art von Einmischung in die inneren Angelegenheiten Österreichs zurück und er kritisiert mit recht scharfen Worten den insolenten Ton des britischen Außenministers: „Lord Palmerston hält sich ein wenig zu sehr für den Schiedsrichter der Geschicke Europas“, wenn er glaubt, dass Österreich seine „politischen und Verwaltungsmaßregeln [seiner] lombardinischen Behörden vor dem

Tribunal des Foreign Office zu rechtfertigen“ habe. Österreich würde sich niemals eine Einmischung in die englische Irlandpolitik anmaßen, also solle Lord Palmerston „uns auch, in Beziehung auf die Lombardei, mit der seinigen verschonen“. Palmerston bediene sich einer „Sprache“, fährt Schwarzenberg fort, die zwar „wenigstens den Werth der Neuheit [hat]“, aber einen Ton aufweist, „der bald herablassend, bald beleidigend, immer unpassend ist“ und den er nicht mehr länger bereit ist hinzunehmen. Schwarzenbergs geharnischte Antwort zeigte offenbar Wirkung, denn Hübner wundert sich noch vier Jahre später darüber, warum „dieser Zwischenfall die Spannung zwischen den beiden Ministern [...] eher vermindert [hat]“. Man könnte nun annehmen, dass Palmerstons *posthume* Wertschätzung auf das Gebot einer guten Nachrede für einen Toten zurückzuführen ist, wenn er im November 1854 „die Hochherzigkeit, die warme und aufrichtige Liebe für Österreich, [...] vor allem die unüberwindliche Unerschrockenheit seines großen Gegners“ hervorhebt; Hübners Erklärung lässt jedoch auch das provokante Verhalten des britischen Außenministers und damit die Auseinandersetzung zwischen den beiden Kontrahenten plötzlich in einem ganz neuen Licht erscheinen: „Lord Palmerston“, sagt er, „stets bereit, wenn er glaubt es ungestraft thun zu können, dem Gegner einen Streich zu versetzen, nahm es nicht übel wenn dieser zurückschlug“.

In Hübners eigenem *Nachruf* drei Tage nach Schwarzenbergs unerwartetem Tod am 5. April 1852¹¹² ist nicht nur die grenzenlose Bewunderung, sondern auch deutlich eine tiefe persönliche Trauer um

112 Karl Ferdinand Graf von Buol-Schauenstein, damals Botschafter in London, tritt am 11.4.1852 seine Nachfolge als Außenminister an. Hübner zufolge hatte Schwarzenberg schon seit längerer Zeit „Vorahnungen eines frühzeitigen Todes“; schon als sich Franz Joseph mit Zar Nikolaus im Frühjahr 1850 in Warschau traf, hatte er Buol für dieses Amt vorgeschlagen. Vgl. dazu *Neun Jahre...*, S. 38. Auch Metternich hatte Buol immer schon protegiert - er „war schon mit seinem Vater befreundet gewesen“; Schwarzenbergs Tod eröffnete ihm nun die Möglichkeit, „mehr Einfluß ausüben zu können als auf seinen starken und eigenwilligen Vorgänger“. Vgl. dazu, Burckhardt, SS. V-VI;

den Verlust des Ministerpräsidenten spürbar: Hübner fühlt sich „allein“ gelassen, er weiß, dass er niemals wieder zu jemandem „ein solches Vertrauen haben“ kann und er hat mit Schwarzenbergs Tod auch seine „Jugend zu Grabe [getragen]“. Hübner betont die einzigartige „Willenskraft, Uneigennützigkeit, Selbstverleugnung“, die grenzenlose „Geduld und Ausdauer“ Schwarzenbergs - ohne Zweifel Eigenschaften, die den österreichischen Ministerpräsidenten auszeichneten. Auffallend an dieser ersten Reaktion kurz nach Schwarzenbergs Tod sind zwei Punkte: Erstens, dass Hübner dem Schwarzenberg von ihm zugestandenen „feinem Scharfsinn“ gleichzeitig auch Grenzen setzt: „Man kann nicht sagen, daß er gerade sehr reich an Ideen war“, allerdings fährt er abschwächend fort, „im gegebenen Momente fand er sie immer.“ Zweitens, dass er ihm auch jeglichen persönlichen Ehrgeiz und „jede Doppelzüngigkeit“ abspricht - eine Eigenschaft, die in Hübners Augen nur eine „Stärke der kleinen Leute“ ist und die Schwarzenberg daher „verschmähte“. Was nun die „Doppelzüngigkeit“ anlangt, darf man annehmen, dass Hübner trotz seines engen Verhältnisses einerseits wahrscheinlich nicht über alle politischen Strategien Schwarzenbergs voll informiert war oder auch aus Pietät einfach Gedanken nicht zulässt, die einen Makel auf den kürzlich Verstorbenen werfen müssen. Viele von Schwarzenbergs politischen Gegnern und auch seine stärksten Befürworter damals wie heute werden Schwarzenberg davon wohl kaum freisprechen. Auch Hübners Einschätzung der politischen Auswirkungen auf den Kaiser lässt eine ähnliche Schlussfolgerung zu, wenn er sagt:

Der jugendliche Monarch hält denselben Kurs ein, aber er hat den mutigen und ergebenen Ratgeber nicht mehr an der Seite, der seine ersten Schritte geleitet hat und der eine Lücke zurückläßt, die niemand ausfüllen wird.

Franz Joseph hält zwar noch einige Jahre am Neoabsolutismus fest, jedoch war die Wende dazu von ihm selbst eingeleitet worden und er hatte rechtzeitig dafür gesorgt, dass „das Amt des Ministerpräsidenten demontiert“ wurde. Dass Schwarzenberg diesen „Kurs“ ursprünglich gar nicht intendierte, ja dass er sich bis zuletzt dagegen wehrte, davon erwähnt Hübner kein Wort. Die Trauer des Kaisers über den Ministerpräsidenten war jedoch vermutlich nicht *gespielt*, als er „vor seinem „Sterbebett betend auf die Knie [sank]“, aber sie war doch möglicherweise auch von einer gewissen *Erleichterung* begleitet. Die Zeit der ersten unsicheren Schritte war für Franz Joseph schon längere Zeit vorbei; das Gefühl einer „Mischung aus Bewunderung und Zuneigung“ für Schwarzenberg war sicher noch vorhanden, hatte sich aber längst der Überzeugung untergeordnet, in Hinkunft das Szepter nicht mehr aus der Hand geben zu dürfen. Man kann Lippert daher nur recht geben, dass „[a]us der Perspektive Franz Josephs [...] - bei aller gebotenen Vorsicht - Schwarzenberg zur rechten Zeit gestorben ist“. Sowohl der Kaiser als auch Schwarzenberg wollten keinen „offenen Bruch“, beide wussten aber, dass er mit der Zeit unvermeidlich werden würde. Franz Joseph hatte spätestens mit seinem Entschluss, ab 23. Mai 1851 den Vorsitz bei den Sitzungen des Ministerrates zu übernehmen, ein eindeutiges Zeichen gesetzt, dass er in Hinkunft nicht länger bereit war, einen Großteil der Regierungsverantwortung seinem Ministerpräsidenten zu überlassen. Damit war Schwarzenbergs Entmachtung im Grunde genommen schon besiegelt. Endgültig wurde sie mit den sogenannten Augusterlässen drei Monate später, aus denen der Wille des Kaisers zum Absolutismus deutlich erkennbar ist: Das Ministerium ist ab sofort nur mehr dem Monarchen gegenüber verantwortlich und eine mögliche Verwirklichung - ob überhaupt und wie - der noch immer nur auf dem Papier vorgesehenen Märzverfassung erfordern „die strenge Berücksichtigung der

monarchischen Gestaltung und der Einheit des Reiches“. Die Tatsache, dass Franz Joseph „diese Augusterlässe [...] Metternich zur nachträglichen Äußerung nach dem Johannisberg“ sandte, die „naturgemäß seinen vollen Beifall [fanden]“, kann wohl keinen Zweifel daran lassen, welchen politischen Kurs der Kaiser zukünftig einschlagen wollte; und am 26. August 1851 kann er seiner Mutter stolz mitteilen: „Ein großer Schritt ist weiter geschehen. Wir haben das Konstitutionelle über Bord geworfen, und Österreich hat nur mehr *einen* Herrn.“ Dass Erzherzogin Sophie diesen Brief ihres Sohnes mit den Worten „Gott sei gelobt!“ versah, ist kaum überraschend; dass Franz Joseph nun endgültig überzeugt war, selbständig und allein regieren zu können, ist auch verständlich. Gerade wegen seiner Jugend und bestehenden anfänglichen Unsicherheit versuchte er natürlich, sich zu emanzipieren und den ohnedies historisch vorgezeichneten traditionellen Weg der Habsburgermonarchie weiterzugehen. Signifikant an diesem Schreiben an seine Mutter ist allerdings die Betonung auf „*einen* Herrn“, die offenbar von Franz Joseph selbst so beabsichtigt war und auch so verstanden werden sollte. Es ist daher nicht von der Hand zu weisen, dass dem Kaiser bewusst war, mit den Augusterlässen nicht nur „das Konstitutionelle über Bord geworfen“ zu haben, sondern auch die Macht entthront hatte, die die Idee zu dieser unglückseligen Verfassung von Anfang an verkörperte. Franz Joseph war von Anfang an im Grunde genommen immer ein Anhänger des Absolutismus; es ist daher gut möglich, dass er es Schwarzenberg nachträglich übelnahm, dass er sich dazu überhaupt überreden hatte lassen.¹¹³

113 Vajda, S. 507; Rumpler, SS. 321-2, 366; Lippert, SS. 215, 381, 402, 470; Weidinger, S. 74-5; Srbik II, S. 326; Hübner, *Ein Jahr...*, SS. 247, 262, 357-9, 360-1, 362-365; Ebd., *Neun Jahre Erinnerungen I.*, SS. 38-9, 51; Bled., *Franz Joseph*, S. 131; Metternich an Baron Menßhengen, Johannisberg 29.8.1851, weitergeleitet an Schwarzenberg mit lettre part., Frankfurt 30.8.1851, HHStA, Polit.Archiv, in: Srbik II., S. 418; Friedjung, *Österreich 1848-1860 II./1* 148, in: Ebd II, S. 354; Palmerston an Ponsonby 22.8.1849, nach Evelyn Ashley, *The Life of Henry John Temple, Viscount Palmerston 1846-1865*, Hansard's Parliamentary Debates, vol. CXXXVII, 882 v.

Hübners frühere Einschätzungen von Schwarzenbergs politischem Können und auch charakterlichen Merkmalen fallen naturgemäß weniger emotional und daher wesentlich objektiver aus als unmittelbar nach dessen Tod. Im Oktober 1848 ist Hübner sicher, dass der künftige erste Minister Österreichs überhaupt nicht „zwischen den verschiedenen politischen Glaubensbekenntnissen [...] zu unterscheiden vermag“; Schwarzenberg macht auf ihn den Eindruck eines Generals, der sich zuerst einmal abwartend verhält - „bis sich der Nebel hebt“ -, bevor er „seinen Operationsplan auf einem ihm unbekanntem Terrain entwirft“. Einen besseren Vergleich hätte Hübner gar nicht treffen können; Schwarzenbergs Regierungserklärung macht deutlich, wie geschickt er den angestrebten Konstitutionalismus mit Solidaritätserklärungen verband, um die Mehrheit des Ministerrates erst einmal für sich zu gewinnen. Seine Taktik geht ja auch auf, wie der enthusiastische Beifall zeigt. Über seine weitere politische Strategie war er sich zu diesem Zeitpunkt bestimmt noch nicht im Klaren. Vage *Phrasendrescherei* ist auch schon in seinem vorläufigen Regierungsentwurf vom 22. Oktober an Radetzky erkennbar, wo er sich im Wesentlichen nur auf zwei Punkte konzentriert: Die Niederwerfung der Revolution und die volle Wiederherstellung der Monarchie, über eine etwaige Verwirklichung der den Völkern zugestandenen Freiheit konnte er später immer noch nachdenken. Zu seiner Rechtfertigung muss man allerdings auch die gegebenen Verhältnisse des Oktober 1848 berücksichtigen, die Schwarzenberg daher selbstverständlich in den Vordergrund seines kommenden Programms stellen musste.

Bezwingung des Aufruhrs überall und um jeden Preis, Wahrung der Rechte der Dynastie gegen die Übergriffe der Revolution, Anerkennung der von dem

20.3.1855, *Correspondence relative to the affairs of Hungary 1847-1849*, in: Hanak, SS. 539-541.

Kaiser seinen Völkern gewährten Freiheit, Regelung dieser Freiheit im Innern und Aufrechterhaltung der Integrität der Monarchie nach außen werden das Programm des neuen Kabinetts sein.

Schwarzenberg wusste zwar, dass es ein Zurück zum Vormärz nicht mehr geben konnte; andere Voraussetzungen verlangten andere politische Lösungen und er reagierte darauf „instinktiv und auch mit Hilfe eines seltenen Scharfsinnes“. Nicht umsonst nennt Rumpler ihn innenpolitisch einen „Pragmatiker“, denn auf diesem Gebiet war Schwarzenberg relativ anpassungsfähig, außenpolitisch und persönlich dagegen weniger. In dieser Hinsicht waren ihm durch seinen grenzenlosen Ehrgeiz und seinem Machtstreben unüberwindbare Hindernisse gesetzt. Was den Staatsaufbau der Habsburgermonarchie anlangte, verfolgte er offenbar keine einheitliche Theorie und selbst wenn er genaue Vorstellungen davon gehabt hätte, so waren sie unausgereift, für Österreich sicherlich verfrüht und mussten so letzten Endes an der Übermacht der absolutistischen Opposition scheitern. Hauptsache für ihn war eine monarchische Staatsform, aber ob absolut oder konstitutionell, spielte dabei keine große Rolle. Wie Lippert dazu richtig bemerkt: „Es spricht vieles dafür, daß Schwarzenberg als Vertreter eines gemäßigten Konservatismus mit einem konstitutionellen System hätte leben und in ihm auch als Regierungschef fungieren können.“ Mit dem triumphierenden Kübeck an seiner Seite, der durch sein Einschmeicheln beim Kaiser eine schrittweise Beschneidung der Kompetenzen des Ministerpräsidenten erreicht hatte und den damit einhergehenden ständigen Demütigungen hätte ein Schwarzenberg auf Dauer sicher nicht leben können.

Kompromisslos dagegen zeigte er sich von Anfang an bei der Bekämpfung der Revolution. In diesem Punkt kannte er weder Verhandlungen noch irgendwelche Zugeständnisse. An dieser Einstellung hat sich auch später nie etwas geändert, wie sein Schreiben an Manteuffel

vom 21. April 1851 beweist. Schwarzenberg differenzierte auch nicht zwischen Ursache und Wirkung, da „er nur [die] dem Auge zugängliche Oberfläche [...] sieht, aber nicht die Quellen“; die tieferen Wurzeln der Revolution hätten ihn wahrscheinlich auch wenig gekümmert, selbst wenn er „über diese Grenze hinaus“ nachgedacht hätte. Es entsprach auch nicht Schwarzenbergs Charakter, Überlegungen über das *Warum* oder die Hintergründe anzustellen. Dazu fehlte ihm - „bei aller Größe des diplomatischen Verstandes und der politischen Führergabe“ eine geschlossene, philosophische Weltanschauung“. Einen Mangel an Entschlussfreudigkeit kann man Schwarzenberg dagegen nicht vorwerfen, denn was ihm an „Logik in der Politik“ fehlte, glich er durch Sprunghaftigkeit und Spontanität aus, da ihm „streng planmäßiges Handeln“ in der Art von Metternich fremd war. Er war zweifellos ein ausgezeichneter Truppenkommandant gewesen, im politischen Alltag dagegen lassen seine oft schroffen, brüsken Entscheidungen das vermissen, was man heute Führungsqualitäten oder in Srbiks Worten die „Gabe der Menschenbehandlung“ nennt. Schwarzenberg war in erster Linie Soldat. Ein Angriff auf sein monarchisch geprägtes Weltbild konnte nur mit einem Gegenangriff beantwortet werden:

Die Kraft der Revolution, [...] besteht im Angriff, das ist ihr wesentlicher Charakter, und damit sie ihn ungestört entfalten, haben alle neueren Konstitutionen die Abwehrmittel der Regierungen auf ein unhaltbares Minimum beschränkt und ihre eigentliche Aktion gelähmt. Je schwächer die Regierung, desto freier ist das Volk. Das haben die Franzosen vor einigen 60 Jahren proklamiert und die Deutschen naturgemäß nachgebetet.

Um den Fortbestand der Monarchie zu sichern, gab es für ihn nur ein

Mittel: Man musste die Revolution „niederwerfen, zertreten wenn man kann“. Selbst die zweifellos voreingenommenen Worte Hübners können dabei nicht über einen deutlich erkennbaren Wesenszug des österreichischen Ministerpräsidenten hinwegtäuschen, den man in der Forschung später dann als „latente Gewaltbereitschaft“ erkennt. Als Beweis dafür wird natürlich in erster Linie Schwarzenbergs bewusstes Decken oder auch nur bewusstes Wegschauen von Haynaus grausamem Vorgehen gegen die Revolutionäre in Ungarn und in diesem Zusammenhang Schwarzenbergs berüchtigte Äußerung „von den Mohnköpfen, die noch fallen müssten“ angeführt.

Dass der Ministerpräsident aber auch ein aalglatter Diplomat sein konnte wenn die Situation es erforderte, steht außer Frage. Es gibt etliche Überlieferungen, die Schwarzenberg tatsächlich als den Opportunisten *par excellence* erscheinen lassen, wie ihn ja viele seiner zahlreichen Kritiker sehen. Am Bemerkenswertesten sind zwei, weil sie einander im Grunde genommen aufheben, was eine glaubhafte Einschätzung der Schwarzenbergschen Politik eigentlich *ad absurdum* führen sollte; allerdings ist die zweite davon schriftlich tradiert, woraus man tatsächlich „eine konservative, auch antikonstitutionelle, aber eben doch nicht absolutistische Position Schwarzenbergs“ ableiten kann. Die gesellschaftlichen Kreise, in denen der böhmische Hocharistokrat verkehrte, waren naturgemäß adelig und die meisten davon sicher eher konservativ. Metternichs Tochter, Gräfin Leontine Sándor, schreibt am 8. November 1849 an ihren Vater, dass Schwarzenberg in einem Gespräch seinen Konstitutionalismus als „eine recht gefährliche Komödie“ bezeichnet hätte. Die Märzverfassung habe er unter den damaligen Voraussetzungen als eine unumgängliche Notwendigkeit angesehen. Hätte Österreich schon damals auf russische Hilfe zurückgreifen können, hätte man „die Armee“ zur Verfügung gehabt, „die wir jetzt haben“, dann hätte man „gleich 'drein[...]schlagen“ können. Der alternde Ex-Kanzler in

der Loge hat Schwarzenbergs scheinbar offenes Bekenntnis zum Absolutismus sicher begrüßt. Er habe Schwarzenberg ja „immer als [s]einen Nachfolger bezeichnet“, sagt er im Juni 1849 zu Hübner in Richmond; er habe von Anfang an Schwarzenbergs „energischen Charakter“ erkannt und er habe auch „an die Richtung und die Gediegenheit des Willens Schwarzenbergs“ geglaubt. Zweifel an Schwarzenbergs politischen Fähigkeiten bekommt er erst nach seiner Rückkehr, als die Differenzen unüberbrückbar geworden sind und er einsehen muss, dass seine „vorsichtigen Mahnungen“, Schwarzenberg „zu seinen Anschauungen zu bekehren“ vom Ministerpräsidenten missachtet oder einfach ignoriert werden. Er ist zwar nach wie vor von dessen „guten Grundlagen“ überzeugt, aber - ein energischer Wille allein ist eben nicht genug, denn „neben dem Wollen spielt das Können eine große Rolle“. Metternichs zweifellos teilweise richtige Beurteilung des Ministerpräsidenten beantwortet allerdings nicht die Frage, warum Schwarzenberg „diese - sonst nicht weiter bezeugten - Worte“ überhaupt gemacht haben soll und vor allem warum er seine *Zweckkomödie* gefährlich nennt? Er wusste natürlich, dass jede seiner politischen Stellungnahmen sofort dem Ex-Kanzler zugetragen würde, aber es war ihm vermutlich ziemlich gleichgültig, was Metternich von ihm hielt. Waren die Worte gedacht, um die Erzkonserven im Zirkel rund um die Gräfin über seine wahren Absichten hinters Licht zu führen? Möglich, wie auch Lippert feststellt, denn „als gesellschaftlich versierter Diplomat“ erkannte er selbstverständlich, was „in einem ausgesprochen konservativen Umfeld“ von ihm erwartet wurde. Das würde auch erklären, warum er in diesem Gespräch der Gräfin gegenüber beteuert haben soll, „er lese die Briefe ihres Vaters wie das Evangelium, er freue sich immer seines hellen und klaren Geistes, dem eine prophetische Gabe eigen sei, und schätze seine Verdienste sehr hoch ein“. Auch diese angeblichen Äußerungen Schwarzenbergs muss man gerade im Hinblick auf das

verwandtschaftliche Naheverhältnis zwischen Gräfin Sándor und Metternich als reine diplomatische Höflichkeitsfloskeln ansehen. Es gibt keinerlei Hinweise, dass Schwarzenberg je wirkliche Sympathien für Metternich hegte. Die ständigen Vorschriften des ehemaligen Kanzlers aus dem Exil - den Schwarzenberg mit Vorliebe den „alten Matadoren“ nannte - nicht zuletzt Metternichs imperativer Ton haben den Ministerpräsidenten sicher nur verärgert und kaum so etwas wie „ein pietätvolles Gefühl“ für Metternich - das Srbik annimmt - aufkommen lassen.

War dann unter diesen Voraussetzungen die von Schwarzenberg initiierte Verfassung tatsächlich - in Vajdas Worten - „bloß [...] ein billiges Mittel für [seine] präzise geplanten Täuschungs- und Beschwichtigungsmanöver“ gewesen? Plante er von Anfang an - wie Geißler behauptet -, dass sie zwar „auf dem Papier stehen [aber] nie in Kraft treten [sollte]“? Oder war es doch ein außergewöhnliches Talent der Einsicht, das Hübner ihm attestiert, „auch einen falschen eingeschlagenen Weg zuzugeben und umzukehren“? Wohl kaum! Warum hätte er denn die Sistierung der Verfassung von vornherein beabsichtigen sollen? Eine Konstitution - oder besser gesagt ein „schwebender Konstitutionalismus“ - war doch der einzige Garant für seine unangefochtene Position.

Schwarzenberg wusste aber auch, dass er sich damit „die Liberalen nicht zu Freunden, die Konservativen aber sehr wohl zu unversöhnlichen Feinden“ gemacht hatte. Die überzeugten Liberalen, unter ihnen vor allem die Bürgerlichen, waren von der Märzverfassung bitter enttäuscht und den eigentlich Konservativen war Schwarzenberg von Beginn an ohnedies suspekt. Allen voran die böhmischen Aristokraten fühlten ihre Interessen von Windischgrätz weit besser vertreten als von einem Mann, der seinen eigenen Standesgenossen wiederholt die Legitimation absprach, eine staatstragende Funktion zu übernehmen, wie er Windischgrätz und auch Metternich gegenüber erklärte. „Ich kenne in der Monarchie nicht 12

Männer unseres Standes, die unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen mit Nutzen in einem Oberhause Platz nehmen könnten“, schreibt er am 13. Februar 1849 an Windischgrätz. Vor allem im Kampf gegen die Revolution müsse das traditionelle gesellschaftlich-soziale Feudalsystem durch das Prinzip des Besitzes - „seiner Natur nach konservativ“- abgelöst werden, da „von unserer Aristokratie als solcher nichts zu erwarten ist“. Ähnlich abwertend äußert er sich auch gegenüber Metternich, als dieser versuchte, Schwarzenberg über „die Unvereinbarkeit der historisch gewachsenen Donaumonarchie mit einer modernen Repräsentativverfassung“ zu belehren. Selbst eine nur teilweise monarchische Beschränkung würde unweigerlich den Zerfall Österreichs herbeiführen, schreibt er am 17. Jänner an den Ministerpräsidenten. Im übrigen „müsse sich [Schwarzenberg] um die ungarischen Flüchtlinge im Ausland kümmern, er solle auch mehr Aufmerksamkeit auf die Londoner Presse verwenden“. Diese *Befehle* Metternichs dürften kaum dazu beigetragen haben, seine Sympathien für den Altkanzler zu verstärken. Als designierter *Retter* der Habsburgermonarchie wollte und konnte er auch nicht dulden, dass ihm ein vertriebener Staatskanzler vorschrieb, was er zu tun und was er zu lassen habe. Trotzdem wahrt er in seinen Antwortschreiben immer die Form und erklärt Metternich ausführlich, warum er eine Konstitution unter den gegebenen Umständen für unbedingt notwendig erachtet: „Das Werk kann kein französisches und kein englisches sein, denn Österreich kann nur durch eine seinen Zuständen angepaßte Verfassung zusammengehalten werden.“ Einer Konstitution nach französischem Muster stand Schwarzenberg immer ablehnend gegenüber; Ende 1850 schreibt er an Graf Prokesch, dass eine Regierung „mit jenen unheilvollen Theorien der Neuzeit, mit jenem französischem Konstitutionalismus“ nicht möglich sei; die Gesellschaft müsse an diesen „Mißgeburten“ wie „Volksvertretung, Pressefreiheit, Geschworenengerichte, Vereinsrechte und dergleichen mehr“ früher oder

später „verbluten“. Gegen eine Verfassung nach britischem Vorbild dagegen hätte Schwarzenberg keine Einwände gehabt. „[Z]u unserem Unglück“, stellt Schwarzenberg an Metternich bedauernd fest, sind in Österreich im Unterschied zu Großbritannien „die wichtigsten Elemente des englischen Staatswesens“ überhaupt nicht vorhanden - nämlich eine „politisch brauchbare Aristokratie“ und die kann man auch „als politisch tätigen Körper [...] nicht plötzlich schaffen“. Die Monarchie braucht ein sicheres Fundament im Kampf gegen die Demokratie, das heißt, man kann „der Revolution nur *einen* erhaltenden Damm entgegenstellen, und dieser ist der *Besitz*“.

Schwarzenberg war sich Ende 1849 im Gespräch mit Metternichs Tochter also sehr wohl schon seiner prekären Situation bewusst und er kämpfte dagegen einen einsamen und aussichtslosen Kampf. Seinen unbequemen Schwager hatte er absetzen lassen in der Überzeugung, damit ein für alle mal den einzig mächtigen Mann neben ihm losgeworden zu sein. Schwarzenbergs großer Denkfehler bestand darin, dass er Metternichs Einfluss aus dem Exil unter- und seinen eigenen auf den Kaiser überschätzte und er hatte eines nicht bedacht: Er hatte zwar eine *Schlacht* aber noch lange nicht den Krieg gegen Windischgrätz gewonnen. Der Feldmarschall war nicht der Mann, der seine Entlassung so ohne weiteres hinnahm; er konnte nicht nur den böhmischen Adel sondern auch den mächtigen Hofkammerpräsidenten Kübeck hinter sich versammeln; gemeinsam war ihnen allen das Bestreben, eine Aufhebung der Verfassung und damit eine Rückkehr zum Vormärz zu erreichen. Windischgrätz und auch Kübeck hatten darüber hinaus auch eine persönliche Rechnung mit Schwarzenberg offen. Die *unbekannte* Größe in diesem Machtkampf war von Anfang an Franz Joseph. Solange Schwarzenberg den Kaiser von der Notwendigkeit eines Verfassungsstaates überzeugen konnte, hatte er relativ leichtes Spiel gegen die Opposition. Allerdings besann sich Franz Joseph im Laufe des

Jahres 1849 offenbar auf seine eigentliche Bestimmung und wandte sich mehr und mehr dem Absolutismus zu und Schwarzenberg musste sich diesem abzeichnendem Kurswechsel wohl oder über anpassen. Auch wenn Metternich viel zu diplomatisch war, um sich offen auf die Seite der erzkonservativen Opposition wie Windischgrätz und Kübeck zu schlagen, auch wenn er nur wieder einmal den „alten Arzt im großen Weltspital“ für *unheilbar Kranke* spielte, so zog er damit doch seine unsichtbaren aber kontinuierlichen Fäden aus dem Exil. Metternich ahnte allerdings, dass seine Vermittlerdienste im Streit zwischen Schwarzenberg und Windischgrätz beim Ministerpräsidenten von vornherein auf schroffe Ablehnung stoßen würden; also versuchte er, den ihm treu ergebenen Windischgrätz mit einem Brief vom August 1849 zu einem ersten Schritt in diese Richtung zu bewegen. Der Feldmarschall macht jedoch in seiner Antwort einen Monat später sehr deutlich, dass er an eine Versöhnung überhaupt nicht denke; er wirft Schwarzenberg „Hochmut, Ambition und Eitelkeit“ vor, dem es nur darum ginge, „die erste Rolle zu spielen“. Die Ironie von Windischgrätz' Worten liegt aber unzweifelhaft darin, dass er damit nicht nur eine treffende Charakterisierung seines Schwagers, sondern unbewusst auch eine von sich selbst machte. So ähnlich ihre politischen Grundhaltungen in manchen Punkten waren, so unterschiedlich waren ihre Zielsetzungen; was Überheblichkeit, Ehrgeiz und Machtstreben anlangt, hatten sie einander sicher nichts vorzuwerfen. Beide dienten dem Haus Habsburg bedingungslos treu, beide waren konservativ, der eine mehr, der andere weniger und beide traten für ein hartes Vorgehen gegen die Revolutionäre ein. Windischgrätz war ein kompromissloser Absolutist, Schwarzenberg dagegen ist auch im November 1850 in einem Brief an Prokesch noch „weit entfernt, dem Absolutismus zu huldigen und ihn wiederherstellen zu wollen“.

So undurchsichtig Schwarzenbergs politische Ansichten oft waren, so unmissverständlich war seine Haltung im Kampf gegen die Revolution,

obwohl gerade die Vergeltungsakte in Ungarn ebenfalls Anlass zu unterschiedlichen Interpretationen geben. Tatsache ist, dass der Aufstand der Ungarn durch den Einmarsch russischer Truppen ein unrühmliches Ende fand und dass am 6. Oktober 1849 dreizehn Generäle im Auftrag der österreichischen Regierung hingerichtet wurden. Fest steht auch, dass der Ministerrat am 31. August 1849 beschlossen hatte, dass Haynau die bereits vollstreckten Urteile nur summarisch melden müsse. Tatsache ist ferner, dass Österreich durch die offensichtlich willkürlich gefällten Urteile im Arader *Blutgericht* eine internationale Protestlawine von noch nie dagewesenem Ausmaß auslöste, die selbst den amerikanischen Kongress beschäftigen sollte, wie die nächsten Kapitel zeigen werden. Auch der Zar zeigte sich empört darüber, warum man seine Ansuchen um Begnadigung - im besonderen für Lajos Graf Batthyány, Präsident der ersten ungarischen Regierung - einfach ignoriert hatte. Umstritten ist bis heute die Frage, wer letzten Endes die Todesurteile unterzeichnete. Auf den ersten Blick würde man natürlich den Kaiser von Österreich dafür verantwortlich machen, „wie man das in vielen, vor allem ungarischen, aber auch österreichischen Geschichtsbüchern und Biographien lesen kann“ - eine Annahme, die allerdings von etlichen Kritikern bezweifelt wird. Sowohl Bihl als auch Friedjung gehen davon aus, dass Haynau bei den Hochverratsprozessen vollkommen „freie Hand“ hatte; Friedjung glaubt, dass Schwarzenberg „die direkte oder indirekte Schuld dafür [trägt], daß Haynau so schrecklich in Ungarn wütete“; Bihl dagegen meint, den Ministerratsprotokollen „deutlich“ zu entnehmen, „daß Haynau kaiserliche Befehle und solche des Ministerrats einfach mißachtet hat“. Für diese Hypothese spricht, dass Schwarzenberg dem damaligen Gesandten in Russland, Graf Buol-Schauenstein, am 28. Oktober mitteilte, „Kaiser Franz Joseph sei verpflichtet gewesen, ein Exempel zu statuieren“; dagegen allerdings die Tatsache, dass Buol „dieses Schreiben der russischen Regierung nicht vorlegen“ durfte. Möglicherweise hätte sich Zar Nikolaus

sonst persönlich an Franz Joseph gewandt, warum Österreich seiner Petition nicht nachgekommen war. Aber auch die Protokolle des Ministerrats geben Anlass zu Spekulationen: Wie Lippert in einem anderen Zusammenhang bemerkt, liegen sie nur in mehrfach überarbeiteten Fassungen vor. Es wäre daher durchaus denkbar, dass der Ministerpräsident für eine nachträgliche *kosmetische* Korrektur gesorgt hat. Selbst wenn man voraussetzt, dass der Kaiser von Schwarzenberg über die Begnadigungswünsche des Zaren nicht unterrichtet worden war, selbst wenn man davon ausgeht, dass er die Todesurteile nicht einzeln unterschrieb, so muss er sie doch in Summe genehmigt haben. Er musste also wissen, dass dreizehn mehr oder wenig Schuldige der Revolution auf seine politische Verantwortung hingerichtet worden waren. Dass Schwarzenberg die Urteile sozusagen in Eigenregie ohne Wissen des Monarchen unterfertigte ist insofern unwahrscheinlich, als er am 26. Oktober 1849 vor dem Ministerrat erklärte, „daß Kaiser Franz Joseph den Antrag Bachs, die Vollstreckung der Todesurteile wegen politischer Verbrechen zu sistieren, genehmigt habe“. Selbst Schwarzenberg hätte so ein Risiko nicht auf sich genommen, wenn Franz Joseph von den Hinrichtungen nichts gewusst hätte. Der tiefgekränkte Kübeck - von Schwarzenberg bei der Portfeuillevergabe im Herbst 1848 übergeben - wäre sicher einer der ersten gewesen, der den Kaiser über den Alleingang Schwarzenbergs unterrichtet hätte. Signifikant an Bachs Antrag ist allerdings, dass der erst seit dem Juli im Amt befindliche Innenminister genügend Einfluss auf den Ministerpräsidenten gewonnen hatte, um ihn - und in letzter Konsequenz den Kaiser - von der Notwendigkeit dieses Schrittes überzeugen zu können. Bach, nicht nur überaus fähig sondern auch klug, hatte wohl erkannt, dass das Habsburgerreich durch weitere willkürliche Todesurteile einen nicht wieder gutzumachenden Prestigeverlust im Ausland erleiden würde. Was Schwarzenberg anlangt, hätte ihn wohl weder die öffentliche Meinung in Österreich, schon gar nicht

die in den USA und auch nicht die des Zaren gekümmert. Buol war angewiesen, der russischen Regierung klar zu machen, dass Österreich keinerlei Einmischung bei den Sanktionen gegen die Revolutionäre dulden werde. Es erfolgte daher von österreichischer Seite auch keine offizielle Entschuldigung. Für Schwarzenberg stellte sich die Sache sicher so dar, dass Russland mit seiner Intervention in Ungarn ja auch seinen eigenen Interessen gedient hatte, um ähnliche Aufstände in Polen zu verhindern; „für österreichische Dankbarkeit oder gar Unterwürfigkeit gab es aus Schwarzenbergs Sicht keinen Grund“. In diesem Zusammenhang wird häufig eine berüchtigte Äußerung des Ministerpräsidenten zitiert, deren Echtheit - wie so oft bei Schwarzenberg - bezweifelt werden muss: „Nous etonnerons le monde par notre ingratitude.“ Einen schlüssigen Beweis, ob, wann und zu wem Schwarzenberg diese Worte gesagt hat, gibt es scheinbar nicht; wenn schon nicht die Welt, aber zumindest Russland wird sich spätestens im Krimkrieg über Österreichs Undankbarkeit wundern.

Ebenso umstritten ist ein angebliches Mordkomplott Schwarzenbergs gegen Lajos Kossuth. Schwarzenbergs doch etwas eigenartige Einstellung „zu fundamentalen Prinzipien von Recht und Gerechtigkeit“ vorausgesetzt, würde die Annahme eines Mordanschlages ohne weiteres rechtfertigen - die sich jedoch allein auf Kossuths Aussage stützt, „daß Schwarzenberg ihn nach seiner Flucht in die Türkei habe umbringen lassen wollen“. In Kossuths autobiographischer Erzählung findet sich allerdings trotz seiner unzähligen Hasstiraden auf Österreich kein eindeutiger Hinweis für diese Behauptung. Wesentlich zuverlässiger scheinen hier die Memoiren von Anton von Hammer-Nemesbány zu sein. Der orientalische Referent berichtet zwar, dass Schwarzenberg „gar zu gerne die Helden der ungarischen Revolution, deren Liste er selbst zusammenstellte, am Galgen gesehen [hätte]“, aber von Mordabsichten ist nicht die Rede. Srbik geht davon aus, dass „die Anstiftung oder Billigung politischer Mordtaten“ überhaupt nicht mit Schwarzenbergs Charakter zu

vereinbaren ist; der Ministerpräsident wollte vielmehr eine „Hinrichtung auf Grund gerichtlichen Schuldspruchs“ von Kossuth erreichen. Auch Lippert schließt aufgrund von Hammer-Nemesbány einen heimtückischen Mordplan Schwarzenbergs aus, ist aber „Geheimberichten des österreichischen Generalkonsuls in Konstantinopel“ zufolge davon überzeugt, dass Schwarzenberg „mehrere Versuche“ unternahm, Kossuth „auf das Gebiet eines österreichischen Konsulats zu entführen“, um ihn vor ein Kriegsgericht stellen zu können. Ähnliches hatte allerdings auch schon Windischgrätz im Jänner 1849 versucht, als er Budapest besetzte: Man solle „alle Anstalten [...] treffen, um seiner habhaft zu werden“, befahl der Feldmarschall; und man solle auch keine Kosten scheuen, um eine mögliche Flucht Kossuths aus Debreczen zu verhindern. Windischgrätz' Appell war erfolglos - trotz „namhafte[r] Geldsummen“, die jene Leute erhalten sollten, „die zur Ergreifung und Übergabe an die österreichischen Behörden mitwirken“. Während der gemäßigte Batthyány zwischen die Fronten kaiserlicher Truppen und ungarischer Extremisten gerät und gefangengenommen wird, während der Oberbefehlshaber der ungarischen Truppen, General Görgey, einer derjenigen war, der auf Intervention des Zaren schlussendlich doch begnadigt wurde, kann sich der eigentliche Anführer der ungarischen Revolution, Lajos Kossuth, seiner Festnahme durch rechtzeitige Flucht in die Türkei entziehen. Die Einschätzung, dass eine Ermordung Kossuths so gar nicht zum Wesen des Ministerpräsidenten passte, darf allerdings nicht zu der Annahme verleiten, dass seine moralischen Skrupel das verhinderten - denn auch das lässt sich mit seinem Charakter nicht in Einklang bringen; dass er sich nicht auf einen Auftragsmord einließ, kann dennoch als sicher angenommen werden. Allein Schwarzenbergs introvertierte Persönlichkeit, deren wahre Gedanken nicht einmal seinem engsten Vertrauten Hübner zugänglich waren, macht diese Annahme mehr als unwahrscheinlich. Das Leben Kossuths gegen das unkalkulierbare Risiko, das er mit der

Mitwisserschaft - wenn schon nicht des gedungenen Mörders, so doch eines Mittelsmannes - einging? Die Entscheidung dürfte ihm nicht schwer gefallen sein! Gegen eine Entführung hätte Schwarzenberg genau wie sein Schwager keine Einwände gehabt. Als idealer Ort für eine Festnahme Kossuths bot sich das kaiserliche Konsulat in Smyrna an. Seinem Generalkonsul, Anton von Mihanovich, kam seinen eigenen Geheimerichten zufolge dabei offenbar die Aufgabe zu, Kossuth dann auf österreichischem Hoheitsgebiet zu verhaften. Seine diesbezüglichen Pläne teilte Mihanovich dem Ministerpräsidenten in zwei Schreiben vom 28. November und vom 4. Dezember 1849 mit. Schwarzenberg kann sich in seiner Weisung vom 12. Dezember an Mihanovich jedoch plötzlich „mit den Verhaftungsplänen nicht mehr unbedingt einverstanden erklären“, wenn er auch „die Motive des Verfahrens seines Generalkonsuls [...] billigte“. Der Ministerpräsident hatte für seinen Gesinnunsumschwung gute Gründe: Der türkische Sultan hatte nämlich Franz Joseph vorgeschlagen, die ungarischen Flüchtlinge, statt sie an Österreich auszuliefern „zu internieren“ und - wie Schwarzenberg meinte - „für alle Zukunft unschädlich zu machen“. Vor einer endgültigen Entscheidung des Kaisers „wäre jeder Versuch einer Aufhebung eines der auf unserer Namensliste stehenden und derzeit noch in Schumla befindlichen Individuen durchaus nicht mehr zu rechtfertigen“. Es steht außer Frage, dass Schwarzenberg bei einer Entführung und Verhaftung Kossuths keine Vorbehalte gegen eine eventuell notwendige Gewaltanwendung gehabt hätte; auch die zu erwartenden Proteste des Auslandes hätten ihn wenig gestört. Sie wären zweifellos wie schon bei Österreichs Auslieferungsantrag hauptsächlich von Großbritannien gekommen,

[a]ber was kümmerte sich ein Schwarzenberg viel um Palmerstons voraussiehende Intervention,

wenn nur die Häupter der Revolution einmal im österreichischen Gewahrsam waren und dem zweifellosen Recht, wie er es sah, gegen hochverräterische Untertanen des Kaisers freier Lauf gelassen wurde!

Dem Ministerpräsidenten waren durch die laufenden Verhandlungen zwischen dem österreichischen und türkischen Herrscher ohne Zweifel von höchster Ebene die Hände für ein *Kidnapping* gebunden; für Lippert bleibt daher im Zusammenhang mit Kossuths Mordanklage die Frage offen, „ob Schwarzenberg sich auch im Fall der Ergreifung Kossuths einer Hinrichtung widersetzt hätte“. Dass Schwarzenberg der ungarischen Aristokratie noch mehr Verachtung als der böhmischen entgegenbrachte, ist anzunehmen - bedenkt man die eigenmächtigen Verhandlungen seines Schwagers mit dem magyrischen Adel - sogar naheliegend. Ludwig von Wirkner notiert dazu in seinem Tagebuch, dass Schwarzenberg 1851 im Hinblick auf Ungarn gesagt hat: „Wer ist denn die ungarische Nation! der ungarische Adel! - diese waren und sind immer Rebellen gewesen, die man vernichten, ja für immer unschädlich machen muß.“ Srbik sieht in Schwarzenberg auf der einen Seite „den Schöpfer eines deutschbestimmten, einheitlichen und mächtigen Reiches nach tiefster Zerrüttung“, den „Erneuerer der Ehrenhegemonie Österreichs im Deutschen Bund gegen Preußens Primatstreben“, auf der anderen aber auch einen „Mann der härtesten Autorität“, der „keine Gnade, keine erbarmende Milde, keine politisch begründete Nachsicht“ kannte. Die ungarische Revolution war nach Görgeys' Kapitulation von Világos endgültig beendet, damit hatte das „Herrscherrecht“ über eine „gesetzwidrige Rebellion“ gesiegt und Schwarzenberg sah es als seine Aufgabe an, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Unter diesen Voraussetzungen - plus diesem Extra an „latenter Gewaltbereitschaft“ hätte er vermutlich keinen Moment gezögert, den

Rädelsführer der ungarischen Rebellion - ob nun in seinem Auftrag oder bloß mit seinem Wissen - auch hinrichten zu lassen.¹¹⁴

Im Frühjahr 1849 sieht sich Schwarzenberg immer mehr mit dem Problem konfrontiert, dass Österreich offensichtlich mit den rebellischen Ungarn allein nicht fertig werden kann. Nach anfänglichen Erfolgen und der Einnahme von Budapest unter Windischgrätz wendet sich das Blatt zugunsten der Ungarn, die schließlich unter Görgey im Mai sogar ihre Hauptstadt zurückerobern können. Dass Schwarzenberg von Anfang an nur allzugerne auf die ständigen Einmischungen seines Schwagers verzichtet hätte, steht außer Frage. Trotzdem wäre es nicht gerechtfertigt, von einem vorgefassten Plan sprechen, Windischgrätz zu Fall zu bringen, denn am Beginn des Jahres 1849 konnte er den für Österreich weiteren ungünstigen Verlauf des ungarischen Aufstandes nicht voraussehen. Es entspricht vielmehr Schwarzenbergs Charakter und auch seiner Taktik, günstige Gelegenheiten sofort zu erkennen und sie in seinem Sinn auch zu nutzen. Aber welche Argumente Schwarzenbergs haben den Kaiser bewogen, dem Wunsch des Ministerpräsidenten nachzukommen? Hätte Franz Joseph den Feldmarschall nach so vielen Verdiensten für die

114 Lippert, SS. 27, 30, 62, 152-3, 179, 201, 208, 245, 264, 266, 360, Schwarzenberg an Radetzky, Olmütz 22.10.1848, in: Ebd, S. 212; *Denkwürdigkeiten aus dem Leben Leopold v. Gerlachs*, S. 688, in: Ebd, S. 265, Heller, *Schwarzenberg*, anahng S. 266f, in: Ebd, S. 361, HHStA PA I, 451, Acta secreta, Konv.582, folg. in: Ebd, S. 209, Metternich an Schwarzenberg v. 17.1. und 16.2.1849 StA Prag, familienarchiv Metternich, Acta clementina 13/75, in: Ebd, S. 202, Metternich an Hübner v. 26.1.1850, Schlitter, *Versäumte Gelegenheiten*, S. 60, in: Ebd, S. 219, Schwarzenberg an Graf Prokesch v. 16.11.1850, in: Ebd, S. 218, vgl. auch Rumpler, S. 321; Burckhardt, S. 4; Vajda, S 507; Wirkner, *Meine Erlebnisse. Blätter aus dem Tagebuche meines öffentlichen Wirkens vom Jahre 1825-1852*, S. 244, in: Lippert, S. 266; Srbik I, SS. 45-6, Ebd II, SS. 359-60, 450, Metternich an Windischgrätz August 1849, Windischgrätz an Metternich v. 26.9.1849, in: Ebd II, S. 354, N.P. VIII, in: Ebd II, SS. 301ff, Acta secreta des Ministeriums des Äußern, Polit.Archiv rot 451, 581/A.S. in: Ebd, *Ein Mordanschlag Felix Schwarzenbergs auf Ludwig Kossuth?* (in der Folge: *Ein Mordanschlag?*) SS. 134-5, 136-7, 148, 155; zu Friedjungs Schuldzuweisung für Schwarzenberg an Haynaus Vorgehen in Ungarn vgl. Bihl, S. 108 o.n.A.); Hübner, *Ein Jahr...*, SS. 4, 221, 296, 312, 340, 344-5, 349-50, Windischgrätz an Schwarzenberg v. 22.2.1849, in: Ebd, S. 308-9; Schwarzenberg an Windischgrätz v. 11. und 13.2.1849, in: Rumpler, S. 309; Schlitter, *Regierungszeit Kaiser Franz Joseph I.*, 10, in: Ebd: S. 321, vgl.auch Lippert, S. 368;

Monarchie allein wegen seiner plötzlichen Misserfolge in Ungarn einfach abgesetzt? Die vor allem in der Historiografie an sich sinnlose *was-wäre-wenn Frage* drängt sich in diesem Zusammenhang allerdings geradezu auf: Was hätte denn Schwarzenberg im Falle eines siegreichen Windischgrätz' unternommen, um den Sturz seines Schwagers herbeizuführen? Es müssen also noch andere Gründe gewesen sein, die den Kaiser von der Notwendigkeit eines solchen Schrittes überzeugt haben. Geißler geht davon aus, dass der Kaiser diesen Entschluss „nur widerwillig“ fasste, sich jedoch den Wünschen Schwarzenbergs beugte, da er seine „persönlichen Gefühle“ für Windischgrätz „vermeintlicher Staatsräson“ unterordnen musste. Allerdings hätte sich Franz Joseph zu diesem Zeitpunkt - vor die Wahl zwischen Schwarzenberg und Windischgrätz gestellt -, sowohl aus „Staatsräson“ als auch aus „persönlichen Gründen“ für den Ministerpräsidenten entschieden. Die Gunst des jungen Monarchen für den Feldmarschall, der es vorzog, von Ungarn aus dem Kaiser gönnerhafte Ratschläge in Verfassungsfragen zu erteilen, der - statt nach Olmütz zu kommen - versuchte, die ungarische Aristokratie auf seine Seite zu ziehen, um seine militärischen Niederlagen zu kaschieren, dürfte sich in Grenzen gehalten haben. Man weiss nicht, wann Schwarzenberg mit seiner Forderung an den Kaiser herangetreten ist, aber Franz Joseph dürfte auf jeden Fall seinem Vorschlag nicht sofort zugestimmt, sondern ihn auch mit anderen Leuten seines Vertrauens diskutiert haben, bis er schließlich am 12. April beschloss, den Feldmarschall abzusetzen. Ausschlaggebend scheinen dabei letzten Endes tatsächlich die eigenmächtigen Kompetenzüberschreitungen von Windischgrätz gewesen zu sein. Dieselbe Schlussfolgerung zieht auch Rumpler: „Nicht weil Windisch-Graetz militärisch erfolglos blieb, sondern weil er mit dem der Revolution ferngebliebenen Hochadel paktierte, ließ ihn Schwarzenberg absetzen.“

Mit dem Sturz von Windischgrätz war aber Österreichs Problem in

Ungarn nicht gelöst. Man war ganz offensichtlich auf fremde Hilfe angewiesen und die konnte nur von Russland kommen. Im Kabinett konnte man sich jedoch längere Zeit nicht darauf einigen, ob Österreich ein Interventionsersuchen an den Zaren stellen sollte oder nicht. Die Absolutisten, wie Windischgrätz und Kübeck waren dafür, die Liberalen konnten der Idee, den Schirmherrn der *Heiligen Allianz* um seinen Beistand zu bitten, jedoch nichts abgewinnen. Und der Ministerpräsident? Er stand ja weder ganz auf der einen noch ganz auf der anderen Seite. Schwarzenberg sah darin sicher eher eine Anfrage als ein Ersuchen und schon gar keinen Bittgang, mit dem Österreich seine Ohnmacht gegenüber Ungarn eingestand. Ein Bündnis mit Russland bedeutete für ihn eine Zwecksymbiose, von der beide Seiten nur politischen Nutzen ziehen könnten. Der Zar betrachtete die Sache offenbar genauso pragmatisch, stellte jedoch mehrere Bedingungen. An Stelle der von Schwarzenberg vorgeschlagenen „Einigung auf diplomatischer Ebene“ verlangte er von Österreich „ein offizielles und unwiderrufliches Ansuchen“. Noch bevor Franz Joseph am 24. April von Schwarzenberg darüber informiert wurde und dieser Forderung am 21. Mai bei einem persönlichem Treffen in Warschau nachkam, hatte Nikolaus I. schon seine Zustimmung für die Entsendung russischer Truppen gegeben, obwohl er Andics zufolge „wenig Lust [hatte], sich in die Sache einzumischen. Angesichts bisheriger Erfahrungen könne er nur mit Neid, Böswilligkeit und Undankbarkeit rechnen. Doch ihm sei das Hemd näher als der Rock“. Folgt man den vorliegenden Protokollen, so hat Schwarzenberg im Ministerrat erstmals am 3. April 1849 die Frage, ob Österreich nicht doch „den Beistand Rußlands, direkt oder indirekt, in Anspruch [...] nehmen“ solle, zur Diskussion gestellt: Diesmals ginge es „nicht bloß um den Kampf mit rebellischen Provinzen“, erklärte Schwarzenberg und erinnerte damit an Siebenbürgen ein paar Monate früher, „sondern mit den Revolutionären aller Länder, welche dort zusammenströmen und ohne

Rückhalt das Banner der Anarchie und des Kommunismus entfalten.“ Trotz Schwarzenbergs eindringlichen Worten dauerte es noch einige Wochen, bevor man sich in der Regierung entschloss, doch ein Schreiben an den Zaren zu richten, „damit die russischen Truppen für den Fall des Bedarfes disponibel gehalten werden“. Es kann aber kein Zweifel daran bestehen, dass Schwarzenberg zwei weitere Bedingungen, nämlich „großes Truppenaufgebot, eigenständiges Operieren“ schon lange vorher angenommen hatte, was bedeutete, dass weder der Kaiser selbst noch die Regierung von seinen geheimen Unterhandlungen Kenntnis hatten. Nikolaus I. jedoch musste davon wissen. Seine negative Einschätzung von Österreich hat ihn sicher auch letztlich dazu veranlasst, nicht auf Schwarzenbergs diplomatische Lösung einzugehen, sondern ein offizielles Ansuchen des österreichischen Kaisers als Voraussetzung zu fordern. Warum hat er aber trotz seiner Vorbehalte gegen den „Palmerston in weißer Uniform“ offensichtlich dessen Vorgangsweise gebilligt? Man kann sich hier nur voll und ganz Friedjung anschließen, der überzeugt ist, „daß es das größte Meisterstück der Politik Schwarzenbergs war, daß er, sonst wohl ein großer Künstler im diplomatischen Ränkespiel, aber kein ganz weitschauender Politiker, in der Einschätzung und Behandlung des Zaren die richtigen Wege ging, so daß dieser [...] schließlich in der Hauptfrage ja doch vollkommen Schwarzenbergs Politik deckte“. Schlussfolgerungen - wie die von Andics beispielsweise - auf eine „doppelte Geschäftsführung“ Schwarzenbergs sind daher naheliegend und durchaus berechtigt. Schließlich hatte der Ministerpräsident schon im Jänner 1849 in Siebenbürgen eine ähnliche Taktik - „offizielle Ablehnung, interne Bejahung“ - erfolgreich angewendet. Lippert verweist allerdings darauf, dass auch die Ministerratsprotokolle als Beweis für Schwarzenbergs „doppelgleisige Politik“ nicht unbedingt verlässlich sind, da sie „lediglich den Verlauf der offiziellen Sitzungen und auch dies nur in einer mehrfach überarbeiteten Weise wiedergeben“. Eine knappe Anmerkung in den

Aufzeichnungen Hübners ist in diesem Zusammenhang jedoch mehr als aufschlussreich.

Den Abend des 19. März 1849 verbringt Hübner mit dem Ministerpräsidenten, der mit ihm anlässlich Hübners bevorstehender Entsendung nach Paris „sämmliche diplomatische Fragen“ diskutiert. Zur allgemeinen Lage in Europa äußert sich Schwarzenberg ungewöhnlich pessimistisch:

Die Schwierigkeiten sind ungeheuer. In Ungarn der Bürgerkrieg, der einen ungünstigen Fortgang nimmt und mich befürchten lässt daß wir genöthigt sein werden russische Hülfe in Anspruch zu nehmen; in Italien alle Wahrscheinlichkeit der Erneuerung des Krieges; in Frankfurt die Revolution in Permanenz; In Berlin Zögerungen, Gelüste, Rivalitäten, mit einem Wort keine Möglichkeit der Verständigung; in London Lord Palmerston was allein genug sagt; in Frankreich ein Sphinx; bleibt Rußland. Ich glaube wir können unbedingt auf die diplomatische und sogar militärische Unterstützung des Kaisers Nikolaus zählen, soweit es sich um die ungarische Revolution handelt, weil sie auch für sein Reich gefahrdrohend ist.

In einer Fußnote findet sich folgender Vermerk Hübners: „In der That, sechs Tage nach dieser Unterredung ließ er Kaiser Nikolaus auf einen Schritt dieser Art vorbereiten 'um der ungarischen Revolution ein rasches Ende zu bereiten.'“ Schwarzenberg erteilte diese Weisung dem österreichischen Gesandten Buol in St. Petersburg in einem Privatbrief vom 25. März 1849, das heißt, tatsächlich Wochen bevor man im Kabinett einen Entschluss bezüglich einer russischen Intervention gefasst hatte. Schwarzenbergs eigenmächtige Strategie war aber offenbar auch für Hübner nichts Neues, denn „ein Anfang hierzu war bereits gemacht worden“, schreibt er: „Auf Verlangen des Commandirenden in Siebenbürgen, Generals Puchner, damals hart bedrängt durch den

Insurgentenführer Bem, hatte der Befehlshaber der russischen Truppen in Bukarest, General Luders, am 4. Februar, Kronstadt und Hermannstadt zeitweilig besetzt.“ Für die Annahme, dass Schwarzenberg bewusst „die russische Frage in der Schwebe hielt“, um seinen Schwager zu stürzen, gibt es scheinbar „kein Dokument, das ein derartiges Vorgehen Schwarzenbergs genau belegte“. Lippert glaubt dennoch, „daß die Absichten des Ministerpräsidenten auf den Sturz des Feldmarschalls gerichtet waren“ - bedenkt man Windischgrätz' folgende Intrigen gegen seinen mächtigen Schwager ein überzeugendes Argument. Fest steht jedenfalls, dass Schwarzenberg was die russische Intervention betrifft wieder eine „gefährliche Komödie“ spielte - eine bei der er sehr hoch pokerte. Der Zustimmung zu Windischgrätz' Absetzung konnte er infolge des Vertrauensvorschlusses beim Kaiser schon vor dem eigentlichen Beschluss gewiss sein, der Diskretion von Nikolaus I. aufgrund seines unbestreitbaren Einflusses auf den Zaren ebenso. Er setzte aber auch ganz offensichtlich einen Mehrheitsbeschluss im Kabinett voraus. Wäre die Resolution für russische Waffenhilfe nicht erfolgt, hätte Österreich zwar noch längere Zeit seinen Kampf gegen die aufständischen Ungarn weitergeführt - über den Ausgang kann trotzdem kein Zweifel bestehen: Viele der ungarischen Adeligen waren im Grunde genommen nur frustriert und distanzierten sich von den Extremisten rund um Kossuth. Für Windischgrätz wäre es ein leichtes gewesen, ihren eher moderaten Forderungen nach Reformen durch Versprechungen und Zusagen nachzukommen und die gesamte ungarische Aristokratie an sich zu binden; damit wäre aber der Feldmarschall wieder fester denn je im Sattel gesessen, er hätte auch wieder militärische Erfolge vorweisen können und die Revolution wäre vermutlich über kurz oder lang in sich zusammengebrochen. Schwarzenberg als erfahrener Militär und Diplomat wusste, dass er unter diesen Umständen keine Chance gegen seinen

Schwager gehabt hätte.¹¹⁵

Eng verknüpft mit der eingangs gestellten Frage, was Schwarzenberg denn *eigentlich* wollte, steht seine diesbezügliche Einordnung als Politiker. Ein Wort, das hier sowohl bei seinen zahlreichen negativen und bei den weniger zahlreichen positiven Kritikern immer wieder fällt, ist *Macht*. Bevor man der Frage nachgeht, ob Schwarzenberg nun Macht-, Realpolitiker oder vielleicht doch Metternichianer, sogar einer „wider Willen“ war, muss der begrifflich komplexe Terminus *Macht* in diesem Kontext relativiert werden. Die Einschätzung, Schwarzenberg wäre ein reiner Machtpolitiker gewesen - noch dazu „opportunistisch“, „zynisch“ und „machiavellistisch“ - ignoriert die Tatsache, dass die Interessen jedes souveränen Staates - mit welcher Regierungsform auch immer - auf Machterhaltung und -gewinn ausgerichtet sein müssen. Da alle Kritiker ausnahmslos davon ausgehen, dass Schwarzenberg dem Haus Habsburg bedingungslos loyal diene, muss seine Politik auch primär so verstanden werden. In diesem Sinn äußert sich auch Rumpler, wenn er sagt, dass der österreichische Ministerpräsident „in letzter Instanz kein anderes Programm [hatte], als einfach soviel Macht als möglich für Österreich zu erhalten“. Dass Schwarzenberg an der persönlichen Macht, die mit seinem Amt einherging, auch Gefallen fand - wie übrigens Metternich auch - daran besteht kein Zweifel. Egal, ob Hegemonialmacht Österreichs in einem Großdeutschland, ob persönlicher Triumph über Palmerston, Windischgrätz, Einfluss auf Nikolaus I., Louis Napoléon oder über den österreichischen Kaiser selbst, der Ministerpräsident genoss seine Rolle im Spiel der Mächtigen - auch Ende 1851 noch, als von seiner eigenen Macht nicht mehr allzuviel übrig war. Rumplers Definition der

115 Geißler, S. 49; Rumpler, SS. 316-7; Friedjung II., S. 23, in: Bihl, S. 170; Schwarzenberg an Buol-Schauenstein v. 25.3.1849, in: Hübner, *Ein Jahr...*, SS. 377-8; Lippert, SS. 251-2, MR 1849 IV 3, 21 und VIII 31, HHStA Wien, Kab.Kanzlei., MR-Prot. 5, fol. 431rv, 494r und 7, fol. 382v; vgl. dazu auch Lippert, S. 242, Andics, *Bündnis Habsburg-Romanow*, SS. 150, 153, in: Ebd., S. 249, Heller, *Schwarzenberg*, Anhang 266f. in: Ebd., SS. 360-1.

Schwarzenbergschen Politik als einer „Kunst des Möglichen“ wird nirgendwo deutlicher als im Hinblick auf Frankreich und besonders auf Preußen, wo der Ministerpräsident immer versuchte, die Grenzen dieses „Möglichen“ nicht nur auszureizen sondern sie auch zu überschreiten.

Ruft man sich Schwarzenbergs heftige Auseinandersetzung mit Palmerston ins Gedächtnis, dann handelte er hier nicht gerade opportunistisch, denn gerade England war ja bestrebt, Österreich im europäischen Kräftegleichgewicht zu erhalten. Bedenkt man allerdings, dass er sich meistens von den jeweiligen Umständen leiten ließ, denen er mit Hilfe seines Instinkts begegnete und dass er politischer Notwendigkeit den Vorrang vor etwaigen Legitimitätsansprüchen einräumte, dann kann man durchaus von Opportunismus sprechen. erinnert man sich an Schwarzenbergs „spöttischen Ausdruck“ bei seiner Regierungserklärung, seine angeblich beabsichtigte „Undankbarkeit“ gegenüber Russland oder an seine Äußerung über die „Mohnköpfe“ in Ungarn, dann wird verständlich, warum Vajda ihn eines „eiskalten Zynismus“ bezichtigt.

Vieles von Schwarzenbergs politischem Handeln - ganz zu schweigen von seinen angeblichen Äußerungen - hat bei seinen Zeitgenossen für Kopfschütteln und bei seinen Kritikern für Unverständnis gesorgt und diese Tatsache lädt selbstverständlich zu Vergleichen mit seinem Vorgänger geradezu ein. Schwarzenberg als Epigonen des Metternichschen Systems zu sehen würde bedeuten, dass man beide verkennt oder zumindest gründlich missversteht. Die Gegensätze zeigen sich besonders deutlich in der Haltung zu Frankreich und Preußen, aber auch in der österreichischen Innenpolitik. Metternich hätte eine Verständigung mit einem Monarchen *von Volkes Gnaden* in der Art von Schwarzenberg rundweg abgelehnt. Was Preußen anlangt, trat er für wesentlich mehr Zurückhaltung ein, das Siebzig-millionen-Reich bezeichnet er als Utopie und für den Pseudokonstitutionalismus des

Ministerpräsidenten hatte er naturgemäß kein Verständnis. In diesem Sinne kann man sich Austens Ansicht, dass der Ministerpräsident „had no intention of abandoning the basic precepts of the Metternich tradition, and it is as a practitioner Metternichian diplomacy and not as the ‘first of the realists’ that he can best be understood“ nicht anschließen.

Metternich war weder ein Mann der Kompromisse, noch einer des politischen Sinneswandels, sondern vor allem einer mit Prinzipien. Er nahm zeit seines Lebens für sich das Verdienst in Anspruch, 1815 die Stabilität und damit einen dauerhaften Frieden in Europa gesichert zu haben und trat daher unbeirrbar für die Beibehaltung seines Systems ein. Sowohl seine Anhänger wie auch seine Gegner wussten daher im Grunde genommen auch immer, woran sie mit ihm waren. Diese „Verlässlichkeit“ bedeutete aber auch, dass er auf die markanten Veränderungen um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts mit „Inflexibilität“ reagierte. Seine eigenen Erfahrungen hatten ihn gelehrt, vor allem dem Namen Bonaparte mit allergrößtem Misstrauen zu begegnen. Es ist daher wenig überraschend, dass er auf Schwarzenbergs Annäherung an Frankreich negativ reagiert. Metternichs Sorgen über das Land, „welches nicht zu gehen und nur zu springen weiß“ - noch dazu mit einem „Neffen, der den Onkel fortsetzt“, wie er am 27. Februar 1852 an den belgischen König, Leopold I. (1831-1865) schreibt, sollten sich erst einige Jahre später als begründet herausstellen. Schwarzenberg denkt schon lange vor dem Staatsstreich und dem Referendum wesentlich pragmatischer. Schon im März 1849 sagt er zu Hübner, dass es ihm „ganz gleichgültig ist wer dort regiert, vorausgesetzt daß der Mann der wirkliche Vertreter der Mehrheit der Franzosen ist“. Seiner Meinung nach „hat Europa durch die Anerkennung des Julikönigthums dem Legitimitätsprincip entsagt“, von dem man in Frankreich jedoch schon seit der Revolution ohnedies nicht mehr ausgehen kann. Für den Ministerpräsidenten bedeutete der neue Machthaber „das Ende der Anarchie, welche sich dort, unter dem

improvisierten Namen der Republik, festgesetzt hat“. An dieser Meinung hielt Schwarzenberg auch zwei Jahre später noch fest. In Louis Napoléon sieht er „den tatsächlichen Herrn Frankreichs, die Stütze der Ordnung im Staat der ewigen Revolutionen“. Man müsse zwischen der „Frage des Rechts und der politischen Nützlichkeit“ unterscheiden, erklärte er am 29. Dezember 1851 sowohl in Berlin als auch in Petersburg und genau aus diesem Grund hatte er auch „geheim die imperialen Pläne des Präsidenten ermuntert, obwohl er dem russischen Botschafter die gegenteiligen Versicherungen gab“. Man ist versucht, Friedjung recht zu geben, der dies ein Beispiel für Schwarzenbergs „grandiose kalte Interessen- und Machtpolitik“ nennt. Man könnte es euphemistisch auch bloß als eine „Politik des Entgegenkommens“ bezeichnen, mit der es ihm gelang, dem „allezeit eroberungslüsterne[n] Frankreich“ - zumindest bis 1859 - Paroli zu bieten. Schwarzenbergs zweifellos geheuchelte Freundlichkeit gegenüber dem Prinz-Präsidenten diene ja vor allem dem schon einmal erwähnten Zweck, einen Keil zwischen Frankreich und England zu treiben; deshalb wollte er auch eine vorzeitige Anerkennung des künftigen französischen Kaisers erreichen; dass er seine eigenen „Bedenken“ überwinden musste, um „dem Emporkömmling unerschrocken die Hand zu reichen“ - wie Bihl das haben will - darf jedoch bezweifelt werden. Schwarzenbergs Politik lässt sich dagegen an keinen unumstößlichen Prinzipien festmachen. Er hatte vermutlich auch wenige, die er nicht bereit gewesen wäre, den jeweiligen Verhältnissen auch zu opfern. Für den Ministerpräsidenten zählten seiner eigenen Aussage nach „Fakten und keine Prinzipien“. Aus diesem Grund sieht Taylor in ihm auch „the first of the ‘realists’ who were to shape European affairs for the next thirty years“. Gerade das aber oft unreflektierte Handeln des Ministerpräsidenten in politischen Entscheidungssituationen hat besonders englischsprachige Kritiker veranlasst, Vergleiche mit Ronald Reagan einerseits und Michail Gorbatschew andererseits anzustellen. So

kann man beispielsweise bei Lippert folgendes Zitat von Sondhaus finden: „One is tempted to think of Schwarzenberg as having had a Reaganesque management style, combined, oddly enough, with a Gorbachevian penchant for flying by the seat of his pants.“ Mit dem ehemaligen eher mittelmäßigen Schauspieler und späteren amerikanischen Präsidenten teilte Schwarzenberg tatsächlich dessen Administrationsstil. Auch Reagan überließ zu einem Großteil die täglichen Geschäfte seinen zahlreichen Assistenten, um sich größeren Aufgaben der Politik widmen zu können. Im Unterschied zu Schwarzenberg zeichnete sich Reagan allerdings durch fundamentale politische Grundsätze aus, die auch seinen Ruf als „Präsident der konservativen Revolution“ begründeten. Mit Gorbatschew teilte Schwarzenberg - wenn man so will - das Schicksal des unverstandenen Reformers, der seine Visionen aufgrund von erkonservativen Widerständen nicht durchbringen kann. Andere Autoren, wie Austensen beispielsweise, schließen aus dem Notenwechsel zwischen Schwarzenberg und österreichischen Diplomaten im Ausland „that Schwarzenberg’s knowledge was superficial, that his ability to formulate and to articulate policy was limited, and that his management [...] was so deficient that the normal traffic of instructions to envoys abroad was erratic and unreliable“. Die für das vorliegende Thema hauptsächlich relevante Korrespondenz betrifft die zwischen Schwarzenberg und Hülsemann und aus der kann man bestenfalls manchmal vage Instruktionen ableiten, die aber nichts mit mangelndem Organisationstalent zu tun haben, sondern darauf zurückzuführen sind, dass für Schwarzenberg erstens die Vereinigten Staaten von Amerika niemals im Zentrum seiner politischen Interessen lagen und dass er zweitens - wie die nächsten Abschnitte zeigen werden - der ewigen Beschwerden des überempfindlichen österreichischen Vertreters leid war. Erst, als das Ansehen der Habsburgermonarchie auf dem Spiel stand, fühlte er sich verpflichtet, dem amerikanischen Außenminister Webster -

so wie Palmerston - „internationalen Anstand zu lehren“.

Was nun Schwarzenbergs *Machiavellismus* anlangt, so hat der Begriff im Hinblick auf seine gesamte Politik durchaus seine Berechtigung - mit einer Ausnahme: Die menschenverachtende Einstellung, die zum Beispiel Metternich mit Machiavelli verband, kann man bei ihm weder in seiner Regierungserklärung noch in seiner Denkschrift vom Oktober 1851 ausmachen, obwohl er bis zum Schluss an einer gesellschaftspolitischen Klassentrennung festhält. Kann man trotzdem von einer „machiavellistischen Machtpolitik par excellence“ Schwarzenbergs sprechen und ihn eben deshalb als „untypischen Österreicher“ bezeichnen, wie Gottsmann das tut? Die Frage beantwortet sich durch die historischen Ereignisse der letzten einhundertfünfzig Jahre von selbst. Schwarzenberg war kein Österreicher und auch kein Europäer im heutigen Sinn, sondern ein böhmischer Hocharistokrat und er vertrat die Interessen eines absolutistisch regierten Vielvölkerreiches. In diesem Zusammenhang drängt sich aber der auf Machiavelli zurückgehende Gedanke von *Staatsräson* geradezu auf, wobei man aber unweigerlich wieder zum Machtbegriff gelangt, denn gerade Schwarzenberg hat den Grundsatz, dass der Staat die zu seiner Existenz erforderliche Macht ohne Rücksicht auf Recht und Moral wahren muss, immer zur obersten Richtschnur seiner Politik gemacht, oder wie Lippert das zusammenfasst: „Schwarzenberg tat, was diesem Ziel zu nutzen, er unterließ, was ihm zu schaden schien.“

War Schwarzenberg ein Gewaltmensch und ist dies ein Zeichen dafür, wie Sked suggeriert, dass der Ministerpräsident gar „kein ‘Metternich-Anhänger’“ sein konnte? Denkt man in diesem Zusammenhang bloß an Haynau und Ungarn, das heißt, sieht man in Metternichs Politik „eine der Revolutionsverhinderung“, in der von Schwarzenberg jedoch „eine der Revolutionsüberwindung“, so muss man die Frage bejahen - ob Metternich bei der Gegenrevolution ohne

Gewaltanwendung ausgekommen wäre, muss allerdings unbeantwortet bleiben. Denkt man an die *deutsche Frage* und damit an Schwarzenbergs Siebzig-Millionen-Plan, treten die unterschiedlichen Auffassungen über zielführende Mittel und Wege zu Metternich wesentlich deutlicher hervor.

Zweifellos lassen sich für jede der oben angeführten Behauptungen sowohl in Schwarzenbergs Charakter als auch in seiner Politik Beweise und Gegenbeweise finden; die Frage, wer oder was er denn *eigentlich* war, ist damit allerdings noch immer offen. Sinnvoll erscheint in diesem Zusammenhang der von Lippert verwendete „Begriff des politischen Realismus“, denn gerade die um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts entstandene Vorstellung einer Realpolitik orientierte sich an den gegebenen, in der Realität tatsächlich vorhandenen Möglichkeiten und nicht mehr an einer vorrangig weltanschaulich-ideologisch bestimmten Linie. Nicht nur Schwarzenberg, sondern auch Cavour, Bismarck und Napoleon III. gehörten dieser neuen Epoche von Realpolitikern oder auch Machtrealisten an und waren bereit, ihre politischen Zielsetzungen den jeweiligen Umständen und ändernden Machtverhältnissen anzupassen. Die - zwar nicht von Gott so doch von Metternich - vorgegebene Ordnung hatte eine Vertrauensbasis und damit Kontinuität unter den europäischen Mächte geschaffen, die nun wieder durch gegenseitiges Misstrauen, von rasch wechselnden Bündnissen mit ebenso rasch wechselnden Partnern abgelöst wurde. Der italienische Staatsmann Camillo Cavour, dem man nachsagte, „angelsächsisch in den Ideen und gallisch in der Sprache“ zu sein, nützte vor allem internationale Rivalitäten, um mehr durch diplomatisches Geschick als militärischen Einsatz die italienische Einigung voranzutreiben. Auch der spätere Kanzler des Deutschen Reiches, Otto von Bismarck bekannte sich erst nach den Ereignissen von 1848/49 zu einer *Blut-und-Eisen-Politik*. Als an sich Erzkonservativer hatte er anfangs sogar Österreichs Vormachtstellung im Deutschen Bund unterstützt, wollte

sich aber dann mit der Rolle des ewigen Zweiten nicht mehr zufriedengeben. Durch die Revolution kam er zu der Erkenntnis, dass die vom *Wiener Kongress* festgesetzten Grenzen „are not conducive to a healthy national life“. Preußen müsse sich seiner militärischen Überlegenheit bewusst werden und sie für eine nationale Einigung in Deutschland nützen, denn „it is not by means of speeches and majority resolutions that the great issues of the day will be decided - that was the great mistake of 1848/49, but by blood and iron“.¹¹⁶ Bei dieser Aufzählung darf selbstverständlich Napoleon III., der an Adaptionfähigkeit wohl alles bis dahin Dagewesene in den Schatten stellte, nicht fehlen. *Heute* umgarnt von Schwarzenberg gegen England, aber auch umworben von Kossuth gegen Habsburg, *morgen* verbündet mit England gegen Russland, *übermorgen* mit Italien wieder gegen Österreich und *eine Woche später* doch wieder mit einem ehrgeizigen Habsburger gegen den wachsenden Einfluss der Vereinigten Staaten in Lateinamerika. In dieses Bild von *modernen* Staatsmännern fügen sich Palmerston und der österreichische Ministerpräsident nahtlos ein, Metternich dagegen als letzten Repräsentanten des *ancien régime* kann man beim besten Willen nicht zu dieser neuen *Spezies* rechnen. Trotzdem wäre es falsch, aufgrund gewisser Gemeinsamkeiten oder dafür notwendiger Voraussetzungen, Schwarzenberg zu einer „if-he-had-only-lived-longer“ Legende - wie etwa Rock das tut - zu stilisieren. Mutmaßungen darüber anzustellen, ob unter ihm die außenpolitischen Niederlagen Österreichs in den nächsten eineinhalb Jahrzehnten verhindert werden hätten können, sind vielleicht reizvoll aber rein spekulativ und daher wenig zielführend:

116 Camillo Benso, Graf von Cavour (1810-1861), italienischer Staatsmann und Mitherausgeber der Zeitung *Il Risorgimento*, Anhänger eines gemäßigten Liberalismus nach britischem Vorbild, von 1852 Ministerpräsident des Königreiches Sardinien. Durch Teilnahme am Krimkrieg gewann er die Hilfe Napoleons III. für den Krieg von 1859 gegen Österreich, das die Lombardei abtreten muss.

Supremely self-confident, daringly opportunistic, and candidly cynical, the minister-president belonged to that new breed of 'opportunistic' statesmen who emerged in the Europe of the 1850s to exploit the 'principled' politics of the generation of 1815.

Außergewöhnliches Selbstbewusstsein, unverhüllter Zynismus und Opportunismus hätten die Habsburgermonarchie sicher nicht gerettet. Vielleicht „ein ihm noch unbekanntes Sendungsbewußtsein“ - das sogar Vajda ihm zugesteht? Vermutlich nicht, denn wenn dem so war, so hat Schwarzenberg die Chancen, Österreich „zu einer bis dahin ungeahnten Größe heranzuführen“ mit seiner Deutschlandpolitik verspielt.¹¹⁷

Es ist nicht nur Schwarzenbergs Annäherung an den ewigen Unruheherd Frankreich, die Metternich mit Besorgnis erfüllt. Er hat kein Verständnis für die Hinhaltetaktik, die der Ministerpräsident seiner Meinung nach bei der deutschen Frage betreibt, für das „Louvoyieren, um einen Hafen zu erreichen; der Hafen ist unbekannt, man hofft ihn zu entdecken“. Metternichs Kritik erinnert ein wenig an die Worte Hübners, der von einem abwartenden General sprach, der seine Pläne erst offenbart, sobald sich der Nebel gelichtet hat. Wie wäre aber nun Metternich in oder besser gegen Deutschland vorgegangen? Srbik zufolge als der Staatsmann, der „Österreich zwar zu stärkerer Einheit zu führen wünscht als im Vormärz, der aber seine innere Vielgestaltigkeit bewahren will“; das bedeutet, dass Metternich ebenso wie Schwarzenberg den Machtanspruch im Deutschen Bund keinesfalls aufgeben hätte, er hatte offenbar nur - berechnete - Vorbehalte gegen den Siebzig-Millionen-Plan des Ministerpräsidenten. Metternich wollte ja „dem Staat, der durch ein Jahrtausend seit seinen Anfängen mit dem deutschen Wesen [...] verbunden gewesen war, die Führung des deutschen politischen Körpers

¹¹⁷ Vajda, S. 507; Rock Kenneth W., *Felix Schwarzenberg, Military Diplomat*, Austrian History Yearbook 11, 1975, S. 86, in: Lippert, S. 404.

wieder [...] verschaffen und [...] sichern“. Darüber, wie er das gegen Bismarck und die preußische Unionspolitik bewerkstelligt hätte, können nur Vermutungen angestellt werden. Mit seinem Eintreten „für einstweiliges Stehenbleiben auf der Rechtsgrundlage des Bundes, der Bundesakte, und [...] gegen jedes Abweichen von diesem festen prinzipiellen Standpunkt“ hätte Metternich die Vorherrschaft „die Österreich dank seiner rücksichtslosen und zielsicheren Politik im Deutschen Bund errungen hatte“ wohl kaum aufrecht erhalten können. Auch Schwarzenberg pocht in einem Schreiben an Buol im Dezember 1848 auf Österreichs „tausendjähriges Recht die erste deutsche Macht zu sein“, worauf es keinesfalls verzichten werde und er wäre zweifellos auch bereit gewesen, dieses Recht notfalls auch mit Waffengewalt durchzusetzen. Im Unterschied zu Metternich war für Schwarzenberg „der Krieg [...] nicht ultima ratio“, so Srbik, „seine Politik zielte vielmehr auf Krieg.“ Schwarzenberg hat seinen Entschluss, „daß er Preußen nicht den Krieg gemacht habe, statt nach Olmütz zu gehen“ angeblich bis zu seinem Tod bereut, zumindest wenn es nach Österreichs späteren Außenminister Graf Rechberg geht. Einer „Erzählung“ Rechbergs ist es auch zu verdanken, dass uns Schwarzenbergs „Lieblingsgespräch“ bekannt ist. Wieder einmal mehr bloß überlieferte Worte, die jedoch im Hinblick auf die Einstellung des Ministerpräsidenten zu Preußen und zu Metternich durchaus glaubhaft sind. Schwarzenberg hat sicher mit Vorliebe über sein Deutschlandprojekt gesprochen, da es doch von Anfang an den Mittelpunkt seiner politischen Zielsetzungen bildete. Dass er solche Gelegenheiten auch gerne nutzte, um Metternich Fehler in der Vergangenheit vorzuwerfen, ist daher mehr als wahrscheinlich:

Fürst Metternich hat seinerzeit in Deutschland alles

politische und Handelsterrain gegen Preußen verspielt. Es war unter ihm so weit gekommen, daß wir in unserem eigenen deutschen Hause, welches uns so gut als Preußen gehört, nicht mehr Herr waren, und alles dies, um Preußen in den europäischen Fragen für sich zu haben, allein gerade in diesen Fragen hat Preußen unser mehr nötig als wir Preußens. [...] Wir aber wollen in Deutschland auch keine Handbreit mehr gegen Preußen auf unsere Kosten nachgeben, wenigstens so lange nicht, als ich Minister bin.¹¹⁸

Die anfänglich guten Beziehungen zwischen Preußen und Österreich sind nach 1848 durch immer stärker werdende Gegensätze gekennzeichnet. Die wachsenden Rivalitäten werden durch Schwarzenbergs Forderung nach einer Einbeziehung des gesamten Staatsgebietes der Donaumonarchie in den Deutschen Bund - dem berühmt-berüchtigten Siebzigmillionenplan - noch verschärft. Auch der 1833 gegründete Deutsche Zollverein - ein wirtschaftlicher Zusammenschluss der meisten deutschen Staaten, aber ohne Österreich und unter preußischer Führung - spielte bei diesem Konflikt eine Rolle. Österreich strebt eine Auflösung des Zollvereins an und verlangt statt dessen eine mitteleuropäische Zoll- und Wirtschaftsunion, die größtenteils auf Denkschriften des einfallsreichen Bruck zurückgehen. Auch der Plan vom 70-Millionen Reich stammte von Bruck. Man erinnert sich hier

118 Seward, S. 319; Srbik II., SS. 379, 391; Metternich an Leopold von Belgien am 27.2.1852, Archiv Plaß, in: Ebd, S. 464; Hübner, *Ein Jahr...*, S. 373; Schwarzenberg an Buol, Privatbrief v. 31.12.1848 Olmütz, in: Ebd: S. 376; Bihl: SS. 52, 102-3, 167, 184-5; Geißler, SS. 40-1, 48; Vajda, SS. 506-7; Rumpler, SS. 312-3, 365; Srbik II., SS. 392; Klindworth an Arnim und Manteuffel a.a.O. S. 1ff, S. 7, nach einer Erzählung Rechbergs, in: Ebd, S. 461; Friedjung II./1., S. 145f in: Ebd: SS. 464-5; Lippert, SS. 31, 60, 62, 163; Sondhaus, *Schwarzenberg and the German Question*, S. 19, Austensen Roy, *The Making of Austria's Prussian Policy*, SS. 863-69, in: Ebd, S. 179; Taylor, *Struggle for Mastery*, S. 22, Sked Alan, *Die Habsburger Monarchie und die Herausforderung des Nationalismus*, S. 168, Austensen Roy, *Felix Schwarzenberg: 'Realpolitiker' or 'Metternichian'?*, S. 100, Gottsmann Andreas, *Reichstag von Kremsier*, S. 32, Rock, Kenneth W: *Schwarzenberg versus Nicholas I.*, SS. 113f, 140; in: Ebd, SS. 404-6; Rumpler, Einleitungsband 32, in: Ebd: S. 369.

vielleicht an nächtliche Fahrt des Ministerpräsidenten mit seinem Sekretär, nach der Hübner notierte, dass diese Idee nur „Bruck's Kopf entsprungen“ sein konnte. Preußen hingegen will einen auf auf Süddeutschland ausweiteten Zollverein und ist vor allem nicht bereit, eine weitere Bevormundung von Österreich hinzunehmen. Worauf aber wartete Schwarzenberg dann 1849? In jedem beliebigem Geschichtsllexikon kann man nachlesen, dass erst die endgültige Niederwerfung der Revolutionen in Italien und Ungarn ihm die Gelegenheit gaben, Österreichs Anspruch in Deutschland zu erneuern und gegen die deutschen Einigungsversuche vorzugehen. Auch Srbik schließt sich dieser Ansicht an, wenn er sagt, dass Schwarzenberg nur bis zur August-Kapitulation von Világos einen „ausweichenden Weg“ ging. Seine Ansichten über die künftige Stellung Österreichs in Deutschland hat er - den chronologischen Aufzeichnungen Hübners zufolge - jedoch von Anfang an konsequent verfolgt.

Die Frankfurter Nationalversammlung¹¹⁹ (für Schwarzenberg ohnedies nur eine permanente Fortsetzung der Revolution) nimmt am 27. Oktober einen Entwurf für eine Reichsverfassung an, in dem sich vor allem die §§ 2/3 in der Folge als entscheidende Stolpersteine für Österreich herausstellen: Kein Teil des Deutschen Reiches darf mit einem nichtdeutschen Land - unter einem gemeinsamen Staatsoberhaupt -

119 An die Stelle des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation tritt 1815 der Deutsche Bund, gebildet von 37 souveränen Fürsten und 4 freien Städten unter Österreichs Führung. Gemäß Art. 2. sollte er vor allem der Erhaltung der äußeren und inneren Sicherheit Deutschlands dienen und die Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der einzelnen deutschen Staaten garantieren. Der letzte Versuch von Franz Joseph, Österreichs Vormachtstellung in Deutschland zu erhalten, scheitert 1863 auf dem zum Zweck einer Bundesreform einberufenen Fürstentag in Frankfurt am Widerstand Preußens; 1866 muss Österreich nach der Niederlage bei Königgrätz der Auflösung des Bundes zustimmen. Die Frankfurter Nationalversammlung, die am 18.5.1848 in der Paulskirche eröffnet wurde, sollte vor allem eine Verfassung ausarbeiten. Die Frage nach einer groß- oder kleindeutschen Lösung spaltet die Fraktionen *grasso modo* in Großdeutsche, die einen Bundesstaat mit Gesamt-Österreich befürworten und Kleindeutsche - die Erbkaizerlichen, wie zum Beispiel auch König Friedrich Wilhelm IV., - die einen preußisch geführten Bundesstaat verwirklichen wollen, dem Österreich durch einen weiteren Bund angeschlossen werden soll. Eine umfassende Darstellung der Ereignisse rund um die Frankfurter Nationalversammlung, die genaue Aufteilung und Zersplitterung der Fraktionen findet man bei Höbelt, SS. 94-269.

zusammen einen Staat bilden, außer in Personalunion. Das bedeutet für Österreich entweder seinen Staatsverband in eine Personalunion umzuwandeln oder dem neuen Deutschen Reich nicht anzugehören. Schon die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten enthält eine unmissverständliche Absage an den Frankfurter Verfassungsentwurf: „Österreichs Fortbestand in staatlicher Einheit ist ein deutsches wie ein europäisches Bedürfnis.“ Eine Personalunion, die ja auch zum Beispiel Palmerston oder Görgey vorschwebten, ließ sich mit Schwarzenbergs zentralistischen Vorstellungen nicht vereinbaren. Schwarzenbergs Programm führt in der Folge auch zu einem Amtswechsel an der Reichsspitze: Schmerling (ein Anhänger der großdeutschen Richtung) tritt als Reichs-Ministerpräsident zurück; sein Nachfolger, der bisherige Präsident der Nationalversammlung, Heinrich von Gagern, verfolgt eine klein-deutsche Lösung. Das von ihm vorgeschlagene Projekt, Österreich in einen weiteren Bund anzuschließen, ist erwartungsgemäß für Schwarzenberg inakzeptabel, „weil es darauf zielt Deutschland in zwei Theile zu zerschneiden, Oesterreich auszuschließen und eine dieser zwei Hälften in einen einheitlichen Staat unter Hegemonie Preußens zu verwandeln“. Österreich „strebt nach Einheit“, erklärt er auch Buol gegenüber in einem Schreiben vom 31. Dezember, und die soll in Hinkunft weder von „politischen, legislativen [noch] commerziellen Schranken“ behindert werden. Schwarzenberg gibt Preußen die Schuld für das Scheitern der Verhandlungen: „Man widersetze sich zwar dort nicht direkt einer Verständigung mit Oesterreich“, schreibt er am 24. Jänner 1849 an den österreichischen Gesandten in Berlin, Graf Trauttmannsdorff, „aber man vermeide absichtlich was dazu führen könne“. Schwarzenberg sieht sich offensichtlich durch Preußens Zögern zur Offensive veranlasst: In einer Depesche vom 4. Februar 1849 an den jetzt nur noch Abgeordneten Schmerling in Frankfurt fordert er „den Eintritt der österreichischen Gesamtmönarchie in Deutschland“. Der Ministerpräsident lässt aber

auch keine Zweifel aufkommen, wo er sich um Ersatzbündnisse umschauen wird: „Nachdem ein Einverständniß mit Preußen nicht zu Stande kam, wird das kaiserliche Cabinet vorläufig einen Versuch machen in Frankfurt ein Abkommen mit den Fürsten und dem Volke Deutschlands zu vereinbaren.“ Diese „Note vom 4. Februar“ hat in Hübners Worten zwar „viel Staub aufgewirbelt aber keine Lösung gebracht“. Auch der Text dazu stammte von ihm - selbstverständlich im Auftrag Schwarzenbergs. In drei langen und zähen Sitzungen im Ministerrat (am 2. und 3. Februar) gelingt es Hübner!, einen Mehrheitsbeschluss zu erreichen. Der Ministerpräsident selbst glänzt dabei durch vornehme Zurückhaltung und beschränkt sich einen Tag später auf die Unterzeichnung der Depesche. Er beteiligt sich überhaupt nicht an den Debatten und überlässt es seinem Sekretär, den Wortlaut der Note nicht nur vorzutragen, sondern auch gegen Widerstände zu verteidigen - hier in erster Linie Stadion und Bruck, die Bedenken äußern, ob man damit nicht „die Mitwirkung des Frankfurter Reichstags zu sehr beschränke“. Dass Hübner sich in dieser ihm zugewiesenen Rolle nicht besonders wohl fühlte, ist ihm nicht zu verdenken - auch wenn Schwarzenberg „mit dem Schriftstück sowie mit [s]einer Vertheidigung [...] äußerst zufrieden ist“. Eine leise Kritik ist trotz aller Bewunderung für Schwarzenberg dennoch zwischen den Zeilen zu lesen, vor allem „sind es nicht meine Gedanken, einige derselben laufen sogar meiner Auffassung zuwider“, schreibt er in sein Tagebuch. Auch der endgültige Bruch mit Preußen bereitet Hübner Sorgen und er fragt sich - wie viele andere übrigens auch - ob „die Dinge in Oesterreich und in Deutschland hinlänglich gereift [sind] um, jetzt schon, endgültige Lösungen zu erzielen“. Schwarzenbergs Note vom 4. Februar beinhaltete auch den Vorschlag für ein gemeinsames „Delegiertenparlament“, was bedeutet hätte, dass „die Abgesandten der 38 Millionen Österreicher (die widerstrebenden Ungarn und Italiener, die erst wieder unterworfen werden mußten mitgezählt) die 32 Millionen des engeren Bundes jederzeit

überstimmen konnten“.

Schon den meisten von Schwarzenbergs politischen Zeitgenossen war das absurde dieses Vorschlages bewusst und es ist daher auch nicht überraschend, dass besonders in der jüngeren Historiografie immer wieder Zweifel an der Ernsthaftigkeit von Schwarzenbergs Siebzig-Millionen-Plan auftauchen. Glaubte er selbst an die Möglichkeit der Realisierung seines Planes? Rumpler zufolge hat „er an eine Verwirklichung des Mitteleuropa-Projektes nie ernsthaft gedacht“, sondern ihn bloß als „ein taktisches Mittel zur Verhinderung des deutschen Nationalstaates“ eingesetzt - „der letzte Versuch, Österreich und Deutschland auch im neuen Zeitalter des Nationalismus zusammenzuhalten“. Ging es Schwarzenberg auch oder nur darum, Preußen „'avilir et puis demolir' (zu erniedrigen und dann zu zerstören)“-wie Friedjung aus einer Äußerung des Ministerpräsidenten schließt? Ergo, ein politisch motivierter Machtkampf, um Österreich wieder den Platz zu sichern, den es seiner Meinung in Deutschland verdiente und der durch Preußen nun immer mehr in Frage gestellt wurde? Dafür sprechen allein schon Schwarzenbergs wiederholte Kriegsdrohungen und sein nachträgliches Bedauern, dass er sie nicht doch wahrgemacht hatte. Immerhin konnte er für seine Idee die deutschen Mittelstaaten - wie zum Beispiel Bayern und Sachsen - gewinnen, die auch im August 1851 noch ein starkes Misstrauen gegen Preußen hegen und deshalb „ihr ganzes Vertrauen auf die An- und Absichten Österreichs [setzen]“. Für Metternich eine reine Spekulationspolitik, die Österreich zu „einem großen Bankhause“ degradiert; Österreich selbst sichere sich „mit einer gewissen Summe“ die Herrschaft über „die kleinen Kapitalisten“ (sprich die Mittelstaaten), „die ihr ganzes Vermögen eingesetzt haben“ und im Falle eines Misserfolges könne es dann versuchen, „die eingesetzten Fonds mit Hilfe jener zu retten, über die die andren nicht verfügen“. Nun, wie man weiss, ist Schwarzenbergs Plan tatsächlich nicht aufgegangen und zwar

vor allem, weil er etwas Wesentliches in seiner Rechnung nicht bedachte: Nämlich die Tatsache, dass im Hinblick auf die fortschreitende Industrialisierung auch für die Miniaturstaaten ein deutscher Einheitsstaat und damit gemeinsame wirtschaftliche Interessen mit Preußen wichtiger wurden als ein unsicheres Bündnis mit Österreich.

In der Habsburgermonarchie selbst hat Schwarzenbergs Vorschlag damals Hübner zufolge einzig in Wien Befürworter gefunden. Metternich zum Beispiel sieht das „utopische“ des Vorhabens nicht nur darin, die unterschiedlichen Nationalitäten der Donaumonarchie in ein gemeinsames deutsches Parlament zu setzen, in dem sie sich notwendigerweise als Nicht-Deutsche desavouiert fühlen mussten: Mit diesem Hinweis hatten ja schon die Tschechen in Böhmen - allen voran der Historiker František Palacký - die Einladung nach Frankfurt abgelehnt. Der alte Ex-Kanzler in Brüssel betrachtet die Sache erwartungsgemäß nicht vom österreichischen, sondern vom europäischen Standpunkt. Für Metternich geht es nicht darum, Österreichs Macht in einem reformierten Bund zu vergrößern, sondern sie überhaupt in Europa zu bewahren. In diesem Sinne äußert er sich auch im März 1851 zu Hübner: „Gesamt-Österreich würde, wenn es dem Deutschen Bunde einmal beigetreten ist in jeder Weise seine Eigenschaft als europäische Macht einbüßen.“ Metternich sieht in der Integration der unterschiedlichen Nationalitäten in einen Deutschen Bund, der ja als Staatenbund vor allem die Sicherheit der einzelnen deutschen Staaten gewährleisten sollte, auch eine Gefährdung für Österreichs Souveränität. Schwarzenberg hatte diese Bedenken sicher nicht oder - wie Höbelt das auf den Punkt bringt: „In absolut regierten Staaten ging der Unterschied von Staatenbund und Bundesstaat leicht verloren, das Heilige Römische Reich hatte so jahrhundertlang funktioniert.“

Den meisten von Schwarzenbergs Zeitgenossen war - wie ihm selbst wahrscheinlich auch - von vornherein klar, dass das deutsche Großprojekt

scheitern musste. Trotzdem geht Srbik davon aus, dass er es sogar als „seine Lebensaufgabe“ betrachtete,

den österreichischen Einheitsstaat zu erzwingen, ihn als Gesamtheit in einen erneuerten, lebenskräftigeren Deutschen Bund einzufügen und so ein neues, großösterreichisches und doch von Österreich geleitetes Mitteleuropa politisch und wirtschaftlich zu schaffen.

Man mag Schwarzenberg mit Lippert zugute halten, dass er die Vision hatte, eine andere Machtordnung als die von 1815 zu schaffen; ein Vorhaben, das sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht verwirklichen und schon gar nicht erzwingen ließ - die politischen Karten in Mitteleuropa wurden erst etliche Jahre später unter Bismarck neu gemischt - nur dieses Mal ohne Österreich. Man kann auch davon ausgehen, dass Schwarzenberg den Deutschen Bund in seiner Tradition „als Staatenbund“ zwar erhalten, ihn jedoch „im Sinne der liberalen Zeitideen wirtschaftlich [...] modernisieren“ wollte: Das Wirtschaftsgenie Bruck hätte dafür schon die notwendigen Ideen geliefert. Sicher ist auch, dass Schwarzenbergs Vorschlag - zumindest was das „Bündnisangebot an die deutschen Könige“ betrifft - „ehrlich gemeint [war]“. Warum verfolgte er aber dann seinen Siebzig-Millionen-Plan mit einer Zähigkeit, die berechtigte Zweifel an der Fähigkeit seiner realistischen Einschätzung aufkommen lassen? War der Realpolitiker Schwarzenberg so unrealistisch, so verblendet durch sein Machtstreben, dass er die Absurdität des Siebzig-Millionen-Plans nicht erkannte? Der naheliegendste, aber auf den ersten Blick gar nicht so leicht durchschaubare Grund, warum er trotz besseren Wissens dennoch an seinem Plan festhielt, ist wohl in der Frankfurter Nationalversammlung selbst zu suchen: Es war Schwarzenbergs Antwort

auf den Verfassungsentwurf - oder genauer gesagt - „eine passende Retourkutsche für die §§ 2 und 3“.¹²⁰

In der Forschung geht man im Allgemeinen davon aus, dass Schwarzenberg in der zweiten Hälfte des Jahres 1851 vieles von seinem ehemals unermüdlichem Arbeitseifer und seiner Willenskraft eingebüßt hatte. Schuld daran waren zweifellos nicht nur die sich bereits deutlich abzeichnenden gesundheitlichen Probleme, die er trotz aller ärztlichen Ratschläge nicht beachtete, sondern vor allem der steigende Druck der Opposition und die damit verbundene immer größere Entfremdung zum Kaiser. Dazu kam die Rückkehr Metternichs aus dem Exil, der zwar offiziell keinen Anteil an Schwarzenbergs Entmachtung hatte, aber mit seinen unermüdlichen Ratschlägen die richtigen Fäden zog und den Erzkonservativen damit dementsprechend den Rücken stärkte.

Der Ex-Kanzler hatte immer vermieden, offen gegen den Ministerpräsidenten Stellung zu beziehen, in seinen Briefen an „Kübeck, Hartig und Prokesch-Osten“ war er jedoch weniger zurückhaltend. Mit der proklamierten aber nicht in Kraft getretenen Märzverfassung habe der Ministerpräsident Österreich in „ein[en] Zustand voll innerer Unwahrheit“ hineinmanövriert: Diese sei weder mit „dem Willen des Monarchen, die alte Gewalt der Krone uneingeschränkt wieder herzustellen“ noch mit „einem tatsächlichen, auf Militär und Beamtentum gestützten Absolutismus“ zu vereinbaren; dem gegenwärtigem „streng zentralistisch-germanisatorisch[en]“ Zentralismus Österreichs stehe Schwarzenbergs versprochenes Gleichheitsprinzip aller Nationalitäten entgegen - das Bekenntnis zu einer „freien, selbständigen, unteilbaren und unauflösbaren konstitutionellen Erbmonarchie“ einerseits und der 'Selbständigkeit' der

120 Schwarzenberg an Buol, Privatbrief v. 31.12.48, Schwarzenberg an Trauttmannsdorff, Olmütz 24.1.49, beide in: Hübner, *Ein Jahr...*, SS. 376, 336-7; Hübner, *Neun Jahre Erinnerungen*, SS. 7-8, 14; Höbelt, SS. 260-2, 290; Rumpler, S. 313, Heinrich Friedjung, *Österreich von 1848 bis 1860*, 2/1, SS. 565-569, in: Ebd, S. 319; Srbik II., S. 460.

einzelnen Provinzen“ andererseits. Ob Metternich mit diesen Briefen mehr oder minder versteckt gegen den Ministerpräsidenten - trotz „aller Zielgemeinschaft“ - frondieren oder mit Gleichgesinnten nur seine „Betrübnis und düsteren Sorgen“ über die Zukunft Österreichs teilen wollte, ist eine Sache der Interpretation; fest steht, dass sie jedenfalls bei Kübeck auf äußerst fruchtbaren Boden fielen.

Schwarzenberg wusste selbstverständlich, dass Metternich in Österreich einen wesentlich direkteren politischen Einfluss ausüben konnte als vom Ausland aus, wo „der Fürst schließlich auf einen recht engen Verkehrskreis beschränkt gewesen [war]“; und er wusste auch, dass sich drei Jahre nach der Revolution die Wogen längst geglättet hatten, Metternich für viele Unzufriedene in der Regierung als Hoffnungsträger galt und daher „der berühmte alte Mann wieder in den Gesichtskreis der konservativen Elemente aller Staaten [rückte]“. Die Rückkehr des Ex-Kanzlers nach Österreich konnte der Ministerpräsident allerdings nicht verhindern, auch nicht, wenn er der kaiserlichen Zustimmung „in seinem vertraulichen Begleitschreiben“ hinzufügt, „daß gerade die 'Reaktionäre und Erzkonservativen' sein Heimkommen nicht wünschen“. Metternich war politisch zu erfahren, um Schwarzenberg diese Behauptung abzunehmen, aber er war auch klug genug, um „den deutlichen Wink“ zu erkennen, der „ihn so vor feudaler und altkonservativer, gegen das Ministerium gerichteter Politik [warnte]“. Der Ministerpräsident begnügte sich aber nicht mit dieser unmissverständlichen Warnung und er versuchte ganz offensichtlich, Metternich sogar „gegen Ende des Jahres [1851]“ noch zu desavouieren: Dazu nahm er die Dienste eines Journalisten namens Florencourt in Anspruch, der scheinbar „mit Wissen und im Auftrag Schwarzenbergs“ für die „scharfe[n] Kritiken der einstmaligen amtlichen Tätigkeit des alten Fürsten“ in den „katholischen Blättern Deutschlands“ verantwortlich war. Srbik räumt jedoch ein, dass Schwarzenberg damit eher „die

Altkonservativen treffen wollte, die sich Metternichs bedienen wollten, um das ihnen verhaßte Kabinett zu stürzen“. Man erinnert sich hier vielleicht, dass Metternich im März 1848 das *Kunststück* zuwegegebracht hatte, sich selbst bei seinem Rücktritt noch einen glanzvollen Abgang zu sichern. Schwarzenberg hingegen war nie ein Mann der Selbstinszenierungen und 1851 - in die Enge getrieben - verteidigte er sich mit Mitteln, die ein Metternich wohl immer als unter seiner Würde weit von sich gewiesen hätte.

Am 21. November 1848, also schon am Tag von Schwarzenbergs Amtsantritt, schreibt Hübner in sein Tagebuch: „Der Erfolg verführt“; Österreichs neuer Ministerpräsident hätte „noch viel zu lernen und er lernt rasch aber nicht rasch genug“. Hübners Prophezeiung sollte in Erfüllung gehen, denn „[n]och viel erfolgloser, ja eigentlich katastrophal und persönlich tragisch endete Schwarzenbergs innenpolitische Tätigkeit.“ Hauptverantwortlich für den Fall des Ministerpräsidenten konnte in letzter Instanz natürlich nur Franz Joseph selbst sein, aber der Drahtzieher dahinter war nicht Windischgrätz und die Armee wie man vermuten könnte, sondern unbestritten Kübeck. Der steile Aufstieg des Freiherrn Karl von Kübeck (1780-1855), der es vom Schneidersohn zum Hofkammerpräsidenten und zum Präsidenten des Reichsrates brachte, ist vor allem deshalb von Bedeutung, weil er hauptsächlich noch unter Metternich erfolgte, Kübeck aber damals als gemäßigter Liberaler noch alles andere als ein Metternich-Anhänger war. Eher das Gegenteil, versichert Srbik: Er war „der eigenartig geistvoll selbstbewußten, theoretisierenden und wenig tatkräftigen Persönlichkeit des hochkonservativen Staatskanzlers oft mit skeptischer Ironie gegenübergestanden“. Nach der Revolution hatten sich Kübecks politische Ansichten gründlich geändert und auch von seiner ehemaligen Skepsis ist nichts mehr geblieben: Er spricht von Metternich nun als „seinem Meister“ und kann 1851 „die Rückkehr des „Genius von Brüssel“

kaum erwarten. Kübeck war zweifellos nicht der einzige, der seinen vormärzlichen Revolutionsenthusiasmus später als Irrtum erkannte, aber er war der einzige, der seine neue, alte Gesinnung auch geschickt zur *Bekehrung* von Franz Joseph benutzte. Allerdings muss man bedenken, dass es dazu wahrscheinlich wenig an Überzeugungsarbeit bedurfte: Erstens, gehörte Kübeck so wie Schwarzenberg zu den wenigen Personen, denen der Kaiser vertraute und zweitens machte Franz Joseph nie ein Hehl daraus, dass für ihn „das Wohl der Dynastie und des Staates auch über verdiente Einzelpersonen“ ging. Der Mann, der einer totalen Rückkehr zum Absolutismus allerdings tatsächlich im Wege stand, war Schwarzenberg. Eine Konstellation, die Lippert - nicht ohne Ironie - mit den Worten kommentiert: „Daß der 20jährige Kaiser sich mit dem 70jährigen Kübeck zusammentat, um den 50jährigen Schwarzenberg politisch auszumanövrieren, gehört zu den - auch psychologisch interessanten - Eigentümlichkeiten der franzisko-josephinischen Ära.“ Über Kübecks Administrationstalent und sein bestechendes und fundamementiertes politisches Wissen bestehen offenbar keine Zweifel; auch Hübner zeigt sich davon beeindruckt, bezeichnet Kübeck aber sonst als den „Typus des Bürokraten ersten Ranges“. Über die möglichen Motive, die Kübeck dazu bewogen, die Entmachtung des Ministerpräsidenten mit einer derart unglaublichen Energie zu betreiben, gibt es jedoch verschiedene Erklärungen. Wenn dabei auch „persönliche Gründe, insbesondere ein soziales Inferioritätsempfinden gegenüber Schwarzenberg“ eine Rolle gespielt haben, wie Lippert annimmt, so müsste Kübeck ähnliche Gefühle allerdings auch Metternich gegenüber gehabt haben. Vielleicht erkannte Kübeck aber selbst tatsächlich erst durch die Revolution „sein wahres Wesen“ und er war der Regierung des Vormärz wesentlich stärker verhaftet „als ihm bei seiner bisweilen recht scharfen Kritik ihrer Schwächen selbst bewußt geworden war“; oder es waren doch irgendwelche Minderwertigkeitskomplexe, die er mit der Erfüllung einer

Mission kompensieren konnte, wie Rumpler suggeriert:

Während der Fürst nicht bereit war, sich zum bloßen Handlanger der Krone zu erniedrigen, sah sich der Schneidersohn dazu berufen, zum Wegbereiter des Neoabsolutismus zu werden.

Tatsache ist, dass Kübeck in Schwarzenbergs Kabinett zu seiner großen Enttäuschung kein Amt erhalten hatte. Die Frage nach den möglichen Gründen dafür ist naheliegend, die Antwort aber letzten Endes wieder spekulativ. Kübecks frühere liberale Neigungen können es jedenfalls nicht gewesen sein - die konnte man ja auch Bach vorwerfen; sein Gesinnungsumschwung auch nicht, da erst das Ausmaß des ungarischen Aufstandes ihn offensichtlich dazu veranlasste, wie seine Tagebucheintragung von April 1849 zeigt:

Die Freiheit ist ein Wort, das die besten Menschen zum Wahnsinn, die edelsten Gemüter zu Verbrechen, ganze Völker zur Raserei treibt. Ein Wort, das als ethische Verneinung den Menschen zur Tierheit stößt, wohin ihn der Reiz zur schlammigen Befriedigung aller Gelüste und Wünsche hinzieht, deren Genuß gleich den Tigern, nachdem sie Blut gekostet, zum Raub, Mord und zur Vergießung von Strömen Blutes aufregt, das Recht und Gesetz verbannt und unsägliches Elend über die Menschen bringt.

Die enge Verbindung zu Windischgrätz spielte aber vor Schwarzenbergs Amtsantritt auch noch keine Rolle - sie müsste zu diesem Zeitpunkt noch eher eine Empfehlung als eine Diskreditierung

gewesen sein. War es Kübecks zweifellos immer vorhandene und durch die Revolution wieder neu entdeckte Loyalität gegenüber Metternich? Dagegen spricht allein schon die Tatsache, dass auch Hübner immer Sympathien für Metternich hegte - mit dem Unterschied, dass er niemals sein Vertrauensverhältnis zu Schwarzenberg durch Informationen an den Ex-Kanzler aufs Spiel gesetzt hätte; und doch hat es den Anschein, als ob Schwarzenberg dem Hofkammerpräsidenten von Anfang an misstraute. Möglicherweise warnte ihn auch nur sein Instinkt und seltener Scharfsinn vor Kübecks zu erwartender Opposition.

Die Märzverfassung war für Kübeck jedenfalls ein geeigneter Ansatzpunkt, um den Ministerpräsidenten auszuhebeln - das Werkzeug dazu lieferte unwissentlich Franz Joseph selbst: Der Kaiser fühlte „sich von der Arbeit erdrückt“, weil er „allein gegen das Ministerium nicht mehr aufkommen könne“. Kübeck hat die kaiserlichen Beschwerden scheinbar vorausgesehen, denn er hat sofort die passende Lösung parat: Man könnte den Ministerrat durch die Einsetzung eines Reichsrates ersetzen. Immerhin wäre der ja in der Verfassung ausdrücklich vorgesehen; er könnte nicht nur „die Aufhebung der Verfassung vorbereiten“, sondern darüber hinaus auch „ein Gegengewicht zur Regierung bilden“. Es ist wenig überraschend, dass dieser Vorschlag den Wünschen des Kaisers entgegenkam. Für Schwarzenberg eine unangenehme Situation: Ob er nun die Verfassung - wie Srbik annimmt - „nur gegeben hatte, weil er anders die Dynastie nicht retten zu können meinte“ oder eine konstitutionelle Monarchie „aufrichtig und ohne Rückhalt wollte“ - wie er selbst behauptete - Tatsache ist, dass die von ihm initiierte Märzkonstitution die Einführung eines Reichsrates bestimmte. Fest steht ferner, dass Kübeck mit der dementsprechenden Billigung von Franz Joseph seinen Plan umsetzen konnte - trotz „heftige[r] Auseinandersetzungen innerhalb des Kabinetts sowie zwischen dem Kabinetts und den anderen politischen Akteuren in Wien - Krone und

absolutistische Opposition“; unbestritten ist auch, dass Schwarzenberg sich dagegen bis zuletzt zur Wehr setzte: Von der Kabinettsumbildung im Juli 1849, von seiner Anpassung an einen schärfer werdenden absolutistischen Kurs bis hin zur großen Denkschrift vom 3. Oktober 1851 - unter den gegebenen Voraussetzungen erwartungsgemäß ohne Erfolg.¹²¹

Für Probleme dieser Art bedarf es heutzutage wohl eines Misstrauensantrages im Parlament; in absolut regierten Staaten wurden und werden sie nach wie vor *von oben* gelöst. In zwei kaiserlichen „Handschriften vom 20. August“ beauftragt Franz Joseph sowohl Kübeck als auch Schwarzenberg „Vorschläge zur 'Verfassungsrevision'“ auszuarbeiten - im Grunde genommen eine Farce, da das Ergebnis vorprogrammiert war. Das Silversterpatent stand bereits im Raum; dementsprechend knapp fällt auch Kübecks Revision aus: Er weicht „einzelnen Fragen“ bewusst aus, konzentriert sich auf einen „Reichsrat unter kaiserlichem Vorsitz“ mit dem Ministerium in bloß beratender Funktion an der Seite; darüber hinaus hätte seine „Prüfung“ ergeben, „daß die Verfassung undurchführbar sei“.

Schwarzenbergs zweiteilige Denkschrift vom 3. Oktober 1851 gilt allgemein als „sein politisches Testament“ und es ist seine „letzte ausführliche Stellungnahme zur Neugestaltung der österreichischen Monarchie“. Der zweite Teil stellt zwar „gewissermaßen eine neoabsolutistische Staatslehre“ dar, bringt aber was seine Politik anlangt keine großen Überraschungen. Es ist sein schon immer vorhandenes Bekenntnis zu einem unbedingtem Zentralismus, den er jetzt mit dem

121 N.P. VIII, 115,421,519, in: Srbik II, SS. 353-5, 361; Lippert, SS. 216, 219, 367, 370, 372-3; Walter, *Österreichische Zentralverwaltung*, Aus dem Nachlaß Kübecks, SS. 26, 52, Bd. 3/1, 436, in: Ebd, SS. 373; vgl. auch Rumpler, *Eine Chance für Mitteleuropa*, S. 322, in: Ebd, S. 373; Hübner, *Ein Jahr...*, S. 308; Kübeck trat schon mit 20 Jahren „in den Verwaltungsdienst“, wurde 1839 „Präsident des Generalrechnungsdirectoriums“, war von 1840-1848 Hofkammerpräsident und von 1850 bis zu seinem Tod „Präsident des Reichs(Staats)rahtes“; in: Ebd, S. 238.

Hinweis auf die nachteiligen Auswirkungen der ungarischen Provinzialstände noch mehr hervorhebt. Ein absolutistischer Monarch an der Spitze, gestützt auf Beamtentum und Armee, sollte „die Reichseinheit repräsentieren“; zuständig für die Politik ist jedoch die Regierung, die nicht dem Kaiser allein, sondern „dem fiktivem Reichsrat gegenüber“ verantwortlich sein sollte. Wie schon in seiner Regierungserklärung drei Jahre vorher betont Schwarzenberg erneut die Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz, das vormärzliche traditionelle Gesellschaftsschema in drei Stände bleibt erwartungsgemäß unangetastet. Mit Ausnahme „der Aufhebung der Untertänigkeit und Grundlast“ also keine Änderung zum Vormärz. Ein Konzept, das Lippert nicht von ungefähr an „die josephinische Formel: Alles für das Volk, nichts durch das Volk“ erinnert. Das nicht mehr ganz Zeitgemäße eines reaktionären Obrigkeitsstaates scheint Schwarzenberg jedoch sehr wohl bewusst gewesen zu sein: Eine „rein beamtlich-militärische Regierungsweise“ sei nämlich nicht mehr mit „den Bedürfnissen und Verhältnissen der Monarchie“ und schon gar nicht mit „der allgemeinen Lage in Europa“ vereinbar, erklärt er; man müsse vielmehr in die „allgemeinen und speziellen Interessen“ auch die „politische Einsicht der Regierten“ miteinbeziehen, denn nur die gewährleistet auch die für die Monarchie so untentbehrliche „Opferbereitwilligkeit, Loyalität und Vaterlandsliebe“. Dazu wäre es aber notwendig, „Einrichtungen [zu] schaffen, in denen die Bevölkerung ihre Wünsche und Beschwerden vorbringen, ihren Interessen, Besorgnissen und Erwartungen Ausdruck geben könne“. Konkrete Antworten, wie Schwarzenberg sich diese Beschwerdestellen vorgestellt hätte, bleibt er jedoch schuldig. Von einer konstitutionellen Monarchie ist auch im ersten Abschnitt nicht mehr die Rede, aber von „erforderlichen Maßnahmen“, wie man am besten die offenbar von allen problematisch empfundene Verfassung loswerden könnte und es ist genau dieser Punkt, der viele Kritiker vermuten lässt,

dass Schwarzenberg niemals an eine Verwirklichung der Märzverfassung dachte. Warum aber stimmte der Ministerpräsident der Aufhebung und dem *Silvesterpatent* zu, wo er doch damit auch seine Machtenthebung - die allerdings längst beschlossene Sache war - quittierte? Die plötzliche Einsicht, dass die Verfassung „weder in ihren Grundlagen den Verhältnissen des österreichischen Kaiserstaates angemessen, noch in dem Zusammenhange ihrer Bestimmungen ausführbar [sei]“, kann es nicht gewesen sein, denn die Problematik der Verfassung war ihm ja von Anfang an bewusst. Die angeführten Gründe findet auch Hübner „merkwürdig“ und zwar vor allem deshalb, „weil sie vollkommen schlagend und wahr sind“. Viel wahrscheinlicher ist, dass Schwarzenberg aus rein machtpolitischen Motiven daran festhielt - bis er vor die Wahl gestellt war: Die Erzkonservativen traten für die sofortige Sistierung der Verfassung ein, die Liberalen drängten darauf, dass sie endlich in Kraft tritt. Schwarzenberg selbst, wirtschaftlich eher progressiv, aber alles andere als liberal, Reformen gegenüber aufgeschlossen im Sinne der englischen Tories und doch konservativ, gemäßigt aber eben doch durch und durch absolutistisch, gehörte ja weder ganz zu den einen noch zu den anderen. Auch Lippert ist überzeugt, dass Schwarzenberg sich nur für das „kleinere Übel“ entschied, weil er keine andere Möglichkeit sah, um zwischen „Skylia des Liberalismus und Charybdis des Absolutismus hindurchzugelangen“. Das Resultat wäre in jedem Fall allerdings dasselbe gewesen. Die Frage ist, ob damit Kübecks „Doppelstrategie, die Regierung Schwarzenberg für seine Pläne zu gewinnen und sie zugleich zu entmachten“ aufgegangen ist? Schwarzenbergs starke Persönlichkeit vorausgesetzt, kann man das mit ruhigem Gewissen verneinen. Der Ministerpräsident hätte auf Dauer wohl kaum einen willenlosen Bundesgenossen Kübecks abgegeben, sondern ihm über kurz oder lang wieder den Rang abgelaufen - sowohl politisch als auch beim Kaiser. Verpflichtet fühlt Schwarzenberg sich nicht der absolutistischen

Opposition, sondern einzig dem Haus Habsburg - und dem dient er bis zu seinem Tod nach einer Ministerratssitzung am 5. April 1852. Das Amt des Ministerpräsidenten wurde nicht mehr nachbesetzt.

Möchte man all die Gegensätze und Widersprüchlichkeiten des österreichischen Ministerpräsidenten aufzeigen, will man all die vielschichtigen Facetten seiner Politik und seines Charakters erfassen und trotzdem seiner außerordentlichen Persönlichkeit gerecht werden, so kann man sich dem Bild, das Srbik hier entwirft, nur voll anschließen: Felix Schwarzenberg ...

ein schöpferischer Geist, absolutistisch seinem ganzen Wesen nach, aber fähig, für seine große Staatsidee auch mit Verfassung, Bürgertum und Massen zu paktieren; alles eher denn Logiker des Staats- und Gesellschaftslebens, ein harter Realist und doch auch großen politischen Phantasien zugänglich, voll Geringschätzung gegenüber historischen Klassenordnungen und historischen Landes- und Volksverschiedenheiten, im Tiefsten von einem stolzen Machtgedanken beseelt; ein kühner und kaltblütiger Rechner mit Machtrelationen und Augenblickslagen, der mit den andern Staaten ohne Rücksicht auf Legitimität und Tradition ein virtuoses Schachspiel treibt: eng vertraulich zu Rußland, dem Hort des monarchischen Prinzips in Europa, hinhaltend, dann bereit zum Losschlagen gegen Preußen, schroff abweisend gegen England, berechnend freundlich gegen den neuen Machthaber Frankreichs; eine politische Herrennatur und ein Kämpfer – für ein nicht erreichbares Ziel.

Warum bleibt dann doch die etwas unbequeme Erkenntnis zurück, dass das Rätsel Schwarzenberg nach wie vor ungelöst bleiben wird? Möglicherweise beruht dies auf einem ähnlichen Missverständnis, mit dem Höbelt die Diskrepanz zwischen Erwartungshaltung und Ergebnis bei

Revolutionen erklärt: Genauso wie „wir uns angewöhnt haben, Revolutionen nach ihren Idealen zu bewerten [und] nicht nach ihren Resultaten“, neigen wir dazu, Regierungen nach ihren tatsächlichen Ergebnissen zu beurteilen und vergessen dabei leicht ihre ursprünglichen Zielsetzungen. Geht man von den Auswirkungen aus, so war die Ära Schwarzenberg für Österreich katastrophal: Außenpolitische Isolation ging mit militärischen Niederlagen Hand in Hand und die mussten früher oder später auch den Neoabsolutismus zu Fall bringen. Ob Österreich mit einer konstitutionellen Monarchie und einer doch in Kraft getretenen Verfassung die große Katastrophe, die um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts schon heraufdämmerte, überlebt hätte, ist jedoch mehr als fraglich und kann auch nicht mit dem Wissen der Nachgeborenen beantwortet werden. Sieht man im österreichischen Ministerpräsidenten - wie etwa Rumpler - „die große Ausnahme“, einen, der sich keinesfalls zum „Werkzeug des Monarchen“ degradieren lassen wollte, dann hat man damit auch einen Ausweg aus dem eingangs erwähnten Dilemma des *eigentlich Gewollten* gefunden. Felix Schwarzenberg hat das Unmögliche tatsächlich gewollt, das Mögliche zumindest versucht und scheiterte letzten Endes am „Selbstbewußtsein eines Autokraten, der sein Herrscherrecht von niemandem in Frage stellen ließ“.¹²²

IV. 1. Die Causa Dudley Mann

¹²² Höbelt, S. 294; Bihl, S. 183; Briefwechsel mit Kübeck, Hartig, Prokesch-Osten, S. 328, in: Srbik II., S. 361; Lippert, SS. 369, 388-93, 405-6; Rumpler, SS. 305-310, 320-2; Andreas Gottsmann, *Regierung Schwarzenberg*, Anhang 54ff., in: Ebd., 309; Aus dem Nachlaß des Freiherrn Carl Friedrich Kuebeck von Kuebau, Tagebücher, Briefe, Aktenstücke 1841-1855, Tagebuch April 1849, Nachlaß Kübeck 26ff., Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 45, Hg. Friedrich Walter, Hg., in: Ebd., S. 322; Vortrag Schwarzenbergs v. 3.10.1851, HHStA Wien, Kabinettskanzlei, Ministerratsprotokolle 14, 15, Nr. 3759/1851, fol. 663r-698r; vgl. dazu auch Lippert, S. 323; Hübner, *Ein Jahr...*, S. 357.

In die Ära Schwarzenberg fällt die erste und zugleich schwerste Auseinandersetzung zwischen der Habsburgermonarchie und den Vereinigten Staaten – die sogenannte Mann-Mission und die darauffolgende Affäre um Lajos Kossuth. Den historischen Hintergrund dafür bildet die österreich-ungarische Revolution und ihre gewaltsame Unterdrückung. Ausgelöst wurde die Krise, die auf amerikanischer Seite sowohl die Taylor- als auch die nachfolgende Fillmore-Regierung beschäftigen sollte - durch einen Geheimauftrag des damaligen Außenministers John M. Clayton vom 18. Juni 1849 an den US-Attaché in Paris, Ambrose Dudley Mann. Dass der Konflikt unter Fillmore dann seine schärfsten Ausmaße annahm, liegt weniger an Fillmores mangelnder politischer Geschicklichkeit als vielmehr an der kompromisslosen Haltung der Hauptbeteiligten.

Dudley Mann, der sich für den Abschluss von Handelsverträgen gerade in Deutschland aufhielt, sollte auch wirtschaftliche Beziehungen zu Ungarn aufnehmen - unter der Voraussetzung, dass die neue Regierung auch in der Lage wäre „to maintain the independence she had declared.“ Das Interesse der USA scheint tatsächlich vorwiegend wirtschaftlicher Natur gewesen zu sein, wie aus Claytons Anweisung an Mann zu entnehmen ist:

Die großen Veränderungen [...] in europäischen politischen Systemen sind so eng verbunden mit voraussichtlichen Revolutionen in kommerziellen Plänen und Prospekten, daß es für uns unmöglich ist, als unbetroffene Beobachter zuzusehen.

Ungarns Unabhängigkeit hätte ja für den amerikanischen

Tabakexport neue Absatzmöglichkeiten bedeutet, wie Moltmann richtig sagt. Aber allein die Tatsache, dass Dudley Mann seiner Ideologie nach mit der *Young America* Bewegung sympathisierte, jenem aggressiven Parteiflügel der „um die Jahrhundertmitte besonders laut für ein Engagement in Europa eintrat“, empfahl ihn wohl kaum für diese heikle Mission. Ein Umstand, der der Regierung bekannt gewesen sein muss, der sich für Mann jedoch erst 1853 bezahlt machte, als er „Assistant Secretary of State in der Administration des demokratischen Präsidenten Pierce“ wurde.

Ungewöhnlich an Manns Mandat war die für einen amerikanischen Wirtschaftsvertreter - in Moores Worten - „beispiellose Ermächtigung“, diese Unabhängigkeit im Namen der Vereinigten Staaten sofort anzuerkennen. Ungewöhnlich vielleicht, aber nicht beispiellos in der amerikanischen Geschichte. Präsident Taylor und sein Außenminister Clayton konnten zumindest auf einen Präzedenzfall in der vorigen Administration verweisen. Knapp ein Jahr vorher hatten die Februar-Unruhen in Frankreich und die Abdankung des *Bürgerkönigs* Louis Philippe den amerikanischen Repräsentanten in Paris, Richard Rush, dazu veranlasst, vollkommen eigenmächtig und ohne diesbezügliche Anweisung, diplomatische Beziehungen zu der Revolutionsregierung aufzunehmen, noch bevor „die Regierung in Washington irgendeine Kenntnis von den französischen Vorgängen haben konnte“. Dass das Vorgehen von Rush dennoch im nachhinein die volle Billigung der amerikanischen Regierung fand, ist bei Polks Einstellung zu Europa wenig überraschend. Er hatte die europäischen Mächte ja schon 1845 deutlich an Monroes Botschaft erinnert. Auch die Verletzung des amerikanischen Nichtinterventionprinzips ließ sich mit dem Verantwortungsbewusstsein des amerikanischen Volkes gegenüber allen anderen Völkern glaubhaft verbrämen: Obwohl die Vereinigten Staaten die Legitimität etablierter Systeme nie anzweifeln würden, könnten sie anderen Nationen, die

amerikanische Ideale zu den ihren machen wollen, nicht gleichgültig gegenüberstehen. Die USA werden daher immer und „überall in der Welt“ Regierungen, die auf dem „Fortschritt der Freiheit“ entstanden sind und sich als stabil erweisen, auch anerkennen. Die Reaktion ein Jahr später auf den ungarischen Freiheitskampf ist damit eigentlich schon vorprogrammiert, denn sowohl Buchanans Antwort an Rush als auch Polks Botschaft an den Kongress vom 3. April 1848 lassen an der „Haltung der Vereinigten Staaten bei revolutionären Umwandlungen nach Art der französischen“ keinen Zweifel aufkommen. Dass man am 5. April Kopien von Buchanans Depesche auch „an die amerikanischen Vertreter im Kirchenstaat, in Berlin, in Wien und [...] im Königreich beider Sizilien“ sandte, unterstützt Moltmanns Behauptung, darin schon „eine Art Grundsatzdirektive“ der Vereinigten Staaten für die Zukunft zu erkennen.

Geheim blieb Manns Mission allerdings nicht lange, denn bereits am 7. September 1849 schreibt die *London Times*, dass die Vereinigten Staaten mit diesem Auftrag die ersten sein wollten, die das ungarische Volk zu seiner Unabhängigkeit beglückwünschen. Wer immer der Informant in London gewesen sein mag, so hatte er doch genaue Kenntnis von Manns Instruktionen, denn Clayton hatte Mann in seiner Depesche angewiesen, „to congratulate [Hungary], and to hail with a hearty welcome her entrance into the family of nations“. Österreichs Vertreter Hülsemann war aus verständlichen Gründen nicht informiert worden und muss erst durch die Presse von der Mann-Mission erfahren, was er als besonderen Affront empfindet. Darüber hinaus wird er täglich mit den immer feindseliger werdenden Kolportagen über Österreich konfrontiert. Am 5. Jänner 1850 schreibt er nach Wien „that scarcely an editor admits into his paper anything favorable to [Austria]“. Trotzdem reagieren die amerikanischen Medien im allgemeinen überraschend ablehnend auf die diplomatische Aktion: Der *Washington Express* schreibt in seiner Ausgabe vom 26. September 1849, dass die Entsendung Manns nach Ungarn ein

Bruch amerikanischer Gesetze sei und der demokratisch-nahe *Washington Union* vom 12. Jänner 1850 beschuldigt die Regierung sogar der Heuchelei; die Sympathie mit dem ungarischen Aufstand wäre nur vorgetäuscht, da die USA ja auch mit Spanien zusammenarbeiten, um einen Aufstand auf Kuba zu verhindern. Wie groß der öffentliche Druck war, dem Taylor mit dem Auftrag an Mann nachgegeben hat, beweist Hülsemanns Bericht, der schon Anfang 1850 einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen befürchtet. Ein Jahr später ist das Verhältnis zu Österreich allerdings noch frostiger: So versichert der *New York Herald* am 3. Jänner 1851 seinen Lesern, dass die Vereinigten Staaten von Amerika keine Kontakte mit einem Land pflegen wollen, das solche Grausamkeiten wie jene in Ungarn zulässt. Die Gründe in der akuten Verschlechterung des politischen Klimas sind die weiter unten besprochene Cass-Resolution, das Bekanntwerden von Manns Instruktionen und die darauf folgenden Proteste.

Am 18. März 1850 händigte Taylor dem Senat auf Verlangen eine Kopie von Manns Instruktionen aus. Man kann annehmen, dass Taylor damit mehr dem innenpolitischen Druck seiner Gegner Rechnung trug als - wie Smith sagt - Österreich „öffentlich zu verurteilen“. In der Kopie hatte man vorsorglich die Bezeichnung „Iron Rule“ für die österreichische Regierung gestrichen. Dadurch kann Webster im Dezember 1850 in seinem berüchtigten Hülsemannbrief mit ruhigem Gewissen behaupten, dass „Mr. Hülsemann offensichtlich irrt“, da sich „diese Phrase nicht in diesem Papier findet“. Sie muss allerdings im Original ursprünglich vorhanden gewesen sein, da sich Hülsemann ja darüber beschwert hatte. Webster vergisst auch nicht hinzuzufügen, dass von den Vereinigten Staaten „wohl kaum erwartet werden kann“ in ihrer Korrespondenz mit einem ihrer Agenten - noch dazu „in a confidential communication“ - dem „ehemaligen Revolutionsführer von Ungarn“ eine Ehrenbezeichnung vorzuenthalten, „of which a great part of the World thinks him worthy

merely on the ground that his own Government regards him as a rebel“. Interessant an diesem Schreiben ist die Tatsache, dass dieser Ehrentitel nicht direkt genannt wird. Webster lässt offen, welchen „honorary epithet of distinction“ die USA im Falle von Manns Erfolg für Kossuth vorgesehen hätten.¹²³

Als die Mann-Mission durch die Presse ging, reagierte Österreich vorerst ungewöhnlich gelassen. Erst das Aushändigen der Instruktionen an den Senat brachte eine österreich-amerikanische Protestlawine ins Rollen, die eine immer größere Eigendynamik entwickelte. Mit großer Wahrscheinlichkeit war es die Meldung in der *Times* vom 7. September 1849, durch die Hülsemann auf die Mission selbst aufmerksam wurde. Wieso hatte er aber auch Kenntnis vom Inhalt einer amerikanischen Depesche, die offensichtlich streng vertraulich war? Fest steht, dass man in Wien nicht nur vorher schon darüber Bescheid gewußt hatte, sondern außerdem im Besitz einer Kopie von Manns Instruktionen war. Wie sie das österreichische Außenministerium erreicht hat, ist bis heute nicht restlos geklärt worden. Schwarzenbergs Weisung an Hülsemann vom 5. November 1849 erhärtet die in der Literatur weitverbreitete Meinung, dass der amerikanische Konsul in Wien, Johann Georg Schwarz, eine Kopie an das österreichische Außenministerium weiterleitete, obwohl dafür keine stichhaltigen Beweise vorliegen:

The information we possess on the subject reached us from such a reliable source, we cannot indulge any doubt as to a proceeding which, at first, we found difficult to credit!

¹²³ Webster an Hülsemann 21.12.1850, Beilage zu Bericht No. 52 v. 24.12.1850, HHStA, PA XXXIII, Karton 11, in Matsch, *Wien-Washington*, S. 113, Anm. 314.

Bei der „so verlässlichen Quelle“, die Schwarzenberg natürlich nicht näher definiert, könnte es sich um den Wiener Pelzhändler Schwarz handeln, der seit 1830 US-Konsul in Wien, aber auch österreichischer Staatsbürger war. Curtis Annahme, dass Schwarz „well-disposed towards the Foreign Office“ war, ist daher naheliegend; glaubhaft erscheint auch, dass er deshalb Manns Instruktionen kopierte und an das Außenministerium weiterleitete. Dass aber der überaus vorsichtige Stiles, der nur zögernd und offenbar mit großem Unbehagen Kossuths Auftrag angenommen hatte, die Gesandtschaft in Wien vorübergehend der Obhut von Schwarz überließ und völlig sorglos so wichtige und vor allem geheime Papiere nicht unter Verschluss hielt, erscheint eher unwahrscheinlich. Stiles hat vermutlich nicht geahnt, dass er sein Büro und damit Manns Instruktionen einem *Maulwurf* aus den eigenen Reihen überlässt, aber er musste wissen, dass Schwarz damit in den Besitz von Informationen gelangte, die nicht für ihn bestimmt waren. Dass Schwarz gerne seine Befugnisse als Konsul überschritt, hatte er schon 1848 bewiesen; so übergab er beispielsweise eigenmächtig und ohne Kenntnis von Stiles der „päpstliche[n] Nuntiatur in Wien [...] eine amerikanische Flagge“ die diese bei einer eventuellen Bedrohung unter das Protektorat der USA stellen sollte. Hätte Stiles mit diesem Wissen nicht noch wachsamer sein müssen? Dudley Manns Bericht an Clayton vom 11. Oktober 1849 sagt ganz klar, „that the archives of the legation ought never to have been intrusted to an Austrian subject“. Diese milde Verwarnung und sein Hinweis dass Schwarz, „being a tool of Schwarzenberg, should be struck from the United States civil list“ dürfte für die amerikanische Regierung jedenfalls genug überzeugend gewesen sein, um schließlich 1855 auch ein neues Gesetz über die Ernennung von Konsuln zu verabschieden: In Hinkunft durfte ein Konsularamt nicht mehr von Personen ausgeübt werden, die gleichzeitig auch Staatsbürger des

Landes waren, wo sie ihre Vertretung ausübten.¹²⁴

Natürlich konnte Österreich die Sache nicht einfach auf sich beruhen lassen, aber vor der Veröffentlichung von Manns Anweisungen entschied sich Schwarzenberg vorerst aus naheliegenden Gründen für den zurückhaltenden Weg: Österreich betrachte die ganze Angelegenheit als einen „regrettable incident“, schreibt er am 5. November 1849 an Hülsemann, obwohl die diplomatische Mission Manns Anlass genug für eine offizielle Protestnote gäbe; nur wegen dieses „bedauerlichen Zwischenfalls“ wolle Österreich deshalb keinesfalls die langen freundschaftlichen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten aufs Spiel setzen. Auch Hülsemanns Bericht vom 26. Dezember 1849 geht in eine ähnliche Richtung. Darüber hinaus wirft er der amerikanischen Regierung aber auch „Unkenntnis“ und voreilige Entschlüsse vor; statt „den von der amerikanischen Presse verbreiteten, diffamierenden Gerüchten Glauben zu schenken“ hätte man sich vorher „bezüglich der ungarischen Angelegenheiten“ richtig informieren müssen. Als die Mann-Mission schließlich dann im März 1850 publik wurde, gerät Österreich gegenüber den Vereinigten Staaten unter Zugzwang. Man durfte die Angelegenheit nun nicht mehr als ein Versehen von einzelnen Personen ansehen, obwohl die Berichterstattungen Hülsemanns und Claytons in der Folge voneinander abweichen, wie Curtis Recherchen ergaben.

Da Secretary of State Clayton der französischen Sprache nur unzureichend mächtig war, hatte ihm Hülsemann die wichtigsten Aussagen der Schwarzenberg-Depesche vom 5. November übersetzt. Die Beteuerung Österreichs - trotz „American impertinences“ - an der Freundschaft zu den USA festhalten zu wollen, musste - wie nicht anders zu erwarten - sein Misstrauen geweckt haben. Hülsemann, offenbar aufgebracht über die Zweifel an der Integrität Schwarzenbergs,

¹²⁴ Vgl. dazu Moltmann, S. 46 (Anmerkung 38), eine ausführliche Biographie über Ambrose Dudley Mann ebenfalls bei Moltmann SS. 92-5; vgl. auch Friebel S. 315 (Anmerkung 1).

verschlimmert die Situation noch, indem er mit einer offiziellen Anfrage an die amerikanische Regierung über die Mann-Mission droht, worauf Clayton kontert, eine öffentliche Untersuchung anzuordnen, wie Schwarzenberg vertrauliche Anweisungen an einen amerikanischen Agenten erhalten konnte. Schwarzenberg musste also handeln, schon allein um das Gesicht zu wahren - nicht nur seines, sondern auch das von Österreich. Aus persönlichen Gründen musste er verhindern, dass seine Person in die Schwarz-Affäre öffentlich involviert wurde und aus staatspolitischen konnte er auch nicht zulassen, dass die Habsburgermonarchie die Demütigung durch eine unrechtmäßige Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten stillschweigend hinnahm. Am 7. Mai 1850 instruierte er daher Hülsemann, bei der amerikanischen Regierung eine offizielle Protestnote gegen die Mann-Mission einzubringen. Claytons Ankündigung über eine Untersuchung war vermutlich ausschlaggebend, warum sie vergleichsweise milde ausfiel. Die kaiserliche Regierung wahrt zwar den Schein einer gerechtfertigten Entrüstung, droht mit handelspolitischen Konsequenzen, äußert aber trotzdem den Wunsch Österreichs, das amikale Verhältnis zu den USA aufrecht erhalten zu wollen.

Österreichs Drohung wirtschaftlicher Sanktionen dürfte die Vereinigten Staaten aber wenig beeindruckt zu haben, denn sie hatten schon Monate vorher einen Abbruch der politischen Beziehungen zu der Donaumonarchie ernsthaft in Erwägung gezogen. Der demokratische Senator Lewis Cass aus Michigan brachte am 24. Dezember 1849 einen diesbezüglichen Antrag ein und er löste damit eine monatelange Debatte sowohl im Senat als auch im Repräsentantenhaus aus. Für Cass, der seine Schlappe bei den Präsidentenwahlen von 1848 offenbar noch nicht überwunden hatte, standen dabei wahrscheinlich weniger ideologische Standpunkte im Vordergrund als vielmehr die Möglichkeit, in der Öffentlichkeit gegen die konziliante Haltung der „Austrian-party“ Stimmung

zu machen.

Die Whigs stellten sich einstimmig hinter ihren Präsidenten und plädierten für eine Fortsetzung der diplomatischen Beziehungen zu Österreich, was Moltmann eher auf „parteitaktische Erwägungen“ zurückführt. Wenn die Vereinigten Staaten ihre Beziehungen zur Habsburgermonarchie abbrechen, geben sie damit „sozusagen durch die Hintertüre prorevolutionäre Bekenntnisse“ ab, was bei „den reaktionären Gewalten in Europa“ den Eindruck von „Zensur, Bevormundung oder gar Einmischung“ erwecken könnte. Die Demokraten dagegen können sich wieder auf keine einheitliche Linie einigen. Uneingeschränkte Zustimmung findet die Cass-Resolution bei den Demokraten des Nordens; der südliche und konservativere Teil der Partei zeigt sich hingegen wieder uneinig. Cass hielt es für die Pflicht der Vereinigten Staaten, die Welt auf die willkürliche Herrschaft Österreichs aufmerksam zu machen. Er weiss zwar, dass das an Österreichs absolutistischem Regime unmittelbar nichts ändern wird, aber da alle „Menschen die Freiheit ersehnen“, werden auch die Völker der Donaumonarchie eines Tages „zum entscheidenden Schlag ausholen, um sie zu erreichen“. Später hatte Cass allerdings wenig Verständnis für den Wunsch der Südstaaten nach *Freiheit* von der Union. Entscheidend für die Niederlage von Cass und damit gleichzeitig auch für den Sieg Taylors war nicht nur die Zersplitterung der Demokraten in Befürworter und Gegner der Sklaverei, sondern vor allem die Kandidatur von Martin van Buren für die neue *Free Soil Party* gewesen. Die Free Soilers, die sich die Parole „free soil, free speech, free labor, and free men“ auf ihre Fahnen geheftet hatten, vertraten vor allem die Interessen der kleinen Farmer und Kaufleute.

Aber auch die Anhänger der *Free Soil Party* konnten sich in der Frage zum Cass-Antrag nicht einigen. Manche von ihnen traten für einen totalen Abbruch zu allen *despotischen* europäischen Regierungen ein. Senator John Parker Hale aus New Hampshire, zum Beispiel, „wanted to

take the whole batch of tyrants, Russia, Austria, and Prussia, the whole of them, and get rid of them all“. Hale,¹²⁵ ursprünglich Anwalt und Demokrat und bekannt für seine starren Ansichten und Redegewandtheit, wirft Cass politische Inkonsequenz und auch Ignoranz vor, da er versucht „to pick out his rogue, and want him taken and condemned, while he lets the others go“. Die Vereinigten Staaten fühlen sich offenbar dazu berufen, sich zum „Obersten Gerichtshof in Sachen Empörung“ aufzuspielen, meint Hale sarkastisch - eine Anmaßung, die einer Sklavenhaltergesellschaft schlecht ansteht. Aber wenn man schon über Österreich „wegen der Vorkommnisse in Ungarn“ zu Gericht sitzt, dürfe man auch nicht auf Russland, Großbritannien und Frankreich vergessen: Wie würde Russland es verantworten, „daß es vor langer Zeit diese unglücklichen Flüchtlinge ins eisige Sibirien geschickt hat“ oder wie würde sich wohl Großbritannien rechtfertigen, das durch seine „jahrhundertelange Unterdrückung“ in Irland dafür gesorgt hat, „daß diese von Natur aus so wunderschöne und sonnenbeschienene Insel, ein Juwel für die Bewohner, [...] in ein Land der Hungersnot und des Blutvergießens verwandelt wurde“? Und wie lassen sich Frankreichs Proklamation von *Liberté, Égalité, Fraternité* mit der Eroberung Algeriens und der Entsendung

125 Cass war von 1845 bis 1857 Senator und brachte es anschließend unter Präsident James Buchanan sogar kurzfristig zum Secretary of State. Mit Buchanans Unentschlossenheit in der Frage der Sezession der Südstaaten konnte er sich jedoch nicht anfreunden und trat deshalb von seinem Amt zurück. Cass, selbst ein Befürworter der Sklaverei, galt schon in der Polk-Administration als entschiedener Gegner der sogenannten *Wilmot-Proviso*, die auf einen Vorschlag des Demokraten David Wilmot vom 8.8.1846 zurückgeht, der ein Ausdehnungsverbot der Sklaverei in die neu erworbenen Gebiete forderte. Wilmots Prinzip kann als ideologische Basis für die Gründung der *Free Soil Party* von 1848 angesehen werden und damit als der eigentliche Grundstein, auf welchem dann 1854 die *Republican Party* entstand. Trotz verschiedener Versuche gelang es allerdings niemals, eine Zustimmung für die Wilmot-Klausel in beiden Häusern des Kongresses zu erreichen. Als kompromissloser Gegner der Sklaverei war Hale 1847 für die *Liberty Party* der geeignetste Kandidat für die kommenden Präsidentenwahlen. Hale trat allerdings von seiner Nominatur zurück, als diese kleine Partei in der *Free Soil Party* aufging und man sich für Martin van Buren entschied. Hale gilt als einer der entscheidenden Initiatoren für die Entstehung der *Republican Party*; einen Namen machte er sich jedoch vor allem durch eine Gesetzesvorlage, die letztlich zu einem Verbot des Auspeitschens in der amerikanischen Navy führte.

französischer Truppen nach Rom vereinbaren, „um dort den Wunsch nach republikanischer Freiheit zu unterdrücken“? Frankreich „hat gegen die Algerier Grausamkeiten begangen, im Vergleich zu denen sich die Vorgangsweise Mexikos in Ungarn als harmloser Gnadenakt ausnimmt (Gelächter). Was Österreich in Mexiko getan hat - (neuerliches Gelächter). Nun, Herr Präsident, es ist kein Wunder, daß ich alles verwechsle, seit wir mit Mexiko so viel zu tun haben. Ich meinte natürlich, was Österreich in Ungarn getan hat.“ Hales Anklage ist eine meisterhaft inszenierte Demonstration politischer Rhetorik, die ihm zweifellos die ungeteilte Aufmerksamkeit seiner Zuhörer für seine lange Rede garantierte. Darüber hinaus haben seine beabsichtigten Versprecher nicht nur wiederholtes Gelächter, sondern bei einigen vielleicht auch Nachdenklichkeit ausgelöst. Die Demokraten haben sicher nicht mitgelacht, denn Hales kaum verhüllte Anspielungen riefen vermutlich unangenehme Erinnerungen wach: Hatte nicht Präsident Polk in seiner Jahresbotschaft vor knapp einem Jahr das Vorgehen der USA gegen Mexiko „a just and necessary foreign war“ genannt? Und kann Österreich nicht erwarten, dass die Vereinigten Staaten jetzt genauso handeln wie Österreich damals? Ironische Rechtfertigungen für geografische und historische Verwechslungen sind dem militanten Senator aber noch nicht genug. Schließlich dürften in einer Anklage aller christlichen Länder wegen der „Greuelthaten des Despotismus und der dreisten Mißachtung der Menschenrechte“ die Vereinigten Staaten von Amerika nicht fehlen. Bemerkenswert daran ist vor allem, dass Hale einen islamischen Herrscher dazu auserkoren hat, sozusagen als Generalprokurator für die Weltgerechtigkeit zu fungieren. Der „Sultan der Türkei“ sollte

unsere vorbildliche Republik auffordern, von ihrem
Richterstuhl herabzusteigen und sich selbst dem

Richter zu stellen. Ich weiß nicht, wie sehr der Sultan der Türkei damit vertraut ist, was in unserer vorbildlichen Republik und in ihrer Hauptstadt vor sich geht, aber ich nehme doch an, daß er durch Zufall irgendeine Zeitung, die hier während der derzeitigen Legislaturperiode gedruckt wurde, gesehen hat. Diese Zeitung verkündet der Welt, daß es in Washington in Sichtweite des Banners der Freiheit, daß es in dieser Stadt, die durch den Namen des Vaters unseres Landes und durch das Gedenken an ihn gewürdigt wird, Männer und Frauen zu kaufen gibt, deren Verpflegungskosten pro Tag mit 25 Cents angesetzt sind, bis sie zu einem anderen Markt geschafft werden. [...] Ich weiß nicht, wie sein Urteil ausfallen würde; aber ich fürchte, er könnte zu dem Schluß kommen, daß es mit der aufgeklärten Zivilisation der wahren Schüler 'Allahs und seines Propheten' unvereinbar sei, durch diplomatische Beziehungen zu einem Volk, bei dem das 'Ebenbild Gottes' zum Kauf und Verkauf angeboten wird wie ein Stück Vieh, verunreinigt zu werden. Ich fürchte, er würde uns verdammen. Wenn er dann das Urteil der ganzen Erde und der Nachwelt anriefe, um die Stellung, die er eingenommen hatte, zu verteidigen und zu rechtfertigen, so bin ich keinesfalls sicher, ob nicht die ganze Welt sagen würde, daß 'so groß auch das Unrecht, das Österreich begangen hat, und so gerecht die Empörung war, die die Vereinigten Staaten empfanden, auch sie neben all den Nationen, die sie verurteilt haben, im Staube liegen müssen.

Inwieweit Hales flammende Rede dazu beigetragen hat, dass sich Cass nicht entscheidend durchsetzen konnte, lässt sich nicht sagen. Tatsache ist, dass die Cass-Resolution auf einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Österreich „[b]ei der vorläufigen Abstimmung am 16. April [...] mit 28 gegen 17 Stimmen abgelehnt [wurde]“. Aber weder Hales Apologie für Österreich noch die Tatsache,

dass Dudley Mann Ungarn überhaupt nicht erreichte, konnten an der anti-österreichischen Stimmung in den USA etwas ändern - ganz im Gegenteil, wie die nächsten Kapitel zeigen werden. Als Mann am 12. Juli 1849 in Wien ankam, hatten ihn die geschichtlichen Ereignisse schon überholt. Die Honvéds (ungarische Freiwilligenarmee) unterlagen der Übermacht österreichischer und russischer Truppen und General Görgey, ihr Oberbefehlshaber kapitulierte endgültig im August 1849 bei Világos. Die Festung Komárom (heute Komorn) kann sich noch bis Oktober halten. Dem ungarischen Revolutionsführer Kossuth gelingt schon im September mit seinen engsten Verbündeten die Flucht in die Türkei.¹²⁶

Das Problem mit den unterschiedlichen Nationalitäten war bis zum Ausbruch der 1848er Revolutionen eigentlich ein rein europäisches Problem gewesen, das erst mit der damit verbundenen großen Zahl an Emigranten in den USA wirklich wahrgenommen wurde. Die Kenntnis von den tatsächlichen Verhältnissen in Europa konnte allein schon durch die Mundpropaganda der Auswanderer nur einseitig und nicht umfassend sein. Die Aufstände in der Donaumonarchie waren für die Amerikaner im allgemeinen „revolts of unhappy, oppressed, subject peoples against the Austrians“. Die unglaubliche Fähigkeit des amerikanischen Volkes, sich rasch für eine Sache zu begeistern, nur um ebenso schnell ihrer überdrüssig zu werden, tat ein übriges und wird nirgendwo deutlicher als beim Kossuth-Besuch. Ein prominenter Vertreter dieses Sinneswandels ist niemand Geringerer als Abraham Lincoln (damals Kongressabgeordneter), der sich 1849 offen dafür aussprach, die Ungarn „in their present glorious struggle for liberty“ zu unterstützen. Dreizehn Jahre später hatten sich die historischen Voraussetzungen sowohl in der

¹²⁶ New York *Herald*, January 3, 1851, Washington *Express*, September 26, 1849, Washington *Union*, January 12, 1850, in: APS, Smith SS. 20 und 100; Matsch, *Wr. Hof*, S. 125; Curti, SS. 165-6, 168; Moltmann, SS. 95-6, 131-2, 346, eine detaillierte Aufstellung der Abstimmungsergebnisse zur Cass-Resolution vgl. *Congressional Globe*, 1st Session, 31st Congress 746, in: Ebd, SS. 268-70 (Anmerkung 13); Hanak, SS. 547-549, die Rede John Parker Hales vor dem Kongress in: Ebd, SS. 550-1.

Habsburgermonarchie als auch in den Vereinigten Staaten grundlegend geändert. Der Bericht des amerikanischen Gesandten John Lothrop Motley vom 3. März 1862 an Secretary of State W. H. Seward macht deutlich, wie sehr man in den USA Wert darauf legte, die Vorfälle von 1849 „in das zeitgemäße neue Licht zu rücken“ - und was konnte schon zeitgemäßer sein als die Tatsache, dass alle Beteiligten von damals aus dem Süden stammten? Motley versicherte der Regierung in Wien, dass Lincoln im Unterschied zu Taylor sich immer an „den goldenen Regeln Washingtons“ der Nichteinmischung in die Politik anderer Staaten orientieren werde.

Die Instruktion stamme von einem Staatssekretär aus einem Sklavenstaat, sei im Namen eines Präsidenten eines Sklavenstaats ergangen und sei an einen Bürger eines Sklavenstaates gerichtet, der sich dann in Wien mit einem Vertreter aus einem Sklavenstaat habe beraten wollen.

Mit Ausnahme einer rein publizistischen Fehde zwischen den österreichischen Zeitungen hatte Österreich im amerikanischen Bürgerkrieg von Beginn an eine strikt neutrale Position eingenommen und Franz Joseph wurde dafür offiziell auch gelobt - allerdings erst, als über den Ausgang des Krieges kein Zweifel mehr bestand. Der österreichische Gesandte Wydenbruck kann am 4. April 1865 nach Wien schreiben, dass Seward in einer Rede anlässlich des Falls von Richmond betont, dass der Kaiser von Österreich „has proved himself a very wise man, for he told us in the beginning that he had no sympathy with rebellion any-where“.¹²⁷

¹²⁷ John Bassett Moore, *Kossuth, A Sketch of A Revolutionist*, in: *Political Science Quarterly*, 10 (1895), S. 264: „Such powers as they conferred on Mr. Mann had never before and have not since been confided to any representative of the United States“, *Buchanan*, VIII, 32ff., 39f; *Richardson*, IV, 579f., *Polk*, Diary, IV, 416, in: Moltmann,

Ein weniger berühmtes Beispiel für einen schon frühen Meinungsumschwung ist William H. Stiles, der seit 1845 amerikanischer Geschäftsträger in Österreich war. Er stammte tatsächlich „aus einem Sklavenstaat“ - nämlich aus Georgia, wo er vor seinem Amtsantritt als Jurist und Staatsanwalt tätig gewesen war. Seine Reputation, ein Sympathisant der ungarischen Rebellen zu sein, verdankt Stiles seinem missglückten Vermittlungsversuch zwischen Österreich und Ungarn. Dass er sich im Laufe der Zeit offensichtlich immer mehr auf eine neutrale Darstellung der Ereignisse beschränkte, konnte daran nichts ändern. Die meisten Amerikaner waren damals allerdings anderer Meinung. Was die heutige Historiografie einen „distanzierte[n] Beobachterstandpunkt“ nennt, war für Stiles' zeitgenössische Landsleute eine ausgeklügelte Verteidigung von Haynaus' grausamem Vorgehen gegen die Rebellen in Ungarn. Man muss dabei allerdings bedenken, dass Stiles' nach seiner Amtszeit geschriebenes Buch *Austria in 1848-49* für ihn zu einem äußerst ungünstigen Zeitpunkt erschien. Zum einen befand sich Kossuth 1852 gerade auf seinem Triumphzug durch die Vereinigten Staaten und zum anderen standen in diesem Jahr die Präsidentenwahlen an. Es ist daher wenig überraschend, dass die ums Überleben kämpfenden Whigs in der vermutlich höfischen Kleidung eines US-Demokraten eine Verhöhnung amerikanischer Prinzipien sehen und ihn deshalb am 21. November 1851 im *Daily Alabama Journal* als „österreichisiert“ bezeichnen.

We all know how Austrianised our late Minister
returned in his gorgeous uniform from the court of

SS. 49-51, 342-3, (Anmerkungen 42-44); Hülsemann an Schwarzenberg v. 5.1.1850, in Curti: SS. 158-60; vgl. auch APS, Smith, SS. 85-6 und SS. 230-1; Spaulding, SS. 44-6; William Henry Seward, Senator aus New York, war von 1861-69 amerikanischer Außenminister, in: Eimers, SS. 484-5; Wydenbruck an Mensdorff-Pouilly, Nr. 13, v. 4.4.1865, in: Loidolt, S. 107.

Vienna, and how recently he has bro't to our cheeks the blush of shame, by his elaborate publications in defense of Haynan [sic!] and the course of the Austrian government in relation to Hungary, and his assaults upon the integrity and manhood of Kossuth.

Aber selbst bei den Demokraten findet Stiles' Österreichbuch wenig Anklang: Besonders empört zeigen sich die Extremisten unter Ihnen „in der revolutionären *Democratic Review*“ darüber, „daß der Autor eines solchen Werkes ein Demokrat war“. Bedenkt man, dass der konservativ denkende Geschäftsträger im April 1848 österreichische Demokraten als „eine Kombination von Radikalen, Sozialisten und Terroristen“ bezeichnet, wird die Verachtung von Stiles' Parteigenossen verständlich. Wie gegensätzlich Stiles' Perspektive zu den Ereignissen in Österreich auch heute noch interpretiert wird, zeigt eine Gegenüberstellung zeitgenössischer Kritik: Während Moltmann absolut keine „prorevolutionäre Haltung“ sondern nur eine „nüchterne Darbietung vieler Details“ sieht, geht Efrogmson davon aus, dass Stiles' Werk „der ungarischen Sache freundlicher gesinnt [ist] als seine Berichte“ an das State Department, da es historisch belegt, „[that] Hungary is not a province of Austria, but a free and independent nation“. Selbst wenn man Stiles' detaillierten Berichten zugesteht, dass sie „durchweg nüchtern und sachlich“ sind, ist aus den verschiedenen Exzerpten seiner Korrespondenz mit der US-Regierung so etwas wie eine wenn auch vorsichtig ausgedrückte Sympathie mit der Sache der Ungarn erkennbar. In krassem Gegensatz dazu steht sein Verhältnis zu der kaiserlichen Regierung in Wien. Der Grund für seine etwas zweideutige Haltung dürften seine persönlichen Erfahrungen mit der Revolution gewesen sein. Stiles, der zu diesem Zeitpunkt ja schon drei Jahre in Wien lebte und an *geordnete Verhältnisse* gewöhnt war, wurde vom Ausmaß der Ausschreitungen zweifellos völlig überrascht. Er hatte scheinbar auch

wenig Ahnung von dem schon lange schwelenden Konflikt in der Metropole der Habsburgermonarchie, der durch die französischen Ereignisse letztlich auch eskalierte. Wenige Tage vor Ausbruch der Revolution in Wien ist Stiles noch überzeugt, dass „die Ideen der Freiheit siegen“ werden und am 16. März scheinen sie für Stiles schon verwirklicht, denn „Österreich ist von einem höchst absoluten in eins der freiesten und liberalsten Regierungssysteme Europas überführt worden“. Stiles spricht von „‘ägyptischer Finsternis’“, die durch die Revolution in ein „‘wunderbares Licht’“ verwandelt wurde. Das österreichische Volk sehe damit „einer glänzenden Zukunft“ entgegen, vorausgesetzt, es würde die Gunst des Augenblicks auch nützen „und von den Siegen, die für die Sache des Volkes gewonnen wurden, zu profitieren“ wissen. Ein paar Wochen später befürchtet er für Wien „einen Zustand 'perfekter Anarchie', [...] wenn der Kaiser nicht Militär einsetze“. Der amerikanische Geschäftsträger grenzt sich nun auch durch ein abwertendes Vokabular deutlich von den Revolutionären ab. Wo früher von „Volk“ die Rede war, wird daraus nun verächtlich der „Mob“ und nichts könnte in Stiles' Augen für Aufwiegler geeigneter sein als die unkontrollierbare Masse des Pöbels. Ein Jahr später, am 30. April 1849, informiert er seine Regierung über Österreichs Appell an Russland. Es könnte genau diese Depesche sein, meint Taylors Biograf Smith, die die neue Whig-Regierung erst zu einer offenen Anteilnahme an Ungarn veranlasste. Hatte Stiles im April 1849 noch den Sieg betont, den die Ungarn mit der Hilfe von 40.000 in Galizien rekrutierten Soldaten über die Österreicher errungen haben, so ist seine nächste Nachricht drei Wochen später weniger optimistisch. Am 21. Mai 1849 bezeichnet er das Ende des ungarischen Aufstandes als „sehr ungewiss“. Da Ungarn aber genug „legale“ Gründe hat, „um mit dem Haus Habsburg zu brechen und seinen Eintritt in die Familie der Nationen zu deklarieren“, könnte es selbst bei einer militärischen Niederlage solange moralischen „Widerstand leisten, bis es von einer fremden Macht

anerkannt wird“. Stiles vergisst nicht hinzu zufügen, dass man in den USA das mögliche russische Eingreifen in Ungarn nicht wie bisher bloß als einen „Kampf zwischen den Völkern und ihren Herrschern“ ansehen sondern sich bewusst werden sollte, dass ein Erfolg dieser Intervention eine massive Gefahr für ganz Europa bedeute. Unklar ist allerdings, ob Stiles' Warnung vor dem 18. Juni in Washington eintraf; Smith bemerkt folgerichtig, dass sie in diesem Fall wohl die letzten Zweifel ausgeräumt hätte, die Secretary of State Clayton vor seinem Auftrag an Mann vielleicht hegte. Die Angst vor Russland findet auch in Stiles' Berichten ihren Niederschlag. Am 4. Juli 1849 verurteilt er den Versuch der Ungarn, mit allen Mitteln eine Loslösung von Habsburg erreichen zu wollen, ihren „Widerstand“ gegen die „ungesetzliche[n] Massnahmen“ des Ban von Kroatien, Josef Jelčić, jedoch als „natural and justifiable“. Sechs Monate früher, am 14. November 1848, als von russischer Hilfe für Österreich noch nicht die Rede war, hatte er seine Landsleute noch vor falschen Schlussfolgerungen gewarnt: Ursache der Revolution in Wien, meinte Stiles damals, waren nicht unterdrückte „Freiheiten“ oder gebrochene „Verfassungen“ - was ja von den Amerikanern üblicherweise mit „Rebellion“ und „Bürgerkrieg“ assoziiert wurde - denn „[d]as war [...] hier bei weitem nicht der Fall.“ Die Amerikaner dürften nicht „alle Kämpfe zwischen Herrschern und Untertanen in Analogie“ zu ihrem eigenen Unabhängigkeitskampf sehen. Stiles' „Position war fraglos schwieriger als die der Vertreter in anderen Staaten des Deutschen Bundes“; ein offenes pro-revolutionäres Bekenntnis hätte zweifellos sein gutes Verhältnis zum Wiener Hof aufs Spiel gesetzt. Eine gewisse ungarische Parteinahme kann man ihm trotz aller zugestandenen Objektivität allerdings nicht absprechen, wenn er zur selben Zeit, also im November 1848, einen Auftrag der ungarischen Revolutionsregierung annimmt, in Kossuths Namen „einen Waffenstillstand mit Windischgrätz“ auszuhandeln. Da Kossuth über Stiles' gute Beziehungen zur kaiserlichen Regierung wusste

und er selbst aus naheliegenden Gründen nicht in Erscheinung treten konnte, war er über einen Mittelsmann an Stiles herangetreten. Man mag Stiles zugute halten, dass er anfangs tatsächlich Bedenken hatte, diese Aufgabe zu übernehmen. Vielleicht war es bloß Unkenntnis über das wahre Ausmaß des Konflikts und seiner Hintergründe, möglicherweise auch Selbstüberschätzung, die ihn dann doch dazu veranlassten, Kossuths Ersuchen nachzukommen. Pflichtgemäß unterrichtet er daher Schwarzenberg, wird freundlich an Windischgrätz weiterverwiesen, der ihn ebenfalls abblitzen lässt und informiert schließlich auch die US-Regierung über die ihm zuge dachte Vermittlerrolle. Offiziell sollte es „eine freundschaftliche Schlichtung“ werden. Dass die inoffizielle Version anders lautete, wird aus Stiles' Berichten an den amerikanischen Außenminister klar. Buchanan vermutete zwar, dass der Auftrag „does not seem to be confined to the single object which alone [Stiles] had informed his friend [he] would attempt to accomplish“, hatte aber scheinbar keine Einwände. Die Habsburgermonarchie müsse ihre inneren politischen Konflikte selbst lösen, meinte er zurückhaltend, aber schon allein „um der Menschlichkeit willen“ solle Stiles versuchen, „der Versöhnung der feindlichen Parteien die Tür zu öffnen“. Aus der Perspektive von Vehse, war Stiles' fehlgeschlagener Schlichtungsversuch für die spätere Krise zwischen Österreich und den USA mitverantwortlich: Kossuths „grösste[...] Illusion“ hätte nämlich darin bestanden, dass „Amerika noch auf einem anderen Wege für Ungarn eintreten werde“.¹²⁸ Auch der nächsten Administration unter Fillmore diente Stiles als bequemes Aushängeschild. In einer

128 Stiles an Buchanan v. 4.3.1848, 16.3.1848, 12.4.1848, 26.4.1848, 24.8.1848, 27.9.1848, 14.11.1848, *Daily Alabama Journal* v. 21.11.1851, *Democratic Review*, 31 (1852), 505-543, in: Moltmann 88-90 (Anmerkungen 7-10); Stiles an Clayton v. 30.4.1849, 21.5.1849, Clayton an Mann v. 18.6.1849, Crittenden an Clayton v. 28.6.1849, in: Curti, SS. 151-5 (Anmerkungen 4-7,14); Webster an Hülsemann v. 21.12.1850, (Beilage zu Bericht No. 52 v. 24.12.1850), HHStA, PA XXXIII K 11, in: Matsch, *Wien-Washington*, SS. 111-113 (Anmerkung 314); Stiles an Buchanan v. 12.12.1848 (Beilage Kossuth an Stiles v. 29.11.1848, Stiles an Kossuth v. 3.12.1848), Buchanan an Stiles v. 2. 2.1849, Stiles an Clayton v. 4.7.1849, Vehse (XVII, 197/198), in: Efrogmson, SS. 185-6 (Anmerkungen 2-3).

Antwort auf Österreichs Protestnote meint Außenminister Webster am 21. Dezember 1850, dass die Vereinigten Staaten „durch die Korrespondenz von Mr. Stiles“ überhaupt erst von der Situation in Ungarn erfahren hätten.

Wie im vorigen Kapitel besprochen, trugen die internen Differenzen bei den Demokraten und das Eintreten ihres Kandidaten Lewis Cass für das Prinzip der *popular sovereignty* wesentlich dazu bei, um den Whigs mit Taylor bei der Wahl 1848 letztlich den Sieg zu sichern. Mit Zachary Taylor betrat zum ersten Mal in der amerikanischen Geschichte ein Mann die Präsidentschaftsbühne, der keinerlei politische Erfahrung für dieses Amt mitbrachte. Allerdings konnte er militärische Ehren für sich beanspruchen, die der General „als Old Rough and Ready“ gegen Mexiko erhalten hatte. Aber gerade seine politische Unkenntnis war für viele Amerikaner gleichzeitig ein Garant für seine Loyalität und Unvoreingenommenheit. Für die Whigs aus dem Süden bestand daher kein Zweifel an Taylors Integrität; die Tatsache, dass er in Louisiana eine Plantage mit mehr als einhundert Sklaven betrieb, machte ihn für die Nominierung besonders attraktiv, da Taylor als einer der ihnen sicher für die Aufrechterhaltung der Sklaverei eintreten würde. Die Hoffnung, dass der neue Präsident ein *Ja-Sager* zu allen wichtigen Kongressbeschlüssen werden würde, erfüllte sich jedoch nicht. Taylor versuchte nämlich, seine Ignoranz mit oft impulsiven Entscheidungen zu kompensieren, wofür die Mann-Mission wohl das beredteste Beispiel liefert. Auch bei der Wahl seines Außenministers zeigte Taylor keine glückliche Hand, denn John M. Clayton, „der durch ungeschickte[s] diplomatisches Auftreten fast einen Abbruch der Beziehungen zu Frankreich verursacht hätte“, teilte mit dem Präsidenten dessen Unbesonnenheit.

In seiner jährlichen Kongressbotschaft im Dezember 1849 betont Taylor die Stabilität und Prosperität der Vereinigten Staaten und spricht sich erneut gegen eine Annexion Kubas aus. Bei seinem außenpolitischen Überblick fällt auf, dass die Habsburgermonarchie nicht erwähnt wird.

Taylor verteidigt seine Politik der unverbindlichen Anteilnahme am ungarischen Freiheitskampf, mit der er eine direkte Einmischung in den Konflikt vermieden hätte. Eine tatsächliche Anerkennung von Ungarn habe er nur „upon the [...] establishment by her of a permanent government“ zugesagt, die jedoch durch das Einschreiten Russlands verhindert wurde. Trotzdem wären die Vereinigten Staaten „strongly enlisted in the cause, and by the sufferings of a brave people, who had made a gallant, though unsuccessful, effort to be free“ und seine persönlichen Gefühle wären „in accordance with the general sentiment of the American people“. Taylors Solidaritätserklärung mit seinen Landsleuten war für seine politischen Gegner allerdings nicht genug. Auch der herzliche Empfang, den er einer Delegation von ungarischen Flüchtlingen im Jänner 1850 bereitete und seine Beteuerungen, dass sich seine Regierung dafür verbürge, den Rechten, Freiheiten und Konfessionen aller unterdrückten Völker der Welt den gleichen Schutz zu gewähren wie denen ihrer eigenen Bürger, konnte an ihrer Kritik nichts ändern. So forderte beispielsweise Senator Crittenden von Kentucky nicht nur „Trost“ und „Ermutigung“ für das ungarische Volk, das um seine Unabhängigkeit so tapfer kämpft. Es wäre die Aufgabe der Vereinigten Staaten, im Namen der „Gerechtigkeit für die Welt“ die Willkür mit der es unterdrückt wird, auch anzuprangern. Die Demokraten nützen natürlich die Gelegenheit, um die Wellen der öffentlichen Empörung über die russische Intervention und das darauffolgende österreichische Strafgericht in der Person Haynaus noch mehr anzufachen. Die Annahme, dass „[d]as ungewollte Bekanntwerden der Mann-Mission [...] darum der Regierung gar nicht unerwünscht“ war, ist daher durchaus berechtigt. Man wirft Taylor wegen österreichischer Rücksichten eine Verzögerungstaktik vor und den Whigs haftet für lange Zeit der Makel einer „Austrian party“ an. Ob eine vorzeitige Anerkennung von Kossuths Revolutionsregierung den Zaren von der Entsendung russischer Truppen abgehalten hätte, bleibt allerdings mehr als fraglich.

Außerdem, wie Smith richtig bemerkt, ein enthusiastisches pro-revolutionäres Bekenntnis abzulegen war eine Sache, eine tatsächliche Intervention in den ungarischen Konflikt eine ganz andere. Einen leidenschaftlichen Verteidiger findet Taylors Politik posthum¹²⁹ in Clayton Nachfolger Daniel Webster, der im Dezember 1850 in seiner Antwortnote an Hülsemann wieder einmal auf das Recht der Vereinigten Staaten pocht, „ein aktives Interesse“ am Freiheitskampf der Völker Europas zu nehmen. Webster verstand zu diesem Zeitpunkt sicher mehr darunter als nur eloquente Verbalattacken gegen Österreich; seine Kontroverse mit Hülsemann im Kapitel IV.3. macht allerdings auch deutlich, dass amerikanische Beifallskundgebungen von Kossuth und seinen Mitstreitern nicht als Floskeln sondern im wahrsten Sinn des Wortes für bare Münze genommen werden und zu Erwartungen führten, die die Vereinigten Staaten nie bereit waren zu erfüllen.

Die Beschuldigungen gegen die Whigs kamen nicht von ungefähr, denn natürlich hatten sie mit allen Mitteln versucht „to exploit the Hungarian independence movement in Austria“. Bei den kommenden Präsidentenwahlen ging es um *Sein oder Nichtsein* - und das für beide Parteien. Für die Demokraten begann der Wahlkampf schon 1850 und eine nicht unwesentliche Rolle sollte dabei der schon erwähnte August Belmont spielen. John Slidell, Kongressabgeordneter aus Louisiana, hatte für die Nominierung seines Freundes James Buchanan „a strong state political machine“ in Gang gesetzt und er war es auch, der seinen Neffen August Belmont ermutigte „to enter the ranks of Young America by open involvement in public affairs“. Der finanzkräftige Bankier Belmont, der 1850 zwar sein Amt als österreichischer Generalkonsul zurückgelegt hatte, allerdings - „by his own admission“ - selbst 1852 noch „in an unofficial capacity as an agent for Austria“ tätig war, hatte sich in den

¹²⁹ Zachary Taylors plötzlicher Tod am 9.7.1850 gab Anlass zur Vermutung, er wäre einer Vergiftung zum Opfer gefallen. Eine 1991 durchgeführte Exhumierung stellte jedoch fest eine natürliche Todesursache fest; Vgl. *Amerikan. Präsidenten*, S. 155-7.

Jahren seit 1844 mehr und mehr der Politik zugewandt. Mit seinem offiziellem Rücktritt wollte Belmont einerseits seine Ablehnung von Österreichs Vorgehen gegen die Ungarn demonstrieren, andererseits aber auch sein „burgeoning interest in American politics“ wahren. Bis zum Frühjahr 1851 hatte Slidell die meisten Demokraten im Süden und Südwesten für Buchanan gewinnen können, aber er wusste auch „that the key northern state of New York must be won if the overall Buchanan movement were to succeed“. Buchanans Kontrahenten innerhalb der Partei waren unter anderem Lewis Cass und Stephen A. Douglas und schließlich bekundete auch noch der Gouverneur von New York, William L. Marcy, sein Interesse. Die beiden etablierten demokratischen Blätter in New York waren noch unschlüssig: Weder der New York *Herald* noch der New York *National-Democrat* hatten sich bis dahin entschieden, wen sie unterstützen würden. Für die Demokraten erwies sich Belmont in dieser Situation als idealer Wahlhelfer: Er war zwar politisch unerfahren, dafür aber überaus loyal und - *last but not least* - er verfügte über die nötigen Mittel für eine angemessene Parteipropaganda. Belmont erklärte sich nicht nur bereit „to manage the Pennsylvania's pre-convention campaign in New York“, sondern investierte auch \$ 10,000 in das Projekt einer neuen Zeitung, die vor allem die Aufgabe hatte „[to] provide staunch backing for Democratic candidates“. Aus dem Vorhaben wurde jedoch nichts, da Marcy der Meinung war „that the planned paper was taking on a distinctly Buchanan coloration“. Ebenso erfolglos war Belmonts Vorschlag einer „Marcy-Buchanan alliance“, um die Nomination von Cass zu verhindern. Belmonts Versprechen, dass im Falle von Buchanans Scheitern „the Buchanan forces would rally to Marcy“ dürften den Gouverneur von New York wohl nicht ganz überzeugt haben; aber auch Buchanan war nicht bereit, zugunsten Marcys zu verzichten - ein unentschiedener Machtkampf also, dem Franklin Pierce letzten Endes seine Kandidatur verdankte. Auch August Belmont hatte in der

Zwischenzeit gelernt, Politik pragmatisch zu betrachten und „supported Pierce as vigorously as he had supported Buchanan“. Man hatte eben *aufs falsche Pferd gesetzt*, Kandidaten werden durch andere ersetzt, „but parties usually exist for longer periods“. Für die Whigs bot Belmont in mehrfacher Hinsicht ein ideales Angriffsziel: Erstens sollten Belmonts aufrechte Beziehungen zu Österreich dafür sorgen, Vorwürfe gegen das eigene Lager zu entkräften und nunmehr auch den Demokraten den Ruf einer „Austrian-party“ anzuhängen; zweitens könnte man sich die latent vorhandene Fremdenfeindlichkeit zunutze machen - vor allem in New York City, „where the large recent influx of Irish and German immigrant had stimulated the omnipresent [...] xenophobia of many native-born Americans“. Belmonts enge Beziehung zu den Rothschilds würde das Übrige tun, um ihn und damit seine Partei für die Wahlen diskreditieren. Auf den Hass gegen die Rothschilds konnte man in der amerikanischen Bevölkerung offenbar in jedem Fall zählen, denn „the native Americans hated the Rothschilds because they were foreign capitalists, and the immigrant Irish Catholics and Germans hated the Rothschilds because they were Jews“. Belmonts großzügige Parteisubventionen waren natürlich auch den Whigs nicht verborgen geblieben und sein plötzlicher Umschwung zu Pierce löst bei den beiden Whig-nahen Blättern New Yorks dann eine regelrechte Hetzkampagne nicht nur gegen ihn persönlich, sondern auch gegen Österreich aus: Für Horace Greeley im *Tribune* und Henry J. Raymond in der *Times* kann kein Zweifel daran bestehen, dass Belmont „Jew gold“ aus dem Ausland zum Stimmenkauf für Pierce verwendet. Ein besonderer Dorn im Auge ist den beiden Journalisten Belmonts Amt als österreichischer Konsul, das ihrer Meinung nach nur dazu dienen kann, um „un-American“ Verbindungen „with foreign kings“ aufrecht zu halten. Für die *Times* lässt Belmonts „pro-Pierce stance“ überhaupt nur einen Schluss zu: „[T]he Rothschilds and the Emperor of Austria were both [...] anxious for the election of Pierce“, da sie nur mit

ihm auch einen dementsprechenden Einfluss auf die amerikanische Politik gewinnen würden. Für den *Tribune* schließlich ist Belmonts „dual allegiance“ der Beweis schlechthin „where the thousands of dollars so lavishly used here were raised“. Nur knapp ein Jahr nach Kossuths Triumphzug durch die USA war es für Greeley natürlich ein Leichtes, die Amerikaner an ihre damalige Begeisterung und die Abneigung gegen Österreich zu erinnern: The American people scorn the assistance of Austria and the Rothschilds.“ Mit seinem Aufruf zu einem „indignation meeting“, um die „Belmont affair“ publik zu machen erreichen seine medialen Angriffe schließlich einen Höhepunkt. Die Absicht dahinter ist für Belmont eindeutig: Greeley suchte ganz offensichtlich in seinen Handelsbeziehungen zu den Rothschilds einen Grund, ihn persönlich zu diffamieren - für rein politische Zwecke. Belmont läßt sich jedoch nicht provozieren. In seiner Antwort an Greeley betont er, dass seine Beziehungen zur Familie Rothschild seine Privatsache seien. Zu seiner Tätigkeit für Österreich stellt er kurz und bündig fest: „I am consul for Austria and no more, I am not and never was an Austrian subject or citizen“.¹³⁰

Der Aufstand in Ungarn war zu dieser Zeit schon längst Geschichte, aber sein eigentlicher Initiator befand sich seit Monaten auf einer triumphalen Rundreise durch die Vereinigten Staaten - und daraus ließ sich für beide Seiten allemal politisches Kapital schlagen.

IV. 2. Lajos Kossuth

Versucht man zu ergründen, worin denn nun eigentlich die Faszination des Mannes bestanden hatte, der es kurzfristig zum

¹³⁰ Katz, SS. 7-8, 10-12,15-16, 18, New York *Tribune*, Oct. 26-30, Nov.1, 1852; New York *Times*, Oct. 29,1852, in: Ebd. S. 19; Black, SS. 78-9, 65-8, 90, 99.

ungarischen Regierungsoberhaupt brachte und damit schon zu Lebzeiten zum Mythos wurde, stößt man auf ein widersprüchliches Bild. Immerhin wurden in New York anlässlich seines Todes im Jahr 1894 noch immer Paraden zu seinen Ehren abgehalten und in Ungarn selbst gilt er heute noch als einer der ganz großen Nationalhelden. Folgt man seiner autobiographischen Erzählung, war sein ganzes erwachsenes Leben nur einem einzigen Ziel gewidmet - die Freiheit seines Landes von habsburgischer Herrschaft zu erreichen. Dafür war er bereit, alles aufs Spiel zu setzen und auch alles zu verlieren. Für Metternich ist er auch vier Jahre nach der Revolution noch nur ein „Rebell“. Den Artikel in der *Wiener Zeitung* vom 8. August 1852, in dem Kossuth als „Agitator“ bezeichnet wird, hält er „einer Rüge werth“; daher schreibt er empört noch am selben Tag an den österreichischen Außenminister Buol, dass man mit dem „Gebrauch dieses Wortes“ Kossuth eine „Courtoisie“ erweist, die ihn in eine Reihe mit Hus und Luther stellt, „welche die Anhänger ihrer Lehren als Reformatoren bezeichnen, während die Kirche sie Ketzer nennt“. Glaubt man jedoch Kossuths Worten und den zahllosen Gerüchten, denen er nur allzugerne folgt, so hat Österreichs Staatskanzler im Mai 1844 (s. Anmerkungen) ein persönliches Gespräch mit ihm so beurteilt: „Gewinnen kann man Kossuth nicht, aber wir sollten uns hüten, ihn zu erzürnen, ich traf einen ruhigen, bedachten Mann - und das sind die gefährlichsten Agitatoren.“

Niemand hätte wohl Anfang der 1820er Jahre vermutet, dass aus dem talentierten, redegewandten Jura-Studenten Lajos Kossuth einmal das ungarische Staatsoberhaupt werden könnte - mit einer Ausnahme vielleicht, denn „aus dominus Kossuth wird ein Landesaufrührer werden!“ Diese Worte stammen nicht etwa von Metternich, wie man annehmen könnte, sondern von Professor Kövy, dessen gute Menschenkenntnis offenbar schon in dem jungen Studenten das rebellische Potential erkannt hatte. Kossuth scheint die Worte seines Professors wörtlich genommen zu

haben, zumindest sagt er selbst, dass er diese „Prophezeiung [...] nicht vergessen“ hat. Die Grenzen wurden dem ambitionierten Anwalt jedoch bald zu eng, die Politik bot da einen wesentlich größeren Spielraum, zuerst nur in seinem Komitat, sehr bald aber als „Sprecher der Freiheitspartei“. Die von ihm eigens dafür ins Leben gerufene Zeitung „*Pesti Hírlap*“ erweist sich dafür als nützliches Medium. Als die Verleger 1843 jedoch sein Honorar wegen steigender Unkosten kürzen wollen, kündigt er den Vertrag auf und möchte ein eigenes Blatt herausgeben. Dazu braucht er die Zustimmung der Regierung in Wien und im Mai 1844 wendet er sich daher an Metternich, überzeugt davon, dass der Kanzler zu seinen Gunsten entscheiden wird. Metternich empfängt ihn tatsächlich - „ohne [ihn] warten zu lassen“. Kossuth ist beeindruckt - nicht nur vom „Rokoko-Arbeitszimmer“, sondern auch vom „ehrenvolle[n] Empfang“, den er „in den Vorzimmern von Beamten niedrigeren Ranges“ nicht erwartet hätte. Seine Erklärungen, dass er auf die Zeitung angewiesen wäre, um für seine Familie zu sorgen, scheinen den Kanzler jedoch wenig überrascht zu haben, denn „[e]r hörte aufmerksam zu, aber nicht mit dem Interesse eines Menschen, der eine völlig neue Nachricht vernimmt“. Metternich hatte bewusst Kossuths Anliegen zur *Chefsache* erklärt, denn er war sich schon seit Anfang der 40er Jahre der Gefährlichkeit des Ungarn bewusst. Er hatte ja nicht umsonst dafür gesorgt, dass Kossuth von der Bildfläche verschwand und für vier Jahre ins Gefängnis wanderte; auf jeden Fall vergeblich, da diese Maßnahme bei einem Mann wie Kossuth keinerlei Präventivwirkung haben konnte, sondern wahrscheinlich seinen Hass auf Habsburg nur noch vergrößerte.

Der entscheidende Schritt auf dem Weg zum ungarischen Staatsoberhaupt sollte für Kossuth der habsburgische Thronwechsel im Dezember 1848 sein. Ferdinand bezeichnet er abfällig als „den depperten Kaiser Ferdinand“ und Franz Joseph ist für ihn „ein Usurpator“, denn „[d]ie verfassungsmäßige Krone Ungarns kann ohne das Wissen und das

Einverständnis der Nation, solange der gekrönte König noch am Leben ist, nicht jeder Beliebige besetzen“. Auf Kossuths Initiative werden die Habsburger im April 1849 in Ungarn für abgesetzt erklärt und er wird zum Reichsverweser ernannt. Wie umstritten seine Stellung jedoch auch unter seinen adeligen Landsleuten war, demonstriert ein Vergleich seiner Ansichten mit denen seines schärfsten Gegners, Graf István Széchenyi (1791-1860). Der gemäßigte Reformler und Schriftsteller entstammte einer uralten ungarischen Aristokratenfamilie und strebte vor allem eine Modernisierung seines Landes an. Er forderte nicht nur die Abschaffung der Leibeigenschaft, sondern trat ebenso vehement für eine Besteuerung des Adels ein. Die ungarischen Bauern lebten nämlich teilweise noch immer in totaler Abhängigkeit von ihren Feudalherren - trotz der Abschaffung durch Joseph II. von 1781. Obwohl Széchenyi dabei in seinen Kreisen erwartungsgemäß auf erheblichen Widerstand stieß, konnte er dennoch viele seiner Vorhaben verwirklichen. 1825 finanzierte er größtenteils durch eigene Mittel die Gründung der ungarischen Akademie der Wissenschaften, etablierte einen politischen Diskussionszirkel, veranlasste den Ausbau von Straßen und ließ die erste Hängebrücke in Budapest errichten. Anfang der 1840er Jahre verlor er vor allem bei der jungen Generation jedoch an Popularität, die sich von den radikalen Ansichten eines Kossuth mehr begeistern ließ. Széchenyi war fest davon überzeugt, dass einem wirtschaftlichen Fortschritt auch irgendwann die politische Unabhängigkeit folgen müsse. Nach der Revolution quälte Széchenyi sich mit Selbstvorwürfen, dass er „die Magyaren durch seine Reformen aufsässig gemacht und das Blutvergießen verschuldet“ habe. Die nächsten zehn Jahre verbringt er in einer Nervenheilanstalt, wo er „nach allmählicher Genesung“ eingesehen haben soll, dass Kossuths Fundamentalismus „berechtigt und der Freiheitskampf trotz der furchtbaren Niederlage ein Gewinn war“. Der Gewissenskonflikt zwischen Loyalität zu Habsburg einerseits und

Vaterlandsliebe andererseits dürfte für ihn allerdings unüberbrückbar gewesen sein, denn Széchenyi endete durch Selbstmord.

Kossuth verfolgte im Grunde das gleiche Ziel, nur in umgekehrter Reihenfolge. Seine Forderungen an die Aristokratie gingen weit über reformerische Maßnahmen hinaus. Für ihn kann eine Besteuerung allein noch keinen „Interessenausgleich zwischen Volk und Adel“ schaffen; der ist nur dann möglich, wenn der Adel endlich einsieht, dass „die Zeit der Fronarbeit abgelaufen [ist]“. Der Adel solle lieber zusehen, wie „er unter den Trümmern des Feudalismus heil hervorkommt“, ansonsten „ist er verloren und wird nicht der Freiheit, sondern der Willkür der Regierung zum Opfer fallen“. Kossuth lag die endgültige Bauernbefreiung genauso am Herzen wie Széchenyi, aber er verfolgte mit seiner Warnung an die ungarische Aristokratie noch ein weiteres Ziel: Er wusste, dass eine Aufweichung der gesamten gesellschafts- und sozialpolitischen Strukturen Ungarns notwendig war und zwar vor allem deswegen, um den Habsburgern nicht die Gelegenheit zu geben, „im Bauerntum einen Verbündeten zu finden gegen den für die Reformen kämpfenden Adel“. Kossuths eindringlicher Appell zeigte allerdings wenig Wirkung, obwohl er es mit allen erdenklichen Mitteln versuchte: „In Wort und Schrift redete ich den vernünftigen Menschen gut zu und hämmerte es in die vernagelten Köpfe“. Kossuth erkannte, dass Aufstände im eigenen Land am besten verhindert werden, wenn man sowohl unzufriedenen Bauern als auch einer frustrierten Aristokratie ein gemeinsames Feindbild gegenüberstellt und so die Revolution in eine ganz andere Richtung lenkt - gegen Habsburg, gegen Österreich und gegen nicht-ungarische Nationalitäten. Viele der ungarischen Adligen waren wie Széchenyi, Deák oder Andrassy zerrissen zwischen Loyalität und Patriotismus und scheuten vor Kossuths Extremismus zurück. So auch Artúr Görgey (1818-1916), dessen anfangs tiefe Freundschaft zu Kossuth ihm 1848 den Oberbefehl über die ungarischen Truppen einbrachte, die aber später ein unschönes

Ende fand. Görgey hatte sich von Anfang an gegen die Absetzung der Habsburger ausgesprochen. Als er durch die von Franz Joseph am 12. Mai verlautbarte Kundmachung „An die Völker Ungarns“ offiziell von der Allianz der Österreicher mit den Russen erfuhr, erkannte Görgey, dass weiterer Widerstand zwecklos war; um den Einmarsch russischer Truppen im letzten Moment doch noch zu verhindern, schlug er eine Aufhebung des Beschlusses und „Friedensverhandlungen auf der Grundlage einer Personalunion“ vor, was Kossuth allerdings vehement ablehnte. Lippert glaubt jedoch, dass Görgeys Rechnung vermutlich ohnedies nicht aufgegangen wäre: Er „überschätzte zum einen die Bedeutung des Absetzungsbeschlusses, zum anderen die Konzessionsbereitschaft Schwarzenbergs, dessen verfassungspolitisches Programm mit einer Personalunion nicht in Einklang zu bringen gewesen wäre“. Als Görgey sich in Világos gegenüber den Russen am 13. August 1848 ergibt, erspart ihm das auf Intervention von Zar Nikolaus I. vermutlich die Exekution; Kossuth jedoch konnte ihm seine übereilte Kapitulation und seine Ablehnung der Habsburgerabsetzung nie verzeihen und bezeichnet ihn als Landesverräter - eine Anschuldigung, von der Görgey erst 1918 nach Kossuths und seinem Tod rehabilitiert wurde. Nach neunzehn Jahren in einem österreichischen Gefängnis kann er nach dem Ausgleich wieder nach Ungarn zurückkehren.

Auch für Leute wie Franz Deák und seinen Mitstreiter, den ungarischen Ministerpräsidenten Graf Gyula Andrassy, konnte Kossuth in seinem blinden Fanatismus kein Verständnis aufbringen: Statt „nach jahrelangem Feilschen mit dem österreichischen Kaiser“ 1867 einen matten Ausgleich auszuhandeln, hätte Deák „aus der Schlappe der Österreicher bei Königgrätz“ wesentlich mehr Vorteile für die Ungarn herausholen können - „was in der Politik erlaubt und auch erforderlich ist“; und für Andrassy findet er überhaupt nur verächtliche Worte: Wie ist es möglich, empört sich Kossuth, dass ein Sohn der Familie Szapáry, die

seine Dienste in Anspruch nahmen, mithilft, am 8. Juni 1867 „[u]nter uralten ungarischen Zeremonien“ und „mit großem Pomp“ dem österreichischen Kaiser „die Krone aufs Haupt zu setzen“? Wie kann es sein, dass ein Mitglied der ungarischen Regierung, die im April 1849 die Habsburger für abgesetzt erklärten, vergessen hat, dass sein „Bild in Abwesenheit an den Galgen gehängt“ und dann „noch im gleichen Jahr symbolisch 'hingerichtet' worden war“? Auf Kossuths rhetorische Fragen glaubt die angesehene englische *Times* vom 29. August 1867 die passenden Antworten zu finden: Hier wird aus dem ungarischen Freiheitskämpfer der „Ex-Diktator Ungarns“, der unbeugsam seinem Hass frönt, kompromisslos jeden Vergleich mit Habsburg ablehnt, da er „von seiner Position nie auch nur im geringsten abweichen [wird], der ein ungarisches Parlament nur dann anerkennt, wenn es „auf seinen Wunsch zusammengetreten ist“ und der „Ungarn einzig und allein als *sein* Werk, wie er es vor einer Reihe von Jahren geschaffen hat“ betrachtet. Vierzehn Jahre vorher, in einer Ausgabe vom 15. April 1853, wird Kossuth für eine „Piraterie im Herzen der Hauptstadt“ verantwortlich gemacht, „als nämlich in einem Haus, das er bewohnte, ein Waffenlager gefunden wurde“. Es ist kaum überraschend, dass die konservativ ausgerichtete *Times* im Jahr 1848 auf der Seite Österreichs stand - auch wenn man vielleicht seinem Staatskanzler nur widerwillig Asyl gewährte. Als Kossuth am 23. Oktober 1851 mit dem Postschiff *Madrid* in Southampton eintrifft, hält er den etwas überkühlten Empfang und die Reaktion der Briten auf seinen Aufenthalt für „eine gewisse Zurückhaltung“, die in erster Linie durch seine „Äußerungen hinsichtlich der europäischen Politik“ hervorgerufen wurde. Zieht man Kossuths Temperament in Betracht, kann man sich unschwer vorstellen, welcher Art diese „Äußerungen“ waren; dass er damit gleichzeitig auch auf „eine gewisse Mißbilligung“ in englischen linken Kreisen stieß, führt er auf seinen „gedämpften Radikalismus“ zurück. Trotzdem oder gerade deshalb wird Kossuth sowohl von Lord Palmerston und auch von den *Chartisten*

eingeladen. Von Palmerston wohl aus dem gleichen Grund wie von Fillmore - beide mussten dem allgemeinen Aufsehen rund um Kossuths Besuch in der Öffentlichkeit Rechnung tragen und die *Chartisten* erhofften sich vermutlich neue Impulse für ihre Bewegung: im Mai 1838 vor dem Hintergrund einer wirtschaftlichen Depression gegründet und mit ihren parlamentarischen Petitionen mehrfach gescheitert, hatte die erste englische Arbeiterpartei um diese Zeit ihren militanten Charakter schon eingebüßt und zeigte bereits starke Zerfallserscheinungen, nicht zuletzt aufgrund einer Ende der 40er Jahre einsetzenden Prosperität im Viktorianischen England. Kossuth schlug beide Einladungen aus, obwohl es ihm „nicht leicht [fiel]“. Er wusste, dass er sich in England auf einem anderen politischem Pflaster bewegte als in Marseille, wo seine radikalen Ansichten begeistert aufgenommen worden waren; also versuchte er wie auch dann in den Vereinigten Staaten den goldenen oder besser gesagt neutralen Mittelweg einzuschlagen: Wäre er der Einladung der *Chartisten* gefolgt, würde das „[s]einen Ruf zu sehr nach links“ rücken, hätte er die von Palmerston angenommen, würde er damit dessen „doppelzüngige Politik“ gutheissen. Kossuths *Drahtseilakt* gelang trotzdem nicht: Den ungarischen Emigranten in Paris waren seine Reden „zu sehr von der Konstitution geprägt“, für „die reaktionäre Presse in Europa“ dagegen zu sehr von der „Idee der Republik“ und einem „Lob der Volksmacht“ bestimmt. Man kann davon ausgehen, dass die diplomatischen Proteste Österreichs, Preußens und Russlands Kossuth nicht berührt haben, das englische Außenministerium war darüber sicher nicht erfreut und seine wiederholten Kontakte zu Mazzini, mit dem er „eine Zusammenarbeit der ungarischen und der italienischen republikanischen Bewegung“ aushandelte, blieben den konservativen Kreisen auch nicht verborgen. Gerade dort befürchtete man ein Übergreifen der Revolution auch auf England und das „war auch der Grund, warum die *Times* gegen Männer wie Kossuth und Giuseppe Mazzini hetzte“. Auch der österreich-

ungarische Ausgleich von 1867 wurde von der Zeitung begrüßt - vor allem deswegen, „weil er das Ende der revolutionären Stürme in Europa bedeutete“. Egal ob man nun in Kossuth so wie viele konservative Briten einen „ehrgeizigen Abenteurer“ sieht, oder möglicherweise eine Art modernen *Robin Hood*, wie viele Amerikaner ihn romantisierten, in einem Punkt hatte die *Times* jedenfalls recht: Im Unterschied zu vielen seiner Landsleute lehnte Kossuth den Ausgleich als eine Art Versöhnung mit Ungarn strikt ab. Seiner Meinung nach konnte man das in der Vergangenheit begangene Unrecht an Ungarn nicht ungeschehen machen und vor allem nicht rechtfertigen. Dass er selbst schon 1848 „alle Brücken hinter sich ab[brach]“ - dieser Schritt war Lajos Kossuth wohl bewusst.

Folgt man Kossuths Worten, „ersehnte“ er den Krieg zwischen der Türkei und Russland, aber seine Hoffnung, „daß Österreich als treuer Verbündeter auf der Seite des Zaren kämpfen würde“, erfüllte sich jedoch nicht. Österreich entschied sich allerdings wider Erwarten für die Neutralität - für Kossuths „Pläne [...] eine Katastrophe“, wie er sagt. Kossuth selbst glaubte jedenfalls fest an das ihm zugetragene „Gerücht“, dass die Türkei Österreichs Neutralität nur im Gegenzug eines Versprechens akzeptierte - nämlich „daß [er] türkischen Boden nicht betreten dürfe“. Auch der sardinisch-französische Krieg gegen Österreich sollte Kossuths Pläne gegen Habsburg durchkreuzen. Kossuth sagt dem französischen Kaiser ungarische Waffenhilfe „unter [s]einer Führung“ im Krieg gegen Österreich zu. Er würde dafür sorgen, dass England neutral bleibt und im Gegenzug sollte Napoleon auf keinen Frieden mit Österreich eingehen ohne eine vorherige Garantie für Ungarns Unabhängigkeit. Kossuth gelang es, seinen Teil der Abmachung zu erfüllen. Seine eindringlichen Reden „in London, Manchester, Bradford und Glasgow“ mögen tatsächlich dazu beigetragen haben, dass sich bei den Parlamentswahlen in Großbritannien letztlich doch die Befürworter einer englischen Neutralität durchsetzten. In Ungarn hatte er inzwischen bereits

„zwei Brigaden mit fünf kompletten Bataillonen“ mobilisiert um dann am 8. Juli vom Waffenstillstand von Villafranca „wie der Blitz aus heiterem Himmel“ getroffen zu werden. Kossuth schmeichelt sich allerdings mit dem Gedanken, wenn er den Abbruch des Krieges auf die französische Drohung gegenüber „dem zögernden Franz Joseph mit dem ungarischen Aufstand“ zurückführt - Napoleon III. brach den Krieg in erster Linie aus Furcht vor einer preußischen Intervention und wegen des schlechten Zustandes seiner Truppen ab.

Kossuths ungeschickte Bemühungen, sich immer irgendwo in der Mitte durchzulavieren, schlugen schon in Großbritannien fehl und sollten letztlich auch in den USA für Verstimmung sorgen. Wenn man bedenkt, welchen Einfluss der junge, völlig mittellose adelige Rechtsberater Kossuth in kurzer Zeit auf die Politik Ungarns ausüben konnte, ist es umso erstaunlicher, mit welcher unglaublichen Naivität und Leichtgläubigkeit er andererseits auf dem glatten Parkett der internationalen Politik agierte. Für ihn heiligt der Zweck „Ungarn von Habsburg loszureißen“, die Mittel: „Aus diesem Grunde verbündet er sich selbst mit solchen kläglichen Gestalten wie Napoleon III., der ihn nur ausnutzt und hintergeht.“ Kossuth hat nie wahrhaben wollen - trotz herber Enttäuschungen wegen unzählig gebrochener Versprechen ihm gegenüber, dass große Politik nach Spielregeln abläuft, bei denen feurige Reden zwar nützlich, aber letzten Endes nebensächlich sind. Ob nun Webster oder Napoleon, ob Whigs oder Demokraten, ob Gegner oder Befürworter der Sklaverei, sie alle haben letzten Endes versucht, den rebellischen Ungarn „als Lokomotive vor ihre egoistischen Ziele [zu] spannen“. Weder die Vereinigten Staaten und schon gar nicht Großbritannien und Frankreich haben je ernsthaft in Erwägung gezogen, allein wegen „der Sache Ungarns“ mit der Habsburgermonarchie einen Krieg zu riskieren.

Wie fundamental und unversöhnlich Kossuths Hass auf Österreich war, lässt sich an seinen eigenen Worten in seiner AutoBiografie messen,

wo er viele Jahre später die Habsburger auch für den ungarischen Aufstand verantwortlich macht: Um die politische „Einheit ihrer eigenen Hausmacht“ zu erreichen, um der „von Herrscher zu Herrscher vererbte[n] Maxime der Politik Habsburgs“ gerecht zu werden, hätten sie mit Hilfe der Kroaten „den Bürgerkrieg geschürt“; Österreich wollte alle „Nationalitäten gegeneinander aufhetzen, damit sie ausgeblutet allesamt in die Knechtschaft geraten“. Dass er dabei keine unwesentliche Rolle spielte, übersieht er oft, selbst wenn er bekennt:

Niemals hörte ich auf, den Widerstand zu Hause zu schüren und zu ermuntern. Desgleichen hörte ich niemals auf, die Staatsmänner der europäischen Mächte zu mahnen, die despotische Herrschaft Rußlands und Österreichs einzudämmen.¹³¹

Nach der Niederschlagung des ungarischen Aufstandes im August 1849 konnte Kossuth in die Türkei fliehen, wo er zusammen mit etlichen seiner Anhänger in Gewahrsam genommen wurde. Über die Umstände, die letzten Endes zu seiner Freilassung führten, gibt es jedoch unterschiedliche Interpretationen. Curti geht von „treaty stipulations“ aus, denen zufolge eine Freilassung der ungarischen Flüchtlinge nur mit österreichischer Zustimmung erfolgen konnte und für einige von ihnen hätte man auch die dementsprechende Genehmigung der österreichischen Regierung erreicht. Zu einer diesbezüglichen Anfrage zu Kossuth selbst - dem prominentesten und sicher dem unbequemsten - hätte man sich in Wien in Schweigen gehüllt oder genauer, der Hof

¹³¹ Spaulding, SS. 46-7; *Times* v. 15.4.1853 und 29.8.1867, deutsche Übersetzung in: Hanak, S. 544; Burckhardt, S. 21; Lippert, S. 256; Cseres, SS. 21, 110, 119, 121, 193, 259, 400, 410, 412-4, 417, 420, 436-7, 449-51; Kossuth wurde Cseres zufolge 1846 nach vier Jahren aus dem Gefängnis entlassen. Da man nicht davon ausgehen kann, dass Metternich einem politischen Gefangenen eine persönliche „Audienz“ gewährte, stimmt entweder das Jahr seiner Freilassung oder das Datum seiner Unterhaltung mit Metternich nicht, vgl. dazu Cseres, SS. 111, 448.

„zögerte“. Daraus könnte man allerdings auf einen bestehenden Auslieferungsvertrag oder zumindest auf eine schriftliche Vereinbarung zwischen Österreich und der Türkei schließen. Curti stützt seine Schilderung der Ereignisse auf ein nicht veröffentlichtes Memorandum, das Schwarzenberg am 30. September 1851 Hülsemann übermittelte, demzufolge die Pforte schon Ende Juni 1851 die Regierung in Wien über die bevorstehende Freilassung Kossuths für Anfang September informiert hatte. Geht man den Hintergründen etwas genauer nach, die zu Kossuths Freilassung geführt haben - wie Srbik akribisch recherchiert hat - so ergibt sich jedoch ein anderes Bild. Es gab nämlich weder einen Vertrag noch irgendeine rechtliche Grundlage, die die Türkei zu einer Auslieferung verpflichten hätte können - sehr zum Missfallen Schwarzenbergs übrigens, wie der schon einmal erwähnte orientalische Referent Anton von Hammer glaubhaft versichert.

Fest steht, dass Österreich ein Entkommen Kossuths nach Großbritannien oder in die USA um jeden Preis verhindern wollte: In England könnte er zur Symbolfigur für die dorthin emigrierten ungarischen Flüchtlinge werden und von Amerika aus könnte er allzu leicht neuerliche Unruhen in Ungarn anheizen; die weitere Entwicklung sollte ja zeigen, dass die Sorgen der österreichischen Regierung nicht unbegründet waren. Wenn Schwarzenberg allerdings hinsichtlich Kossuth tatsächlich auf Zeit gespielt hat, um die kaum ruhigestellte Lage in Ungarn durch seine Freilassung nicht neuerlich zu gefährden, dann hätte er im September 1851 allerdings schon *gewusst*, dass die türkische Regierung *vertragsbrüchig* geworden war. Warum Scharzenberg dann erst Ende September sein Memorandum an Hülsemann geschickt haben soll, wäre unter diesen Umständen nicht klar. Eine Rechtfertigung gegenüber Hülsemann für sein Zögern bis es zu spät war? Nichts in Schwarzenbergs Politik oder seinem Charakter rechtfertigt eine solche Annahme. Für Österreich hätte ja die Auslieferung Kossuths nicht schnell genug gehen

können. Grund für eine Verzögerungstaktik hatten lediglich die Türken und das vor allem aus zwei Gründen: Erstens war man schon lange bestrebt, Großbritannien und Frankreich als potentielle Verbündete in der *orientalischen Frage* zu gewinnen und zweitens beweisen die Debatten im englischen Parlament, dass gerade die liberalen Kreise Großbritanniens über die Rolle der Pforte als „Gefängniswärter einer reaktionären Macht“ verstimmt waren. Solange man aber nicht wusste, wer auf wessen Seite stand, wollte man es sich vorerst weder mit den Westmächten noch mit Österreich und Russland verderben - im Hinblick auf das eigene belastete Verhältnis zu Russland einerseits und das doch auch unsichere zwischen Österreich und Russland andererseits. In der Zwischenzeit versuchte die Pforte das Problem um Kossuth und der anderen Asylanten mit „echt orientalischen Auskunftsmitgliedern“ zu lösen: Ein Angebot zum Islam zu konvertieren und damit in die türkische Armee einzutreten wurde von einigen tatsächlich angenommen und auch von Kossuth selbst kurzfristig überlegt.

Im Unterschied zu Russland, das für die Auslieferung seiner polnischen Rebellen tatsächlich eine gesetzliche Handhabe hatte, gab es in all den österreichisch-türkischen Verträgen nur eine einzige anwendbare Bestimmung, die aber lediglich besagte, dass politische Flüchtlinge „nicht nahe der Grenze geduldet, sondern in das Innere des Landes versetzt werden sollen“. Österreich hatte also de facto keinerlei vertraglichen Anspruch, was für den türkischen Außenminister Aali Pascha bereits Anfang 1849 neben der „Rücksicht auf die Grundsätze der Menschlichkeit und Religion“ Grund genug war, Österreichs Auslieferungsbegehren abzulehnen. Am 22. Oktober desselben Jahres wurde jedoch „mit dem Botschafter Mussurus Pascha in Wien“ eine schriftliche Vereinbarung getroffen, mit der sich die Türkei verpflichtete, „die Chefs der Insurrektion [zu] internieren“ und dafür Sorge zu tragen, „daß sie künftig in keiner Weise etwas gegen die gesetzliche Ordnung in

den k. k. Staaten unternehmen können“. Zar Nikolaus hingegen bedurfte dieser Formalitäten nicht: Die Zusage „strenger Internierung und Überwachung“ genügte ihm, um auf eine Auslieferung „ausdrücklich [zu] verzichte[n]“. Erwartungsgemäß verließ sich Schwarzenberg nicht nur auf diese „feierliche Verpflichtung“, und er wählte dafür - wieder einmal möchte man hinzufügen - den „doppelten Weg“. Vor etwaigen „Coerzitiv-Maßregeln“ scheute der Ministerpräsident jedoch zurück, da Hammer ausdrücklich die Nachteile für „die österreichischen Handelsinteressen“ betonte. Schon im Februar 1849 hatte man in Wien die Idee, die k. k. Konsulate vor Ort zur Auffindung der ungarischen Flüchtlinge zu benutzen - noch dazu weil Aali Pascha „eine Mitwirkung der osmanischen Lokalbehörden nicht geradezu ab[lehnte]“, sofern ihre „Ergreifung auf unaufsichtige Weise“ geschah. Am 24. Juli beschloss Schwarzenberg, eigens dafür beauftragte Kommissäre in die Türkei zu entsenden, die selbstverständlich auch das notwendige Schweigegeld im Gepäck hatten, dem wahrscheinlich „die Türken am wenigsten widerstehen würden“. Gleichzeitig verlangt er aber dezidiert die Auslieferung aller ungarischen Revolutionäre - eine Forderung, die er am 29. August wiederholt und die „am 17. September zur Suspendierung des diplomatischen Verkehrs der Gesandtschaften Österreichs und Russlands mit der Pforte führt“. Das Augustdatum ist in diesem Zusammenhang insofern bemerkenswert, als Schwarzenberg zwei Tage vorher im Ministerrat erklärt hatte, „daß Österreich sich an die bestehenden Verträge halten müsse“. Warum aber stellte er dann aber doch einen Antrag auf Auslieferung? Srbik hat darauf die einzig plausible Antwort gefunden: Österreich wollte keinesfalls hinter Russland zurückstehen - „aus Gründen der hochkonservativen Gemeinschaft und der stillen Nebenbuhlerschaft“ - und ein Einschüchterungsversuch könnte außerdem die Türken endlich gefügig machen. Auch Schwarzenbergs Sanktion ist in diesem Sinne zu werten: Der Abbruch betraf nur rein politische aber nicht administrative

Angelegenheiten - „um die Türkei nicht ganz in die Arme der Westmächte zu treiben“.

Eine Intervention des damaligen britischen Botschafters in Konstantinopel, Viscount Stratford Canning (1786-1880) - mit der dementsprechenden Rückendeckung Palmerstons - hat Schwarzenbergs Pläne allerdings vereitelt. England erachtet dies als einen notwendigen Schritt „for the independence and welfare of Turkey“. Die Pforte, dadurch dann endgültig überzeugt, dass man im Falle eines russischen Krieges auf die Hilfe Großbritanniens zählen konnte, stimmt der Freilassung Kossuths zu mit der Begründung, dass nationale Interessen die Rücksichtnahme auf „certain powers“ erfordern. Für Schwarzenberg reiner „Hohn“, eine fadenscheinige Rechtfertigung, die nur auf das Konto des britischen Aussenministers gehen könne. Palmerstons Spiel um seine eigenen parteipolitischen Vorteile und Popularität im eigenen Land würde nur die Beziehungen der Türkei „towards her nearest powerful neighbor“ gefährden; dass die Pforte bestrebt sei, „ihre Unabhängigkeit von Österreich zu beweisen“, könne er noch verstehen, dass sie damit aber gleichzeitig „ihre Abhängigkeit von England“ dokumentieren muss, wäre für ihn nicht nachvollziehbar. Was für Großbritannien in erster Linie einen Machtkampf mit Russland darstellte, war für die Türkei zu diesem Zeitpunkt wohl das kleinere Übel. Die Befürchtung, zwischen zwei Fronten zu geraten, sollte sich im *Krimkrieg* als unbegründet herausstellen. Österreich stellte sich - zwar inoffiziell - auf die Seite der Türkei, womit es sich dann die russische Freundschaft endgültig verscherzte.¹³²

Kossuth durfte mit türkischer Erlaubnis „[t]rotz der strengen Vorkehrung“ Kontakt zum englischen Konsul aufnehmen, der ihn

132 Curti, SS. 169-70; Vgl. dazu Srbik, SS. 136-143; bei den betreffenden Verträgen zwischen Österreich und der Türkei handelt es sich um Art.9 (Friede von Karlowitz 1699), Art.14 (Friede von Passarowitz 1718) und Art.18 (Friede von Belgrad 1739), bei der Vereinbarung zwischen Russland und der Türkei um Art.2 (Vertrag von Kütschük-Kainardsche 1774), in: Ebd, S. 137.

aufforderte, „eine Denkschrift an die freien Völker Amerikas zu verfassen“. Dieses Gespräch hat aber offenbar gleich am Beginn von Kossuths Gefängnisaufenthalt stattgefunden, da Kossuth damals noch keine Ahnung hatte, „wie nützlich sich dieses aufrufähnliche Schriftstück nach anderthalb Jahren für [ihn] erweisen sollte, als [er] in die Vereinigten Staaten aufbrach“. Sehr bald erschien eine deutsche Übersetzung und „Mitte 1851“ auch eine englische Version - „nahezu gleichzeitig in drei amerikanischen Blättern“. Kossuth wusste ganz genau, was er im amerikanischen Volk ansprechen musste. Seine Schilderung des verzweifelten, aber aussichtslosen ungarischen Freiheitskampfes, der an einem übermächtigen Gegner scheitern musste, war ein Garant dafür, die Amerikaner an ihren eigene Erfolgsstory zu erinnern, ihre Herzen und teilweise auch ihre Geldbeutel zu öffnen. Kossuth versuchte diese Taktik auch später bei seinen persönlichen Ansprachen während seiner Reise durch die USA - allerdings was die Spenden anlangte mit nur mäßigem Erfolg. Dass ausgerechnet der New York *Herald*, der Kossuths Manifest überschwenglich „eine moderne ungarische Ilias“ genannt hatte, im April 1852 die amerikanische Begeisterung für ihn als „mere efflorescent filibustering spirit“ abtat und damit eigentlich von ihrem anti-österreichischen Kurs abwich, spricht dafür, dass man sich auch im Norden schließlich immer mehr von ihm distanzierte.

Die ungarischen Flüchtlinge sollten auf einem amerikanischen Schiff in die USA gebracht werden. Kossuth wurde darüber von Beg Suleiman „während einer Ehrenvisite am 22. August“ informiert. Nach eineinhalb Jahren Gefängnis, in denen er, wie er selbst sagt, „um ein Jahrzehnt gealtert“ war, wurde er am 9. September 1851 mit einem türkischen Schiff zur USS *Mississippi* vor den Dardanellen gebracht, wo er einen Tag später mit seiner Familie und einigen anderen ungarischen Flüchtlinge „mit militärischen Ehren“ empfangen wurde. Die enthusiastischen „Hurra-Rufe“ der Mannschaft, die Ansprache von Kapitän Long, der betonte, „er

wisse, wem er in [Kossuth] die Ehre erweise“ haben sicher wesentlich dazu beigetragen, dass aus seiner anfänglichen Dankbarkeit für „das Glück, als freier Mensch auf einem Kriegsschiff des freien Amerika weilen zu dürfen“, bald anmaßende Forderungen werden; dass ein Staatsbürger solch eines freien Landes dennoch an seine Befehle gebunden war, ließ sich mit Kossuths etwas naivem Verständnis von demokratischer Freiheit nicht vereinbaren und konnte nur bedeuten, dass Long „nicht ganz im Bilde war“, wen er vor sich hatte. Die vorgegebene Route sah einen Aufenthalt in Smyrna und Spezzia vor - um „Kohle und Wasser zu fassen“ - dann über Marseille, Gibraltar und Madeira nach New York. Longs Weigerung, von seinem Kurs abzuweichen, durchkreuzte Kossuths Pläne, sich in Neapel und Genua „insgeheim mit Vertrauensleuten Mazzinis [zu] treffen“. Als Kossuth schließlich in Marseille noch verlangte, vor der Weiterreise in die USA vorher nach England gebracht zu werden, beschwerte sich Long bei seinem Vorgesetzten, Admiral Morgan, der vorerst ebenfalls ablehnte. Kossuth, überzeugt von seiner ungarischen Mission und ermutigt durch begeisterte Menschenmengen in Smyrna, Spezzia und zuletzt in Marseille, verfolgt ebenso unbeirrbar seinen Kurs. Um auf dem Landweg nach Großbritannien zu gelangen, beantragt er ein Durchreisevisum, das von den Franzosen umgehend und ohne nähere Begründung verweigert wird. Über Kossuths „wütende republikanische Protestnote an Louis Bonaparte“ freuen sich höchstens linksgerichtete Zeitungen, Napoleon III. hingegen nicht. Als Kossuth Jahre später versuchte, den französischen Kaiser für ein Abkommen gegen Österreich zu gewinnen, sollte er daran unangenehm erinnert werden - was wahrscheinlich nichts an der bekannten Wankelmütigkeit Napoleons geändert hat. Als die *Mississippi* am 5. Oktober in Gibraltar einläuft, erhält Kossuth vom Gouverneur von Gibraltar „einen feierlichen Empfang wie er einem Staatsoberhaupt gebührt“; dass er von dort schließlich doch noch nach England reisen durfte, liegt vermutlich daran, dass der Admiral und

sein Kapitän im Postdampfer *Madrid* eine willkommene Gelegenheit sahen, den lästig gewordenen Passagier endlich loszuwerden.

Der offizielle Auftakt zu diesem internationalen *Katz-und Mausspiel* erfolgte am 17. Februar 1851 in den Vereinigten Staaten, der inoffizielle schon wesentlich früher. Senator Henry Foote aus Mississippi brachte eine Resolution ein, in der Fillmore aufgefordert wurde, sich für Kossuths Freilassung einzusetzen. Nachdem man das türkische Einverständnis sichergestellt hatte, billigte der amerikanische Präsident am 3. März 1851 die mit überwiegender Mehrheit akkordierte Resolution „for the relief of Louis Kossuth and his associates, exiles from Hungary“. Einige Gegenstimmen kamen erwartungsgemäß aus dem Süden, hauptsächlich von den reicheren Plantagenbesitzer, die Revolutionen prinzipiell ablehnten - „if for no other reason than for the sound of the words“.

Selbst Kossuth, in der Zwischenzeit zwar gewöhnt an *standing ovations* ist überwältigt vom Empfang, den Amerika ihm und seinen Gefolgsleuten am 6. Dezember 1851 in New York bereitet. Auf allen Gebäuden der Umgebung hatte man neben der amerikanischen Flagge auch eine ungarische gehisst und der tosende Applaus einer jubelnden Menschenmenge konnte nicht einmal vom Kanonendonner und den Salutschüssen im Hafen übertönt werden. Stolz erinnert er sich auch, dass ihn der Bürgermeister in seiner Rede als „einen Recken des Fortschritts“ bezeichnete, auf die er zurückhaltend und „höflich“ antwortete, sich keinesfalls „in die Angelegenheiten freier Länder [...] einmischen möchte“, aber trotzdem alles „zur Befreiung [s]eines Vaterlandes“ unternehmen werde. Er wolle der Unabhängigkeitserklärung Ungarns allgemeine Anerkennung verschaffen und dabei könne ihn „das freie Volk der Staaten“, das sein Bestehen und seinen Erfolg ja auch einer solchen Deklaration verdankt, unterstützen. Kossuth verstand darunter in erster Linie Geldspenden und er wusste, dass er dies den geschäftstüchtigen Amerikanern „schmackhaft [...] machen“ musste. Dazu

verfiel er auf eine ungewöhnliche Idee: Er „ließ papiergeldähnliche Scheine zu einem, fünf, zehn und hundert Dollar zeichnen, die das Format der gültigen Banknoten hatten“. Kossuth verbürgte sich auf diesen „Kossuth-Dollars“ für eine spätere Einlösung in echte Dollars. Den meisten Amerikanern war dieses Spekulationsgeschäft wohl zu wenig lukrativ und vor allem zu unsicher. Sie hätten irgendwann zu einem ungewissen Zeitpunkt in der Zukunft für ihr Geld den „vollen Wert“ von einem souveränen ungarischen Staat bekommen, an den Kossuth glaubte, den er aber nicht garantieren konnte - trotz „[s]einer Unterschrift und [...] dem Bildnis [s]eines leidvollen Gesichts“.

Wenn man den Amerikanern im Zusammenhang mit Kossuth Ignoranz über die tatsächlichen Verhältnisse in Europa vorwirft, so gilt das in gleichem Maße auch für die Europäer. Kossuth war einer von vielen gebildeten Europäern, die zwar von der Existenz der *peculiar institution* in den USA wussten, über die vielschichtigen Hintergründe aber nicht genügend informiert waren, ganz zu schweigen vom tatsächlichen Ausmaß, welches die Debatte in der politischen Auseinandersetzung zwischen Nord und Süd um diese Zeit schon angenommen hatte. Kossuth sollte bald die Erfahrung machen, dass man von seinen Ansprüchen mehr erwartete als bloß flammende Plädoyers für die ungarische Freiheit. Er versuchte es mit seiner schon erprobten Taktik und musste erkennen, dass auch er die Kunst, es allen recht machen zu wollen, nicht vermochte. Die Abolitionisten erwarteten von ihm eine klare Absage an die Sklaverei, die er „[s]einem Herzen gehorchend“ nur allzu gern gemacht hätte. Auch die Befürworter wollten in der Diskussion um die Sklaverei „eine offene Stellungnahme“ hören und nicht Kossuths Ausweichmanöver, zu diesem Thema „die inneren Angelegenheiten der Staaten nicht genügend“ zu kennen. Für einige der konservativen Plantagenbesitzer des Südens war Kossuth schon allein wegen seiner erfolgreichen Flucht, seinem persönlichem Feldzug gegen Habsburg und seinem kompetentem

Aufstieg zum ungarischen Staatsoberhaupt *a priori* kaum ein geeigneter Exponent ihrer Interessen. Ins Kreuzfeuer der Kritik gerät Kossuth aber auch, wenn er sich in seinen Ansprachen auf den eigentlichen Zweck seiner Reise konzentriert. Spricht er von der Befreiung Ungarns von Habsburg, bringen seine anti-österreichischen Parolen die amerikanische Regierung in Verlegenheit, noch dazu weil er wiederholt fordert, dass die Vereinigten Staaten das „überholte Prinzip ihres Begründers, Präsident Washington, aufgeben und sich in die Machtpolitik Europas einmischen sollten“ - und er lässt keinen Zweifel offen, was er unter Einmischung versteht. Auch bei einem Empfang im Weißen Haus am 2. Jänner 1852 kann er „nicht umhin, [s]ein Gastrecht zu gebrauchen - oder vielleicht zu mißbrauchen“ - und von der „Verpflichtung“ der USA gegenüber Europa zu sprechen, auch „militärisch einzugreifen“. Es spricht für Kossuth, dass er hier einen möglichen Missbrauch einräumt - sein schlechtes Benehmen beim anschließenden Dinner und im Hotel, wo die ungarischen Flüchtlinge untergebracht sind, erwähnt er jedoch mit keinem Wort. Kossuth hatte trotz eines gegenteiligen Versprechens eine lange Rede gehalten und eine lange Liste von Forderungen für die Befreiung Ungarns präsentiert. Fillmore reagiert darauf mit Mitgefühl für Kossuths „mutigen Kampf“ aber gleichzeitig auch dezidiert zurückhaltend: Als Präsident habe er sich an den von Washington festgeschriebenen Prinzipien zu orientieren und die Vereinigten Staaten könnten deshalb auch keine „praktische Unterstützung“ leisten. Die „ungeheuren Mengen an Essen und Wein auf Kosten des Kongresses“ beim Abendessen waren offensichtlich auch die Ursache dafür, dass Kossuth und seine Leute keinen Respekt vor dem Eigentum des Hotel *Brown* zeigten, wo sie „beträchtliche Schäden an den Möbeln“ verursachten.

Die nächsten Angriffe kommen für Kossuth völlig „unerwartet“ und vor allem von einer Seite, von der er sie am wenigstens erwartet hätte. Dass hinter der „Pressekampagne der katholischen Kirche“ die

österreichische Regierung steht, konnte er zu diesem Zeitpunkt nicht wissen. Man wirft ihm vor, „mit Freimaurern [zu] paktieren, ja sogar selbst einer sein“. Erst Jahre später korrigiert Kossuth in seiner AutoBiografie diese Anschuldigung dahingehend, dass er zu diesem Zeitpunkt noch kein bekennender Freimaurer gewesen war, sondern erst „am 20. Februar 1852 in Cincinnati in die Loge 133 aufgenommen“ wurde. Die Gründe für sein damaliges Schweigen liegen auf der Hand: Nach dem März 1848 wurden auch in Ungarn Freimaurerlogen eingerichtet und „[e]ine Großloge“ wurde auch nach ihm benannt und Kossuth wollte seine Beziehungen zu den amerikanischen Freimaurern keinesfalls gefährden, die „ein besonders lebhaftes Interesse“ an der Befreiung Ungarns bekundeteten und ihm auch tatkräftige Unterstützung zugesagt hatten.

Die Vereinigten Staaten waren natürlich schon vor der Ankunft Kossuths durch umfassende Berichte über die Ereignisse auf der *Mississippi* informiert worden und auch Österreichs Vertreter Hülsemann konnte sich am 2. November 1851 im amerikanischen Außenministerium von „the shocking and most unreasonable behaviour of Kossuth on board the *Mississippi*“ überzeugen. Es handelte sich dabei vorwiegend um Kopien der Korrespondenz zwischen Long und dem Präfekten von Marseille einerseits und zwischen Morgan und dem amerikanischen Konsul vorort andererseits. „Der bedeutendste Brief“, berichtet Hülsemann bereits nächsten Tag nach Wien, sei einer von Kossuth selbst an Long. Der Kapitän hätte dafür sorgen sollen, dass die Öffentlichkeit in den USA darüber aufgeklärt werde, dass er mit der *Mississippi* „had merely substituted an American prison for a Turkish one“. Kein Wunder also, dass diese heikle Fracht für Long „die schwierigste Aufgabe [war], die er je übernommen hatte“. Sein Vorgesetzter Morgan geht sogar noch einen Schritt weiter: Am 27. September schreibt er von Spezzia aus an den französischen Konsul in Marseille, dass er fest daran glaube „that the devil possessed this gentleman“. Diese Äußerung war für Österreichs Vertreter

Hülsemann eine willkommene Gelegenheit, aus Kossuths Verhalten Kapital zu schlagen. Hatte der Wiener Hof schon mehr oder minder untätig zusehen müssen, dass Kossuth sich seiner *gerechten* Strafe entzog, so wollte er auf jeden Fall sein Scherflein dazu beitragen, um die österreichische Schlappe zumindest teilweise auszumerzen. Hülsemann ließ seine weitreichenden Verbindungen in den USA spielen und es gelang ihm tatsächlich, den katholischen Klerus gegen Kossuth zu mobilisieren. In Erzbischof Hughes von New York fand er dafür genau den Richtigen - einen „courageous man and efficient ally“ - wie er an Schwarzenberg schreibt. Auch Österreichs Ex-Staatskanzler war in dieser Sache nicht untätig. Er hatte Hughes schon 1850 in Brüssel getroffen und ihm dann später offenbar den Auftrag erteilt, Informationen über Kossuths Aufenthalt in den Vereinigten Staaten zu sammeln. Metternich, selbst im Alter noch immer ein Paradebeispiel von Diplomatie, zieht es vor, den Bischof nicht namentlich zu nennen, sondern von einem „geborene[n] Amerikaner und Bischof von Buffalo in den ver. Staaten v. N.Amerika“ zu sprechen, der „eines großen Rhumes [genießt]“. Hughes, um den es sich aber handeln muss, und zu dessen „Tugenden [...] seine lebendige Vorliebe für Österreich und sein Haß für Alles revolutionaire Treiben [gehört]“, erwies sich des Vertrauens scheinbar als würdig; er hatte ja schon 1850 „den Weg über Brüssel genommen, eigends um bei [Metternich] Notizen über die Revolution v. 1848 zu sammeln und als Kossuth nach den ver.Staaten kam, hat er die catholische Partei gegen ihn angeregt.“ Am 15. Oktober 1852 kann Metternich dann Buol voller Stolz die Zeitungsartikel übermitteln, aus denen man unschwer „das Vale“ erkennen kann, das „diese Parthei dem Gubernator zugerufen hat“.

Hülsemann begnügte sich jedoch nicht mit einer Kampagne der katholischen Kirche gegen Kossuth, wie Curtis Recherchen ergaben. So soll Hülsemann zum Beispiel einen Reporter namens Gales für eine Kossuth-feindliche Propaganda im Whig-nahen *National Intelligencer*

bezahlt haben. Den New York *Herald* versorgte er mit Informationen über die Kontroverse auf der *Mississippi*, die das Blatt auch auszugsweise in seiner Ausgabe vom 3. November 1851 bringt. Trotzdem ist Hülsemann von der Presse enttäuscht, weil sie der Sache im Allgemeinen viel zu wenig Aufmerksamkeit schenkt. Die Gerüchte, dass es seitens der Schiffsmannschaft überhaupt keine Ressentiments gegen Kossuth gegeben hätte, wollten einfach nicht verstummen, obwohl im New York *Freeman's Journal* am 22. November 1851 eine diesbezügliche Richtigstellung erscheint (allerdings „unsigned“, wie Curti betont). Hülsemann vermutet hinter der „studied silence“ taktische Überlegungen der beiden großen politischen Parteien, die sich im Hinblick auf die im nächsten Jahr anstehenden Wahlen bewusst alle Optionen offenlassen wollten - eine durchaus berechtigte Strategie, wie die Reaktion der amerikanischen Öffentlichkeit auf Kossuth zeigen sollte: Mit einer offenen Verurteilung der Affäre auf der *Mississippi* hätte man den Verlust von potentiellen Wählern riskiert. Auch Kossuth musste während seiner Reise die bittere Erfahrung machen, dass trotz der unverhohlenen Begeisterung für ihn die amerikanische Parteipolitik immer präsent war. „[D]ie Demokraten aus dem Norden“ hatten richtig erkannt, dass sie den charismatischen, eloquenten Ungarn für die Zusage von „Waffen, Geld, ja sogar ein[em] Schiff“ auch für ihre Zwecke gewinnen könnten; ob Kossuths Reden tatsächlich zu ihrem überwältigenden Erfolg beigetragen hat, lässt sich nicht beantworten. Fest steht, dass die Demokraten im Herbst 1852 in beiden Häusern des Kongresses die Mehrheit bildeten und mit Pierce auch den Präsidenten stellten und Kossuth musste feststellen, dass politische Versprechen dazu dienen, Wahlen zu gewinnen und nicht um eingehalten zu werden. Am Ende blieb von seiner Reise mit ungefähr fünfhundert Reden quer durch die Vereinigten Staaten, wenig übrig. Was Kossuth bei seiner Abreise im Sommer 1853 mitnehmen konnte, waren die Erinnerung an überschwengliche Sympathiekundgebungen, ein paar

kärgliche Spenden und vor allem herbe Enttäuschungen und für die meisten Amerikaner verblasste angesichts des drohenden Bürgerkrieges wahrscheinlich sehr bald die Erinnerung an den Ungarn und seinen einsamen Befreiungskampf. Vergessen haben sie ihn dennoch nicht: Im Mittleren Westen der USA - im Bundesstaat Iowa - setzten sie ihm mit „Kossuth County“ ein bleibendes Denkmal.

Durch den Sieg der Demokraten rückte eine mögliche Intervention der Vereinigten Staaten zugunsten Ungarns in den Bereich des möglichen - zumindest wenn es nach dem *Democratic Review* gegangen wäre. Der radikale Flügel der Partei, dem ja auch Pierce angehörte, konnte sich allerdings nicht durchsetzen, sosehr das mediale Sprachrohr dieser Richtung auch die Vorteile von neuen Absatzmärkten hervorhob und von jedem pflichtbewussten Amerikaner als „a citizen of the world“ nicht nur Lippenbekenntnisse für die „Prinzipien der Freiheit“ forderte. Ganz anders der *New Orleans Bulletin*: Ohne die Habsburgermonarchie und den ungarischen Revolutionär dezidiert beim Namen zu nennen, spricht die Ausgabe vom 25. Februar 1852 von einem „Plan“, in Europa „die jetzigen Regierungsformen zu vernichten, und man warnt eindringlich vor „der unwiderstehlichen Gewalt eines unberechtigten und unbeschränkten Radikalismus sowie eines hartnäckigen und blindwütigen Fanatismus“, der auch die Vereinigten Staaten erfassen könnte. Der Artikel ist aber nicht nur eine klare Absage an eine mögliche Intervention, sondern lässt bereits eine deutliche Abgrenzung zum Norden der USA erkennen:

Von allen Menschen der Erde sind die Bewohner des Südens der Vereinigten Staaten die letzten, die an einen solchen Grundsatz denken; noch weniger sind sie bereit, ihn zu unterstützen.¹³³

¹³³ New York *Herald* o.A., in: Cseres, SS. 392, 394, 398-405; New Orleans *Bulletin* v. 25.2.1852, in: Hanak, SS. 552-3; Glyndon Van Densen, *William Henry Seward*, pp. 139-40, Rayback, *Millard Fillmore*, pp. 330-1, in: APS, Smith, SS. 19, 231-2; J.B.

Trotz aller Bedenken gegen Lajos Kossuth, die in erster Linie aus den Südstaaten kamen, müssen seine eloquenten mitreißenden Reden bei den unzähligen Kundgebungen außergewöhnlich gewesen sein. Seinem charismatischen Äußeren konnte sich scheinbar auch Fillmore nicht ganz entziehen. Friedrich von Gerolt, seit 1844 „Königlich preußischer Ministerresident bei den Vereinigten Staaten von Nordamerika“, bezeichnet „die Erscheinung und die Agitation Kossuths zu Gunsten der Unabhängigkeit Ungarns“ als „[d]as bedeutendste Ereignis in der inneren und auswärtigen Politik der Vereinigten Staaten seit der Eröffnung des General-Congresses“. Den Hauptgrund für Kossuths „Popularität“ sieht der preußische Diplomat im beginnenden Kampf ums *Weisse Haus* und der daraus resultierenden Parteipropaganda der beiden politischen Parteien, die aber letzten Endes auch Kossuths Interessen genützt habe. Dennoch, schreibt er am 14. Februar 1852 enttäuscht an König Friedrich Wilhelm IV., konnte Kossuth, „obgleich er in Ungarn ein Diktator gewesen war, als Freiheitsheld eine Resonanz [hervorrufen], wie sie der Demokrat Kinkel nie erreichte“. Scheinbar waren die Worte des zuletzt als Journalist tätigen Dichters nicht ganz so überzeugend wie die des fanatischen Ungarn, denn der Revolutionssympathisant Kinkel hatte von Fillmore 1851 eine deutliche Absage für seine politischen Aspirationen erhalten, wie Gerolt dem preußischen Ministerpräsidenten Otto Freiherr von Manteuffel am 16. November berichtet. Fillmore hätte ihm „zu seiner wunderbaren Befreiung“ zwar gratuliert, wäre aber jeder politischen Anspielung auf „das unterdrückte Deutschland“ mit einem Themenwechsel ausgewichen. Der amerikanische Präsident wies Kinkel - laut „eigener

Moore, *Political Science Quarterly*, X, p. 267, *Democratic Review*, Vol. XXII, p. 527, *New York Herald* v. 22.4.1852, Archbishop Hughes an Hülsemann 29.11.1851, Beilage zu Hülsemann an Schwarzenberg v. 30.11.1851, Hülsemann an Schwarzenberg 3.11., 13.11. und 17.11.1851, Schwarzenberg an Hülsemann 30.9.1851, in: Curti, SS. 141, 169-70, 174-8; Burckhardt, S. 34.

Aussage in ziemlich sarkastischen Worten“ den Platz und die Aufgabe zu, den ein Dichter seiner Meinung nach haben sollte: „Die Deutschen haben den schönen Beruf, die Dichtkunst in den Ver.St. zu verbreiten.“ Auch Kossuth muss am 2. Dezember 1852 bei seinem Empfang die Erfahrung machen, dass Fillmore entschlossen ist, „von der Politik der Nichteinmischung nicht abweichen zu wollen“, aber von Sarkasmus des amerikanischen Präsidenten ist nicht die Rede; man darf annehmen, dass Kossuth ohne zu zögern die ihm „versicherte[n] Sympathien“ als sarkastisch interpretiert hätte, wäre dazu auch nur der geringste Anlass bestanden. Fillmores aufrichtiges Mitgefühl für Kossuth einerseits und seine politische Zurückhaltung andererseits hatte mehrere Gründe: Während in Deutschland trotz der unterschiedlichen Forderungen von Bauern- und Bürgertum letztlich der Wunsch nach nationaler Einheit vorherrschend war, strebte man in Ungarn die Gründung eines eigenen Nationalstaates an. Zweitens hatte Fillmore durch die Vorkommnisse auf der *Mississippi* erkannt, dass taktische Ablenkungsmanöver bei einem rein politisch orientierten Mann wie Kossuth von vornherein zum Scheitern verurteilt waren und drittens hatte der Präsident seit mehr als einem Jahr gute Gründe, den Konflikt zwischen den USA und Österreich durch eine offene Parteinahme nicht noch mehr anzuhetzen, der ohnedies mehr und mehr zu einem Privatkrieg auszuarten drohte. Auch wenn Fillmore die radikalen Ideen der *Young America* Bewegung keineswegs teilte, auch wenn er gegenüber Kossuth das Nichtinterventionsprinzip Washingtons betonte, war es gerade seine Passivität, die ihm in diesem Zusammenhang zu Recht den Ruf einbrachte, „nicht immer eine eindeutige Position gegenüber Kossuth“ eingenommen zu haben.¹³⁴

¹³⁴ Cseres, S. 405; Gottfried Kinkel (1815-1882), Professor für Kultur- und Kunstgeschichte in Bonn, gründet 1848 die Zeitung *Demokratischer Verein*, wird jedoch 1849 für seine aktive Beteiligung am pfälzisch-badischen Aufstand zu einer lebenslänglichen Festungsstrafe verurteilt. Gemeinsam mit dem deutsch-amerikanischen Publizisten Carl Schurz (1829-1906) kann er 1850 nach London und anschließend in die USA emigrieren; Schurz unterstützte die Nominierung Abraham

IV. 3. „Causus belli“ - Hülsemann contra Webster

Zachary Taylors Tod am 9. Juli 1850 kam für alle zwar überraschend, für manche aber nicht ungelegen - hatte man mit seinem Vizepräsidenten nun endlich doch die Möglichkeit, das von Senator Henry Clay vorgeschlagene *Kompromisspaket* im Kongress durchzubringen. Das Konzept sah vor, Kalifornien als sklavenfreien Staat in die Union aufzunehmen und dafür den Territorien Neu Mexiko und Utah die Entscheidung über Zulassung oder Verbot der Sklaverei selbst zu überlassen. Als Millard Fillmore am 10. Juli 1850 die amerikanische Präsidentschaft antrat, verfolgte er außenpolitisch zwar im Großen und Ganzen dieselbe Linie wie sein Amtsvorgänger, innenpolitisch hingegen eine vollkommen andere. Aus diesem Grund übernahm er auch kein einziges Mitglied der Taylor-Administration in sein neues Kabinett. Im Unterschied zu Taylor unterstützte Fillmore Clays parteiübergreifenden Vorschlag, der mit dem *Fugitive Slave Act* auch den Interessen der Südstaaten entgegenkam. Besonders dieses Gesetz zur Ergreifung und Rückgabe entflohener Sklaven an ihre Besitzer hatte die Gemüter vieler nördlicher Whigs erhitzt und auch Taylor hatte es als inakzeptables Entgegenkommen an den Süden abgelehnt. Unter Fillmore gelang Clay mit einer Koalition von namhaften Whigs und Demokraten - wie etwa Daniel Webster, Lewis Cass und Stephen A. Douglas - einmal mehr ein Ausgleich zwischen Nord und Süd. Die Entscheidung, dass sich Extremisten - wie etwa Senator John C. Calhoun aus South Carolina -

Lincolns, kämpfte freiwillig im Sezessionskrieg und trat anschließend für die Rechte und das Wahlrecht der Schwarzen als Voraussetzung für die Wiedereingliederung der Südstaaten in die Union ein; vgl. dazu: Eimers, SS. 18-19, 66, 162, 172.

durchsetzten, der „im März 1850 warnte, eine Sezession der Südstaaten könne nur verhindert werden, wenn der Kongress garantiere, daß die Sklaverei in allen Territorien erlaubt sei“, war allerdings nur hinausgeschoben. Innenpolitisch brauchte Fillmore daher Leute, die sich von Taylor in der Kompromiss-Frage distanzieren und außenpolitisch jemanden, dem er grenzenlos vertrauen konnte und wer eignete sich dafür besser als Daniel Webster, der ja schon unter Harrison und Tylor außenpolitische Erfahrungen gesammelt hatte und den er darüber hinaus zutiefst bewunderte? Außerdem war die Auswahl an qualifizierten Whigs für dieses schwierige Amt äußerst gering: Außer Webster kam nur noch Clay in Betracht und der setzte sich für Websters Ernennung ein.

Zweifellos wäre die Auseinandersetzung zwischen Österreich und den USA, die mit der Entsendung Manns begonnen hatte, unter Clay nicht so außer Kontrolle geraten, denn Webster war im Gegensatz zu Clay immer ein Mann der Konfrontation und nie einer des Ausgleichs, obwohl er Jahre später seine Angriffe auf Österreich und seine Äußerungen gegenüber Hülsemann als unbedacht eingesteht. Fillmores etwas ambivalente Haltung zu Kossuth war auch nicht gerade dazu angetan, die politischen Spannungen zu entschärfen. Er war immer überzeugt, dass die nationale Welle der Begeisterung für Kossuth von allein abebben würde und in den für die USA bedeutsamen internationalen Angelegenheiten wusste er sich mit Webster einer Meinung. Dass Webster dabei oftmals in den nicht so bedeutsamen - wie etwa Österreichs Proteste - den guten Ton vermissen ließ, schien ihn nicht zu stören; jedenfalls hat er niemals versucht, mäßigend auf seinen impulsiven Außenminister einzuwirken, auch dann nicht, als der Konflikt durch den Ende 1850 verfassten berühmt-berüchtigten Hülsemannbrief und Websters Bankettrede im Dezember 1852 anlässlich des Kossuth-Empfangs im *Weissen Haus* eine neue Brisanz erhalten hatte.

Fillmore glaubte mit seiner Antrittsrede am 31. Juli 1850 den

europäischen Mächten die künftige Haltung der Vereinigten Staaten klar gemacht zu haben; zumindest war seine Erklärung für Gerolt überzeugend genug, Friedrich Wilhelm IV, am 9.8.1850 „zufrieden“ mitzuteilen, dass Amerika keinerlei Interventionsabsichten in Europa hege. Gerolts Schreiben war sicher berechtigt, da weder Fillmore noch Webster je die Absicht hatten, von dieser neutralen Position abzuweichen. Die amerikanische Regierung war vielmehr am Ausbau einer „besseren Verbindung von Atlantik und Pazifik in Mexiko, Nicaragua und Panama“ interessiert als sich in europäische Kriege einzumischen. Innenpolitisch war die Fillmore-Administration mit einer starken *Manifest Destiny* Opposition konfrontiert. Fillmores Biograf Smith bezeichnet die amerikanische Außenpolitik zu dieser Zeit als charakteristisch für die Whigs: Ein mehr oder minder unverhohlenes Sympathiebekenntnis für liberale Strömungen jeder Art im Ausland (je weiter entfernt, desto mehr), ohne die USA aber direkt zu involvieren. Smith geht davon aus, dass sowohl Taylor als auch Fillmore „einen weit besseren historischen Ruf“ verdienen, als ihnen die Nachwelt attestierte. Schuld daran seien verschiedene „böartige und unfaire“ Zeitungsartikel, die beiden Männern eine Politik der persönlichen Motive unterstellt und damit über die „bewundernswerte Kombination von Aggressivität und Zurückhaltung“ hinwegtäuscht, die immer nur dem Interesse der Vereinigten Staaten diene, aber nie dem eigenen Nutzen. Das mag für Taylor und insbesondere für Fillmore gelten, für Webster ganz bestimmt nicht, denn er versprach sich mit seiner Art der „domestic foreign policy“ vor allem einen persönlichen Vorteil und verfolgte seine eigenen Ziele. Die Politik des *Manifest Destiny* hatte Webster immer abgelehnt. Aus diesem Grund hatte er sich auch vehement gegen eine Annexion von Texas und damit für eine Ausbreitung der Sklaverei ausgesprochen. Die griechische Unabhängigkeitsbewegung der 1820er Jahre hatte dem jungen Webster Gelegenheit gegeben, durch sein lautstarkes Eintreten für eine

amerikanische Unterstützung auf sich aufmerksam zu machen. Bei der ungarischen - dreißig Jahre später - witterte der ehrgeizige Außenminister nun seine große Chance, doch noch den Weg ganz nach oben ins *Weisse Haus* zu schaffen, wobei ihm die Unabhängigkeit der Griechen an sich genauso viel - oder besser genauso wenig - am Herzen lag wie die der Ungarn. Wichtig für ihn war einzig und allein, wie er daraus Kapital schlagen konnte. Kossuth und der ungarische Freiheitskampf dienten allerdings nicht nur seinen populistischen Zwecken, sondern waren außerdem ein probates Mittel, um das patriotische Bewusstsein wieder in den Vordergrund zu rücken und damit von diversen innenpolitischen Streitigkeiten abzulenken. Webster wusste, dass er mit seinem Brief an Hülsemann auf eine breite Zustimmung in der Öffentlichkeit stoßen würde und er kalkulierte richtig, dass die Habsburgermonarchie infolge ihrer eigenen Schwierigkeiten es letzten Endes nicht bis zu einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen kommen lassen würde. Webster war Amerikas Repräsentant jener Zeit schlechthin - einer, der offen die aufsteigende Macht der Vereinigten Staaten demonstrierte, der entschlossen war, keinerlei Bevormundung der Alten Welt mehr hinzunehmen. Von österreichischer Seite ist man natürlich versucht, Daniel Webster allein aufgrund seines Hülsemannbriefes und seiner Bankettrede aus negativ zu beurteilen - ein Bild, das ihm - wie Bartlett richtigstellt - nicht ganz gerecht wird; Webster war im amerikanischen parteipolitischen Poker ein Mitspieler wie viele andere auch, und was hätte sich in den 1850er Jahren dazu besser geeignet als der Einsatz für eine unbedeutende österreichische Provinz und sein unterdrücktes Volk - noch dazu, wenn man damit dem so verhassten absolutistischen Regime des Habsburgerreiches einen Schlag versetzen kann? Die besseren Karten hatte Webster dabei sicher nicht wie sein erfolgloser Präsidentschaftskampf zeigt, aber seine ungewöhnliche rhetorische Begabung haben diesem *Muskelspiel* zwischen den USA und Österreich

eine Schärfe verliehen, die selbst viele seiner früheren Befürworter vor den Kopf stieß. Webster teilte seinen Hass gegen den Absolutismus mit Francis J. Grund, einem Journalisten, der für den Philadelphia *Public Ledger* und den Baltimore *Sun* in Washington unter dem Titel *Observer* Berichte schrieb und er machte sich Grund's Vorurteile zunutze.

Auf der österreichischen Seite stand Hülsemann - Berichten zufolge überheblich, erzkonservativ, unbeugsam in seinen Ansichten, dem monarchischen Prinzip von Geburt an verpflichtet und entschlossen, es bis zum Äußersten zu verteidigen. Frustriert von den endlosen Debatten mit Webster, empört über die Veröffentlichung seiner vertraulichen Vier-Augen-Gespräche - noch dazu verfälscht - mit dem amerikanischen Außenminister im *Ledger* und im *Sun* und nicht zuletzt auch verletzt wegen seiner gut gemeinten aber nicht beachteten Mahnungen an Wien, doch die Beziehungen zu den USA abubrechen, reiste er schließlich im Jänner 1852 zuerst in den Süden nach Charleston und anschließend weiter nach Europa. Als er am 20. Mai 1852 in London ankam, erwartete ihn zu seiner Bestürzung nicht eine Nachricht Schwarzenbergs, sondern eine seines Nachfolgers Buol datiert vom 11. Mai. Bedenkt man, dass Hülsemann drei Monate lang vergeblich auf Instruktionen von Wien gewartet hatte, die letzte vom 4. Februar stammte, in der Schwarzenberg unmissverständlich erklärt hatte „that Austria could not maintain relations with an official who had publicly insulted her“, wird sein beleidigter Rückzug durchaus verständlich. Mehrfach musste er sich davon überzeugen, dass Webster offensichtlich ein doppeltes Spiel mit ihm trieb. Den ganzen Herbst 1851 hindurch wurde ihm versichert, dass die amerikanische Regierung Kossuth als Privatperson behandeln und niemals irgendwelche subversiven Tätigkeiten gegen ein anderes Land fördern würde. Mehrmals wurde ihm von Webster mitgeteilt, dass es bei Kossuth's Ankunft weder Salutschüsse noch sonst irgendwelche Feierlichkeiten geben würde, bis der amerikanische Außenminister in den

letzten Wochen vor Kossuths Ankunft beschloss, die für ihn unbequem gewordene Auseinandersetzung auf seine Art zu beenden: Auf Hülsemanns erneuten Protest vom 13. Dezember antwortet er überhaupt nicht mehr und überzeugt damit Österreichs verletzten und gekränkten Vertreter endgültig davon, dass die österreichische Regierung nun tatsächlich „all possible reasons“ hätte, die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten abubrechen, wie Hülsemann in seinem Bericht an Schwarzenberg schreibt.

Hülsemann hatte anfangs den Beteuerungen Websters geglaubt, vor allem da er seine Zweifel teilte, ob Kossuth die Dreistigkeit haben würde, überhaupt in die Vereinigten Staaten zu kommen, nachdem sein Benehmen auf der *Mississippi* bekannt geworden war. Am 6. November 1851 schreibt Hülsemann nach Wien, dass man Webster schon allein deshalb Glauben schenken könne, da sich die Regierung nicht einmal von der demokratischen Presse einschüchtern lasse, die dem Fillmore Kabinett eine „unangebrachte Unterwürfigkeit den europäischen Monarchien gegenüber“ vorwirft. Eine Woche später bestätigt Webster erneut, dass es bei Kossuths Empfang keine Begrüßungskanonen geben würde. Beide scheinen bei ihren Überlegungen wohl zwei Dinge außer acht gelassen zu haben: die amerikanische Öffentlichkeit, die dem fanatischen Ungarn für seine Unverschämtheit auf der *Mississippi* eher Lorbeeren streute als sie zu verurteilen und Kossuth selbst, der seine persönlichen Gefühle immer den Verpflichtungen für sein Land unterordnete. Vermutlich war der US-Außenminister zu dieser Zeit noch wirklich davon überzeugt, dass Kossuth und seine Leute in einem „peaceful, harmless state of mind“ nach Amerika kommen würden. Wenig später sollte ihn die Realität jedoch einholen: New York „seemed to have gone 'crazy' over Kossuth“, schreibt er am 29. Dezember 1851 an Abbot Lawrence und er sei sicher, dass der radikale Flügel der Demokraten versuchen würde, daraus politisches Kapital zu schlagen.

Websters tatsächliche oder auch nur vorgetäuschte Gutgläubigkeit mochte für Hülsemann kurzfristig beruhigend gewesen sein, den österreichischen Ministerpräsidenten konnte sie jedoch nicht täuschen. Auch von den übrigen amerikanischen Politikern scheint Schwarzenberg wenig gehalten zu haben, die seiner Meinung nach entweder sehr naiv waren oder so wie Webster mehr als durchsichtige politische Motive hatten und denen Österreich letzten Endes durch die Mann-Affäre den Beginn dieses Zerwürfnisses verdankte. Die Verantwortlichen dieses Landes, die Presse, ja selbst die „vernünftigen Menschen dieser Nation“, schreibt er am 25. November 1851 an Hülsemann, unterwerfen sich freiwillig der Diktatur von Revolutionären und erkennen nicht, dass die amerikanische Regierung in ihrer „Unbesonnenheit“ ungarische Flüchtlinge eingeladen hat, an deren Spitze ein Mann steht, der das großzügig gewährte Asylrecht der USA nicht mit Dankbarkeit sondern „the flag of anarchy and disorder in the country“ vergelten will. Wenn der kühl kalkulierende Ministerpräsident über Kossuths wahre Beweggründe je Zweifel gehabt hätte - dann wären sie wahrscheinlich von seinen verlässlichen Spitzeldiensten im Juni 1851 ausgeräumt worden. So bestätigten seine Informanten nur seine Annahme, dass die Ungarn ein Volk „incurable and corrupted to the very marrow of the bone“ blieben und Kossuth selbst nicht zu jenen Leuten gehört, die jemals ihre „former digressions“ bereuten. Österreichs Vertreter hat das ihm übermittelte belastende Material über Kossuth weisungsgemäß bereits am 16. Juni an den amerikanischen Außenminister übergeben. Die Öffentlichkeit erfuhr jedoch nichts von diesen Dokumenten - sie wurde statt dessen über die Privatgespräche zwischen Webster und Hülsemann in den schon erwähnten Zeitungen informiert.

Hülsemann vermutete hinter Websters Taktik zu Recht opportunistische Motive, die ihm gar nicht erlaubten, sich auf Dauer der öffentlichen Euphorie über Kossuth zu entziehen und er wusste

außerdem, dass niemand anderer als Webster selbst den Korrespondenten Francis J. Grund mit den falschen Informationen versorgt haben konnte, der ohnedies schon seit dem Dezember 1849 auf Hülsemanns *schwarzer Liste* stand. Allem Anschein nach war Grund nämlich für „das revolutionäre Komitee in London“ tätig und hatte auch Berichte über Österreich dorthin weitergegeben. Schon am 10. Dezember 1849 schrieb Hülsemann nach Wien, dass hinter der geplanten Cass-Resolution nur Grund stecken könne; um den Baumwollhandel der USA zu boykottieren, schlägt er „acts of retaliation“ vor - Vergeltungsmaßnahmen, die von Wien allerdings nicht in Erwägung gezogen wurden und die die USA wahrscheinlich wenig berührt hätten - trotz „certain inconveniences“ für Handel und Industrie wie Hülsemann meint.

Hülsemanns Stellung vor Ort, ständig den Attacken in amerikanischen Zeitungen ausgesetzt, war zweifellos unangenehmer als die Schwarzenbergs, der zwar eingesteht, dass die Situation Hülsemanns „delicate and serious“ sei, aber sonst durch seine vagen Instruktionen wenig Verständnis für die missliche Lage des österreichischen Vertreters zeigte. Hülsemann war zweifellos durch seine Heimatkontakte im November 1851 auch über Schwarzenbergs schwindenden Einfluss in der Regierung informiert worden und er vermutete daher richtig, dass der Ministerpräsident seine unsicher gewordene Machtposition durch einen außenpolitischen Konfrontationskurs nicht noch mehr gefährden wollte; dass er jedoch auf die Pressekampagne und ständigen Brüskierungen gegen seine Person mit einer „festen“, gleichzeitig aber auch „moderaten“ Haltung reagieren und seine Kommunikation mit dem Außenminister auf das notwendigste beschränken solle, hat er wohl nicht verstanden. Dazu kam der etwas unterkühlte Empfang Ende Oktober 1851 von Präsident Fillmore, der an Websters Zusammenarbeit mit Grund nicht glauben wollte. Hülsemann hatte Schwarzenbergs Auftrag vom 30. September

1851 als eine willkommene Gelegenheit gesehen, Fillmore nicht nur von Österreichs Sichtweise über Kossuths Freilassung in Kenntnis zu setzen, sondern auch seine eigenen Beschwerden vorzubringen. Aber auch sein Versuch, den Präsidenten gegen Kossuth einzunehmen, scheiterte. Erstens war Longs Weigerung, die ungarischen Passagiere nach England zu führen, für Fillmore nichts Neues und zweitens hatte der Kapitän nur den Auftrag der amerikanischen Regierung erfüllt, der wie der Präsident erneut betonte, nicht darin bestand, Kossuth „zu den verschiedenen Häfen von Europa“ sondern ihn als Asylanten in die Vereinigten Staaten zu bringen; Kossuth wäre sich der Bedeutung der ihm gewährten Gastfreundschaft sehr wohl bewusst und er würde sie daher auch nicht missbrauchen. Dass Fillmore nicht mit der von Hülsemann erwarteten Entrüstung sondern mit Zurückhaltung reagierte, spricht einerseits für die politische Besonnenheit Fillmores, mag aber andererseits auch mit dem Inhalt von Schwarzenbergs Depesche zusammenhängen, die dem Präsidenten seine Proklamation vom 25. April 1851 ins Gedächtnis rufen sollte, in der Fillmore unmissverständlich erklärt hatte, dass ein von den Vereinigten Staaten gewährtes Asylrecht nicht dazu dienen dürfe, „to alarm once more a power living in peace with the United States“. Schwarzenberg vergisst aber auch nicht, Fillmore daran zu erinnern, dass Österreich notfalls sogar „the realization of the principles pronounced in this proclamation“ einfordern würde; schließlich hätten sich ja alle „zivilisierten Völker“ zu diesen Grundsätzen bekannt, „which henceforth the North American government in such a solemn way has declared to be her own.“ Wie Schwarzenberg sich diese „Verwirklichung der Prinzipien“ vorgestellt hätte, erwähnt er allerdings nicht. Allerdings war er sich sehr wohl der Tatsache bewusst, dass Österreich, wie Holst richtig bemerkt, „nur mit Worten gegen die Vereinigten Staaten streiten konnte“ - eine Überlegung, die sicherlich auch Webster in seinem berüchtigt gewordenen Brief an den österreichischen Vertreter beeinflusste.

Fillmores Inaugural Address hätte eigentlich auch Österreich die Möglichkeit geboten, die Mann-Affäre ohne großen Prestigeverlust zu vergessen. Schwarzenberg hofft selbst Ende Jänner 1851 noch - trotz Kenntnis von Websters beleidigendem Brief - noch immer auf eine Fortsetzung des bis dahin guten Verhältnisses zu den USA und gesteht Fillmore auf jeden Fall „guten Willen“ zu, sich nicht in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten einzumischen. Eine „bessere Antwort“ hätten sich die europäischen Mächte vom neuen Kabinett wohl nicht erwarten können. Dennoch konnte Österreich und vor allem Schwarzenberg aus den schon erwähnten Gründen nach der Übergabe der Mann-Instruktionen an den Senat nicht so ohne weiteres wieder zur gewohnten Tagesordnung übergehen. Taylors Tod und die nachfolgende amerikanische Regierungsumbildung hatten aber notwendigerweise eine beträchtliche Verzögerung zur Folge, sodass Österreichs offizielle Protestnote dem nunmehr neuen amerikanischen Außenminister Webster erst am 2. Oktober 1850 übergeben wurde. Österreich droht darin neuerlich mit einem Abbruch der Handelsbeziehungen und beschuldigt die USA durch ihre Parteinahme für Ungarn der Intervention in die inneren Angelegenheiten der Habsburgermonarchie. Für Hülsemann dürfte die österreichische Warnung, dass Leute wie Dudley Mann von Österreich als Spione angesehen und als solche behandelt werden auch eine persönliche Genugtuung bedeutet haben - er hatte nicht vergessen, dass er als Österreichs Vertreter einer der letzten gewesen war, der von der Entsendung Manns überhaupt erfahren hatte.

Auch die Antwort der Vereinigten Staaten verzögerte sich - um mehr als drei Monate und aus ganz anderen Gründen als Österreichs Beschwerde. Webster scheint sein Schreiben vom 21. Dezember 1850 an Hülsemann gründlich vorbereitet zu haben, das - euphemistisch umschrieben - tatsächlich „in einem für diplomatische Gepflogenheiten sehr ungewöhnlichen Ton“ gehalten war und er hatte offenbar von

Fillmore für seine „flag-waving, sword-rattling“ Antwort an Österreich freie Hand erhalten. Die Zustimmung, die Webster dafür selbst von seinen politischen Gegnern erhielt und das Echo das er damit in der Öffentlichkeit hervorrief, waren enorm. Webster erkannte ganz genau, dass man Verbindendes über alles Trennende hinweg betonen musste, um selbst die Stimmen aus dem Süden, die lautstark nach einer Sezession schrien, zum Schweigen zu bringen - die Einheit der Union, der Stolz auf die beispielhafte Wirkung ihrer Demokratie und amerikanisches Selbstwertgefühl gegenüber Europa rückten damit für einige Zeit wieder in den Vordergrund. Vereinzelt gab es zwar ein paar kritische Meldungen in der Presse - wie zum Beispiel den „Washington *Express*“ - der den Hülsemannbrief als „political bombast“ bezeichnete, aber der überwiegende Teil identifizierte sich vermutlich mit dem „New York *Herald*“, der bezweifelte „if any document that ever emanated from the State Department gave more general satisfaction than the reply [...] to the insolent und supercilious letter of the Austrian minister“. Besonders interessant daran ist, dass sich dasselbe Blatt knapp ein Jahr später nach Websters Bankettrede wesentlich zurückhaltender äußert: Der US-Außenminister hätte mit seiner Ansprache anlässlich des Kossuth-Empfangs wohl seinen „geschicktesten Trumpf“ ausgespielt, der ihn „den ganzen Weg ins Weiße Haus bringen“ könnte. Den Vertreter eines monarchischen Systems in seine Schranken zu verweisen und damit eventuell einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Habsburgermonarchie zu riskieren war eine Sache, gegen die öffentliche Meinung anzukämpfen jedoch eine ganz andere. Diese Erfahrung mussten nicht nur einzelne Zeitungen sondern auch Webster selbst machen, obwohl sein Brief an den österreichischen Vertreter Hülsemann zu einem großen Teil die Haltung vorweggenommen hatte, die die USA dann beim Kossuth-Besuch einnehmen würden. Allerdings muss man zu Websters Rechtfertigung einräumen, dass er seinen Brief nicht allein um

seiner politischen Ziele wegen verfasste - die er selbst wohl eher als zweckdienliche Begleitumstände angesehen hat; Hülsemanns Protest ist eine Herausforderung an seinen Patriotismus und Widerstand gegen ein absolutistisches Regime und er *musste* darauf fast zwangsläufig mit noch größeren „Beleidigungen und Hochmut“ reagieren. Dementsprechend überheblich beantwortet er auch Österreichs „hypothetical retaliation“, in Dudley Mann einen Spion der Vereinigten Staaten zu sehen - eine Kriegserklärung „[that] the government and people of the United States are quite willing to take their chances and abide their destiny“. Den Vorwurf, die Entsendung Manns wäre eine Verletzung des amerikanischen Nichtinterventionsprinzips, weist Webster mit aller Entschiedenheit zurück; Mann hätte außerdem in seinen Berichten von einer Anerkennung abgeraten, da Ungarn keine eigene selbständige Regierung aufweisen konnte. Hätten die USA Manns Rat nicht befolgt, wäre das zwar „a precipitate step“, aber kein Abweichen von ihrer Neutralitätspolitik gewesen, denn

nothing will deter, either the Government or the people of the United States, from exercising, at their own discretion, the rights belonging to them as an independent nation, and of forming and expressing their opinions, freely and at all times, upon the great political events which may transpire among the civilized Nations of the Earth.

Webster begnügt sich aber nicht, Österreichs Vertreter an das Recht der Vereinigten Staaten auf freie Meinungsäußerung zu allen politischen Veränderungen auf der Welt zu erinnern. Selbstverständlich darf in diesem Zusammenhang die erfolgreiche Geschichte seit dem Bestehen der USA, der vorbildliche Aufbau ihrer Demokratie und ein deutlicher

Hinweis auf den Rückschritt, den das österreichische Kaiserreich seiner Meinung nach in dieser Zeit gemacht hat, nicht fehlen. Immerhin hätte sich der aufgeklärte Kaiser Joseph II. nicht gescheut, George Washington und all den anderen berühmten Männern, „Respekt und Bewunderung“ auszusprechen, obwohl sie in Großbritannien als Rebellen angesehen wurden. Die USA verdanken ihre „Unabhängigkeit und ihren Ruhm“ vor allem den Grundsätzen, auf denen sie gegründet und aufgebaut sind - Prinzipien, die besonders der „Prosperität von Staaten“ entgegenkommen und die die einzig mögliche Regierungsform repräsentieren „which meet[s] the demands of the present enlightened age“. Allerdings räumt Webster wohlwollend der Habsburgermonarchie erkennbare Fortschritte ein: Mit der Verfassung „recently introduced into the Austrian Empire“ sei Österreich gegenwärtig auf dem besten Weg, sich „many of these great principles“ anzunähern; auch der Präsident habe sie „with great satisfaction“ zur Kenntnis genommen und hoffe „that they may produce the same happy effects throughout His Austrian Majesty's extensive dominions, that they have done in the United States“. Webster selbst scheint allerdings die höfliche Anerkennung Fillmores nicht ganz geteilt zu haben, da er sich wenig später verpflichtet fühlt, die schmeichelnden „ausgedehnten Besitzungen“ der Monarchie in Relation zu den Vereinigten Staaten zu bringen.

Für Webster besteht kein Zweifel, dass alle europäischen Revolutionen „aus den großen Gedanken der verantwortlichen Regierung und der Volksherrschaft hervorgegangen sind, auf welchen die amerikanische Verfassung beruht“. Die Vereinigten Staaten wären durch ihren Unabhängigkeitskampf zur „Quelle und Zentrum“ allen demokratischen Gedankenguts geworden; ihr beispielloses Staatenmodell hätte zweifellos zu einer „weite[n] Verbreitung der positiven Einstellungen gegenüber der republikanischen Freiheit in Europa“ geführt, mit der das amerikanische Volk als „Repräsentant[...] der Prinzipien der allgemeinen

Volksherrschaft“ einfach sympathisieren *muss*. Die wiederholte Betonung auf Nichteinmischung in fremde Angelegenheiten ist für Webster kein Ausschließungsgrund für die geradezu *zwanghaft* verpflichtende Anteilnahme für andere Völker. Formulierungen dieser Art finden sich häufig bei Webster, immer wieder spricht er davon, dass das amerikanische Volk gar nicht anders könnte - „[s]elbst wenn es wollte“ - „it is bound to wish success to any people“, das den USA nacheifern will; „[s]elbst wenn es wollte“ könnte es seine Identität und „sein Schicksal“ nicht leugnen, „[s]elbst wenn es wollte“ könnte es „weder die Gedanken noch die Hoffnungen unterdrücken“, die die Vereinigten Staaten in anderen Völkern erwecken.

Seine eigentliche Berühmtheit erlangte Websters Brief jedoch durch seine oft zitierte zynische Demonstration von Macht, Ausmaß und der künftigen Bedeutung der Vereinigten Staaten mit der Habsburgermonarchie:

The power of this republic, at the present moment, is spread over a region of one of the richest and most fertile on the globe, and of an extent in comparison with which the possessions of the house of Hapsburg are but as a patch on the earth's surface.¹³⁵

Webster lässt es dabei jedoch nicht bewenden. Es genügt dem militanten Secretary of State nicht, Österreichs „extensive dominions“ auf einen „Fleck auf der Erdoberfläche“ zu reduzieren; er *muss* - und hat es sicher auch gewollt - noch einen völlig unangebrachten Vergleich zwischen der Überlegenheit des amerikanischen Volkes und der

¹³⁵ *Webster*, Writings and Speeches, XII, 170, in: Moltmann, S. 345 (Anmerkung, 50).

voraussichtlichen Amtszeit des Vertreters dieses Hauses ziehen: Dass die Vereinigten Staaten zu diesem Zeitpunkt schon 25 Millionen Menschen umfassten, wusste Hülsemann vermutlich, dass die amerikanische Bevölkerung schon allein aufgrund der territorialen Ausdehnung der österreichischen zahlenmäßig bald überlegen sein wird, wahrscheinlich auch; auf Websters sarkastischen Hinweis, dass das „noch innerhalb jener kurzen Zeit“ geschehen wird, „in der man hoffen kann, daß Herr Hülsemann immer noch seine Pflicht seiner Regierung gegenüber ehrenvoll erfüllen wird“, reagiert Hülsemann mit einer für ihn ungewöhnlichen Resignation. In seinem Begleitbericht zu Websters Brief schreibt er am 25. Dezember 1850 an Schwarzenberg, dass „the discussion of views on the origin and theories of government between the Imperial Government and that of the United States would be interminable and without object“. Die Tatsache, dass Hülsemann sein Amt noch elf Jahre nach Websters Tod ausüben würde, konnte er zu diesem Zeitpunkt natürlich nicht ahnen, aber er mag sie später als Genugtuung empfunden haben. Ein offizielles Lob für seine unermüdliche Pflichterfüllung erhielt Hülsemann dann schließlich auch von Österreich: Am 4. Februar 1852 teilt ihm Schwarzenberg im Auftrag von Kaiser Franz Joseph mit, dass er sich ab sofort Ritter von Hülsemann nennen darf - eine Anerkennung, die sicher nicht zufällig ein paar Wochen nach Websters Bankettrede erfolgte. Webster selbst rechtfertigt seine Ausdrucksweise in einem Brief vom 16. Jänner an George Ticknor: Er habe bewusst „the unparalleled growth of this country“ hervorgehoben, den Stolz auf diese Nation betont „[to] make a man feel *sheepish* and look *silly*, who should speak of disunion.“ Zweifellos beabsichtigte Webster aber in erster Linie, Österreich eine Lektion zu erteilen; seine Hoffnung auf einen verbalen *Schlagabtausch* mit dem österreichischen Ministerpräsidenten erfüllte sich jedoch nicht: Offiziell will Schwarzenberg zu den Angriffen des US-Außenministers keine Stellungnahme abgeben - nicht aus „Verlegenheit“ oder weil er sich

„dumm“ vorgekommen wäre, sondern weil er genauso wie Hülsemann die Unvereinbarkeit von Standpunkten erkannte, die unterschiedlicher nicht sein konnten. Österreich müsse zwar die Mann-Mission weiterhin als eine ungerechtfertigte Einmischung in seine inneren Angelegenheiten ansehen, unterrichtet er Hülsemann in seiner Depesche vom 2. Jänner 1851, zu einer weiteren Verschärfung des Konflikts mit den USA wolle es aber nicht beitragen. Trotzdem kann er nicht umhin, Websters Aussagen zumindest rein rhetorisch zu kritisieren. „Welchen Sinn hätte es denn“, fragt er Hülsemann, „den Ruhm, den Mr. Webster für sein Land beansprucht, zu bestreiten“, den sich die USA mit der Ausbreitung demokratischer Vorstellungen in Europa erworben haben - „ein Einfluss, für den man den Vereinigten Staaten allerdings kaum dankbar ist?“ Besonders provoziert zeigt sich Schwarzenberg über Websters „pompöse Beschreibung“ der ständig wachsenden Prosperität Amerikas: Der US-Außenminister hat dabei ganz offensichtlich vergessen, „dass diese Konföderation den Keim der Uneinigkeit bereits in sich trägt“ - einen „den die amerikanische Regierung bislang vergeblich bekämpfte“. Dass auch das Habsburgerreich zu diesem Zeitpunkt schon von diesem *Bazillus* befallen war, hat Österreichs Ministerpräsident im Jänner 1850 wie viele andere auch in der Monarchie nicht erkannt oder einfach nicht wahrhaben wollen. „Die Frage, ob die Vereinigten Staaten von Amerika ihren Wohlstand ausschließlich ihren liberalen Institutionen“ oder einfach „glücklichen Umständen ohne menschliches Zutun verdanken“ kann man nicht beantworten; schon allein deshalb nicht, weil man über beide Möglichkeiten „endlose Diskussionen“ führen könnte. Websters berühmter Hülsemannbrief blieb somit in Österreich mehr oder minder unbeachtet; ein weiteres unrühmliches Kapitel der Auseinandersetzung mit den USA wurde mit Websters Bankettrede geschrieben und die rief sowohl bei Hülsemann als auch bei Schwarzenberg ein wesentlich kämpferisches Echo hervor.

Schon im Februar 1851 verhandelte Webster mit der türkischen Regierung über eine mögliche Freilassung Kossuths und traf auch Vorkehrungen bei der amerikanischen Marine für seine Reise in die USA. Er versäumte auch später keine Gelegenheit, der Öffentlichkeit klarzumachen, dass er es war, der sich hauptverantwortlich für Kossuth eingesetzt habe - ein Umstand, der sicher zu den unzähligen begeisterten Presseberichten beitrug und die Amerikaner veranlasste, den Freiheitskampf der Ungarn gegen die Habsburger zu feiern, noch bevor der eigentliche Protagonist dieser Bewegung überhaupt angekommen war. Die ständigen Proteste Hülsemanns im Herbst 1851, die Webster ja stets entrüstet zurückwies, scheinen dann den Außenminister dermaßen verärgert zu haben, dass er von seinen eigenen Vorsätzen und damit von denen des Präsidenten entscheidend abwich. Fillmore und Webster waren sich einig, dass die amerikanische Gastfreundschaft für Kossuth nur soweit gehen kann, als es „the established policy of the country“ erlaubt. Fillmore hielt auch dann an dieser Strategie fest, als Kossuth mit der ihm eigenen Forderung eine Vorstellung beim Präsidenten forderte. „If he desires simply an introduction“, erklärte er Webster, „I will see him, but if he wants to make a speech to me, I most respectfully decline to see him.“ Kossuth hat das dafür abgegebene Versprechen bei seinem Empfang im *Weissen Haus* am 2. Jänner 1852 - wie man gesehen hat - nicht gehalten. Spätestens dann dürfte Webster bewusst geworden sein, welch unbequemen Gast er sich da ins Land geholt hatte. Fünf Tage später wurde Kossuth im Senat und am 7. Jänner vom Kongress empfangen, wo anschließend zu seinen Ehren ein Bankett stattfand. Etliche Senatoren entschieden sich für die bequeme Variante und glänzten durch Abwesenheit, ein Beispiel, dem Webster als Secretary of State allerdings nicht folgen wollte. Man könne sonst der amerikanischen Regierung vorwerfen, rechtfertigt er seine Zusage vor sich selbst und vor Fillmore, „einen Empfang zu boykottieren, der vom Kongress für einen Gast der

Vereinigten Staaten gegeben wird“. Trotzdem scheint sich Webster über seine unangenehme Lage schon im Vorfeld im klaren gewesen zu sein, wenn er „Freunden gegenüber versichert“, von jedem Extremismus Abstand halten zu wollen und zu möglichen Interventionswünschen des Ungarn „deaf as an adder“ sein. Kossuths Forderungen stießen bei der US-Regierung und auch bei Webster tatsächlich auf „taube Ohren“; das hält ihn aber nicht davon ab, für den Freiheitskampf der Ungarn eine „flammende Rede“ zu halten, für die es zwei Versionen gibt. Die eine stützt sich auf Websters eigene Aussagen in seinen hinterlassen Schriften, die andere wurde erst einige Jahre später geschrieben. Beiden zufolge hat Webster in seiner Ansprache für Kossuth einen Toast auf Ungarn als unabhängige und eigenständige Nation ausgesprochen hat, sich jedoch damit nicht begnügt: Er könne „[his] aspirations [...] for the present“ in vier Forderungen zusammenfassen: „Hungarian independence, Hungarian self-government, Hungarian control for her own destinies; and Hungary as a distinct nationality among the nations of Europe“. Der offizielle Teil der Rede, die sicher mit Fillmore abgesprochen war, sollte an diesem Punkt wohl enden. Der anschließende Champagner beim Dinner hatte aber anscheinend nicht nur Auswirkungen auf das Benehmen der ungarischen Flüchtlinge, sondern auch auf die Formulierungen des Außenministers. Webster hat hier offensichtlich nicht das Angenehme, sondern das Notwendige mit dem Nützlichen verbunden. Ob er seine anschließenden Sätze einfach improvisiert oder sie auf seinem *Stegreifkonzept* - das er aus Unachtsamkeit fallenließ - vorher schon sorgfältig notiert hatte, ist laut Bartlett nicht belegbar. Fest steht, dass er sich dabei keinerlei Zurückhalten mehr auferlegte:

Let it go out, [...], let it be pronounced in thunder tones, let it open the ears of the deaf, let it open the eyes of the blind, and let it be everywhere proclaimed what we of this great republic think of the

principle of human liberty, and of that oppression
which we all abhor.

Er habe bewusst „eine konservative Show abgezogen“, soll er nach dem Kossuth-Dinner einem Freund gegenüber geäußert haben, denn damit hätte er einerseits „seine Opposition zur europäischen Autokratie“ zum Ausdruck bringen, gleichzeitig aber auch seinen eigenen politischen Interessen dienen können. Webster wollte offenbar seine Rede als Fortsetzung des Hülsemann Briefes verstanden wissen, nicht nur in Amerika sondern auch in Österreich. Die Reaktionen im eigenen Land scheinen ihn dann doch unangenehm überrascht zu haben. Bemerkenswert daran ist allerdings, dass Webster eine Woche danach sie mit seiner Bankettrede überhaupt nicht in Verbindung bringt. So schreibt er am 15. Jänner an den US-Vertreter McCurdy in Wien, dass Kossuth mit seinen öffentlichen Auftritten bei seinen Landsleuten vor allem „in den großen urbanen Zentren“ Ideen heraufbeschworen hätte, die hoffentlich bald wieder vom üblichen „sober sense“ in die richtigen Bahnen gelenkt werden würde. Dass die Amerikaner ein paar Monate später der ganzen Sache auch eine komische Seite abgewinnen konnten und die Auseinandersetzung zwischen Webster und Hülsemann im New York *Lantern* vom 5. Juni mit satirischen Knittel-Versen kommentierten, spricht dafür, dass sie auch ihr Talent zum Humor nicht verloren hatten.

Webster beabsichtigte, die absolutistischen Regierungen Europas zu provozieren und hatte diesmal wesentlich mehr Erfolg als mit seinem Brief an Hülsemann. Auch der deutsche Gesandte Gerolt fühlt sich verpflichtet, eine eindeutige Position zu beziehen: Am 12. Jänner berichtet er dem preußischen Ministerpräsidenten Manteuffel, dass Fillmore „das rhetorische Engagement Websters zugunsten Ungarn missbillige“; gleichzeitig empört er sich wegen Websters „perfidem Benehmen“ gegenüber Hülsemann - eine Stellungnahme für Österreich, die Kaiser

Franz Joseph I. mit einem Orden an Gerolt belohnte.

Webster war offenbar einen Schritt zu weit gegangen. Offene Feindseligkeiten dieser Art konnte Österreich einfach nicht mehr ignorieren. Dieses Mal ging es nämlich nicht mehr bloß um die persönlichen Befindlichkeiten Hülsemanns, die man mit vagen Verhaltensmaßregeln besänftigen konnte, sondern um die Würde und das Ansehen der Monarchie. Schwarzenberg muss sich daher ganz klar hinter den österreichischen Vertreter stellen. Am 4. Februar 1852 fordert er Hülsemann in einer langen Depesche auf, jeglichen offiziellen Kontakt zu Webster abzubrechen, der durch seine „inflammatory“ Rede die kaiserliche Regierung „öffentlich beleidigt“ hat, der einen „zum Tode verurteilten Verbrecher“ allein wegen seiner eigenen populistischen Interessen instrumentalisiert:

The dignity as well as the interests of the Imperial Court require that you no longer maintain official relations with Mr. Webster. The legation of the Emperor can no longer treat with an official who has publically insulted our Government, who has tendered a reception to Kossuth which was not only in contradiction to the official acts of the Cabinet at Washington, but which excited popular passions and hatred against Austria. You can no longer treat with a functionary who has failed in the respect due our Court to the point of making a rebel condemned to death for felony the instrument of his private and personal interest.

Eine unmittelbare Folge von Websters Ansprache in Österreich war eine weitere Verschärfung des Passwesens, eine Maßnahme, die zweifellos auf Hülsemann zurückging. „[I]n granting passports“, schreibt er am 18. Februar an Schwarzenberg, „every American might justly be regarded as an agitator against Austria unless he proved himself otherwise“. Dass Österreich von der sogenannten Unschuldsvermutung

eines mutmaßlichen Täters schon vorher nichts hielt und nicht gerade zimperlich bei der Verhaftung amerikanischer Staatsbürger war, zeigt das Beispiel von Reverend Charles Brace of Hartford aus Connecticut, der aufgrund wenig stichhaltiger Beweise 1851 in Ungarn in Gefangenschaft geriet.¹³⁶

Ein Versuch Hülsemanns, von Webster einen öffentlichen Widerruf seiner Rede zu erreichen, scheitert erwartungsgemäß am Eigensinn des US-Ministers. Hülsemann wusste aber auch nach einem persönlichen Gespräch mit dem Präsidenten, dass Fillmore vorbehaltlos weiter hinter seinem Außenminister stand und dass Webster seine Position niemals freiwillig aufgeben würde. Aus diesem Grund hatte er die Regierung in Wien schon am 30. Jänner um Urlaub gebeten, jedoch keine Antwort erhalten. Das lange Schweigen der Regierung in Wien auf seine wiederholten Anfragen erklärt sich für Hülsemann dann erst am 20. Mai, als er durch Buol-Schauensteins Depesche vom Tod Schwarzenbergs erfuhr. Der neue österreichische Außenminister forderte Hülsemann auf, seine Tätigkeit in den Vereinigten Staaten unverzüglich wieder aufzunehmen. Selbst, wenn „jede Möglichkeit einer Versöhnung mit Webster ausgeschöpft wäre“, könne er seinen Posten „nur mit der ausdrücklichen Zustimmung seiner Regierung verlassen“. Buol weiss offenbar trotz mangelnder anderer politischer Fähigkeiten, wie er seinen tadelnden Worten die Schärfe nehmen muss, um Österreichs grollenden Vertreter die Rückkehr schmackhafter machen: Österreich hätte triftige Gründe für seine einlenkende Haltung, versucht er Hülsemann zu überzeugen, man müsse Webster als möglichen nächsten US-Präsidenten in Betracht ziehen, Hülsemanns endgültiger Rückzug wäre für

¹³⁶ Brace wurde vorgeworfen, „dangerous revolutionary propaganda“ mit sich zu führen. Die doch etwas seltsam anmutende Rechtfertigung McCurdys gegenüber Schwarzenberg, „that Brace's alleged revolutionary literature consisted of a single pamphlet for 'scientific purposes'“, wurde von Schwarzenberg mit dem Hinweis auf „the abuses of American passports“ zurückgewiesen, (vgl. dazu Curti, S. 189, Anmerkung 60).

Webster nur ein weiterer „Triumph“ und schließlich und endlich dürfe man auch den künftigen politischen und wirtschaftlichen Einfluss der Vereinigten Staaten auf Europa nicht unterschätzen. Er überlasse es daher Hülsemanns Gutdünken, eine von Fillmore vorgeschlagene einvernehmliche Lösung dieses Problems anzunehmen, sofern damit weder „die Würde des Österreichischen Hofes noch des Vertreters persönliche Ehre“ verletzt werden. Buol-Schauensteins abschließende Schmeichelei, dass „[n]o one could replace [him] because of his rich knowledge of America“ verfehlte allerdings die erwünschte Wirkung: Hülsemann war sich durchaus seiner Pflichtverletzung und darüber hinaus - auch ohne Buol-Schauensteins Hinweis - der Wichtigkeit seiner Person für Österreich bewusst. Die leisen Vorwürfe des österreichischen Außenministers beantwortet er noch am selben Tag, hält aber trotzdem weiter unbeirrt an seinem *Entweder-Oder-Standpunkt* fest: Eine Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Außenminister kann es für ihn nicht mehr geben. „Sollte Österreich trotzdem seine Beziehungen zu den USA fortsetzen wollen, müsse man ihn von seinen Pflichten entbinden.“ Die Einschätzung Buol-Schauensteins über die Folgen seiner Amtsenthebung teilt er keineswegs. Ganz im Gegenteil: Nicht Webster würde über Hülsemann triumphieren, sondern die Vereinigten Staaten über Österreich. Nicht er würde seine Ohnmacht gegenüber Webster eingestehen, sondern Österreich gegenüber den USA. Man wäre besser beraten, schloss Hülsemann, die Präsidentenwahlen abzuwarten als mit seinem Abzug eine Niederlage zugeben - „a concession [that] would make for a very long time the position of a representative of Austria at Washington intolerable“ - ein Argument, dem sich Buol anschließen kann. Allerdings konnte Hülsemann zu diesem Zeitpunkt nicht ahnen, wie nützlich sich seine Taktik in der Folge herausstellen würde.

Websters Tod am 24. Oktober 1852 beseitigte dann wohl das letzte *Hindernis*, sodass Österreichs langjähriger Geschäftsträger im Februar

1853 schließlich nach Washington wieder zurückkehren konnte. Aber auch Österreich und die Vereinigten Staaten fanden dadurch eine Möglichkeit, einen versöhnlichen Schlussstrich unter die vergangenen Ereignisse zu ziehen. Der neue US-Außenminister, Edward Everett, war an einer Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen ebenso interessiert wie Buol. Die Vereinigten Staaten beeilten sich auch, ihren guten Willen zu zeigen: Sie ersetzten McCurdy in Wien durch T. M. Foote und Österreich konnte sich damit in dem Glauben wähnen, die USA hätten den ersten Schritt getan - noch dazu, weil McCurdy gegenüber Buol „insisted that the mere fact of appointment was such an indication“. Dagegen spricht allerdings, dass McCurdys Entlassung „at his own request and for personal reasoning“ erfolgte, wie er betonte. Die politisch beliebte wie gleichzeitig auch nichtssagende Phrase dient auch Buol als Rechtfertigung für Hülsemanns Abreise aus Amerika: Auch er „had withdrawn on personal grounds“, würde aber unter diesen Umständen „presently return as an indication of Austria's desire to continue friendly relations with the United States“. Anscheinend waren die Vereinigten Staaten weniger nachtragend; möglicherweise wollten sie mit McCurdys Austausch auch ihr Bedauern über Websters Entgleisungen zum Ausdruck bringen oder was wahrscheinlicher ist: Ein Neubeginn im Verhältnis zu Österreich lässt sich am besten auch mit einem neuen, von den vergangenen Spannungen völlig unbelasteten Vertreter finden. Österreichs Außenminister ist auf jeden Fall davon überzeugt, dass die USA mit dieser *Geste* zuerst die Hand zur Versöhnung ausgestreckt hätten, denn Wien hatte ja noch keine Entscheidung über Hülsemanns Rückkehr oder Abberufung gefällt. Im Gegenzug kann sich auch Österreich großmütig zeigen. Zufrieden kann T. M. Foote am 15. Dezember an Everett berichten, dass er mit Buol einig sei, dass alle Missverständnisse und Unstimmigkeiten nach Websters Hülsemannbrief und Bankettrede „had been buried in the grave of that great statesman.“

Trotz der Bemühungen auf beiden Seiten, das Verhältnis nach dem Tod Schwarzenbergs und Websters wieder in normale Bahnen zu lenken, sollten die Ereignisse rund um Lajos Kossuth Spätfolgen haben. Eine willkommene, wenn auch unvorhergesehene Gelegenheit für die USA, dem ungarischen Nationalhelden einen späten Tribut zu zollen, brachte das Ende des ersten Weltkrieges. Zweifellos ging es dem amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson (1913-1921) mit seinem am 8. Jänner 1918 verkündeten 14-Punkte Programm als Voraussetzung für den Weltfrieden nicht vordringlich darum, mit der Zerschlagung der Habsburgermonarchie für Ungarn die „letzten Kastanien aus dem Feuer“ zu holen, aber seine Forderung, den unterschiedlichen Völkern Österreich-Ungarns eine autonome Entwicklung innerhalb der Grenzen ihrer Nationalitäten zu gewähren, hat zweifellos dazu beigetragen. Der Grundstein zu diesem „anti-Austrianismus in den Vereinigten Staaten“ wurde allerdings - wie Spaulding überzeugend argumentiert - schon in der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts gelegt.¹³⁷

¹³⁷ Spaulding, SS. 46-7; Eimers, SS. 154, 173-5, Gerolt an Manteuffel v. 12.1.1852, in: Ebd, S. 233; Moltmann, S. 344, Webster an George Ticknor v. 16.1.1851, in: Ebd, S. 345 (Anmerkung 51); Appendix to the CONGRESSIONAL GLOBE, 61. Congress, 2. Session 45-8, in: Hanak, S. 548-9; *Am. Präsidenten*, SS. 155-160, 278-284; Holst, I/4, 59ff in: Efraymson, S. 7; Matsch, *Wien-Washington*, SS. 111-13, Webster an Hülsemann v. 21.12.1850, Beilage zu Bericht No. 52 Hülsemann an Schwarzenberg, HHStA, PA XXXIII, Karton 11, in: Ebd: S. 113 (Anmerkung 314); Rayback, *Millard Fillmore, Webster, Writings and Speeches of Daniel Webster*, in: APS, Smith, SS. 19, 232, 263; *Atlantic Monthly* (4/1851), Webster an Abbot Lawrence v. 29.12.1851, Webster an Richard Blatchford v. 11.1.1852, *New York Herald* v. 15.1.1852, Webster an McCurdy v. 15.1.1852, Webster an George Ticknor v. 16.1.1852, alle in Bartlett: SS. 225, 251-2, 260-3, 278; Curti, SS. 172, 180, 183-5, 188, 194, 196-7, 199-200, 203, Hülsemann an Schwarzenberg v. 10.12.1849, 20.1.1850, 25.12.1850, 9.3.1851, 2.10.1851, 3.11.1851, 17.11.1851, 27.11.1851, 18.12.1851, 18.2.1852, in: Ebd, SS. 155-6, 164, 166, 175, 179, 189, Schwarzenberg an Hülsemann v. 31.1.1851, 12.5.1851, 30.9.1851, 25.11.1851, in: Ebd, SS. 164-5, 179, 174, 176, Hülsemann an Webster v. 11.3.1851, Webster an Hülsemann v. 15.3.1851, in: Ebd, S. 166, Buol an Hülsemann v. 11.5.1852, 19.1.1853, in: Ebd, SS. 195, 198, Foote an Everett v. 15.12.1852, in: Ebd, S. 198, *New York Lantern* v. 5.6.1852, in: Ebd, S. 201.

V. KAMPF UM DIE UNION UND NEOABSOLUTISMUS

Die Voraussetzungen für ein friedliches Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und der Habsburgermonarchie wären nach Schwarzenbergs und Websters Tod ja denkbar günstig gewesen; noch dazu wenn man bedenkt, dass beide Mächte in den folgenden eineinhalb Jahrzehnten eigentlich genügend eigene Sorgen gehabt haben. Trotzdem ist auch diese Periode nicht ganz frei von Konflikten, die jedoch verhältnismäßig unbedeutend sind und sehr rasch wieder bereinigt werden können.

Nach den äußerst turbulenten Zeiten während der Auseinandersetzung zwischen Hülsemann und Webster war es wieder ein Ungar, der die kaum geglätteten politischen Beziehungen zwischen den USA und Österreich im Jahre 1853 neuerlich gefährdete: Martin Koszta, ein ungarischer Offizier und einer der Gefolgsleute von Kossuth, hatte seinen Aufenthalt in den Staaten genutzt, um die amerikanische Staatsbürgerschaft zu beantragen. Ausgestattet mit provisorischen Dokumenten, begab er sich im Sommer 1853 als Handelsdelegierter nach Smyrna, wo er am 22. Juni 1853 gekidnappt und auf ein vor Anker liegendes österreichisches Kriegsschiff gebracht wurde. Man legte Koszta zur Last, seine offizielle Tätigkeit nur vorgetäuscht zu haben, um an einem Überfall ungarischer Flüchtlinge auf die Kriegsbrigg *Huszar* teilzunehmen, bei dem ein österreichischer Marineoffizier ums Leben kam. Der amerikanische Konsul vorort verlangte Kosztas sofortige Freilassung, was von den österreichischen Behörden abgelehnt wurde. Die Folge davon war, dass die Amerikaner im wahrsten Sinn des Wortes mit schwerem Geschütz auffuhren, um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen. Schon am Tag darauf traf die *St. Louis* in Smyrna ein, ihr Kapitän Duncan

Nathaniel Ingraham verwehrte den Österreichern die Ausfahrt und drohte mit „immediate action“, falls Koszta nicht innerhalb einer bestimmten Frist ausgeliefert werde - übrigens „das erste Ultimatum in der amerikanischen Geschichte“, wie Hanak recherchiert hat. Österreich erkannte jedenfalls den Ernst der Lage und ließ Koszta fristgerecht frei. Die USA behaupteten, dass Koszta durch seine „preliminary steps“ zur Einbürgerung den vollen Schutz Vereinigten Staaten beanspruchen könne. Mit diesem Argument wurde auch Hülsemanns offizieller Protest in Washington am 29. August von Secretary of State Marcy scharf zurückgewiesen: Österreichs Forderung nach „Rückstellung Kosztas“ wurde ebenso wie „die Zahlung einer Entschädigung“ abgelehnt. Vom völkerrechtlichen Standpunkt aus war die Sache jedoch keineswegs so eindeutig, wie auch Spaulding feststellt: „The international situation may have been questionable, but America's response was not“ und selbst Metternich schreibt am 8. September 1853 an Buol: „Ueber die Frage der Verträge erlaube ich mir kein Urtheil“, es sei jedenfalls keine Angelegenheit „zwischen zwei, sondern zwischen allen Mächten“. Für die Pierce-Regierung war dieser Präzedenzfall sowohl außen- als auch innenpolitisch auf jeden Fall ein Gewinn: Nach außen hin sollte die amerikanische Drohgebärde in Smyrna die wachsende Stärke und Macht der Vereinigten Staaten demonstrieren; das war umso wirkungsvoller, als sich Palmerston ganz offen auf die Seite der USA gestellt hatte. Die Demokraten konnten sich über zusätzliche Stimmen bei amerikanischen Immigranten freuen und Marcy – ähnlich ambitioniert wie Webster - erhoffte sich durch sein hartes Vorgehen mehr Popularität, da er eine Nominierung bei den nächsten Präsidentschaftswahlen anstrebte. Greeleys Behauptung im *New York Tribune* muss dennoch mit einiger Skepsis aufgefasst werden: „Had Captain Ingraham sunk the Austrian vessel, he would have become the next President of the United States.“ Curti sieht in Österreichs überraschend schnellem Nachgeben ein

Eingeständnis der eigenen Ohnmacht. Allerdings sollte man nicht vergessen, dass Koszta für Österreich ja bei weitem nicht den Stellenwert eines Kossuth besaß. Auf jeden Fall hätte sich seinetwegen eine bewaffnete Auseinandersetzung mit den USA nicht gelohnt.¹³⁸

In Österreich hält mit dem Silvesterpatent auch der Neoabsolutismus Einzug. Bürokratie und Armee bestimmen fortan größtenteils das Leben der österreichischen Bevölkerung. Österreichs Vereinbarung mit dem *Heiligen Stuhl* von 1855, das der Kirche die Oberaufsicht im Unterrichtswesen und in Ehefragen zugestand, wurde von den meisten Menschen in der Habsburgermonarchie sicher als eine Bevormundung in dieser „Revolution von oben“ empfunden. Das Ausland geht sogar noch einen Schritt weiter und macht das Konkordat auch für die späteren außenpolitischen Niederlagen mitverantwortlich. So spricht die *Times* vom 29. Juni 1859 davon, dass sich Österreich damit „vor den Jesuiten erniedrigt“ habe, was man allerdings auf den „intellektuellen Verfall [...]“ zurückführt; trotzdem konzidiert man Franz Joseph zu, dass er nicht das erste *Opfer* „dieser zwielichtigen Gesellschaft [...], die überall das Ende gekrönter Häupter und den Niedergang von Monarchien vorbereitet“, war und führt als Beispiele in der Geschichte Ludwig XIV, James II. und Charles X. an. Acht Jahre später zeigt sich dieselbe Zeitung erfreut über die politischen Fortschritte, die Österreich mit dem *Ausgleich* gemacht hat. Für die Zukunft der Habsburgermonarchie sieht man dennoch wenig Hoffnung, weil „wenn einmal Böhmen, Kroatien und Galizien den Weg Ungarns gegangen sind, nicht mehr viel übrig bleiben wird von dem, was einmal Österreich war.“

138 Curti, S. 203; Spaulding, SS. 47-8; Burckhardt, S. 132; *Compilation of the Messages and Papers*, 209f, Andor Klay, *The case of the first American ultimatum*, in: Hanak, SS. 553-4; William Marcy war nicht ganz so gemäßigt wie Hülsemann nach der Wahl von Pierce angenommen hatte. Marcy, unter Polk Secretary of War, hatte sich schon in den frühen 30er Jahren einen Namen gemacht. In einer Rede vor dem Senat hatte er den damaligen Außenminister Van Buren gegen Henry Clay mit dem legendären Ausspruch „[t]o the victor belong the spoils of the enemy“ verteidigt.

Österreichs ambivalente Haltung im Krimkrieg sollte sich spätestens im italienischen Einigungskrieg von 1859 rächen, denn seine Lage war im Grunde genommen von vornherein aussichtslos. Napoleon III. wusste, was er Cavour für die Teilnahme am Krimkrieg schuldete und versprach ihm bei einem Geheimgespräch 1858 in Plombières französische Hilfe in einem Krieg gegen Österreich zu. Als Entschädigung sollte Savoyen und Nizza an Frankreich fallen. Cavour hatte dadurch freie Hand und nutzte die Unruhen in den verschiedenen Provinzen, „um Österreich zu militärischem Eingreifen zu provozieren“. Seine Rechnung ging ja auch auf. Wenn Franz Joseph sich von Preußen ein Eingreifen auf österreichischer Seite erwartet hatte, dann musste er enttäuscht werden. Im Kampf um die deutsche Hegemonialmacht konnte Preußen von einem österreich-italienischen Krieg nur gewinnen. Österreich musste seine Niederlage mit dem Verlust der Lombardei bezahlen - die „ehemals reichste Provinz, die seit dem Wiener Kongress in österreichischem Besitz war“. Dass dieser schwere außenpolitische Schlag auch innenpolitische Konsequenzen haben musste, steht außer Frage. Die verfassungsmäßigen Kompromisse, mit denen Österreich in den nächsten Jahren versucht, seine Völker zu beschwichtigen, waren jedoch nicht nur für die Ungarn inakzeptabel. Das *Oktoberdiplom* vom 21. Oktober 1860 zieht in jedem Fall aber einen endgültigen Schlussstrich unter die neoabsolutistische Ära. Es will zwar den unterschiedlichen Nationalitäten in der Habsburgermonarchie wesentlich mehr Rechnung tragen, wird aber sowohl von den Ungarn als auch den Deutschen als unzureichend abgelehnt. Der nächste Verfassungsvorschlag, das *Februarpatent* vom 21. Februar 1861, kommt vom nunmehrigen österreichischen liberalen Regierungschef Schmerling. Das nach wie vor zentralistische *Februarpatent*, betont unter anderem die Autonomie der Gemeinden, sieht ein Zweikammerparlament (Herren- und Abgeordnetenhaus) vor, berücksichtigt aber vor allem die deutsch-liberalen Interessen und stößt

deshalb in Ungarn auf scharfe Ablehnung. Deák - das „Gewissen Ungarns“ -, hatte die ungarischen Bedingungen 1865 „in seinem berühmten Osterartikel in 'Pesti Napló'“ klar und deutlich zum Ausdruck gebracht: Eine Versöhnung mit dem Kaiserhaus könne es nur durch die Wiedereinsetzung „der alten ungarischen Verfassung“ geben. Verhandeln darüber wolle man keineswegs „mit einem Reichsrat in Wien, sondern ausschließlich mit Franz Joseph als ungarischem König“. Österreich hatte zu diesem Zeitpunkt sicher nicht vor, auf die Forderung nach einer eigenen Verfassung für Ungarn einzugehen; die Zeit - besser vielleicht das *Schicksal* in der Gestalt Bismarcks - arbeitete allerdings schon für die Ungarn.

Preußen und Österreich hatten 1864 noch einen gemeinsamen Feind: Man kämpfte miteinander um Schleswig gegen Dänemark - erfolgreich, denn im Frieden von Wien am 30. Oktober 1864 muss Dänemark die Herzogtümer Schleswig und Holstein an Preußen und Österreich abgeben. Am 14. August 1865 einigt man sich im Vertrag von Gastein darauf, dass Österreich die Verwaltung in Holstein und Preußen jene in Schleswig übernehmen sollte - eine unbefriedigende Lösung, die bald zu Spannungen und Vorwürfen von Vertragsbruch führen sollte. Bismarck nutzte die Gunst der Stunde in seinem Sinn, da er Schleswig-Holstein an Preußen angliedern wollte. In einem Geheimbündnis vom April 1866 sichert er sich Italien als Bündnispartner und zwingt Österreich damit zu einem Zweifronten-Krieg, um Preußen damit endgültig den Aufstieg zur Großmacht zu ermöglichen. Der Unsicherheitsfaktor für Österreich war natürlich Frankreich. Um einer möglichen französischen Intervention auf der Seite Italiens zuvor zu kommen, schließt Franz Joseph am 12. Juni einen Geheimvertrag mit Napoleon III. ab, der seine Neutralität zusagt - allerdings nur gegen die Abtretung Venetiens: In der Tat eine „eigenartige Situation“, wie Hamann richtig bemerkt, da „die österreichischen Truppen in Italien [...] um eine Provinz kämpften, die schon vom Kaiser verschenkt

war (was allerdings die Generäle nicht wußten)“. Drei Tage später bricht der Krieg zwischen Österreich auf der einen Seite und Preußen und Italien auf der anderen aus - mit bekanntem Ergebnis: Österreich muss nach der vernichtenden Niederlage vom 3. Juli bei Königgrätz im Frieden von Prag zwischen Preußen und Österreich der Auflösung des *Deutschen Bundes* zustimmen und ein Mitspracherecht in Schleswig-Holstein hatte man auch verwirkt.

Das bedeutete aber auch, dass man die Forderungen der Magyaren auf Dauer nicht länger ignorieren konnte. In Kossuths Worten war es ja ein „matter Ausgleich“, für den er in erster Linie Deák verantwortlich macht. Gemeinsam ist für die k.u.k Monarchie in Hinkunft nur mehr die Außen- und Finanzpolitik sowie die Armee, getrennt die Legislative und die Verfassung; ein auf jeweils zehn Jahre abgeschlossener Zoll- und Handelsvertrag regelt die prozentuelle Ausgabenbeteiligung.

Dass „die Krönung Franz Josephs zum König von Ungarn“ die ausländische Presse beschäftigte, ist wenig überraschend; dass sie „mit großem Pomp“ und „uralten ungarischen Zeremonien“ über die Bühne lief, hat auch Kossuth kritisiert; dass man jedoch ausgerechnet in der konservativen englischen Zeitung „wiederholt die mittelalterliche Pracht der Feierlichkeiten mit 'der Abgerissenheit und dem Elend der Zuschauer' kontrastiert“ erscheint vor dem damaligen sozialen Hintergrund in Großbritannien nicht angebracht: Möglicherweise hätte so manch ein Roman des englischen Dichters Charles Dickens (1812-1870) die Journalisten der *Times* eines Besseren belehren können.¹³⁹

Die Situation in den Vereinigten Staaten zwischen 1850 und 1860 läßt sich weder geografisch noch außenpolitisch mit der in Österreich vergleichen. Man hatte keine konkurrierenden oder intriganten Großmächte als Nachbarn und auch die Loslösungen der Südstaaten von

¹³⁹ Höbelt, *Bürokratie und Aristokratie*, S. 160, in: Rumpler, S. 305; Hamann, SS. 139, 217, 223; *Times* v. 29.6.1859, 2.3.1867 und 15.6.1867, deutsche Übersetzung in: Hanak, S. 559; Seward, S. 66-7.

der Union sind nur im weitesten Sinne mit denen der Ungarn oder Italiener vergleichbar. Für den amerikanischen Süden ging es nicht um nationale Einigungsbewegungen sondern um gesellschaftliche, kulturelle und damit verbundene wirtschaftliche Unterschiede zum industrialisierten Norden. Geht man jedoch vom politischen Denkansatz aus, lassen sich sehr wohl gewisse Gemeinsamkeiten in den beiden Regierungen erkennen. Ein ähnliches Unvermögen für die Notwendigkeit von rechtzeitigen Kompromissen kann man nämlich auch den beiden amerikanischen Präsidenten dieser Zeit, Pierce und Buchanan vorwerfen. Pierce, der nicht zu Unrecht als „der rückwärtsgewandte Präsident“ bezeichnet wird, ging es vor allem darum, an die Expansionserfolge seines demokratischen Vorgängers Polk anzuschließen. Denkt man an seine eindeutige Parteinahme für den Süden und seine Freundschaft zu Jefferson Davis, an die schon erwähnten Skandale um die Abenteurer Kinney und Walker und das dadurch gespannte Verhältnis zu Großbritannien, an seine Sympathien für *Young-America* und vor allem die *Kansas-Nebraska-Bill* von 1854, muss bezweifelt werden, ob ihm das Ausmaß der Krise überhaupt bewusst war. Das *Kansas-Nebraska-Gesetz* überließ es beiden Territorien, - getreu dem Grundsatz der *popular sovereignty* - über Zulassung und Verbot selbst zu entscheiden. Damit war der *Missouri-Compromise* von 1820, der oberhalb des Breitengrades von 36° 30' die Sklaverei verboten hatte und jahrzehntelang eine für Nord und Süd akzeptable Lösung gewesen war, außer Kraft gesetzt. Die *Kansas-Nebraska-Bill* war zwar unter Pierce verabschiedet worden, ging aber auf eine Initiative des demokratischen Senators aus Illinois Stephen A. Douglas zurück und sollte in der Folge in den berühmt gewordenen Debatten mit Lincoln 1858 eine wesentliche Rolle spielen. Über die Aufnahme von Kansas als Sklaven- oder freier Staat in die Union gerät der Konflikt allerdings außer Kontrolle. Entlang der Grenze zu Missouri liefern sich Anhänger und Gegner zwischen 1854 und 1859 einen

ständigen blutigen Guerillakrieg, der unter dem unrühmlichen Namen *Bleeding Kansas* in die Geschichte eingegangen ist. Damit wirft der große Bürgerkrieg unter Pierce aber auch schon seine deutlichen Schatten voraus. Wenn Charles Francis Adams (Enkel von John Adams) 1857 noch tatsächlich davon überzeugt war, dass „die schweren Fehler seiner [Buchanans] Administration den Nachfolgern eine Lehre sein [würden]“, dann dürften ihn die nächsten Jahre eines besseren belehrt haben, denn Buchanan hatte aus den Fehlern seines Vorgängers offenbar sehr wenig gelernt.

James Buchanan, immer ein überzeugter Befürworter der *Monroe-Doctrin*, versuchte in seiner Amtszeit (1857-1861), die aggressive Expansionspolitik von Pierce vor allem im Hinblick auf Kuba fortzusetzen - es sei hier nur an das *Ostend Manifesto* und seine Zugehörigkeit zu *Young America* erinnert. Für die Korruptionsvorwürfe gegen sein Kabinett, wofür vom Kongress sogar ein „Komitee mit der Untersuchung [beauftragt]“ wurde, konnten allerdings keine schlüssigen Beweise gefunden werden. Obwohl seine Abstammung aus Pennsylvania ihn zu keinem Anhänger der Sklaverei *per se* deklarierte, war Buchanan wie Pierce zweifellos ein Südstaatensympathisant. Für sein Kabinett wählte er daher Männer aus, die entweder aus dem Süden selbst stammten oder den südlichen Interessen zumindest freundlich gesinnt waren. Auch Hülsemann hatte ja schon 1852 (knapp nach der Wahl von Pierce) nach Wien geschrieben, dass Buchanan „seine Macht“ dem „Vertrauen“ der Südstaaten verdankt. In seinem Wahlkampf hatte er wiederholt die Einheit der Union zu seinem obersten Anliegen erklärt. Ein ehrgeiziges Ziel, dem Buchanan als Präsident allerdings kaum gerecht wurde und bloß die Aufspaltung seiner Partei in eine nördliche Gruppierung um Douglas und eine südliche um den Präsidenten beschleunigte. Vor allem sein Eintreten für die *Lecompton Constitution*¹⁴⁰ führte zu einer weiteren Verschärfung in

140 Diese 1857 in Lecompton, Kansas, formulierte Constitution befürwortete die

der Sklavereidebatte. In der bald nach seinem Amtsantritt einsetzenden Wirtschaftskrise konnte sich Buchanan scheinbar zu keiner eindeutigen Position durchringen. Zuerst trat er „für eine stärkere Regulierung des Bankenwesens“ ein, wenig später distanzierte er sich von jeglichen staatlichen Maßnahmen, im Vertrauen darauf, „dass die Amerikaner mit ihrem individuellen Erfindungsgeist die von Spekulanten verursachte Depression schnell überwinden würden“. Buchanan ignoriert in seinem Optimismus allerdings die Tatsache, dass die Auswirkungen des Konjunkturreinbruchs für den Norden wesentlich stärker waren als für den Süden. Die Folge davon waren gegenseitige Schuldzuweisungen, die letztlich nur zu einer weiteren Nord-Süd-Polarisierung beitrugen. So unterschiedlich die Gesellschaftssysteme zwischen Nord und Süd waren, so verschieden waren auch die Argumente. Die Südstaatler hatten einen weiteren Grund gefunden, ihre *peculiar institution* gegenüber „der ausbeuterischen 'Lohnsklaverei' des Nordens als eine humane Einrichtung“ zu verteidigen. Der industrialisierte Norden dagegen fühlte sich durch die niedrigen Zolltarife, die die Demokraten aufgrund ihrer Mehrheit in beiden Häusern im Kongress durchgesetzt hatten, stark benachteiligt. *Wenn sich die Demokraten streiten, freuen sich* in diesem Fall die Republikaner, „die für hohe Schutzzölle eintraten“ und daher viele Nordstaatendemokraten für sich gewinnen konnten.

Dem Junggesellen Buchanan sagt man nach, „mit der amerikanischen Verfassung verheiratet“ gewesen zu sein. Seine legalistische Tendenz aber auch seine sprichwörtliche Unentschlossenheit werden nirgendwo deutlicher als in der Frage der Sezession, bei der Buchanan sich offenbar nicht ganz klar darüber ist, welche Haltung er einnehmen soll. Einerseits ist die Abspaltung für ihn „illegal“, andererseits sieht er aber „keine verfassungskonforme Möglichkeit, die Staaten in die

Sklavenhalterei, wurde allerdings 1858 in einer Wahl von Kansas abgelehnt. Kansas wurde schließlich als freier Staat am 29. Jänner 1861 in die Union aufgenommen.

Union zurückzuzwingen“. Buchanan hatte von Anfang an eine neuerliche Kandidatur ausgeschlossen; also wählte er in dieser Situation den für ihn bequemsten Weg: Er „wartete nur noch auf das Ende seiner Amtsperiode und überließ das Problem seinem Nachfolger“. Während des Bürgerkrieges erschienen in der Presse mehrfach verschiedene Artikel, „die seine Entschlußlosigkeit für das Unheil verantwortlich machten“, die allerdings an Buchanans Selbsteinschätzung nichts ändern konnten. Er sah bis zu seinem Tod am 1. Juni 1868 keinen Grund, auch nur eine „einzige politische Entscheidung“ zu bereuen und er war davon überzeugt, dass „die Geschichte [ihn] rechtfertigen“ werde. Seine „Hoffnung auf eine spätere Rehabilitierung“ sollte sich nicht erfüllen. In der Forschung geht man nach wie vor davon aus, dass Buchanan den großen Herausforderungen seiner Zeit bei weitem nicht gewachsen war.

Der Bürgerkrieg war zweifellos eine tiefe Zensur in der noch jungen amerikanischen Geschichte, und wenn man Amerikaner darauf anspricht, führt kein Weg an Abraham Lincoln vorbei. Sein Name löst auch heute noch Ehrfurcht und tiefe Bewunderung aus - und das nicht nur in den Vereinigten Staaten. Kaum ein Präsident vor oder nach ihm (ausgenommen Washington, Kennedy und möglicherweise Obama) ist im Bewusstsein der Amerikaner so unauslöschlich eingepägt wie Abraham Lincoln. Untrennbar damit verbunden steht Lincoln aber auch als Synonym für das Ende der Sklaverei. Dabei wird oft übersehen, dass es ihm in erster Linie gar nicht um die Befreiung der Sklaven ging. Unbestritten ist, dass Lincoln die Sklaverei aus moralischen Gründen ablehnte - aber das tat schließlich auch Buchanan. Tatsache ist ferner, dass Lincoln der Fortbestand der Union besonders am Herzen lag; das gilt aber auch für Buchanan - zumindest hatte er das behauptet. Dass Lincoln aus den Trümmern der Union wieder eine amerikanische Nation machte, verdankt er nicht zuletzt seiner außergewöhnlichen Persönlichkeit. Sein gewaltsamer Tod am 15. April 1865 hat diesen Mythos zweifellos noch

erhöht.

Am 12. Februar 1809 auf einer kleinen Farm in Kentucky geboren, lernte Lincoln schon als Kind „das karge Leben an der *Frontier*“ kennen. Wie viele andere Pioniersfamilien übersiedelten auch die Lincolns in den nächsten Jahren mehrere Male - buchstäblich von einer Blockhütte zur nächsten -, bis sie sich schließlich 1830 in Illinois niederließen. Für Bildung war da wenig Zeit. Lincoln hat auch als Präsident nie versucht, seine Herkunft oder seine mangelhaftige Ausbildung zu beschönigen. Seiner eigenen Aussage nach war er zwar zur Schule gegangen, aber „by littles - a little now and a little then“ - alles zusammen tatsächlich nur ein Jahr. Aber schon der junge Lincoln war ungewöhnlich ehrgeizig. Außer der üblichen Bibel gehörten noch „*Robinson Crusoe*, *Pilgrim's Progress* und *Aesops Fabeln*“ zu den Quellen, wo er seinen Wissendurst stillen konnte. Woher der kam, weiß man nicht so genau, denn Lincoln machte auch nie ein Geheimnis daraus, dass seine Eltern im Grunde Analphabeten waren. Nachbarn aus seiner Jugend erzählen später, „how he used to trudge for miles to borrow a book“. 1832 meldete sich Lincoln als Freiwilliger zum *Black Hawk War*, in dem er es sogar bis zum Captain brachte - allerdings ohne sich durch besonderen Mut oder Tapferkeit auszuzeichnen. Die Tatsache, dass seine Großeltern väterlicherseits von Indianern getötet worden waren, dürfte für seinen Eintritt auch nicht ausschlaggebend gewesen sein, denn Lincoln fasst seine eigenen Erfahrungen mit den Worten zusammen: Statt Kämpfen mit „live, fighting Indians“ hätte er nur „a good many bloody struggles with the mosquitoes“ auszufechten gehabt.¹⁴¹ Lincolns militärische Karriere verlief demzufolge

¹⁴¹Lincolns scherzhafte Bemerkung darf aber nicht über den tragischen Ausgang auch dieses Indianerkrieges hinwegtäuschen: Die amerikanische Regierung hatte den Indianern aufgetragen, ihre Dörfer in Illinois zugunsten weißer Siedler zu räumen. Der Indianerhäuptling *Black Hawk*, gemeinsam mit vielen anderen der Sauk- and Fox Indianer, weigerte sich, dieser Forderung nachzukommen. In der entscheidenden Schlacht, dem *Massaker* am Bad Axe River in Wisconsin, wurden die meisten Indianer regelrecht niedergemetzelt, darunter auch viele Frauen und Kinder.

ziemlich unspektakulär und auch der Beginn seiner politischen Laufbahn ließ keineswegs darauf schließen, dass er einmal für das höchste Amt in den Staaten kandidieren würde.

Als Präsident hatte Lincoln seine politische Haltung immer mit dem Grundsatz charakterisiert: „My policy is to have no policy“. Es ist naheliegend, dass er als junger, überaus ambitionierter Mann in den Dreißigerjahren die Sache etwas anders sah; um Karriere zu machen, durfte man nicht unpolitisch sein, schon gar nicht im Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Lincoln schloss sich den Whigs an und orientierte sich im Wesentlichen an den Prinzipien von deren namhaften Vertretern, wie etwa Webster und Clay, aber auch - allerdings mit Einschränkungen - am damaligen demokratischen Präsidenten Jackson. Gerade Lincoln war ja das beste Beispiel für den von Jackson so favorisierten *common man* der Umbruchszeit in den Dreißigerjahren. Mit Clay und Webster verband ihn die Ansicht, dass man wirtschaftliche Probleme nur durch eine bundesstaatliche Intervention lösen könnte.

Beruflich hatte sich der junge Lincoln einige Jahre mehr schlecht als recht über Wasser gehalten. Er wollte ursprünglich eigentlich Schmied werden; um seine ständigen Schulden „die er jedoch immer auf Heller und Pfennig zurückzahlte“ abzuarbeiten, nahm er Gelegenheitsarbeiten an, verdingte er sich aber auch als Holzfäller, „Postmeister, Kaufmann und Landvermesser“. Seinem späteren Beinamen machte *Honest Abe* also schon sehr früh alle Ehre. 1834 gelang ihm der Sprung ins Repräsentantenhaus von Illinois, wo er bis 1842 blieb und sich insbesondere für eine Verbesserung des Bildungssystems einsetzte. Daneben hatte Lincoln begonnen, Rechtswissenschaften zu studieren - im Selbststudium - und er wusste daher aus eigener Erfahrung, wie schlecht es um das Schulwesen bestellt war. Bereits 1836 erhält Lincoln seine Anwaltszulassung. In den nächsten Jahren arbeitet er mit verschiedenen Anwälten zusammen, bis er 1844 eine überaus erfolgreiche Partnerschaft

mit dem renommierten Rechtsanwalt William H. Herndon eingeht. Lincoln vertritt Banken genauso wie Versicherungen, macht sich aber auch in Strafprozessen einen Namen. Der Boom im Eisenbahnbau bringt bessere Transportmöglichkeiten und damit einen Ausbau der Infrastruktur, sodass Lincoln seine Gerichtstermine nicht mehr ausschließlich nur zu Pferd wahrnehmen muss. Die wachsende Konkurrenz unter den Eisenbahnunternehmern und strittige Eigentumsverhältnisse haben auch unweigerlich Austragungen bei Gericht zur Folge, von denen ein aufstrebender Anwalt nur profitieren konnte. Als besonders lukrativ erweist sich dabei seine langjährige Vertretung der *Illinois Central Railroad*. Bekannt für seinen Scharfsinn und seine Fairness aber auch für seinen gesunden Menschenverstand, avanciert Lincoln innerhalb weniger Jahre vom unbedeutenden „Prairie lawyer“ zu einem der bestbezahlten Spitzenanwälte der USA. Aber auch politisch war Lincolns Aufstieg nicht mehr aufzuhalten. Schon während seiner Zeit als Kongressabgeordneter von 1847 bis 1849 versucht er ein Gesetz durchzubringen, „for the gradual emancipation of slaves in the District of Columbia“, scheitert aber am Widerstand der „free white citizens“. Wenig überraschend ist er ein erbitterter Gegner Polks und des Mexikanischen Krieges. Seine anschließende intensive Unterstützung für die Kandidatur Taylors bleibt jedoch unbelohnt. Lincoln erhält keinen Posten in der Regierung und zieht sich enttäuscht aus der Politik zurück. Der endgültige politische Durchbruch gelingt ihm 1856 mit der *Republican Party*, wo Lincoln sofort eine führende Position übernimmt. Eine Bilderbuchkarriere - im wahrsten Sinn des Wortes eine *from rags to riches* -, die vier Jahre später ihren Höhepunkt findet.¹⁴²

¹⁴²Als bereits etablierter Anwalt verdiente Lincoln im Schnitt jährlich zwischen \$ 1,200 und \$ 1,500, also mindestens soviel oder mehr noch als ein Gouverneur, der es auf exakt \$ 1,200 brachte. Nach einem erfolgreichen Steuerprozess der *Illinois Central* gegen McLean County erhielt er das für damalige Verhältnisse unglaubliche Honorar von \$ 5,000. Seinen sprichwörtlichen „practical common sense“ beweist er in seinem berühmtesten Plädoyer als Strafverteidiger: Ein Bekannter von ihm - Duff Armstrong -

Als Lincoln am 6. November 1860 zum neuen republikanischen Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt wurde, war das für die Südstaaten eine herbe Enttäuschung. Allein die Tatsache, dass zum ersten Mal in der amerikanischen Geschichte „nur knapp 40 Prozent der landesweit abgegebenen Stimmen“ für die Präsidentschaft reichten - übrigens fast ausschließlich aus dem Norden - lässt die politischen Machtverschiebungen erkennen. Am Ausbruch des Krieges zweifelte nun kaum noch jemand. Rhetorisch beeindruckend wie schon 1858 in seinen Debatten mit Douglas ist Lincoln in seiner Inauguration am 4. März 1861 sichtlich um Ausgleich und Beschwichtigung bemüht:

In your hands, my dissatisfied countrymen, and not mine rests the momentous issue of civil war. The Government will not assail you. You can have no conflict without being yourselves the aggressors. You have no oath registered in heaven to destroy the Government, while I shall have the most solemn one to preserve, protect, and defend it.

Er habe nicht die Absicht, erklärt Lincoln, sich in bereits bestehende Sklavereiverhältnisse der Staaten einzumischen, schon allein weil er überzeugt war, „[to] have no lawful right to do so“; es ginge ihm nur um eine Ausbreitung in den Territorien, denn die Zuständigkeit darüber wäre in der Verfassung „not expressly“ geregelt. Den Großteil seiner Rede widmet Lincoln jedoch der Union. Er ruft seinen Landsleuten ihre Geschichte ins Gedächtnis, versucht anhand von unwiderlegbaren Fakten, ihre Unauflöslichkeit zu beweisen. Die Union sei „older than the Constitution“ und bilde daher das Fundament, auf dem nach und nach erst eine Verfassung aufgebaut werden konnte. Sie wurde ursprünglich

war des Mordes angeklagt und wurde durch die Aussage eines Zeugen, der Armstrong „by the light of the moon“ beim Mord beobachtet haben will, schwer belastet. Lincoln konnte an Hand eines „Almanachs“ die Geschworenen davon überzeugen, dass es in der fraglichen Nacht viel zu dunkel gewesen wäre, um irgendetwas zu sehen und erreichte einen Freispruch.

formuliert

by the Articles of Association in 1774. It was matured and continued by the Declaration of Independence in 1776. It was further matured, and the faith of all the then thirteen States expressly plighted and engaged that it should be perpetual, by the Articles of Confederation in 1778 and finally, in 1787, one of the declared objects for ordaining and establishing the Constitution was to form a more perfect Union.

Die Union könne kein jederzeit aufkündbarer Vertrag sein kann, wie manche im Süden die Verfassung interpretieren, argumentiert Lincoln und fragt seine Landsleute mit bestechender Logik: Wenn nämlich dem so wäre, „can it be peaceably unmade by less than all the parties who made it?“ Sein eindringlicher Appell an den Süden: „We must not be enemies, must not break our bonds of affection“ kam trotzdem zu spät oder - anachronistisch - zu früh. Die abtrünnigen Südstaaten wollten in seiner Rede nicht die zur Versöhnung ausgestreckte Hand, sondern den sprichwörtlich hingeworfenen Fehdehandschuh sehen, den sie bei der nächstbesten Gelegenheit auch bereitwillig aufnahmen. Als der Präsident nicht bereit war, Fort Sumter, eine der militärischen Befestigungsanlagen vor Charleston in South Carolina abzutreten und versuchte, die Garnison über den Seeweg zu versorgen, beantworteten die Südstaaten Lincolns Weigerung am 12. April um 4.30 Uhr mit der Beschießung von Fort Sumter. Der Bürgerkrieg hatte begonnen.

Die bekannte *Warum-gerade-jetzt-Frage* drängt sich natürlich auch hier auf. Sezessionsdrohungen der Südstaaten, allen voran von South Carolina, waren ja nicht unbedingt etwas Neues und die *peculiar institution* war auch schon immer ein Zankapfel gewesen. Auch über Zolltarife oder das Bankenwesen hatte es ja schon mehrmals Unstimmigkeiten gegeben. Man denke in diesem Zusammenhang nur an

die *Nullification Crisis* und Jacksons Veto im *Bankkrieg*. Für den Süden bedeutete die Wahl Lincolns nur den Auslöser für einen schon lange schwelenden Konflikt. Man war der Ansicht, in der Vergangenheit schon auf zuviele Kompromisse eingegangen zu sein - alle letzten Endes zugunsten des Nordens. Die Südstaatler fühlten sich übervorteilt, politisch immer mehr an den Rand gedrängt und sahen ihr Gesellschafts- und Kultursystem von einem übermächtigen, auf Industrie ausgerichteten Norden bedroht. Für den Süden bedeutete die Union im Gegensatz zum Norden eine Art loser Interessensgemeinschaft, „die nur so lange Bestand hatte, wie es den Interessen der einzelnen Staaten entsprach“. Aus dieser Interpretation gibt es nur eine Schlussfolgerung: Wenn man sich in dieser Vereinigung nun nicht mehr vertreten fühlte, konnte man aus diesem Bündnis folglich auch austreten. Für den Süden ging es darum, seine Unabhängigkeit von dieser Union zu beweisen, die ohnedies nur den regionalen Interessen des Nordens dient; oder wie ein Südstaatler es auf den Punkt bringt: Ob die Südstaaten in Hinkunft „nichts als Kolonien und Plantagen für die Handelszentren sind, oder [...] ob sie ihre eigene, separate Nationalität bewahren“. Am Anfang des Bürgerkrieges standen folglich Grundsatzfragen, wie die unterschiedlichen Interpretationen der Union im Vordergrund. Die Sklavereidebatte bildete dabei nur eine, allerdings im Laufe der Zeit immer stärker betonte Facette des Konflikts. Lincoln wurde aber nicht nur mit dem Norden, sondern auch mit den Abolitionisten identifiziert, wobei man im Süden den politischen Einfluss dieser Gruppe bei weitem überschätzte. Gerade Lincoln, aber auch viele andere Sklavereiegegner waren immer bestrebt, sich deutlich von den fanatischen Hetzreden der Abolitionisten zu distanzieren.

Überzeugt von ihrer *Sache* und vom Sieg zogen die Südstaatler in den Krieg gegen den zahlenmäßig von Anfang an überlegenen Norden und die ersten beiden Jahre sollten sie ja auch in ihrem Glauben bestätigen. Verbissen und zäh kämpften sie selbst dann noch weiter, als

dieser Krieg für den Süden nicht mehr zu gewinnen war. Als einer der wesentlichen Stolpersteine erwies sich dabei die *states' rights theory*, mit der die Südstaaten ihre Sezession gerechtfertigt hatten. Die damit Hand in Hand gehende Eigenständigkeit bedingte auch den *goodwill* der einzelnen Staaten, Truppen und Waffen bereitzustellen - ein Problem, das der Norden beispielsweise auch durch allgemeine neue Steuern löste. Die Hoffnung der Südstaaten, dass *king cotton* Frankreich und England zur Intervention bewegen werde, sollte sich außerdem als trügerisch erweisen: Erstens hatte man am Beginn des Krieges in Europa noch genügend Baumwollreserven und zweitens, als die Vorräte dann knapp wurden, konnte man den Bedarf durch Importe aus Ägypten und Indien decken.

Im Norden hingegen kämpfte man von Anfang an vor allem um die Einheit der Union und damit aber auch für das, wofür die Vereinigten Staaten standen. Demokratische Ideale und Sklaverei sind aber wohl kaum miteinander vereinbar; deshalb gab es auch unter den Republikanern radikale Sklavereigegner, wie zum Beispiel Horace Greeley, der den Präsidenten im *New York Tribune* zu einer sofortigen Abschaffung drängte. Welchen Stellenwert die Union im Herzen Lincolns und damit vieler Nordstaatler einnahm, wird durch seine Antwort vom 22. August 1862 an Greeley deutlich:

My paramount object in this struggle is to save the Union, and is not either to save or to destroy slavery. If I could save the Union without freeing any slave I would do it; and if I could save it by freeing all the slaves I would do it; and if I could save it by freeing some and leaving others alone, I would also do that.

Trotz dieser offensichtlichen Prioritäten erklärte Lincoln genau einen Monat später, mit Wirksamkeit per 1. Jänner 1863 alle Sklaven in den

Staaten, „die sich zu Beginn des nächsten Jahres noch im Zustand der Rebellion befänden“, freizulassen. Seine Proklamation rief jedoch weder bei seiner Partei noch in Europa das positive Echo hervor, das man vielleicht erwartet hätte. Etliche Republikaner warfen dem Präsidenten vor, bewusst einen Sklavenaufstand zu provozieren, „dem ein Massaker an den Weißen folgen würde“ - eine naheliegende aber unbegründete Sorge, wie sich bald herausstellen sollte. Lincoln hatte allerdings sehr pragmatische Gründe für seine auf den ersten Blick inkonsequente Entscheidung, und innen- wie auch außenpolitisch war sie in jedem Fall ein kluger Schachzug: Erstens hatte er ja in seiner Inauguration seine Nichteinmischung in die etablierte Sklaverei garantiert und zweitens verpflichtete er damit nicht nur die *border states* sondern auch Europa zur Loyalität gegenüber der Union. Die Sklaverei war für viele gemäßigte Nordstaatler nur ein zusätzliches Übel, für das allein man aber nicht in den Krieg gezogen war. Lincoln selbst trat immer für eine stufenweise Befreiung der Sklaven ein, da er sich wie kein anderer Präsident vor ihm der damit verbundenen Schwierigkeiten sehr wohl bewusst war. Solange der Krieg andauerte, konnte man sie zu einem großen Teil in die Unionstruppen eingliedern: „Im Frühjahr 1865 dienten fast 200 000 Schwarze, die meisten von ihnen ehemalige Sklaven, unter dem Sternenbanner.“ Was danach mit ihnen geschah, war ein Problem, das zu lösen seinen Nachfolgern vorbehalten war. Lincoln war sich aber auch darüber im klaren, dass die Sklavereibesitzer ihr *Eigentum* nach dem Krieg einklagen könnten. Mit Zustimmung seiner Parteifreunde gelang es ihm, der Verfassung das 13th *Amendment* hinzuzufügen: Die Proklamation des Präsidenten wäre notwendig - heißt es darin - „[as] a death blow at this gigantic evil“, um die eigentliche Ursache des Krieges - die Sklaverei - „to terminate and forever prohibit it“. Für große Kritik im In- und Ausland sorgte die Aufhebung der *Habeas-Corpus-Akte*, die der Präsident mit dem ihm während des Krieges gewährten Sondervollmachten rechtfertigte. Das

bedeutete, dass *Verdächtige* nun auch ohne richterliche Anhörung und Befehl festgehalten werden konnten. Für Lincoln im Hinblick auf eine eventuelle Gefährdung der öffentlichen Sicherheit eine durchaus legale Maßnahme, für die traditionsbewussten Engländer jedoch eine massive Verletzung der demokratisch verankerten Grundrechte und die *Times* veranlasste, „Lincoln mit Dschingis Khan zu vergleichen“.

Mit seiner vorläufigen und teilweisen Emanzipationserklärung hatte Lincoln ein unmissverständliches Zeichen gesetzt. „A War to Preserve the Union“ wurde damit zum totalen Krieg, in dem sich Gegner und Befürworter der Sklaverei erbittert gegenüberstanden. Am Beginn war ein Sieg für den Norden keineswegs sicher und mit der vernichtenden Niederlage am *Bull Run* am 21. Juli 1861 und mehreren erfolglosen Versuchen, die Südstaatenhauptstadt Richmond einzunehmen, rückte er in noch weitere Ferne. Zu einer Wende zugunsten der Nordstaaten kam es erst am 4. Juli 1863, wo es in Gettysburg zur alles entscheidenden Auseinandersetzung kam. Die Stadt in Pennsylvania ruft aber nicht nur Erinnerungen an die Niederlage des Südens, wach, sie ist gleichsam zu einem Synonym für Lincolns zweifellos berühmteste Rede geworden, die alle seine bis dahin gehaltenen Ansprachen - selbst die *House Divided Speech* - in den Schatten stellt. Trauriger Anlass für die *Gettysburg Address* war die „Einweihung des großen Soldatenfriedhofes“ am 19. November 1863. Ohne die Sklaverei direkt anzusprechen, erinnert Lincoln in eindringlichen Worten seine Landsleute daran, dass die Vereinigten Staaten auf dem demokratischen Prinzip von Freiheit und dem Grundsatz „that all men are created equal“ begründet wurden und wofür sie seither in der übrigen Welt auch eingetreten sind. Besonders berührend sind Lincolns abschließende Worte, die den Vergleich mit einem „masterpiece of prose poetry“ durchaus rechtfertigen: Es wäre nun die große Aufgabe der Lebenden, dafür zu sorgen

that these dead shall not have died in vain - that this nation, under God, shall have a new birth of freedom - and that government of the people, by the people, for the people, shall not perish from earth.

Der Süden kämpfte trotzdem noch fast zwei Jahre verbissen weiter. Am Ende des Jahres 1864 waren bereits alle bedeutenden Zentren in der Hand der Nordstaaten. Der Unionsgeneral William T. Sherman setzte in der Endphase auf eine Strategie der „verbrannten Erde“, was bedeutete, dass seine Truppen nicht nur sämtliche Verkehrswege und Nachschubbasen zerstörten, sondern in ganz Georgia einen Pfad der totalen Verwüstung hinterließen. Die Hauptstadt Atlanta, ein wichtiges Industrie- und Eisenbahnzentrum des Südens, fiel am 2. September. Möglich, dass Lincoln für Shermans Vorgehen auf seinem „March to the Sea“ von Atlanta nach Savannah „nichts übrig hatte“, aber er unternahm auch nichts dagegen. Die Gründe dafür sind in den Präsidentenwahlen vom November zu suchen, bei denen es vor allem darum ging, ob man diesen Krieg fortführen sollte oder nicht. Lincoln wurde zwar dann doch von seiner Partei nominiert, aber seine Wiederwahl war damit noch keineswegs garantiert. Den Ausschlag für den Umschwung in der öffentlichen Meinung gab nicht zuletzt die Einnahme von Atlanta. Sie war für die Union ein wesentlicher, ja der entscheidende Sieg schlechthin über den Süden und ließ alle skeptischen Stimmen auch innerhalb der Republikaner verstummen. Seit Jackson hatte kein Präsident mehr eine zweite Wahl geschafft und Lincoln verdankte seine nicht zuletzt Shermans Erfolg. Die Demokraten waren mit ihrem Kandidaten General George B. McClellan kläglich gescheitert; für die Republikaner bedeutete Lincolns Sieg eine Art Rechtfertigung, ein „eindeutiges Mandat für die Fortführung des Krieges und die völlige Emanzipation der Sklaven“ - wobei das, was heute vielleicht als *Präsidentenbonus* geläufig ist, sicher auch eine Rolle

gespielt hat. Dass ausgerechnet diese Wahl auch weitreichende politische Konsequenzen hatte und sich für die nächsten zwanzig Jahre als richtungsweisend herausstellen sollte, konnte zu dieser Zeit wohl niemand voraussehen - (erst 1884 wurde wieder ein Demokrat, nämlich Grover Cleveland, zum Präsidenten gewählt).

Auf den weiteren Kriegsverlauf hatte Lincolns Wiederwahl keinen Einfluss - an einen Sieg des Südens glaubte zu diesem Zeitpunkt ohnedies niemand mehr. Die von den Demokraten „propagierten Friedensangebote“ waren für Lincoln schon allein deshalb inakzeptabel, da er auf einer „reunion as precondition for peace arrangement“ bestand. In seiner zweiten *Inaugural Address* am 4. März 1865 macht er dennoch deutlich, wie er sich eine Versöhnung zwischen Nord und Süd vorstellt:

With malice toward none, with charity for all, with firmness in the right as God gives us to see the right, let us strive on [...] to bind up the nation's wounds, [...] to do all which may achieve and cherish a just and lasting peace among ourselves and with all nations.

Der dauerhafte Friede lässt jedoch noch einige Wochen auf sich warten. Schon im Februar 1865 hatte Sherman seine Truppen durch die beiden Carolinas Richtung Virginia geführt, wo es im Frühjahr dann zum „final showdown“ zwischen Nord und Süd kommt: Robert E. Lee muss am 9. April in Appomattox vor dem späteren Präsidenten Ulysses S. Grant die Waffen strecken und Joseph E. Johnston endgültig am 26. April in North Carolina vor Sherman. Zwei Tage nach der Kapitulation von Lee, wendet sich Lincoln von einem Fenster des Weißen Hauses an seine Landsleute mit seinen Plänen für die Rekonstruktion der Union. Zu den wenigen die ihm nicht zjubeln, gehört ganz sicher John Wilkes Booth. Der fanatische

und offenbar geistesgestörte Schauspieler aus dem Süden sinnt auf Rache. Lincolns Ankündigung, das Wahlrecht auch auf bestimmte Gruppen von Afro-Amerikanern auszudehnen, ist zugleich auch sein Todesurteil: "It is also unsatisfactory to some that the elective franchise is not given to the colored man. I would myself prefer that it were now conferred on the very intelligent, and on those who serve our cause as soldiers." Vier Tage später, am 15. April 1865 wird Abraham Lincoln während eines Theaterbesuches in seiner Loge erschossen. Als Booth kurz nach dem Mord verhaftet wurde, fand man bei ihm ein Schriftstück mit dem Wappenspruch von Virginia: „*Sic semper tyrannis.*“

Der Süden war militärisch besiegt, seine Landschaften größtenteils verwüstet und seine Gesellschaft wirtschaftlich vollkommen ruiniert; die Sklaverei war formell abgeschafft, die Sklaven selbst aber noch lange nicht gleichberechtigt mit den Weissen. Die Rekonstruktion sollte sich auch noch etliche Jahre hinziehen – trotz der noch von Lincoln selbst formulierten äußerst milden Wiederaufnahmebedingungen für die abgefallenen Staaten. Verantwortlich dafür waren zu einem großen Teil auch die beiden umstrittenen Nachfolgepräsidenten. Andrew Johnson (1865-1869) lag weniger die tatsächliche Umsetzung der Sklavenbefreiung als die daraus resultierende Kompetenzfrage am Herzen. Die Folge davon war ein bis zum äußersten betriebener Machtkampf mit dem Kongress, der Johnson schließlich sogar fast ein *Impeachment*-Verfahren einbrachte (die notwendige Zweidrittelmehrheit im Senat wurde um nur eine einzige Stimme verfehlt!). Auch Johnsons Nachfolger Ulysses S. Grant (1869-1877) konnte trotz seiner ruhmreichen militärischen Vergangenheit die in ihn gesetzten Erwartungen als Präsident nicht erfüllen und machte in erster Linie durch eine Unzahl von Bestechungs- und Korruptionsskandale Schlagzeilen. Eine ganz wesentliche Erkenntnis hatte aber letztlich auch der Süden aus dem Bürgerkrieg gezogen - eine, die den Vereinigten Staaten den Weg zur

Weltmacht geebnet hat und die sie auch bis heute beherzigen: Es ist das einigende Bewusstsein, über alle geografischen, konfessionellen und Parteigrenzen hinweg der amerikanischen Nation anzugehören.

Offiziell erklärte sich Österreich beim Ausbruch des amerikanischen Sezessionskrieges erwartungsgemäß neutral. Man darf annehmen, dass eine andere Position vorwiegend aus politischen Gründen auch nie ernsthaft in Erwägung gezogen wurde. Zum einen hatte man in den letzten Jahren die bittere Erfahrung machen müssen, dass halbherzige Solidaritätserklärungen kontraproduktiv sind; zum anderen haben die sezessionistischen Südstaaten in den Augen der meisten Österreicher unangenehme Erinnerungen wachgerufen. Schließlich kann man revolutionäre Erhebungen gegen eine legitim ins Amt gekommene Regierung woanders nicht gutheissen, die man im eigenen Land mit allen Mitteln unterdrückt hat und trotz verschiedener Amnestien noch immer verurteilt. Außerdem wurde das Sklavereisystem aus tiefer Überzeugung abgelehnt und vor allem als unvereinbar mit einer republikanischen Staatsform angesehen - selbst von der Aristokratie, die ansonsten der feudalen Gesellschaftsstruktur des Südens schon Sympathien abgewinnen hätte können. Dazu kamen vermutlich - wie Matsch feststellt - rein selbstgefällige Überlegungen: Österreich durfte sich aufgrund der „wohlwollenden Haltung der Lincoln Administration gegenüber auch noch mit dem zusätzlichen Argument loben, daß sich die USA im Falle Ungarns nicht so verhalten hätten und ihre Sympathien für die Rebellen nie verbargen“. Auch Dudley Manns unerwartete Rückkehr nach Wien im Jahre 1862 konnte an der österreichischen Einstellung nichts ändern. Sein Versuch, durch Bekanntgabe seiner Mission von 1849 „die Unterstützung Österreichs für die Südstaaten zu gewinnen“, scheiterte. Kein Wunder, dass Manns Vorgehen die amerikanische Regierung in „Verlegenheit“ brachte.¹⁴³

¹⁴³ Hanak, S. 556, Matsch, *Wr. Hof*, S. 125.

Für Österreichs Zeitungen spielten solche und ähnliche Motive natürlich keine Rolle. Dementsprechend unterschiedlich fallen auch die Kommentare dazu aus - mehrheitlich geht man jedoch davon aus, dass Europa und damit auch Österreich ein politisches Interesse am Erhalt der Union haben müssten. Der Verlauf des amerikanischen Bürgerkrieges wurde jedenfalls mit großer Aufmerksamkeit verfolgt und es wurden auch Spekulationen über den möglichen Ausgang und die Folgen für Europa angestellt. Von wahrscheinlichen „neuen Streifzügen der Südländer gegen Cuba und Mexico“ war die Rede, „während der Norden vielleicht neue Bemühungen machen würde, seinen nördlichen Nachbar für eine Vereinigung zu gewinnen“. Für das *Vaterland* dagegen sind in dieser Auseinandersetzung Sieg oder Niederlage völlig unerheblich, denn das Ende der Union sei durch „die Pöbelherrschaft des Nordens“ ohnedies vorprogrammiert. Die amerikanische Republik würde keineswegs an der Frage der Sklaverei scheitern, ist man beim monarchisch geprägten Blatt am 6. Februar 1861 überzeugt, sondern an den „untersten und schlechtesten Elemente einer immer mehr zunehmenden Bevölkerung“. Knapp vier Jahre später, am 30. April 1865, ist man zwar um Verständnis bemüht, dass aus Anlass von Lincolns plötzlichem und gewaltsamen Tod im „österreichischen Abgeordnetenhaus“ eine „Beileidskundgebung“ stattfand, kritisiert aber scharf die damit einhergegangene „Parteinahme für den siegreichen Norden“. Der Wiener Hof teilte diese Meinung ganz offensichtlich nicht - zumindest wenn man dem offiziellen Sprachrohr der Regierung glaubt: Wie der *Botschafter* diesen Status erlangt hat oder welchem Gönner er seine Existenz verdankt, scheint allerdings nicht völlig geklärt zu sein: In Fabritz' Worten wurde die Zeitung nämlich „von der Regierung gegründet oder durch materielle Unterstützung gewonnen [...], um die Ansichten der Regierung der öffentlichen Meinung darzulegen“. Ungeachtet seiner politischen oder finanziellen Abhängigkeit, zeigt sich der *Botschafter* aber erstaunlich realistisch und weitblickend. Man sieht im

Bürgerkrieg eine Art Reifeprozess, mit dem die Vereinigten Staaten den „politischen Kinderschuhe[n]“ entwachsen würden; ob aus diesem Krieg nun ein amerikanischer Staat oder auch zwei hervorgehen, mache keinen wesentlichen Unterschied für „die Welt“, meint der Artikel vom 30. April 1862 pragmatisch, denn „sie wird diese Macht oder diese Mächte zu fühlen bekommen“.¹⁴⁴

Ein paar Monate nach Ausbruch des Bürgerkrieges sorgte die sogenannte Trent-Affäre in Europa für einige Aufregung. Den Grund dafür lieferte die Festnahme von James Mason und John Slidell, die im Auftrag der Konföderierten nach Europa reisten, um in England und Frankreich für Unterstützung zu werben. Charles Wilkes, Kapitän der Unionsfregatte *San Jacinto*, durchkreuzte ihre Pläne und ließ die beiden Männer kurzerhand am 8. November 1861 auf dem Britischen Postdampfer *Trent* verhaften. Erwartungsgemäß reagierte Großbritannien empört, forderte in einem Ultimatum an die Vereinigten Staaten eine offizielle Stellungnahme und die sofortige Freilassung von Mason und Slidell. Obwohl Österreich an diesem Konflikt überhaupt nicht beteiligt war, zeigten sich verschiedene Tageszeitungen alarmiert und Außenminister Rechberg fühlte sich veranlasst, Secretary of State Seward die heikle Position der Habsburgermonarchie in dieser Sache darzulegen: Internationalem Seerecht zufolge sei der Vorfall eindeutig eine Verletzung der britischen Neutralität, dennoch hoffe man, dass es zu keinem endgültigen Bruch in den Beziehungen „between two great powers, to which Austria is equally bound in friendship“ komme und die Vereinigten Staaten alles verhindern

¹⁴⁴ Nevins, SS. 719, 849; *Am. Präsidenten*, SS. 163-169, 170 o.n.A., 171-193; Fischer, SS. 93, 110-112, 115; George Fitzhugh, *Sociology for the South* 203, Alexander H. Stephens, *A Constitutional View of the Late War between the States* I, 137-142, in: Ebd, SS. 102-3; *Die Österreichische Zeitung* v. 4.9.1861, in: Marshall, 1. Kap., S. 18; Loidolt, S. 86, *Vaterland* v. 6.2.1861, 13.6.1861, u. 30.4.1865, in: Ebd, SS. 19, 41, 100; Fabritz, SS. 10-11, 27, 97-8, *Der Botschafter* v. 30.4.1862, *Das Vaterland* v. 14.4.1865, in: Ebd, SS. 28, 30; für eine umfassende Analyse über die Reaktion auf den amerikanischen Bürgerkrieg in den österreichischen Tageszeitungen vgl. Fabritz, aber auch Loidolt.

werden, „which the eventuality of a war could not fail to bring, not only upon each one of the contending parties, but upon the affairs of the world generally“. Ähnlich besorgt äußert sich Rechberg gegenüber Motley: Ein Krieg zwischen Großbritannien und den USA müsse notwendigerweise drastische Auswirkungen auf die weltpolitische Situation haben. Österreichs Befürchtungen waren nach den Erfahrungen der letzten Jahre nicht ganz von der Hand zu weisen: So schreibt zum Beispiel *Das Vaterland* am 27. Dezember 1861, dass Napoleon III. ganz sicher nichts gegen eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen den USA und Großbritannien einzuwenden gehabt hätte, schon allein „um in Europa desto freiere Hand zu gewinnen“; und auch Motley geht in einem Brief an Seward davon aus „that Napoleon would have welcomed a war with the United States“. Dass der Wahrheitsgehalt von bloß mündlich tradierten Worten nicht sehr hoch einzuschätzen ist, hat man an einer Reihe von Beispielen bei Schwarzenberg gesehen. Napoleons Äußerungen zur Trent-Affäre: „I wish to God they had done this to me“ und zum amerikanischen Bürgerkrieg: „C'est une guerre providentielle“, die Motley über den Umweg des französischen Botschafters in Wien zur Kenntnis gelangten, sind zwar durchaus vorstellbar, aber dennoch mit der nötigen Skepsis anzusehen. Rechbergs Sorgen sollten sich bald als unbegründet und Napoleons Hoffnungen als trügerisch erweisen. Bereits am 26. Dezember entschuldigte Seward in London den Übergriff damit „that Wilkes had erred in failing to bring the *Trent* into port for adjudication thus violating Americas policy of freedom of the seas“. Mason und Slidell wurden kurz danach freigelassen und damit war der Sache Genüge getan. Die Vereinigten Staaten hatten ihr Unrecht eingesehen, England zog sich wieder zufrieden in seine *splendid isolation* zurück und Österreich konnte für kurze Zeit glauben, dass Napoleon seine Interventionsabsichten in Übersee damit für immer aufgeben würde.¹⁴⁵

145 Zum *Trent-Konflikt* vgl. Marshall 4.Kap., SS. 4-5; Motley an Seward, *Private and*

Probleme, die das Verhältnis zwischen den USA und Österreich jedoch unmittelbar betrafen, ergaben sich während des Bürgerkrieges durch die Besetzung der amerikanischen Vertretung in Wien. Am 19. März 1861, also knapp zwei Wochen nach Lincolns erster Inauguration, berichtet Hülsemann nach Wien,

daß Lincoln vorhatte, in die USA emigrierte Revolutionäre von 1848 als Botschafter in die deutschsprachigen Staaten zu senden. Seward hatte jedoch den Präsidenten davon abgehalten, da diese Form der Vertretung die Beziehungen der USA zu den konservativen deutschen Regierungen nicht verbessern würde.

Sewards Ratschläge waren entweder nicht sehr effektiv oder der amerikanische Außenminister ist zu dieser Einsicht selbst erst nach den heftigen Protesten von österreichischer Seite gekommen, denn drei Tage später schreibt Hülsemann, „daß ein gewisser Anson Burlingame als Gesandter nach Wien entsandt werden soll“. Hülsemann spricht sich von Anfang an - aus seiner Sicht aus gutem Grund - vehement gegen diese Ernennung aus. Er hatte am 22. März auf jeden Fall offenbar schon genügend Informationen gesammelt, um Rechberg zu berichten, dass Burlingame „mit großer Offenkundigkeit ein sehr ungestümer Radikaler ist“, sowohl was die Sklaverei anlangt als auch „bei all den extrem italienfreundlichen Herren“. Da Österreichs Vertreter mit seinem Veto gegen Burlingame sowohl bei Seward als auch bei Senator Sumner - „dem Vorsitzenden des Senatskomitees für auswärtige Angelegenheiten“ auf Ablehnung stieß, glaubt er am 5. April zu wissen, dass hinter

Confidential Letter v. 25.6.1862, in: Lynch, S. 77; *Vaterland* v. 27.12.1861, in: Fabritz, S. 46.

Burlingames Nomination der sardinische Gesandte in Washington, Bertinatti, steckte, der „in Wien einen piemontesischen Spion“ einschmuggeln wollte. Angestiftet dazu hätte ihn aber ein Graf Gurowsky - in Hülsemanns Worten ein „conspirateur de profession“ - der nicht nur enge Beziehungen zur europäischen Aristokratie sondern auch zu Sumner in Washington unterhielt. Bedenkt man, dass Burlingame schon seit 1848 als ausgesprochener Ungarn- und Italiensympathisant bekannt war, werden Hülsemanns Vorbehalte zwar verständlich, für die *italienische Verschwörung* gibt es Schmetterers Recherchen zufolge jedoch keine stichhaltigen Beweise. Hülsemanns Bemühungen bleiben aber vorerst erfolglos. Obwohl man Verständnis für Österreichs gespanntes Verhältnis zu Sardinien-Piemont zeigt, gelingt es ihm nicht, Seward oder auch etliche republikanische Senatoren von Burlingame abzubringen. Diese Reaktion ist insofern nachvollziehbar, als sich die Sache von amerikanischer Seite aus ganz anders darstellte: Der aus Massachusetts stammende Anson Burlingame hatte sein eigenes Mandat im Repräsentantenhaus als Folge seiner Wahlunterstützung für Lincoln 1860 eingebüßt und der Präsident wollte sich dafür erkenntlich zeigen. Fest steht auch, dass man keine Zeit verlieren wollte, um den Wünschen Lincolns nachzukommen, denn bereits am 26. März berichtet Hülsemann, dass Burlingame vom Senat bestätigt ist. Es ist daher wenig überraschend, dass man keinesfalls von der vorgegebenen Parteilinie abweichen wollte. Dazu kommt, dass Österreichs Vertreter in diplomatischen Kreisen in den Vereinigten spätestens seit seiner heftigen Kontroverse mit Webster für seine ständigen Beschwerden bekannt war. So schreibt zum Beispiel die *New York Times* vom 13. Juni 1861: „M. Hulseman, always anxious of showing his zeal in the protection of the interests of his Government“. Auch in Wien war man in der Zwischenzeit an seinen Übereifer offenbar so gewöhnt, dass man seinen Berichten anfangs überhaupt keine Beachtung schenkt. Erst nach Wochen, am 13. Mai, erhält er die Weisung, offiziell gegen

Burlingames Ernennung Protest einzulegen. Richtig hellhörig wurde man am Wiener Hof aber erst, als die Nachricht über Burlingames Abreise am 27. April nach Europa eintrifft und Hülsemann als Protestmaßnahme seine vorübergehende Abberufung fordert. Möglicherweise hat Hülsemann doch auch unangenehme Erinnerungen wachgerufen: Das Risiko eines weiteren *Kuckuckseis* nach dem Pelzhändler Schwarz wollte man in Österreich jedenfalls nicht eingehen und Rechberg entschließt sich, die Sache dem Ministerrat vorzulegen. Hülsemann wird darüber in einer Instruktion vom 15. Mai informiert und angewiesen, den wesentlichen Inhalt Seward zur Kenntnis zu bringen. Selbstverständlich muss man in Österreich auf die Tatsache hinweisen, dass die Vereinigten Staaten Burlingame ernannt haben, „ohne vorher darüber anzufragen ob diese Wahl hier auch genehm sei“ und natürlich muss dabei auch auf den „Umstand“ aufmerksam gemacht werden,

daß dieser Mann seiner ganzen politischen Richtung, insbesondere aber seiner für die italienische Sache offen ausgesprochenen Parteinahme nach so geartet ist, daß der kaiserliche Hof seine Akkreditierung nicht annehmen könnte.

Auffallend an diesem Protokoll des Ministerrates ist weniger das erwartete Ergebnis als der ambivalente Ton, mit dem Österreich seine kompromisslose Haltung bezüglich Burlingame in einem einzigen Satz zum Ausdruck bringt: Einerseits erinnert man die Vereinigten Staaten an die diplomatischen Gepflogenheiten in solchen Angelegenheiten: „Die Rekusationen von Gesandten kommen in praxi nicht selten vor, dieselben begründen durchaus keinen *casus belli*“, fügt aber gleichzeitig hinzu, dass „die Regierung zu Washington überdies im gegenwärtigen Augenblicke triftigen Grund [hat], Österreich rücksichtsvoll zu behandeln, damit es die

Selbständigkeit der Sklavenstaaten nicht anerkennt." Eine leere *Drohung* - die Österreich vermutlich nie wahrgemacht hätte - aber wirksam, denn in den Vereinigten Staaten reagierte man ungewöhnlich rasch auf die Proteste aus Wien. Seward äußerte sein Bedauern darüber, dass die österreichische Regierung „should have supposed it had good cause to object to the appointment of Mr. Burlingame as United States Minister at Vienna“; gleichzeitig hoffe er aber, dass Österreich nunmehr keine Einwände mehr hätte, „especially as circumstances have materially changed since the presumed causes for Mr. Burlingame having rendered himself unacceptable occurred“.

Das Tauziehen um einen passenden Nachfolger für Glancy Jones in Wien sollte sich jedenfalls solange hinziehen, bis Burlingame aus *eigenem* auf seine Vertretung in Österreich verzichtete (was ihm sicher von Seward nahegelegt wurde) und statt dessen einen Posten in China annahm. Neuer Vertreter in Wien wurde mit November John Lothrop Motley, der Hülsemanns volle Billigung fand. Wie voreingenommen Hülsemann in dieser Sache war, macht ein Vergleich der Beschreibungen der beiden Männer deutlich: Burlingame „ist ein junger Mann ohne jede diplomatische Erfahrung“, von vornherein „mit einem schlechten Ruf“ behaftet, „da ich gezwungen bin schlecht über ihn zu berichten“. Für Hülsemann folgt daraus zwangsläufig, dass Burlingame „irgendeine Dummheit machen [wird]“. Am 13. August - als die Bestellung Motleys festand - schreibt er an Rechberg, dass er den neuen US-Vertreter zwar „nicht persönlich“ kenne, trotzdem aber „keinen Zweifel über seine Qualifikation, die Vereinigten Staaten bei der kaiserlichen Regierung zu vertreten“ hege. Motley sei „ein ausgezeichneter Gelehrter“ und hatte auch die Geschichte der Niederlande herausgegeben - ein Umstand, der ihn in Hülsemanns Augen besonders empfahl. Den designierten amerikanischen Vertreter scheint er allerdings ein wenig unterschätzt zu haben, denn Burlingame begeht trotz entsprechender Rückendeckung durch der Vereinigten Staaten nicht die

„Dummheit“, nach Wien weiterzureisen; eine weise Entscheidung, denn Rechberg hatte nämlich angekündigt, ihm im Falle seiner Ankunft in Wien „konfidentiell eröffnen [zu] lassen, daß sein Kreditiv, [...] nicht angenommen werden würde“. Österreichs Außenminister stützt sich dabei auf eine diesbezügliche Anmerkung im Protokoll, die dazu lautete, „daß dies Se. Majestät nicht abhalten dürfte, die Annahme desselben zu rekursieren“. Der Kaiser musste allerdings mit der Affäre Burlingame - wie Schmetterer herausgefunden hat - nicht behelligt werden. Ob aus eigener Klugheit oder auf Anraten sei dahingestellt - jedenfalls hatte Burlingame es vorgezogen, die weitere Entwicklung vorerst in Paris und London abzuwarten.¹⁴⁶

Hülsemanns Vorschusslorbeeren für Burlingames Nachfolger waren offenbar gerechtfertigt, denn John Lothrop Motley erweist sich während seiner siebenjährigen Tätigkeit in Wien von Anfang an als ungewöhnlich österreichfreundlich; ungewöhnlich deshalb, weil Österreich für die meisten Amerikaner ja noch immer das Land war, wie es der *New York Herald* vom 27. Mai 1859 charakterisiert hatte:

[E]in Feind jeglicher Reform, ob religiöser, sozialer oder politischer Natur, ständig weckt es die schlummernden revolutionären Kräfte und gefährdet durch seine auf Mißbilligung stoßenden repressiven Maßnahmen den Frieden in Europa. Der Krieg gegen Österreich ist daher notwendigerweise ein Krieg für den Fortschritt.

Motley hingegen ist schon ein paar Monate nach seiner Ankunft von Österreichs konstitutionellen Fortschritten tief beeindruckt. So ist er im

¹⁴⁶ Berichte und Weisungen zur Bestellung Burlingames: Hülsemann an Rechberg v. 19.3., 22.3., 30.4. und 17.5.1861, Rechberg an Hülsemann v. 18.4.1861, HHStA/PA XXXIII/19, Protokolle Öst. MR 1848-1867, V. Abteilung, Bd.2, SS. 43-4; vgl. dazu auch Schmetterer, SS. 76-84, Hülsemann an Rechberg v. 26.3. und 5.4.1861 in: Loidolt, SS. 11-14.

Oktober 1862 an Seward überzeugt davon „[that] there is a steady effort to give fair play to the liberal institutions with which the empire has recently been endowed“. Swards Überraschung ist daher verständlich, wenn er glaubt, dass Motleys *Österreich-Bild* „would be quite new to a large part of the American public“. Aus österreichischer Sicht war Motley sicher ein idealer Vertreter. Er beschränkt sich auf die Rolle des eher unbeteiligten Zuschauers, berichtet das, was er *sollte* und vermeidet ganz bewusst heikle Themen - wie beispielsweise die Rolle der katholischen Kirche in Österreich. Besonders deutlich treten Motleys Sympathien im Hinblick auf Kaiser Franz Joseph hervor, wo sich der US-Vertreter auffallend zurückhaltend verhält. Zu seiner Rechtfertigung muss man allerdings bedenken, dass für ihn einzig und allein die Interessen der Union im Zentrum seiner Berichterstattung standen, wobei es ihm vor allem darum ging, die Haltung Englands aber vor allem die Frankreichs zu den Sezessionisten herauszufinden, wie aus seiner Privatkorrespondenz mit Lady William Russell und Bismarck hervorgeht. Motleys Hauptaugenmerk galt dabei den wie immer undurchsichtigen Zielen Napoleon III. und es ist daher wenig überraschend, dass man in seinen Berichten an Seward ausschließlich negative Äußerungen über den französischen Kaiser findet. In einem Brief an seine Mutter vom 17. November 1863 gesteht er Napoleon einerseits eine dominante Rolle in der europäischen Politik“ zu, andererseits nennt er ihn einen bei weitem überschätzten Emporkömmling - „whom the littleness of his contemporaries has converted into a species of great man“. Wer diese unbedeutenden Zeitgenossen sind, erwähnt Motley allerdings nicht. Seine oft unreflektierten Aussagen haben Motley die unterschiedlichsten Vorwürfe eingebracht, die von mangelnder Objektivität und Beobachtungsgabe bis hin zu Oberflächlichkeit reichen. Lynch, zum Beispiel, ist nicht sicher, ob Motley nur „blindly prejudiced“ war gegenüber Napoleon oder einfach wie üblich dazu neigte „to oversimplify political conditions in Europe“. An anderer Stelle räumt Lynch allerdings

ein, dass Motley dieses Vorurteil nicht nur mit vielen Europäern, sondern auch mit der Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung teilte. Motleys charakterliche Einschätzung von Franz Joseph lässt doch auf eine sehr schematische Denkungsweise schließen - wobei man ihm jedoch eine gewisse Menschenkenntnis nicht absprechen kann: In einem ausführlichen Bericht an Seward schon kurz nach seinem Antrittsbesuch beschreibt er den Kaiser aufgrund von dessen Physiognomie als „being chivalrous, thoughtful, earnest, and somewhat sad - tall, slender and well formed, fair of complexion with irregular and commonplace but not inexpressive features“. Aus diesen Merkmalen schließt Motley, dass Franz Joseph „an earnest soldier devoted to that profession“ ist und „car[es] little for anything else but having resigned himself with good grace to the constitution he was obliged to grant to his people“. Die persönliche Begegnung mit Franz Joseph ist für Motley auch Anlass, von seiner sonstigen Gewohnheit abzuweichen und auf den Katholizismus in Österreich hinzuweisen: Der Kaiser hatte nämlich keinen Zweifel daran gelassen, dass er ein „ardent believer in the spiritual and temporal sovereignty of the pope“ ist - eine Äußerung, die Motley als einen Hang zu „Bigotterie“ auslegt aber wider Erwarten nicht weiter kommentiert. Obwohl der Protestant Motley vermutlich die Meinung der meisten Amerikaner teilte, dass mit dem Konkordat von 1855 „die Beziehungen zwischen Kirche und Staat in Österreich wieder in ihrer mittelalterlichen Form hergestellt“ wurden, verzichtet er auch in diesem Fall auf jede persönliche Stellungnahme. Ähnlich unkritisch äußert sich Motley auch über österreichische Tageszeitungen. Schon bald nach seiner Ankunft schreibt er an seine Tochter: „*Die Presse* has a leading article almost every day on the subject as warm, as strong, as sympathetic, and as well informed even to the minutest attack as if it were written in Washington or Boston.“ Fast zwei Jahre später, in einem Bericht am 5. Oktober 1863 an Seward ist er voll des Lobes über Österreichs Journalisten: „The ability and knowledge

of public writers here in dealing with foreign affairs, especially those of the United States, is very remarkable.“ Von Verleumdungen in der Presse gegen die Union will Motley nichts wissen, fügt aber einschränkend hinzu: „If there has been any calumny in the press, I have not seen it.“

Eine mögliche Erklärung für Englands anfänglich schwankende Position gegenüber den Südstaaten hatte Motley einerseits in Amerikas wirtschaftlichem Fortschritt, andererseits im starren britischen Klassensystem gesehen: „Was it possible for English aristocracy not to sympathize with the slaveholder’s oligarchy“, schreibt er rhetorisch am 25. Juni 1862 an Seward. Dass Österreich im europäischen Mächtepoker längst nur mehr eine Nebenrolle spielte, war für Motley wahrscheinlich schon vor seiner Ankunft kein Geheimnis; deshalb ist er im November 1861 an Seward noch überzeugt davon, dass „Austria's policy toward the United States would be much influenced by that of England and France“ und es daher für ihn vorteilhaft war, vor seinem Amtsantritt „the fountain heads of that policy“ kennenzulernen. Im Juni 1862 ist davon nicht mehr die Rede, ganz im Gegenteil: Österreichs Haltung steht sogar „in sharp contrast to this unfriendly attitude of England and France“ und sowohl die Regierung als auch die Bevölkerung Österreichs sind „very favorably disposed towards the Union“. Motleys Vorbehalte hinsichtlich Österreichs politischer Unabhängigkeit waren nicht ganz unbegründet. Offensichtlich gab es selbst am Ende des Bürgerkrieges noch immer etliche Stimmen, die sich lautstark für den Süden einsetzten - nicht aus eigener Überzeugung - wie die *„Neue Freie Presse“* vom 17. Februar 1865 kritisiert -, sondern aus Bequemlichkeit und Gedankenlosigkeit: „Man denkt sich bei der Sache gar nichts, sondern heult einfach mit den englischen Wölfen.“ Verantwortlich für Motleys Meinungsumschwung dürfte aber einerseits die Audienz beim Kaiser gewesen sein, wo Franz Joseph ihm versicherte, dass Sklaverei und „eine aufgeklärte Regierung“ unvereinbar seien; ausschlaggebend war jedoch sicher eine Unterredung

mit Rechberg im Februar 1862, bei der der US-Vertreter den Eindruck gewinnt, dass Österreich „the last country [is] that will acknowledge the slave confederacy“. Die Ursachen sieht er vor allem darin, dass Österreich „our cause [...] with law, order, and legitimate authority against rebellion and anarchy“ identifiziert. „It is fortunate for us“, fügt Motley hinzu „that the cause of law and order is also the cause of freedom.“ Viele österreichische Beamte dürften diesen feinen Unterschied zu den Vereinigten Staaten als Anlass genommen haben, um einen Dienst in der Union anzustreben. Motley bedauerte, dass die Ansuchen dieser „chivalrous men“ in Washington abgelehnt werden mussten, kann sich aber „for the sake of history“ damit trösten „that the archives will contain this fine testimony of their desire to serve the starry banner.“

Im Zusammenhang mit dem *Februarpatent* glaubt Lynch, bei Motley „a „somewhat indifferent attitude to the position of the Hungarians“ zu bemerken - eine Haltung, die doch „a marked contrast to the nearly fanatic sympathy of many Americans during the Revolution of 1848 and especially during the visit of Kossuth to the United States in 1851“ erkennen lässt. Andererseits vermisst sie beim US-Vertreter auch „[an] awareness of the relation between Schmerling's resignation and his failure in the *Grossdeutsche* policy“. Im Hinblick auf Ungarn sollte man bedenken, dass auch für Motley gewisse Parallelen zwischen den revolutionären Ungarn und den abtrünnigen Südstaaten unverkennbar waren: Dass er „Deaks famous Easter speech [or] its effect in paving the way for conciliatory steps“ mit keinem Wort erwähnte, kann man als „Gleichgültigkeit“ gegenüber Ungarn auslegen - abgesehen davon, dass die Begeisterung für Kossuth schon mehr als zehn Jahre zurücklag (eine die er möglicherweise auch nie geteilt hatte). Motley wusste zweifellos, dass vor dem Hintergrund einer drohenden Auseinandersetzung mit Preußen der *Ausgleich* für Österreich nur mehr eine Frage der Zeit sein konnte; trotzdem oder gerade deswegen konzentriert er sich in seiner

Berichterstattung auf die wichtigsten Ereignisse - wie etwa den Besuch des Kaisers in Ungarn oder die Sistierung des Reichsrates. Es spricht für Motleys diplomatische Besonnenheit, dass er auch bewusst das österreichische Kaiserpaar ausklammert: Kolportierte *Klatsch- und Tratschgeschichten* über Elisabeths umstrittene Rolle in Ungarn findet man beispielsweise beim US-Vertreter nicht (immerhin gab es Hamann zufolge sowohl in ungarischen als auch in österreichischen Zeitungen genügend davon).

Wie erklärt man jedoch Königgrätz, wenn man sich sowohl Bismarck als auch Franz Joseph verpflichtet fühlt, wenn man an „real catastrophes“ nicht glaubt, sondern Geschichte „as a series of events governed by a law of progress, the result of which was democracy“ betrachtet? Lynch geht davon aus, dass „the very obvious admiration and loyalty Motley had for Bismarck did not prevent the American diplomat from giving a fair presentation of the Austria position in the struggle for hegemony among the german states“. Folgt man ihren Schlussfolgerungen, ergibt sich jedoch ein etwas anderes Bild:

He [Motley] could not regard Austria's so-called exclusion from Germany as an unmitigated evil; her vital interests were not prejudiced. He had great hopes for the country if her resources were properly employed. The variety of races in Austria, he thought, might be made a source of strength especially since the predominant element was the German race, which Motley claimed had been the civilizing ingredient of the greater part of Europe and America. and so it was impossible for him not to trust in better days for Austria.

Motley hatte zweifellos den für den Amerikaner typischen

unbeirraren „blind faith in historic progress“; eine Überzeugung, die in Lynchs Worten „reconciled for him the prediction that Prussia would become a democratic state, while he recognized that her leader, Bismarck, was a rigid absolutist“. Dass den US-Vertreter mit Bismarck mehr als bloß Respekt und Achtung vor dem Andersdenkenden verband, geht aus seinen Briefen eindeutig hervor. Aus diesem Grund hat Motley zweifellos auch die Schleswig-Holstein-Frage überhaupt nicht erwähnt. Bewunderung für einen politischen Gegner ist eine Sache, Freundschaft eine ganz andere. Schließlich wurde auch George Washington trotz aller Gegensätze von Joseph II. und Metternich bewundert; und Franz Joseph und Lincoln haben einander immer geachtet und akzeptiert und trotzdem niemals einen persönlichen Briefkontakt gepflegt.

Motleys eigene Kommentare zu den bedeutsamen Ereignissen im Sommer 1866 dagegen muten fast deterministisch an. Er macht „the sins of former centuries“ dafür verantwortlich und prangert Österreichs obsolete Gesellschaftsstrukturen an, wo „birth is everything; wit, wisdom, valour, science“ hingegen wenig bedeuten. Am 3. Juli schreibt Motley an seine Tochter „that Venice ought to belong to Italy geographically and ethnographically“, trotzdem kann er nicht umhin, das zu bedauern:

[W]here would poor dear Austria be if she stripped herself successively of all her nationalities? She would vanish into space. She is only a heterogeneous bundle that was patched up fifty years ago at the Congress of Vienna.

Knapp sechs Wochen später besteht auch für Motley über die Folgen kein Zweifel mehr: „Dancing well, driving well, a charming manner“, schreibt er am 14. August resigniert in seiner Privatkorrespondenz, genügen eben nicht mehr „in these degenerate days, and so you have

Königgrätz and the Peace of Prague“.

Motleys *Zweckoptimismus* war aus österreichischer Sicht wohl nicht ganz angebracht und es dürften ihn auch wenige geteilt haben. Viele Jahre hindurch hatte man allen revolutionären Erhebungen zum Trotz mühsam eine absolutistische Fassade aufrechterhalten, sich nach schmerzlichen Gebietsverlusten zu einem schrittweisen Parlamentarismus durchgerungen und doch den Führungsanspruch in Deutschland endgültig verloren. Die „besseren Tage“, an die der US-Vertreter vielleicht tatsächlich geglaubt hatte, wollten sich auch später nicht einstellen. Zu den politischen Niederlagen gesellten sich für Franz Joseph in den nächsten Jahren schwere persönliche Schicksalsschläge. Der erste davon zeichnete sich schon zu Motleys Zeiten in Wien mehr als deutlich ab.¹⁴⁷

VI. EPILOG: MONARCHIE IN MEXIKO

In Mareschalls Berichten kurz nach 1838 ist von einer relativ gleichgültigen Einstellung der USA gegenüber den Regierungsformen zu ihren Nachbarn die Rede; aber Mareschall hatte auch erkannt, dass die amerikanische Toleranz im Falle einer Intervention einer europäischen Macht sehr rasch umschlagen könnte. erinnert man sich an die Pläne des General de Santa Anna und Napoleons zur Zeit des amerikanisch-mexikanischen Krieges und in diesem Zusammenhang an Buchanans damaligen Informanten John Black, so war das Projekt einer Monarchie in

¹⁴⁷ *Neue Freie Presse* v. 17.2.1865, in: Loidolt, S. 87; Motley an Seward No 8, Okt. 1862, in: Lympius, S. 98; *New York Herald* v. 27.5.1859, zit.nach John G.Gazley, *American Opinion of German Unification 1848-1871*, 111, in: Hanak, S. 554; Motley an Seward v. 11.11.1861, zit.nach FRUS 1862, 557, in: Ebd, S. 556; Lynch, SS. 89, 137, 139, 150; Motley an seine Mutter 17.11.1863, *Correspondence* II. 144, in: Lynch, S. 76; Motley an seine Tochter 22.1.1862, in: Ebd, S. 81; 3.7.1866 und 14.8.1866, *Correspondence* II, 225, 245-7, in: Ebd, SS. 136, 138; Seward an Motley 18.11.1862, in: Ebd, SS. 75-6; Motley an Seward 11/1861, 12.2.1862, in: Ebd, SS. 76, 81; 79, 49-50; 5.10.1863, in: Ebd, S. 81; 27.6.1865, 11.12.1865, in: Ebd, SS. 64, 66-7.

Mexiko für die USA ja keineswegs etwas Neues.¹⁴⁸ Bedenkt man, dass die Aufrechterhaltung der Union während des amerikanischen Bürgerkrieges das vordringlichste Problem der Vereinigten Staaten war, ist es nicht verwunderlich, dass man solch einem Plan zu dieser Zeit mit noch mehr Ablehnung und Misstrauen begegnete. Aus Swards Weisungen an Motley wird deutlich, dass die USA ihre Einstellung seit 1846 nicht geändert hatten.

Als Motley aufgrund einer Meldung in der *Presse* vom 6. Februar 1862 über die geplante Errichtung einer Monarchie in Mexiko bei Rechberg vorsprach, konnten diese *Gerüchte* vom österreichischen Außenminister noch dahingehend zerstreut werden, dass es keinerlei „Anhaltspunkte für diese Angelegenheit“ gäbe.¹⁴⁹ Swards Weisung an Motley vom September 1863 soll sowohl Österreich als auch Frankreich daran erinnern, dass die Vereinigten Staaten keineswegs „indifferent to the events which are occurring in Mexiko“ sind; man setze in den USA jedoch voraus, dass „the Governments of the two countries are not improperly left in any uncertainty about the sentiments of the United States“. Seward wusste selbstverständlich, was er unter den gegebenen Umständen von Napoleon zu erwarten hatte: So lange die Amerikaner mit ihrem eigenen Krieg beschäftigt waren, würde der französische Herrscher seine Truppen nicht abziehen. Seward richtet daher einen eindringlichen Appell an Franz Joseph:

His candor and fairness towards the United States warrant the president in believing, as he firmly does, that His Majesty will not suffer His Government to be engaged in any proceedings hostile to or infurious to

148 Vgl. Anmerkung 81.

149 *Presse*, Nr. 36 v. 6.2.1862, in: Loidolt, S. 25.

the United States.

Allerdings hatte Rechberg schon im Februar 1863 klargemacht, dass man sich in Österreich „von dieser Frage“ distanzierte, da sie eine „durch und durch eine persönliche Sache Seiner kaiserlichen Hoheit des Erzherzogs Maximilian ist“. Für die Union bedeutete Maximilians Annahme der Kaiserkrone weniger eine Privatangelegenheit als die Gefahr einer Unterstützung für die Südstaaten durch ein monarchisch regiertes Mexiko. Gegen eine liberale, republikanische Regierung bestanden hingegen naturgemäß keine Einwände - auch wenn ihr Präsident indianischer Abstammung war - und man ist offensichtlich bemüht, das auch zu zeigen: So wird zum Beispiel im Oktober 1863 „der neue mexikanische Gesandte der Regierung Juárez in Washington, Matien Romero, von Lincoln äusserst freundlich empfangen“ und Seward teilt Österreichs US-Vertreter Giorgi am 16. Jänner 1864 mit, „dass die Vereinigten Staaten die diplomatischen Beziehungen zu der Regierung des Präsidenten Juárez fortsetzen würden“.¹⁵⁰

Nach dem Sturz von Santa Anna 1855 kommt es in Mexiko unter der Präsidentschaft von Benito Juárez (1858-1872) zu einer Reihe von liberalen Reformen und einer Einziehung des Kirchenvermögens. Die Folge daraus sind nicht nur ein dreijähriger Bürgerkrieg, sondern auch eine enorm hohe Staatsverschuldung. Spanien, Großbritannien und Frankreich sind jedoch nicht bereit, Juárez die Rückzahlung seiner Verbindlichkeiten zu stunden und entsenden Truppen nach Mexiko, um ihren Forderungen den dementsprechenden Nachdruck zu verleihen. Napoleon III. beläßt seine Streitkräfte auch nach dem Abzug der

150 Seward an Motley v. 26.9.1863, in: Schmetterer, S. 91. Nikolaus Graf Giorgi war im Herbst 1863 dem krankheitsbedingt zurückgetretenen Hülsemann gefolgt, vgl. dazu Anmerkung 43; Weisung Rechberg an Giorgi v. 1.2.1864, in: Ebd, S. 91; Giorgi an Rechberg v. 27.10.1863 und 16.1.1864, in: Loidolt, SS. 25-6.

Engländer und Spanier in der Hoffnung, nun sein lange gehegtes Vorhaben, sich in Amerika einen mit Frankreich politisch, aber auch wirtschaftlich Verbündeten zu sichern, endlich in die Tat umzusetzen. Eine Intervention seitens der USA brauchte er ja infolge des amerikanischen Sezessionskrieges nicht zu befürchten. Eine auf seine Initiative einberufene Notabelnversammlung proklamiert im Juli 1863 das mexikanische Kaiserreich. Was Napoleon für seine Pläne noch brauchte, war eine passende Repräsentationsfigur und die fand er im österreichischen Erzherzog Ferdinand Max, der auf seinem Schloss in Miramare bei Triest ein eher unzufriedenes und unausgefülltes Dasein führte. Für Maximilian, den um zwei Jahre jüngeren Bruder von Kaiser Franz Joseph, waren die Verlockungen, Kaiser von Mexiko zu werden wohl zu groß. Nach anfänglichem Zögern schlug er alle Warnungen der kaiserlichen Familie in den Wind, verzichtete auf alle Erbensprüche des Hauses Habsburg und nahm im Herbst 1863 das Angebot der nach Miramare entsandten Deputation an. Im Dezember 1863 war Maximilian dann offenbar von seinem übereilten Entschluss nicht mehr so ganz überzeugt: Er informiert Jefferson Davis „that he regarded Anglo-French recognition of the Confederacy as a precondition for his acceptance of the Mexican crown“. Dass Maximilian seine Reise trotz der Nichterfüllung dieser Bedingung antrat, zeigt doch deutlich, wie sehr er die Unterstützung durch Napoleon und auch seine künftige Position überschätzte. Die Presse und die Bevölkerung in Österreich sehen die Sache offenbar wesentlich realistischer: Im März 1864 schreibt Motley an Lady William Russel „how galling it was to Austrians to have a prince of the House of Hapsburg become a satrap of the Bonaparte dynasty“ und die Pressemeldungen dazu sind „decidedly hostile“.¹⁵¹

Die Bedingungen, die Maximilian bei seiner Ankunft in der Hauptstadt Mexico am 16. Juni 1864 vorfand, entsprachen jedoch wohl

¹⁵¹ Crook, SS. 161-2; Motley an Lady William Russell, 17.3.1864, in: Lynch, SS. 86-7.

kaum seinen eigenen Erwartungen. Ein Herrschaftsbereich, der sich auf das von den Franzosen kontrollierte Gebiet beschränkt, eine Marionette von Napoleons Gnaden sind wohl alles Andere als der Stoff, aus dem kaiserliche Träume gemacht sind. Mit dem Ende des Sezessionskrieges ist zwar der Ausgang des *Mexikanischen Abenteuers*, jedoch nicht das tragische Ende von Maximilian absehbar. Napoleon III., dem die ganze Angelegenheit auf Dauer zu kostspielig wurde, beugt sich dem Druck der Vereinigten Staaten - „[an] increasing pressure as the Civil War drew to a conclusion“¹⁵² - und erklärt im Frühjahr 1866, dass er bis zum Herbst seine Truppen aus Mexiko abziehen werde. Als Ersatz für die französischen Truppen sollten zusätzlich rekrutierte österreichische Freiwillige dienen, was wenig überraschend auch den Ton gegenüber Österreich verschärft. Nach der Einnahme von Querétaro durch Juárez' republikanische Truppen muss das kaiserliche Heer kapitulieren und Maximilian wird gefangengenommen. Die Möglichkeit zur Flucht oder mit den letzten französischen Soldaten, Mexiko zu verlassen, will er nicht nutzen. Weder die Wiedereinsetzung in seine früheren Rechte als österreichischer Erzherzog durch Franz Joseph noch die Interventionen etlicher Staaten (darunter auch die USA), sein Leben zu schonen, halten Präsident Juárez davon ab, ihn zum Tode zu verurteilen. Am 19. Juni 1867 wird Maximilian erschossen. Dass Juárez nicht davor zurückschreckte, die Hinrichtung eines österreichischen Erzherzogs zu befehlen, läßt in Europa die Wellen der Empörung besonders hochschlagen. Dabei wird oft übersehen, dass Maximilians Abstammung aus Juárez' Sicht absolut keinen Unterschied machte. Für ihn zählte einzig die Tatsache, „that the honor and national interest of Mexico required the death of the man who had attempted to destroy its legitimate government and impose a European-style monarchy backed by European troops“. Den Vereinigten Staaten hingegen wird in diesem Zusammenhang oft vorgeworfen, sie hätten sich nicht genug für

152 Case, S. 548.

Maximilian eingesetzt. Auch wenn man Seward zugesteht „[that he] did not want to offend Austria and other European monarchies by appearing insensitive to the fate of the ex-emperor“, sind diese Vorwürfe - zumindest teilweise - nicht ganz von der Hand zu weisen. Es mag stimmen, dass Seward „feared that a further U.S. intervention on behalf of Maximilian would offend Juárez and his supporters in the United States and lessen Maximilians chance for survival“. Ein paar Tage vor Maximilians Tod wird Romero von Seward darüber „informiert“, dass der österreichische und der französische Kaiser, sowie die Königin von England sich mit der Bitte um Intervention an die USA gewandt haben. Damit war Seward aber bloss „relaying the concerns of European monarchs without adding to the previous U.S. pressure“.¹⁵³ Der amerikanische Außenminister wollte sich damit scheinbar der Verantwortung für Maximilians Leben entziehen und sie auf die mexikanische Regierung abschieben, was ihm auch - sicher unbeabsichtigt - gelang. Als Juárez von diesem Gespräch mit Seward erfuhr, war Maximilian bereits tot.

Während des Krieges hatten sich die USA zu den Ereignissen in Mexiko eher zurückgehaltend geäußert und hatten das praktiziert, was man tatsächlich als „patient protest“ bezeichnen könnte. Mit dem Sieg der Union und dem Präsidentenwechsel ändert sich die Lage dann gründlich.¹⁵⁴ Die Vereinigten Staaten sind ganz offensichtlich mit ihrer Geduld gegenüber den europäischen Mächten am Ende: Besonders deutlich wird das durch Johnsons Jahresbotschaft an den Kongress vom 4. Dezember 1865. Die Vereinigten Staaten

should regard it as a great calamity to [them]selves, to the cause of good government, and to the peace of the world, should any European power challenge the American people, as it were to the defence of republicanism against foreign interference.

¹⁵³ Mahin, SS. 282, 284.

¹⁵⁴ Case, S. 548.

In der Habsburgermonarchie hat man Johnsons Botschaft scheinbar nicht die richtige Bedeutung beigemessen. Anders lässt sich nicht erklären, dass man am 15. März 1866 noch ein Zusatzabkommen abschließt¹⁵⁵, das weitere Freiwillige aus Österreich nach Mexiko bringen sollte. Vergleicht man Swards Schreiben vom April 1866 mit dem vom September 1863, wird deutlich, wie sehr man in den USA darüber verärgert war: Keine Rede mehr davon, dass die Vereinigten Staaten im Vertrauen auf die „Offenheit und Fairness“ von Franz Joseph überzeugt sind, dass Österreich an keinen Handlungen teilnehmen würde, die die USA verstimmen könnten. Seward macht deutlich, dass die Entsendung zusätzlicher Truppen einem Krieg zwischen Österreich und der Republik Mexiko gleichkomme, bei dem die Vereinigten Staaten ihre Neutralität nicht mehr garantieren könnten. Seine kaum verhohlene Drohung wurde von der österreichischen Regierung auch als solche verstanden:

In the event of hostilities being carried on hereafter in Mexiko by Austrian subjects, under the command or with the sanction of the government of Vienna, the United States will feel themselves at liberty to regard those hostilities as constituting a state of war by Austria against the republic of Mexiko; and in regard to such war waged at this time and under existing circumstances, the United States could not engage to remain as silent and neutral specatators.¹⁵⁶

155 Aufgrund eines Vertrages zwischen Österreich und Mexiko vom 19.10.1864 war bis zum 5.5.1865 ein Kontingent von 6545 Freiwilligen in Österreich rekrutiert worden. Gemäß eines Zusatzvertrages vom 15.3.1866 sollten jährlich weitere 2000 Mann nach Mexiko abkommandiert werden. Infolge der heftigen amerikanischen Proteste verzichtete Österreich jedoch darauf, was die USA dann auch zufrieden zur Kenntnis nehmen: Präsident Johnson ist überzeugt davon, dass „the present just, liberal and friendly proceeding on the part of the Imperial Royal government will not fail to enhance the good will and cordial friendship which the United States habitually cherish for the Imperial government and the people of Austria“, Motley an Mensdorff 29.6.1866, HHStA, PA XXXIII K 21, in: Matsch *Wien-Washington*, SS. 735-6, Anmerkungen 603 und 610.

156 Seward an Motley v. 6.4.1866, in: Schmetterer, S. 96; Loidolt, SS. 32-3.

In einem Punkt unterscheidet sich dieser letzte Konflikt zwischen Österreich und den USA doch ganz wesentlich von den vorangegangenen. Persönliche Animositäten wie zum Beispiel in der Hülsemann-Webster-Kontroverse spielten hier überhaupt keine Rolle. Für die USA muss die Anwesenheit fremder Truppen eine ständige Provokation ihrer *Monroe-Doktrin* und damit eine Verletzung ihrer fundamentalen, unumstößlichen Grundsätze bedeutet haben.

Ein besonders freundschaftliches oder gar herzliches Verhältnis zwischen der Habsburgermonarchie und den Vereinigten Staaten hatte von Anfang an nicht bestanden und beide Staaten hatten es auch nie wirklich angestrebt. Sämtliche Auseinandersetzungen während dieser Zeit lassen sich letzten Endes auf fehlende Akzeptanz und Toleranz zurückführen, die aber zur Überwindung der unterschiedlichen ideologischen Überzeugungen und Grenzen notwendig gewesen wären.

ÜBERBLICK

Die Vereinigten Staaten von Amerika waren von Anfang daran interessiert, den durch den Unabhängigkeitskrieg unterbrochenen Warenaustausch zu Europa und damit auch zur Habsburgermonarchie wieder aufzunehmen. Der im August 1829 abgeschlossenen Handels- und Schifffahrtsvertrag sichert den Bürgern beider Staaten das Recht auf ihr bewegliches und mit einem Zusatz von 1848 dann auch über ihr unbewegliches Vermögen; einen offiziellen Charakter erhalten die österreich-amerikanischen Beziehungen jedoch erst im Jahre 1838 durch den gegenseitigen Gesandtenaustausch. Vorbehalte hatte es auf beiden Seiten gegeben. Für die USA war die Habsburgermonarchie hauptverantwortlich für die *Heilige Allianz* und Österreich sah in der jungen Republik den Ursprung sämtlicher europäischer Revolutionen. Die USA waren durch die schwere Wirtschaftskrise von 1837 schließlich gezwungen, sich nach neuen Absatzmärkten von Reis oder Tabak umzusehen und auch in Österreich war man durchaus an intensiveren Handelsbeziehungen interessiert. Der unbedingte Glaube an ein *Manifest Destiny* sowie ein ungeheures Bevölkerungswachstum lassen die USA in den 1840er Jahren einen aggressiven Expansionskurs einschlagen. Der Sieg im Krieg gegen Mexiko und die riesigen Gebietsgewinne vergrößern aber auch die Nord-Süd-Spannungen und verschärfen die Sklavereidebatte. Das Verhältnis zu Österreich wird dadurch wenig berührt. Die Politik am *Wiener Hof* stagniert zu dieser Zeit und ist vielmehr von internen Differenzen und der Angst vor revolutionären Erhebungen geprägt als vom Willen zu tiefgreifenden Reformen. Eine ernste Bedrohung für die bis dahin freundlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten stellen im Jahre 1849 jedoch die *Mann-Affäre* und der darauffolgende Kossuth-Besuch in den USA dar. Der US-Attaché Dudley Mann sollte nach Ungarn reisen, um im Auftrag der USA die Anerkennung

für ein unabhängiges Ungarn auszusprechen. Lajos Kossuth kann nach der Niederschlagung der ungarischen Revolution in die Türkei entkommen, wird jedoch von den dortigen Behörden in Gewahrsam genommen. Die Pforte gibt schließlich dem britisch-amerikanischen Druck nach und Kossuth wird auf Initiative der amerikanischen Regierung nach New York gebracht, von wo aus er seine triumphale Rundreise durch die Vereinigten Staaten beginnt. Dudley Mann kann seiner Mission infolge der erfolglosen ungarischen Revolution nicht nachkommen und Kossuths Versuch, die USA zu einem Eingreifen zugunsten Ungarns zu bewegen, scheitert letztlich am Grundsatz des Nichtinterventionsprinzips. Die USA erwägen wegen Österreichs Vorgehen gegen Ungarn sogar einen offiziellen diplomatischen Abbruch; ein dementsprechender Antrag wird im Senat jedoch abgelehnt. Für den US-Außenminister Webster mit ein Grund, Österreich gegenüber die wachsende Macht der Vereinigten Staaten zu demonstrieren. Sein berühmter *Hülsemann-Brief* und seine Bankettrede zu Ehren Kossuths sind für die Habsburgermonarchie eine Provokation dar. Österreich glaubt das Ansehen der Monarchie dadurch diskreditiert und Hülsemann wird der persönliche Kontakt mit Webster untersagt. In den 1850er Jahren sorgen die Konflikt um Martin Koszta und die Ernennung Burlingames als amerikanischer Vertreter in Wien für vergleichsweise unbedeutende Unstimmigkeiten. In den USA kämpft man um den Erhalt der Union. Die Differenzen zwischen dem industrialisierten Norden und dem Feudalsystem des Südens, aber auch die ungelöste Sklavereifrage führen schließlich im Ausbruch des Sezessionskrieges. Österreich, das in dieser Periode schwere außenpolitische Niederlagen hinnehmen muss, kann den endgültigen Übergang vom Neoabsolutismus zum Verfassungsstaat nicht mehr verhindern. Anlass für eine letzte Auseinandersetzung zwischen Österreich und den USA bietet bis zum Ende der Habsburgermonarchie dann nur noch die Annahme der mexikanischen Kaiserkrone durch Erzherzog Maximilian.

OVERVIEW

From the start the United States of America have been interested in reestablishing trade relations with Europe including the Habsburg monarchy, after contacts were interrupted by the Civil War. A treaty of Amity, Navigation and Commerce was concluded in August 1829, which gave citizens of either state the right of movable property. The amendment of 1848 extended the right to real estate, but it was not before 1838 that envoys were mutually exchanged. There had been reservations on either side. For the United States the Habsburg monarchy was mainly responsible for the *Holy Alliance* and Austria regarded the young republic as the source of all European revolutions. The severe economic slump of 1837 forced the USA to look for markets for rice and tobacco and Austria also took an interest in intensifying her trade relations. Absolute belief in *Manifest Destiny* and the tremendous growth of population make the United States take an aggressive course of expansion. The victory over Mexico and huge territorial expansion exacerbate both the North-South tensions and the debate on slavery. This hardly affects the relations to Austria though. Viennese policy has come to a standstill at that time, determined by internal strife and fear of unrest rather than far-reaching reform. In 1849, however, the *Mann-affair* and, subsequently, Kossuth's visit to the USA put the mutual relations, which had been amicable so far, to the trial. US-attaché Dudley Mann is to travel to Turkey, in order to acknowledge Hungary's independence on America's behalf. Lajos Kossuth escapes to Turkey after the suppression of the Hungarian revolution but is taken into custody by the government there. Turkey eventually yields to the Anglo-American pressure and Kossuth is taken to New York on the States' instructions, where he starts a triumphant tour of the United States. Dudley Mann is not able to fulfill his mission due to the failure of the

Hungarian revolution and Kossuth fails to make the United States intervene in favour of Hungary on account of their principle of non-intervention. The United States even consider breaking off diplomatic relations owing to Austria's action against Hungary. The corresponding bill, however, is rejected by the Senate. This causes US-Secretary of State Webster to show off the States' increasing power to Austria. His infamous *Hülsemann-Letter* and his dinner-speech in honour of Lajos Kossuth are to provoke the Habsburg monarchy. Austria feels the reputation of the monarchy slighted and Hülsemann is forbidden personal contact with Webster. In the 1850s the Martin Koszta conflict and Burlingame's appointment as American representative in Vienna are comparatively slight differences. The United States fight for the preservation of the Union. The rivalry of the industrialized North and the Southern feudal system and the unsettled question of slavery eventually lead to the War of Secession. Austria suffers a serious defeat in foreign policy and is not able to prevent switching from neoabsolutism to a constitutional state. Archduke Maximilian's acceptance of the Mexican imperial crown, however, leads to a final conflict between the Hapsburg monarchy and the United States.

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

1. Unveröffentlichte Quellen

Österreichisches Staatsarchiv: Haus-, Hof- und Staatsarchiv (Wien).

Die Protokolle des österreichischen Ministerrats 1848-1867 (Wien 1970).

2. Literatur

Aus Diplomatie und Leben. Maximen des Fürsten Metternich. Mit einem Vorwort von Carl J. Burckhardt. Hg. Arthur Breycha-Vauthier (Graz 1962).

Irving H. Bartlett, Daniel Webster (New York 1978).

Anna Benna, Contemporary Austrian Views of American Independence. A Documentary on the Occasion of the Bicentennial (Vienna 1976).

Anna Benna, Österreichs erste diplomatische Vertretung bei den Vereinigten Staaten von Amerika. In: Mitteilungen des österreichischen Staatsarchivs Nr. 29 (Wien 1976) 215-240.

Paul H. Bergeron, The Presidency of James K. Polk. In: American Presidency Series (Kansas, 1987).

Doris Bernhard, Die Haltung der liberalen Presse in Österreich zum amerikanischen Bürgerkrieg (phil. Diss Wien 1963).

Viktor Bibl, Metternich in neuer Beleuchtung und sein geheimer Briefwechsel mit dem bayrischen Staatsminister Wrede. Nach

unveröffentlichten Dokumenten aus den Archiven in Wien und München (Wien, 1928).

Kurt Bihl, Diplomatische Beziehungen zwischen Österreich und Frankreich unter Fürst Felix Schwarzenberg. Nach der österreichischen amtlichen Korrespondenz zwischen Paris und Wien (phil. Diss. Wien 1930).

David Black, The King of Fifth Avenue. The Fortunes of August Belmont (New York 1981).

Jean Paul Bled, Franz Joseph. Der letzte Monarch der alten Schule (Wien/Köln/Graz 1988).

Lynn M. Case, Warren F. Spencer, The United States and France, Civil War Diplomacy (Philadelphia, 1970).

David Paul Crook, Diplomacy During The American Civil War (Queensland, Australia 1975).

Tibor Cseres, Rebell wider Habsburg. Lebensroman des Lajos Kossuth (Berlin 1987).

Noble E. Cunningham, Jr., The Presidency of James Monroe. In: American Presidency Series (Kansas, 1996).

Merle Eugene Curtj, Austria and the United States 1848-1852. A study in diplomatic relations (Northhampton Massachusetts 1926).

Heinrich Drimmel, Die Antipoden. Die Neue Welt in den USA und das Österreich vor 1918 (Wien/München 1984).

Clarence Efroymson, Die Beziehungen Österreichs zu den Vereinigten Staaten von Amerika während des Vormärzes mit besonderer Berücksichtigung der Monroe-Doktrin (Wien 1932).

Enno Eimers, Preußen und die USA 1850 bis 1867. Transatlantische Wechselwirkungen Bd. 28 (Berlin 2004).

Eleonore Fabritz, Der amerikanische Bürgerkrieg im Spiegel zweier österreichischer Tageszeitungen: „Das Vaterland“ und „Der Botschafter“ (phil. Diss. Wien 1963).

Rudolf Friebel, Österreich und die Vereinigten Staaten bis zum Gesandtenaustausch im Jahre 1838 (phil. Diss. Innsbruck 1955).

Julius Fröbel, Amerika, Europa und die politischen Gesichtspunkte der Gegenwart (Berlin 1859).

Thomas Fröschl, Kaiser Joseph II., „Haus Österreich“ und das Heilige Römische Reich in der Sicht der Vereinigten Staaten (1776-1789). In: MIÖG, 101 (Wien/München 1993) 328-359.

Larry Gara, The Presidency of Franklin Pierce. In: American Presidency Series (Kansas, 1991).

Gerhard Geißler, Von Metternich bis Sarajewo. Das Leben des Kaiser Franz Josephs (Berlin 1939).

Brigitte Hamann, Elisabeth. Kaiserin wider Willen (Frankfurt/Berlin 1987).

Harry Hannak, Die Einstellung Großbritanniens und der Vereinigten Staaten zu Österreich (-Ungarn). Die Habsburgermonarchie 1848-1918 Bd. VI/1, VI/2 (Wien 1989). Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen Bd. VI/2. In: Verlag der österreichischen Akademie der Wissenschaften. Hg. Adam Wandruszka / Peter Urbanitsch (Wien 1993) 539-585.

Lothar Höbelt, 1848 Österreich und die deutsche Revolution (Wien/München 1998).

Joseph Alexander von Hübner, Neun Jahre Erinnerungen eines Österreichischen Botschafters in Paris unter dem zweiten Kaiserreich 1851-1859 Bd. 1 (Berlin 1904).

Joseph Alexander von Hübner, Ein Jahr meines Lebens. 1848-1849 (Leipzig 1891).

Johann Georg Hülsemann, Geschichte der Demokratie in den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika (Göttingen 1823).

Irving Katz, August Belmont. A Political Biography (New York/London 1968).

Burton Kaufmann, Austro-American Relations during the Era of the American Civil War. In: Austrian History Yearbook 4-5 (1970) 203-226.

Rudolf Kiszling, Fürst Felix Schwarzenberg. Der politische Lehrmeister Kaiser Franz Josephs (Graz/Köln 1952).

Herbert Kleinlercher, Die Habsburgermonarchie und die Vereinigten Staaten, 1815-1861: Wahrnehmung, Antagonismen, Konflikte, (Diplomarbeit Wien 2004).

Hans Otto Kleinmann, Die österreichische Diplomatie und die Anerkennung der amerikanischen Staaten. In: Mitteilungen des österreichischen Staatsarchivs Nr. 34 (Wien 1982) 174-233.

Stefan Lippert, Felix Fürst zu Schwarzenberg. Eine politische Biographie (Stuttgart 1998).

Alfred Loidolt, Die Beziehungen Österreichs zu den Vereinigten Staaten zur Zeit des amerikanischen Bürgerkrieges 1861-1865 (phil. Diss. Wien 1949).

Ingeborg Lympijs, Die diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und den Vereinigten Staaten von Amerika während des amerikanischen Bürgerkrieges (phil. Diss. Wien 1966).

Sister M. Clair Lynch, O.S.B. The Diplomatic Mission of John Lothrop Motley to Austria 1861-1867 (phil. Diss. Washington D.C. 1944).

Dean B. Mahin, One War at a Time. The International Dimensions of the American Civil War (Washington D.C. 1999).

Carl Richter Marshall, Der amerikanische Bürgerkrieg von Österreich aus gesehen (phil. Diss Wien 1956).

Erwin Matsch, Der Auswärtige Dienst von Österreich (-Ungarn) 1720-1920 (Wien/Köln/Graz 1986).

Erwin Matsch, Wien-Washington. Ein Journal diplomatischer Beziehungen 1838-1917 (Wien/Köln 1990).

Günter Moltmann, Atlantische Blockpolitik im 19. Jahrhundert. Die Vereinigten Staaten und der deutsche Liberalismus während der Revolution von 1848/49 (Düsseldorf 1973).

Friedrich Münch, Die Zukunft von Nordamerika und Blicke aus der neuen Welt in die alte (Bremen 1860).

Allan Nevins, The Life and Writings of Abraham Lincoln (New York, 1972).

Alan Palmer, Metternich. Der Staatsmann Europas. Eine Biographie (Düsseldorf 1977).

Phillip Shaw Paludan, The Presidency of Abraham Lincoln. In: American Presidency Series (Kansas, 1994).

Quellen zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen 1776-1917.
Hg. Reiner Pommerin /Michael Fröhlich (Darmstadt 1996).

Josef Redlich, Kaiser Franz Joseph von Österreich (Berlin 1929).

Martin Riedlinger, Das Journal des Österreichischen Lloyd. Seine Stellung zur Regierung (phil. Diss. Wien 1948).

Wolfgang Rohrbach, Versicherungsgeschichte Österreichs Bd.1. Von den Anfängen bis zum Börsenkrach des Jahres 1873 (Wien, 1988).

Helmut Rumpler, Österreichische Geschichte 1804-1914. Hg. Herwig Wolfram, Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie (Wien, 1997).

Theodor Sapper, Metternich und das System aus anglo-amerikanischer Sicht (phil. Diss. Wien 1973).

Eva Schachner, Das Bild der Vereinigten Staaten von Amerika im österreichischen Vormärz (Hausarbeit Salzburg 1976).

Hanns Schlitter, Die Beziehungen Österreichs zu den Vereinigten Staaten von 1778 bis 1787 (phil. Diss. (Innsbruck 1885).

Hanns Schlitter, Aus Österreichs Vormärz III. Ungarn, Bd. 12 (Leipzig/Wien 1920).

Christoph Schmetterer, Das Kaisertum Österreich und der amerikanische Bürgerkrieg (Dipl.-Arbeit Wien 2001).

Paul W. Schroeder, The Transformation of European Politics 1763-1848. Hg. Lord Bullock, Sir William Deakin (Oxford, 1994).

Ingeborg Schweikert, Dr. Johann Georg Ritter von Hülsemann (phil. Diss. Wien 1956).

Desmond Seward, Metternich der erste Europäer. Eine Biographie (Zürich 1993).

Elbert B. Smith, The Presidencies of Zachary Taylor & Millard Fillmore. In: American Presidency Series (Kansas 1988).

E. Wilder Spaulding, The Quiet Invaders. The Story of the Austrian impact upon America (Wien 1968).

Heinrich Ritter von Srbik, Ein Mordanschlag Felix Schwarzenbergs auf Ludwig Kossuth? Bd. 117. In: Archiv für österreichische Geschichte (Brünn/München/Wien 1944).

Heinrich Ritter von Srbik, Metternich. Der Staatsmann und der Mensch Bd. 1. zweite Auflage (München 1957).

Heinrich Ritter von Srbik, Metternich. Der Staatsmann und der Mensch Bd. 2. (München 1925).

William H. Stiles, Austria in 1848-49 (London 1852).

Stephan Vajda, Felix Austria. Eine Geschichte Österreichs (Wien/Heidelberg 1980).

Henry Vallotton, Metternich. Napoleons grosser Gegenspieler. Eine Biographie (o.O. 1966).

Fritz Weidinger, Eduard Warrens und die Österreichische Aussenpolitik Bd. 1/2 (phil. Diss. Wien 1949).

Major L. Wilson, The Presidency of Martin Van Buren. In: American Presidency Series (Kansas 1984).

LEBENS LAUF**Persönliche Daten**

<u>Name</u>	Renate Mag.Goger
<u>Adresse</u>	Schuppengasse 32/24/4; 1230 Wien
<u>Staatsbürgerschaft</u>	Österreich
<u>Familienstand</u>	geschieden
<u>Geburtsdatum</u>	21.Jänner 1944
<u>Telefon</u>	01/6655413; Handy:0681/10463447
<u>Schulbildung</u>	1950-1954 Volksschule: Diesterwegg. 30; 1140 Wien 1954-1958 Hauptschule: Gurkg.32; 1140 Wien 1958-1960 Bundeshandelsschule:Wenzg.7;1130 Wien
<u>Berufslaufbahn</u>	1960-2004 Beamtin beim Magistrat der Stadt Wien seit 2004 Pension 1990: Externistenprüfungszeugnis

über die Beamten-Aufstiegsprüfung:
Diefenbachgasse 19, 1150 Wien

1994: Externistenreifeprüfungszeugnis: Oberstufenrealgymnasium
mit ergänzendem Unterricht in Biologie und Umweltkunde sowie Physik
und Chemie: Scheidlstr.2; 1180 Wien

1.Okt.1994-26.Sept.1996:

Studium der Rechtswissenschaften

1.Okt.1996-28.4.2004:

Studium der Anglistik und Amerikanistik und Geschichte

zweite Diplomprüfung: 3.Mai 2004

ab 1.Okt.2004-

Doktoratsstudium der Philosophie
(Dissertationsgebiet: Geschichte)

Zusatzqualifikationen:

Certificate of Proficiency in
English Grade A

Translation from & into German Grade A

University of Cambridge, June 1987

Juni 2010

Inhaltsverzeichnis

VORWORT.....	1
I. EINLEITUNG.....	5
I. 1. Entwicklungsgeschichtliche Unterschiede.....	5
II. FRÜHE KONTAKTE	20
II. 1. Identitätsfindung und Selbstverständnis einer Nation	24
II. 2. „The Era of the Common Man“.....	34
III. DIE AUFNAHME OFFIZIELLER BEZIEHUNGEN.....	58
III. 1. „Der „Fürst von Mitternacht“	69
III. 2. Demokratie zwischen Wahrheit und Lüge.....	127
III. 3. Expansion als politisches Instrument des Manifest Destiny.....	147
IV. DAS KABINETT SCHWARZENBERG oder die Macht, die an der eigenen Größe scheitert.....	187
IV. 1. Die Causa Dudley Mann.....	263
IV. 2. Lajos Kossuth.....	288
IV. 3. „Casus belli“ - Hülsemann contra Webster	314
V. KAMPF UM DIE UNION UND NEOABSOLUTISMUS ..	337
VI. EPILOG: MONARCHIE IN MEXIKO	375
ÜBERBLICK.....	383
OVERVIEW.....	385
QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS.....	387
LEBENS LAUF.....	395

